DEUTSCHE BUNDESBANK
EUROSYSTEM

Monatsbericht – August 2025

77. Jahrgang, Nr. 8

Dies ist ein automatisch erzeugtes Dokument.
Die veröffentlichte Fassung finden Sie auf publikationen.bundesbank.de.

Inhaltsverzeichnis

Überblick 6

1 Weltwirtschaft 7

2 Finanzmarktumfeld 9

3 Geldpolitik und Bankgeschäft 11

4 Deutsche Wirtschaft 13

5 Staatsfinanzen 17

Internationales-und-europäisches-Umfeld 21

1 Weltwirtschaft bisher trotz Handelsauseinandersetzungen robust 22

Zur Neuausrichtung der US-Handelsbeziehungen 24

1.1 Chinesische Wirtschaft trotzt US-Zöllen bislang 31

1.2 Unterschiedliche Tendenzen in anderen großen Schwellenländern 33

1.3 Zolleffekte überlagern Verlangsamung des konjunkturellen Grundtempos in den USA 34

1.4 Verhaltene Konjunktur in Japan 37

1.5 Wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich mit weniger Schwung . . 37

1.6 Polnische Wirtschaft hält Wachstumstempo 38

Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa unter Druck . . . 39

2 Erneuter Anstieg der Wirtschaftsleistung im Euroraum 49

Literaturverzeichnis 183

Geldpolitik-und-Bankgeschäft 58

1 Geldpolitik und Geldmarktentwicklung 59

2 Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet 61

3 Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden . 68

Der aktuelle Anstieg der Wohnungsbaukredite dient vor allem Käufen von Bestandsimmobilien 72

Literaturverzeichnis 183

Finanzmärkte 83

1 Finanzmarktumfeld 84

2 Wechselkurse 86

Maße der Euro-Aufwertung in der geldpolitischen Diskussion 89

Jüngste Datenrevisionen deuten auf eine ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hin 94

3 Wertpapiermärkte 99

3.1 Rentenmarkt 99

3.2 Aktienmarkt 104

Literaturverzeichnis 183

Konjunktur-in-Deutschland 108

1 Deutsche Wirtschaft erlitt im zweiten Quartal einen Rückschlag 109

Zu den jüngsten Revisionen des deutschen BIP und ihren Auswirkungen auf das Konjunkturbild 111

2 Rückpralleffekte belasteten Industrieproduktion und Exporte, Investitionen blieben schwach 114

3 Arbeitsmarkt schwächelt weiter 118

4 Tariflöhne stiegen vorübergehend deutlich stärker 123

5 Die Inflationsrate ging im Frühling spürbar zurück 126

6 Im dritten Quartal könnte die Wirtschaftsleistung auf der Stelle treten . . . 129

Literaturverzeichnis 183

Öffentliche-Finanzen 133

1 Staatlicher GesamthaushaltDieses Kapitel bezieht sich auf Daten der VGR und die Maastricht-Schulden. Die nachfolgenden Kapitel beziehen sich auf die Haushaltsentwicklungen (Finanzstatistik) und -planungen. 134

1.1 Finanzpolitik wird expansiv ausgerichtet 134

1.2 Höhere Defizite nur teilweise auf Infrastruktur und Verteidigung fokussiert . . 135

1.3 EU-Regeln: Deutschland hat Plan vorgelegt 136

Wie die EU-Fiskalvorgaben für Deutschland zustande kommenDie EU-Regeln sind sehr komplex. In diesem Exkurs wird nicht versucht, Regeln und Vorgaben exakt und in allen Einzelheiten zu beschreiben. Vielmehr werden Begriffe, Vorgaben und Methoden vereinfacht dargestellt, soweit sie für die Einordnung des deutschen FSP relevant sind. 141

EU-Regeln stringent umsetzen 147

2 SteuereinnahmenDieses und die nachfolgenden Kapitel beziehen sich auf die Haushaltsentwicklungen (Finanzstatistik) und -planungen. Diese unterscheiden sich von den VGR-Ausweisen in der vorangegangenen gesamtstaatlichen Betrachtung. 150

2.1 Dynamischer Zuwachs im ersten Halbjahr 2025 – Abschwächung im weiteren Jahresverlauf 150

2.2 Steuererleichterungen für Unternehmen 152

3 Bundesfinanzen 154

3.1 2025 stark steigende Defizite geplant 154

Zusatzschulden nicht auf Verteidigung und Infrastruktur fokussiert 160

3.2 2025 Defizit wohl niedriger als geplant 165

3.3 2026 weiterer deutlicher Defizitanstieg geplant 167

3.4 Finanzplanung bis 2029 mit hohen Defiziten und zusätzlich hohen Handlungsbedarfen 170

4 Länderhaushalte 174

5 Rentenversicherung 177

5.1 Ausblick auf 2025 und 2026 177

5.2 Rentenpolitische Vorhaben belasten Bundeshaushalt 178

6 Bundesagentur für Arbeit 182

Literaturverzeichnis 183

Überblick

1 Weltwirtschaft

1.1 Weltwirtschaft bisher trotz Handelsauseinandersetzungen robust

Im Frühjahrsquartal 2025 zeigte sich die Weltwirtschaft weiterhin robust. Das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im zweiten Quartal kräftig an, nachdem es zu Jahresbeginn leicht gesunken war. Die chinesische Wirtschaft erreichte trotz der höheren Zölle seitens der USA ein ähnliches Wachstum wie im Winter. Im Euroraum nahm das BIP nach dem starken Jahresauftakt im Frühjahr nochmals leicht zu. Offenbar war die Weltwirtschaft bislang in der Lage, der verschärften und teils erratischen US-Handelspolitik zu trotzen. Zu dieser Widerstandsfähigkeit trugen das kurzfristige Vorziehen und die Umlenkung von Handelsströmen bei.

Im weiteren Verlauf dürfte die sprunghafte, protektionistische Handelspolitik der USA die Weltwirtschaft allerdings stärker belasten. Seit Jahresbeginn stieg der durchschnittliche Zollsatz der USA gegenüber allen Handelspartnern um mehr als 14 Prozentpunkte auf den höchsten Stand seit den 1930er Jahren. Mit dem wichtigsten Handelspartner der USA, China, steht eine Vereinbarung allerdings noch aus. Angesichts der teils erratischen Zollpolitik der USA ist das Risiko einer Eskalation der Handelskonflikte nach wie vor gegeben. Dies und die bereits beschlossenen Zollanhebungen dürften den Welthandel zunehmend belasten. Die handelspolitischen Zugeständnisse einiger Partnerländer der USA sind insgesamt zu unbedeutend, um die nachteiligen Wirkungen der zusätzlichen US-Zölle auf den Welthandel auszugleichen. Bereits im April und Mai sank er kräftig, nachdem zuvor insbesondere die Einfuhren der USA in Erwartung der Zollanhebungen stark zugelegt hatten. Neben dem Auslaufen dieser Vorzieheffekte machten sich erste dämpfende Auswirkungen der erhöhten Zölle auf die Nachfrage aus den USA bemerkbar. Mittelfristig werden die Perspektiven für den Welthandel davon abhängen, ob weitere Länder protektionistischen Versuchungen nachgeben und sich ebenfalls stärker abschotten.

1.2 Der globale Disinflationsprozess schritt weiter voran, nur nicht in den USA

Die Energiemärkte waren im Berichtszeitraum von geopolitischen Einflüssen geprägt. Im Zuge der Eskalation des militärischen Konflikts zwischen Israel und dem Iran hatten die Rohölnotierungen zeitweise deutlich angezogen. Maßgeblich dafür waren Sorgen vor Angebotsausfällen. Mit der anschließenden Entspannung gaben die Preise wieder nach. Preisstützend wirkten allerdings eine überraschend starke Nachfrage sowie neue Sanktionen und Sanktionsandrohungen der EU und der USA gegenüber der russischen Ölindustrie, preisdämpfend die Förderausweitungen einiger OPEC-Staaten und ihrer Partner.

Der globale Disinflationsprozess ist in vielen Ländern intakt, nicht so in den USA. Zwar stiegen im Juli die Verbraucherpreise in den Industrieländern insgesamt im Jahresvergleich um 2,6 % und damit etwas stärker als im April. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Kernrate zog zuletzt ebenfalls etwas an. Dies spiegelt in erster Linie die Entwicklung in den USA wider. Dort gab der starke Preisauftrieb bei Diensten nicht weiter nach, und die Teuerung bei Waren verstärkte sich. Dazu trugen die Zollanhebungen bisher allerdings nur einen geringen Teil bei. Die auf den vorgelagerten Produktionsstufen bereits deutlich sichtbaren zollbedingten Preisanstiege dürften erst in den nächsten Monaten schrittweise an die US-amerikanischen Verbraucher weitergegeben werden. In den meisten anderen Industrieländern dagegen scheint der Disinflationsprozess intakt zu sein. Auch im Euroraum ließ der zugrunde liegende Verbraucherpreisanstieg seit April merklich nach.

2 Finanzmarktumfeld

2.1 Finanzmärkte nach Turbulenzen durch US-Zollpolitik erholt

An den Finanzmärkten ebbte die Anfang April stark gestiegene Unsicherheit über die US-Zollpolitik ab, und der Risikoappetit nahm zu. Nach der Ankündigung umfangreicher Zölle durch die US-Regierung Anfang April hatten die Anleger ihre Wachstumserwartungen vielerorts gesenkt. Zudem setzte die Unsicherheit über das Ausmaß der erwarteten Konjunktureintrübung die Finanzmärkte zunächst erheblich unter Druck. Als aber in den seitdem bekannt gewordenen Vereinbarungen erkennbar wurde, dass die tatsächlich von den USA verhängten Zölle hinter den vorherigen Zollandrohungen zurückbleiben würden, ging die Nervosität an den Finanzmärkten zurück, die Risikoprämien sanken, und der Risikoappetit nahm zu. Die Ende Juli angekündigte Grundsatzeinigung der USA mit der Europäischen Union fügte sich in dieses Muster und blieb ohne anhaltenden Einfluss auf die Kapitalmärkte.

2.2 Euro gewinnt zum US-Dollar an Wert

Während die Renditen von US-Staatsanleihen anstiegen, blieben die Renditen von Bundesanleihen im Ergebnis fast unverändert; dennoch gewann der Euro zum US-Dollar merklich an Wert. In den USA zogen die Staatsanleiherenditen angesichts wachsender Sorgen vor dem handels- und finanzpolitischen Kurs der US-Regierung, daraus resultierender fiskalischer Risiken sowie dementsprechend steigender Risikoprämien bis Ende Mai merklich an. Dem wirkte aber das US-Konjunkturbild entgegen, das sich im Quartalsverlauf weiter eintrübte. Dies erhöhte zwar aus Sicht der Marktteilnehmer die Wahrscheinlichkeit einer stärkeren geldpolitischen Lockerung durch die amerikanische Zentralbank in den nächsten Monaten. Im Ergebnis stiegen die Renditen zehnjähriger US-Treasuries dennoch an. Die Renditen von Bundeswertpapieren wurden hingegen vor allem im April von einer hohen Nachfrage nach sicheren Anlagen gedämpft, bevor die im Euroraum etwas aufgehellten Konjunkturaussichten sie wieder stützten. Gleichzeitig wertete der US-Dollar sowohl

zum Euro als auch nominal effektiv deutlich ab. Zusammengenommen könnten der zunehmende Zinsvorsprung der USA gegenüber dem Euroraum und die fortbestehende spürbare Abwertung des US-Dollar auf einen Vertrauensverlust der internationalen Investoren in die US-Wirtschafts- und -Finanzpolitik hinweisen. Dieser Eindruck war insbesondere zu Beginn des Frühjahrs prägend; im Quartalsverlauf war es dann zunehmend die Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks, die Aufwertungsdruck auf den Euro ausübte. Denn an den Geldmärkten des Euroraums bildeten sich die Erwartungen auf eine weitere geldpolitische Akkommodation zurück, nachdem die EZB im Juni angedeutet hatte, dass sich ihr Zinssenkungszyklus dem Ende nähern könnte. Diese Erwartungsanpassung setze sich auch nach dem EZB-Ratstreffen im Juli fort, auf dem das Eurosystem die Leitzinsen unverändert ließ.

2.3 Aktienmärkte nach Einbruch im April im Plus

Die Märkte für riskantere Anlagen verzeichneten angesichts des gestiegenen Risikoappetits Kurszuwächse. An den internationalen Aktienmärkten trat die Unsicherheit über den Ausgang des Zollkonflikts seit Ende April zunehmend in den Hintergrund. Eine gewachsene Zuversicht der Marktteilnehmer in Bezug auf den Handelsstreit und der zunehmende Risikoappetit gaben sowohl europäischen als auch vor allem japanischen und US-amerikanischen Aktienkursen Auftrieb. Zu dem kräftigen Kursplus der US-Titel trugen zudem trotz des verhaltenen US-Konjunkturausblicks nach oben revidierte Gewinnerwartungen US-amerikanischer Unternehmen bei. An den Märkten für europäische Unternehmensanleihen sorgte der gestiegene Risikoappetit für rückläufige Risikoaufschläge, wobei sich die Spreads hoch verzinslicher Unternehmensanleihen besonders stark einengten.

3 Geldpolitik und Bankgeschäft

3.1 EZB-Rat lässt Leitzinsen im Juli unverändert

Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juni 2025 beschloss der EZB-Rat eine weitere Senkung des Leitzinses auf nunmehr 2 %. Nach dem Basisszenario der Eurosystem-Projektionen aus dem Juni dürfte die Gesamtinflation im Euroraum 2025 bei 2,0 %, 2026 bei 1,6 % und 2027 bei 2,0 % liegen. Auch die zugrunde liegende Inflation sollte sich nachhaltig im Bereich des mittelfristigen Zielwerts des EZB-Rats von 2 % einpendeln.

Im Juli ließ der EZB-Rat die Leitzinsen dann nach sieben Zinssenkungen in Folge erstmals unverändert. Die neu verfügbaren Daten bestätigten weitestgehend die Juni-Einschätzung des EZB-Rats zu den Inflationsaussichten. Der binnenwirtschaftliche Preisdruck hat weiter nachgelassen, und die Löhne steigen langsamer.

3.2 Buchkreditvergabe an inländischen Privatsektor nimmt nur moderat zu

Im zweiten Quartal 2025 schwächte sich das Geldmengenwachstum insgesamt etwas ab. Das breit gefasste Geldmengenaggregat M3 legte in geringerem Umfang zu als im Vorquartal; seine Jahreswachstumsrate sank bis Ende Juni auf 3,3 %. Anhaltend hohen Zuflüssen in täglich fällige Einlagen stand ein verstärkter Abbau der übrigen kurzfristigen Einlagen gegenüber. Diese Entwicklung steht in Einklang mit den weiter rückläufigen Zinsunterschieden zwischen diesen Einlageformen.

Auch die Buchkreditvergabe an den inländischen Privatsektor nahm weiter zu, wenn auch nur moderat. Die weiterhin hohe geopolitische Unsicherheit dürfte auch die Nachfrage nach Unternehmenskrediten für Investitionszwecke gedämpft haben. Von der Kreditvergabepolitik kamen keine neuen Impulse: Die im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) befragten Banken ließen ihre Kreditrichtlinien im Unternehmenskreditgeschäft im zweiten Quartal nahezu unverändert. Für das dritte Quartal erwarten sie einen moderaten Anstieg der Kreditnachfrage.

4 Deutsche Wirtschaft

4.1 Deutsche Wirtschaft erlitt im zweiten Quartal Rückschlag

Die Erholung der Wirtschaftsleistung in Deutschland erlitt im zweiten Quartal 2025 einen Rückschlag. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes sank das reale BIP gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,1 %. In den beiden Quartalen zuvor war es gemäß revidierten Angaben noch merklich gestiegen.

Mit der Schnellmeldung des BIP für das zweite Quartal 2025 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Revisionen mit deutlichen Auswirkungen auf den Verlauf des BIP in den Jahren 2021 bis 2024. Demnach fiel zum einen die Erholung nach der Corona-Pandemie in den Jahren 2021 und 2022 deutlicher aus. Zum anderen ist die Schwächephase nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nunmehr ausgeprägter. Die deutsche Wirtschaft befand sich damit in den Jahren 2023 und 2024 nun erkennbar in einer Rezession im Sinne eines deutlichen, länger anhaltenden und breit angelegten Rückgangs der Wirtschaftsleistung bei unterausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten. Dieser Rückgang lief Mitte des vergangenen Jahres aus und ging in eine leichte Erholung über. Im ersten Quartal 2025 wurde die Wirtschaftsleistung zusätzlich durch Vorzieheffekte in Erwartung höherer US-Zölle gestützt.

Nachdem die Zölle Anfang April erhöht worden waren, kam es im zweiten Vierteljahr jedoch zu einem Rückprall bei der Industrieproduktion und den Exporten. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit war weiterhin hoch, vor allem wegen des Handelskonflikts mit den USA. Dies belastete die Planungssicherheit und damit die Investitionen der Unternehmen. Dies spiegelt sich auch in der verhaltenen Nachfrage deutscher Unternehmen nach Bankkrediten. Hierzu passt auch, dass die Banken laut BLS ihre Kreditrichtlinien im zweiten Quartal 2025 erneut – wenngleich marginal – strafften und dies mit den ihrer Ansicht nach gestiegenen Kreditrisiken begründeten. Im Bausektor war die Auftragslage noch zu schwach, um Impulse für eine höhere Produktion zu liefern. Die Vergabe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte setzte dagegen ihre seit Sommer 2024 beobachtete Erholung weiter fort. Der private Konsum profitierte zwar von kräftig steigenden Löhnen. Der Arbeitsmarkt blieb jedoch schwach, was einer deutlichen Konsumausweitung entgegenwirkte.

4.2 Arbeitsmarkt schwächelt weiter, aber Tariflöhne stärker gestiegen als zuvor

Der Arbeitsmarkt bewegte sich im Frühjahr weiter seitwärts. Bereits seit zwei Jahren ist das Beschäftigungsniveau nahezu unverändert. Dahinter stehen jedoch erhebliche sektorale Umwälzungen. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich erneut moderat. Die Frühindikatoren versprechen für die nächsten Monate keine grundlegende Änderung dieser Entwicklung.

Diese Seitwärtsbewegung und sinkender Druck bei den Verbraucherpreisen dämpfen den Verdienstanstieg. Die um Sondereinflüsse bereinigten Grundvergütungen legten zwar im Frühjahr mit 6,7 % gegenüber dem Vorjahr ebenso kräftig zu wie im Winter. Auch die Effektivverdienste könnten sich ähnlich stark erhöht haben wie im Vorquartal, in dem sie um rund 4 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen hatten. Die jüngsten Tarifabschlüsse weisen jedoch überwiegend niedrigere Lohnsteigerungen aus als zuvor. Auch die bis Ende 2025 noch anstehenden Neuabschlüsse dürften aufgrund der rückläufigen Inflationsraten und des schwachen wirtschaftlichen Umfelds niedriger als im letzten Jahr ausfallen. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften gehen weiter zurück, und die Durchsetzungsquoten sind spürbar niedriger als in der Hochphase der Inflation. Der Anstieg der Tarifverdienste im zweiten Halbjahr wird auch durch die im Vorjahr gezahlten und jetzt entfallenden Inflationsausgleichsprämien gedämpft.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn soll auf Empfehlung der unabhängigen Mindestlohnkommission ab Januar 2026 kräftig angehoben werden. Die Mindestlohnkommission schlägt eine stufenweise Erhöhung um 13,9 % auf 14,60 € je Stunde zum 1. Januar 2027 vor, bleibt damit aber unter den Forderungen nach einer Anhebung auf 15 €, die im Vorfeld verschiedentlich erhoben worden waren. Die geplanten Mindestlohnanhebungen werden auch über Spillover-Effekte zu einem höheren gesamtwirtschaftlichen Lohnanstieg beitragen. Gegenüber der Deutschland-Prognose vom Juni ergibt sich daraus aber kein größerer Revisionsbedarf hinsichtlich der aggregierten Durchschnittslöhne und der Beschäftigung.

4.3 Die Inflationsrate ging im Frühling spürbar zurück

Der Preisauftrieb nahm im Frühjahr deutlich ab. In der Vorjahresbetrachtung sank die Inflationsrate im zweiten Quartal 2025 kräftig auf 2,1 %. Die Disinflation wurde zum einen von den Energiepreisen getrieben, die auch aufgrund des deutlichen Rückgangs der Ölpreise und der Aufwertung des Euro sanken. Zum anderen stiegen die Dienstleistungspreise nicht mehr ganz so kräftig wie in den Quartalen zuvor. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel) ging daher ebenfalls erheblich auf 2,8 % zurück. Ohne die volatilen Komponenten Bekleidung und Reisedienstleistungen betrug die Kernrate allerdings wie bereits seit mehreren Quartalen unverändert etwa 3 %. Im Juli zogen die Preise gegenüber dem Vormonat zwar wieder etwas stärker an als zuvor. In der Vorjahresbetrachtung sank die Inflationsrate aber spürbar von 2,0 % im Juni auf 1,8 % und die Kernrate leicht auf 2,4 %.

In den nächsten Monaten dürfte die Inflationsrate vorübergehend etwas höher ausfallen. Durch einen Basiseffekt verkehrt sich die zuvor negative Teuerung bei Energie ins Positive. Bei den Dienstleistungen setzt sich der Disinflationsprozess dagegen grundsätzlich fort, auch wenn zum Jahresende aufgrund eines Basiseffekts vorübergehend steigende Raten erwartet werden. Hier wirken sich die künftigen niedrigeren Lohnsteigerungen aus. Insgesamt dürfte die Inflationsrate auf etwas über 2 % steigen und damit vorübergehend etwas höher liegen als in der Juni-Projektion erwartet. Auch die Kerninflation könnte leicht höher ausfallen und um das im Juli erreichte Niveau schwanken. Der Ausblick ist jedoch aufgrund geopolitischer Einflussfaktoren weiterhin von hoher Unsicherheit geprägt.

4.4 Im dritten Quartal könnte die Wirtschaftsleistung auf der Stelle treten

Im dritten Quartal könnte die Wirtschaftsleistung in etwa stagnieren. Mit der Grundsatzeinigung im Handelsstreit zwischen den USA und der EU dürfte die Unsicherheit über zukünftige Zollhöhen zwar abgenommen haben. Sie bleibt aber hoch, und die Zollbelastung deutscher Exporte in die USA wird steigen. Den Belastungen durch die US-Zölle steht eine etwas robustere Nachfrage aus anderen Wirtschaftsräumen entgegen. Insgesamt war die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten aus dem Ausland bis zuletzt der Tendenz nach aufwärtsgerichtet. Aufgrund der starken Vorzieheffekte im ersten Quartal könnte es aber auch im laufenden Quartal noch spürbare Rückpralleffekte bei Industrieproduktion und Exporten geben. Die trüben Aussichten für den Welthandel, die noch schwache Auftragslage und die niedrige Auslastung vorhandener Kapazitäten dürften die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter beeinträchtigen. Vom Bau kommen wohl noch keine starken Impulse, auch wenn beim Auftragseingang weiterhin eine Erholungstendenz erkennbar ist. Die gedämpften Aussichten am Arbeitsmarkt und die nachlassende Lohndynamik bremsen den privaten Konsum.

5 Staatsfinanzen

5.1 Finanzpolitik wird expansiv ausgerichtet

Die deutsche Finanzpolitik steht vor einer expansiven Phase, nachdem der Gesetzgeber die Schuldenbremse erheblich gelockert hat. Im laufenden Jahr könnte die Defizitquote zwar nochmals moderat zurückgehen, weil die fiskalischen Vorhaben zunächst wenig belasten. Ab 2026 dürfte sie aber deutlich zunehmen, und sie könnte 2027 strukturell etwa 4 % erreichen (2024: 2,7 %). Hierin schlagen sich Mehrausgaben für Verteidigung, nicht militärische Investitionen und Subventionen nieder. Aber auch die Ausgaben für Gesundheit, Pflege und Renten werden dynamisch wachsen. Auf der Einnahmenseite steigen zur Gegenfinanzierung die Beitragssätze der Sozialversicherungen. Gleichzeitig sind Steuerentlastungen angelegt. Die strukturelle Abgabenquote (aus Sozialbeiträgen und Steuern) könnte bis 2027 mehr oder weniger stabil bei rund 42 % bleiben. Die Ausgabenquote könnte bis dahin auf hohe 52 % steigen. Die Schuldenquote wird Schritt für Schritt zulegen und sich weiter von der 60 %-Grenze entfernen (2024: 62,5 %).

Ein höheres Defizit ist für ein paar Jahre gut verkraftbar. Dauerhaft hohe Defizite und steigende Schuldenquoten wären aber problematisch. Dies würde die künftigen Fiskalspielräume noch stärker einschränken und wäre nicht kompatibel mit den EU-Regeln.

Bisher zeichnet sich nicht ab, dass die Defizit- und die Schuldenquote zukünftig wieder sinken werden. Und die Ausgabenquote dürfte sich eher weiter erhöhen. So plant der Bund mit erheblich steigenden Ausgaben für Verteidigung und höheren Zuschüssen an die Rentenversicherung. Auch die Zinsausgaben wachsen stark. Konkret ist für den Bund (Kernhaushalt und Extrahaushalte zusammen) für das Jahr 2029 eine strukturelle Defizitquote von fast 4 % und für 2025 bis 2029 eine kumulierte Neuverschuldung von rund 850 Mrd € eingeplant. Dabei sind ab 2027 noch nicht konkretisierte Konsolidierungsmaßnahmen veranschlagt, um die geplante Neuverschuldung nicht zu überschreiten. Dieser „Handlungsbedarf“ steigt kontinuierlich und beläuft sich allein im Jahr 2029 auf 1½ % des BIP (74 Mrd €).

Die Bundesregierung ist folglich gefordert, ihren Haushaltskurs im weiteren Verlauf deutlich anzupassen. Dabei scheint es kaum vorstellbar, den veranschlagten Handlungsbedarf auch nur annähernd durch ein beschleunigtes Wachstum des BIP-Potenzials aufzufangen. Angesichts bereits hoher Defizite ist ohnehin eine vorsichtige Finanzplanung empfehlenswert, die nicht auf optimistischen Wachstumsannahmen basiert.

5.2 Zusätzliche Defizitspielräume sind nicht auf Infrastruktur und Verteidigung fokussiert

Es ist aktuell nachvollziehbar, Verteidigungsfähigkeit und Infrastruktur kreditfinanziert zu stärken – und dazu wurden Kreditspielräume erweitert. Diese sollen aber tatsächlich in erheblichem Maße auch für andere Zwecke genutzt werden. Dies zeigt etwa der Entwurf zum Bundeshaushalt 2025: Bei einer Kreditaufnahme über die neue Bereichsausnahme für Verteidigung von 32 Mrd € liegen die Ausgaben in der NATO-Abgrenzung nur etwa 11 Mrd € höher als im vergangenen Jahr. Für das neue Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität ist eine Kreditaufnahme von 37 Mrd € geplant. Dem stehen zusätzliche eigene investive Infrastrukturausgaben des Bundes von 2½ Mrd € gegenüber. Die übrige Kreditaufnahme ist nicht klar an zusätzliche staatliche Infrastrukturinvestitionen oder neue Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen gebunden.

Um mit den Schulden tatsächlich Verteidigung und Infrastruktur zu stärken, wäre dies deutlich besser abzusichern als bislang geplant. Dazu wären die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen anzupassen. Sie könnten vorgeben, dass die Gebietskörperschaften die neuen Kreditspielräume für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaneutralität nur insoweit nutzen dürfen, als sie diesbezüglich angemessen abgegrenzte Ausgaben gegenüber 2024 erhöhen (in Relation zum BIP). Dies würde auch bedeuten, dass Spielräume für andere Ausgaben und Steuererleichterungen in den Haushalten zu erwirtschaften sind – oder es wäre auf diese Maßnahmen zu verzichten. Das ist politisch ambitionierter. Es entspräche aber den Zielen, die bei Ausweitung der Schuldenspielräume formuliert wurden.

5.3 Solide Staatsfinanzen perspektivisch wieder über wirksame Fiskalregeln absichern

Die nationalen und die europäischen Fiskalregeln eröffnen derzeit erhebliche Verschuldungsspielräume. Durch die Reform sind die nationalen Budgetgrenzen sehr locker. Zudem beantragte die Bundesregierung für die nächsten Jahre sehr weiche EU-Fiskalvorgaben. Dazu weicht ihr finanzpolitisch-struktureller Plan (FSP) vom Referenzpfad der Europäischen Kommission für Deutschland ab. Dies ist zwar nachvollziehbar hinsichtlich der Zusatzspielräume durch die Verteidigungsausnahme und den verlängerten Anpassungszeitraum von sieben Jahren. An den anderen Stellen erweitert Deutschland die Spielräume aber noch mal sehr deutlich, und die europäischen Regeln werden auf bedenkliche Weise umgesetzt. So sind in der FSP-Laufzeit (2025 bis 2029) die Zuwächse von BIP-Potenzial und -Deflator unplausibel hoch veranschlagt. Kritisch ist zudem, dass der FSP zunächst (unabhängig von Verteidigungsausgaben) einen expansiven Kurs anlegt und die nötige Konsolidierung auf die hinteren Jahre verlagert – auf die nächste Legislaturperiode. Eigentlich sehen die EU-Regeln gleichmäßige Konsolidierungsschritte vor, damit die Anpassungen nicht aufgeschoben werden. Wenn Deutschland die weiten Ausgabenspielräume gemäß FSP ausnutzt, könnte die Defizitquote zwischenzeitlich regelkonform eine Größenordnung von 6 % erreichen. Die Schuldenquote könnte dann bis 2029 auf 80 % steigen.

Nach einer Übergangsphase müssen Defizit- und Schuldenquote im weiteren Verlauf wieder sinken, um solide Staatsfinanzen abzusichern – und dies sehen auch die EU-Regeln vor. Die Verteidigungsausnahme im Rahmen der EU-Regeln endet 2028. Deutschland kommt eine Schlüsselrolle bei der Akzeptanz der europäischen Fiskalregeln zu. Und es erscheint darüber hinaus weder nachhaltig noch ökonomisch gut begründet, wenn Verteidigungsausgaben weitreichend von der Kreditgrenze ausgenommen sind und in diesem Zuge die wachsenden Zinsausgaben die übrigen Haushaltsspielräume zunehmend verengen. Gleichzeitig belasten die demografischen Herausforderungen die Staatsfinanzen immer stärker.

Die angekündigte Reform der Schuldenbremse lässt sich nutzen, um klare Perspektiven auf solide Staatsfinanzen zu geben. Die Reformvorschläge der Bundesbank zeigen einen Weg auf, der zurück zu einer regelbasierten nationalen Fiskalpolitik führt und die Spielräume für Investitionen erhält. Die Vorschläge bieten eine gute Basis, um solide Staatsfinanzen nach einer Übergangsphase wirksam abzusichern. Sie umfassen verbindliche Kreditgrenzen, priorisieren staatliche Investitionen in den Budgets und dürften Konflikte mit den EU-Regeln eng begrenzen.

Internationales-und-europäisches-Umfeld

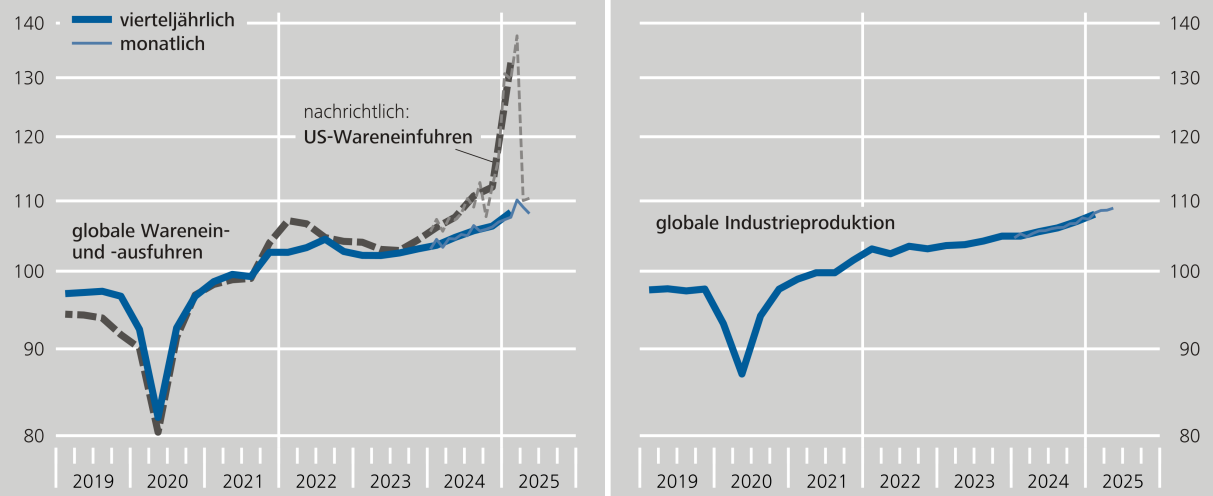
1 Weltwirtschaft bisher trotz Handelsauseinandersetzungen robust

Im Frühjahrsquartal 2025 zeigte sich die Weltwirtschaft weiterhin robust. Das US-amerikanische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg im zweiten Quartal deutlich an, nachdem es zu Jahresbeginn leicht gesunken war. Die chinesische Wirtschaft erreichte trotz der höheren Zölle seitens der USA ein ähnliches Wachstum wie im Winter. Im Euroraum nahm das BIP nach dem starken Jahresauftakt im Frühjahr nochmals leicht zu. Offenbar war die Weltwirtschaft bislang in der Lage, der verschärften und teils erratischen US-Handelspolitik zu trotzen. Zu dieser Widerstandsfähigkeit trugen das kurzfristige Vorziehen und die Umlenkung von Handelsströmen bei.

Welthandel und globale Industrieproduktion

Schaubild 1.1

2021 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle: CPB World Trade Monitor und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Im weiteren Verlauf dürfte die sprunghafte, protektionistische Handelspolitik der USA die Weltwirtschaft allerdings stärker belasten. Seit Jahresbeginn stieg der durchschnittliche Zollsatz der USA gegenüber allen Handelspartnern um mehr als 14 Prozentpunkte. Er erreichte damit den höchsten Stand seit den 1930er Jahren, obwohl sich die US-Regierung mit einigen Handelspartnern auf gemäßigtere Zollsätze als ursprünglich angedroht verständigte (siehe hierzu auch den Exkurs "Zur Neuausrichtung der US-Handelsbeziehungen"). Mit dem wichtigsten Handelspartner der USA, China, steht eine endgültige Vereinbarung allerdings noch aus. Angesichts der teils erratischen Zollpolitik der USA ist das Risiko einer Eskalation der Handelskonflikte nach wie vor gegeben. Dies und die bereits beschlossenen Zollanhebungen dürften zunehmend den Welthandel belasten. Die handelspolitischen Zugeständnisse einiger Partnerländer der USA sind insgesamt zu unbedeutend, um die nachteiligen Wirkungen der zusätzlichen US-Zölle auf den Welthandel auszugleichen. Bereits im April und Mai sank er kräftig, nachdem zuvor insbesondere die Einfuhren der USA in Erwartung der Zollanhebungen stark zugelegt hatten. Neben dem Auslaufen dieser Vorzieheffekte machten sich erste dämpfende Auswirkungen der erhöhten Zölle auf die Nachfrage aus den USA bemerkbar. Auch die globale Industrieproduktion nahm nicht mehr so stark zu. Jüngste Umfrageergebnisse deuten zudem auf eine weitere Abkühlung der globalen Industriekonjunktur im Sommer hin. Mittelfristig werden die Perspektiven für den Welthandel davon abhängen, ob weitere Länder den protektionistischen Versuchungen nachgeben und sich ebenfalls stärker abschotten.

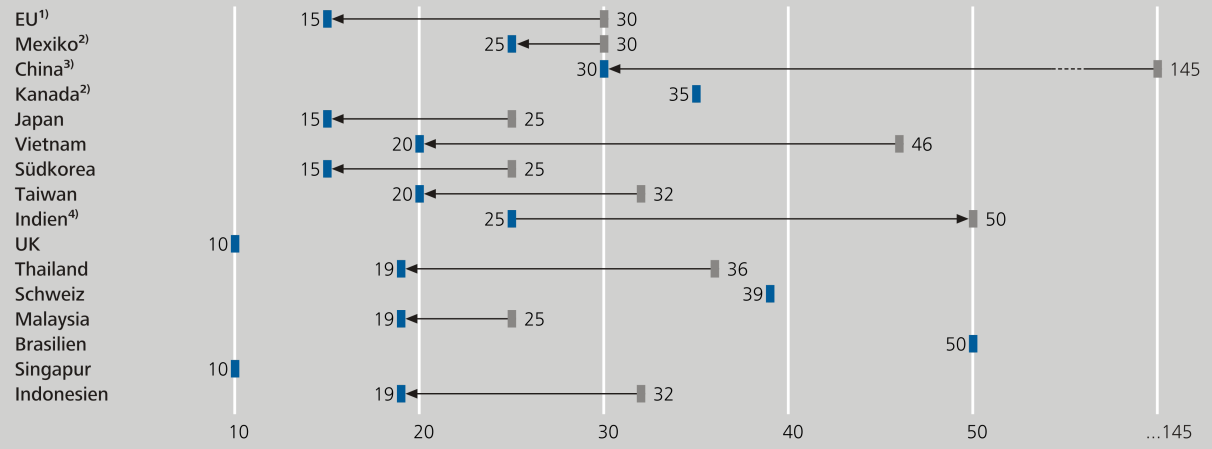
Exkurs

Zur Neuausrichtung der US-Handelsbeziehungen

Die US-Regierung verfolgt entschlossen eine protektionistische Handelspolitik. Anfang April hatte sie drastische länderspezifische Zollerhöhungen zwischen 11 und 50 Prozentpunkten auf die meisten Importwaren angekündigt. Wenige Tage später pausierte sie die sogenannten "reziproken Zölle" für 90 Tage und reduzierte sie auf einen Basiszollaufschlag von 10 Prozentpunkten.[1)] Unter der Drohkulisse einer Wiedereinführung der "reziproken Zölle" verhandelten viele Länder ihre Handelsbeziehungen mit den USA neu.[2)]

Angedrohte und tatsächlich eingeführte Zusatzzölle der USA

Schaubild 1.2



Quellen: Federal Register und Financial Times. **1** Der Zollsatz von 15% wird nicht zusätzlich erhoben, sondern ersetzt Zollsätze auf bisher niedriger bezollte Waren. **2** Zusatzzoll trifft nur Güter, die nicht unter das USMCA fallen. **3** 145 %iger US-Zusatzzoll auf chinesische Waren vom 10. April bis zum 14. Mai in Kraft. **4** Verdopplung des bisherigen Zusatzzolls zum 27. August angedroht.

Deutsche Bundesbank

1 Darüber hinaus verhängten die USA sektorale Zölle auf Stahl, Aluminium, Kupferprodukte, Personenkraftwagen und Kraftfahrzeugteile und erhöhten schon zuvor Zölle auf chinesische, kanadische und mexikanische Waren.

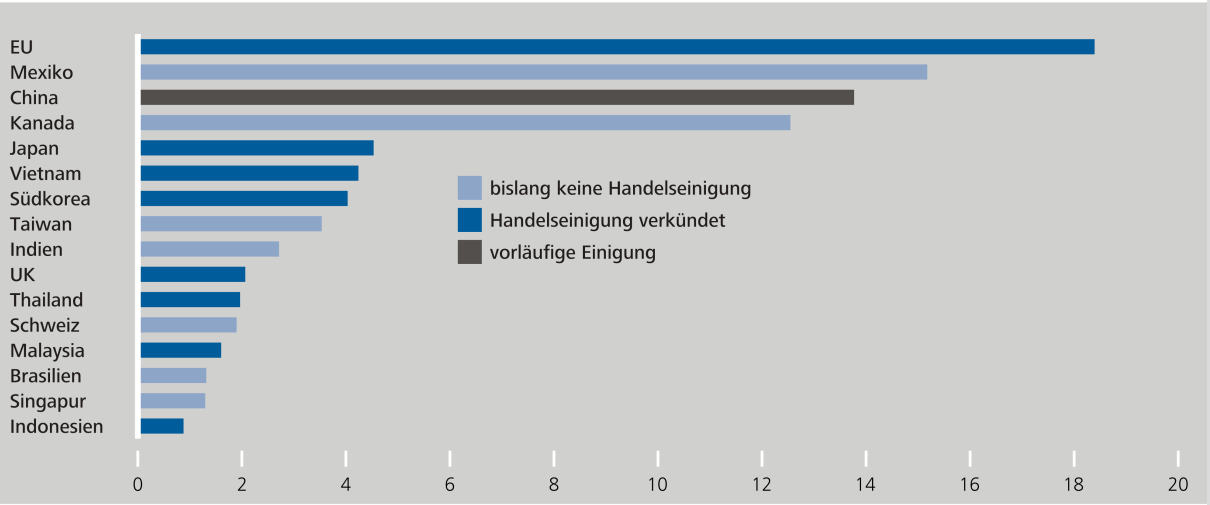
2 Die Spannungen mit China eskalierten nach einer Einführung chinesischer Gegenzölle zwischenzeitlich deutlich, entspannten sich aber nach einer vorläufigen Einigung am 12. Mai merklich.

Die bisher bekannt gewordenen Verhandlungsergebnisse lassen die deutlich veränderten Konturen einer neuen globalen Handelsordnung erkennen. Sie beschränken sich seitens der USA auf die Anhebung von Importzöllen, während nicht nur Gegenmaßnahmen weitgehend ausbleiben, sondern teilweise bedeutsame Zugeständnisse gemacht werden. Die Vereinbarungen mit vielen wichtigen Partnern sehen erhebliche Anstiege der bilateralen US-Einfuhrzölle im Vergleich zum Stand zu Jahresbeginn vor, bleiben aber hinter den zwischenzeitlichen Maximaldrohungen zurück. Zumeist liegen die neuen länderspezifischen US-Einfuhrzölle zwischen 10 % und 20 %. Gleichzeitig erleichtern die Verhandlungspartner den Marktzugang für einige US-Produkte. Zudem enthalten viele Vereinbarungen Klauseln, die sich implizit gegen China richten, etwa um Warenumleitungen über Drittländer in die USA zu verhindern oder Lieferketten zu sichern. Gegenüber Handelspartnern, mit denen keine neue Handelsvereinbarung getroffen wurde, legten die USA Zusatzzölle von 10 % bis 50 % fest. Insgesamt stieg der geschätzte effektive Einfuhrzoll der USA seit Jahresbeginn um 14 Prozentpunkte auf rund 16 % und damit auf den höchsten Stand seit den 1930er Jahren. Darüber hinaus plant die US-Regierung weitere produktspezifische Zölle unter anderem auf Pharmazeutika, Halbleiter und Holzwaren.

Anteil der US-Handelspartner an den US-Einfuhren

Schaubild 1.3

in % der US-Einfuhren im Jahr 2024



Quelle: US Census Bureau.
Deutsche Bundesbank

Die Handelsvereinbarung zwischen den USA und der EU fällt ebenfalls asymmetrisch aus. Der durchschnittliche US-Zoll auf Einfuhren aus der EU dürfte von 1,5 % vor Trumps Amtsantritt auf etwa 14 % steigen. Die EU verzichtete auf Gegenmaßnahmen, wohl auch, um eine weitere Eskalation des Handelskonflikts abzuwenden und zusätzlichen Schaden zu vermeiden. Sie sagte zudem eine weitgehende Beseitigung von Zöllen auf Industriegüter aus den USA und den Abbau von Handelsschranken für manche Agrargüter zu.[3)] Als Erfolg verbuchte die Europäische Kommission die angekündigte Senkung der zuvor um 25 Prozentpunkte angehobenen US-Zölle auf europäische Autos und Kraftfahrzeugteile auf 15 %. Dies dürfte der europäischen Automobilindustrie Erleichterung verschaffen. Pharmazeutika und Halbleiter aus der EU sollen künftig ebenfalls mit 15 % bezollt werden, von darüber hinausgehenden sektoralen Zöllen der USA bliebe die EU vorerst verschont. Einzelne, für die USA besonders wichtige Güter wie Flugzeuge und Flugzeugteile, gewisse Chemieprodukte und Generika oder kritische Rohstoffe sind von den Zollerhöhungen ausgenommen. Der in Aussicht gestellte, allerdings noch nicht weiter ausgeführte Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse könnte den transatlantischen Handel einiger Güter vereinfachen. Einzelne Handelserleichterungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass europäische Warenexporte in die USA merklich erschwert, während US-Exporte in die EU erleichtert werden.

Trotz der ausgeprägten Asymmetrie der Handelsvereinbarung dürften die Belastungen für die Wirtschaft der EU insgesamt nicht allzu hoch ausfallen. Im vergangenen Jahr machten Ausfuhren in die USA rund 3 % des BIP der EU aus. Ein bedeutender Teil davon entfiel auf Pharmazeutika und hochwertige Industriegüter mit einer kurzfristig wenig preissensitiven Nachfrage. Dies spricht dafür, dass die Lasten der Zölle zu einem großen Teil von den Kunden in den USA getragen werden dürften. Dennoch werden auch viele europäische Firmen unter den Folgen der US-Zölle leiden. Unter den EU-Mitgliedsländern ist insbesondere Irland wegen umfangreicher Exporte in die USA exponiert. Auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist innerhalb der EU überdurchschnittlich von den US-Zöllen betroffen. Modellrechnungen mit dem Weltwirtschaftsmodell NiGEM legen nahe, dass diese die Wirtschaftsleistung der EU im kommenden Jahr um rund 0,1 % verringern könnten.[4)]

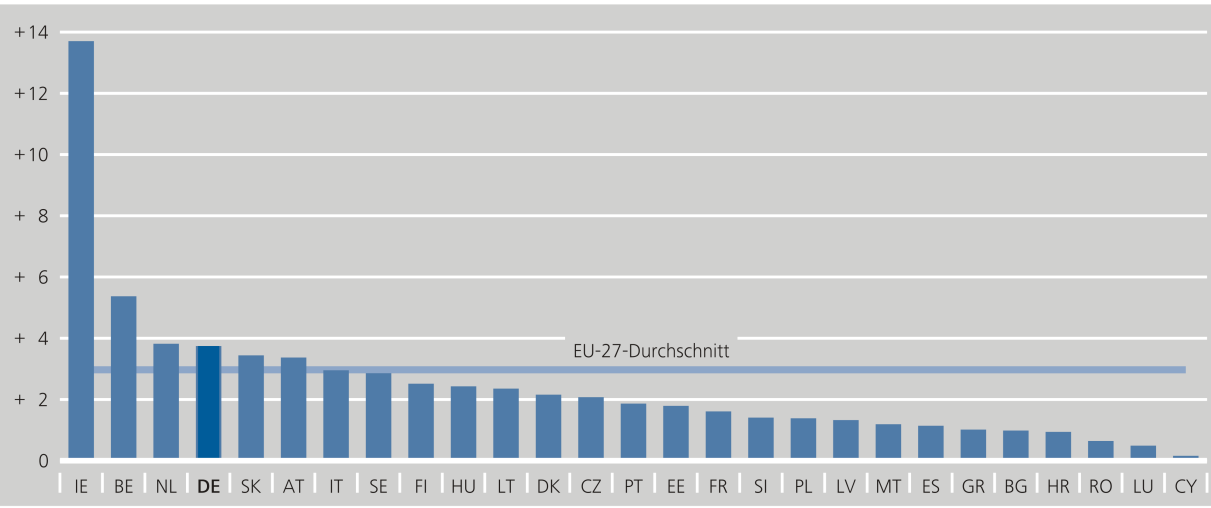
3 Des Weiteren stellte die Europäische Kommission hohe europäische Investitionen in die USA und Ankäufe von US-amerikanischen Energieprodukten in Aussicht.

4 NiGEM ist ein semi-strukturelles Modell des National Institute of Economic and Social Research (NIESR), das die Volkswirtschaften der meisten OECD-Länder sowie wichtiger aufstrebender Volkswirtschaften abbildet. Vgl. hierzu: Hantzsche et al. (2018) sowie Bernard et al. (2024).

EU-27: Warenexporte der Länder in die USA

Schaubild 1.4

in % des BIP, Stand: 2024



Quellen: Internationaler Währungsfonds und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

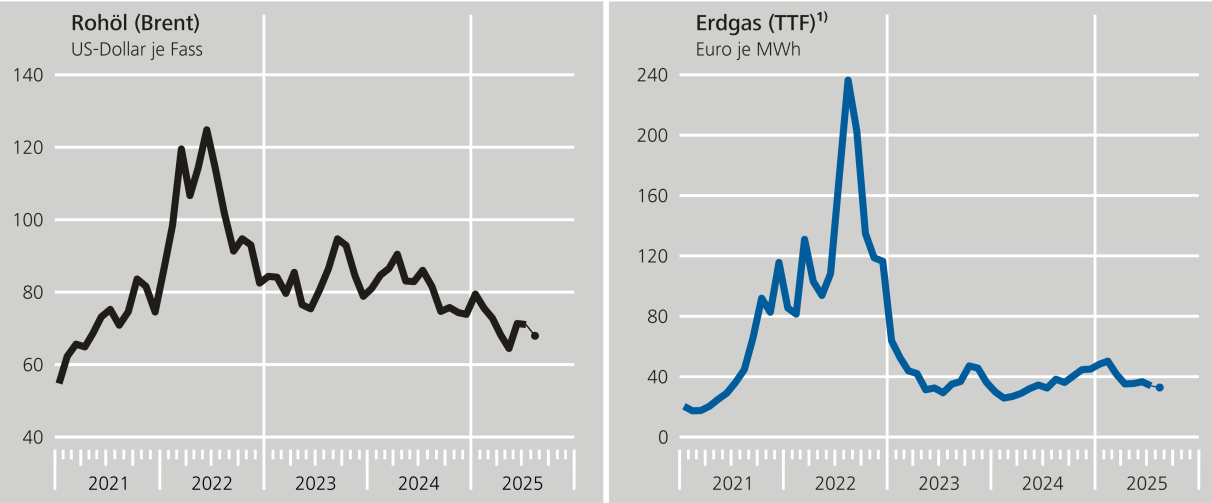
Trotz der Vereinbarungen zwischen den USA und ihren Handelspartnern bleibt das Risiko einer erneuten Eskalation der Handelskonflikte bestehen. Die Handelseinigungen sind keine rechtlich bindenden Abkommen. Stattdessen handelt es sich um Rahmenvereinbarungen, bei denen Eckpunkte festgelegt wurden. Entsprechend werden die Details weiter verhandelt werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Handelsspannungen zwischen den USA und manchen Handelspartnern im Laufe der Verhandlungen wieder aufflammen. Streitpotenzial bergen insbesondere mögliche sektorale Zölle unter anderem auf Pharmazeutika und Halbleiter, welche die US-Regierung wiederholt angedroht hat. In dieser neuen Welt, in der die USA ausschließlich auf bilaterale Verhandlungen setzen und sich von der multilateralen regelbasierten Handelsordnung abwenden, dürfte die handelspolitische Unsicherheit hoch bleiben. [5)]

5 Zudem bestehen Rechtsrisiken. Am 29. Mai urteilte ein US-Bundesgericht, dass der US-Präsident mit der Verhängung landesspezifischer Zölle seine Kompetenz überschritten habe. Die US-Regierung ging in Berufung. Der Weg durch die Gerichtsinstanzen wird wohl Jahre dauern.

Rohstoffpreise

Schaubild 1.5

Monatsdurchschnitte



Quellen: LSEG und EEX. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 18. August 2025. **1** Preis für nächstfälligen Terminkontrakt.

Deutsche Bundesbank

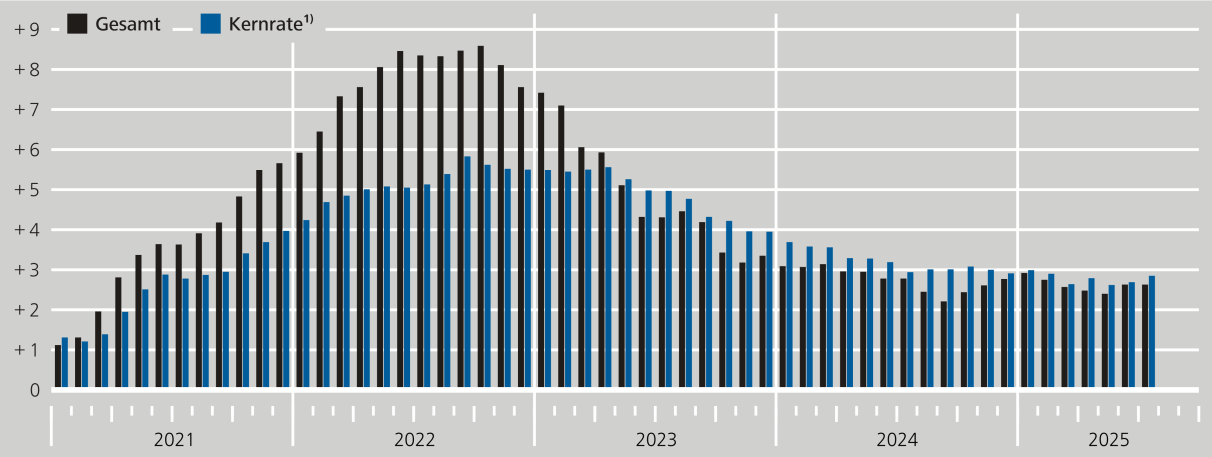
Die Energiemärkte waren im Berichtszeitraum von geopolitischen Einflüssen geprägt. Im Zuge der Eskalation des militärischen Konflikts zwischen Israel und dem Iran hatten die Rohölnotierungen zeitweise deutlich angezogen. Maßgeblich dafür waren Sorgen vor Angebotsausfällen. Mit der anschließenden Entspannung ließen die Preise wieder nach. Preisstützend wirkten allerdings auch eine robuste Nachfrage sowie neue Sanktionen und Sanktionsandrohungen der EU und der USA gegenüber der russischen Ölindustrie. Die Förderausweitungen einiger OPEC-Staaten und ihrer Partner lasteten dagegen auf den Notierungen. Auch ohne diese Maßnahmen wären die globalen Ölmärkte 2025 und 2026 laut Einschätzungen der internationalen Energieagenturen reichlich versorgt gewesen.[1)] Zum Abschluss dieses Berichts kostete ein Fass der Sorte Brent 68 US-$ und damit geringfügig mehr als im Mai. Die europäischen Gaspreise ließen zuletzt leicht nach und notierten mit 31 € je Megawattstunde spürbar unter ihrem Vorjahresniveau.

1 Vgl.: Internationale Energieagentur (2025) oder U.S. Energy Information Administration (2025).

Verbraucherpreise in Industrieländern*)

Schaubild 1.6

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis nationaler Angaben. * EU, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. 1 Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel; für EU, Norwegen, Schweiz und Vereinigtes Königreich zusätzlich ohne alkoholische Getränke und Tabakwaren.

Deutsche Bundesbank

Der globale Disinflationsprozess ist in vielen Ländern intakt,nicht so in den USA. Im Juli stiegen die Verbraucherpreise in den Industrieländern insgesamt im Jahresvergleich um 2,6 % und damit etwas stärker als im April. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Kernrate zog zuletzt ebenfalls etwas an. Dies spiegelt in erster Linie die Entwicklung in den USA wider. Dort gab der starke Preisauftrieb bei Diensten nicht weiter nach, und die Teuerung bei Waren verstärkte sich. Dazu trugen die Zollanhebungen bisher allerdings nur einen geringen Teil bei. Die auf den vorgelagerten Produktionsstufen bereits deutlich sichtbaren, zollbedingten Preisanstiege dürften erst in den nächsten Monaten schrittweise an die US-amerikanischen Verbraucher weitergegeben werden. In den meisten anderen Industrieländern dagegen scheint der Disinflationsprozess intakt zu sein.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hob seine Prognosen im WEO-Update vom Juli leicht an.[2] Für 2025 erwartet der IWF-Stab nun ein globales Wachstum von 3,0 %, 0,2 Prozentpunkte mehr als im Wirtschaftsausblick vom April 2025. Auch seine Wachstumsprognose für 2026 hob er leicht auf 3,1 % an. Diese Aufwärtsrevisionen spiegeln eine etwas stärkere konjunkturelle Grundtendenz, über den Erwartungen liegende Vorzieheffekte im Welthandel in der ersten Jahreshälfte 2025, etwas niedrigere Zollannahmen[3] sowie die expansiver als erwartet ausgerichtete Fiskalpolitik in den USA wider. Seinen Inflationsausblick ließ der IWF-Stab nahezu unverändert. Die Inflationsrate in der Gruppe der Industrieländer dürfte demnach weiterhin sinken und Ende 2026 bei 2 % liegen. Lediglich in den USA wird ein stärkerer Verbraucherpreisauftrieb auch im Jahr 2026 erwartet. Der IWF warnt weiterhin vor Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft infolge höherer Zölle, erhöhter Unsicherheit und geopolitischer Spannungen.

1.1 Chinesische Wirtschaft trotzt US-Zöllen bislang

In China blieb das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2025 robust. Nach offizieller Schätzung stieg das reale BIP um 5,2 % binnen Jahresfrist und damit annähernd so stark wie im Winterquartal. Offenbar trotzte die Wirtschaft bislang den Belastungen durch die neuen US-Zölle. Zwischen Mitte April und Mitte Mai waren im Handel zwischen den USA und China außerordentlich hohe Zusatzzölle in Kraft, bevor beide Länder diese wieder deutlich reduzierten.[4] Die chinesischen Warenexporte in die USA sanken im zweiten Quartal dennoch erheblich. Diese Verluste wurden jedoch durch zusätzliche Exporte in andere Regionen mehr als ausgeglichen. Der private Verbrauch hielt sich in den letzten Monaten ebenfalls auf Expansionskurs, vor allem wegen umfangreicher staatlicher Kaufanreize. In der Grundtendenz blieb er aber eher verhalten.

2 Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2025).

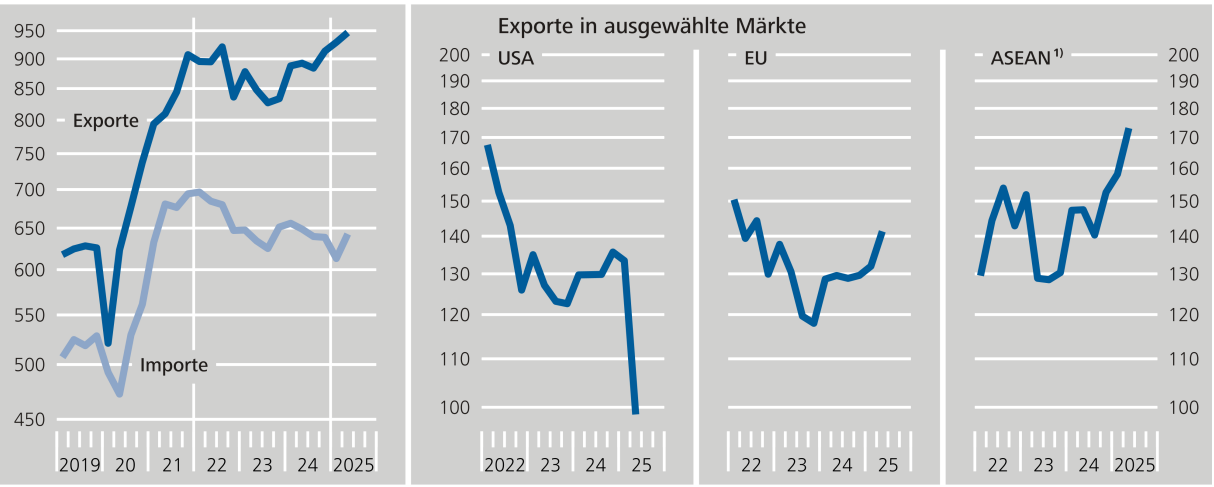
3 Die Prognosen des IWF unterstellen, dass die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung geltenden Zölle dauerhaft sind. Unter dieser Annahme lag den Prognosen ein effektiver Zollsatz der USA von 17,3 % zugrunde, verglichen mit 24,4 % im Referenz-Szenario im WEO vom April.

4 Seitdem gilt für chinesische Exporte in die USA ein Zusatzzoll von 30 %. Die Vereinbarung, die sehr hohen Zölle auszusetzen, war ursprünglich bis Mitte August befristet, wurde aber zuletzt bis zum 10. November verlängert. Bis dahin wollen beide Länder weiter über ein Handelsabkommen verhandeln.

Chinas Außenhandel mit Waren

Schaubild 1.7

Mrd US-$, saisonbereinigt, log. Maßstab



Quellen: Chinesische Zollbehörde, Haver Analytics und eigene Berechnungen. **1** Vereinigung südostasiatischer Länder (unter anderem Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam).

Deutsche Bundesbank

Die schwachen Preistendenzen setzten sich fort, und es besteht weiterhin die Sorge vor Exportumlenkungen in die EU. Die Verbraucherpreise waren im Juli gegenüber dem Niveau des Vorjahres unverändert. Auch ohne Nahrungsmittel und Energie gerechnet stiegen sie nur leicht um 0,8 % an. Die chinesische Regierung kündigte jüngst an, verstärkt gegen Überkapazitäten sowie einen aus ihrer Sicht übermäßigen Preiswettbewerb in einigen Wirtschaftszweigen vorgehen zu wollen. Die Maßnahmen setzen vor allem auf der Angebotsseite, weniger auf der Nachfrageseite an. Aufgrund des starken Rückgangs der Exporte in die USA besteht nicht nur in der EU die Sorge, dass billige Importe aus China die Märkte überschwemmen könnten. Im zweiten Quartal 2025 nahmen die chinesischen Warenexporte in die EU auf US-Dollar-Basis saisonbereinigt recht stark gegenüber dem Vorquartal zu. Es ist derzeit aber noch unklar, inwieweit dies die Folge von Umlenkungseffekten war.[5)] Für die weiteren Perspektiven der chinesischen Exportwirtschaft werden die Bedingungen des noch ausstehenden Handelsabkommens mit den USA eine zentrale Rolle spielen.

5 Der starke Anstieg der chinesischen Exporte in die EU betrifft zumindest zum Teil Produktgruppen, bei denen die Exporte in die USA nur wenig zurückgegangen sind, wie beispielsweise Textilien oder Fahrzeuge. Bei geringwertigen Paketlieferungen, die in der EU weiterhin zollfrei sind, während sie in den USA mittlerweile stark bezollt werden, erscheinen Umlenkungen hingegen durchaus plausibel. Die mögliche Untererfassung dieser Sendungen könnte auch dazu beigetragen haben, dass gemäß der Importstatistik der EU die spiegelbildlichen Einfuhren aus China im zweiten Quartal etwas weniger steil anstiegen.

1.2 Unterschiedliche Tendenzen in anderen großen Schwellenländern

In Indien dürfte die Konjunktur schwungvoll geblieben sein. Im ersten Quartal 2025, bis zu dem offizielle BIP-Daten vorliegen, stieg die Wirtschaftsleistung um 7,4 % gegenüber dem Vorjahr. Für das zweite Quartal zeichnet sich eine anhaltend lebhafte Expansion ab. Angesichts eines voraussichtlich überdurchschnittlich starken Sommermonsuns stehen auch die Ernteaussichten und damit die Perspektiven für die ländliche Wirtschaft insgesamt sehr günstig. Die Nahrungsmittelpreise gaben bereits in den letzten Monaten deutlich nach. Vor diesem Hintergrund sank die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe bis Juli auf 1,6 %, den niedrigsten Stand seit Mitte 2017. Nach einer Senkung um 50 Basispunkte im Juni beließ die Reserve Bank of India den Leitzins im August unverändert bei 5,5 %. Im August kündigten die USA Strafzölle auf Importe aus Indien an, um so Druck auf die Regierung auszuüben, den Rohölimport aus Russland einzustellen. Zusammen mit den bestehenden US-Zusatzzöllen würden Exporte aus Indien in die USA damit künftig einem hohen Zollsatz von 50 % unterliegen. Der indischen Volkswirtschaft, die sich in den letzten Jahren verstärkt der Herstellung und dem Export von Waren zuwandte, könnte dies mittelfristig erheblich schaden.

Der Aufschwung in Brasilien setzte sich mit gemäßigtem Tempo fort. Im ersten Quartal 2025 war das reale BIP aufgrund von außergewöhnlich hohen Ernteerträgen saisonbereinigt kräftig gegenüber dem Vorquartal angestiegen. Nach Auslaufen dieses Sondereffekts dürfte die Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Quartal allenfalls leicht zugelegt haben. In der Grundtendenz blieb die Wirtschaftsleistung im gesamten ersten Halbjahr wohl verhalten aufwärtsgerichtet. Bremsend wirkte die seit Längerem restriktive Geldpolitik. Die hohe Teuerung, die Abwertung des Real und Überhitzungstendenzen hatten die Zentralbank veranlasst, die Leitzinsen seit dem Jahresende 2024 kräftig anzuheben. Zuletzt stabilisierte sich der Verbraucherpreisanstieg zwar bei etwa 5,5 %, er lag damit aber weiterhin oberhalb des Zielkorridors der Zentralbank. Die seit Anfang August geltenden hohen Zölle im Warenhandel mit den USA dürften die Konjunktur in den nächsten Monaten ebenfalls belasten.

In Russland blieb die konjunkturelle Grundtendenz schwach. Laut der Schnellschätzung des Statistikamts stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr 2025 um 1,1 % binnen Jahresfrist, nach + 1,4 % im Vorquartal. Insgesamt mehren sich die Anzeichen, dass die russische Wirtschaft nach den Jahren eines lebhaften, vor allem aber durch staatliche Nachfrageimpulse getriebenen Aufschwungs inzwischen in eine Phase der Abschwächung eingetreten ist. Insbesondere die nicht-militärischen Bereiche der Wirtschaft entwickeln sich sehr schwach. Eine wichtige Rolle spielt dabei die straffe Geldpolitik, die angesichts der deutlichen Verstärkung der Inflation notwendig geworden war. In der Folge sanken die Investitionen, und der private Verbrauch verlor an Schwung. Die Engpässe am Arbeitsmarkt hielten trotzdem an, und die Arbeitslosenquote verharrte mit 2,3 % auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe schwächte sich auf 8,8 % im Juli ab. Vor diesem Hintergrund senkte die Zentralbank den Leitzins von einem außerordentlich hohen Niveau seit Juni in zwei Schritten um insgesamt 300 Basispunkte auf 18 %.

1.3 Zolleffekte überlagern Verlangsamung des konjunkturellen Grundtempos in den USA

In den Vereinigten Staaten legte das reale BIP im Frühjahr merklich zu. Es stieg im zweiten Vierteljahr gemäß der ersten Schätzung saisonbereinigt um 0,7 % gegenüber der Vorperiode. Das BIP-Ergebnis wurde, wie bereits im Vorquartal, maßgeblich durch zollbedingte Schwankungen bei den Einfuhren geprägt. Während die Einfuhren im Winter in Erwartung von Zollerhöhungen sprunghaft angestiegen waren, brachen sie im Frühjahr infolge des drastischen Anstiegs der US-Einfuhrzölle ein. Insbesondere die Importe aus China sanken kräftig. Die Endnachfrage wurde verstärkt aus den reichlich gefüllten Lagern bedient. Die Ausfuhren sanken leicht.

Jenseits der zollbedingten Sondereffekte schwächte sich die konjunkturelle Grunddynamik weiter ab. Das schon zu Jahresbeginn spürbar verringerte Wachstumstempo der privaten inländischen Endnachfrage ließ im Frühjahr noch einmal leicht nach. Der private Verbrauch legte nur verhalten zu. Die hohe Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik der neuen US-Administration sowie Sorgen vor einem erneuten Teuerungsschub dämpften die Kauflaune der Konsumenten. Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen kam nahezu zum Erliegen. Während die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen noch anstiegen, sanken die gewerblichen Bauinvestitionen deutlich. Dort, wie auch bei den Wohnungsbauinvestitionen, hinterließen die im mittelfristigen Vergleich recht hohen Hypothekenzinsen ihre Bremsspuren. Das Beschäftigungswachstum kam bereits im Mai weitgehend zum Erliegen. Nur weil das Arbeitsangebot infolge der verschärften Migrationspolitik schrumpfte, blieb die Arbeitslosenquote bis Juli unverändert.

Preisentwicklungen bei Waren in den USA

Schaubild 1.8

2024 = 100, saisonbereinigt

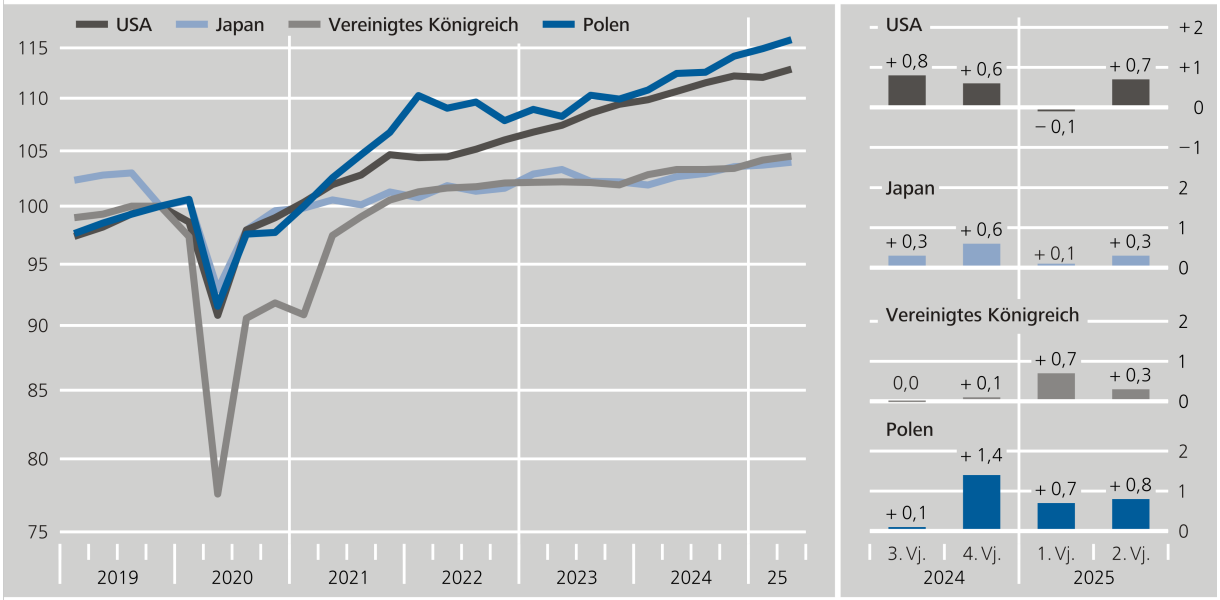
Quellen: Bureau of Labor Statistics, Census Bureau, Haver Analytics und eigene Berechnungen. **1** Effektive Zollsätze gemäß Zollstatistik auf Importpreise (ohne Öl und Ölprodukte) aufgeschlagen. **2** Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Deutsche Bundesbank

Die Zollanhebungen dürften die US-Wirtschaft zunehmend belasten. Zum Abschluss dieses Berichts lag der durchschnittliche Effektivzollsatz der USA bei 16 % und damit mehr als 14 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn.[6)] Während zunächst die Importeure und Handelsunternehmen die höheren Kosten importierter Waren durch eine Reduktion ihrer Preisaufschläge abfingen, scheint nun die Weitergabe der Zollkosten an die Endverbraucher langsam in Gang zu kommen. Die Teuerungsrate betrug im Juli 2,7 %, verglichen mit 2,3 % im April. Auch die Kernrate ohne Nahrungsmittel und Energie zog auf 3,1 % an. Inflationäre Impulse dürften mittelfristig auch vom jüngst verabschiedeten Haushaltsgesetz ausgehen, das unter anderem die Steuerlast für Unternehmen und Haushalte senkt und somit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren dürfte.[7)] Vor diesem Hintergrund beließ die US-Notenbank im Juli die Leitzinsen unverändert.

Reales BIP in großen Industrieländern außerhalb des Euroraums

Schaubild 1.9



Quellen: Bureau of Economic Analysis, Cabinet Office of Japan, Office for National Statistics, Statistics Poland und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

6 Die Vereinbarungen der USA mit einigen Handelspartnern sowie der vorübergehende Kompromiss mit China sind darin berücksichtigt.

7 Laut dem IWF dürfte der "One Big Beautiful Bill Act" das BIP über den Prognosezeitraum bis 2030 im Durchschnitt um 0,5 % anheben. Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2025).

1.4 Verhaltene Konjunktur in Japan

Die Wirtschaftsleistung Japans legte im Frühjahr spürbar zu. Laut der ersten Schätzung stieg das BIP preis- und saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Die Konsumenten weiteten ihre Ausgaben erneut aus, und die gewerblichen Investitionen nahmen lebhaft zu. Zudem stiegen die Ausfuhren trotz der protektionistischen Handelspolitik der USA kräftig. Perspektivisch dürften die damit einhergehenden konjunkturellen Belastungen aber zunehmen. Die Einigung zwischen den USA und Japan sieht unter anderem einen US-Einfuhrzollsatz von 15 % für die meisten japanischen Güter vor.[8)] Die Arbeitsmarktlage war anhaltend günstig. Die Arbeitslosenquote blieb im Juni bei 2,5 %. Der für japanische Verhältnisse starke Verbraucherpreisauftrieb schwächte sich im Juni auf 3,3 % binnen Jahresfrist ab. Die ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnete Rate verharrte indes bei 1,6 %. Vor diesem Hintergrund ließ die japanische Notenbank ihren Leitzins im Juli bei 0,5 %.

1.5 Wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich mit weniger Schwung

Die britische Wirtschaft hielt im Frühjahr nicht das hohe Wachstumstempo des Winterquartals. Das reale BIP stieg saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber der Vorperiode. Insbesondere verlangsamte sich die Expansion des gesamtwirtschaftlich besonders bedeutenden Dienstleistungssektors. Auch die Erzeugung des Verarbeitenden Gewerbes, die im Winter noch von Vorzieheffekten in Erwartung höherer US-Einfuhrzölle begünstigt worden war, stieg nur leicht an. Die Bauaktivitäten nahmen hingegen deutlich zu. Der Arbeitsmarkt kühlte sich weiter ab. Das jährliche Lohnwachstum gab im Frühjahr auf 4,6 % nach, übertraf damit aber weiterhin deutlich die Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Diese zog im Juni auch aufgrund der Anhebung der regulierten Energiepreise auf 3,6 % an. Die Kernrate stieg ebenfalls auf 3,7 %. Angesichts der schwächelnden Konjunktur senkte die Bank of England Anfang August den Leitzins auf 4 %.

8 Dies entspricht einem Anstieg des effektiven Zollsatzes von 12 Prozentpunkten im Vergleich zur Zeit vor dem Amtsantritt von US-Präsident Trump.

1.6 Polnische Wirtschaft hält Wachstumstempo

In Polen wuchs die Wirtschaft im zweiten Quartal weiterhin recht kräftig. Das reale BIP stieg vorläufigen Angaben zufolge im Vorquartalsvergleich saisonbereinigt um 0,8 %, nach 0,7 % im ersten Quartal. Die Aktivität in verschiedenen Dienstleistungssektoren nahm spürbar zu. Auch die industrielle Erzeugung wurde nach dem Rückgang im Vorquartal wieder ausgeweitet, wobei insbesondere die Investitionsgüterproduktion kräftig anstieg. Die Bauproduktion ging hingegen spürbar zurück. Verwendungsseitig dürfte der private Konsum erneut kräftig gestiegen sein. Die Kaufkraft der privaten Haushalte nahm wohl deutlich zu, wozu der Rückgang der Teuerung auf zuletzt 3,1 % im Vorjahresvergleich beitrug. Der Arbeitsmarkt blieb gut ausgelastet; die Bruttolöhne im Unternehmenssektor legten binnen Jahresfrist kräftig um 9,1 % zu. Gleichwohl deutet ein leichter Anstieg der Arbeitslosenquote auf 3,5 % auf erste Entspannungstendenzen hin. Die polnische Notenbank senkte ihren Leitzins seit Jahresbeginn um insgesamt 75 Basispunkte auf zuletzt 5,0 %.

Exkurs

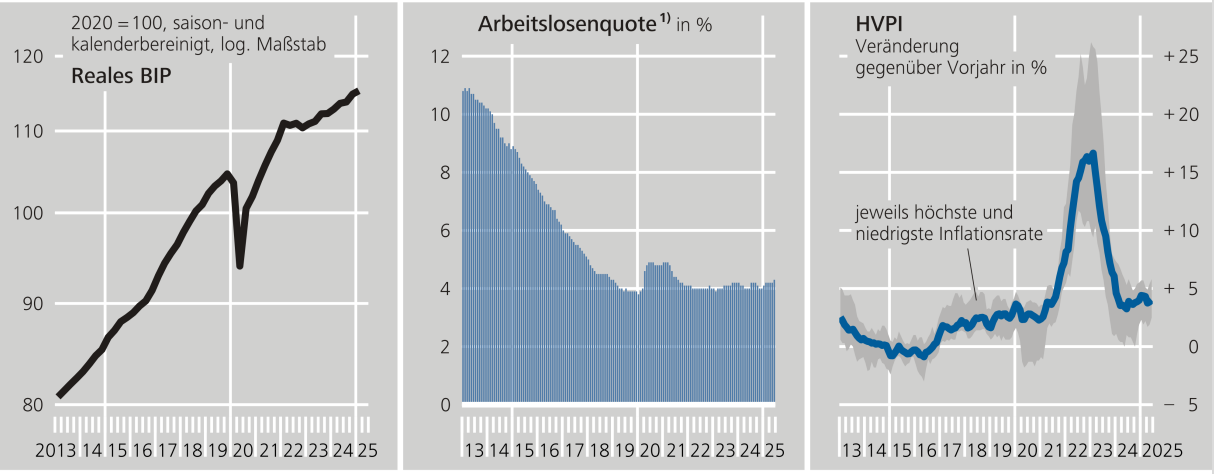
Konvergenz der EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa unter Druck

Im abgelaufenen Jahr verstärkte sich in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Erholung von den Verwerfungen durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Zu der Wachstumsverstärkung trug maßgeblich der private Verbrauch bei. Dank nachlassender Inflation, teils erheblicher Lohnsteigerungen und Beschäftigungszuwächse verbesserte sich die Kaufkraft der privaten Haushalte wieder. Auch der Staatsverbrauch stieg deutlich. Demgegenüber hielten die Bruttoanlageinvestitionen nicht das hohe Vorjahresniveau.[1)] Dies betraf sowohl die Investitionen in Infrastruktur als auch in Ausrüstungen; im Wohnungsbau waren sie bereits zuvor gesunken. Die Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen stiegen nur leicht, vor allem wegen einer schwachen Nachfrage aus dem Euroraum. Dagegen legten die Importe deutlich zu. Insgesamt wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2024 um 1,9 %, verglichen mit 1,0 % in der gesamten EU. Damit gab es weitere Konvergenzfortschritte, sie fielen jedoch deutlich kleiner aus als im mittelfristigen Vergleich.

1 Im Jahr 2023 hatte die Investitionstätigkeit durch die beschleunigte Umsetzung von Infrastrukturprojekten Auftrieb erhalten, da letztmalig EU-Mittel aus der Förderperiode 2014 bis 2020 abrufbar waren.

Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Verbraucherpreise in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern

Schaubild 1.10



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. **1** ILO-Konzept, saisonbereinigt.

Deutsche Bundesbank

Die wirtschaftliche Lage besserte sich in den meisten EU-Ländern Mittel- und Osteuropas. In Polen verstärkte sich das Wachstum spürbar. Der private Verbrauch und der Staatsverbrauch nahmen deutlich zu. Das gleiche galt für die Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere in den Fahrzeugpark. In der Tschechischen Republik wuchs die Wirtschaftsleistung moderat, getragen vom privaten und staatlichen Verbrauch. In Kroatien, Litauen und Bulgarien stieg die Aktivität spürbar. Die Slowakische Republik hielt ihr hohes Wachstumstempo weitgehend. Dagegen schwächte sich das Wachstum in Rumänien und Slowenien spürbar ab, maßgeblich wegen einer rückläufigen Investitionstätigkeit. In Rumänien gingen zudem die Ausfuhren zurück. In Ungarn stagnierte das BIP im Jahresverlauf nahezu. Lediglich der private Verbrauch stabilisierte noch die Konjunktur. Die Wachstumsschwäche Ungarns ist auch im Zusammenhang mit der Sperre von EU-Fonds aufgrund von Rechtsstaatsverstößen zu sehen. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten und anderen Investitionen.[2)] In Estland und Lettland sank die Wirtschaftsleistung im Vorjahresvergleich. Dabei stabilisierte sich die Wirtschaftslage in Estland im Jahresverlauf, während sie sich in Lettland aufgrund von sinkenden Investitionen und Ausfuhren erheblich verschlechterte.

2 Seit 2021 schützt eine neue Konditionalitätsverordnung den Unionshaushalt vor Rechtsstaatsverstößen, die die finanziellen Interessen der EU gefährden können. Sie sieht unter anderem Maßnahmen wie die Aussetzung von Zahlungen vor. Ende 2022 gelangte die Europäische Kommission zu der Einschätzung, dass die von Ungarn eingeleiteten Abhilfemaßnahmen nicht ausreichten, um die festgestellten Verstöße wirksam zu beheben, und setzte daraufhin eine Sperre von EU-Mitteln in Kraft. (vgl.: Rat der Europäischen Union (2022)). Auch Ende 2023 sowie Ende 2024 kam die Europäische Kommission im Rahmen des laufenden Konditionalitätsverfahrens zu dem Ergebnis, dass die Missstände weiterhin nicht hinreichend behoben worden waren und hielt an den bestehenden Maßnahmen fest. (vgl.: Europäische Kommission (2023, 2024a)).

Tabelle 1.1: Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Verbraucherpreise in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern
Angaben in %

	BIP-Wachstum		Arbeitslosenquote[1)]		Inflationsrate	
	2023	2024	2023	2024	2023	2024
Durchschnitt EU-11	0,8	1,9	4,1	4,1	10,8	3,8
Euroländer						
Estland	− 3,1	− 0,3	6,4	7,6	9,1	3,7
Kroatien	3,3	3,9	6,0	5,1	8,4	4,0
Lettland	2,2	− 0,4	6,5	6,9	9,1	1,3
Litauen	0,4	2,7	6,8	7,1	8,7	0,9
Slowakei	2,2	2,1	5,8	5,4	11,0	3,2
Slowenien	2,3	1,5	3,6	3,7	7,2	2,0
Nicht-Euro-länder						
Bulgarien	2,0	2,6	4,3	4,2	8,6	2,6
Polen	0,1	2,9	2,8	2,9	10,9	3,7
Rumänien	2,4	0,8	5,6	5,4	9,7	5,8
Tschechien	0,2	1,1	2,6	2,7	12,0	2,7
Ungarn	− 0,7	0,5	4,1	4,4	17,0	3,7

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. **1** ILO-Konzept, saisonbereinigt.

Der Anstieg der Verbraucherpreise ermäßigte sich in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern erheblich, blieb aber höher als im EU-Durchschnitt. Die mittlere Inflationsrate dieses Länderkreises sank, gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), vom Höchststand von 16,7 % im Februar 2023 bis Juni 2024 auf 3,3 %, vor allem wegen der Energiekomponente. Danach zog die Inflationsrate wieder an, auch weil Maßnahmen zur Dämpfung der Energie- und Heizkosten zurückgeführt wurden. Zudem verstärkten Preisanstiege bei Lebensmitteln die Inflation. Im Gesamtjahr 2024 belief sich die Teuerungsrate auf 3,8 %, nach 10,8 % im Jahr zuvor. Ohne Nahrungsmittel und Energie waren es 4,8 %, nach 9,6 %. Bis Juni 2025 stieg die Teuerungsrate leicht auf 4,0 %, und die Kernrate sank auf 3,6 %.

Der Lohnanstieg blieb angesichts der angespannten Arbeitsmärkte und der ausgeprägten Teuerung in den meisten EU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas hoch. Im Jahresdurchschnitt 2024 stiegen die Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten um 11,6 %, nach einem Anstieg um 13,7 % im Vorjahr. Der hohe Lohnanstieg wurde durch die unverändert angespannte Lage am Arbeitsmarkt begünstigt. Die Erwerbslosenquoten blieben im gewichteten Mittel auf einem niedrigen Stand, stiegen jedoch insbesondere in den baltischen Ländern merklich an. Im Jahresverlauf ließen die Lohnsteigerungen gleichwohl spürbar bis auf 10,1 % im vierten Quartal nach. Besonders stark stiegen die Löhne in den Nicht-Euroraum-Mitgliedstaaten. In den übrigen Ländern fiel das Lohnwachstum zwar moderater aus, war im Durchschnitt jedoch auch mehr als doppelt so stark wie im Euroraum.[3)] Der ausgeprägte Lohnanstieg trug maßgeblich zu den Kaufkraftgewinnen bei, hielt aber auch die Kerninflation hoch und beeinträchtigte die kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit.

Die Zentralbanken der mittel- und osteuropäischen EU-Länder außerhalb des Euroraums setzten die im Jahr 2023 begonnenen vorsichtigen Zinssenkungen im Verlauf des Jahres 2024 aus. Grund hierfür war insbesondere der erneute Anstieg der Inflationsraten in der zweiten Jahreshälfte 2024. Die polnische Nationalbank hielt den Leitzins bereits ab Oktober 2023 bei 5,75 % und senkte ihn erst 2025 schrittweise auf 5,0 %. Die Zentralbanken in Rumänien und Ungarn hielten ihre Leitzinsen seit August beziehungsweise September 2024 stabil bei 6,5 %. In Tschechien senkte die Zentralbank seit Ende 2023 ihren Leitzins, da die Inflationsrate seit Jahresbeginn 2024 im Zielkorridor der Zentralbank lag.

3 Zu dem kräftigen Lohnanstieg trugen auch vielerorts die deutliche Anhebung der Mindestlöhne zu Jahresbeginn 2024 bei, mit besonders starken Zuwächsen in Rumänien (+ 23 %), Bulgarien (+ 16 %) und Kroatien (+ 15 %). Vgl.: Lübker und Schulten (2025).

Die Staatsfinanzen verschlechterten sich in mehreren mittel- und osteuropäischen EU-Ländern. Die staatlichen Einnahmen hielten insbesondere in Polen und Rumänien nicht mit dem kräftigen Ausgabenwachstum mit. Zu diesem trugen maßgeblich stark steigende Löhne im öffentlichen Bereich, Renten, Sozialausgaben sowie Verteidigungs- und Zinskosten bei.[4)] Zwar wurden die Hilfsmaßnahmen zur Abfederung der hohen Energie- und Nahrungsmittelpreise schrittweise abgebaut, der Druck auf die Staatsfinanzen blieb aber hoch. Mehrere Länder hielten die EU-Haushaltsregeln nicht ein. Infolgedessen empfahl die Europäische Kommission bereits 2024, gegen Polen, Ungarn und die Slowakei ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (Excessive Deficit Procedure, EDP) einzuleiten. Rumänien befindet sich seit 2020 im EDP und hat bislang keine wirksamen Maßnahmen zur Defizitkorrektur ergriffen, weshalb der Rat das Verfahren offenhält.[5)]

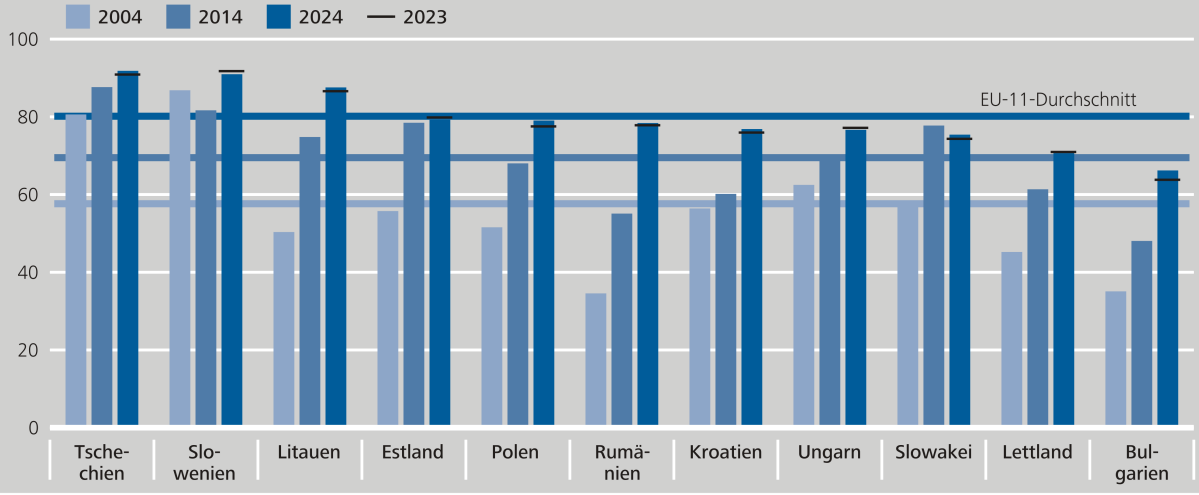
Die wirtschaftliche Angleichung der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten an den EU-Durchschnitt setzte sich mit kleinen Schritten fort. Mit der verstärkten wirtschaftlichen Erholung gab es 2024 wie im Jahr zuvor einen moderaten Konvergenzfortschritt. In den beiden Jahren zuvor hatte die Konvergenz angesichts der von der Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgehenden Belastungen gestockt. Betrachtet man die letzten vier Jahre zusammen, zeigt sich im Vergleich zu den Jahren zuvor eine deutliche Verlangsamung des Konvergenzprozesses. Zuletzt erreichten die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt gut 80 % der Wirtschaftsleistung der EU, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftparitäten. Dabei gab es weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, auch wenn diese im Zeitablauf geringer wurden. In Tschechien, Slowenien und Litauen waren es 2024 etwa 90 % des EU-Mittels, in Polen knapp 80 %. Am größten war der Konvergenzrückstand in Bulgarien, obwohl es dort in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gab.

4 Vgl.: Europäische Kommission (2025).
5 Vgl.: Rat der Europäischen Union (2025).

BIP pro Kopf in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern

Schaubild 1.11

in % des mittleren BIP pro Kopf in der EU-27, kaufkraftbereinigt



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

Im laufenden Jahr droht, dass die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten durch die verschärfte Handelspolitik der USA belastet wird. Zumindest ein Teil der Länder ist in hohem Maße vom Außenhandel abhängig. Der Exportanteil am BIP variiert zwischen 85,1 % für die Slowakei und 35,6 % für Rumänien. Die direkte Abhängigkeit von Exporten in die USA ist in Litauen mit 5 % an gesamten Warenausfuhren, der Slowakei und Estland mit knapp über 4 % besonders ausgeprägt. In einer Reihe von Ländern spielt die Integration in globale Wertschöpfungsketten eine erhebliche Rolle. Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei sind durch ihre starke Verflechtung mit Deutschland – insbesondere in der Automobil- und Zulieferindustrie – besonders anfällig.

Tabelle 1.2: Exportorientierung und Außenhandelsverflechtung der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten

Angaben in %

	Exportquote	US-Exportanteil	Anteil ausländisch kontrollierter Unternehmen an der BWS[1)]
	2024	2024	2022
Durchschnitt EU-11	58,3	3,1	37,5
Euroländer			
Estland	76,4	4,1	34,8
Kroatien	49,9	3,3	35,8
Lettland	64,7	2,8	35,3
Litauen	74,1	5,0	30,3
Slowakei	85,1	4,2	51,5
Slowenien	81,9	1,3	28,4
Nicht-Euroländer			
Bulgarien	56,3	2,5	31,1
Polen	52,4	3,3	38,4
Rumänien	35,6	2,5	41,6
Tschechien	68,8	2,7	44,8
Ungarn	74,5	3,5	40,8

Quellen: Eurostat, IWF Direction of Trade und eigene Berechnungen.Exportquote setzt die Exporte von Waren und Dienstleistungen in das Verhältnis zum BIP. US-Exportanteil gibt den Anteil der Warenexporte in die USA an den gesamten Warenexporten an. **1** Anteil ausländisch kontrollierter Unternehmen an der Bruttowertschöpfung; letzter verfügbarer Wert: 2022.

Strukturelle Faktoren, wie Bevölkerungsrückgang und Alterung sowie institutionelle Schwächen, gefährden den Konvergenzfortschritt der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. In der Region schrumpft und altert die Bevölkerung schnell. Dies verknappt das Arbeitskräfteangebot, dämpft das Produktivitätswachstum und verstärkt den Druck auf die öffentlichen Haushalte. Laut Projektionen der Europäischen Kommission droht in Lettland, Litauen, Bulgarien, Kroatien und Rumänien bis 2070 ein Bevölkerungsrückgang um mehr als 20 %, verglichen mit einem Rückgang um knapp 5 % für die EU.[6)] Den negativen Auswirkungen von Bevölkerungsalterung und -schrumpfung könnte durch institutionelle Reformen entgegengewirkt werden. Laut den Governance-Indikatoren der Weltbank zur Effektivität der Regierungsführung, zur Qualität der Regulierung und zur Korruptionsbekämpfung gibt es in diesem Länderkreis teilweise noch erhebliche Rückstände gegenüber dem EU-Mittel[7)], trotz gewisser Fortschritte in einer Reihe von Ländern. In einzelnen Ländern, insbesondere Ungarn, Bulgarien und der Slowakei gab es aber auch Rückschritte.[8)] Diese Probleme adressiert die EU auch in dem Förderprogramm Next Generation EU (NGEU). Zentrales Element ist die Recovery and Resilience Facility, die Investitionen mit gezielt auf strukturelle Schwächen ausgerichteten Reformen verbindet. Dadurch soll die wirtschaftliche Konvergenz gestärkt werden. Die darin enthaltenen Maßnahmen zielen auch auf eine Stärkung von Integrität und Rechtsstaatlichkeit, den Ausbau digitaler Verwaltungsstrukturen sowie auf eine höhere Transparenz und Effizienz im öffentlichen Sektor ab.[9)]

6 Vgl.: Europäische Kommission (2024b).

7 Die führenden Länder des Länderkreises übertreffen jedoch das EU-Mittel. Innerhalb der EU schneiden insbesondere die nordischen Staaten, Luxemburg und die Niederlande besonders gut ab, außerhalb der EU gehören die Schweiz, Norwegen, Singapur und Australien zu den Spitzenreitern. Siehe: Kaufmann und Kraay (2024), Daten unter: databank.worldbank.org.

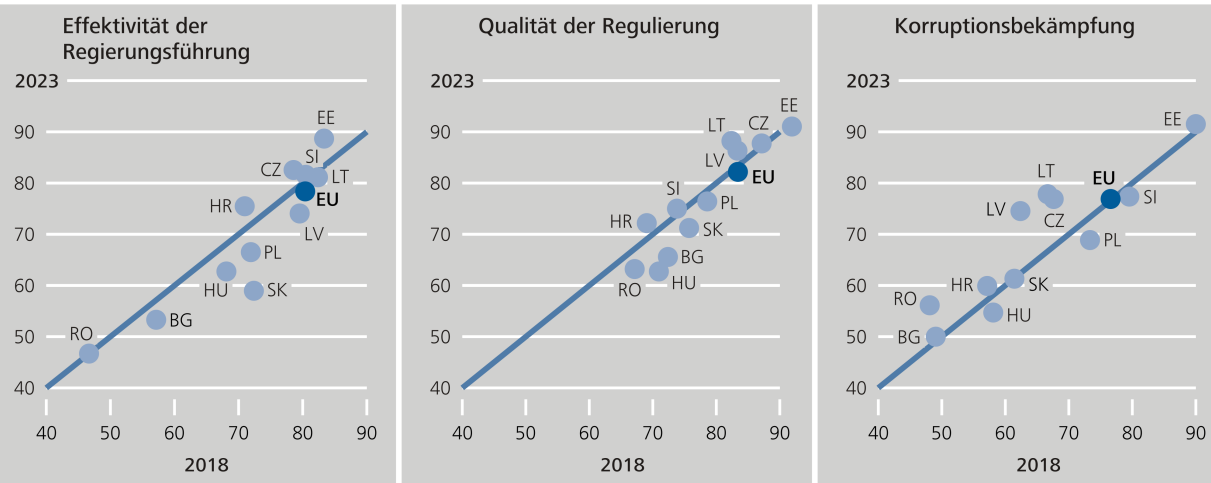
8 Die Effektivität der Regierungsführung bewertet die Qualität öffentlicher Dienstleistungen und die Glaubwürdigkeit der Politik, die Qualität der Regulierung misst die Fähigkeit zur Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für den Privatsektor, und die Bekämpfung von Korruption erfasst das Ausmaß des Missbrauchs öffentlicher Macht für private Zwecke. Vgl.: Kaufmann und Kraay (2024).

9 Vgl.: D'Alfonso (2025).

Governance-Indikatoren*)

Schaubild 1.12

gemessen am Perzentilrang



Quellen: Kaufmann und Kraay (2024), Weltbank und eigene Berechnungen. * Die Indikatoren werden als Perzentilränge von 0 bis 100 ausgewiesen, wobei höhere Werte bessere Ergebnisse anzeigen. Die Werte für die EU entsprechen jeweils dem Durchschnitt der Mitgliedsländer.

Deutsche Bundesbank

2 Erneuter Anstieg der Wirtschaftsleistung im Euroraum

Im Euroraum stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr nach kräftigem Wachstum im Winter weiter leicht an. Der Schnellschätzung von Eurostat zufolge legte das BIP gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt um 0,1 % zu (ohne Irland gerechnet waren es 0,2 %[9]). Im ersten Quartal hatten Vorzieheffekte in Erwartung höherer Zölle im Handel mit den USA die Aktivität noch verstärkt. Der danach zu erwartende Rückpralleffekt hielt sich in recht engen Grenzen. Die Exporte sanken zwar etwas, die Binnennachfrage setzte jedoch ihren moderaten Aufwärtstrend fort. Die Lage im Verarbeitenden Gewerbe hellte sich sogar weiter auf. Die Aussichten blieben jedoch verhalten. Bislang zeigen die Erwartungsindikatoren insgesamt zwar keine weitere Wachstumsverlangsamung an, die Zollvereinbarung von Ende Juli dürfte aber insbesondere die Exporte dämpfen. Hingegen sollten die moderaten Teuerungsraten, die günstigeren Finanzierungsbedingungen und die angekündigten Ausgabenprogramme die Konjunktur stützen. Alles in allem gibt es aktuell keine Anzeichen für einen spürbaren Dämpfer der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Angesichts der derzeit kaum vorhersehbaren handels- und geopolitischen Entwicklungen bestehen aber beträchtliche Risiken.

Der private Verbrauch stieg weiter. Die Einzelhandelsumsätze legten erneut merklich zu, und die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen wurden bis Mai spürbar ausgeweitet. Dazu trug wohl auch die gestiegene Bereitschaft der Haushalte bei, größere Anschaffungen zu tätigen. Im Gastgewerbe dürften die Umsätze preisbereinigt sogar deutlich gestiegen sein. Gestützt wird der private Konsum weiterhin durch die günstige Entwicklung der Lohneinkommen bei gemäßigten Teuerungsraten. Insgesamt erholte sich das Verbrauchervertrauen im Verlauf des zweiten Quartals allerdings nur zögerlich und blieb unter seinem langfristigen Durchschnitt.

9 Der statistische Ausweis des BIP wird in Irland wesentlich von Dispositionen multinationaler Unternehmen beeinflusst. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018).

Die Investitionstätigkeit expandierte erneut.[10)] Die Bauproduktion legte bis Mai deutlich zu. Neben Infrastrukturmaßnahmen spielte hier wohl auch der Wohnungsbau eine Rolle. Jedenfalls nimmt die Zahl der Baugenehmigungen seit geraumer Zeit spürbar zu. Auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften gestiegen sein. Bei den Umsätzen der Produzenten von Kapitalgütern im Euroraumhandel gab es im April und Mai ein deutliches Plus, und auch die Einfuhren von Investitionsgütern wurden merklich ausgeweitet. Die Aufwendungen für Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für geistiges Eigentum dürften im Zuge der zunehmenden Digitalisierung ihren Aufwärtstrend fortgesetzt haben.

Die Warenausfuhren in Drittländer gaben nach dem kräftigen Anstieg zu Jahresbeginn spürbar nach. Vor allem die Ausfuhren von Vorleistungen und von Investitionsgütern waren rückläufig, während sich die Exporte von Konsumgütern besser hielten. Insbesondere sanken die Ausfuhren in die USA, die zuvor vor allem wegen Vorzieheffekten besonders kräftig gestiegen waren. Auch die Ausfuhren nach China verringerten sich. Bei den Exporten in das Vereinigte Königreich gab es dagegen ein Plus. Die Dienstleistungsexporte des Euroraums gaben gemäß Zahlungsbilanzangaben bis Mai nach. Die Wareneinfuhren aus Drittländern fielen im zweiten Quartal preisbereinigt etwas höher aus. Die Importe von Konsum- und Vorleistungsgütern gingen nach kräftigen Zuwächsen im Vorquartal zurück, während die Einfuhren von Investitionsgütern zulegten.

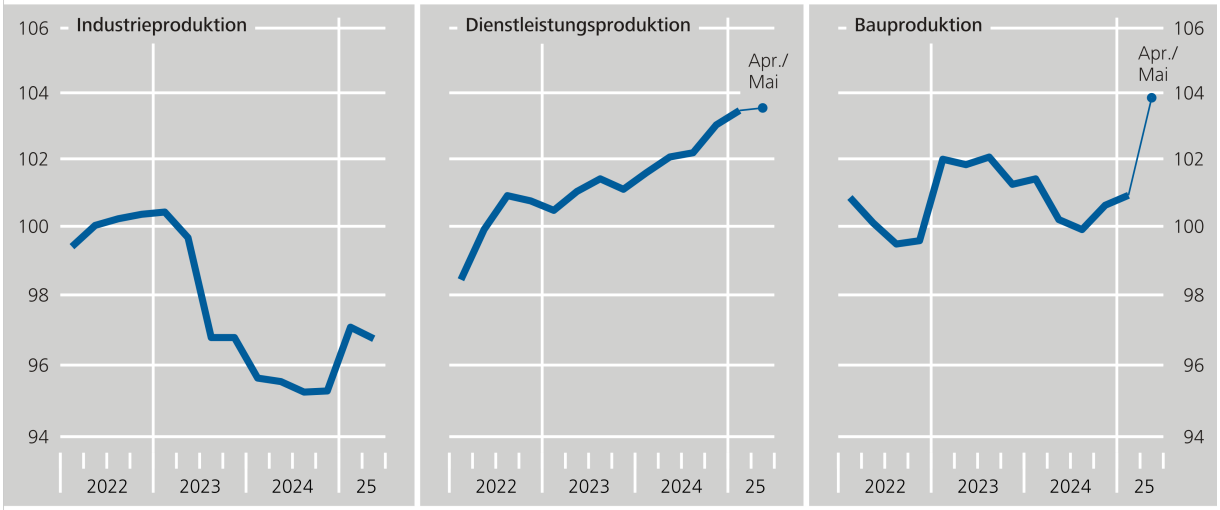
Im Verarbeitenden Gewerbe sank die Aktivität. Vor allem die Erzeugung von Vorleistungen verringerte sich spürbar. Die Investitionsgüterproduktion stieg hingegen im zweiten Vierteljahr, aber auch die Herstellung von Konsumgütern legte zu. Besonders groß war der Zuwachs bei Kraftfahrzeugen. Der erneute Anstieg der Kraftfahrzeugproduktion spricht dafür, dass sich die konjunkturelle Lage dort gebessert hat. Gleichwohl stagnierte die industrielle Kapazitätsauslastung und blieb unter ihrem langfristigen Durchschnitt. Dagegen verbesserte sich laut Umfragen der Europäischen Kommission die Wettbewerbsfähigkeit, und auch die Neuaufträge lagen nur noch leicht unter dem langfristigen Durchschnitt. Der Preisdruck auf der Erzeugerstufe nahm dank niedrigerer Energiepreise ab. Die Erzeugerpreise stagnierten im Vorjahresvergleich nahezu, und die Importpreise sanken sogar.

10 Ohne Irland. Der statistische Ausweis der Investitionen insgesamt, insbesondere jedoch derer in geistiges Eigentum, wird dort seit mehreren Jahren wesentlich von Dispositionen multinationaler Unternehmen beeinflusst. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018).

Sektorale Konjunkturindikatoren für den Euroraum

Schaubild 1.13

2022 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Die Dienstleistungen expandierten verhalten. Lediglich die Geschäftstätigkeit im Gastgewerbe verstärkte sich wohl spürbar. Die Aktivitäten in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen legten hingegen nur leicht zu, und im Bereich Verkehr und Lagerei sank die Aktivität wohl sogar merklich. Laut Umfragen der Europäischen Kommission belastet ein Mangel an Arbeitskräften die Dienstleistungsbranche weiterhin. Hingegen klagten die Unternehmen zuletzt seltener über eine unzureichende Nachfrage oder finanzielle Hemmnisse.

In den meisten Mitgliedsländern wuchs die Wirtschaftsleistung nur mäßig. Vielerorts dämpften sinkende Exporte die Aktivität. In mehreren Ländern, in denen es im Vorquartal merkliche Vorzieheffekte gab, sank das reale BIP im Vergleich zum ersten Vierteljahr sogar. Gleichzeitig stützte insbesondere in einigen südlichen Mitgliedsländern die spürbare Ausweitung des privaten Konsums und der Bautätigkeit die Konjunktur.

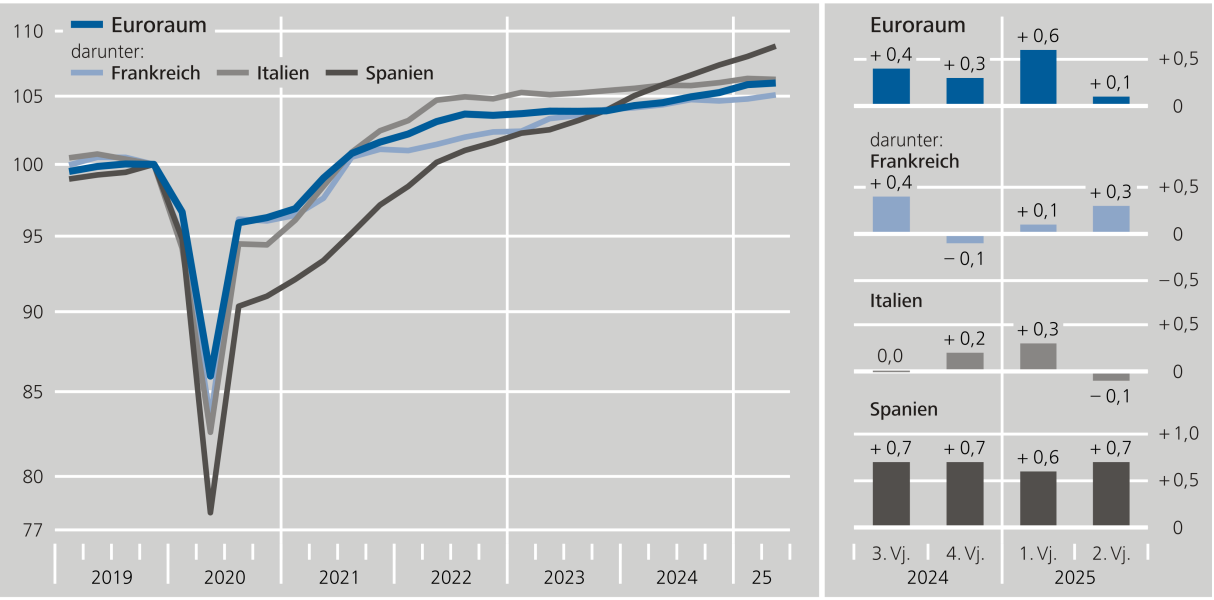
Das Wachstum der französischen Wirtschaft verstärkte sich im zweiten Quartal etwas. Das reale BIP stieg laut erster Schätzung um 0,3 %, nach 0,1 % im Vorquartal. Der private Konsum und die Exporte legten leicht zu, während die Investitionen, vor allem in Ausrüstungen, sanken. Allerdings gab es einen deutlichen Wachstumsbeitrag vom Lageraufbau, der von der Fertigung von Flugzeugen herrührte. Die Importe stiegen nochmals deutlich. Entstehungsseitig expandierte die Geschäftstätigkeit der Dienstleister merklich und des Verarbeitenden Gewerbes etwas. Im Baugewerbe gab es erstmals seit Mitte 2023 ein spürbares Plus.

Reales BIP im Euroraum und in ausgewählten Mitgliedsländern

Schaubild 1.14

4. Vj. 2019 = 100, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

In Italien verringerte sich die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr leicht. Das reale BIP sank vorläufigen Angaben zufolge um 0,1 %, nachdem es im Vorquartal auch dank zollbedingter Vorzieheffekte noch um 0,3 % gestiegen war. Wesentlich hierfür war, dass sich die Warenexporte normalisierten, nachdem sie im ersten Vierteljahr deutlich zugelegt hatten. Auch die industrielle Erzeugung ging wieder etwas zurück. Die Binnennachfrage erholte sich dagegen weiter. Der private Verbrauch dürfte dank höherer real verfügbarer Einkommen erneut gestiegen sein. Zudem ist die Investitionstätigkeit wohl weiter aufwärtsgerichtet. Die Aktivität der Dienstleister stagnierte jedoch.

Die spanische Wirtschaft wuchs weiter kräftig. Das reale BIP stieg laut erster Schätzung im zweiten Quartal 2025 um 0,7 %, nach 0,6 % im ersten Vierteljahr. Das Wachstum war weiterhin breit angelegt. Der private Verbrauch und die Investitionstätigkeit legten deutlich zu, während der öffentliche Verbrauch etwas zurückging. Die Ausfuhren stiegen merklich, die Einfuhren sogar deutlich an. Entstehungsseitig expandierte insbesondere die Bauwirtschaft kräftig. In den Dienstleistungen und im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Aktivität ebenfalls spürbar zu.

In den übrigen Mitgliedsländern ergab sich ein gemischtes Bild. In Belgien stieg die Wirtschaftsleistung moderat, in Litauen und Estland mäßig, in den Niederlanden und in Österreich geringfügig, während sie in Finnland stagnierte. In Irland sank das reale BIP etwas, nach einem besonders kräftigen Zuwachs im Vorquartal.

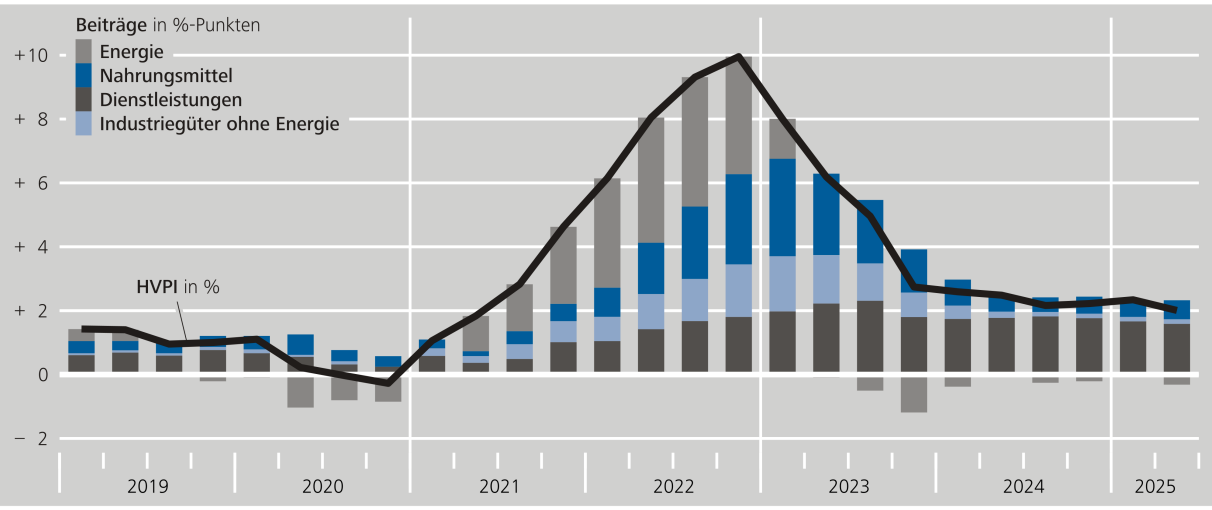
Die Lage am Arbeitsmarkt blieb stabil. Die Zahl der Beschäftigten stieg im Frühjahr erneut etwas an, allerdings deutlich schwächer als im Mittel der letzten Quartale. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 6,2 % und scheint eine Talsohle erreicht zu haben. Für eine Stabilisierung der Arbeitsmarktlage spricht auch, dass die Arbeitskräfteknappheit sowohl in der Industrie als auch bei den Dienstleistern in den letzten Quartalen nachließ. Sie liegt gleichwohl noch über dem langfristigen Mittel, vor allem bei den Dienstleistern. Die Quote der offenen Stellen sinkt bereits seit mehreren Quartalen. Das Lohnwachstum je Beschäftigten dürfte sich im zweiten Quartal 2025 weiter auf kaum mehr als 3 % abgeschwächt haben.

Die Verbraucherpreise im Euroraum stiegen im zweiten Vierteljahr 2025 etwas schwächer an als zuvor. Der HVPI erhöhte sich gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um lediglich 0,2 % und damit so wenig wie in keinem Quartal seit 2020. Ausschlaggebend waren die Energiepreise, die nach dem merklichen Anstieg im vorherigen Quartal wieder stark sanken. Außerdem blieben die Preise von Industrieerzeugnissen ohne Energie nahezu unverändert. Dienstleistungen verteuerten sich hingegen weiterhin kräftig und sogar etwas stärker als noch in den beiden vorhergehenden Quartalen. Bei Nahrungsmitteln nahm der Preisauftrieb ebenfalls wieder leicht zu.

Beiträge zur Teuerung (HVPI) im Euroraum

Schaubild 1.15

Veränderung gegenüber Vorjahr, vierteljährlich



Quellen: Eurostat, EZB und eigene Berechnungen.

Deutsche Bundesbank

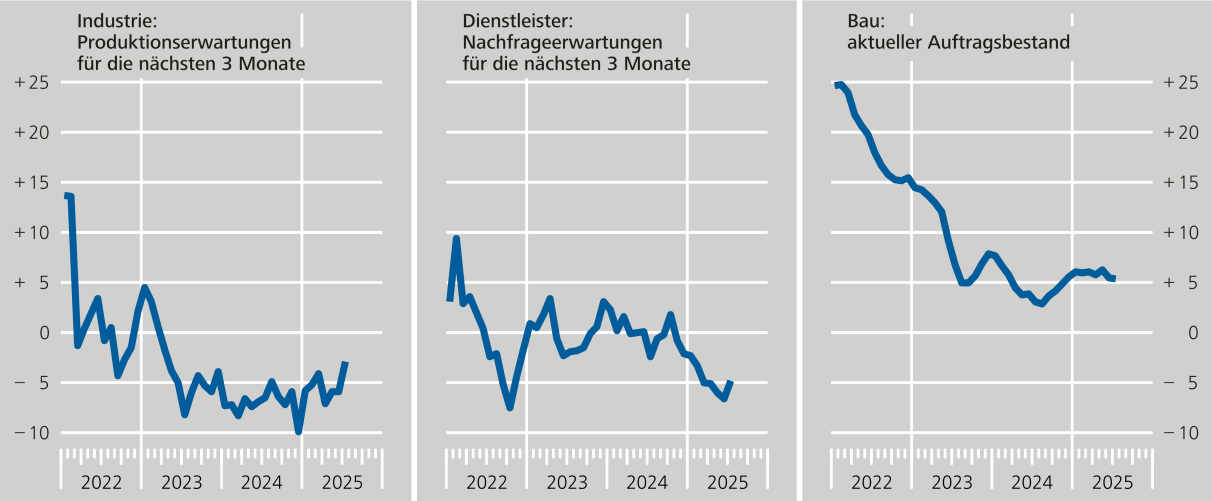
Im Vorjahresvergleich sank die Inflationsrate auf 2,0 %. Das lag vor allem an den Energiepreisen, deren Beitrag zur Inflationsrate im Gegensatz zum Vorquartal wieder negativ war. Die Dienstleistungsinflation schwächte sich ebenfalls ab, blieb aber mit 3,5 % weiterhin hoch. Der Preisanstieg bei Industrieprodukten ohne Energie blieb unverändert. Lediglich bei den Nahrungsmitteln zog die Teuerungsrate wieder leicht an. Die Kerninflationsrate ohne Energie und Nahrungsmittel lag mit 2,5 % immer noch deutlich über dem Mittelwert der letzten 25 Jahre, obwohl sie zum dritten Mal in Folge sank.

Im Juli 2025 verharrte die Inflationsrate gemäß Eurostat-Schätzung bei 2,0 %. Die Teuerungsraten bei Energie, Nahrungsmitteln und Industriegütern ohne Energie waren im Juli etwas höher als im Juni. Demgegenüber setzte sich der Disinflationsprozess bei den Dienstleistungen fort. Mit aktuell 3,1 % liegt der Preisauftrieb hier allerdings immer noch 1 Prozentpunkt über dem längerfristigen Durchschnitt. Infolge der gegenläufigen Entwicklungen bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen belief sich die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) im Juli unverändert auf 2,3 %. In den kommenden Monaten dürfte die Gesamtrate zunächst nahezu unverändert bleiben und anschließend etwas sinken. Die Hauptgründe hierfür sind der fortschreitende Disinflationsprozess bei den Diensten, stärker sinkende Energiepreise und der weiterhin leicht erhöhte Außenwert des Euro.

Stimmungsindikatoren für den Euroraum

Schaubild 1.16

Abweichungen vom langfristigen Mittelwert, monatlich, saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Für das laufende Quartal deuten die Indikatoren derzeit eine Fortsetzung der mäßigen Aufwärtsbewegung an, die Zollvereinbarung von Ende Juli wird die Exporttätigkeit aber belasten. Bis Juli reichende Stimmungsindikatoren, die allerdings vor dem Bekanntwerden der Zollvereinbarung zwischen der EU und den USA erhoben wurden, zeigen keine Verschlechterung der aktuellen Lage an. Die Produktionserwartungen für die kommenden Monate verbesserten sich sogar. Die Einschätzung der Auftragseingänge im Baugewerbe war unverändert, im Verarbeitenden Gewerbe ging sie leicht zurück. Zudem blieb die Stimmung der Verbraucher verhalten. Die Erwartungen der privaten Haushalte bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Situation und der eigenen finanziellen Lage trübten sich merklich ein. Unter den US-Zusatzzöllen dürften die Exporte in die USA leiden. Dies könnte die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe dämpfen. Die Binnenwirtschaft dürfte jedoch weiterhin moderat expandieren. Die gelockerten Finanzierungsbedingungen, die niedrigeren Rohstoffpreise, die gemäßigte Teuerung und die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt stützen die Konjunktur. Auch von den angekündigten fiskalischen Ausgabenprogrammen sind mittelfristig Wachstumsimpulse zu erwarten. Alles in allem dürfte die Aktivität im Euroraum in der zweiten Jahreshälfte leicht expandieren.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 19. August 2025, 11:00 Uhr berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Bernard, S., L. de Greef, I. Hurst, A. I. Kaya, I. Liadze und B. Naisbitt (2024), The Effects of Higher US Tariffs, National Institute of Economic and Social Research, Global Economic Outlook Topical Feature, Oktober 2024, S. 64 – 77.

D'Alfonso, A. (2025), National Recovery and Resilience Plans: Latest state of play, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments.

Deutsche Bundesbank (2018), Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und nationale Wirtschaftsstatistiken, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 67 – 81.

Europäische Kommission (2025), European Economic Forecast: Spring 2025, Institutional Paper, Nr. 318.

Europäische Kommission (2024a), Commission decision of 16.12.2024 pursuant to Article 7(2) of Regulation (EU, Euratom) 2020/2092 of the European Parliament and of the Council of 16 December 2020 on a general regime of conditionality for the protection of the Union budget, concerning a written notification from Hungary with regard to Article 2(2) of Council Implementing Decision (EU) 2022/2506 of 15 December 2022.

Europäische Kommission (2024b), 2024 Ageing Report: Economic and Budgetary Projections for the EU Member States (2022 – 2070), Institutional Paper, Nr. 279.

Europäische Kommission (2023), Commission decision of 13.12.2023 on the reassessment, on the Commission's initiative, of the fulfilment of the conditions under Article 4 of Regulation (EU, Euratom) 2020/2092 following Council Implementing Decision (EU) 2022/2506 of 15 December 2022 regarding Hungary.

Hantzsche, A., M. Lopresto und G. Young (2018), Using NiGEM in uncertain times: Introduction and overview of NiGEM, National Institute of Economic and Social Research, National Institute Economic Review, Vol. 244, S. R1 – R14.

Internationale Energieagentur (2025), Oil Market Report, Juli 2025.

Internationaler Währungsfonds (2025), World Economic Outlook Update: Global Economy: Tenuous Resilience amid Persistent Uncertainty, Juli 2025.

Kaufmann D. und A. Kraay (2024), The Worldwide Governance Indicators: Methodology and 2024 Update, World Bank, Policy Research Working Paper, Nr. 10952.

Lübker, M. und T. Schulten (2025), WSI-Mindestlohnbericht 2025: Neuorientierung der Mindestlohnpolitik führt zu realer Aufwertung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Report, Nr. 100.

Rat der Europäischen Union (2025), Stabilitäts- und Wachstumspakt: Rat leitet neues Defizitverfahren betreffend Österreich ein und ändert den Korrekturpfad für Rumänien, Pressemitteilung, 8. Juli 2025.

Rat der Europäischen Union (2022), Konditionalitätsmechanismus für die Rechtsstaatlichkeit: Rat beschließt Aussetzung von 6,3 Mrd € aufgrund mangelnder Abhilfemaßnahmen Ungarns, Pressemitteilung, 12. Dezember 2022.

U.S. Energy Information Administration (2025), Short-Term Energy Outlook, Juli 2025.

Geldpolitik-und-Bankgeschäft

1 Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Juni 2025 senkte der EZB-Rat zum vierten Mal im Jahr 2025 die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Mit dieser Zinssenkung notiert der Zinssatz für die Einlagefazilität, mit dem der EZB-Rat den geldpolitischen Kurs steuert, bei 2 %. Nach dem Basisszenario der Eurosystem-Projektionen aus dem Juni wird die durchschnittliche Gesamtinflation 2025 voraussichtlich bei 2,0 %, 2026 bei 1,6 % und 2027 bei 2,0 % liegen. Auch die meisten Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation deuten darauf hin, dass sich die Inflation nachhaltig im Bereich des mittelfristigen Zielwerts des EZB-Rats von 2 % einpendeln wird. Das Lohnwachstum ist immer noch erhöht, lässt aber weiterhin merklich nach.

Im Juli ließ der EZB-Rat die Leitzinsen zum ersten Mal seit einem Jahr unverändert. Die neu verfügbaren Daten bestätigten weitestgehend die Inflationsaussichten aus der Basisline der Juni-Projektionen: Die Inflation liegt zurzeit weiterhin beim mittelfristigen Zielwert von 2 %, der binnenwirtschaftliche Preisdruck hat weiter nachgelassen, und die Löhne steigen langsamer. Zugleich ist das Umfeld nach wie vor außergewöhnlich unsicher, vor allem aufgrund von Handelskonflikten.

Die Festlegung des weiteren geldpolitischen Kurses wird von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung erfolgen. Zentral bleiben die Beurteilung der Inflationsaussichten und der damit verbundenen Risiken sowie die zugrunde liegende Inflation und die Stärke der geldpolitischen Transmission.

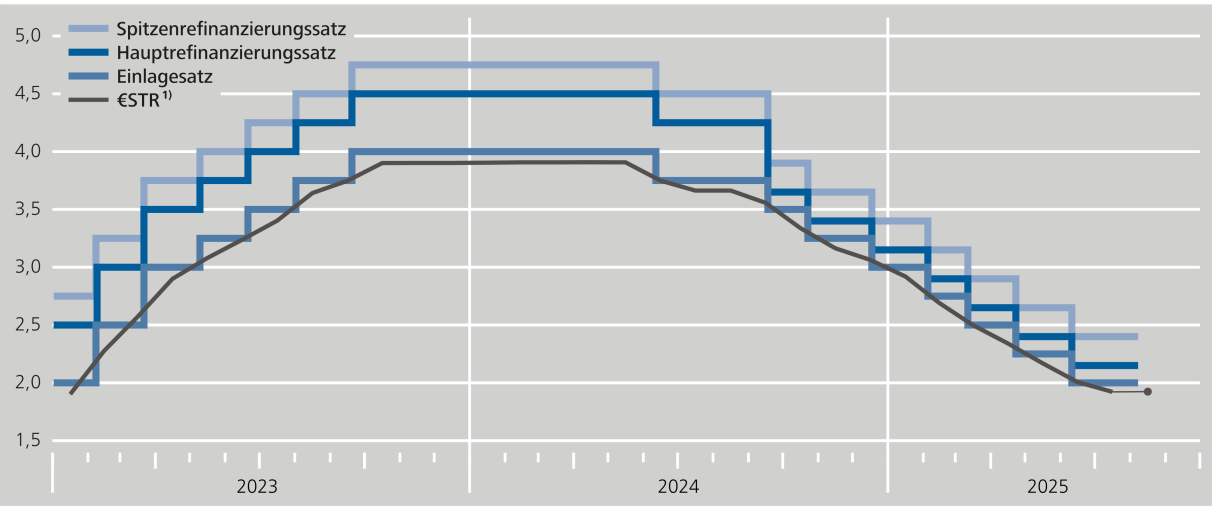
Die kurzfristigen Geldmarktsätze vollzogen die Senkung der Leitzinsen im Juni vollständig nach. Nach der Senkung notierte die Euro-Short Term Rate (€STR) zuletzt bei 1,922 % und damit rund 8 Basispunkte unterhalb des neuen Niveaus des Einlagesatzes.

Laut Umfragen im Vorfeld der Juli-Sitzung erwarteten Marktteilnehmer bis Ende 2025 eine weitere Zinssenkung. Die vor der Sitzung im Juli durchgeführte Umfrage des Eurosystems unter Geldmarktexperten (Survey of Monetary Analysts) zeigte an, dass die Teilnehmer im Median noch eine weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte im September erwarteten. Aktuell, das heißt nach der Juli-Sitzung, ist dagegen laut den Geldmarktterminsätzen keine weitere Zinssenkung im laufenden Jahr mehr voll eingepreist.

Die geldpolitischen Wertpapierbestände waren seit Mitte Mai weiter rückläufig. Ursache des Rückgangs sind weiterhin die auslaufenden und nicht wieder angelegten Wertpapiere im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) und im Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP). Insgesamt hielt das Eurosystem am 8. August dem APP zugehörige Aktiva in Höhe von 2 444,9 Mrd €. Die im Rahmen des PEPP ausgewiesenen Wertpapierbestände lagen am selben Tag bei 1 482,6 Mrd €.

Leitzinssätze und Geldmarktzinsen im Euroraum

Schaubild 2.1



Quelle: EZB. **1** Monatsdurchschnitte. • = Durchschnitt 1. bis 7. August 2025.
Deutsche Bundesbank

Die Überschussliquidität nahm weiterhin ab. Ihr Volumen lag zuletzt bei 2 673 Mrd €. Für den Rückgang waren die auslaufenden Wertpapiere im APP und PEPP hauptverantwortlich.

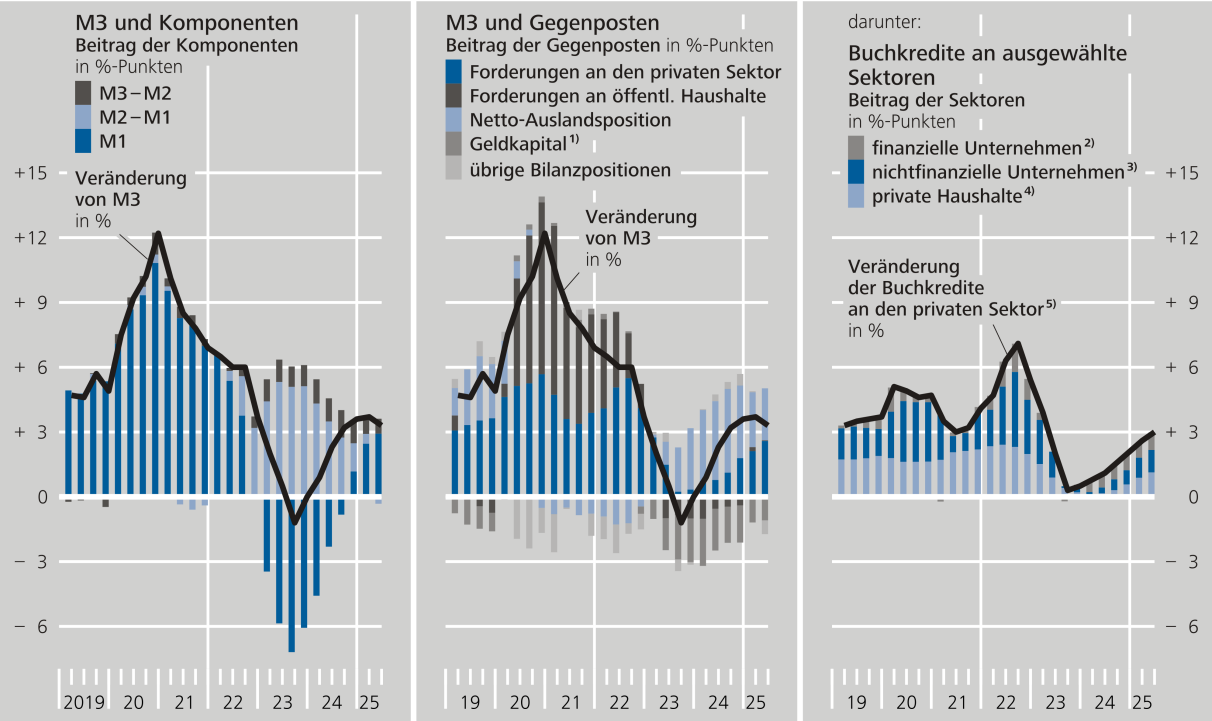
2 Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Im zweiten Quartal 2025 schwächte sich das Geldmengenwachstum insgesamt etwas ab. Das breit gefasste Geldmengenaggregat M3 legte in geringerem Umfang zu als im Vorquartal; seine Jahreswachstumsrate sank bis Ende Juni auf 3,3 % (siehe Schaubild 2.2). Anhaltend hohen Zuflüssen in täglich fällige Einlagen stand ein verstärkter Abbau der übrigen kurzfristigen Einlagen gegenüber. Diese Entwicklung steht in Einklang mit den weiter rückläufigen Zinsunterschieden zwischen diesen Einlageformen und einer hohen Präferenz der Nichtbanken für liquide Mittel angesichts eines ungewissen Wirtschaftsausblicks; zugleich gewannen Anlagen außerhalb von M3 aufgrund des Anstiegs der Langfristzinsen zum Teil wieder an Attraktivität. Auf der Entstehungsseite trieben vor allem die Nettoforderungen gegenüber dem Ausland das Geldmengenwachstum an. Auch die Buchkreditvergabe an inländische private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen nahm weiter zu, wenn auch nur moderat. Der Anstieg der globalen Unsicherheit dürfte die Nachfrage nach Unternehmenskrediten für Investitionszwecke gedämpft haben. Die im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) befragten Banken ließen ihre Kreditrichtlinien im Unternehmenskreditgeschäft im zweiten Quartal nahezu unverändert. Für das dritte Quartal erwarten sie einen moderaten Anstieg der Kreditnachfrage.

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euroraum

Schaubild 2.2

Veränderung gegenüber Vorjahr, Quartalsendstände, saisonbereinigt



Quelle: EZB. **1** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **2** Nichtmonetäre finanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **3** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **4** Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. **5** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden.

Deutsche Bundesbank

Unternehmen und private Haushalte bauten ihre Einlagenbestände insgesamt weiter auf. Sowohl Unternehmen als auch private Haushalte schichteten verstärkt kurzfristige Termineinlagen in täglich fällige Einlagen um. Private Haushalte stockten daneben auch kurzfristige Spareinlagen auf. Ursächlich hierfür war die Zinskonstellation: Die Zinssätze für kurzfristige Termineinlagen sanken im Zuge der geldpolitischen Leitzinssenkungen erneut stärker als die der beiden alternativen Einlageformen. Zudem dürfte der zeitweilige Anstieg der Finanzmarktunsicherheit dazu geführt haben, dass sowohl private Haushalte als auch Unternehmen Liquiditätspuffer aufbauten. Per saldo verlangsamte sich der Aufbau von M3-Einlagen gegenüber dem Vorjahr jedoch: Mit Blick auf die Renditen verloren diese Einlagen insgesamt weiter an Attraktivität gegenüber Anlagen außerhalb von M3.

Längerfristige Bankschuldverschreibungen wurden im zweiten Quartal wieder verstärkt von Nichtbanken nachgefragt. Wie bei langfristigen Staats- und Unternehmensanleihen stieg der Renditeabstand langfristiger Anleihen des Finanzsektors zu M3-Einlagen im Quartalsdurchschnitt an. Diese wurden damit für renditesuchende Investoren wieder interessanter, auch im Vergleich zu längerfristigen Bankeinlagen.

Im zweiten Quartal 2025 stützten die Netto-Auslandsforderungen des Sektors der Monetären Finanzinstitute (MFIs) den Geldmengenanstieg im Euroraum kräftig. Dies lag nach den bisherigen Daten der Zahlungsbilanzstatistik insbesondere am gestiegenen Interesse ausländischer Investoren an Wertpapieren, die von Nicht-MFIs im Euroraum begeben wurden. Vor allem Staatsanleihen, aber auch Anleihen des Privatsektors, bei denen das Emissionsvolumen im zweiten Quartal insgesamt hoch war, wurden von Gebietsfremden trotz der Aufwertung des Euro nachgefragt. Gleichzeitig erwarben inländische Nicht-MFIs in geringerem Maße als in den Vorquartalen ausländische Wertpapiere. Der Netto-Kapitalimport dürfte in Zusammenhang mit der Umlenkung globaler Kapitalströme stehen, die sich im Zuge der US-amerikanischen Handelspolitik teilweise von den USA in andere Währungsgebiete verlagerten. Aufseiten des Handels mit Waren und Dienstleistungen dämpfte der starke Wechselkurs des Euro jedoch die Nettoexporte des Euroraums, sodass der Leistungsbilanzsaldo im Berichtsquartal die inländische Geldhaltung nur in geringem Maße stützte.

Tabelle 2.1: Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors im Euroraum[1)]

Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2025 1. Vj.	2025 2. Vj.	Passiva	2025 1. Vj.	2025 2. Vj.
Forderungen gegenüber privaten Nicht-MFIs im Euroraum	115,7	98,8	Verbindlichkeiten gegenüber Zentralstaaten[3)]	– 10,7	44,1
davon:					
Buchkredite	112,9	90,7	Geldmenge M3	117,6	99,4
Buchkredite, bereinigt[2)]	113,4	107,2	davon Komponenten:		
Wertpapiere	2,9	8,1	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	124,8	143,7
			Übrige kurzfristige Einlagen (M2-M1)	– 24,9	– 59,1
Forderungen gegenüber öffentlichen Haushalten im Euroraum	32,1	– 27,8	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	17,8	14,8
davon:					
Buchkredite	6,6	11,9	Geldkapital	25,3	27,5
Wertpapierkredite	25,4	– 39,8	davon:		
			Kapital und Rücklagen	14,5	– 25,4
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	7,8	131,3	Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	10,7	52,9
Andere Gegenposten von M3	– 23,4	– 31,3			

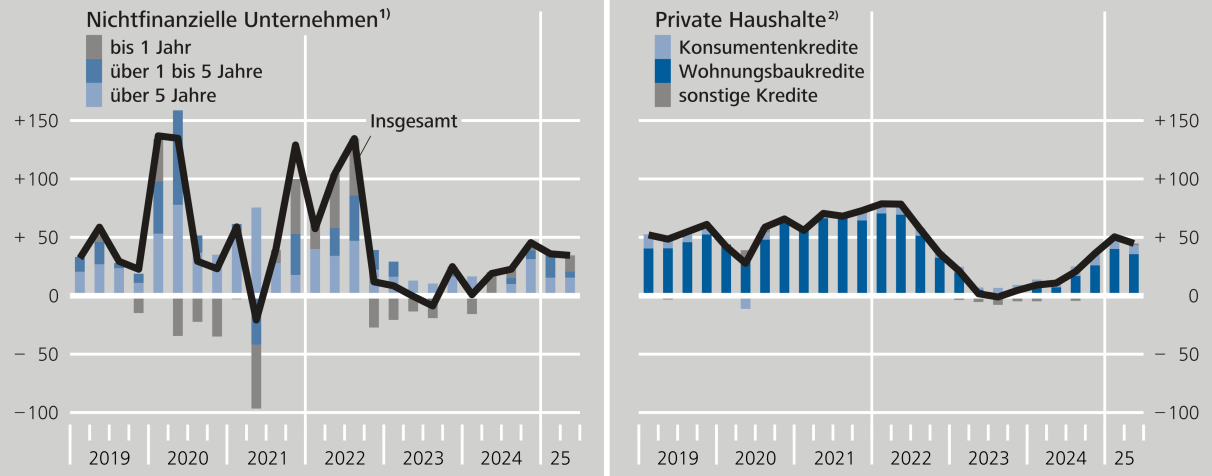
1 Statistisch bedingte Veränderungen (zum Beispiel statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **2** Bereinigt um Kreditverkäufe, Kreditverbriefungen und um Positionen im Zusammenhang mit durch MFIs erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen. **3** Einschließlich Einlagen der Zentralstaaten beim MFI-Sektor sowie der von Zentralstaaten gehaltenen Wertpapiere, die vom MFI-Sektor begeben wurden.

Die Vergabe von Buch- und Wertpapierkrediten an inländische Nichtbanken stärkte das Geldmengenwachstum ebenfalls. Im Vergleich zum Vorquartal war der Zufluss jedoch geringer. Dies lag vor allem daran, dass das Eurosystem seine Bestände an Wertpapieren des öffentlichen Sektors im Zuge des Auslaufens der geldpolitischen Ankaufprogramme wie geplant weiter deutlich reduzierte und der Bankensektor seine Bestände nicht in gleichem Maße aufstockte (siehe Tabelle 2.1). Demgegenüber schwächte sich die Kreditvergabe der Banken an den Privatsektor im Vergleich zu den letzten Quartalen nur leicht ab. Während die Wertpapierkredite wieder stiegen, legten die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte lediglich moderat zu.

Buchkredite des MFI-Sektors an den nichtfinanziellen Privatsektor im Euroraum*)

Schaubild 2.3

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



***** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden. **1** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

Im zweiten Quartal 2025 stabilisierte sich die Erholung des Buchkreditgeschäfts mit nichtfinanziellen Unternehmen. Die Kreditvergabe bewegte sich in diesem Segment auf dem Niveau des Vorquartals (siehe Schaubild 2.3). Die Unternehmen nahmen weniger längerfristige Buchkredite (mit einer Laufzeit von über einem Jahr) auf, die üblicherweise für Investitionszwecke verwendet werden. Stattdessen griffen sie verstärkt auf die alternative Finanzierung über die Emission von Anleihen zurück, da die Renditen mittelfristiger Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen deutlicher sanken als vergleichbare Bankkreditzinssätze. Hierzu könnten rückläufige Renditeabstände zu Staatsanleihen sowie erste Anzeichen einer Abkehr der Nachfrage internationaler Investoren nach US-Vermögenswerten beigetragen haben. Anders als im Vorquartal fragten nichtfinanzielle Unternehmen aber stärker kurzfristige Buchkredite nach. Dazu passt, dass die in der Unternehmensumfrage SAFE (Umfrage zum Zugang von Unternehmen im Euroraum zu Finanzmitteln) befragten Unternehmen angaben, im zweiten Quartal vermehrt auf Kreditlinien zurückgegriffen zu haben, was sich üblicherweise in der Zunahme kurzfristiger Kredite widerspiegelt. Zudem waren die Zinssätze für Kredite mit kurzfristiger Zinsbindung, anders als in den übrigen Laufzeitbändern, im zweiten Quartal im Durchschnitt deutlich rückläufig. Dies machte sie zusätzlich attraktiv.

Die im BLS befragten Banken berichteten von einer weitgehend konstanten Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen. Zwar förderte der Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus nach Angaben der BLS-Banken die Nachfrage. Einige Banken sahen jedoch einen bremsenden Einfluss der globalen Unsicherheit, zu der auch die erratische US-Handelspolitik beitrug, der zu einem Aufschub von Investitionsentscheidungen geführt haben könnte. Für das dritte Quartal 2025 rechnen die BLS-Banken mit einem Anstieg der Kreditnachfrage. Hierzu dürfte auch die Hoffnung beitragen, dass die jüngst erzielte Handelsvereinbarung zwischen der Europäischen Union und den USA die Wahrscheinlichkeit für ein Aufflammen der Unsicherheit im dritten Quartal 2025 dämpfen sollte.

Die Richtlinien für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen ließen die BLS-Banken nahezu unverändert. Einerseits hatte nach Angaben der Banken die Wettbewerbssituation einen lockernden Einfluss auf die Kreditrichtlinien. Andererseits wirkte sich die Einschätzung der Banken, dass sich das Kreditrisiko erhöht habe, straffend aus. Die Bankmanager berichteten zwar nicht davon, dass die erhöhte geopolitische Unsicherheit oder Handelskonflikte ihre Richtlinien zusätzlich beeinflusst hätten. Sie gaben aber an, die Kreditrisiken in den betroffenen Sektoren genauer zu beobachten. Für das dritte Quartal 2025 planen die im BLS befragten Banken keine Änderungen ihrer Kreditrichtlinien.

Die Buchkredite an private Haushalte setzten ihren moderaten Aufwärtstrend fort, insbesondere im Bereich der Wohnungsbaukredite. Zwar blieb der Kreditzufluss im Berichtsquartal leicht hinter dem kräftigen Anstieg des Vorquartals zurück. Er übertraf die Zuflüsse der davor liegenden Quartale aber deutlich. Den größten Anteil machten erneut die Wohnungsbaukredite aus. Nach Angaben der im BLS befragten Banken stieg die Nachfrage der privaten Haushalte nach diesen Krediten abermals deutlich. Ursächlich hierfür waren nach Einschätzung der BLS-Banken insbesondere der Rückgang des allgemeinen Zinsniveaus und die positiver eingeschätzten Aussichten am Wohnimmobilienmarkt sowie bei den Wohnimmobilienpreisen. Dies passt zu den Ergebnissen der EZB-Umfrage zu den Verbrauchererwartungen (Consumer Expectations Survey) im Juni, laut der die Befragten in den nächsten zwölf Monaten mit weiter steigenden Immobilienpreisen rechnen. Die BLS-Banken ließen die Vergaberichtlinien für Wohnungsbaukredite nach der Lockerung im Vorquartal nahezu unverändert. Für das dritte Quartal 2025 planen sie marginale Lockerungen der Richtlinien.

Auch Konsumentenkredite und sonstige Kredite nahmen im zweiten Quartal weiter zu. Die im BLS befragten Banken sahen einen marginalen Nachfrageanstieg gegenüber dem Vorquartal. Sie führten ihn unter anderem auf sinkende Zinsen zurück, während die Entwicklung des Verbrauchervertrauens und der Ausgaben für Gebrauchsgüter die Nachfrage nach Konsumentenkrediten aus ihrer Sicht dämpfte. Die BLS-Banken gestalteten ihre Vergaberichtlinien spürbar restriktiver und planen, diese im dritten Quartal 2025 weiter zu straffen. Als Gründe für die aktuelle Straffung nannten sie eine geringere Risikotoleranz und ein gestiegenes Kreditrisiko.

3 Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

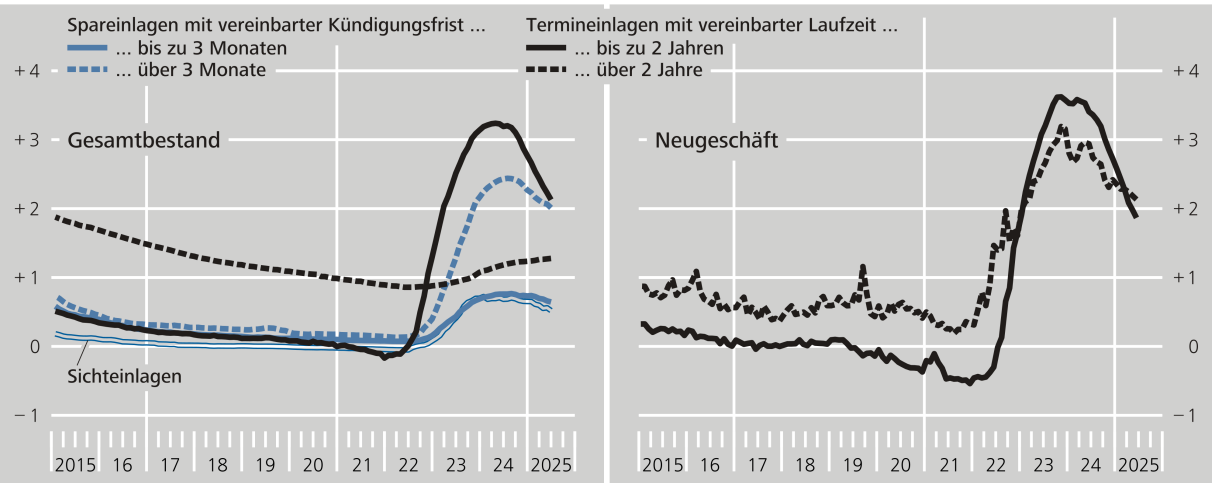
Inländische Nichtbanken bauten ihre Einlagenbestände bei deutschen Banken im zweiten Quartal 2025 in spürbarem Umfang auf. Insbesondere private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen schichteten dabei – ähnlich wie im Euroraum – kurzfristige Termin- und Spareinlagen in täglich fällige Einlagen um. Sie reagierten damit auf die weiter fallenden Zinsunterschiede zwischen diesen Einlageformen (siehe Schaubild 2.4). In der Summe blieb der Aufbau täglich fälliger Einlagen durch private Haushalte jedoch hinter dem der beiden Vorquartale zurück, insbesondere auch, da diese ihre Ersparnisse verstärkt in längerfristigen Termin- und Spareinlagen anlegten.

Die Unternehmen reagierten mit dem Aufbau ihrer täglich fälligen Einlagen zudem auf die gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit. Neben den nichtfinanziellen Unternehmen stockten auch finanzielle Unternehmen – vor allem Investmentvermögen (ohne Geldmarktfonds) – ihre täglich fälligen Einlagen auf, spürbar stärker als in den Vorquartalen. Angesichts der gesunkenen Opportunitätskosten der Geldhaltung zogen es diese renditebewussteren Marktakteure offenbar vor, ihre Mittel zunächst in täglich fälligen Einlagen zu parken. Darüber hinaus ist gerade bei den finanziellen Unternehmen der im Berichtsquartal erfolgte starke Anstieg ihrer hoch liquiden Einlagen in Zusammenhang mit der zeitweise deutlich erhöhten Finanzmarktvolatilität zu sehen.

Zinssätze für Bankeinlagen in Deutschland*)

Schaubild 2.4

% p.a., monatlich



* Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik (volumengewichtete Zinssätze). Bestandszinsen für Sicht- und Spareinlagen können wegen täglich möglicher Zinsänderungen auch als Neugeschäfte interpretiert werden.

Deutsche Bundesbank

Das Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden hat sich im zweiten Quartal 2025 merklich verlangsamt. So blieb zum einen die Kreditvergabe an den inländischen Privatsektor hinter der Entwicklung der letzten drei Quartale zurück. Sie konzentrierte sich im Berichtsquartal allein auf die Vergabe von Buchkrediten. Zum anderen verlangsamte sich auch die Kreditvergabe an den öffentlichen Sektor, nach einem ungewöhnlich kräftigen Zufluss im Vorquartal (siehe Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2: Banken in Deutschland: Kredit- und Einlagenentwicklung[1)]

Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2025	
	1. Vj.	2. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs[2)]		
täglich fällig	16,6	47,7
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	− 22,0	− 15,9
über 2 Jahre	3,7	3,8
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	− 5,8	− 4,2
über 3 Monate	− 0,6	3,3
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	6,9	2,3
Wertpapierkredite	14,3	6,2
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite[3)]	7,4	8,3
darunter:		
an private Haushalte[4)]	10,3	8,9
an nichtfinanzielle Unternehmen[5)]	0,4	− 6,2
Wertpapierkredite	3,5	− 0,2

1 Banken einschließlich Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen (zum Beispiel statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **2** Unternehmen, private Haushalte (sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck) und öffentliche Haushalte (ohne Bund). **3** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen.**4** Und private Organisationen ohne Erwerbszweck. **5** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Das Buchkreditgeschäft mit privaten Haushalten setzte seine Erholung fort, insbesondere auch im Bereich der Wohnungsbaukredite. Zwar fielen die Zuflüsse zu den Wohnungsbaukrediten – dem treibenden Faktor bei den Krediten an private Haushalte – im zweiten Quartal 2025 etwas schwächer aus als im Vorquartal. Ihre Entwicklung über die letzten Quartale deutet aber insgesamt auf eine sich weiter verfestigende Erholung hin. Die Erholung der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten spiegelt mehrere Faktoren wider. Zum einen waren die Zinssätze für diese Kredite im Berichtsquartal niedriger als in den beiden Vorjahren (siehe Schaubild 2.9). Zum anderen ist der Bedarf an Wohnraum nach wie vor hoch, und die Preise für Bestandsimmobilien sind gegenüber den im Jahr 2022 erreichten Höchstständen noch vergleichsweise günstig (siehe hierzu den Exkurs "Der aktuelle Anstieg der Wohnungsbaukredite dient vor allem Käufen von Bestandsimmobilien"). Die Angaben der im BLS befragten Banken bestätigen diese Einschätzung grundsätzlich: Die BLS-Banken beobachteten im zweiten Quartal einen Anstieg der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, den sie vor allem auf die nach Ansicht der privaten Haushalte verbesserten Aussichten am Wohnimmobilienmarkt sowie das gesunkene Zinsniveau zurückführten. Für das dritte Quartal 2025 rechnen die BLS-Banken mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten.

Exkurs

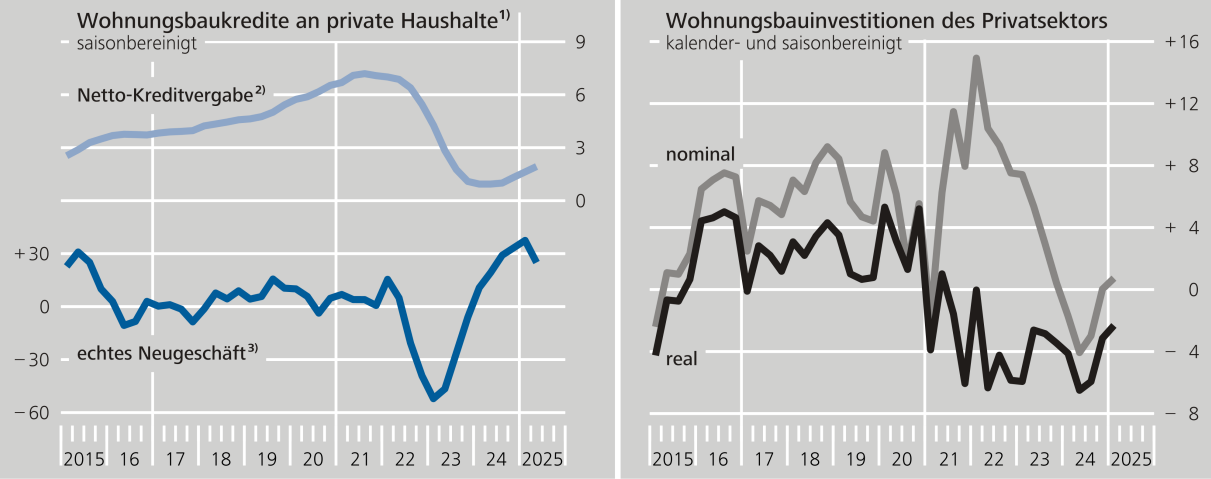
Der aktuelle Anstieg der Wohnungsbaukredite dient vor allem Käufen von Bestandsimmobilien

Das Neugeschäft der Wohnungsbaukredite mit privaten Haushalten in Deutschland ist seit Anfang 2024 insgesamt spürbar gestiegen. Dabei nahm der Anteil der beim gleichen Kreditinstitut neu verhandelten Kreditverträge in Bezug auf bereits bestehende Wohnungsbaukredite am gesamten Neugeschäft leicht zu; der überwiegende Teil des Anstiegs im Neugeschäft stammte jedoch vom echten Neugeschäft, also tatsächlichen Kreditneuzusagen (siehe Schaubild 2.5 links). Zugleich erholte sich die Netto-Kreditvergabe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte, das heißt der Saldo aus tatsächlich ausgezahlten und getilgten Krediten, seit Sommer 2024 erkennbar. Wie das Schaubild 2.5 zeigt, stieg das Jahreswachstum der Netto-Kreditvergabe der Banken auf zuletzt 1,9 %, nach 0,9 % im Frühling 2024. Obwohl das Niveau der Netto-Kreditvergabe noch vergleichsweise moderat ist, lässt ihre Dynamik eine sich verfestigende Erholung erkennen.

Wohnungsbaukredite und Wohnungsbauinvestitionen in Deutschland

Schaubild 2.5

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle der Ursprungswerte zu den Wohnungsbauinvestitionen: Statistisches Bundesamt. **1** Gewährt von Banken in Deutschland, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. **2** Kreditnehmer in Deutschland. **3** Kreditnehmer im Euroraum. Ohne neu verhandelte Kredite.

Deutsche Bundesbank

Zugleich blieb der Wohnungsbau ohne nennenswerten Schwung. So deuten die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesenen Bauinvestitionen des Privatsektors auf eine verhaltene Bauaktivität hin: Das Wachstum der nominalen Wohnungsbauinvestitionen lag trotz leichtem Anstieg seit Mitte 2024 zuletzt nur knapp über dem Vorjahresquartal; das Wachstum der realen Wohnungsbauinvestitionen blieb sogar bis zuletzt im negativen Bereich (siehe Schaubild 2.5 rechts). [1)]

Zudem war die Kreditvergabe der Banken an das Baugewerbe laut Kreditnehmerstatistik schwach. Die Kreditnehmerstatistik untergliedert die in Anspruch genommenen Kredite nach Wirtschaftszweigen, darunter auch die Kredite an das Baugewerbe sowie an Wohnungsunternehmen und Unternehmen des sonstigen Grundstückswesens. Diese drei Wirtschaftszweige finanzieren sich vergleichsweise stark über Bankkredite, weil ihr Geschäftsmodell darauf abzielt, hohe Vorfinanzierungen sowohl bei den Bauleistungen als auch beim Kauf und der Modernisierung bestehender Immobilien zu übernehmen (siehe Schaubild 2.6). [2)] Laut Kreditnehmerstatistik erfolgte die Kreditvergabe an Unternehmen aus dem Bau- und Immobiliengewerbe seit Anfang 2024 vor allem an Wohnungsunternehmen, das heißt an Unternehmen, die den Kauf und Verkauf, die Vermietung und Verpachtung sowie die Vermittlung und Verwaltung von Wohnungen übernehmen. Die Beiträge der Kreditvergabe an Unternehmen des sonstigen Grundstückswesens [3)], vor allem aber an das Baugewerbe, waren dagegen gering. [4)]

1 Zu den Wohnungsbauinvestitionen gehören alle Ausgaben, die der Privatsektor tätigt, um neuen Wohnraum zu schaffen oder bestehenden Wohnraum zu erhalten und zu modernisieren.

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020).

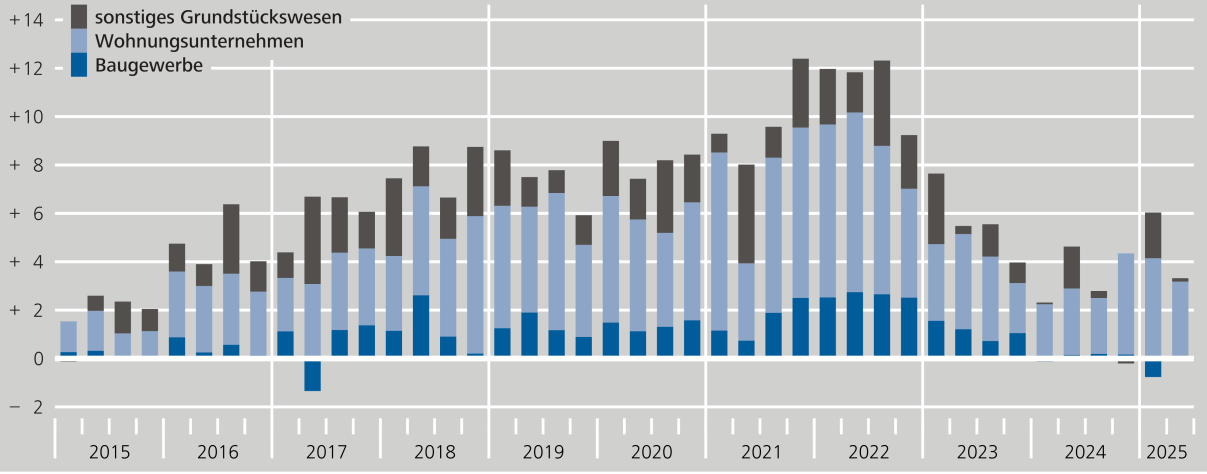
3 Dazu zählen der Kauf und Verkauf, die Vermietung und Verpachtung sowie die Vermittlung und Verwaltung von sonstigen Grundstücken und Gebäuden (das heißt mit Ausnahme von Wohnungen).

4 Auch die im BLS befragten Banken beobachteten vonseiten der Unternehmen des Baugewerbes in den letzten Halbjahren eine rückläufige Kreditnachfrage. Dagegen nahmen sie vonseiten der Unternehmen des Wohnimmobiliengewerbes seit der Jahresmitte 2024 eine steigende Kreditnachfrage wahr.

Kreditvergabe an Baugewerbe und Immobilienbranche in Deutschland*)

Schaubild 2.6

Mrd €, Veränderung gegenüber Vorquartal, saisonbereinigt



***** Umfasst Buchkredite der Banken in Deutschland an nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften sowie an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen laut Kreditnehmerstatistik.

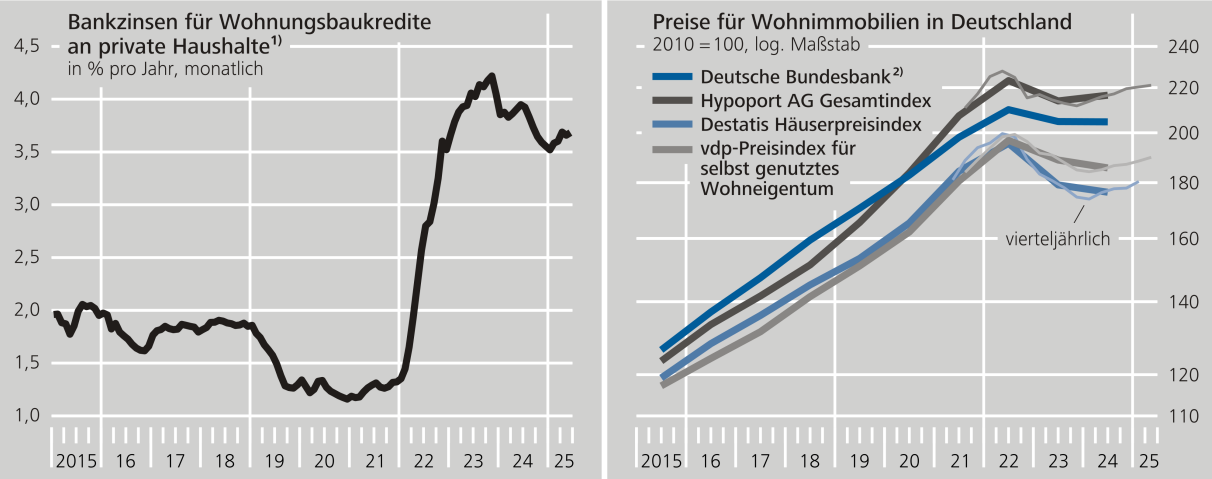
Deutsche Bundesbank

Die schwache Kreditvergabe an das Baugewerbe sowie die verhaltenen Bauinvestitionen sprechen dafür, dass die privaten Haushalte die aufgenommenen Mittel weniger für Bauaktivitäten (Neubau und Sanierungen) als für den Kauf von Bestandsimmobilien verwendeten. Im September 2023 kam es mit dem Ende der geldpolitischen Straffungsphase zu einem Rückgang der Kapitalmarktzinsen, der sich ab Dezember 2023 auch in den Bankzinssätzen für Wohnungsbaukredite in Deutschland niederschlug und dadurch die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten förderte (siehe Schaubild 2.7 links). Darüber hinaus stabilisierten sich die Preise für Wohnimmobilien (siehe Schaubild 2.7 rechts), und die Überbewertungen bei den Wohnimmobilienpreisen bauten sich größtenteils ab. Allerdings waren die seit dem Höhepunkt des Wohnimmobilienpreisanstiegs erfolgten Preisrückgänge bei Bestandsimmobilien insgesamt größer als bei Neubauten (siehe Schaubild 2.8 links und Mitte). Dies dürfte die Nachfrage nach ersteren gestärkt haben. Ursächlich für den stärkeren Anstieg der Preise für Neubauten waren insbesondere die stark gestiegenen und historisch hohen Baukosten (siehe Schaubild 2.8 rechts). Ihr Anstieg hat mehrere Gründe: Zu nennen sind vor allem die während der Corona-Pandemie aufgetretenen Material- und Rohstoffengpässe, die gestiegenen Kreditzinsen für Bau- und Wohnungsunternehmen, der Lohnanstieg infolge von Inflation und Fachkräftemangel sowie die strengeren Vorgaben für die Energieeffizienz. [5)]

5 Vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2025a) sowie Henger (2025). Dagegen dürften die Preise für Bestandsimmobilien aufgrund ihrer schlechteren Energieeffizienz für sich genommen gedämpft worden sein.

Indikatoren für die Erschwinglichkeit von Wohnimmobilien

Schaubild 2.7



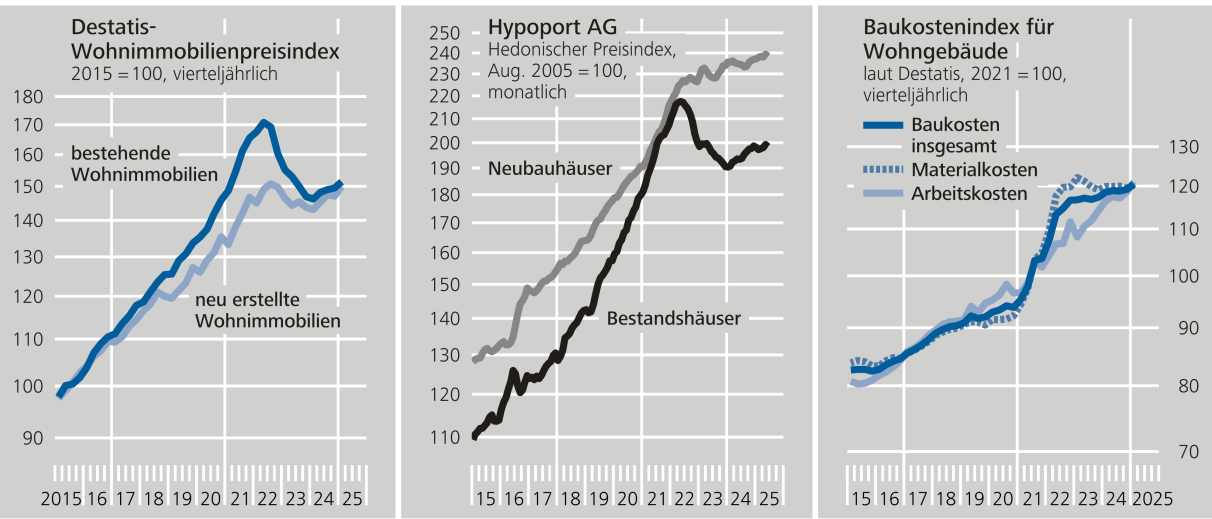
1 Kredite an private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck. Neugeschäft gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Transaktionsgewichtet. Eigene Berechnungen auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG.

Deutsche Bundesbank

Wohnimmobilienpreise und Baukosten

Schaubild 2.8

Indizes, log. Maßstab



Deutsche Bundesbank

Der aktuell zu beobachtende Anstieg der Wohnungsbaukredite dürfte somit widerspiegeln, dass Bestandsimmobilien aus Sicht der privaten Haushalte aktuell die erschwinglichere Wohnform darstellen. Ein Anstieg der Kreditaufnahme für Neubauten und Sanierungen ist erst graduell zu erwarten. So dürften die Wohnungsbauinvestitionen ihre leichte Erholungstendenz fortsetzen. Dafür sprechen unter anderem der große Bedarf an neuem Wohnraum und Modernisierungen sowie Verbesserungen in der Erschwinglichkeit von Wohnraum für die privaten Haushalte. [6)]

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

Die Banken setzten die Straffungen der Kreditrichtlinien bei den Wohnungsbaukrediten fort. Unterbrochen worden war die Straffungsphase nur im ersten Quartal 2025, als die Banken die Richtlinien für Wohnungsbaukredite vorübergehend etwas lockerten. Die Banken begründeten die aktuelle Straffung vor allem mit ihrer gesunkenen Risikotoleranz. Daneben wirkten auch eine sinkende Kreditwürdigkeit der privaten Haushalte und eine verschlechterte Kreditqualität restriktiv auf die Kreditrichtlinien.

Auch die Vergabe von Konsumenten- und sonstigen Krediten verzeichnete per saldo einen leichten Zuwachs. Zwar strafften die im BLS befragten Banken die Kreditrichtlinien für Konsumenten- und sonstige Kredite abermals – insbesondere, weil ihre Risikotoleranz gesunken sei und sich die Kreditwürdigkeit der privaten Haushalte verschlechtert habe. Gleichzeitig meldeten die BLS-Banken aber auch eine gestiegene Nachfrage, die sie darauf zurückführten, dass das Verbrauchervertrauen gestiegen sei und die privaten Haushalte mehr langlebige Konsumgüter anschafften.

Bankkonditionen in Deutschland für Buchkredite an private Haushalte*)

Schaubild 2.9

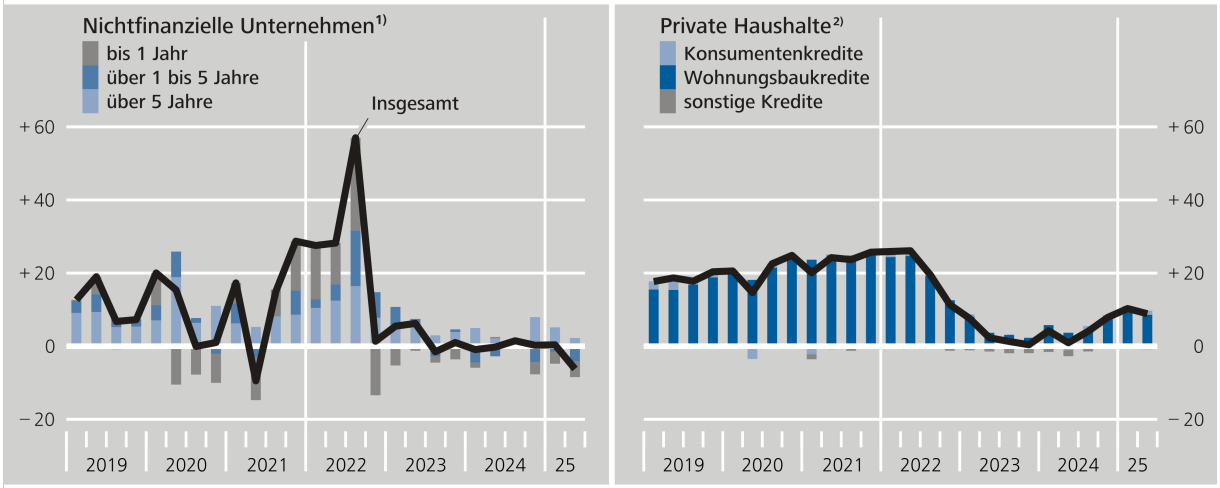
* Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft" und „leicht verschärft" und der Summe der Angaben „etwas gelockert" und „deutlich gelockert" in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vierteljahr 2025.

Deutsche Bundesbank

Die Netto-Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen war schwach, was vor allem den unsicheren Wirtschaftsausblick widerspiegelt. Per saldo verzeichneten die Unternehmenskredite im zweiten Quartal 2025 einen merklichen Abbau, nachdem sie bereits in den Vorquartalen ohne Impuls geblieben waren. Der Abbau der kurz- und mittelfristigen Buchkredite verstärkte sich im Berichtsquartal. Die langfristigen Ausleihungen, die üblicherweise zu Investitionszwecken nachgefragt werden, nahmen zwar erneut zu. Ihr aktueller Aufbau fiel jedoch erkennbar schwächer aus als im Vorquartal (siehe Schaubild 2.10). Dazu dürfte die hohe handels- und geopolitische Unsicherheit beigetragen haben. Sie dämpfte die Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen in Deutschland und somit ihre Kreditnachfrage insgesamt spürbar. Anders als in den Vorquartalen wiesen die unwiderruflichen Kreditzusagen an nichtfinanzielle Unternehmen im zweiten Quartal aber einen deutlichen Anstieg auf. Sollten diese Zusagen im dritten Quartal in Anspruch genommen werden, könnte die Netto-Kreditvergabe – auf niedrigem Niveau – ebenfalls anziehen.

Buchkredite*) deutscher Banken an den inländischen nichtfinanziellen Privatsektor Schaubild 2.10

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



***** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **1** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

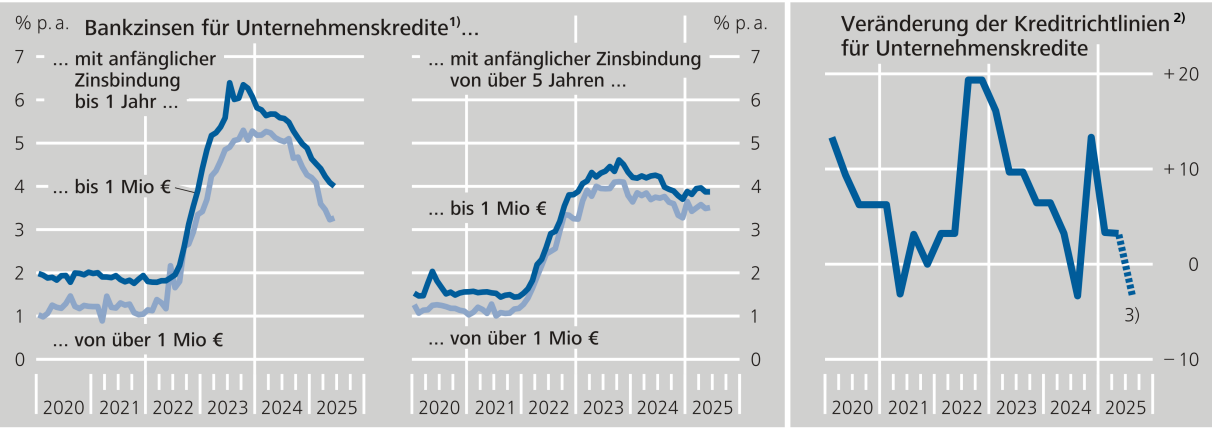
Deutsche Bundesbank

Zum Anstieg der Kreditzusagen passt, dass die im BLS befragten Banken für den gleichen Zeitraum von einem spürbaren Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten gegenüber dem Vorquartal berichteten. Sie beobachteten zum ersten Mal seit einem Jahr wieder einen moderaten Zuwachs des Finanzierungsbedarfs der Unternehmen für Anlageinvestitionen sowie für Lagerhaltung und Betriebsmittel. Außerdem trug nach Ansicht der BLS-Banken auch das allgemeine Zinsniveau zum Nachfrageanstieg bei. Für das dritte Quartal rechnen diese Banken mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage, nicht zuletzt wegen positiver Impulse aus der heimischen Wirtschaftspolitik. Dämpfende Einflüsse der weltpolitischen Lage werden zwar gesehen; in der Einschätzung der BLS-Banken überwiegen sie aber nicht. Anders als die oben kommentierte schwache Netto-Kreditvergabe laut Bankbilanzen, die sich als Saldo aus Kreditauszahlungen und Tilgungen ergibt, beziehen sich die BLS-Banken nur auf die Kreditanträge, die den Auszahlungen zeitlich vorgelagert sind. So lässt sich erklären, dass die Bilanzstatistik für das zweite Quartal eine schwache Kreditentwicklung ausweist, während der BLS eine gestiegene Nachfrage konstatiert.

Zugleich haben die BLS-Banken im zweiten Quartal 2025 ihre Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft per saldo marginal gestrafft. Diese Straffung fiel ähnlich gering aus wie im Vorquartal und betraf ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen. Die Straffungen fielen im ersten Halbjahr 2025 gegenüber dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Immobiliensektor (Gewerbeimmobilien) am stärksten aus. Aber auch für alle übrigen erfragten Sektoren – mit Ausnahme der Dienstleistungen – kam es zu restriktiven Anpassungen. Gleichzeitig stieg die Kreditablehnungsquote bei Unternehmenskrediten erneut an. Die insgesamt restriktivere Gestaltung ihrer Angebotspolitik begründeten die Banken mit dem gestiegenen Kreditrisiko. Diese Einschätzung bezieht sich zum einen auf die gedämpfte allgemeine Wirtschaftslage und die Konjunkturaussichten, zum anderen auf branchen- und firmenspezifische Faktoren. Die BLS-Banken berichteten zudem, dass die Quote notleidender Kredite sowie weitere Indikatoren für die Kreditqualität im zweiten Quartal 2025 restriktiv auf die Richtlinien für Unternehmenskredite gewirkt haben.

Bankkonditionen in Deutschland für Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften

Schaubild 2.11



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft" und „leicht verschärft" und der Summe der Angaben „etwas gelockert" und „deutlich gelockert" in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vierteljahr 2025.

Deutsche Bundesbank

Laut den Antworten auf die Zusatzfragen im BLS wirkten sich klimabedingte Risiken und Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels in den vergangenen zwölf Monaten restriktiv auf die Richtlinien für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite aus. Zudem hatten die Auswirkungen des Klimawandels einen restriktiven Einfluss besonders auf die Bedingungen für Kredite an „braune" Unternehmen. Für Kredite an „grüne" Unternehmen war der Einfluss dagegen expansiv. Gleichzeitig stimulierten die Auswirkungen des Klimawandels für sich genommen die Kreditnachfrage vonseiten „grüner" Unternehmen und Unternehmen im Übergangsprozess. Dagegen beeinflussten Klimawandel und Klimapolitik die Kreditnachfrage von „braunen" Unternehmen nicht.

In der privaten Baufinanzierung wurden die Richtlinien für Kredite gestrafft, die für Gebäude mit schlechter Energieeffizienz aufgenommen wurden. Bei Krediten für Gebäude mit hoher oder relativ guter Energieeffizienz hatten klimabezogene Risiken und Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels dagegen keine nennenswerten Effekte auf die Kreditrichtlinien. Gleichzeitig stimulierten klimabezogene Faktoren, vor allem wohl Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden, für sich genommen die Nachfrage nach Krediten für Gebäude mit hoher oder relativ guter Energieeffizienz. Die Nachfrage nach Krediten für Gebäude mit schlechter Energieeffizienz blieb dagegen von den klimabezogenen Faktoren unberührt.

Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2025a), Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland 2024, Monatsbericht, Februar 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Deutschland-Prognose: US-Zölle belasten zunächst, Fiskalpolitik sorgt verzögert für Auftrieb, Monatsbericht, Juni 2025.

Deutsche Bundesbank (2020), Der Aufschwung der Unternehmenskredite in Deutschland in den Jahren 2014 bis 2019, Monatsbericht, Januar 2020.

Henger, R. (2025), Wohnimmobilien, in: Frühjahrsgutachten Immobilienwirtschaft 2025 des Rates der Immobilienweisen, S. 228 – 259.

Finanzmärkte

1 Finanzmarktumfeld

An den Finanzmärkten ebbte die Anfang April stark gestiegene Unsicherheit über die US-Zollpolitik ab, und der Risikoappetit nahm zu. Nach der Ankündigung umfangreicher Zölle durch die US-Regierung Anfang April hatten die Anleger ihre Wachstumserwartungen vielerorts gesenkt. Zudem setzte die Unsicherheit über das Ausmaß der erwarteten Konjunktureintrübung die Finanzmärkte zunächst erheblich unter Druck. Als aber in den seitdem bekannt gewordenen Vereinbarungen erkennbar wurde, dass die tatsächlich von den USA verhängten Zölle hinter den vorherigen Zollandrohungen zurückbleiben würden, ging die Nervosität an den Finanzmärkten zurück, die Risikoprämien sanken, und der Risikoappetit nahm zu. Die Ende Juli angekündigte Grundsatzeinigung der USA mit der Europäischen Union fügte sich in dieses Muster und blieb ohne anhaltenden Einfluss auf die Kapitalmärkte.

Während die Renditen von US-Staatsanleihen anstiegen, blieben die Renditen von Bundesanleihen im Ergebnis fast unverändert; dennoch gewann der Euro zum US-Dollar merklich an Wert. In den USA zogen die Staatsanleiherenditen angesichts wachsender Sorgen vor dem handels- und finanzpolitischen Kurs der US-Regierung, daraus resultierender fiskalischer Risiken sowie dementsprechend steigender Risikoprämien bis Ende Mai merklich an. Dem wirkte aber das US-Konjunkturbild entgegen, das sich im Quartalsverlauf weiter eintrübte. Dies erhöhte zwar aus Sicht der Marktteilnehmer die Wahrscheinlichkeit einer stärkeren geldpolitischen Lockerung durch die amerikanische Zentralbank in den nächsten Monaten. Im Ergebnis stiegen die Renditen zehnjähriger US-Treasuries dennoch an. Die Renditen von Bundeswertpapieren wurden hingegen vor allem im April von einer hohen Nachfrage nach sicheren Anlagen gedämpft, bevor die im Euroraum etwas aufgehellten Konjunkturaussichten sie wieder stützten. Gleichzeitig wertete der US-Dollar sowohl zum Euro als auch nominal effektiv deutlich ab. Zusammengenommen könnten der zunehmende Zinsvorsprung der USA gegenüber dem Euroraum und die fortbestehende spürbare Abwertung des US-Dollar auf einen Vertrauensverlust der internationalen Investoren in die US-Wirtschafts- und -Finanzpolitik hinweisen. Dieser Eindruck war insbesondere zu Beginn des Frühjahrs prägend; im Quartalsverlauf war es dann zunehmend die Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks, die Aufwertungsdruck auf den Euro ausübte. Denn an den Geldmärkten des Euroraums bildeten sich die Erwartungen auf eine weitere geldpolitische Akkommodation zurück, nachdem die EZB im Juni angedeutet hatte, dass sich ihr Zinssenkungszyklus dem Ende nähern könnte. Diese Erwartungsanpassung setze sich auch nach dem EZB-Ratstreffen im Juli fort, auf dem das Eurosystem die Leitzinsen unverändert ließ.

Die Märkte für riskantere Anlagen verzeichneten angesichts des gestiegenen Risikoappetits Kurszuwächse. An den internationalen Aktienmärkten trat die Unsicherheit über den Ausgang des Zollkonflikts seit Ende April zunehmend in den Hintergrund. Eine gewachsene Zuversicht der Marktteilnehmer in Bezug auf den Handelsstreit und der zunehmende Risikoappetit gaben sowohl europäischen als auch vor allem japanischen und US-amerikanischen Aktienkursen Auftrieb. Zu dem kräftigen Kursplus der US-Titel trugen zudem trotz des verhaltenen US-Konjunkturausblicks nach oben revidierte Gewinnerwartungen US-amerikanischer Unternehmen bei. An den Märkten für europäische Unternehmensanleihen sorgte der gestiegene Risikoappetit für rückläufige Risikoaufschläge, wobei sich die Spreads hoch verzinslicher Unternehmensanleihen besonders stark einengten.

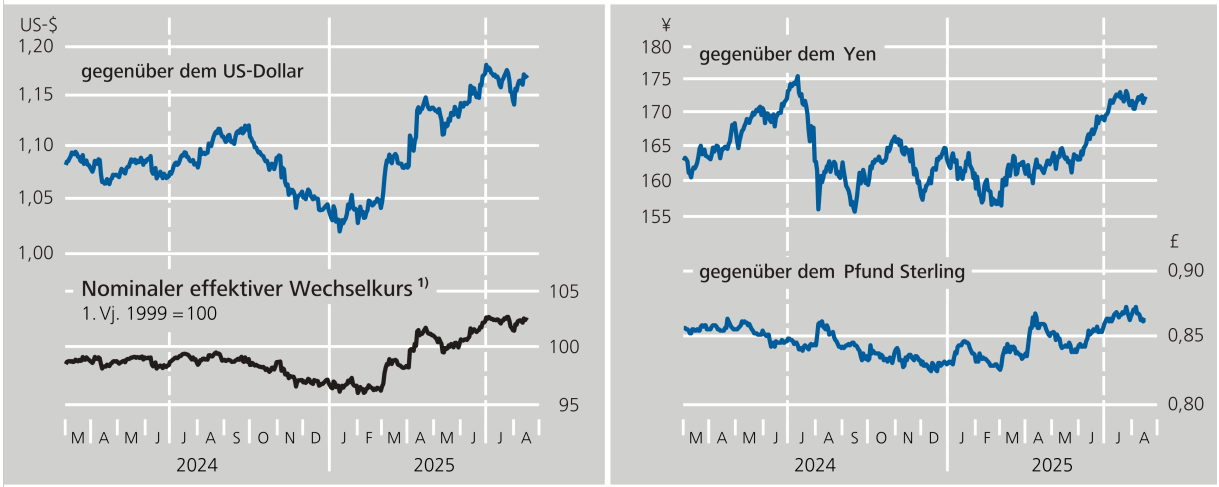
2 Wechselkurse

Der Euro verzeichnete gegenüber dem US-Dollar seit Beginn des zweiten Quartals 2025 weitere deutliche Kursgewinne. Ausschlaggebend dafür war vor allem die US-Politik. Anfang April veranlasste die Ankündigung von US-Präsident Trump, umfassende zusätzliche Importzölle erheben zu wollen, die Marktteilnehmer angesichts der währungspolitischen Vorstellungen von Teilen der neuen US-Administration, ihr bis dahin hohes Vertrauen in die Sicherheit des US-Dollar zu hinterfragen. Dies verlieh dem Euro deutlichen Auftrieb. Der sonst zu beobachtende Gleichlauf zwischen einem steigenden Zinsvorsprung in den USA und einer Euro-Abwertung drehte sich vorübergehend ins Gegenteil um: Trotz im Verhältnis zum Euroraum steigender Renditen in den USA sowohl bei kurzfristigen Staatsschuldverschreibungen als auch am OIS-Markt wertete der Euro auf. Obwohl sich die Aktienmärkte binnen eines Monats von den Folgen der Zollentscheidungen erholten (vgl. Kapitel "Wertpapiermärkte"), setzte der Euro seine Aufwertung zum US-Dollar fort. Dazu trugen die von Präsident Trump wiederholt vorgebrachte Forderung nach schnelleren Zinssenkungen, seine Überlegungen, den Vorsitzenden der amerikanischen Zentralbank zu entlassen, sowie eine Bonitätsherabstufung von US-Staatsanleihen durch eine Ratingagentur bei. Auch das von der Trump-Administration auf den Weg gebrachte Steuer- und Fiskalpaket wirkte sich negativ auf den US-Dollar aus, da es Sorgen um die Schuldentragfähigkeit der USA weiter befeuerte. Zur Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar trug ab Juni vor allem eine Verschiebung der Finanzmarkterwartungen über die Geldpolitik in den zwei Währungsräumen bei. Diesseits des Atlantiks unterstützten dabei geldpolitische Signale den Euro, während jenseits des Atlantiks unter anderem überraschend schwache Arbeitsmarktdaten zu einem stärker abwärtsgerichteten US-Zinsausblick beitrugen. Aktuell notiert der Euro bei 1,17 US-$ und verzeichnet somit eine Aufwertung um 7,9 % relativ zum Beginn des zweiten Quartals.

Wechselkurs des Euro

Schaubild 3.1

Tageswerte, log. Maßstab



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. **1** Berechnet gegenüber den Währungen von 18 Ländern. Ein Anstieg der Werte entspricht einer Aufwertung des Euro.

Deutsche Bundesbank

Der Euro wertete gegenüber dem Yen ebenfalls deutlich auf und erreichte einen neuen Jahreshöchststand. Die Ankündigung US-Präsident Trumps Anfang April, hohe zusätzliche Importzölle einführen zu wollen, führte zu einer deutlichen Aufwertung auch des Yen gegenüber dem US-Dollar. Damit blieb der Euro-Yen-Kurs im April und Mai annähernd unverändert. Ab Juni wertete der Euro gegenüber dem Yen jedoch deutlich auf. Dies war einerseits Folge der Markteinschätzung, wonach der geldpolitische Lockerungszyklus des Eurosystems seinem Ende entgegengehen könnte. Andererseits kristallisierte sich immer stärker heraus, dass die Zollverhandlungen mit den USA nicht zügig mit einem für die japanische Wirtschaft so vorteilhaften Ergebnis abgeschlossen werden könnten wie teilweise erhofft. Vor dem Hintergrund der handelspolitischen Unsicherheit und den damit verbundenen Konjunktursorgen blieben Leitzinserhöhungen der Bank of Japan aus. Gleichzeitig führte die Unsicherheit über die Fiskalpolitik, die die japanischen Oberhauswahlen mit sich brachten, zu einem leichten Anstieg der Risikoprämien auf japanische Staatsanleihen. All dies belastete den Yen. So notierte der Euro zuletzt bei 172 Yen; seit Anfang April wertete er somit um 6,6 % gegenüber dem Yen auf.

Gegenüber dem Pfund Sterling gewann der Euro seit Beginn des zweiten Quartals merklich an Wert. Im April war auch der Euro-Pfund-Kurs von den Zollinitiativen der US-Regierung geprägt. Zunächst führten die ursprünglichen, umfassenden US-Zollankündigungen aufgrund der besonders engen Handelsverflechtungen des Vereinigten Königreichs mit den USA zu einer merklichen Aufwertung des Euro gegenüber dem Pfund Sterling. Einen Teil der Gewinne gab der Euro aber nach Bekanntgabe des für das Vereinigte Königreich relativ günstig ausgefallenen bilateralen Handelsabkommens mit den USA Anfang Mai wieder ab. Überraschend hohe britische Inflationsraten, darauf folgende restriktive Signale der Bank of England und unerwartet positive britische Wachstumszahlen aus dem ersten Quartal unterstützten die Erholung des Pfund Sterling im Mai. Zu einer Trendwende und einer erneuten Aufwertung des Euro gegenüber dem Pfund kam es Anfang Juni, nachdem, wie oben bereits berichtet, der Markt zunehmend ein nahes Ende der Leitzinssenkungen des Eurosystems für wahrscheinlich hielt. Zu Berichtsschluss notierte der Euro bei 0,86 Pfund Sterling und somit um 3,2 % stärker als zum Beginn des zweiten Quartals.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des ganzen Euroraums hat sich durch die effektive Aufwertung des Euro verschlechtert; sie ist inzwischen nicht mehr als günstig, sondern eher als neutral zu bezeichnen. Für die geldpolitische Analyse ist die Entwicklung des nominalen effektiven Euro von besonderer Bedeutung (vgl. Exkurs “Maße der Euro-Aufwertung in der geldpolitischen Diskussion“). Seit dem Ende des ersten Vierteljahres 2025 wertete der Euro gegenüber einem gewogenen Durchschnitt der Währungen von 18 Handelspartnern um 4,1 % auf. Rund 55 % dieser effektiven Aufwertung sind auf die oben beschriebenen Kursgewinne gegenüber dem US-Dollar, dem Pfund Sterling und dem Yen zurückzuführen. Doch auch die bilaterale Aufwertung um 6,8 % gegenüber dem Renminbi trug zu diesem Ergebnis bei. Aufgrund der effektiven Aufwertung des Euro hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowohl für Deutschland als auch für den Euroraum so weit verschlechtert, dass sie aktuell nicht mehr als günstig bezeichnet werden kann. Dazu trugen allerdings auch revidierte Daten des internationalen Preisvergleichsprogramms der Weltbank bei (vgl. Exkurs “Jüngste Datenrevisionen deuten auf eine ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hin“).

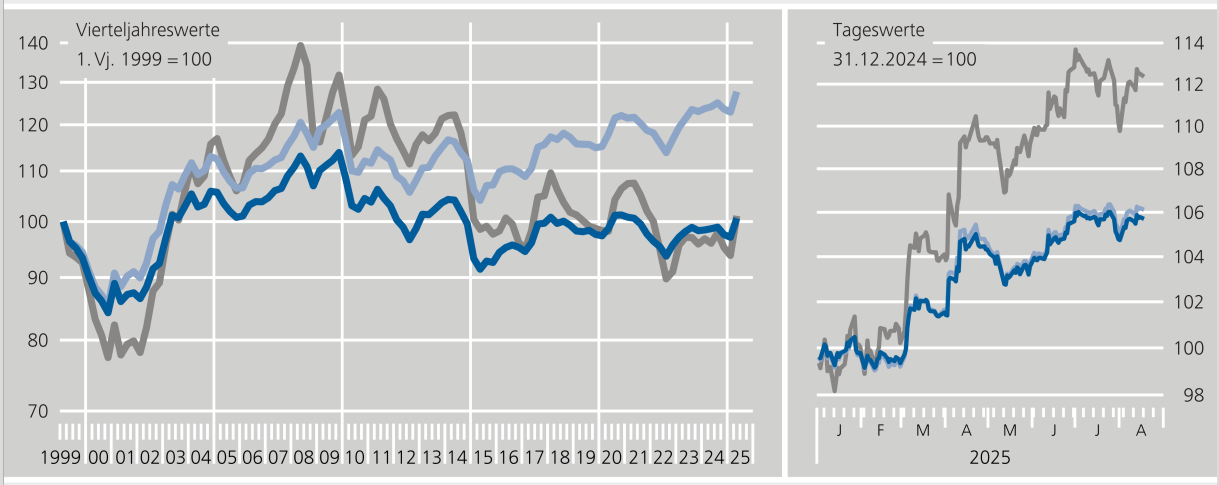
Exkurs

Maße der Euro-Aufwertung in der geldpolitischen Diskussion

Die Kursgewinne des Euro gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn sind zuletzt in den Fokus der wirtschaftspolitischen Diskussion geraten. Seit Jahresbeginn wertete der Euro zum US-Dollar um 12,4 % auf (vgl. Schaubild 3.2 und den Abschnitt "Wechselkurse"). Diese beträchtlichen Kursgewinne riefen zuletzt Befürchtungen hervor, der Euro-US-Dollar-Kurs habe ein Niveau erreicht, das die Wirtschaft des Euroraums übermäßig belaste. Aus geldpolitischer Perspektive stellt sich in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage, inwieweit die Euro-Aufwertung aufgrund günstigerer Importe einen Abwärtsdruck auf die heimische Inflation ausübt. Dieser und der folgende Exkurs beleuchten zwei Aspekte dieser Fragestellung: Der vorliegende Exkurs zeigt, dass vor allem bestimmte effektive Wechselkurse des Euro als Maßstab des die heimische Wirtschaft treffenden Aufwertungsdrucks geeignet sind. Der darauffolgende Exkurs "Jüngste Datenrevisionen deuten auf eine ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hin" beschäftigt sich mit der Frage, wie das aktuelle Bewertungsniveau des Euro zu beurteilen ist.

Nominaler effektiver Euro*) gegenüber unterschiedlichen Länderkreisen und bilateraler Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar

Schaubild 3.2



***** Nominaler effektiver Euro berechnet als gewichteter Durchschnitt von Euro-Wechselkursen gegenüber 18 oder 41 Währungen.

Deutsche Bundesbank

Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar ist weniger repräsentativ als ein Maß der effektiven Euro-Aufwertung gegenüber einem Korb von Partnerwährungen – allerdings zeigen beide Belastungen für die Exportwirtschaft des Euroraums an. Der bilaterale Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar erfasst zunächst einmal lediglich die Handelsbeziehungen mit den USA. Darüber hinaus deckt er den Handel mit Ländern ab, deren Währungen gegenüber dem US-Dollar fixiert sind. Schließlich wird auch der Handel mit in US-Dollar fakturierten Gütern erfasst, vor allem Energie- und Rohstoffimporte. Allerdings stammen diese häufig gerade aus Staaten, die ohnehin ein Fixkursregime zum US-Dollar haben. Weit repräsentativer als mit dem Euro-US-Dollar-Kurs werden die Handelsbeziehungen des Euroraums jedoch über nominale effektive Wechselkurse des Euro erfasst, die den Durchschnitt der bilateralen Euro-Wechselkurse gegenüber einer Vielzahl von Währungen abbilden – gewichtet nach den Anteilen der Partnerländer am Handel des Euroraums. Die effektive Aufwertung des Euro gegenüber einem Kreis von 18 Partnerwährungen betrug seit Jahresbeginn nur 5,7 %, gegenüber einem Kreis von 41 Partnerwährungen 6,1 % (vgl. Schaubild 3.2). Diese Aufwertungsraten liegen viel niedriger als die des Euro gegenüber dem US-Dollar mit 12,4 %. Dies zeigt, dass eine verengte Betrachtung nur des bilateralen Euro-US-Dollar-Kurses außer Acht lässt, dass der Euro in diesem Jahr gegenüber anderen Währungen deutlich weniger an Wert gewonnen hat als gegenüber dem US-Dollar. Nichtsdestoweniger ist festzuhalten, dass der Euro im bisherigen Jahresverlauf auch effektiv merklich aufgewertet hat. Vor allem eine sehr zügige effektive Euro-Aufwertung belastet grundsätzlich die Wirtschaft des Euroraums, soweit betroffene Unternehmen nicht von günstigeren Importen profitieren.

Der Einfluss einer Euro-Aufwertung auf die heimische Inflation kann durch hohe Inflationsraten in Partnerländern überzeichnet werden; der Effekt kann aber durch eine geeignete Wahl der Partnerwährungen im effektiven Wechselkurs zum großen Teil vermieden werden. Vergleicht man die Entwicklung des effektiven Euro gegenüber einem Kreis von 18 Partnerwährungen seit Einführung des Euro im Jahr 1999 mit dem gegenüber einem weiten Kreis von 41 Partnerwährungen, zeigt sich ein recht unterschiedlicher Verlauf. So liegt der Wert des effektiven Euro gegenüber 18 Währungen im 2. Vierteljahr 2025 per saldo nur um 0,3 % höher als im ersten Quartal 1999. Gegenüber 41 Währungen betrug die Aufwertung des Euro im gleichen Zeitraum hingegen 28 %, womit er zuletzt einen Höchststand erreicht hat. Nun könnte man nach dem oben Gesagten meinen, dass gerade der gegenüber dem weiten Kreis von Währungen berechnete effektive Euro besonders aussagekräftig sei, weil er einen höheren Anteil des Außenhandels abdeckt. Dies ist oft jedoch nicht der Fall, weil der weite Kreis Währungen von Ländern enthält, die zum Teil sehr hohe Inflationsraten aufweisen. Eine Euro-Aufwertung gegenüber einem Land mit hoher Inflationsrate übt jedoch tendenziell einen geringeren oder gar keinen deflationären Druck im Euroraum aus, weil dem aufwertungsbedingten Preisrückgang bei Importgütern die Preissteigerung durch Binneninflation im Partnerland gegenübersteht. Tatsächlich ist die hohe effektive Euro-Aufwertung gegenüber dem weiten Kreis von 41 Währungen maßgeblich auf Partnerwährungen von Ländern wie der Türkei und Argentinien zurückzuführen, die zeitweise eine sehr hohe Binneninflation aufwiesen. [1)] Die langfristig kräftige Aufwertung des effektiven Euro gegenüber einem breiten Aggregat von Währungen und der nun erreichte Höchststand sind daher strukturell bedingt und im Hinblick auf den Inflationsdruck für den Euroraum nur begrenzt aussagekräftig. Geeigneter ist daher der effektive Eurokurs gegenüber 18 Währungen, weil die dort berücksichtigten Partnerländer in der Regel sowohl eine stabilitätsorientierte Geldpolitik betreiben als auch einen Großteil des Handels des Euroraums abdecken. [2)]

1 Seit ungefähr Mitte 2012 – etwa als der effektive Euro gegenüber dem weiten Kreis von 41 Währungen begann, merklich stärker aufzuwerten als gegenüber 18 Währungen – hat der Euro um über 1 900 % gegenüber der türkischen Lira an Wert gewonnen. Tatsächlich lassen sich circa 40 % des Wertgewinns des effektiven Euro gegenüber 41 Währungen seit Mitte 2012 allein auf diese Aufwertung gegenüber der türkischen Lira zurückführen. Andere Währungen, die trotz ihres kleinen Handelsgewichts aufgrund ihrer außerordentlichen Schwäche wesentlich zur rechnerischen effektiven Euro-Aufwertung seit Mitte 2012 beitrugen, sind der Rubel (rund 10 %) und der argentinische Peso (rund 8 %).

2 Die 18 Handelspartner, deren Währungen berücksichtigt werden, sind Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, die Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, die USA und das Vereinigte Königreich. Sie decken knapp 80 % des Handels ab, der im weiten Kreis von 41 Partnerwährungen betrachtet wird.

Zur Beurteilung des Bewertungsniveaus einer Währung ist es allerdings sinnvoll, reale statt nominale effektive Eurokurse zu verwenden. Dass der effektive Euro gegenüber 18 Partnerwährungen im zweiten Quartal 2025 einen ganz ähnlichen Wert aufweist wie im ersten Quartal 1999, deutet darauf hin, dass das Bewertungsniveau des Euro aktuell nicht übermäßig hoch ist. Dennoch ist eine solche Schlussfolgerung nur eingeschränkt gültig, allein schon deshalb, weil hierbei der Kurs des Euro nicht mit einem aus der ökonomischen Theorie hergeleiteten Referenzwert verglichen wird. [3)] Zudem wäre es ideal, eine noch höhere Repräsentativität mit einer Berücksichtigung des Effekts hoher Inflationsdifferenzen in einem Indikator zu kombinieren, statt letztere durch Einschränkungen des Kreises der Partnerwährungen auszuschließen. Aus diesen Gründen werden zur Beurteilung des Bewertungsniveaus einer Währung in der Regel Konzepte verwendet, die nicht auf einem nominalen, sondern auf einem realen effektiven Wechselkurs beruhen. Der reale effektive Wechselkurs des Euro misst den Preis eines Warenkorbs im Euroraum im Verhältnis zum gewichteten Durchschnitt seines Preises im Ausland. Damit stellt er nominalen Wechselkursbewegungen nationale Preisbewegungen gegenüber. Trifft beispielsweise eine Euro-Aufwertung mit einem relativen Preisanstieg in den Handelspartnerländern um den gleichen Prozentsatz zusammen, so verändert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums nicht, denn der eigentlich deflationäre Impuls der Aufwertung wird durch die höheren Preise im Ausland ausgeglichen. Der reale effektive Wechselkurs des Euro geht daher üblicherweise maßgeblich in die Berechnung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums und damit in die Beurteilung des Bewertungsniveaus des Euro ein (vgl. Exkurs “Jüngste Datenrevisionen deuten auf eine ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hin“).

3 So müssten beispielsweise bei einem auf der Kaufkraftparitätentheorie basierenden historischen Vergleich auch die Preisentwicklungen in den betrachteten Ländern berücksichtigt werden.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich also aus den obigen Betrachtungen im Hinblick auf die ökonomische Bedeutung der diesjährigen Euro-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar ziehen? Erstens stellt die zügige Euro-Aufwertung zum US-Dollar zweifellos eine zusätzliche Belastung für die Volkswirtschaft des Euroraums dar, soweit betroffene Unternehmen nicht von günstigeren Importen profitieren. Zweitens ist die nominale effektive Euro-Aufwertung geringer als die bilaterale gegenüber dem US-Dollar. Die Betrachtung nur des Euro-US-Dollar-Kurses überzeichnet also die Belastungen, die aus der aktuellen Euro-Stärke resultieren. Drittens sind nominale Wechselkurse des Euro nicht gut geeignet, das aktuelle Bewertungsniveau des Euro zu beurteilen. Dafür sollten reale effektive Wechselkurse des Euro herangezogen werden, wie es der folgende Exkurs „Jüngste Datenrevisionen deuten auf eine ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hin“ macht.

Exkurs

Jüngste Datenrevisionen deuten auf eine ungünstigere preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums hin

Zur Beurteilung des aktuellen Bewertungsniveaus des Euro werden üblicherweise Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verwendet. In jüngster Zeit sind angesichts der kräftigen Aufwertung des Euro zum US-Dollar im bisherigen Jahresverlauf Stimmen laut geworden, die das Bewertungsniveau des Euro als übermäßig hoch empfinden und vor Schaden für die Wirtschaft des Euroraums warnen. Zur Beurteilung des Bewertungsniveaus des Euro werden üblicherweise Konzepte herangezogen, die einen unter Verwendung des realen effektiven Wechselkurses des Euro berechneten Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit einem aus der ökonomischen Theorie abgeleiteten Referenzwert vergleichen (vgl. Exkurs “Maße der Euro-Aufwertung in der geldpolitischen Diskussion“). Die Bundesbank bedient sich dabei vor allem eines Indikators auf Basis des Produktivitätsansatzes, dessen theoretische Fundierung auf der Balassa-Samuelson-Hypothese beruht (siehe unten). Nun haben Datenrevisionen eine Neuberechnung des Indikators notwendig gemacht.

Mithilfe eines Indikators auf Basis des Produktivitätsansatzes bewertet die Bundesbank fortlaufend die preisliche Wettbewerbsposition von 57 Volkswirtschaften. Der Indikator beruht auf Daten zu relativen Preis- und Produktivitätsniveaus.[1)] Das relative Preisniveau ist ein realer Wechselkurs und gibt Auskunft über das in einer einheitlichen Währung ausgedrückte Preisverhältnis eines identischen, weit abgegrenzten Warenkorbs zwischen zwei Ländern. Ein niedrigeres Preisniveau deutet – alles Übrige gleich – auf eine günstigere Wettbewerbsfähigkeit hin. Beispielweise betrug Deutschlands relatives Preisverhältnis gegenüber den USA im letzten Jahr 78 %, das heißt, ein vergleichbarer Warenkorb war in Deutschland um 22 % günstiger als in den USA.[2)] Allerdings wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nicht allein durch die Preise bestimmt. Ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor ist die Produktivität. Für sich genommen ist eine höhere Produktivität mit einer günstigeren Wettbewerbsfähigkeit verbunden. Zwischen Preisen, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bestehen allerdings komplexere Interdependenzen. So gehen höhere Produktivitäten regelmäßig mit höheren Preisen einher, weil Produktivitätsgewinne auch in nicht davon betroffenen Sektoren Lohnsteigerungen ermöglichen. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes darunter auf den internationalen Märkten leidet. Wenn nämlich die höhere Produktivität zu höheren Preisen nicht-handelbarer Güter führt, steigt das Preisniveau eines Landes, ohne dessen Wettbewerbsfähigkeit zu verschlechtern. Dieser theoretisch zu erwartende und empirisch belegte positive Zusammenhang zwischen dem relativen Produktivitätsniveau eines Landes und seinem relativen Preisniveau (Balassa-Samuelson-Effekt) ist bei der Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu berücksichtigen.[3)] Der Produktivitätsansatz der Bundesbank zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ergänzt deshalb die reine Preisbetrachtung um Produktivitätseffekte.

---

1 Der hier betrachtete Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, der auf relativen Preis- und Produktivitätsniveaus basiert, und Wettbewerbsindikatoren, die auf Exportmarktanteilen beruhen, unterscheiden sich konzeptionell grundlegend voneinander (vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b)).

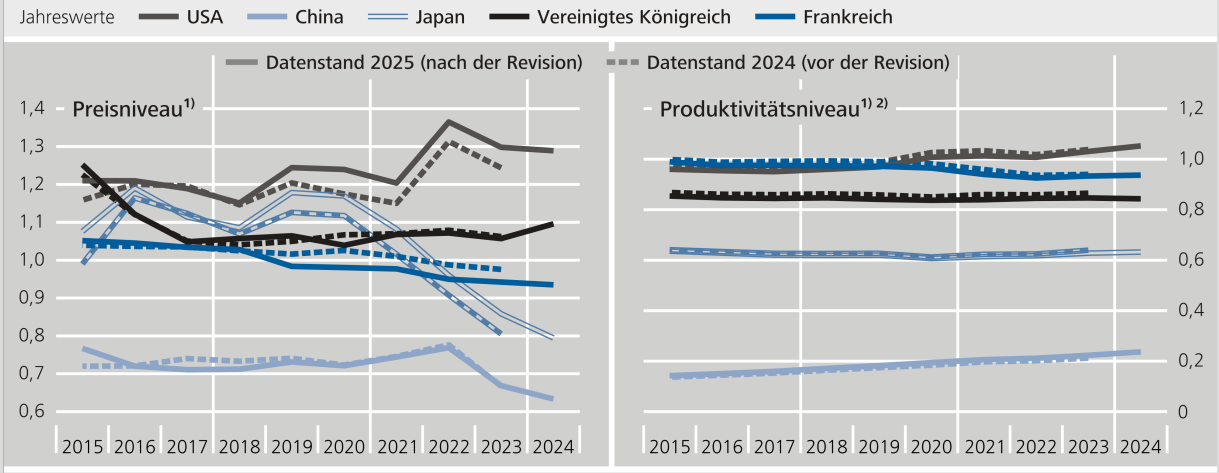
2 Um das relative Preisniveau zu erhalten, werden die Preise einheitlicher Warenkörbe, die ursprünglich in der jeweiligen Landeswährung angegeben sind und als Kaufkraftparitäten bezeichnet werden, mittels des nominalen Wechselkurses in eine gemeinsame Währung überführt.

3 Gemäß der den beschriebenen Zusammenhängen zugrunde liegenden Balassa-Samuelson-Hypothese zahlen Länder mit einem hohen Produktivitätsniveau vergleichsweise hohe Löhne im Sektor handelbarer Güter. Die relativ hohen Löhne werden aber auch im Sektor nicht-handelbarer Güter gezahlt, weil beide Sektoren um Arbeitskräfte konkurrieren. Die höheren Löhne bewirken somit ein höheres, auf den höheren Preisen nicht-handelbarer Güter beruhendes Preisniveau im Vergleich zu Ländern mit geringerer Produktivität. Dies beeinflusst jedoch die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht, da hierfür die Preise international gehandelter Güter entscheidend sind. Zur Ableitung des Effekts gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsverschiebungen im Rahmen des Balassa-Samuelson-Modells vgl.: Fischer und Hossfeld (2014) sowie Deutsche Bundesbank (2023).

Neue und historisch revidierte Daten zu relativen Preis- und Produktivitätsniveaus machen eine Neuberechnung des Indikators notwendig. Das internationale Preisvergleichsprogramm der Weltbank (International Comparison Program) hat neue und revidierte Daten zu den Preisen einheitlicher Warenkörbe herausgegeben, aus denen sich relative Preisniveaus berechnen lassen. Demnach war das relative Preisniveau wichtiger Partnerländer wie etwa der USA und Japans gegenüber Deutschland höher als bisher angenommen. Das relative Preisniveaus Chinas und Frankreichs hingegen fällt nun niedriger aus als zuvor (vgl. Schaubild 3.3, links). Die historischen Produktivitätsdaten zur Wertschöpfung pro Arbeitsstunde wurden ebenfalls revidiert. Die deutsche Wirtschaft ist demnach moderat produktiver als bisher angenommen (vgl. Schaubild 3.3, rechts). Allerdings stieg die relative Produktivität der USA und Chinas gegenüber Deutschland den neuen Daten zufolge 2024 weiter an. Eine Neuschätzung des Balassa-Samuelson-Effekts mit den revidierten Daten bestätigt einen positiven, aber nun etwas schwächeren Zusammenhang zwischen der relativen Produktivität und dem relativen Preisniveau eines Landes. [4)]

Preis- und Produktivitätsniveaus wichtiger Partnerländer relativ zum Niveau Deutschlands

Schaubild 3.3



1 Bei einem Wert von eins sind die Niveaus im Partnerland und in Deutschland identisch. Bei Werten über eins ist das Partnerland relativ teurer (links) oder produktiver (rechts). **2** Produktivitätsmaß: Verhältnis von nationalem BIP (in internationalen US-Dollar, kaufkraftbereinigt) zur Anzahl an geleisteten Arbeitsstunden.

Deutsche Bundesbank

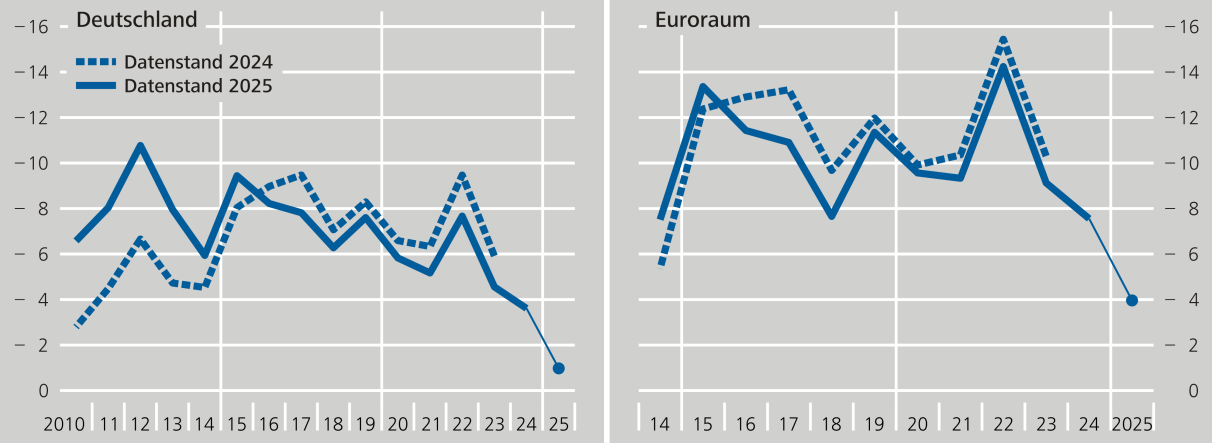
4 Der etwas schwächere Zusammenhang zwischen den zwei betrachteten Variablen hat zur Folge, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Ländern mit relativ hoher Produktivität wie Deutschland nun schwächer eingeschätzt wird als zuvor.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist den neuen Daten zufolge ungünstiger als bisher angenommen und nahm dem Trend der letzten zehn Jahre folgend im Jahr 2024 weiter ab. Schaubild 3.4 illustriert links die aus der Neuberechnung resultierenden Indikatorwerte für Deutschland. Demnach führte die Datenrevision zu einer im Schnitt um 1 bis 2 Prozentpunkte ungünstigeren Bewertung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der letzten Jahre. Nach den neuen Daten setzte ein Trend zur Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit bereits 2016 ein und nicht erst 2018, wie es der alte Datenstand anzeigte. Diese Neubewertungen haben zur Folge, dass die preisliche Wettbewerbsposition Deutschlands nun bereits früher in einen Bereich gerät, in dem sie nicht mehr als günstig bezeichnet werden kann.[5)] Wie bisher bereits prognostiziert bestätigen die neuen Werte für 2024, dass sich der negative Trend auch im letzten Jahr fortsetzte, und zwar mit einer weiteren Verschlechterung um 1 Prozentpunkt. Aufgrund der deutlichen Aufwertung des Euro im ersten Halbjahr 2025 unterschreitet der tagesaktuelle Indikatorwert für Deutschland am 18. August 2025 den Richtwert nur noch um 1 %.

Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums laut Produktivitätsansatz

Schaubild 3.4

Skala invertiert[1)], Jahreswerte, Abweichung vom Richtwert in %



1 Eine negative Abweichung vom Richtwert impliziert eine günstige preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Dementsprechend entspricht ein Anstieg der Kurve einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. • = Letzter Stand: 18. August 2025.

Deutsche Bundesbank

5 Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird beispielsweise vom IWF als neutral angesehen, wenn die absolute Abweichung vom Richtwert weniger als 5 % beträgt. Wenn das tatsächliche Preisniveau den Richtwert um mehr als 5 % unterschreitet, gilt es als günstig, bei Werten von mehr als + 5 % als ungünstig (vgl.: Internationaler Währungsfonds (2024)).

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums nahm 2024 deutlich ab. Schaubild 3.4 illustriert rechts auch die Indikatorwerte für den Euroraum. Sie zeigt, dass sich die Datenrevision schwächer auf den Euroraum auswirkte als auf Deutschland. Mit dem neuen Wert für das Jahr 2024 verschlechterte sich jedoch die preisliche Wettbewerbsposition des Euroraums merklich. Prognostiziert man nun den Indikatorwert mittels der Entwicklung des nominalen effektiven Euro für den 18. August 2025, erhält man eine Bewertung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums, die beispielsweise nach einem Schema des IWF nicht mehr als günstig bezeichnet würde (- 4 %). [6)]

Der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit auf Basis des Produktivitätsansatzes deutet darauf hin, dass das Bewertungsniveau des Euro aktuell nicht übermäßig hoch ist, sondern vielmehr im Einklang mit den Fundamentaldaten steht. Unter Berücksichtigung der Datenrevisionen hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowohl Deutschlands als auch des Euroraums zwar in den letzten Jahren verschlechtert und kann nun nicht mehr als günstig bezeichnet werden. Die deutliche Aufwertung des Euro seit Jahresbeginn setzte der preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums zusätzlich zu. Die neu berechneten Indikatorwerte legen aber nahe, dass das Bewertungsniveau des Euro für Deutschland wie für den Euroraum nicht in einem Bereich liegt, der für sich genommen als alarmierend aufgefasst werden müsste.

6 Vgl. die vorhergehende Fußnote.

3 Wertpapiermärkte

3.1 Rentenmarkt

Die Renditen von Staatsanleihen in den USA legten in einem politisch unruhigen Umfeld im Ergebnis etwas zu. Unmittelbar nach der Ankündigung der US-Regierung Anfang April, umfangreiche zusätzliche Importzölle erheben zu wollen, sanken die Renditen zehnjähriger US-Treasuries zunächst. Denn aus Sicht der Marktteilnehmer stellten die sich daraus ergebenden Handelshemmnisse eine potenzielle Belastung für die US-Konjunktur dar, weshalb sie zukünftige Leitzinssenkungen für wahrscheinlicher erachteten. Dies spiegelte sich in zurückgehenden Zinsswap-Sätzen (OIS-Sätzen) für zweijährige Laufzeiten in den USA wider. Gleichwohl sorgten sich die Anleger auch zunehmend um den handels- und finanzpolitischen Kurs der US-Regierung, was sich in höheren Kreditrisikoprämien von US-Staatsanleihen niederschlug. Hierzu trug auch ein Anfang Juli besiegeltes US-Gesetzespaket bei, das umfangreiche Steuersenkungen und Staatsausgaben für die nächsten Jahre vorsieht und die Schulden auf US-Bundesebene erheblich ausweiten dürfte. Dementsprechend stiegen die Renditen von US-Staatsanleihen in der Folge vor allem im mittel- bis langfristigen Laufzeitbereich merklich an. Dadurch veränderte sich auch die relative Bewertung zehnjähriger US-Staatsanleihen gegenüber dem laufzeitgleichen US-amerikanischen OIS-Satz. So weitete sich die bereits Ende März merklich positive Differenz zwischen der Rendite zehnjähriger US-Treasuries und dieser Richtgröße für eine sichere Verzinsung in US-Dollar weiter aus. Die bereits erwähnten Erwartungen fallender US-Leitzinsen verstärkten sich durch insgesamt überraschend schwache Zahlen vom Arbeitsmarkt Anfang August. Die gedämpften US-Leitzinserwartungen übertrugen sich dabei auch auf die langfristigen Renditen. Das zeigen Modellanalysen, die die zehnjährigen US-Renditen in durchschnittlich erwartete US-Leitzinsen und Terminprämien aufgliedern. Die US-Terminprämien stiegen dagegen an. Diese Prämien kompensieren die Erwerber langfristiger Anleihen für die Übernahme von Zinsänderungsrisiken. Die Marktteilnehmer schienen demzufolge unsicherer über die künftige US-Leitzinsentwicklung zu sein als zum Ende des ersten Quartals. Die höheren

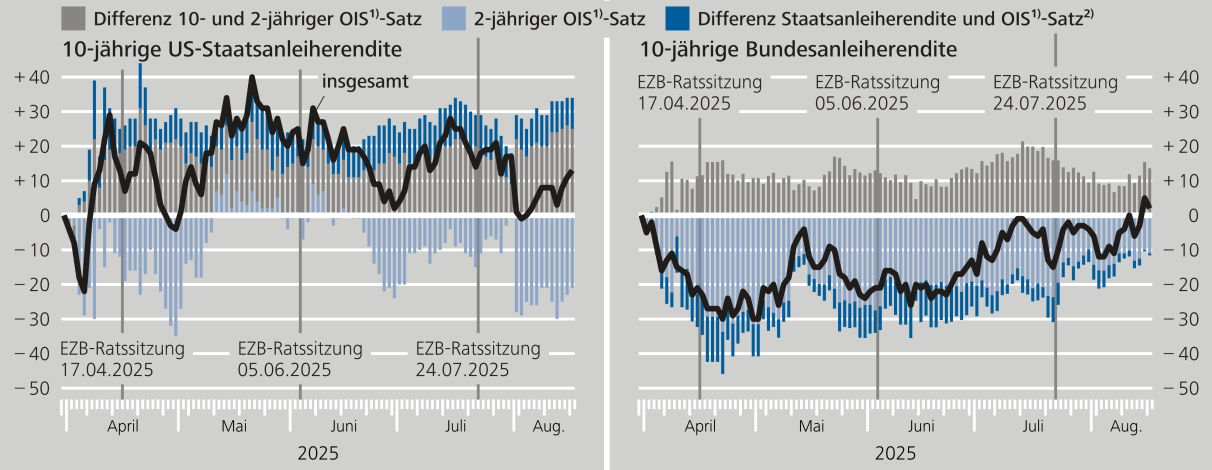
Terminprämien spiegeln sich auch in einem steileren Verlauf der Zinsstrukturkurve von US-Staatsanleihen. Im Ergebnis stiegen die US-Staatsanleiherenditen vor dem Hintergrund dieser gegenläufigen Einflüsse an.

Der Handelskonflikt mit den USA und sein nachfolgendes Abebben prägten auch die Renditen langfristiger Staatsanleihen im Euroraum. Im April, als die Marktteilnehmer ein Szenario sehr hoher US-Zölle auf Importe aus der Europäischen Union für denkbar hielten, sanken die langfristigen Renditen im Euroraum deutlich. Hierin kamen ähnlich wie in den USA Sorgen zum Ausdruck, dass dies die Konjunktur des Euroraums beträchtlich belasten und zusätzliche Leitzinssenkungen erforderlich machen könnte. Außerdem trug auch die Entscheidung des EZB-Rats auf seiner Sitzung im April, die Leitzinsen um 25 Basispunkte zu senken, zu niedrigeren Renditen kurz wie lang laufender Staatsanleihen im Euroraum bei. In der Folge dämpften die Marktteilnehmer aber ihre Erwartungen hinsichtlich weiterer Zinssenkungen, was den genannten Renditen wieder Auftrieb verschaffte. Dazu trugen Äußerungen von EZB-Präsidentin Lagarde bei, die darauf hindeuteten, dass der Zinssenkungszyklus weitgehend abgeschlossen sei, auch wenn der EZB-Rat im Juni die Leitzinsen um weitere 25 Basispunkte gesenkt hatte. Auch nach dem EZB-Ratstreffen im Juli, auf der keine Zinsänderung beschlossen wurde, zogen die Terminsätze der Geldmarktzinsen leicht an. Zuletzt erwarteten die Marktteilnehmer noch höchstens eine Zinssenkung bis Jahresende.

Zehnjährige Anleiherenditen

Schaubild 3.5

Basispunkte, Veränderung seit 31. März 2025



Quelle: Refinitiv und eigene Berechnungen. **1** Overnight Index Swap. **2** Differenz zwischen zehnjähriger US-Staatsanleiherendite und zehnjährigem OIS-Satz in den USA beziehungsweise zwischen zehnjähriger Bundesanleiherendite und zehnjährigem OIS-Satz im Euroraum.

Deutsche Bundesbank

Die Renditen zehnjähriger Bundeswertpapiere blieben in einem unruhigen Marktumfeld im Ergebnis fast unverändert. Die von der Finanz- und Handelspolitik der US-Regierung ausgehende Unsicherheit beeinflusste die zehnjährigen Bundesanleiherenditen anders als die US-Renditen. Im Unterschied zu US-Treasuries waren Bundeswertpapiere vor allem im April als sichere Anlage gefragt, was die Bundesanleiherenditen unter Druck setzte und ihren Vorsprung gegenüber laufzeitgleichen OIS-Sätzen dämpfte. Seit Mai zogen die Bundesanleiherenditen jedoch wieder an, weil sich die Konjunkturaussichten aufhellten, der Risikoappetit stieg und weniger Leitzinssenkungen erwartet wurden. Im Ergebnis veränderten sich die Bundesanleiherenditen kaum und lagen zum Abschluss dieses Berichts nahe am Stand von Ende März. Der Renditevorsprung der US-Staatsanleihen weitete sich damit leicht aus. Im 30-jährigen Laufzeitsegment stiegen die Renditen beiderseits des Atlantiks auf langjährige Höchststände.

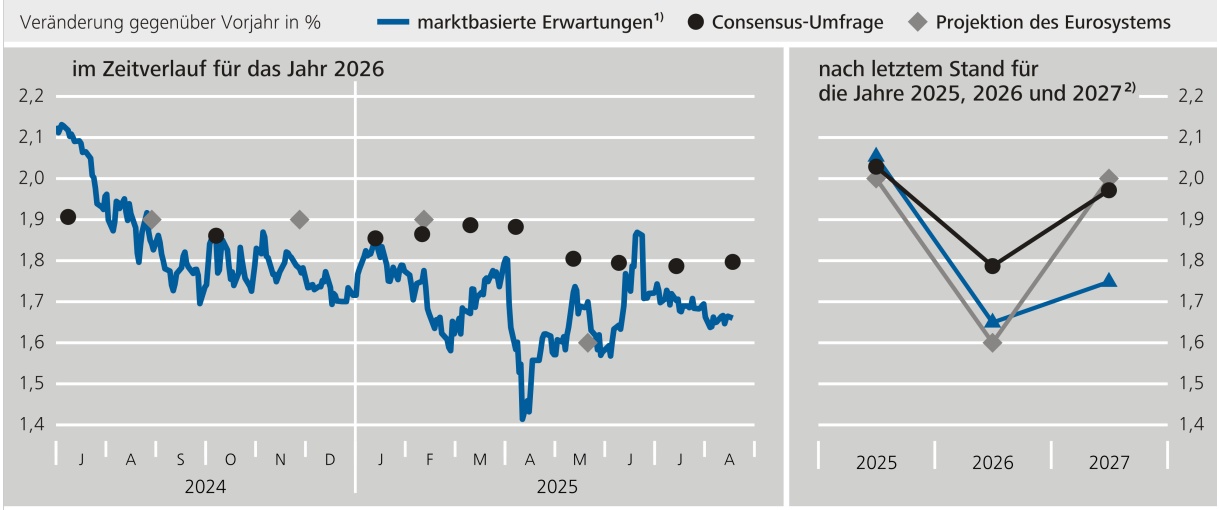
Die BIP-gewichteten Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen des Euroraums gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen engten sich per saldo seit Ende März ein. Dazu trug vor allem der Renditerückgang von Staatsanleihen mit relativ hohen Risikoprämien wie italienischen und griechischen Staatstiteln bei. Diese Anleihen profitierten besonders stark von dem gestiegenen Risikoappetit. Demgegenüber traten Risiken, die die relative Bewertung von Staatsanleihen im Euroraum betrafen, in den Hintergrund.

Die langfristigen Renditen japanischer Anleihen sind geringfügig gestiegen, während die Renditen britischer Anleihen per saldo annähernd unverändert blieben. Die Renditen zehnjähriger japanischer Staatsanleihen erhielten im Berichtszeitraum zwar durch die im Vorfeld einer Oberhauswahl gestiegene Unsicherheit über die weitere Fiskalpolitik vorübergehend etwas Auftrieb. Die sich im Zuge des Handelsstreites mit den USA verstärkenden Konjunktursorgen übten hingegen einen Abwärtsdruck auf die Renditen aus. Sie veranlassten die Bank of Japan auch, den Leitzins im Berichtszeitraum unverändert bei 0,5 % zu belassen. Im Ergebnis ist die Rendite zehnjähriger japanischer Staatsanleihen nur geringfügig gestiegen. Im Vereinigten Königreich wurde ein ursprünglich vorgesehenes sozialpolitisches Gesetzesvorhaben mit dem Ziel, die fiskalischen Kosten zu begrenzen, nur in stark abgeschwächter Form umgesetzt. Die sich dadurch verdüsternden Perspektiven für die britischen Staatsfinanzen erhöhten zeitweise die Risikoprämien und die längerfristigen Renditen, nachdem diese angesichts des relativ günstig ausgefallenen bilateralen Handelsabkommens mit den USA Anfang Mai noch gesunken waren. Darüber hinaus reduzierte die Bank of England während des Berichtszeitraums ihren Leitzins zweimal um je 25 Basispunkte mit Verweis auf die fortschreitende Disinflation. Im Ergebnis blieb die Rendite zehnjähriger britischer Staatsanleihen seit Ende März annähernd unverändert.

Die marktbasierten Inflationserwartungen, die aus Inflationsswaps für den Euroraum abgeleitet werden, verringerten sich unter Schwankungen im Ergebnis etwas. Für das Jahr 2025 liegen die Inflationserwartungen im Euroraum an den Finanzmärkten und laut Expertenumfragen weiterhin bei 2,1 % und stehen damit im Einklang mit dem Preisstabilitätsziel des Eurosystems von 2 %. Beide Ansätze prognostizieren wie auch das Eurosystem ein Unterschreiten des Zieles im Jahr 2026, gefolgt von einer Gegenbewegung in Richtung der angestrebten Inflationsrate im Jahr 2027. Während des Berichtszeitraums verursachte die Entwicklung des Ölpreises kurzfristig Schwankungen der marktbasierten Inflationserwartungen. Dies traf beispielsweise auf den kräftigen Anstieg der Ölpreise infolge des militärischen Konflikts zwischen Israel und dem Iran im Juni zu. Die Ankündigung möglicher zusätzlicher Sanktionen gegen Russland von Präsident Trump erhöhte zwar die Energiepreise, schlug sich aber kaum in den marktbasierten Inflationserwartungen nieder. Per saldo verblieb ein geringfügiger Rückgang der marktbasierten Inflationserwartungen für den Euroraum um 13 Basispunkte für 2026 und um 7 Basispunkte für 2027, welcher maßgeblich auf Übertragungseffekte aus den USA infolge der dort zuletzt schwach ausgefallenen Arbeitsmarktzahlen zurückzuführen ist.

Erwartete Inflationsrate im Euroraum

Schaubild 3.6



Quellen: Bloomberg, Consensus Economics, Eurosystem, Fenics Market Data und eigene Berechnungen. **1** Termininflationsraten basierend auf Inflation Fixing Swaps und Inflation Linked Swaps, jeweils indexiert auf den HVPI ohne Tabakwaren für den Euroraum. **2** Letzte verfügbare Datenstände: August 2025 für marktbasierte Erwartungen und Consensus-Umfragen sowie Mai 2025 für Projektion des Eurosystems.

Deutsche Bundesbank

Marktpreise und Umfragen weisen auf weiterhin fest verankerte Inflationserwartungen am Stabilitätsziel hin. Die in fünf Jahren beginnende fünfjährige Termininflationsrate liegt zielkonform bei 2,1 %, ohne sich seit dem Ende des ersten Quartals merklich verändert zu haben. Die längerfristigen umfragebasierten Inflationserwartungen von Consensus Economics für den Euroraum, die vierteljährlich erhoben werden, lagen im Juli ebenfalls weiterhin auf dem Inflationsziel von 2 %.

Die Renditen europäischer Unternehmensanleihen sanken im Zuge des ansteigenden Risikoappetits weiter. Mit der Erholung riskanter Finanzmarktanlagen seit Ende April gaben auch die Renditen von Unternehmensanleihen der Ratingklasse BBB mit einer Restlaufzeit zwischen sieben und zehn Jahren merklich nach, und zwar sowohl für finanzielle als auch für nichtfinanzielle Unternehmen. Die Renditen von Unternehmensanleihen mit besonders hohem Risiko sanken sogar noch stärker. Weil sich die Renditen laufzeitgleicher Bundeswertpapiere im Ergebnis kaum veränderten, engten sich die Spreads damit deutlich ein. Die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Iran im Juni schlugen sich nennenswert nur in einem temporären Anstieg der Spreads im Hochrisikosegment nieder. Insgesamt lagen die Finanzierungskosten europäischer Unternehmen gemessen an den Renditeaufschlägen zuletzt unabhängig von ihrer Kreditqualität unter ihrem jeweiligen Fünfjahresdurchschnitt.

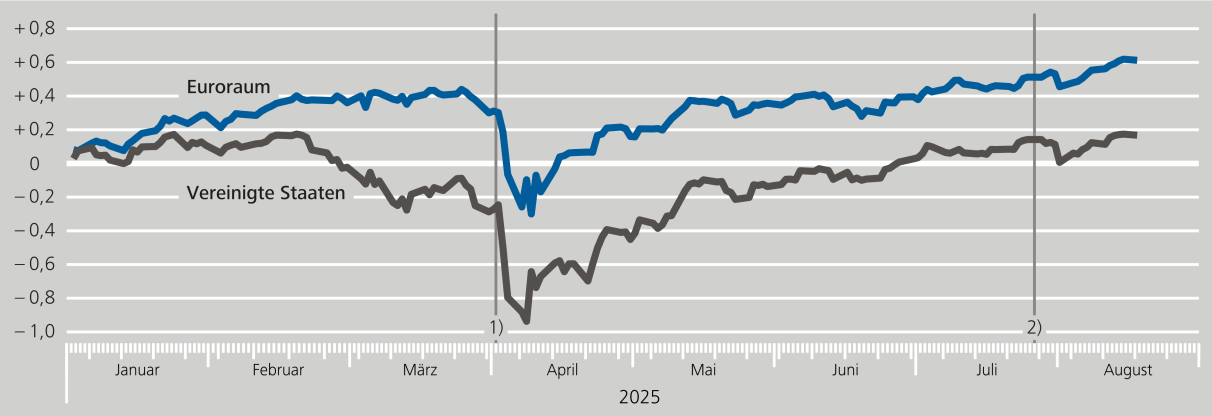
3.2 Aktienmarkt

Die internationalen Aktienmärkte verzeichneten angesichts eines gestiegenen Risikoappetits Kursgewinne. In unmittelbarer Reaktion auf Präsident Trumps Zollankündigungen im April verloren Aktien global kräftig an Wert. Das in Aussicht gestellte restriktive Zollregime verdüsterte die weltweiten Wachstumsperspektiven, erhöhte die Unsicherheit an den Finanzmärkten und setzte damit den Risikoappetit der Anleger stark unter Druck. Dies illustriert auch ein Indikator, der den Risikoappetit der Anleger im Euroraum anhand der gemeinsamen täglichen Veränderung von 13 Einzelindikatoren aus fünf verschiedenen Anlageklassen misst.[1)] Als die US-Regierung das angekündigte Zollregime bei gleichzeitiger Aussicht auf bilaterale Handelsverhandlungen später aussetzte, erholten sich die Aktienmärkte aber schnell. Die Marktteilnehmer beachteten die sich fortlaufend ändernden Zollandrohungen der US-Regierung nun weniger und erwarteten zunehmend eine Einigung im Zollstreit. Dementsprechend lösten die später getroffenen Vereinbarungen der USA mit dem Vereinigten Königreich, Japan und der Europäischen Union keine großen Aktienkursbewegungen aus. Vor diesem Hintergrund stiegen im Ergebnis sowohl die Kurse europäischer Aktien (Euro Stoxx: + 6,6 %) als auch vor allem japanischer und US-amerikanischer Aktien (Nikkei 225: + 22,7 % sowie S&P 500: + 14,9 %). In den USA legten vor allem die Kurse von Unternehmen aus der Informationstechnologie zu. Zu dem deutlichen Kursplus der US-Titel trugen neben dem gewachsenen Risikoappetit auch höhere Gewinnerwartungen für US-amerikanische Unternehmen bei. Die Kurse deutscher und britischer Aktien gemessen am CDAX und dem FTSE 100 gewannen um 7,1 % beziehungsweise um 6,7 % an Wert.

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025a).

Risikoappetit im internationalen Vergleich*) Schaubild 3.7

Standardabweichungen, Tageswerte



Quelle: Bloomberg und eigene Schätzungen. * Ein positiver Wert gibt einen überdurchschnittlich hohen Risikoappetit wieder. Risikoappetit der Anleger gemessen als gemeinsame Variation zahlreicher Risikomaße aus unterschiedlichen Finanzmarktsegmenten im jeweiligen Währungsraum, die mithilfe statistischer Verfahren extrahiert wird. Indikatoren sind normiert mit einem Mittelwert von null und einer Standardabweichung von eins, vgl.: Deutsche Bundesbank (2025a). **1** 2. April: Ankündigung umfangreicher US-Zölle. **2** 27. Juli: Ankündigung der Handelsvereinbarung zwischen der EU und den USA.

Deutsche Bundesbank

Europäische Bankaktien verzeichneten im Vergleich zum Gesamtmarkt höhere Kurszuwächse. Die Aktienkurse europäischer Banken gewannen im Berichtszeitraum deutlich kräftiger an Wert als der Gesamtindex Euro Stoxx (+ 25,8 %). Ein Grund dafür waren die sowohl in der kurzen als auch in der mittleren Frist stärker gestiegenen Gewinnerwartungen. Außerdem wirkten einige positiv ausgefallene Quartalszahlen kursstützend. In den USA verzeichneten Bankaktien ähnlich hohe Wertzuwächse wie der Gesamtmarkt (+ 15,9 %).

Die Bewertungsniveaus europäischer Aktien und US-amerikanischer Aktien übertreffen weiterhin ihren langfristigen Durchschnitt. Für US-amerikanische Aktien verringerten sich sowohl die Aktienrisikoprämie als auch die impliziten Eigenkapitalkosten, also die Summe aus sicheren Zinsen und Risikoprämien. Diese Bewertungsmaße werden mit einem Dividendenbarwertmodell ermittelt, in das sowohl kurz- und mittelfristige Gewinnerwartungen als auch die risikofreien Zinsen einfließen. [2)] Für europäische Unternehmen, deren kurzfristige Gewinnerwartungen leicht sanken, stieg die Aktienrisikoprämie bei kaum veränderten impliziten Eigenkapitalkosten leicht an. Gemessen an den impliziten Eigenkapitalkosten liegt die Bewertung sowohl europäischer als auch US-amerikanischer Aktien über ihrem langfristigen Durchschnitt.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 18. August 2025, 22:00 Uhr berücksichtigt.

2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2016).

Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2025a), Der Risikoappetit auf den Finanzmärkten und Geldpolitik , Monatsbericht, Januar 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Was steckt hinter dem mehrjährigen Rückgang der deutschen Exportmarktanteile?, Monatsbericht, Juli 2025.

Deutsche Bundesbank (2023), Ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und des Euroraums günstig?, Monatsbericht, Oktober 2023, S. 13 – 39.

Deutsche Bundesbank (2016), Bewertungsniveau am Aktienmarkt – Theoretische Grundlagen und Weiterentwicklung von Kennzahlen, Monatsbericht, April 2016, S. 15 – 30.

Fischer, C. und O. Hossfeld (2014), A consistent set of multilateral productivity approach-based indicators of price competitiveness – Results for Pacific Rim economies, Journal of International Money and Finance, Vol. 49, S. 152 – 169.

Internationaler Währungsfonds (2024), External Sector Report, Imbalances Receding, 2024, (Tabelle 3.A.).

Konjunktur-in-Deutschland

1 Deutsche Wirtschaft erlitt im zweiten Quartal einen Rückschlag

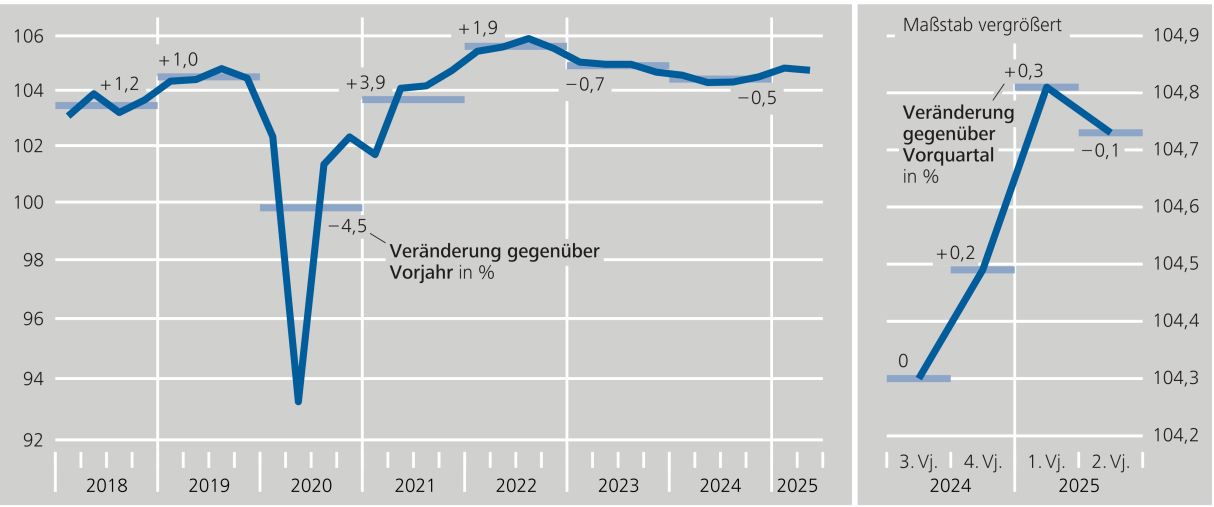
Die Erholung der Wirtschaftsleistung in Deutschland erlitt im zweiten Quartal 2025 einen Rückschlag. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt [1] um 0,1 %. In den beiden Quartalen zuvor war es gemäß revidierten Angaben noch merklich gestiegen. Mit der Schnellmeldung des BIP für das zweite Quartal 2025 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Revisionen mit deutlichen Auswirkungen auf den Verlauf des BIP in den Jahren 2021 bis 2024. [2] Demnach fiel zum einen die Erholung nach der Corona-Pandemie in den Jahren 2021 und 2022 deutlicher aus. Zum anderen ist die Schwächephase nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nunmehr ausgeprägter. Die deutsche Wirtschaft befand sich damit in den Jahren 2023 und 2024 nun erkennbar in einer Rezession im Sinne eines deutlichen, länger anhaltenden und breit angelegten Rückgangs der Wirtschaftsleistung bei unterausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten. [3] Dieser Rückgang lief Mitte des vergangenen Jahres aus und ging in eine leichte Erholung über (siehe Exkurs "Zu den jüngsten Revisionen des deutschen BIP und ihren Auswirkungen auf das Konjunkturbild"). Im ersten Quartal 2025 wurde die Wirtschaftsleistung zusätzlich durch Vorzieheffekte in Erwartung höherer US-Zölle gestützt. Nachdem die Zölle Anfang April erhöht worden waren, kam es im zweiten Vierteljahr jedoch zu einem Rückprall bei der Industrieproduktion und den Exporten. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit war weiterhin hoch, vor allem wegen des Handelskonflikts mit den USA. So blieb die

1 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.
2 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2025a).
3 Das Beschäftigungsniveau blieb 2023 und 2024 weitgehend konstant, die Arbeitslosigkeit stieg langsam.

zukünftige Höhe der US-Zölle zunächst ebenso unklar wie etwaige Gegenmaßnahmen der EU. Dies belastete die Planungssicherheit und damit die Investitionen der Unternehmen. Im Bausektor war die Auftragslage noch zu schwach, um Impulse für eine höhere Produktion zu liefern. Der private Konsum profitierte zwar von kräftig steigenden Löhnen. Der Arbeitsmarkt blieb jedoch schwach, was einer deutlichen Konsumausweitung entgegenwirkte.

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Schaubild 4.1

2020 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

Exkurs

Zu den jüngsten Revisionen des deutschen BIP und ihren Auswirkungen auf das Konjunkturbild

Mit Veröffentlichung der Schnellschätzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das zweite Quartal 2025 revidierte das Statistische Bundesamt auch die Vorquartale und -jahre ab 2021 deutlich. [1)] Anders als üblich änderten die Revisionen den Verlauf des realen BIP dieses Mal erheblich. [2)] Im Ergebnis verändert sich das konjunkturelle Bild insbesondere in zwei Punkten: Erstens ist die Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Pandemie nun ausgeprägter. Zweitens erweist sich die konjunkturelle Schwächephase nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine nunmehr als deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung.

1 Vgl.: Statistisches Bundesamt (2025a). Revisionen der Komponenten des BIP wurden noch nicht veröffentlicht. Sie werden zusammen mit den ausführlichen Ergebnissen für das zweite Quartal 2025 am 22. August 2025 durch das Statistische Bundesamt bekanntgegeben.

2 Zusätzlich wurden dieses Mal auch die Ergebnisse für die Jahre 2008 bis 2020 überarbeitet, insbesondere aufgrund von Analyseergebnissen zu Geschäftsaktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen. Dies führte allerdings nur zu geringfügigen Revisionen des realen BIP.

Für die Jahre 2021 bis 2024 zeichnen die Revisionen des BIP-Wachstums nun ein konsistenteres Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Der BIP-Verlauf stimmt jetzt besser mit anderen Indikatoren und den historischen Ereignissen überein. Nach dem neuen Datenstand überschritt das reale BIP seinen Vorpandemiestand im dritten Quartal 2022 um saisonbereinigt 1,4 % (vor Revision: 0,7 %). In den Jahren 2021 und 2022 erhöhte sich das BIP mit kalenderbereinigt 3,9 % und 1,9 % stärker als zuvor ausgewiesen (vor Revision: 3,6 % und 1,4 %). Die nun kräftigere Erholung weist auf stärkere Nachholeffekte nach den Lockerungen beziehungsweise dem Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen hin. Ab dem vierten Quartal 2022 treten nun hingegen die negativen wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges sowie der Nachwirkungen von globalen Lieferkettenproblemen, insbesondere in Gestalt einer in Deutschland und vielen anderen Volkswirtschaften hohen Inflation, klarer hervor. Das revidierte BIP-Profil spiegelt die Belastungsfaktoren nun deutlicher wider. Vom vierten Quartal 2022 bis zum dritten Quartal 2024 sank das BIP nach der Revision in fast allen Quartalen und teilweise kräftig (um insgesamt 1,5 %, vor Revision um 0,8 %). Im Jahresdurchschnitt schrumpfte das BIP in den Jahren 2023 und 2024 mit kalenderbereinigt - 0,7 % und - 0,5 % entsprechend deutlicher als zuvor ausgewiesen (vor Revision: - 0,1 % und - 0,2 %). Zu den Gründen für diese Revisionen zählt offenbar ein höherer inländischer Preisdruck. Der Anstieg des BIP-Deflators wurde für 2023 deutlich aufwärtsrevidiert. [3)]

Die deutsche Wirtschaft befand sich nach den revidierten Ergebnissen in einer Rezession, also einer Phase mit einem deutlichen, länger anhaltenden und breit angelegten Rückgang der Wirtschaftsleistung bei unterausgelasteten Kapazitäten. [4)] Dies steht nunmehr auch eher im Einklang mit dem markanten Rückgang der ifo Kapazitätsauslastung, der bisher in einem gewissen Kontrast zum BIP-Verlauf stand.

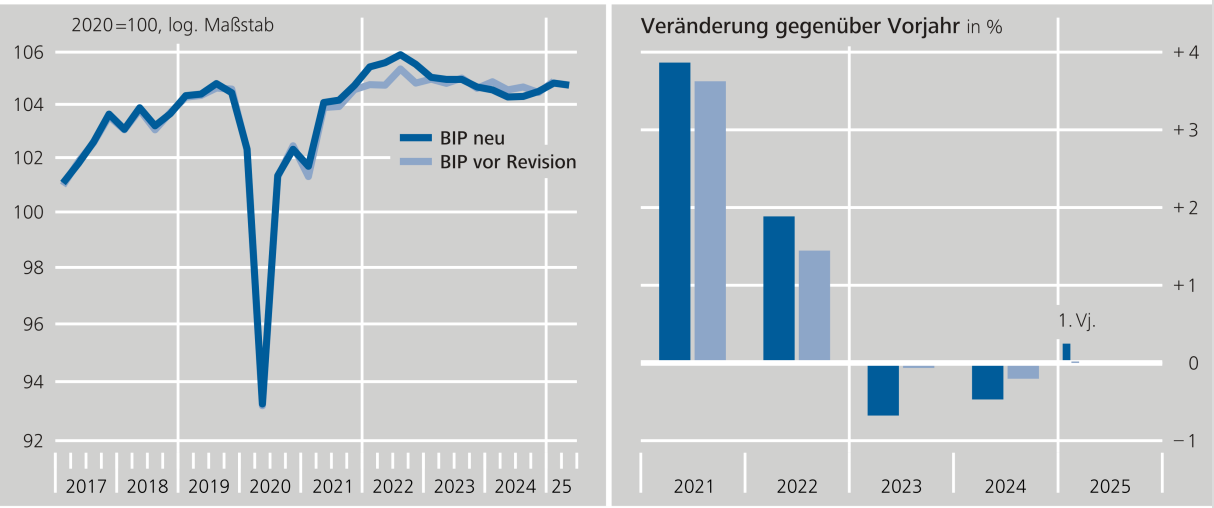
3 Weitere Erläuterungen zu den Revisionen wurden von Destatis für die Veröffentlichung der VGR-Details am 22. August 2025 in Aussicht gestellt.

4 Zu dieser Definition vgl.: Deutsche Bundesbank (2019), S. 5. Das Ausmaß, mit dem der Aktivitätsrückgang verschiedene Bereiche der Wirtschaft betraf, lässt sich erst nach Veröffentlichung der revidierten detaillierten VG Ergebnisse abschließend beurteilen.

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Schaubild 4.2

preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

Der kurzfristige Ausblick für die deutsche Wirtschaft ändert sich aufgrund der Revisionen am aktuellen Rand nicht wesentlich. Die BIP-Rate 2025 könnte aber leicht höher ausfallen als in der Deutschland-Prognose vom Juni erwartet. Dem revidierten Bild zufolge ist die Abwärtsbewegung der Wirtschaftsaktivität bereits Mitte 2024 ausgelaufen. Seither stieg das BIP wieder verhalten an und lag im Niveau im ersten Quartal 2025 nur geringfügig niedriger als vor der Revision. Durch den schwungvolleren Verlauf zum Ende des Vorjahres ergibt sich für das Jahr 2025 ein um 0,3 Prozentpunkte höherer statistischer Überhang, mithin also eine verbesserte “Startrampe“. Zudem legt die neu ausgewiesene Dynamik für die kurze Frist eine im Vergleich zur Deutschland-Prognose vom Juni eher leicht höhere konjunkturelle Grundtendenz nahe. Auch die unerwartet günstige Entwicklung der Stimmungsindikatoren spricht für eine leicht bessere Einschätzung für das dritte Quartal. Insgesamt könnte die deutsche Wirtschaft daher im Mittel des laufenden Jahres wieder leicht wachsen. In der Deutschland-Prognose vom Juni war hingegen erwartet worden, dass das BIP kalenderbereinigt lediglich stagniert. [5)]

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025).

2 Rückpralleffekte belasteten Industrieproduktion und Exporte, Investitionen blieben schwach

Die Industrieproduktion und die Exporte litten im zweiten Quartal unter deutlichen, zollbedingten Rückpralleffekten. Die Industrieproduktion ging im Juni saisonbereinigt stark gegenüber dem kräftig abwärtsrevidierten Vormonat zurück. Auch im Durchschnitt des zweiten Quartals sank sie deutlich gegenüber dem Vorquartal. Dieser Rückgang betraf die meisten Industriezweige. Lediglich die Kraftfahrzeugproduktion und der sonstige Fahrzeugbau konnten erneut zulegen. Die rückläufige Produktion steht im Gegensatz zu einem kontinuierlich steigenden Auftragsbestand. Auch laut ifo Institut verbesserte sich die Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt des zweiten Quartals erstmals seit fast vier Jahren. Der Rückgang der Industrieproduktion dürfte daher vor allem auf Rückpralleffekte nach den durch die US-Zollpolitik ausgelösten Vorzieheffekten im ersten Quartal zurückzuführen sein. So ging die Produktion in einigen Branchen wie Pharma und Maschinenbau, die eine hohe Abhängigkeit vom US-Markt aufweisen, besonders deutlich zurück. Rückpralleffekte zeigten sich auch in den Ausfuhren. So gingen die Warenexporte in die USA im zweiten Quartal stark zurück, nachdem sie zuvor kräftig angestiegen waren. Dabei könnten auch die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro und die dauerhaften Auswirkungen der seit April geltenden Zollanhebungen eine Rolle gespielt haben. Diesen Einbußen standen unter anderem zunehmende Ausfuhren in Länder des Euroraums gegenüber. Insgesamt stagnierten damit die preisbereinigten Warenexporte im zweiten Quartal.

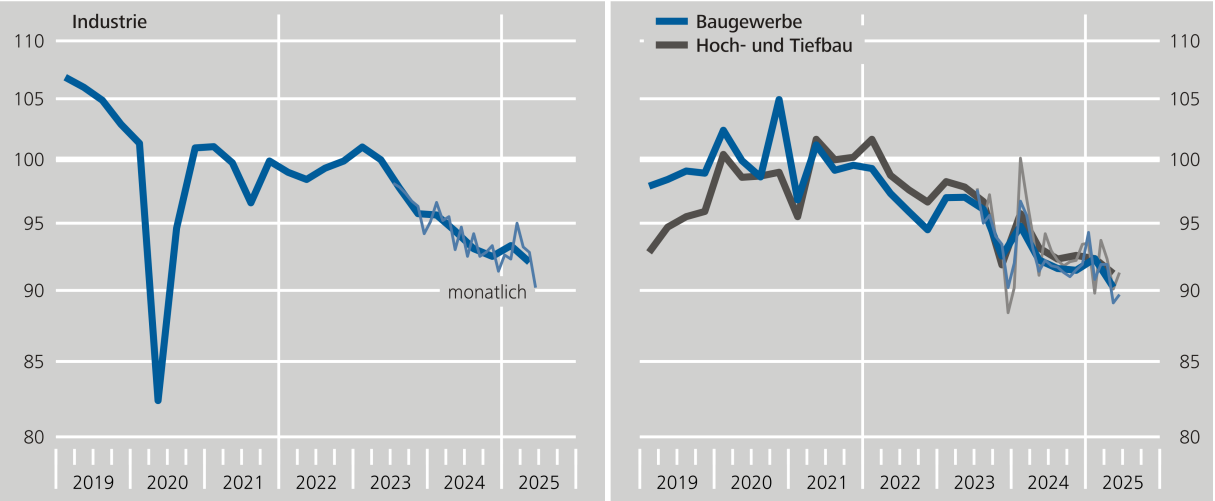
Die gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen dürften im zweiten Quartal gesunken sein. Dies signalisieren die preisbereinigten Inlandsumsätze der Investitionsgüterproduzenten, welche gegenüber dem Vorquartal deutlich zurückgingen. Auf die gewerblichen Investitionen drücken weiterhin einige Belastungsfaktoren. So ist die Nachfrage in der Industrie immer noch so schwach, dass die Kapazitäten nur wenig ausgelastet werden. Laut ifo-Umfragen ist die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe zwar seit Jahresbeginn leicht gestiegen. Sie blieb jedoch im Juli weiterhin deutlich unter ihrem langfristigen Mittelwert. Investitionen zur Ausweitung der Produktionskapazitäten sind daher in vielen Bereichen überflüssig. Auch das Finanzierungsumfeld ist weiterhin nicht einfach, auch wenn Kredite stärker als in den vorangegangenen Quartalen nachgefragt wurden. Während laut Bank Lending Survey (BLS) der EZB die Finanzierungskosten für Unternehmen im Quartalsmittel auch weiterhin einem Abwärtstrend folgen, verschärften die Banken im zweiten Quartal die Kreditrichtlinien.[4)] Dies ist vor allem auf ein höheres Kreditrisiko und eine geringere Risikotoleranz der Kreditgeber zurückzuführen. Schließlich war die wirtschaftspolitische Unsicherheit vor allem wegen des Handelskonflikts zwischen den USA und der EU weiterhin hoch und lastete auf der Planungssicherheit und damit der Investitionsneigung der Unternehmen.

4 Vgl.: Europäische Zentralbank (2025).

Der Bau blieb weiterhin schwach, und die Bauinvestitionen dürften im zweiten Quartal gesunken sein. Nach einer leichten Expansion im Vorquartal sank die Bauproduktion saisonbereinigt wieder kräftig. Sie erreichte damit sogar ihren tiefsten Wert seit zehn Jahren, obwohl laut ifo-Umfragen Witterungseinflüsse die Produktion weniger behinderten als im Vorquartal. Der Rückgang in der Produktion wurde vor allem vom Hochbau und vom Ausbaugewerbe getrieben, während die Produktion im Tiefbau im Vergleich zum Vorquartal leicht anstieg. Die Nachfrage nach Bauleistungen ist gemessen an den Auftragseingängen im Trend zwar aufwärtsgerichtet. Davon gingen bislang jedoch noch keine starken Impulse auf die Produktion aus. Laut ifo Institut berichten die Unternehmen nach wie vor von einem hohen Auftragsmangel. Die Nachfrage im Wohnungsbau erhielt zuletzt auch von den Finanzierungsbedingungen keine weiteren Impulse. Die Effektivzinssätze für Wohnungsbaukredite lagen im zweiten Quartal mit durchschnittlich 3,7 % leicht über dem Niveau des Vorquartals. Zudem verschärften sich laut BLS die Vergaberichtlinien für Hypothekenkredite in Deutschland, nachdem sie im ersten Quartal noch gelockert worden waren. [5)]

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe Schaubild 4.3

2021 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

5 Vgl.: Europäische Zentralbank (2025).

Der private Konsum konnte im zweiten Quartal wohl leicht zulegen, dies gilt wohl auch für die Dienstleister insgesamt. Die Indikatoren für den privaten Konsum zeigen zwar ein gemischtes Bild, deuten insgesamt aber auf einen leichten Anstieg hin. Besonders der Einzelhandel zeigte sich weiterhin robust und konnte seine realen Umsätze im Vergleich zum Vorquartal erneut steigern. Außerdem weiteten die privaten Halter ihre Kraftfahrzeugzulassungen wieder leicht aus. Der preisbereinigte Umsatz des Gastgewerbes nahm den bis Mai verfügbaren Daten zufolge hingegen wieder ab. Dies lag vor allem an einem sehr schwachen Mai. Maßgeblich für die insgesamt wohl günstigere Entwicklung des Konsums dürften Impulse von kräftig gestiegenen Löhnen gewesen sein, während der Arbeitsmarkt zu schwach blieb, um stärkeren Schwung beim Konsum zu erzeugen. Der Dienstleistungssektor insgesamt dürfte im zweiten Quartal ebenso wie der private Konsum etwas expandiert haben. Die realen Großhandelsumsätze nahmen im Vorquartalsvergleich zwar ab. Und auch die bis Mai verfügbaren realen Umsätze im Handel mit Kraftfahrzeugen zeigen einen Rückgang gegenüber dem Vorquartal an. Aber die Dienstleister (ohne Handel) weiteten nach einem schwachen ersten Quartal ihre Produktion, den bis Mai verfügbaren Daten zufolge, aus.

Die Importe stiegen im zweiten Quartal auffällig stark an. Die Wareneinfuhren expandierten in preisbereinigter Rechnung kräftig. Da zugleich mit den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten diejenigen Verwendungskomponenten schwach blieben, die üblicherweise einen besonders hohen Importgehalt aufweisen, deutet dies auf einen merklichen Lageraufbau hin. Dabei könnte auch eine Rolle spielen, dass Unternehmen in Erwartung möglicher Gegenzölle der EU vermehrt bestimmte Waren aus den USA einführten. Die Einfuhren aus den USA waren schon im ersten Quartal kräftig angestiegen und legten im zweiten Quartal nochmals kräftig zu. [6)] Allerdings erhöhten sich auch die Importe aus anderen Ländern, insbesondere aus dem Euroraum, den mittel- und osteuropäischen Ländern und aus China. Ob dabei Umlenkungseffekte im globalen Warenhandel eine Rolle gespielt haben, lässt sich derzeit jedoch noch nicht genau bestimmen.

6 Dabei wurden die Gesamtimporte aus den USA erheblich durch Einfuhren von sonstigen Fahrzeugen gestützt, die generell sehr volatil sind. Ohne diese Warengruppe betrachtet, stiegen die Importe aus den USA im ersten Vierteljahr moderat und gingen im Mittel von April und Mai (bis dahin stehen Daten zur Verfügung) gegenüber dem Vorquartal zurück.

3 Arbeitsmarkt schwächelt weiter

Der Arbeitsmarkt setzte seine Seitwärtsbewegung im Frühjahr fort. Bereits seit zwei Jahren ist das Beschäftigungsniveau nahezu unverändert. Dahinter stehen jedoch erhebliche sektorale Umwälzungen. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich erneut moderat. Die Frühindikatoren versprechen für die nächsten Monate keine grundlegende Änderung dieser Entwicklung.

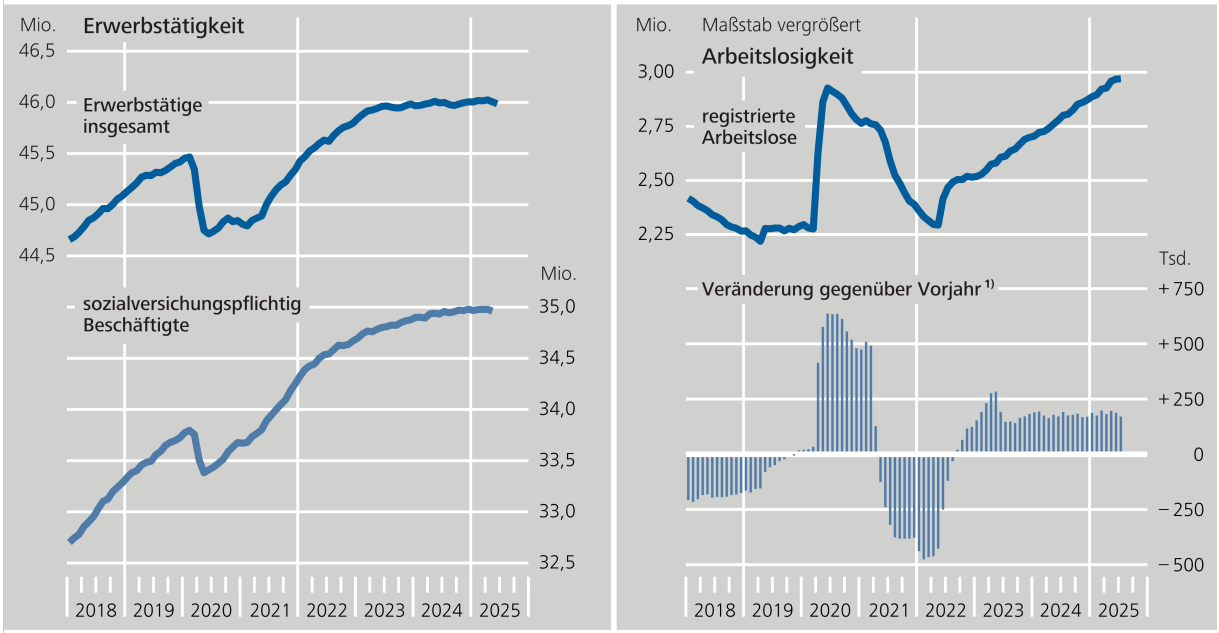
Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im zweiten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt auf dem Vorquartalsniveau. Im Durchschnitt der Monate April bis Juni waren gemäß der ersten Hochrechnung von Destatis 46,0 Millionen Personen erwerbstätig.[7)] Das war ein marginales Minus von 7 000 Personen gegenüber dem Durchschnitt der Wintermonate. Damit zeigen sich leichte Spuren der schwachen Wirtschaftsleistung in der Beschäftigung. Der bereits länger anhaltende rückläufige Trend bei der Selbstständigkeit setzte sich fort. Die Zahl der Arbeitnehmer blieb stabil. Dies gilt sowohl für die sozialversicherungspflichtig als auch die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten, wobei die aktuellen Angaben hier nur bis einschließlich Mai reichen. Wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit wurde im April und Mai gemäß den ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) etwas weniger häufig genutzt als im Winterhalbjahr. Die Inanspruchnahme blieb jedoch leicht erhöht und betrifft überwiegend das Verarbeitende Gewerbe. Ihre weitere Entwicklung ist somit eng an die Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe geknüpft.

7 Das Erwerbstätigenniveau wurde im Rahmen der turnusmäßigen Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab 2021 rückwirkend abwärtsrevidiert (vgl.: Statistisches Bundesamt (2025b)). Dadurch änderte sich auch der zeitliche Verlauf etwas. Nach der Revision gab es nur noch einen temporären Beschäftigungsrückgang zur Jahresmitte 2024, der anschließend kompensiert wurde. Insgesamt sieht die Entwicklung seit Mitte 2024 ein wenig günstiger aus als vor der Revision.

Arbeitsmarkt in Deutschland

Schaubild 4.4

saisonbereinigt, monatlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt.
Deutsche Bundesbank

Die sektoralen Verschiebungen des Personalbestandes zwischen den Wirtschaftsbereichen setzten sich unvermindert fort. Im Verarbeitenden Gewerbe wurde die Beschäftigung weiter spürbar reduziert. Innerhalb der letzten zwölf Monate ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie um etwa 2 % zurück. Überdurchschnittlich stark betroffen war dabei die häufig energieintensive Produktion von Vorleistungsgütern. Aber auch in den großen Branchen der Metall- und Elektroindustrie Deutschlands – wie der Herstellung von Metallerzeugnissen und der Herstellung von Kraftfahrzeugen – wird zunehmend Personal abgebaut. Die zuvor stark genutzte Anpassung über einen verringerten Einsatz von Leiharbeitern in der Industrie scheint inzwischen an Wichtigkeit zu verlieren: Nachdem die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leiharbeitnehmer in den vergangenen drei Jahren um fast ein Viertel eingebrochen war, ging deren Zahl in den letzten Monaten nur noch moderat zurück. Die Stabilisierung der Beschäftigtenzahl im Baugewerbe dürfte dagegen einer sich langsam erholenden Auftragslage geschuldet sein. Der Beschäftigungsaufbau, der sich bis Jahresbeginn noch auf viele Dienstleistungsbereiche verteilte, verengt sich immer mehr auf nur noch einen Wirtschaftsbereich: Gesundheit und Soziales. Hier steigt die Beschäftigung, die auch den Pflegebereich umfasst, bereits seit langem in erheblichem Ausmaß und folgt insofern dem demografischen Trend. Einige weitere Dienstleistungen sowie die Energieversorgung weisen zwar kleine Zunahmen aus. Sie sind jedoch zusammengenommen kleiner als die des Gesundheits- und Pflegebereichs allein.

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im Berichtsquartal weiter an. Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2025 waren saisonbereinigt 2,95 Millionen Personen arbeitslos, rund 50 000 Personen mehr als im ersten Quartal. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,1 Prozentpunkte auf 6,3 %. Im Juli nahm die registrierte Arbeitslosigkeit kaum zu, und die zugehörige Quote blieb unverändert. Der Anstieg im Frühjahr dürfte größtenteils auf weniger arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Sprach- und Integrationskursen beruhen. Die gesamte Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die auch Personen in diesen Maßnahmen einschließt, blieb im Vorquartalsvergleich nahezu konstant.

Arbeitslosen Personen fiel es in den vergangenen drei Jahren zunehmend schwerer, in eine Beschäftigung zu wechseln. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang der Übergangsrate in Beschäftigung bei Personen im Arbeitslosenversicherungssystem des SGB III. Der starke Strukturwandel erschwert es den Arbeitslosen, in der angestammten Qualifikation und Branche eine neue Stelle zu finden. Ihre Suchprozesse dauern daher länger. Immer mehr Betroffene müssen sich regional oder beruflich umorientieren oder weniger attraktive Stellen akzeptieren. Dieser Anpassungsprozess benötigt Zeit und erhöht daher zunächst die strukturelle Arbeitslosigkeit. Bei arbeitslosen Personen in der Grundsicherung des SGB II ist die Übergangsrate in Beschäftigung dagegen kaum zurückgegangen. Das Niveau der Übergangsrate in Beschäftigung aus der Grundsicherung heraus liegt zwar deutlich niedriger, da aufgrund langer Arbeitslosigkeit eine größere Arbeitsmarktferne entstanden ist oder mehrere Vermittlungshemmnisse vorliegen. Positiven Einfluss übt jedoch die fortschreitende Integration der Geflüchteten aus, die bei Arbeitslosigkeit überwiegend Grundsicherungsleistungen beziehen. So hat sich der Übergang in Beschäftigung von Ukrainerinnen und Ukrainern – von niedrigem Niveau aus – seit Anfang 2024 erheblich verbessert. Auch bei den anderen Flüchtlingen stieg die Beschäftigtenquote bei verbesserten Übergangsraten weiter. Die Wahrscheinlichkeit, die Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für eine Erwerbstätigkeit zu verlassen, liegt in beiden Gruppen inzwischen höher als für Einheimische. Insgesamt ist die Übergangsrate der Deutschen dennoch höher als die der Zugewanderten. Das liegt daran, dass die Einheimischen im Versicherungssystem einen höheren Anteil haben und hier die Übergangsraten in Beschäftigung höher liegen als im Grundsicherungssystem.

Die Aussichten für den Arbeitsmarkt bleiben in den kommenden Monaten gedämpft. Die Frühindikatoren vermitteln ein anhaltend gemischtes Bild. Das ifo Beschäftigungsbarometer, das die Einstellungspläne der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate abbildet, verbesserte sich im Juli nach einem deutlichen Rücksetzer im Juni minimal. Es befindet sich weiter tief im negativen Bereich. Dies betrifft in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe und den Handel. Das IAB-Beschäftigungsbarometer, welches daneben auch die überwiegend öffentlich finanzierten Dienstleistungsbereiche wie Gesundheit, Bildung und Verwaltung mit in den Blick nimmt, stabilisierte sich zuletzt geringfügig oberhalb der neutralen Schwelle. Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen sank im Juli weiter. Der Zugang an neuen sozialversicherungspflichtigen Stellenangeboten bei der BA blieb jüngst auf niedrigem Niveau. Insgesamt betrachtet haben sich die Beschäftigungsaussichten zuletzt nicht weiter verschlechtert. Eine tragfähige positive Entwicklung für die kommenden Monate ist aus den Indikatoren aber nicht abzulesen. Für die Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten sieht es nur minimal besser aus. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit stieg im Juli zwar erheblich und näherte sich deutlich der neutralen Schwelle an, blieb aber noch darunter. Die Arbeitslosigkeit könnte zunächst weiter steigen.

4 Tariflöhne stiegen vorübergehend deutlich stärker

Die Tarifverdienste stiegen im Frühjahr erheblich stärker als im Winter. Einschließlich der Nebenvereinbarungen erhöhten sie sich im zweiten Quartal 2025 um 5,7 % gegenüber dem Vorjahr, nach nur 0,9 % zuvor. Der kräftige Schub im Frühjahr beruht vor allem auf höheren dauerhaften Lohnsteigerungen im Einzel- und Großhandel sowie im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen.[8)] Im Winter hingegen hatten insbesondere negative Basiseffekte aus den hohen Inflationsausgleichsprämien[9)] ein Jahr zuvor und Nullmonate in Neuabschlüssen den Lohnanstieg gedämpft. Um Sondereinflüsse wie Nachwirkungen von Inflationsausgleichsprämien auszublenden und die zugrunde liegende Dynamik der Tarifverdienste genauer zu betrachten, werden Sonder- und Einmalzahlungen herausgerechnet. Die so berechneten Grundvergütungen für die Gesamtwirtschaft legten im Frühjahr mit 6,7 % gegenüber dem Vorjahr ebenso kräftig zu wie im Winter. Dies liegt auch daran, dass alte Tarifabschlüsse mit höheren Stufenanhebungen noch nachwirken.

Jüngste Tarifabschlüsse weisen jedoch überwiegend niedrigere Lohnsteigerungen aus als zuvor. Abschlüsse wie in der Kunststoff verarbeitenden Industrie und den Textilen Diensten sehen deutlich niedrigere Tarifanhebungen vor als noch während der Hochinflationsphase. Lediglich bei den Versicherungen wurde im Juli ein für diese Branche mit + 3,8 % per annum im historischen Vergleich überdurchschnittliches Lohnergebnis vereinbart. Damit erhalten hier die Angestellten für die Phase hoher Inflationsraten einen weiteren Teillohnausgleich.[10)]

8 Im Mai trat die zweite Stufenerhöhung im Einzel- und auch im Großhandel nur zehn beziehungsweise neun Monate nach der ersten Stufe in Kraft, was vorübergehend zu vergleichsweise hohen Steigerungsraten im Vorjahresvergleich führt. Im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen wurden die neu vereinbarten Tariflohnanhebungen gemäß vertraglichem Auszahlungszeitpunkt (ab April 2025) in der Tarifverdienststatistik der Bundesbank erfasst.

9 Die abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien liefen zum Ende Dezember 2024 aus. Sie dämpfen die Vorjahresraten im laufenden Jahr durch negative Basiseffekte spürbar.

10 Es gab im Versicherungsgewerbe im Dezember 2022 eine außerplanmäßige Ergänzung des alten Tarifvertrags vom Februar 2022. Diese Ergänzung sah eine Inflationsausgleichsprämie von jeweils 1 000 € im März 2023 und 2024 sowie eine Erhöhung der tabellenwirksamen Leistungen um 3 % ab September 2024 vor.

Die bis Ende 2025 noch anstehenden Neuabschlüsse dürften aufgrund der rückläufigen Inflationsraten und des schwachen wirtschaftlichen Umfelds niedriger als im letzten Jahr ausfallen. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften gehen weiter zurück, und die Durchsetzungsquoten sind spürbar niedriger als in der Hochphase der Inflation. In den kommenden Monaten bis Jahresende werden Neuabschlüsse für rund 3½ Millionen Tarifbeschäftigte ausgehandelt. Der Anstieg der Tarifverdienste im zweiten Halbjahr wird auch durch die im Vorjahr gezahlten und jetzt entfallenden Inflationsausgleichsprämien gedämpft.

Die Effektivverdienste stiegen im Frühjahr voraussichtlich schwächer als die Tarifverdienste. Sie könnten sich ähnlich stark erhöht haben wie im Vorquartal, in dem sie um rund 4 % gegenüber dem Vorjahr zugenommen hatten. Dies legen die Nominallöhne für April bis Juni aus der Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes nahe.

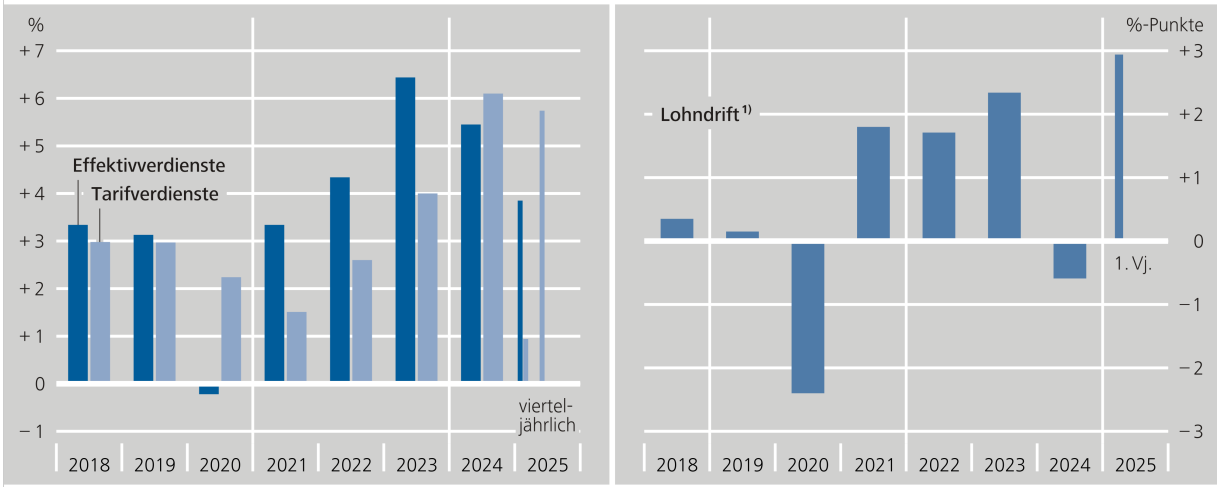
Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn soll auf Empfehlung der unabhängigen Mindestlohnkommission ab Januar 2026 kräftig angehoben werden. Die Mindestlohnkommission schlägt eine stufenweise Erhöhung von derzeit 12,82 € auf 13,90 € je Stunde zum 1. Januar 2026 und auf 14,60 € je Stunde zum 1. Januar 2027 vor. Insgesamt steigt der Mindestlohn damit um 13,9 %, bleibt aber unter den Forderungen nach einer Anhebung auf 15 €, die im Vorfeld verschiedentlich erhoben worden waren. Die zuständige Bundesarbeitsministerin kündigte umgehend an, sich dieser Empfehlung anzuschließen und sie ins Bundeskabinett einzubringen. Laut Statistischem Bundesamt (2025c) profitieren davon im Januar 2026 potenziell bis zu 6,6 Millionen Beschäftigungsverhältnisse unmittelbar und eventuell noch mehr im Januar 2027. Ihre Reallöhne würden deutlich zulegen. Die geplanten Mindestlohnanhebungen werden darüber hinaus die Entlohnung im Niedriglohnbereich spürbar beeinflussen und auch über Spillover-Effekte zu einem höheren gesamtwirtschaftlichen Lohnanstieg beitragen. Die mindestlohnbedingten Aufwärtsrisiken für die aggregierten Durchschnittslöhne gegenüber der Deutschland-Prognose vom Juni sind aber überschaubar. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht werden kurzfristig keine starken Beschäftigungswirkungen erwartet. Es könnte aber mindestlohnbedingt zu einer Zurückhaltung bei Neueinstellungen kommen. [11)]

11 Laut IAB sind etwa 13 % der Neueinstellungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unmittelbar von der Mindestlohnanhebung auf 13,90 € je Stunde im Januar 2026 betroffen (vgl.: Gürtzgen et al. (2025)).

Arbeitsentgelte und Lohndrift

Schaubild 4.5

Veränderung gegenüber Vorjahr, auf Monatsbasis



Quellen: Statistisches Bundesamt (Effektivverdienste) und Deutsche Bundesbank (Tarifverdienste). **1** Die Lohndrift wird als Vorjahresrate des Verhältnisses aus Effektiv- zu Tarifverdiensten berechnet.

Deutsche Bundesbank

5 Die Inflationsrate ging im Frühling spürbar zurück

Der Preisauftrieb nahm im Frühjahr deutlich ab. Gegenüber dem Vorquartal stiegen die Verbraucherpreise (HVPI) im zweiten Quartal 2025 saisonbereinigt um 0,4 %, nach 0,7 % im ersten Quartal. Das lag vor allem an sinkenden Energiepreisen. Aufgrund des deutlichen Rückgangs der Ölpreise, dessen Auswirkung durch die Aufwertung des Euro noch verstärkt wurde, gaben vor allem die Preise für Mineralölprodukte sichtbar nach. Dieser kräftige Rückgang der Energiepreise wurde durch Preisanstiege der übrigen Komponenten überlagert. So stiegen die Preise für Dienstleistungen erneut deutlich an. Das lag zum einen an den Mieten, die im historischen Vergleich überdurchschnittlich stark angehoben wurden. Aber auch andere Dienstleistungen wie beispielsweise Versicherungen für Kraftfahrzeuge verteuerten sich deutlich. Die Reparaturkosten waren in den vergangenen zwei Jahren deutlich angestiegen, weshalb Versicherer mit Beitragserhöhungen reagierten. Auch die Preise für Nahrungsmittel legten merklich zu und zogen wieder stärker an als im ersten Quartal 2025. Insbesondere für unverarbeitete Fleischprodukte musste mehr bezahlt werden. Hier hatten die Erzeugerpreise aufgrund von gestiegenen Produktionskosten deutlich zugelegt. Aber auch verarbeitete Nahrungsmittel wie Kakao, Schokolade und Kaffee verteuerten sich im längerfristigen Vergleich überdurchschnittlich stark. Grund hierfür ist das zunehmende Auftreten von extremen Wetterphänomenen infolge des Klimawandels sowie gestiegene Produktions- und Transportkosten. Die Preise für Industriegüter ohne Energie stiegen hingegen nur leicht. Ein dämpfender Einflussfaktor könnte dabei die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gewesen sein.

Auch in der Vorjahresbetrachtung sank die Inflationsrate im zweiten Quartal 2025 kräftig. Sie fiel von 2,6 % im Winter-Vierteljahr auf 2,1 % im Frühjahr, auch wegen eines stärker dämpfenden Beitrags der Energiepreise. Außerdem stiegen die Dienstleistungspreise nicht mehr ganz so kräftig wie in den Quartalen zuvor. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel) sank von 3,2 % im Vorquartal auf 2,8 %. Der Rückgang der Kernrate war aber vor allem eine Folge eines starken und überraschenden Rückgangs der Rate für Reisedienstleistungen. Ohne die volatilen Komponenten Bekleidung und Reisedienstleistungen betrug die Kernrate wie bereits seit mehreren Quartalen unverändert etwa 3 %.

Im Juli zogen die Preise etwas stärker an als in den beiden vorherigen Monaten. Saisonbereinigt erhöhte sich der HVPI gegenüber Juni um 0,2 %. Die Preise für Industriegüter ohne Energie stiegen stärker als in den vorherigen Monaten. Die Energiepreise stiegen ebenfalls, trotz eines leichten Rückgangs der Ölpreise und einer weiteren Aufwertung des Euro. So verteuerten sich besonders die Preise für Dieselkraftstoffe. Offenbar weiteten die Hersteller ihre Margen aus, nachdem die Preise für Mineralölprodukte in den vorherigen Monaten noch deutlich zurückgegangen waren. Und auch Nahrungsmittel verteuerten sich deutlich. Das lag vor allem erneut an Fleischprodukten und Kaffee. Die Preise für Dienstleistungen blieben hingegen unverändert. Fallende Reisepreise glichen die erneut überdurchschnittlichen Anhebungen bei Mieten aus. In der Vorjahresbetrachtung sank die Inflationsrate spürbar von 2,0 % auf 1,8 %, [12)] die Kernrate leicht (auf 2,4 %, nach 2,5 %).

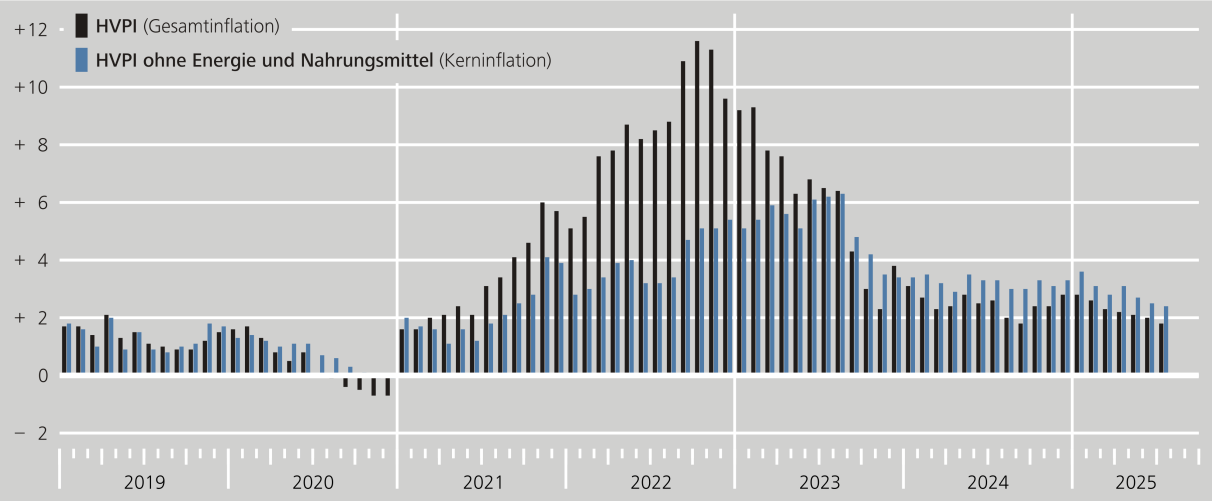
In den nächsten Monaten dürfte die Inflationsrate vorübergehend etwas höher ausfallen. Die Energiepreise sollten zwar nach einem leichten Anstieg bis zum Ende des Jahres stabil bleiben, wenn man den aktuellen Stand der Terminkurse für Rohöl zugrunde legt. Durch einen Basiseffekt verkehrt sich allerdings die zuvor negative Teuerung bei Energie ins Positive. Dies erhöht die gesamte Inflationsrate in den kommenden Monaten. Bei den Dienstleistungen setzt sich der Disinflationsprozess zwar grundsätzlich fort, wobei sich die niedrigeren Lohnsteigerungen auswirken. In den kommenden Monaten legt der Disinflationsprozess aber eine Pause ein, und zum Jahresende werden aufgrund eines Basiseffekts vorübergehend höhere Raten erwartet. Bei Nahrungsmitteln dürfte sich die aktuelle Teuerungsrate zunächst wenig ändern. Im Herbst sind aber vorübergehend niedrigere Raten zu erwarten, weil dann starke Preissteigerungen aus dem Vorjahr aus der Jahresrate entfallen. Insgesamt dürfte die Inflationsrate auf etwas über 2 % steigen und damit vorübergehend etwas höher liegen als in der Juni-Projektion erwartet. Auch die Kerninflation könnte leicht höher ausfallen und dürfte um das im Juli erreichte Niveau schwanken. Der Ausblick ist jedoch aufgrund geopolitischer Einflussfaktoren weiterhin von hoher Unsicherheit geprägt.

12 Die VPI-Rate lag im Juli unverändert bei 2,0 %.

Gesamt- und Kerninflation in Deutschland

Schaubild 4.6

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, monatlich



Quellen: Statistisches Bundesamt und Eurostat.
Deutsche Bundesbank

6 Im dritten Quartal könnte die Wirtschaftsleistung auf der Stelle treten

Im dritten Quartal könnte die Wirtschaftsleistung in etwa stagnieren. Mit der Grundsatzeinigung im Handelsstreit zwischen den USA und der EU dürfte die Unsicherheit über zukünftige Zollhöhen zwar abgenommen haben. Sie bleibt angesichts noch offener Fragen und der sprunghaften US-Wirtschaftspolitik aber hoch. Die ausgehandelten Zollsätze auf die Exporte in die USA weichen im Mittel nur wenig von der Annahme in der Basislinie der Deutschland-Prognose vom Juni ab.[13)] Den Belastungen durch die US-Zölle steht allerdings eine etwas robuster als erwartete Nachfrage aus anderen Wirtschaftsräumen entgegen. Insgesamt war die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten aus dem Ausland bis zuletzt der Tendenz nach aufwärtsgerichtet. Aufgrund der starken Vorzieheffekte im ersten Quartal könnte es aber auch im laufenden Quartal noch spürbare Rückpralleffekte bei Industrieproduktion und Exporten geben. Die trüben Aussichten für den Welthandel, die noch schwache Auftragslage und die niedrige Auslastung vorhandener Kapazitäten dürften die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter beeinträchtigen. Vom Bau kommen wohl noch keine starken Impulse, auch wenn beim Auftragseingang weiterhin eine Erholungstendenz erkennbar ist. Die gedämpften Aussichten am Arbeitsmarkt und die nachlassende Lohndynamik bremsen den privaten Konsum. Auch die Dienstleister insgesamt dürften schwunglos bleiben. Darauf deuten die Stimmungsindikatoren des ifo Instituts und von S&P Global hin.

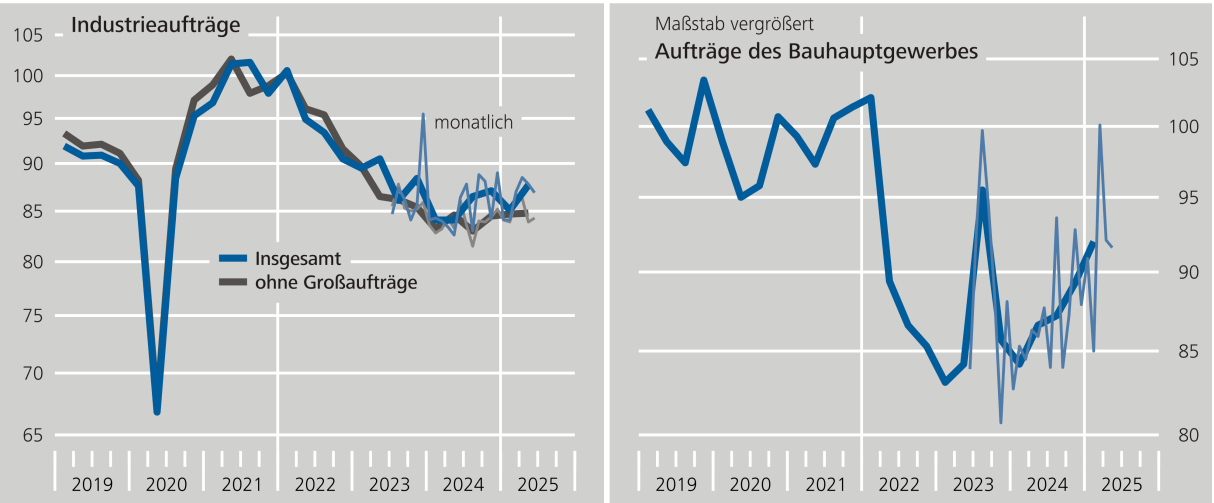
13 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025).

Von der Industrie dürften im dritten Quartal noch keine Wachstumsimpulse ausgehen. Nach dem schwachen Juni startet die Industrieproduktion mit einem niedrigen Niveau in das dritte Quartal. Die Geschäftslage und die kurzfristigen Produktionspläne der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe verbesserten sich allerdings laut Umfragen des ifo Instituts im Juli deutlich, sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Vorquartal. Das gilt auch für die kurzfristigen Exporterwartungen. Allerdings bleibt abzuwarten, inwiefern sich die Unternehmenserwartungen nach Bekanntgabe der US-EU-Handelsvereinbarung und weiterer US-Zölle anpassen. Die Kapazitätsauslastung nahm zwar weiter leicht zu, nachdem sie bereits im Vorquartal etwas gestiegen war. Sie befindet sich jedoch weiterhin deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Der Auftragseingang in der Industrie sank im Juni 2025 saisonbereinigt zwar erneut gegenüber dem etwas aufwärtsrevidierten Vormonat. Im Mittel des zweiten Quartals stieg der Auftragseingang aber kräftig. Der Anstieg ging auf Investitionsgüter zurück. Ohne Großaufträge gerechnet erhöhte sich der Auftragseingang jedoch nur geringfügig, nachdem er in den beiden Quartalen zuvor deutlicher gestiegen war. Dabei legte er aus dem Ausland kräftig zu, während er aus dem Inland stark zurückging. In der Tendenz ist der Auftragseingang aus dem Ausland damit, trotz leichter zwischenzeitlicher Rücksetzer, seit einem Jahr aufwärtsgerichtet.

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Schaubild 4.7

in konstanten Preisen, 2021 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

Der private Konsum dürfte im laufenden Quartal schwunglos bleiben. Die Konsumstimmung trübte sich laut Umfragen des Marktforschungsinstituts GfK zuletzt wieder ein. So gingen im Juli die Anschaffungsneigung und die Konjunkturerwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurück, und die Sparneigung nahm zu. Die Einkommenserwartungen besserten sich hingegen weiter. Auf einen schwachen Konsum deuten auch die Umfragen des ifo Instituts hin, denen zufolge die Geschäftslage im Einzelhandel und Gastgewerbe im Juli schlechter eingeschätzt wurde als im Vorquartal. Dagegen kamen wohl von Kraftfahrzeugkäufen positive Impulse. Gemäß Angaben des VDA stiegen die Kraftfahrzeugzulassungen privater Halter im Juli kräftig.

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 19. August 2025, 11:00 Uhr berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2025), Deutschland-Prognose: US-Zölle belasten zunächst, Fiskalpolitik sorgt verzögert für Auftrieb, Monatsbericht, Juni 2025.

Deutsche Bundesbank (2019), Kurzberichte, Monatsbericht, Oktober 2019.

Europäische Zentralbank (2025), The euro area bank lending survey – Second quarter of 2025, Juli 2025.

Gürtzgen, N., M. Popp und A. Commentz (2025), Mindestlohnerhöhungen zum 1. Januar 2026 und 2027: Rund jeder zehnte Job ist von der stufenweisen Anpassung des Mindestlohns betroffen, IAB-Kurzbericht 15/2025.

Statistisches Bundesamt (2025a), Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2025 um 0,1 % niedriger als im Vorquartal, Pressemitteilung Nr. 278 vom 30. Juli 2025.

Statistisches Bundesamt (2025b), Erwerbstätigkeit nahezu unverändert im Juni 2025, Pressemitteilung Nr. 280 vom 31. Juli 2025.

Statistisches Bundesamt (2025c), Mindestlohnerhöhung auf 13,90 Euro betrifft bis zu 6,6 Millionen Jobs, Pressemitteilung Nr. 256 vom 14. Juli 2025.

Öffentliche-Finanzen

1 Staatlicher Gesamthaushalt [1)]

1.1 Finanzpolitik wird expansiv ausgerichtet

Die deutsche Finanzpolitik steht vor einer expansiven Phase, nachdem der Gesetzgeber die Schuldenbremse erheblich gelockert hat. Im laufenden Jahr dürfte das Defizit aber zunächst sinken. [2)] Bund und Länder werden die neuen fiskalischen Spielräume wohl noch recht wenig nutzen können, weil viele Maßnahmen Vorlauf benötigen. Die Ausgaben für Renten, Gesundheit und Pflege wachsen zwar weiterhin stark. Durch die höheren Beitragssätze der Krankenkassen und der Pflegeversicherung legen aber auch deren Einnahmen kräftig zu. Zudem stützt es die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen deutlich, dass die abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien wegfallen und teilweise durch normal belastete Löhne ersetzt werden. Bei den Steuern kommen weitere Sonderentwicklungen hinzu, wie der starke Anstieg des Aufkommens aus der Abgeltungsteuer. Im Ergebnis dürfte die Defizitquote im laufenden Jahr Richtung 2 % sinken (2024: 2,7 %). Die Schuldenquote dürfte etwas steigen (2024: 62,5 %).

Ab 2026 werden Defizit- und Schuldenquote dann deutlich zunehmen.2026 könnte die Defizitquote auf rund 3½ % steigen. 2027 könnte sie sowohl unbereinigt als auch strukturell bei etwa 4 % liegen.

1 **Dieses Kapitel bezieht sich auf Daten der VGR und die Maastricht-Schulden. Die nachfolgenden Kapitel beziehen sich auf die Haushaltsentwicklungen (Finanzstatistik) und -planungen.**

2 Vgl. für weitere Ausführungen zu vorgesehenen Maßnahmen sowie zur jüngsten Fiskalprognose der Bundesbank: Deutsche Bundesbank (2025a, 2025b). Die Perspektiven haben sich demgegenüber nur mäßig geändert. Über aktuelle Entwicklungen informieren auch die nachfolgenden Abschnitte dieses Aufsatzes.

- Durch den Wegfall der stützenden steuerlichen Sonderentwicklungen und durch Steuersenkungen wachsen die Einnahmen deutlich schwächer. Allerdings dürften die Beitragssätze der Sozialversicherungen weiter steigen, um Mehrausgaben für Gesundheit, Pflege und Renten zu finanzieren. Per saldo könnte die strukturelle Abgabenquote (aus Sozialbeiträgen und Steuern) daher bis einschließlich 2027 mehr oder weniger stabil bleiben (Größenordnung 42 %).

- Auf der Ausgabenseite kommen zu den genannten Mehrausgaben bei der Sozialversicherung steigende Aufwendungen für Verteidigung, nicht militärische Investitionen und Subventionen (zum Beispiel bei Entgelten für Stromnetze). Die strukturelle Ausgabenquote lag 2024 mit 49 % bereits hoch, und sie könnte bis 2027 weiter auf 52 % steigen.

- Die Schuldenquote könnte bis Ende 2027 auf 66 % zunehmen.

Für den weiteren Verlauf ab 2028 zeichnet sich bisher kein gesamtstaatlicher Defizitrückgang ab. Die Finanzplanung des Bundes sieht noch deutliche Mehrausgaben für Verteidigung vor (siehe unten stehende Tabelle 5.2: Wichtige Kennzahlen zu den Bundesfinanzen). Abgesehen davon setzt die demografische Entwicklung Sozialausgaben, Beitragssätze und Rentenzuschüsse des Bundes unter Aufwärtsdruck. Die Schuldenquote dürfte zunächst auf einem Aufwärtspfad bleiben. Durch die höheren Schulden und die steigende Durchschnittsverzinsung legen die Zinslasten Schritt für Schritt zu.

1.2 Höhere Defizite nur teilweise auf Infrastruktur und Verteidigung fokussiert

Ein höheres Defizit ist für ein paar Jahre gut verkraftbar. Dauerhaft hohe Defizite und steigende Schuldenquoten wären aber problematisch. Dies würde die künftigen Fiskalspielräume noch stärker einschränken und wäre nicht kompatibel mit den EU-Regeln.

Die Kreditspielräume erweiterte der Gesetzgeber, um die Verteidigungsfähigkeit und die staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz zu stärken. Nun sollen die Spielräume aber in erheblichem Maße anders genutzt werden (siehe Abschnitt „Bundesfinanzen"). Dass mit den erweiterten Spielräumen bestehende Haushaltslücken gestopft oder Projekte jenseits von Verteidigung oder Infrastruktur finanziert werden sollen, veranschaulicht: Es ist offenbar schwer, eigentlich zweckgebundene Verschuldungsspielräume tatsächlich nur zweckgemäß einzusetzen.

Unabhängig davon müssen nach einer Übergangsphase Defizit- und Schuldenquote im weiteren Verlauf wieder sinken, um solide Staatsfinanzen abzusichern. Nicht zuletzt sehen die europäischen Vorgaben vor, die Schuldenquote perspektivisch wieder zum Referenzwert von 60 % zurückführen. Die Verteidigungsausnahme im Rahmen der EU-Regeln endet 2028. Danach ist das Defizit zu senken, um den Aufwärtstrend der Schuldenquote umzukehren.

Die angekündigte Reform der Schuldenbremse lässt sich nutzen, um wieder klare Perspektiven auf solide Staatsfinanzen zu geben und staatliche Investitionen dauerhaft zu schützen. Die Reformvorschläge der Bundesbank zeigen einen Weg auf, der zurück zu einer regelbasierten nationalen Fiskalpolitik führt und die Spielräume für Investitionen erhält.[3)] Dazu steuern sie mit den Kreditgrenzen eine moderate strukturelle gesamtstaatliche Defizitquote von etwa 1 % bis 1½ % an. Dies würde die Schuldenquote wieder auf den EU-Referenzwert von 60 % zurückführen. Die Kreditspielräume sind gemäß den Vorschlägen überwiegend für zusätzliche staatliche Sachinvestitionen reserviert (gemessen am Vergleichswert aus 2024). Weitere Elemente erleichtern eine stetige Haushaltspolitik, ohne die Bindungswirkung der Regeln zu schwächen.

1.3 EU-Regeln: Deutschland hat Plan vorgelegt

Neben den nationalen Fiskalregeln muss Deutschland die neuen europäischen Fiskalregeln beachten. Die Bundesregierung hat diesbezüglich ihren finanzpolitisch-

3 Vgl. zu den Vorschlägen: Deutsche Bundesbank (2025c). Die EU-Regeln dürften für die künftigen Fiskalpläne wohl eine etwas weniger ambitionierte Ausrichtung vorgeben als dort für den ersten Fiskalplan erwartet: Die Anforderungen an das strukturelle Defizit sinken (ceteris paribus), wenn die altersbedingten Ausgabenanstiege zunehmend gegenfinanziert sind.

strukturellen Plan (FSP) vorgelegt[4] und beantragt, die Verteidigungsausnahme (nationale Ausweichklausel) zu nutzen. Die zuständigen europäischen Gremien haben offenbar signalisiert, beidem zuzustimmen (der Exkurs „Wie die EU-Fiskalvorgaben für Deutschland zustande kommen“ ergänzt die folgenden Ausführungen).

Deutschland beantragt mit seinem FSP umfangreiche fiskalische (Ausgaben-) Spielräume, die anfangs einen sehr expansiven Kurs ermöglichen (vgl. unten stehendes Schaubild 5.1). Zu den erheblichen Spielräumen trägt bei, dass der FSP

- den Anpassungszeitraum von vier auf sieben Jahre streckt,
- anfangs ein erhöhtes Wachstum des Produktionspotenzials und des BIP-Deflators unterstellt (gegenüber den Referenzpfaden der Europäischen Kommission),
- zunächst eine Expansion vorsieht und die nötige Konsolidierung in die späteren Jahre verschiebt und
- die Absicherungen (Safeguards) aussetzt, die unter anderem einen Mindestrückgang der Schuldenquote gewährleisten sollen.

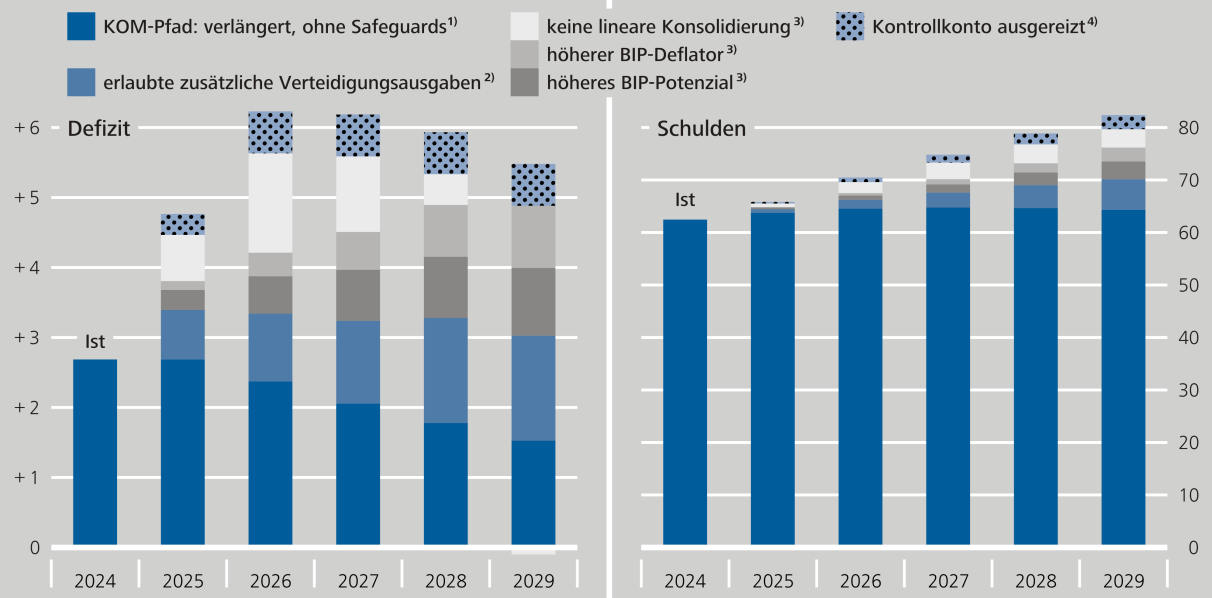
Zudem greift Deutschland auf die Verteidigungsausnahme zurück, wodurch zusätzliche kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben erlaubt sind. Die Verteidigungsausnahme ist dabei (für alle Mitgliedstaaten) so ausgestaltet, dass sie den Ausgabenspielraum nach ihrem Ende 2028 weiterhin erhöht: Die vereinbarten Ausgabenzuwachsraten setzen auf das höhere Ausgabenniveau auf. Im FSP ist die Verteidigungsausnahme noch nicht berücksichtigt, und der FSP enthält auch nicht nachrichtlich ergänzende Angaben zu den „on top“ geplanten Verteidigungsausgaben. Insoweit weist er Defizit- und Schuldenquoten zu niedrig aus.

4 Vgl.: Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2025).

EU-Regeln: Zusätzliche Spielräume beim deutschen Fiskalplan gegenüber dem Pfad der Europäischen Kommission

Schaubild 5.1

in % des BIP



Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Europäische Kommission und eigene Berechnungen. **1** Gemäß Tragfähigkeitsanalyse der Europäischen Kommission (KOM) für einen siebenjährigen Anpassungszeitraum (das heißt Verlängerung von vier auf sieben Jahre und Verzicht auf Safeguards bereits berücksichtigt). **2** Für 2025 bis 2028: Geschätzte Verteidigungsausgaben, die aufgrund der Verteidigungsausnahme zusätzlich erlaubt sind. Für 2029: Spielraum bleibt erhöht, weil das erlaubte Ausgabenwachstum auf erhöhtes Niveau 2028 aufsetzt. **3** Der deutsche Fiskalplan erlaubt zunächst eine fiskalische Expansion (keine lineare Konsolidierung). Zudem erhöht er für 2025 bis 2029 das jährliche Wachstum des BIP-Potenzials auf 0,9 % (KOM: 0,5 %) und das jahresdurchschnittliche Wachstum des BIP-Deflators auf 2,6 % (KOM: 2,2 %). **4** Dargestellt ist der maximal regelkonforme Defiziteffekt durch ein höheres Ausgabenwachstum im Vollzug: Das heißt, es ist ein Ausgabenwachstum unterstellt, das die Schwellenwerte des Kontrollkontos genau einhält.

Deutsche Bundesbank

Angesichts der aktuellen besonderen Herausforderungen ist es nachvollziehbar, dass Deutschland auf die Verteidigungsausnahme zurückgreift. [5)] Im Rahmen der EU-Regeln sind die damit erlaubten zusätzlichen Verteidigungsausgaben angemessen abgegrenzt und zeitlich begrenzt (anders als bei der deutschen Schuldenbremse).

Plausibel ist auch, dass Deutschland den Anpassungszeitraum auf sieben Jahre verlängert. Dies setzt allerdings ein Reformpaket voraus, um die Verlängerung zu rechtfertigen. Wesentliche Teile dieses Pakets sind noch nicht konkret. Es bleibt abzuwarten, ob die Ziele zum Beispiel zu Investitionen, Beschäftigung und Bürokratieabbau erreicht werden. [6)]

5 Vgl. zur Verteidigungsausnahme und zu deren Nutzung im Allgemeinen: Deutsche Bundesbank (2025a), Exkurs „EU-Fiskalregeln: Nationale Ausweichklauseln sollen aktiviert werden“.

6 Vgl. zu den Maßnahmen auch: Deutsche Bundesbank (2025a) und die nachfolgenden Teile dieses Artikels.

An den anderen Stellen werden die Regeln auf kritische Weise gedehnt, um sich deutlich höhere Spielräume zu verschaffen.

- **In der FSP-Laufzeit (2025 bis 2029) sind die Zuwächse von BIP-Potenzial und -Deflator unplausibel hoch veranschlagt:** Sie sind für den FSP mit 0,9 % (durchgängig) beziehungsweise mit 2½ % (durchschnittlich) angesetzt. Dies ist deutlich höher als für die aktuellen Bundesplanungen und als die Annahmen der Europäischen Kommission für ihre Referenzpfade. Zwar erlaubt eine Übergangsbestimmung der EU-Regeln, das Potenzialwachstum zu glätten. Diese Bestimmung so zu nutzen, überzeugt indes nicht.

- **Die Konsolidierung wird (über die Verteidigung hinaus) auf die lange Bank geschoben.** Die geltenden Regeln sehen grundsätzlich eine Konsolidierung in gleichmäßigen jährlichen Schritten vor. Demgegenüber legt der FSP zunächst sogar einen expansiven Kurs an und verlagert die vorgesehene Konsolidierung auf die hinteren Jahre. Die tatsächliche Umsetzung im Haushaltsvollzug obliegt dann bereits der nachfolgenden Bundesregierung. Wenn Regierungen Schritte für solide Staatsfinanzen regelmäßig vertagen, laufen Fiskalregeln ins Leere.

Auf Basis des FSP könnte die Defizitquote zwischenzeitlich regelkonform eine Größenordnung von 6 % erreichen, wenn Deutschland die ausgeweiteten Ausgabenspielräume ausnutzt. Die Schuldenquote könnte dann bis 2029 auf 80 % steigen (vgl. oben stehendes Schaubild 5.1).[7)] Die zusätzlichen (geschätzten) Defizitspielräume aus der Verteidigungsausnahme und den höheren nominalen BIP-Zuwächsen im Vergleich zu den Kommissionsannahmen[8)] bauen sich im Zeitverlauf auf. Die Spielräume aus der verschobenen Konsolidierung sind vorübergehend und 2026 und 2027 am größten. Zusätzliche Defizite sind zudem im Vollzug möglich, soweit sie nicht die Grenzen des Kontrollkontos überschreiten.

7 Sofern eine Defizitquote über 3 % nicht aus zusätzlichen Verteidigungsausgaben resultiert, könnte ein Defizitverfahren starten. Die europäischen Gremien haben dafür zu entscheiden, ob sie ein übermäßiges Defizit feststellen, auch wenn Deutschland die vereinbarten Ausgabengrenzen einhält.

8 Für die Berechnungen zum höheren BIP wird unterstellt, dass Deutschland den Ausgabenspielraum ausschöpft, aber die plausibleren Annahmen der Europäischen Kommission für BIP-Potenzial und -Deflator eintreten.

Insgesamt sind die fiskalischen Spielräume mit FSP und Verteidigungsausnahme so weit gesteckt, dass die aktuellen Bundesplanungen bis 2029 damit kompatibel sein könnten (siehe zu den Planungen: Abschnitt „Bundesfinanzen“). Mit den ursprünglichen Kommissionsansätzen für die EU-Vorgaben wäre die Bundesplanung hingegen nicht vereinbar gewesen – auch nicht mit der Verteidigungsausnahme: Damit regelkonform wären wohl Defizitquoten von in der Spitze 3½ %. Die Schuldenquote würde damit eine Größenordnung von 70 % erreichen.

Exkurs

Wie die EU-Fiskalvorgaben für Deutschland zustande kommen [1)]

Mit dem finanzpolitisch-strukturellen Plan (FSP) und der Verteidigungsausnahme beantragt die Bundesregierung weite Defizit- und Schuldenspielräume im Rahmen der EU-Regeln. Dieser Exkurs erläutert, wie der FSP die Spielräume gegenüber den Berechnungen der Europäischen Kommission (im Folgenden: Kommission) erweitert. Schaubild 5.1 stellt die Ausgangsrechnungen der Kommission sowie diese Zusatzspielräume dar.

Vorbemerkung zu den EU-Vorgaben

Zunächst stellt die Kommission Referenzpfade auf. Referenzpfade enthalten Obergrenzen für das Wachstum der Nettoausgaben [2)], die für ein Land über einen Anpassungszeitraum gelten sollen. Am Ende des Zeitraums soll damit ein Haushaltsziel für den strukturellen Primärsaldo erreicht werden. Vereinfacht gesprochen wird dieses so festgelegt, dass damit unter bestimmten Annahmen in einer Tragfähigkeitsanalyse (DSA) bestimmte Vorgaben erfüllt werden. Grundsätzlich sind mit dem Haushaltsziel auch die Anforderungen aus den sogenannten Absicherungen (Safeguards) erfüllt. Die Safeguards sind Mindestanforderungen an die Entwicklungen der Schuldenquote und des strukturellen Primärsaldos im Anpassungszeitraum. Die Referenzpfade sehen einen Anpassungszeitraum von im Regelfall vier Jahren vor. Dieser kann auf bis zu sieben Jahre verlängert werden, wenn das Land größere Reformen plant.

1 **Die EU-Regeln sind sehr komplex. In diesem Exkurs wird nicht versucht, Regeln und Vorgaben exakt und in allen Einzelheiten zu beschreiben. Vielmehr werden Begriffe, Vorgaben und Methoden vereinfacht dargestellt, soweit sie für die Einordnung des deutschen FSP relevant sind.**

2 Nettoausgaben sind Staatsausgaben abzüglich einiger Ausgabenkategorien und der Aufkommenseffekte diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen.

Ausgehend von den Referenzpfaden legen die Mitgliedstaaten einen FSP vor. Wenn der Rat diesem zustimmt, gilt das Wachstum der Nettoausgaben im FSP als verbindliche Obergrenze. Die Staaten verhandeln ihren FSP zunächst bilateral mit der Kommission. Sie können dabei von den Referenzpfaden abweichen, müssen dies jedoch begründen. Die FSP-Laufzeit erstreckt sich nicht notwendigerweise über den gesamten Anpassungszeitraum, sondern der FSP bildet die ersten vier oder fünf Jahre davon ab.

Mit der Verteidigungsausnahme dürfen die FSP-Obergrenzen in begrenztem Umfang überschritten werden.

- Die Überschreitung für Verteidigung ist zunächst in zweierlei Hinsicht beschränkt: (1) Sie ist auf 1,5 % des BIP pro Jahr gedeckelt, in der Regel im Vergleich zum Ausgabenniveau 2021. (2) Sie gilt nur für Verteidigungsausgaben in der VGR-COFOG-Abgrenzung. Anders als bei der deutschen Schuldenbremse sind die zusätzlich erlaubten kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben damit angemessen abgegrenzt. [3)]

- Die Verteidigungsausnahme ist für die Jahre 2025 bis 2028 aktiviert. Sie erhöht den allgemeinen Defizit- und Ausgabenspielraum (nicht nur für Verteidigungsausgaben) aber nicht nur bis 2028, sondern auch danach: Denn die Vorgaben für die Ausgabenzuwächse setzen ab 2029 auf das Ausgabenniveau 2028 auf, das durch die Verteidigungsausnahme erhöht ist.

- Und einen weiteren Spielraum räumen Kommission und Rat für Länder ein, wenn die Verteidigungsausnahme aktiviert ist: Die Ausgabengrenzen im FSP (ohne Verteidigungsausnahme) müssen dann nicht mehr die Safeguards erfüllen. Das heißt, durch den Rückgriff auf die Verteidigungsausnahme können bis 2028 auch nicht verteidigungsbezogene Ausgaben höher liegen. [4)]

---

3 Die COFOG-Abgrenzung ist enger als die Haushaltsbereiche, auf die sich die verteidigungsbezogene Bereichsausnahme der Schuldenbremse bezieht. Zudem sichert die EU-Verteidigungsausnahme angemessen ab, dass nur zusätzliche Verteidigungsausgaben von den regulären Vorgaben der Fiskalregel ausgenommen sind. Vg zur Bereichsausnahme der Schuldenbremse: Deutsche Bundesbank (2025a), Exkurs „Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten“.

4 Dies ist für Deutschland relevant. Für die meisten anderen Mitgliedstaaten limitieren nicht die Safeguards, sondern die anderen Anforderungen das Ausgabenwachstum. Das liegt unter anderem daran, dass die Safeguards nicht gelten, solange sich ein Staat im Defizitverfahren befindet.

Zur Umsetzung im deutschen FSP

Ausgangspunkt der folgenden Darstellung bildet der Referenzpfad der Kommission für den Standardfall eines vierjährigen Anpassungszeitraums einschließlich Safeguards.

Die Streckung des Anpassungszeitraums auf sieben Jahre und die Nutzung der Verteidigungsausnahme[5] **erweitern die Ausgabenspielräume:**

- **Der siebenjährige Anpassungszeitraum** verringert das angestrebte Haushaltsziel für den strukturellen Primärsaldo[6], und die Konsolidierung wird gestreckt. In den Referenzpfaden der Kommission sinken die jährlichen Konsolidierungsschritte von 0,94 % des BIP für eine vierjährige Anpassungszeit auf 0,46 % bei sieben Jahren. Eine solche Verlängerung setzt ein Paket an Reform- und Investitionszusagen voraus, das verschiedene Kriterien erfüllen muss. Die Regierung hat dafür auf Teile der geplanten oder bereits verabschiedeten Reformen verwiesen.

- **Durch den Wegfall der Safeguards** sinken die Konsolidierungsschritte weiter auf 0,26 % pro Jahr. Deutschland nutzt hier den zusätzlichen Spielraum für Länder mit aktivierter Verteidigungsausnahme (siehe oben).

- **Die Verteidigungsausnahme selbst** erlaubt, die im FSP vereinbarten Grenzen für das Ausgabenwachstum im oben beschriebenen Umfang zu überschreiten.

Schaubild 5.1 zeigt den Defizitspielraum mit verlängertem Anpassungszeitraum und ohne Safeguards als Ausgangsbasis. Damit liegt die Defizitquote unter dem Referenzwert von 3 %. Diese Schaubild-Position („KOM-Pfad“) zeigt die diesbezüglichen Werte, welche die Kommission Deutschland zur Verfügung gestellt hatte.

---

5 In diesem Zusammenhang ist der FSP intransparent oder zumindest missverständlich: Er weist nicht die Defizit- und Schuldeneffekte der Verteidigungsausgaben aus, die durch die Ausnahme zusätzlich erlaubt sind – auch nicht nachrichtlich. Dadurch stellt er Defizite und Schulden erheblich zu günstig dar. Wünschenswert wäre, die Darstellung der Obergrenzen für das Wachstum der Nettoausgaben um alle geplanten Verteidigungsausgaben sowie um die korrespondierenden Defizit- und Schuldenquoten zu ergänzen.

6 Grund dafür ist der starke Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben in den nächsten Jahren. Bei einem siebenjährigen Anpassungszeitraum liegt ein größerer Teil dieses Anstiegs innerhalb des Anpassungszeitraums und muss in diesem gegenfinanziert werden. Deshalb reicht ein niedrigerer struktureller Primärsaldo am Ende der Anpassungszeit aus, um den nötigen Rückgang der Schuldenquote im weiteren Verlauf zu erreichen.

Hinzu kommen geschätzte Effekte der erlaubten zusätzlichen Verteidigungsausgaben. Dadurch erhöht sich die Defizitquote, und sie liegt teils leicht über 3 %. Die Schuldenquote steigt in der Szenario-Rechnung mit zusätzlichen erlaubten Verteidigungsausgaben bis 2029 auf 70 %.

Weitere Abweichungen des FSP vom Referenzpfad der Kommission weiten den Ausgabenspielraum nochmals stark aus:

- **Die Wachstumsraten des BIP-Potenzials für 2025 bis 2029 sind im FSP deutlich höher veranschlagt als im Referenzpfad (durchschnittlich 0,9 % statt 0,5 %).** [7)] Die Bundesregierung nutzt eine Übergangsbestimmung der europäischen Regeln: Demnach dürfen die Mitgliedstaaten für die ersten Pläne „stabilere Zeitreihen" für das Potenzialwachstum verwenden. Dies sollen sie mit wirtschaftlichen Argumenten begründen. Die Regierung begründet sie mit positiven Effekten neuer Maßnahmen auf Investitionen und Kapitalstock und verweist dafür auf aktuellere Abschätzungen. Vergleichsschätzungen für die Potenzialraten mit üblichen Verfahren und ähnlich hohen Werten scheinen nicht vorzuliegen. Zudem enthält die gerade verabschiedete Haushalts- und Finanzplanung des Bundes niedrigere Werte. Demnach wächst das Potenzial von 2025 bis 2029 ebenfalls nur um durchschnittlich 0,5 %. Die Bundesbank schätzt die Potenzialraten in diesen Jahren ähnlich ein. [8)]

- **Die Wachstumsraten des BIP-Deflators sind 2025 bis 2029 deutlich höher veranschlagt als im Referenzpfad (durchschnittlich 2,6 % statt 2,2 %).** Die Bundesbank erwartet gemäß ihrer Deutschland-Prognose für 2026 und 2027 mit Deflator-Raten von gut 2 % ähnliche Raten wie die Kommission. [9)]

7 Im Rahmen der neuen EU-Regeln ergeben sich umso höhere Obergrenzen für die Ausgabenzuwächse, je höher ceteris paribus das unterstellte nominale BIP-Wachstum ist. Das nominale BIP-Wachstum ergibt sich aus Annahmen zum BIP-Potenzial, zum BIP-Deflator und zur Produktionslücke.

8 Bezogen auf den Gesamtzeitraum der DSA erscheinen auch die Potenzialraten, welche die Kommission bei Ermittlung ihrer Referenzpfade unterstellt, sehr ambitioniert: Die Raten liegen im Jahresdurchschnitt bei 0,9 % (2025 bis 2029: 0,5 %, 2030 bis 2041: 1,0 %). Die Bundesbank geht in ihren aktuellen Schätzungen bis 2034 von 0,4 % jährlich aus, wobei hinreichend konkrete Teile der angekündigten Maßnahmen schon berücksichtigt sind. Vgl. insbesondere zum einbezogenen Fiskalpaket: Deutsche Bundesbank (2025b). Weitere Maßnahmen, wie etwa ein geringerer Verwaltungsaufwand und schnellere Prozesse, müssten insoweit sehr hohe Potenzialeffekte haben.

9 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

- **Der FSP vertagt nicht nur die Konsolidierung, sondern erlaubt bis 2026 einschließlich sogar einen expansiven Kurs** (ohne dass dies auf erlaubte zusätzliche Verteidigungsausgaben zurückgeht). Die geforderte Konsolidierung setzt entsprechend später ein und muss dann zudem ambitionierter ausfallen – sie wurde letztlich in die nächste Legislaturperiode verlagert. Die EU-Regeln sehen dagegen grundsätzlich eine lineare Konsolidierung vor. Darüber hinaus muss gemäß den Regeln die kumulierte Konsolidierung in den Jahren des FSP proportional zur gesamten Konsolidierung des (vier- bis siebenjährigen) Anpassungszeitraums sein. Die Länge des FSP ist gemäß den EU-Regeln auf die Länge der Legislaturperiode abzustimmen. Die geforderte Proportionalität erreicht Deutschland allerdings nur, indem es den FSP nicht für vier Jahre entwirft, sondern für fünf.

Mit den letzten drei Abweichungen könnte die Defizitquote zwischenzeitlich regelkonform eine Größenordnung von 6 % erreichen. Die Schuldenquote könnte damit bis 2029 auf etwa 80 % steigen (siehe Schaubild 5.1). Es wird bei diesen Berechnungen unterstellt, dass Deutschland den Ausgabenspielraum ausschöpft, aber die plausibleren Annahmen der Kommission für BIP-Potenzial und -Deflator eintreten.

Die bislang beschriebenen Spielräume beziehen sich auf die Planungen. Weitere Spielräume können im Vollzug entstehen. [10)] Auch dies veranschaulicht das Schaubild 5.1(Position „Kontrollkonto ausgereizt“): Ein Land kann die Obergrenzen im Vollzug begrenzt überschreiten, ohne den Budgeteffekt dieser Verfehlung später korrigieren zu müssen. Dazu führt die Kommission für jedes Land ein Kontrollkonto: Verfehlungen von bis zu 0,3 % des BIP in einem einzelnen Jahr und kumuliert von bis zu 0,6 % lösen keine Korrekturanforderungen aus. Reizt das Land diese Flexibilität voll aus, so können die Defizite ceteris paribus ab dem zweiten Planjahr um 0,6 % des BIP höher liegen als für den FSP angenommen. Denn der erlaubte Ausgabenzuwachs setzt auf der im Vollzug überhöhten Vorjahresbasis auf. Würde Deutschland das Kontrollkonto ausreizen, würde dies die Schuldenquote bis 2029 für sich genommen um 2½ Prozentpunkte erhöhen.

10 Hinzu kommen Spielräume bei der Ex-post-Beurteilung, ob die Regeln eingehalten waren. Vgl. Exkurs „EU-Regeln stringent umsetzen“ für Empfehlungen, um diese Spielräume zu begrenzen.

Die ersten Erfahrungen mit den reformierten EU-Regeln bestätigen, dass sie sehr komplex und wenig transparent sind. Die Regeln lassen sehr viel Gestaltungsfreiraum bei der Herleitung der länderspezifischen fiskalischen Grenzen. Wie dieser Freiraum genutzt wird, ist nur noch sehr schwer zu durchschauen, weil die Regeln komplex und die Informationen nicht leicht zugänglich sind. Ebenso schwer einzuschätzen ist, ob die Planungen eines Landes damit kompatibel sind und wie die Europäische Kommission die Regeleinhaltung konkret bewerten wird. Letzteres eröffnet nochmals etliche Spielräume. Es bleibt unverändert entscheidend, künftig die Pläne und Vorgaben stringent aufzusetzen und zu überwachen. Andernfalls laufen die reformierten EU-Regeln ins Leere und verfehlen ihr Ziel, auf solide Staatsfinanzen hinzuwirken (vgl. Exkurs „EU-Regeln stringent umsetzen“).

Exkurs

EU-Regeln stringent umsetzen

Die bestehenden EU-Fiskalregeln sollten konsequent auf solide Staatsfinanzen ausgerichtet werden. Dies kann durch folgende Maßgaben unterstützt werden:

- **Die Mitgliedstaaten setzen ihre Pläne strikt um – und die Kommission überwacht dies stringent. Entscheidende Aspekte sind hier beispielsweise: i)** in der Haushaltsüberwachung werden die Budgeteffekte einnahmenseitiger Maßnahmen nicht optimistisch eingeschätzt, um so Haushaltsgrenzen einzuhalten; **ii)** stellt die Kommission in der Haushaltsüberwachung Verfehlungen fest, leitet sie tatsächlich die vorgesehenen Verfahrensschritte ein. Das heißt, sie verzichtet darauf, Exkulpationsmöglichkeiten auszureizen, und erhöht den Anpassungsdruck.

- **Künftige Pläne werden unter strikter Einhaltung der bestehenden Regeln aufgestellt: i)** die jetzt aktivierten nationalen Ausweichklauseln werden nicht verlängert. Zwar sind Ausweichklauseln ein wichtiger Bestandteil von Fiskalregeln. Sie dürfen aber kein Dauerzustand sein, da sonst solide Staatsfinanzen gefährdet wären. Deshalb sollte auch die aktuelle Ausweichklausel nur den Übergang zu höheren Verteidigungsausgaben erleichtern. Es ist wichtig, diese wohl strukturell höheren Ausgaben im weiteren Verlauf ohne Kreditaufnahme zu finanzieren. Es gibt keinen Gegensatz von Verteidigungsfähigkeit und soliden Staatsfinanzen. Beides ist nötig, um die Widerstandsfähigkeit eines Landes zu gewährleisten; **ii)** die Absicherungen (Safeguards) gelten wie vereinbart. Das heißt, nach Ende der Ausweichklausel binden auch die sich daraus ergebenden Anforderungen an den Ausgabenpfad wieder. Ohnehin war es sachfremd, mit der Ausweichklausel für Verteidigung auch Spielraum für zusätzliche allgemeine Ausgaben einzuräumen; **iii)** die Ausgabenobergrenzen verteilen die geplanten Anpassungsschritte gleichmäßig. Eine Regierung kann die Konsolidierungsanforderungen nicht aus ihrer Amtszeit hinausschieben; **iv)** die zentralen makroökonomischen Annahmen, wie etwa zum BIP-Potenzial und -Deflator, sind von unabhängiger Stelle als plausibel testiert – auch für jedes einzelne Jahr. Insbesondere bei hohen Schuldenquoten sind die Annahmen eher konservativ.

Die Bindungskraft der Regeln steigt zudem mit mehr Transparenz und weniger Spielraum. Diese lässt sich mit Änderungen an verschiedenen Stellen erreichen, darunter:

- **Die Mitgliedstaaten veröffentlichen den Referenzpfad, sobald sie ihn von der Kommission erhalten.**

- **Die Pläne der Mitgliedstaaten weisen die erwartete Defizit- und Schuldenentwicklung aus.** Sie erläutern, welche Ausgabenspielräume aus welcher Abweichung gegenüber dem Referenzpfad resultieren. Diese Angaben werden bei veränderten Bedingungen aktualisiert (zum Beispiel, wenn die Ausweichklausel nach Planerstellung aktiviert wurde)

- **Die Kommission stellt in einer öffentlichen Datenbank alle Annahmen bereit.** Abrufbar sind die Daten der Kommission und die der Mitgliedstaaten, die in der Herleitung des jeweiligen Anpassungspfades verwendet wurden.

- **Die Kommission aktualisiert die Annahmen bei jeder Haushaltsüberwachung.** Sie stellt nachvollziehbar dar, wie sich Defizit- und Schuldenquoten mit den aktuellen Annahmen entwickeln, wenn der Mitgliedstaat die Ausgabenobergrenzen ausschöpft.

- **Fehlschätzungen werden frühzeitiger korrigiert:** In den laufenden Haushaltsüberwachungen werden auch die Annahmen überprüft, auf denen der Plan beruhte. Die Ausgabenwachstumsgrenzen für die Folgejahre werden bei stärkeren Korrekturen der Annahmen angepasst, mit dem Ziel, Budgeteffekte von Fehleinschätzungen zumindest teilweise zu korrigieren.

- **Das Kontrollkonto wird dauerhaft geführt.** Es wird nicht mit einem neuen FSP auf null gesetzt. Es bleibt bestehen, bis das Haushaltsziel erreicht ist.

2 Steuereinnahmen[9)]

2.1 Dynamischer Zuwachs im ersten Halbjahr 2025 – Abschwächung im weiteren Jahresverlauf

Die Steuereinnahmen wuchsen bis Ende Juni 2025 dynamisch um 8 % (+ 34 Mrd € gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres). Im zweiten Halbjahr dürften sich die Zuwachsraten aber deutlich abschwächen.

- **Die Lohnsteuer** wuchs im ersten Halbjahr um 6 %, auch weil teilweise steuerpflichtige Lohnelemente an die Stelle steuerfreier Entgeltbestandteile (Inflationsausgleichsprämie) traten. In der zweiten Jahreshälfte dürfte dieser Effekt nachlassen.

- **Die Umsatzsteuer** nahm ebenfalls erheblich zu (+ 6½ %). Auch hier sind nun geringere Zuwächse zu erwarten: Zum einen schlugen im Vorjahresvergleich in der ersten Jahreshälfte 2025 noch Rechtsänderungen positiv zu Buche. Insbesondere galt bis Ende März 2024 ein ermäßigter Steuersatz auf Erdgas und Fernwärme. Zum anderen wurden in der zweiten Jahreshälfte 2024 umfangreiche Nachzahlungen vereinnahmt. Solch umfangreiche Nachzahlungen dürften 2025 wohl nicht mehr anfallen.

- **Die Einnahmen aus der Besteuerung von Zins- und Veräußerungserträgen** stiegen kräftig. Ursächlich dürften insbesondere Veräußerungserträge gewesen sein. Im zweiten Halbjahr erwartete die Steuerschätzung hier keinen weiteren Anstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

9 Dieses und die nachfolgenden Kapitel beziehen sich auf die Haushaltsentwicklungen (Finanzstatistik) und -planungen. Diese unterscheiden sich von den VGR-Ausweisen in der vorangegangenen gesamtstaatlichen Betrachtung.

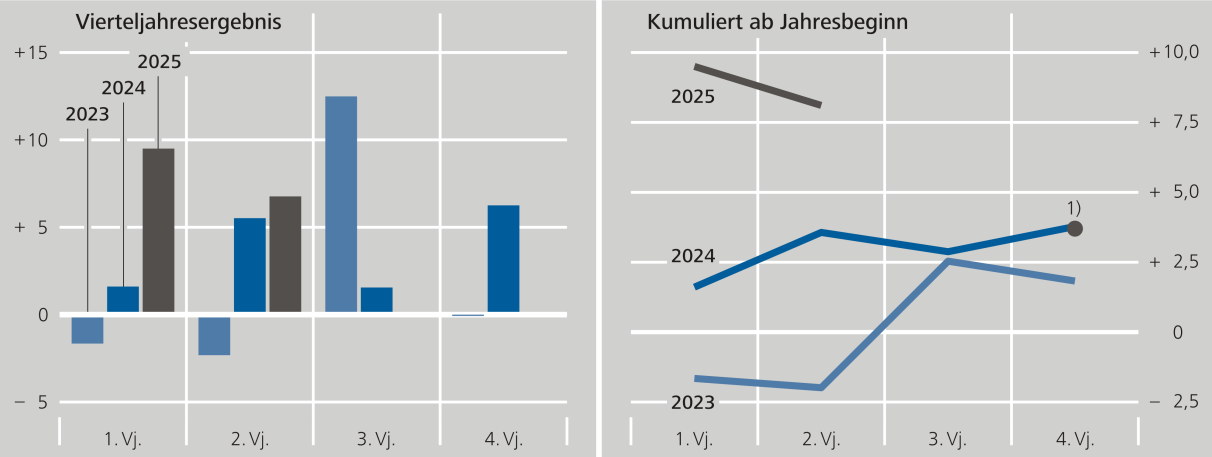
- **Auch die Erbschaftsteuer** trug zum starken Halbjahreszuwachs bei (+ 4 Mrd € gegenüber dem ersten Halbjahr 2024). Entscheidend dafür war offenbar ein einmaliger Effekt in Bayern.

Für das Gesamtjahr 2025 erscheint es aus heutiger Sicht möglich, dass die Steuereinnahmen leicht über der offiziellen Steuerschätzung vom Mai liegen (+ 3½ %, ohne Gemeindesteuern). [10)] Die Schätzung vom Mai enthielt zwar nicht die neu beschlossenen Steuererleichterungen für Unternehmen (vgl. Abschnitt „Steuererleichterungen für Unternehmen“). Aber diese dämpfen das Aufkommen im laufenden Jahr praktisch noch nicht.

Steueraufkommen *)

Schaubild 5.2

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen. * Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschließlich EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. **1** Laut offizieller Steuerschätzung Mai 2025 für das Gesamtjahr.

Deutsche Bundesbank

10 Siehe zur offiziellen Steuerschätzung: Deutsche Bundesbank (2025a), Kapitel „2.1.2 Steuerschätzung erwartet solide Zuwächse bis 2029, Abwärtskorrektur resultiert aus Steuersenkungen und gedämpfter Gewinnentwicklung“.

Tabelle 5.1: Steueraufkommen

Steuerart	1. Halbjahr				Schätzung für 2025 [1]
	2024	2025			
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
			in Mrd €	in %	in %
Steuereinnahmen					
insgesamt [2]	414,0	447,6	+ 33,6	+ 8,1	+ 3,7
darunter:					
Lohnsteuer [3]	119,8	127,1	+ 7,4	+ 6,2	+ 4,4
Gewinnabhängige Steuern	83,6	90,1	+ 6,4	+ 7,7	− 0,7
davon:					
Veranlagte Einkommensteuer [4]	33,9	36,9	+ 3,0	+ 8,8	+ 0,3
Körperschaftsteuer [5]	20,5	19,8	− 0,7	− 3,5	− 10,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	19,4	18,9	− 0,5	− 2,5	− 4,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	9,8	14,5	+ 4,7	+ 47,6	+ 22,0
Steuern vom Umsatz [6]	144,9	154,2	+ 9,4	+ 6,5	+ 3,2
Übrige verbrauchsabhängige Steuern [7]	43,8	48,3	+ 4,5	+ 10,2	+ 7,8

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Arbeitskreis Steuerschätzungen und eigene Berechnungen. **1** Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2025. **2** Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschließlich EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschließlich Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. **3** Kindergeld und Altersvorsorgezulage vom Aufkommen abgesetzt. **4** Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. **5** Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. **6** Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer. **7** Energiesteuer, Versicherungsteuer, Tabaksteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Stromsteuer, Alkoholsteuer, Luftverkehrsteuer, Kaffeesteuer, Schaumweinsteuer, Zwischenerzeugnissteuer, Alkopopsteuer sowie Rennwett- und Lotteriesteuer, Feuerschutzsteuer, Biersteuer.

2.2 Steuererleichterungen für Unternehmen

Der Gesetzgeber hat verschiedene Maßnahmen verabschiedet, um die Investitionsbedingungen für Unternehmen zu verbessern. Die Körperschaftsteuer sinkt demnach ab 2028 schrittweise pro Jahr um 1 Prozentpunkt. Ab 2032 soll der Körperschaftsteuersatz dann 10 % betragen. Für Unternehmensgewinne, die der

Einkommensteuer unterliegen, sinkt die Steuer für einbehaltene Gewinne schrittweise ab 2028. Des Weiteren dürfen Unternehmen bewegliche Wirtschaftsgüter schneller als bisher abschreiben, sofern sie diese bis Ende 2027 anschaffen. Unternehmen können Elektrofahrzeuge zudem sehr rasch abschreiben: im Jahr der Anschaffung bereits drei Viertel. Zudem weitet der Gesetzgeber die steuerliche Forschungsförderung aus.

Die geplanten Maßnahmen sind grundsätzlich geeignet, Investitionen und den Unternehmensstandort attraktiver zu machen. Dass der Körperschaftsteuersatz erst ab 2028 sinkt, legt den Schwerpunkt mit den beschleunigten Abschreibungen zunächst auf die Investitionsförderung. So lassen sich Investitionen noch teilweise unter den höheren Steuersätzen abschreiben, und spätere Gewinne unterliegen den niedrigeren Sätzen. Mit der großzügigeren Forschungszulage steigen die Anreize, in Deutschland in Innovationen zu investieren – bei begrenzten Mindereinnahmen. [11)]

Das Gesetzespaket führt zu deutlichen, teils aber nur temporären Steuerausfällen. In den Jahren 2026 bis 2028 wächst das Steueraufkommen dadurch um ½ Prozentpunkt im Jahresdurchschnitt weniger. Die Mindereinahmen aus der Senkung des Körperschaftsteuersatzes nehmen danach noch deutlich weiter zu. In der Endstufe im Jahr 2032 liegt der Körperschaftsteuersatz 5 Prozentpunkte niedriger als derzeit. Aktuell erbringen 5 Prozentpunkte ein jährliches Aufkommen von 23 Mrd € (inklusive Solidaritätszuschlag, 2½ % des gesamten Steueraufkommens im Jahr 2025). Die beschleunigten Abschreibungen senken die Einnahmen zwar zunächst deutlich: Im Jahr 2028 erreichen die Ausfälle ihre Spitze mit 12½ Mrd €. Ab 2029 nehmen sie wieder ab, und langfristig kompensieren spätere Mehreinnahmen die anfänglichen Mindereinnahmen größtenteils. Denn die steuerlich relevanten Gewinne fallen bei höheren Abschreibungen anfänglich niedriger, später jedoch höher aus. Eine dauerhafte Steuerentlastung für als Kapitalgesellschaften veranlagte Unternehmen folgt aus dem Zusammenspiel von beschleunigten Abschreibungen und niedrigerem Körperschaftsteuersatz.

11 So deutet die empirische Evidenz zumeist darauf hin, dass staatliche Forschungsförderung private Forschung anregt (vgl. zum Beispiel: Bloom et al. (2019)). Santoleri et al. (2024) legen dabei nahe, dass die privaten Erträge der Forschungsförderung die Höhe der staatlichen Förderung übersteigen. Hinzu kämen mögliche positive externe Effekte auf andere Unternehmen oder private Haushalte.

3 Bundesfinanzen

3.1 2025 stark steigende Defizite geplant

Die neue Bundesregierung plant für 2025 mit stark steigenden Defiziten im Kernhaushalt und den Extrahaushalten[12)]**.** Das Gesamtdefizit soll von 49 Mrd € im Jahr 2024 auf 146 Mrd € steigen (siehe für diese und folgende Angaben die Tabelle 5.2, „Wichtige Haushaltskennzahlen des Bundes“, hier Position 1.d). Damit fallen die Bundesdefizite erheblich höher aus als von der vorherigen Bundesregierung im Sommer 2024 geplant (Gesamtdefizit damals etwa 90 Mrd €).

Die hohen Defizite sind möglich, weil der Gesetzgeber die Schuldenbremse im März erheblich gelockert hat.[13)] Mit dem Ziel, die Verteidigungsfähigkeit und die staatliche Investitionstätigkeit zu stärken, erweiterte er die Kreditspielräume: Durch die „Bereichsausnahme Verteidigung“ kann der Bund verteidigungsbezogene Ausgaben oberhalb von 1 % des BIP[14)] nun unbegrenzt im Kernhaushalt aus Krediten finanzieren (zusätzlich stand beim Bundeswehrfonds zu Jahresbeginn noch ein Kreditspielraum von 77 Mrd € zur Verfügung, vgl. Tabelle 5.2, Position 3.b; dieser soll mit offenbar bereits eingegangenen Verpflichtungen bis Ende 2027 aufgebraucht werden). Neu hinzugekommen ist zudem ein Kreditspielraum von 500 Mrd € für das Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität (SV IK), der sich über zwölf Jahre erstreckt.

Das Defizit für das Haushaltsjahr 2025 setzt sich wie folgt zusammen:

12 Einbezogen in die Quartalsberichte sind grundsätzlich die Extrahaushalte, für die der Bund monatliche Kassenergebnisse veröffentlicht. Damit fehlen insbesondere Einheiten wie die Autobahn GmbH oder die zum Staatssektor zählenden Teile der Deutschen Bahn (InfraGO und Regio). Für einige der Einheiten mit monatlichen Kassenergebnissen wie den Wirtschaftsstabilisierungsfonds oder die Pensionsvorsorge-Sondervermögen legt der Bund allerdings keine Planzahlen vor. Damit bleiben diese Einheiten an dieser Stelle ebenfalls unberücksichtigt (vgl. zu deren Gesamtergebnis im Jahr 2024 Ziffer 1.c der Tabelle 5.2).

13 Vgl. zur Lockerung der Schuldenbremse ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2025a), Exkurs „Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten“.

14 Es ist jeweils das BIP aus dem Vorjahr der Erstellung des jeweiligen Haushalts relevant. Da planmäßig sowohl der Haushalt für 2025 als auch für 2026 im laufenden Jahr verabschiedet werden, wird in beiden Fällen das BIP des Jahres 2024 zugrunde gelegt.

- **Mit der Grenze für die Nettokreditaufnahme, die aus der ursprünglichen Schuldenbremse fortbesteht, ist ein Defizit von 50 Mrd € verbunden.** Kreditfinanzierte Defizite sind damit zulässig im Umfang von 15 Mrd € aus der strukturellen Neuverschuldung von 0,35 % des BIP, 18 Mrd € für errechnete konjunkturbedingte Lasten und gut 16 Mrd € für finanzielle Transaktionen (vgl. Tabelle 5.2, Positionen 2.f2, 2.d und 2.e).

- **Hinzu kommt das Defizit aus dem erweiterten verteidigungspolitischen Spielraum: Die Regierung plant, diesen im Kernhaushalt mit einem zusätzlichen Defizit von 32 Mrd € zu nutzen** (vgl. Tabelle 5.2, Position 2.f1). Sie rechnet die Ausgaben des Verteidigungsministeriums, zur militärischen Unterstützung der Ukraine sowie für weitere inländische sicherheitsbezogene Zwecke von insgesamt 75 Mrd € an. Davon zieht sie 43 Mrd € (1 % des BIP von 2024) ab, die innerhalb der regulären Kreditgrenze zu finanzieren sind.

- **Im Bundeswehrfonds ist ein kreditfinanziertes Defizit von 24 Mrd € vorgesehen** (vgl. Tabelle 5.2, Positionen 3.a und 1.b2).

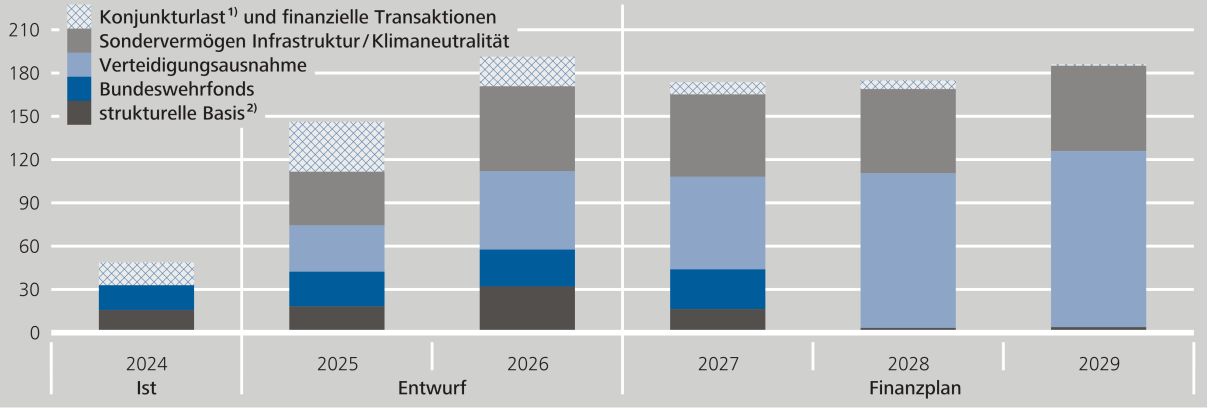
- **Im neuen SV IK ist ein kreditfinanziertes Defizit von 37 Mrd € veranschlagt** (vgl. Tabelle 5.2, Positionen 3.c und 1.b1).

- **Die übrigen Sondervermögen fallen planmäßig weniger stark ins Gewicht** (vgl. Tabelle 5.2, Positionen 1.b3 und 1.b4).

Defizite des Bundes einschließlich Extrahaushalte

Schaubild 5.3

Mrd €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Konjunkturkomponente auf Basis der Frühjahrsprojektion 2025 der Bundesregierung. Defizit aus finanziellen Transaktionen ab 2027 geschätzt. **2** Strukturelle Neuverschuldung von 0,35 % des BIP im Vorjahr der Haushaltsaufstellung zuzüglich Rücklagenentnahmen von Kernhaushalt (2026/27) und insbesondere Klimafonds (2024 bis 2026) abzüglich Tilgungen von Notlagen- und Bundeswehrfonds-Krediten (2028/29: geschätzt jeweils 12,5 Mrd €). Im Ist 2024 auch Überschüsse von Einheiten ohne Planzahlen einbezogen (vor allem Wirtschaftsstabilisierungsfonds).

Deutsche Bundesbank

Tabelle 5.2: Wichtige Kennzahlen zu den Bundesfinanzen*)

in Mrd € (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Position		Ist 2024	2025 E2	2026 E	2027	2028	2029
1.	**Finanzierungssalden** (Überschuss: +, Defizit: -)						
1.a	**Kernhaushalt**	– 25,0	– 81,9	– 99,7	– 87,3	– 116,7	– 127,1
1.b	**Extrahaushalte mit Planzahlen** 1)	– 43,2	– 64,4	– 91,6	– 84,6	– 58,4	– 59,2
	darunter:						
1. b1	Sondervermögen Infrastruktur /Klimaschutz (SV IK)	-	– 37,2	– 58,9	– 57,1	– 58,4	– 59,2
1. b2	Bundeswehrfonds	– 17,2	– 24,1	– 25,5	– 27,5	-	-
1. b3	Klimafonds	– 23,1	– 3,9	– 2,1	.	.	.
1. b4	sonstige 2)	– 3,0	0,8	– 5,2	.	.	.
1.c	**Extrahaushalte ohne Planzahlen** 1) 3)	19,5	-	-	-	-	-
1.d	**Bund insgesamt** (1.a + 1.b + 1.c)	– 48,7	– 146,3	– 191,4	– 171,9	– 175,1	– 186,3
2.	**Für Schuldenbremse relevante Angaben (Kernhaushalt)**						

2.a	Rücklagenzuführung (-)/-entnahme (+) (ab 2027: s)	-	-	9,7	1,0	-	-
2.a-n	*nachrichtlich: Bestand der allgemeinen Rücklage*	10,7	10,7	1,0	-	-	-
2.b	Münzeinnahmen (ab 2027: s)	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
2.c	Nettokreditaufnahme (NKA) (-) /Tilgung (+) (1.a + 2.a + 2.b)	− 24,8	− 81,8	− 89,9	− 88,1	− 116,5	− 126,9
2.d	Konjunkturkomponente im Haushaltsverfahren[5)]	− 20,6	− 18,2	− 12,9	− 8,2	− 3,9	-
2.d-n	*nachrichtlich: Konjunkturkomponente Bundesbank*	1,5	− 6,1	− 5,4	− 3,2	.	.
2.e	Saldo finanzieller Transaktionen (ab 2027: s)[6)]	− 1,4	− 16,4	− 7,6	− 0,3	− 2,1	− 1,1
2.f	Strukturelle NKA (-)/Tilgung (+)[7)] (2.c. – 2.d. – 2.e)	− 8,9	− 47,1	− 69,4	− 79,6	− 110,5	− 125,9
	darunter:						
2.f1	Bereichsausnahme Verteidigung	-	− 32,1	− 54,3	− 64,2	− 107,2	− 122,1
2. f1-n	*nachrichtlich: Zunahme Verteidigung gegenüber Ist 2024[8)] (s)*	-	11	29	39	80	94
2.f2	Strukturelle NKA (-)/Tilgung (+) ohne Bereichsausnahme (2. f – 2.f1)	− 2,8	− 15,1	− 15,1	− 15,4	− 3,3	− 3,8
2.g	Regelgrenze von 0,35 % des BIP [9)]	− 5,9	− 15,1	15,1	− 15,4	− 3,3	− 3,8
2.g-n	*nachrichtlich: Überschreitung (+) /Unterschreitung (-)*	− 3,1	-	-	-	-	-
2.h	Stand des Kontrollkontos[10)]	55,7	55,7	55,7	55,7	55,7	55,7
2.i	Ausstehender Tilgungsbetrag inklusive Bundeswehrfonds (ab 2028: s)[11)]	349,4	373,5	398,9	426,4	413,9	401,4
2.i-n	*nachrichtlich: Ausstehender Tilgungsbetrag aus NGEU-Transfers (s)[12)]*	65	92	118	118	114	111
3.	**NKA Extrahaushalte (außerhalb der Schuldenbremse)**						
3.a	NKA Bundeswehrfonds	− 17,2	− 24,1	− 25,5	− 27,5	-	-
3.b	Danach verbleibende Kreditermächtigung	77,0	52,9	27,5	-	-	-
3.c	NKASV IK	-	− 37,2	− 58,9	− 57,1	− 58,4	− 59,2
3.c-n	*nachrichtlich: Zunahme Infrastrukturinvestitionen gegenüber Ist 2024 [13)]*	-	4,7	17,2	.	.	.
3.e	Danach verbleibende Kreditermächtigung	-	462,8	403,9	346,8	288,4	229,2
	Ergänzende Angaben zum						

4.	**Kernhaushalt**						
4.a	Ausgaben[14)]	465,7	503,0	520,5	507,5	546,4	572,1
	darunter:						
4.a1	Investitionen	-	62,7	56,1	48,6	46,9	46,5
4.a2	Investitionen (ohne finanzielle Transaktionen, ab 2026: s)	50,8	45,4	47,7	46,6	46,4	44,7
4.a3	Investitionen in die Bundesinfrastruktur [13)]	30,9	20,8	23,9	.	.	.
4.a4	Investitionsquote in % (relevant für SV IK)[15)]	11,6	10,0	10,4	10,6	10,6	10,0
4. a4-n	*nachrichtlich: darunter über Bereichsausnahme Verteidigung finanziert*	-	2	3	.	.	.
4.a5	Zinsen	34,2	30,2	30,3	41,3	55,3	66,5
4.a6	Globale Mehr-/Minderausgaben (ab 2027: Handlungsbedarf laut Medien)	-	− 5,7	− 8,4	− 34	− 64	− 74
4.b	Einnahmen [14) 16)]	440,6	421,1	420,8	418,3	429,8	445,1
	darunter:						
4. b1	Steuereinnahmen [17)]	375,0	386,8	383,8	400,6	412,3	423,9
4. b2	aus NGEU	13,5	-	10,6	-	-	-
4. b3	Globale Mehr-/Mindereinnahmen	-	− 1,1	− 4,2	.	.	.

* Quelle: BMF und eigene Berechnungen. Methodische Erläuterungen finden sich in: Deutsche Bundesbank (2016).**1** Einbezogen sind nur Extrahaushalte, für die der Bund monatliche Kassenergebnisse vorlegt. Ausgeschlossen sind damit vor allem Gesellschaften wie die Autobahn GmbH und die Infrastruktur- und Regionalverkehrssparten der Deutschen Bahn AG. Planzahlen gemäß Kredifinanzierungsplan. **2** Vor allem Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Grundschulkinder-Betreuungsfonds und (bis 2024) Digitalisierungsfonds. **3** Vor allem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und Pensionsvorsorge-Sondervermögen. **4** Für das Ist 2024 abweichend vom Ausweis in der Haushaltsrechnung: Ohne Aufschlag für getilgte Notlagenkredite (auch Defizit entsprechend niedriger als dort). **5** Für 2024 gemäß Haushaltsrechnung (Stand März 2025), danach gemäß Frühjahrsprojektion 2025 der Bundesregierung. **6** Ab 2027 so geschätzt, dass die ausgewiesene NKA die Grenze der Schuldenbremse voll ausschöpft; ab 2028 unter Einrechnen einer Tilgung von Notlagenkrediten und Bundeswehrfonds von 12,5 Mrd € p.a. **7** Abweichend von Haushaltsrechnung: mit Konjunkturkomponente gemäß Frühjahrsprojektion 2025, um die strukturelle Entwicklung unverzerrt darzustellen. **8** Ausgabenanstieg im Kernhaushalt ermittelt aus geplantem Anstieg der NATO-Quoten auf 2,4 % in 2025, 2,8 % in 2026 und 3,5 % in 2029 gegenüber gemeldeter Ist-Quote 2024 von 2,0 % unter Abzug des Bundeswehrfonds. **9** Bezogen auf das BIP des Jahres vor Aufstellung des Haushalts (für die Haushaltsentwürfe 2025 und 2026: 2024). In 2024 abzüglich Rückzahlung von Notlagenkrediten von 8,5 Mrd €. Ab 2028: abzüglich 12,5 Mrd € Tilgung von Notlagenkrediten und Bundeswehrfonds (s).**10** Vorjahresstand abzüglich Überschreitung der Regelgrenze (2.g-n), soweit die Ausnahmeklausel nicht gezogen wurde. **11** Vorjahresstand zuzüglich Überschreitung der Regelgrenze (2.g-n), soweit die Ausnahmeklausel gezogen war zuzüglich Betrag der NKA des Bundeswehrfonds (-3.a), ab 2028 abzüglich Tilgungen gemäß Tilgungsplan. **12**NGEU-Planzahlen und Schätzungen (ab 2025), jeweils multipliziert mit dem deutschen Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen von 25 %. Ab 2028 abzüglich eines festen Tilgungsbetrags über 31 Jahre. **13** Investitionen in die Infrastruktur des Bundes, finanziert aus Kernhaushalt und bei 3.c-n auch aus SV IK: alle Sachinvestitionen sowie Investitionszuschüsse an

Bundesunternehmen wie Deutsche Bahn AG und Autobahn GmbH und öffentliche Einrichtungen etwa für den Ausbau des Breitbandnetzes (aus dem Gruppierungsplan: Hauptgruppe 7, Obergruppen 81 und 82, Gruppierungen 891 und 894). **14** Ohne Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen und ohne die in Fußnote 17 genannten Abzugspositionen. **15** Die Bundesregierung sieht die Zusätzlichkeit der kreditfinanzierten Ausgaben des SV IK als gewahrt an, wenn die Planquote mindestens 10 % beträgt. **16** Ohne Münzeinnahmen.**17** Nach Abzug der Bundesergänzungszuweisungen, der Länder-Anteile am Energiesteueraufkommen, des Ausgleichs gemäß Kraftfahrzeugsteuer-Reform 2009 an die Länder und der Sanierungshilfen (an Bremen und das Saarland).

Exkurs

Zusatzschulden nicht auf Verteidigung und Infrastruktur fokussiert

Es ist in der aktuellen Lage nachvollziehbar, die Verteidigungsfähigkeit und die Infrastruktur kreditfinanziert zu stärken. Aber offenbar werden die neuen Verschuldungsmöglichkeiten in erheblichem Maße genutzt, um anderweitige Haushaltsspielräume zu schaffen (vgl. Schaubild 5.4).

Möglich wird dies insbesondere dadurch, dass die Zusätzlichkeitskriterien für Verteidigungs- und Investitionsausgaben bislang nicht geeignet ausgestaltet sind. Weder die Schwellenwerte (10 %-Mindest-Investitionsquote im Kernhaushalt und die „1 %-des-BIP-Schwelle“ für Verteidigungsausgaben) noch die dabei jeweils berücksichtigten Ausgaben sind dafür passgenau. Denn damit kann der Bund umfangreiche Ausgabenpositionen, die er bereits im Haushalt von 2024 aus dem Spielraum der alten Schuldenbremse finanziert hatte, oder Mehrausgaben mit wenig Zielbezug mit zusätzlichen Krediten finanzieren. Dies sind dann aber keine zusätzlichen Ausgaben zur Bewältigung der Herausforderungen (vgl. ausführlicher, wie dadurch konkret Spielräume entstehen: Deutsche Bundesbank (2025a), Exkurs „Gelockerte Schuldenbremse stabilitätswahrend ausgestalten“). Anschaulich wird die anderweitige Nutzung der Verschuldungsmöglichkeiten aber auch an folgenden Beispielen:

- Im Haushaltsentwurf 2025 ist die Mindest-Investitionsquote von 10 % im Kernhaushalt genau erreicht (vgl. Tabelle 5.2, Position 4.a4), und der Bund kann deshalb auf das Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität (SV IK) zugreifen. Bei der Ermittlung der Quote sind im Nenner (bei den Gesamtausgaben) die Ausgaben der Bereichsausnahme Verteidigung abgezogen (dadurch fällt die Quote höher aus). Folgerichtig wäre, die in dieser Bereichsausnahme (insbesondere im Verteidigungsetat) veranschlagten Investitionen auch im Zähler abzuziehen. Dies ist aber nicht vorgesehen. Diese Investitionen sind folglich durch die Bereichsausnahme kreditfinanziert. Weil sie trotzdem in die 10 %-Mindest-Investitionsquote eingehen, entstehen entsprechende Freiräume für andere Zwecke (vgl. Tabelle 5.2, Position 4.a4-n).

- Zudem erscheinen die Planzahlen für Investitionen im Entwurf 2025 überhöht. Nicht zuletzt hat die Regierung einen neuen investiven Vorsorgetitel von 1½ Mrd € eingerichtet. Aus diesem will sie in Vorjahren budgetierte Investitionen finanzieren, die noch nicht abgeflossen waren. Üblich waren bislang niedrigere pauschale Vorsorgen ohne investive Klassifizierung. Um zu verhindern, dass Investitionen mehrfach hintereinander in die Mindestquote eingehen oder diese überhöht geplant werden, sollte hier der Haushaltsabschluss maßgeblich sein.

- Bei den jüngsten Steuersenkungen für Unternehmen forderten die Länder einen Ausgleich für ihre Steuerausfälle. Der Bund sagte ihnen weitere 8 Mrd € aus dem SV IK zu. Die Länder müssen diese Mittel aber nicht für zusätzliche Investitionen verwenden, sondern können dafür bereits reservierte Mittel nun anders einsetzen.

Insgesamt drohen damit die Schulden anzusteigen, ohne Verteidigungsfähigkeit und Infrastruktur im gleichen Maße zu stärken.

- **Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit: Die in die Bereichsausnahme fallenden NATO-Ausgaben dürften gegenüber dem Ist 2024 um etwa 20 Mrd € weniger steigen als die diesbezügliche Kreditaufnahme.** Die geplante Zunahme der NATO-Ausgaben wird hier (pragmatisch) als Maßstab für zusätzliche Verteidigungsausgaben herangezogen. Die NATO-Ausgaben steigen lediglich um etwa 11 Mrd € (nach Abzug der Mehrausgaben des Bundeswehrfonds, die ebenfalls kreditfinanziert werden, vgl. Tabelle 5.2, Position 2.f1-n). Der Bund plant dagegen für die Bereichsausnahme Verteidigung einen zusätzlichen Kreditspielraum von 32 Mrd € (vgl. Tabelle 5.2, Position 2.f1). Davon abzuziehen wären im Übrigen eigentlich auch noch die Einnahmen des Verteidigungsressorts, die sich auf 1½ Mrd € belaufen sollen. Ein solcher Abzug ist bislang offenbar nicht vorgesehen.

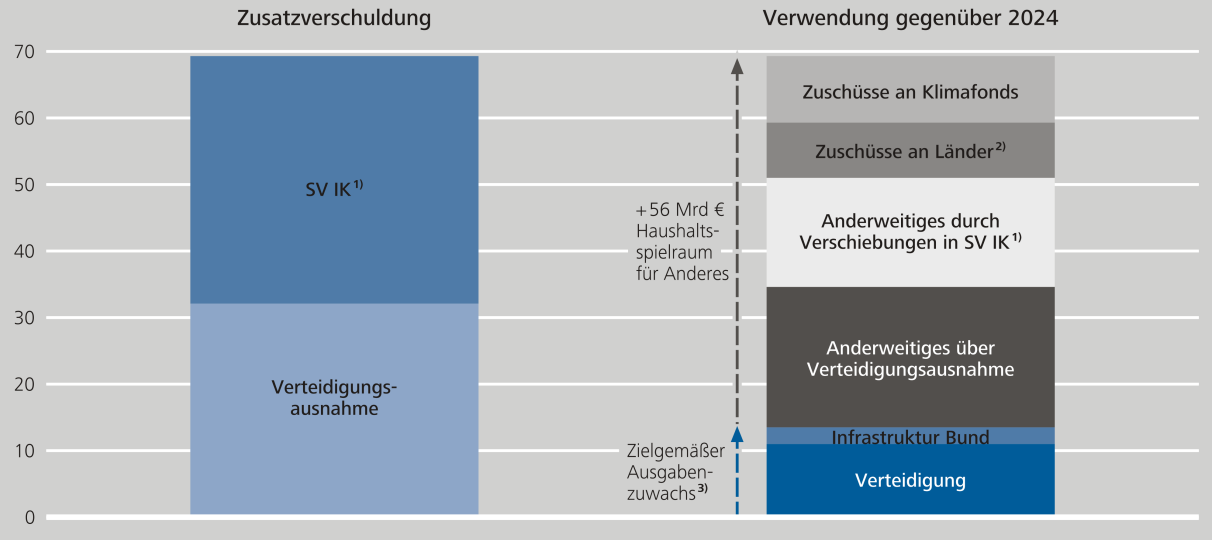
- **Verbesserung der Infrastruktur: Die Differenz zwischen Ausgabenanstieg und Kreditaufnahme dürfte beim SV IK sogar noch größer ausfallen.** Dort soll die Kreditaufnahme 37 Mrd € betragen (vgl. Tabelle 5.2, Position 3.c). Die geplanten investiven Infrastrukturausgaben [1)] des Bundes (Kernhaushalt und SV IK zusammengenommen) steigen gegenüber dem Ergebnis 2024 aber nur leicht um etwa 2½ Mrd € (vgl. Tabelle 5.2, Position 3c-n abzüglich 4a4-n). Die Investitionszuweisungen des Sondervermögens an die Länder (8½ Mrd €) sollen nicht mit der Auflage zusätzlicher Infrastrukturverbesserung verbunden sein. Angesichts beträchtlicher Defizite in den Haushalten von Ländern und Gemeinden ist zu befürchten, dass sie mit den für sie reservierten Mitteln des SV IK stattdessen eher vorhandene Finanzierungslücken schließen. Der Klimafonds erhält vom SV IK 10 Mrd €, ohne dass gewichtige neue Maßnahmen vorgesehen sind, die Infrastruktur stärken oder die Treibhausgasemissionen verringern. Stattdessen ist insbesondere geplant, eine Finanzierungslücke bei der Gasspeicherumlage zu schließen und damit die Preise für den Gasverbrauch zu senken.

1 Als Infrastrukturinvestitionen einbezogen sind hier alle Baumaßnahmen und Erwerbe von Sachvermögen (gemäß Gruppierungsübersicht: Hauptgruppe 7 und Obergruppen 81 und 82) sowie Investitionszuschüsse an Unternehmen des Bundes wie die Deutsche Bahn und die Autobahn GmbH (erfasst über Gruppierungsnummer 891) sowie an öffentliche Einrichtungen etwa zum Ausbau des Mobilfunknetzes (erfasst über Gruppierungsnummer 894). Ausgeklammert sind damit neben den finanziellen Transaktionen (Kapitaleinlagen und Darlehensvergaben, Obergruppen 83 sowie 85 und 86 – in der Rechnung des Bundes ebenso ausgeklammert) auch Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen, Investitionszuschüsse im Rahmen der Entwicklungshilfe, an private Unternehmen sowie andere Gebietskörperschaften (Gruppierungen 87, 896, 892 und 88). Ebenfalls abgezogen wurden Investitionen im Kernhaushalt, die nun über Kredite für die Bereichsausnahme finanziert werden (etwa 2 Mrd €, kein aggregierter Ausweis in den Planungsdokumenten).

Zusatzverschuldung des Bundes 2025 für Verteidigung und Infrastruktur soll anderweitige Haushaltsspielräume schaffen

Schaubild 5.4

Mrd €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Sondervermögen Infrastruktur/Klimaneutralität. **2** Investitionszuschüsse, die keinen Nachweis zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur erfordern (damit kurzfristig vor allem Haushaltsentlastung bei Ländern und Gemeinden angelegt). **3** Gegenüber den 2024 unter der alten Kreditgrenze finanzierten Ausgaben.

Deutsche Bundesbank

Sollen zusätzliche Schulden tatsächlich Verteidigung und Infrastruktur stärken, wäre es folgerichtig, dies deutlich besser abzusichern als bislang geplant. Dazu wären die vorgesehenen Ausführungsbestimmungen für die neuen Kreditspielräume anzupassen. Ein erster Ansatzpunkt wäre, die Bereichsausnahme Verteidigung nur auf Ausgaben oberhalb des Niveaus von 2024 (ohne den Bundeswehrfonds) zu beziehen. Auf die Kredite des SV IK sollten die Gebietskörperschaften nur insoweit zugreifen dürfen, als eine angemessen abgegrenzte Investitionsquote im Ergebnis gegenüber dem Wert von 2024 steigt (vgl. für eine geeignete Abgrenzung beim Bund: Fußnote 13 im Haupttext). Die Gesetze zum Sondervermögen sind noch nicht verabschiedet, und die Haushaltsplanungen können noch angepasst werden. Würden die Schulden nur für zusätzliche Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur eingesetzt, so wären Spielräume für die anderen Ausgaben und Steuererleichterungen im Haushalt zu erwirtschaften – oder es wäre darauf zu verzichten. Dies ist politisch ambitioniert. Es entspräche aber den Zielen, die formuliert wurden, als die Schuldenspielräume stark ausgeweitet wurden.

Die vorstehende Darstellung verdeutlich auch, wie intransparent und wenig nachvollziehbar die Bundesfinanzen mittlerweile sind. Erhebliche Verbesserungen ließen sich bereits erreichen, indem Ausgaben aus Sondervermögen in den Kernhaushalt zurückverlagert, [2)] Kennziffern für die Schuldenbremse leichter nachvollziehbar abgegrenzt und Unterlagen dazu übersichtlich gestaltet werden.

2 Die Verlagerung in Sondervermögen lässt sich auch aus einer operationalen Haushaltsperspektive nicht gut begründen, vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2023).

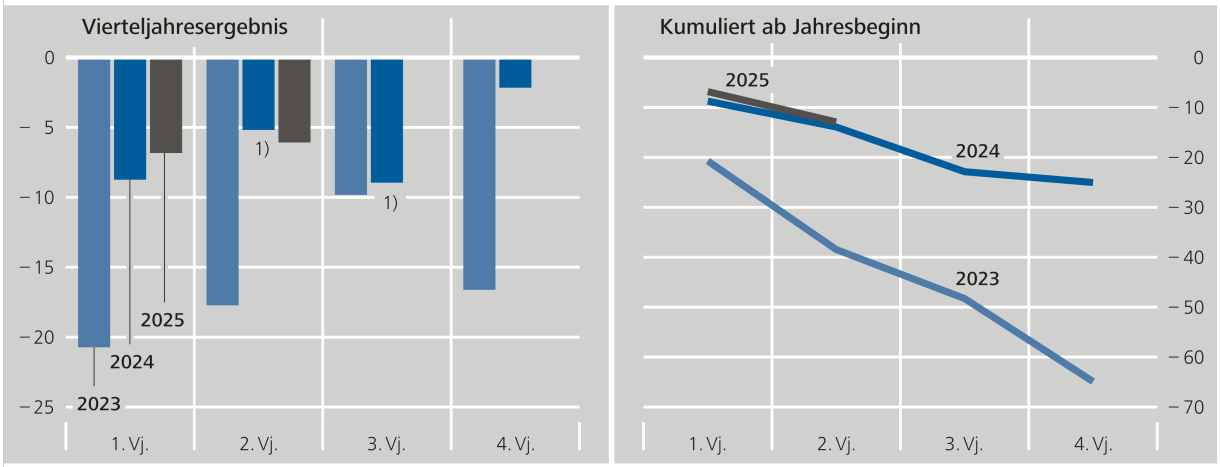
3.2 2025 Defizit wohl niedriger als geplant

Das Defizit des Bundes einschließlich Extrahaushalten fiel im ersten Halbjahr 2025 deutlich niedriger aus als im Vorjahreshalbjahr. Es ging von 27 Mrd € auf knapp 16 Mrd € zurück. Dies resultierte insbesondere aus dynamisch wachsenden Steuereinnahmen. Eine Rolle spielte aber auch, dass der Bund Disagien nun periodengerecht verbucht: Hierdurch sanken die im Haushalt gebuchten Zinsausgaben.

Kernhaushalt des Bundes: Finanzierungssalden*)

Schaubild 5.5

Mrd €



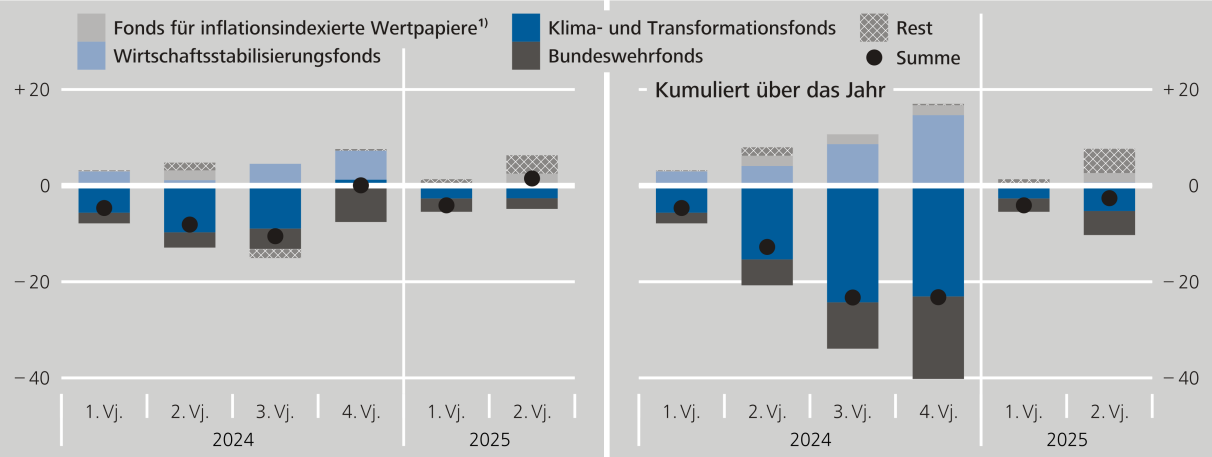
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. * Ohne Extrahaushalte. Ohne Bereinigung um finanzielle Transaktionen, Konjunktureffekte und die im Frühjahr 2025 eingeführte Ausnahme im Verteidigungsbereich. 1 Zinszahlungen gemäß Kassenstatistik des Bundes, Juli-Kupons ab 2024 wieder termingerecht erfasst (2024: 5½ Mrd €).

Deutsche Bundesbank

Finanzierungssalden der Extrahaushalte des Bundes*)

Schaubild 5.6

Mrd €, Vierteljahresergebnis



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. * Nur kameralistisch buchende Einheiten, das heißt insbesondere ohne die Bad Bank FMS Wertmanagement und zusätzlich ohne den kameralistisch buchenden SoFFin, soweit dessen Defizite Schulden der Bad Bank refinanzierten. 1 Vorsorgefonds für Schlusszahlungen inflationsindexierter Bundeswertpapiere.

Deutsche Bundesbank

Im Kernhaushalt dürfte das Defizit zwar in der zweiten Jahreshälfte deutlich höher ausfallen als im Vorjahr. Den Vorjahressaldo hatten EU-Mittel aus dem Fonds Next Generation EU(NGEU) von fast 14 Mrd € (vgl. Tabelle 5.2, Position 4.b2) und Rückzahlungen von Krisenhilfen-Transfers von 8½ Mrd € entlastet. Diesbezügliche Einnahmen dürften im laufenden Jahr weniger stark ins Gewicht fallen. Zudem dürfte sich der Zuwachs des Steueraufkommens deutlich abschwächen, und weiter steigende Ausgaben dürften belastend auf das Defizit durchschlagen.

Im Gesamtjahr dürfte das Defizit im Kernhaushalt dennoch erheblich unter den eingeplanten 82 Mrd € bleiben. Die Steuereinnahmen könnten sich günstiger entwickeln als geplant. Zudem scheint für ausgabenseitige Belastungen im Haushaltsentwurf gut vorgesorgt. So könnten insbesondere die Verteidigungsausgaben weniger stark steigen. Auch die Ansätze etwa für das Personal und die Investitionen scheinen hoch: sowohl gemessen am Halbjahresergebnis als auch am Vorjahresergebnis.

Auch bei den Extrahaushalten dürfte das Defizit deutlich niedriger ausfallen als geplant (64 Mrd €). [15)] Im ersten Halbjahr lag es bei 2½ Mrd €. Beim Bundeswehrfonds gingen die Ausgaben und damit das Defizit sogar etwas zurück. Die geplante Defizitzunahme um 7 Mrd € im Gesamtjahr ist insoweit nicht angelegt. Beim SV IK ist nicht absehbar, dass nach dessen Errichtung bis zum Jahresende die veranschlagten 37 Mrd € vollständig abfließen. Zudem gehen von den Gesamtmitteln 10 Mrd € an den Klimafonds, womit das Defizit dort geringer als geplant ausfallen könnte.

3.3 2026 weiterer deutlicher Defizitanstieg geplant

Für das nächste Jahr plant die Bundesregierung einen weiteren deutlichen Defizitanstieg auf insgesamt 191 Mrd € (vgl. Tabelle 5.2, Position 1.d). Das Plus von 45 Mrd € gegenüber den Planungen 2025 geht sowohl auf den Kern- als auch die Extrahaushalte zurück.

Das Defizit im Kernhaushalt soll gegenüber der Planung für das laufende Jahr um weitere 18 Mrd € auf 100 Mrd € zunehmen. Die Einnahmen gehen leicht zurück. Die Steuereinnahmen sinken dabei um 3 Mrd € gegenüber dem Planwert für 2025. So erwartet der Bund stark steigende Abführungen an den EU-Haushalt, und er plant Steuersenkungen. Entlastend wirkt dagegen, dass 2026 aus dem EU-Fonds NGEU fast 11 Mrd € zufließen sollen: Durch einen verzögerten Teilabruf werden die Mittel nicht mehr 2025 vereinnahmt. Auf der Ausgabenseite veranschlagt der Bund einen Zuwachs um 3½ % (+ 17½ Mrd €). Ursächlich sind wachsende Ausgaben in der Bereichsausnahme Verteidigung (+ 22 Mrd €). Dies ermöglicht insoweit auch eine stärkere Kreditfinanzierung. Dagegen plant der Bund mit einem deutlich geringeren Nettoerwerb von Finanzvermögen als im laufenden Jahr: Er will der Deutschen Bahn kein zusätzliches Eigenkapital und auch keine Darlehen zum Ablösen höher verzinslicher Kredite des Unternehmens mehr zur Verfügung stellen. [16)] Stattdessen soll sie ab 2026 zusätzliche Investitionszuschüsse vom SV IK erhalten.

15 Wie üblich fehlen im Haushaltsentwurf Planzahlen für einige Sondervermögen, bei denen ein Überschuss zu erwarten ist. Dies betrifft den Wirtschaftsstabilisierungsfonds und die Pensionsvorsorge-Sondervermögen. Im Vorjahr erzielten diese Einheiten einen Überschuss von fast 20 Mrd €. Im laufenden Jahr dürfte der Überschuss wegen rückläufiger Rückzahlungen von Hilfsdarlehen an den Wirtschaftsstabilisierungsfonds deutlich niedriger ausfallen.

16 Die Eigenkapitalerhöhungen werden als finanzielle Transaktion nicht auf die Kreditgrenze der Schuldenbremse angerechnet.

Im Hinblick auf die Schuldenbremse setzt sich das geplante Defizit des Kernhaushalts von 100 Mrd € wie folgt zusammen:

- **Aus der alten Grenze für die Nettokreditaufnahme leitet die Regierung in der Planung einen Defizitspielraum von gut 45 Mrd € ab.** Davon entfallen 15 Mrd € auf die zulässige strukturelle Kreditaufnahme von 0,35 % des BIP, 13 Mrd € auf konjunkturbedingte Belastungen, 7½ Mrd € auf den Erwerb von Finanzvermögen und fast 10 Mrd € auf die Entnahme aus der verbliebenen Rücklage.

- **Den neuen verteidigungspolitischen Defizitspielraum im Kernhaushalt schöpft die Regierung mit gut 54 Mrd € aus.** Ausgangspunkt sind die Ausgaben im Verteidigungsministerium, zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine sowie für weitere inländische sicherheitsbezogene Zwecke. Zusammen belaufen sie sich auf 97 Mrd €. Davon sind 1 % des BIP abzuziehen (43 Mrd €).

Insgesamt könnte der Kernhaushalt aus heutiger Sicht auch im kommenden Jahr besser abschließen als im Entwurf veranschlagt. Die Haushaltsansätze scheinen teilweise betont vorsichtig. Dies gilt insbesondere für die Abführungen an die EU (auch bei Gegenrechnen der veranschlagten globalen Mehreinnahme von 4 Mrd €) und die Verteidigungsausgaben. Zudem scheinen die Ansätze für die Investitionen und die Personalausgaben teilweise recht hoch dotiert.

Bei den Extrahaushalten für 2026 plant die Regierung weiterhin ein deutlich steigendes Gesamtdefizit. Ausschlaggebend sind die Ansätze beim SV IK.

- **SV IK:** Das Defizit soll von 37 Mrd € im laufenden Jahr auf 59 Mrd € steigen. Zu Buche schlägt dabei mit insgesamt 6 Mrd €, dass das SV IK Ausgaben vom Klimafonds übernimmt. Dies betrifft neben der Förderung von Mikroelektronik (Investitionszuschüsse an private Unternehmen) auch die Förderung des Ausbaus von Wärmenetzen (Investitionszuschüsse an andere staatliche Haushalte). Die übrigen zusätzlichen Ausgaben sind überwiegend für den Bund eingeplant. Ein Großteil ist für höhere Investitionszuschüsse an die Bahn vorgesehen. Diese ersetzen im Wesentlichen zuvor aus dem Kernhaushalt kreditfinanzierte Eigenkapitaleinlagen.[17)] Anders als im laufenden Jahr ist damit für 2026 ein merklicher Anstieg der Infrastrukturinvestitionen vorgesehen (Kernhaushalt und SV IKzusammen, vgl. Tabelle 5.2, Position 3c-n abzüglich 4a4-n)). Allerdings bleibt abzuwarten, ob der Bund diesen angesichts der kurzen Vorlaufzeit wirklich erreicht. Dazu schiene es nötig, zügig die Planungs- und Genehmigungsprozesse für solche Maßnahmen deutlich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

- **Bundeswehrfonds:** Das Defizit soll um 1½ Mrd € auf fast 26 Mrd € steigen. Der Planwert schöpft damit knapp die Hälfte des Kreditspielraums aus, der planmäßig Ende 2025 verbleibt. Neben militärischen Beschaffungen sind auch 1 Mrd € für Zinsausgaben auf die bislang aufgelaufenen Schulden des Fonds veranschlagt.

- **Klimafonds:** Beim Klimafonds halbiert sich das geplante Defizit auf 2 Mrd €. Die verbliebene Rücklage soll diese Finanzierungslücke decken. Gegenüber dem laufenden Jahr treten bei den Ausgaben 6½ Mrd € für die Subventionierung der Strom-Netzentgelte hinzu. Dagegen entfällt eine Ausgabe zum Ausgleich der Gasspeicherumlage von 3½ Mrd €. Auch die Zuschüsse für energieeffiziente Gebäude sollen deutlich sinken. Ausgaben zur Förderung der Mikroelektronik und zur Förderung von Wärmenetzen will die Regierung in das SV IK verlagern. Die Einnahmen aus dem SV IK bleiben stabil bei 10 Mrd €, und auch die Einnahmen aus Zertifikaten, die zu Emissionen von Treibhausgasen berechtigen, sollen kaum zulegen.

17 Indem der Bund der Bahn Investitionszuschüsse statt Eigenkapital zur Verfügung stellt, entlastet er die Erfolgsrechnung der Bahn: Auf die Zuschüsse muss die Bahn keine Erträge zum Ausgleich von Abschreibungen und keine Renditen erwirtschaften. Anders als bei Kapitaleinlagen entsteht folglich kein weiterer Druck zu höheren Trassenpreisen für die Nutzung des Schienennetzes.

- **Fonds für inflationsindexierte Bundeswertpapiere:** Im Jahr 2026 plant der Bund ein Defizit von 5 Mrd €, nach einem Überschuss von 2 Mrd €2025. Nächstes Jahr steht nämlich die Tilgung eines inflationsindexierten Bundeswertpapiers an. [18)]

3.4 Finanzplanung bis 2029 mit hohen Defiziten und zusätzlich hohen Handlungsbedarfen

Bis zum Endjahr 2029 sieht die Finanzplanung der Regierung sehr hohe Defizite vor. Für Kernhaushalt und Extrahaushalte zusammen soll das Defizit im Endjahr 186 Mrd € betragen. Das strukturelle Defizit des Bundes wächst dabei schrittweise auf fast 4 % des BIP. Insgesamt plant die Regierung in den Jahren von 2025 bis 2029 eine Nettokreditaufnahme des Bundes einschließlich der Sondervermögen in einer Größenordnung von 850 Mrd €, ausgehend von einem Schuldenstand von rund 1 730 Mrd € Ende 2024. In Relation zum BIP würden die Schulden des Bundes von etwa 40 % auf 52 % steigen.

Im Kernhaushalt wachsen die Gesamteinnahmen bis 2029 nur verhalten.

- In struktureller Betrachtung steigen die Steuereinnahmen nur um 2 %, wobei Steuersenkungen dämpfen. Der nominale Zuwachs ist höher. Er gleicht zum Teil aber den Rückgang der 2026 noch recht hohen Konjunkturlast aus.

- Die Einnahmen werden dadurch gedämpft, dass hohe temporäre Zuflüsse aus NGEU aus dem Jahr 2026 danach entfallen (fast 11 Mrd €).

Der starke Defizitanstieg im Kernhaushalt liegt an den zunehmenden Verteidigungsausgaben, die nicht mehr der Schuldenbremse unterliegen.

18 Zudem will der Bund die Zuweisungen für das Jahr 2026 einmalig um den Betrag kürzen, den er für seinen gesamten Eigenbestand vorsorglich in den Vorjahren eingezahlt hatte. Damit entfällt die regelmäßige Bundeszahlung, und der Fonds soll per saldo knapp ½ Mrd € an den Kernhaushalt zurückzahlen. So wird der Kernhaushalt einmalig um 2 Mrd € entlastet.

Die (strukturellen) Gesamtausgaben ohne die Verteidigungsausgaben nehmen dagegen bis 2029 nicht zu. Dabei steigen die Ausgabenlasten im Ressort Arbeit und Soziales sowie für den Schuldendienst stark an. Bei der Rentenversicherung schlagen sich die geplanten Leistungsausweitungen zulasten der Bundeskasse nieder (Ausweitung „Mütterrente“ und Verlängerung der Haltelinie von 48 % für das Versorgungsniveau, vgl. Abschnitt „Rentenpolitische Vorhaben belasten Bundeshaushalt“). Abgesehen davon sind die Bundeszuschüsse weitgehend an die Zuwächse der Bruttolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer und des Rentenbeitragssatzes gekoppelt. Der Beitragssatz steigt vor Ende dieses Jahrzehnts stark. Bei den Zinsausgaben (vgl. Tabelle 5.2, Position 4.a5) wirken mehrere belastende Faktoren. So schlägt sich die hohe Neuverschuldung zunehmend nieder. Zusätzlich belastet der Schuldendienst des Bundeswehrfonds ab 2028 den Kernhaushalt: Zuvor deckte der Bund diese Lasten aus dem Kreditrahmen des Fonds, der dann aber verbraucht ist. Darüber hinaus steigen die Durchschnittszinsen, da noch immer lang laufende Schuldtitel aus der Niedrigzinsphase zu refinanzieren sind. Schließlich setzen umfangreiche Tilgungsverpflichtungen für Notlagenkredite ein, die der Bund zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie aufgenommen hatte.

Insgesamt ergibt sich daraus für den Kernhaushalt ab 2027 ein stark wachsender Handlungsbedarf, um die Schuldenbremse einzuhalten. Dieser ist noch zu erwirtschaften, um die bereits sehr hohen Plandefizite nicht noch zu überschreiten. Im Endjahr 2029 soll er rund 74 Mrd € betragen (vgl. Tabelle 5.2, Position 4.a6). Dieser Betrag insgesamt entspricht etwa 17 % der veranschlagten Steuereinnahmen. Ausgabenseitig wäre sogar eine noch stärkere Kürzung nötig, insbesondere weil Anpassungen der Verteidigungsausgaben lediglich die Kreditspielräume in der Bereichsausnahme beeinflussen würden und einige Ausgaben wie die Zinsen nicht disponibel sind.

Es scheint kaum vorstellbar, diesen Handlungsbedarf auch nur annähernd durch eine strukturelle Beschleunigung des BIP-Wachstums aufzufangen.[19] Eine vorsichtige Finanzplanung sollte einen Weg zu soliden Finanzen aufzeigen, der nicht auf optimistischen Wachstumsannahmen basiert. Die Bundesregierung ist jedenfalls wegen des Handlungsbedarfs in ihrem Finanzplan bis 2029 gefordert, ihren Haushaltskurs im weiteren Verlauf deutlich anzupassen.

Unabhängig vom Handlungsbedarf in den Planungen ist der erweiterte Kreditspielraum nicht nachhaltig und längerfristig nicht kompatibel mit den EU-Regeln. Es erscheint nicht nachhaltig und auch ökonomisch nicht gut begründet, umfangreiche Verteidigungsausgaben längerfristig von der Kreditgrenze auszunehmen. Im Zuge dessen würde die Schuldenquote weiter steigen und der wachsende Schuldendienst die Haushaltsspielräume zunehmend verengen. Gleichzeitig belasten die demografischen Herausforderungen die Staatsfinanzen immer stärker. Als ein zentraler Stabilitätsanker der Währungsunion ist Deutschland zudem besonders gefordert, die Fiskalregeln der EU einzuhalten, ohne sie übermäßig zu dehnen. Der Kreditrahmen der gegenwärtigen Schuldenbremse ist offensichtlich dafür zu weit. Zwar zeichnen sich für die Jahre bis 2029 EU-Vorgaben ab, die mit den aktuellen Planungen zum Bund kompatibel sein könnten (vgl. Abschnitt „EU-Regeln: Deutschland hat Plan vorgelegt“). Im weiteren Verlauf erfordern die EU-Regeln aber deutlich geringere Defizite als die Vorgaben Schuldenbremse sowie eine wieder sinkende Schuldenquote.

19 Um den Handlungsbedarf durch Wirtschaftswachstum zu verringern, muss das BIP-Potenzial steigen. Die Planungen stellen zwar eine expansive Finanzpolitik in Aussicht. Bislang sind die voraussichtlichen Effekte auf das BIP-Potenzial aber ungewiss beziehungsweise erscheinen nicht sehr groß. Die Unterlagen zur Bundesplanun vermitteln irreführend den Eindruck, dass sich der Handlungsbedarf durch eine rein konjunkturelle Erholung verringern lässt. Zudem ist mit Blick auf die staatlichen Budgets zu berücksichtigen, dass viele staatliche Ausgaben indirekt mit der Wirtschaftsentwicklung verbunden sind. Steigen etwa die Löhne im Zuge einer erhöhten Produktivität stärker, so gilt dies im Allgemeinen auch für die Bundeszuschüsse zur Rente und die staatlichen Personalausgaben.

Deswegen ist es wichtig, die nationalen Fiskalregeln wieder auf solide Staatsfinanzen auszurichten. Die angekündigte weitere Reform der Schuldenbremse bietet dazu die Gelegenheit. [20] Die weitere Reform würde zu kurz greifen, wenn sie im Wesentlichen einen Anschluss für das befristete SV IK schafft. Vielmehr muss es auch darum gehen, die Kreditfinanzierung perspektivisch wieder auf ein tragbares Niveau zu begrenzen. Dazu wäre der Schwellenwert von 1 % des BIP, ab dem Verteidigungsausgaben kreditfinanziert werden dürfen, sukzessive zu erhöhen und schließlich gänzlich auslaufen zu lassen. Die Vorschläge der Bundesbank von Anfang März erscheinen weiter gut geeignet, um die Schuldenbremse weiterzuentwickeln. [21]

20 Eine Expertenkommission entwickelt derzeit Reformvorschläge, vgl.: Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2025).

21 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025c).

4 Länderhaushalte

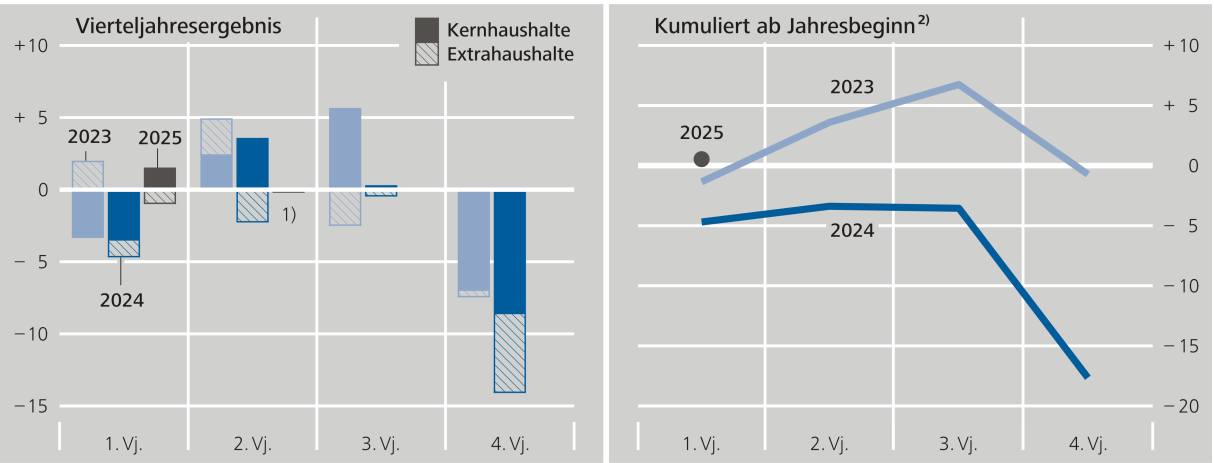
Die Länderhaushalte könnten in diesem Jahr besser abschließen als im Vorjahr. Das vergangene Jahr beendeten sie mit einem Defizit von 18 Mrd € (Kernhaushalte und Extrahaushalte). Die unterjährigen Länderergebnisse für das laufende Jahr sind wie üblich schwer zu interpretieren, deuten aber bereits auf eine Verbesserung hin. Während die Kernhaushalte das erste Halbjahr 2024 ausgeglichen abgeschlossen hatten, wiesen sie im ersten Halbjahr 2025 einen Überschuss von 1½ Mrd € aus. Die Extrahaushalte verbesserten ihr Ergebnis im ersten Quartal ebenfalls leicht (Angaben zum zweiten Quartal liegen noch nicht vor). Auch im weiteren Jahresverlauf scheint bei den Ländern insgesamt eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr möglich. Zwar dürften die Steuereinnahmen im zweiten Halbjahr langsamer wachsen als im ersten Halbjahr. Andererseits entfallen in der zweiten Jahreshälfte erhebliche defiziterhöhende Sonderfaktoren aus dem Vorjahr.[22)] Zudem beabsichtigt der Bund, den Ländern im weiteren Jahresverlauf die ersten 8½ Mrd € aus dem SV IK zu überweisen. Diese dürften die Länder zum Teil an die Gemeinden weiterleiten und zum Teil für eigene neue Vorhaben verwenden. Ein Teil dürfte aber auch ihr Defizit senken, denn neue Vorhaben können sie kurzfristig wohl allenfalls in kleinerem Umfang umsetzen. Aus diesem

22 So gab es im Vorjahr bei den Investitionen gewichtige finanzielle Transaktionen von rund 10 Mrd €, die größtenteils Einmaleffekte in Form von Beteiligungserwerben waren (vgl.: Deutsche Bundesbank (2025a), Kapitel „2.3 Länderfinanzen“).

Grund dürften sie auch die neuen strukturellen Verschuldungsspielräume von 0,35 % des BIP (rund 15 Mrd €)[23] kurzfristig kaum für neue Vorhaben nutzen können. Die höheren Spielräume dürften wohl vor allem ohnehin angelegte defizitäre Entwicklungen decken[24] oder zusätzliche Rücklagen ermöglichen.[25]

Finanzierungssalden der Länder Schaubild 5.7

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Berechnet mit Angaben der monatlichen Kassenstatistik des Bundesministeriums der Finanzen zu den Kernhaushalten. Quartalsdaten, die auch Daten zu den Extrahaushalten umfassen, liegen noch nicht vor. **2** Kern- und Extrahaushalte zusammen.

Deutsche Bundesbank

23 Wie bislang können die Länder dabei Konjunktureinflüsse und finanzielle Transaktionen herausrechnen. Insofern können die jeweiligen Schuldenbremsen der Länder vom Prinzip her unverändert bleiben – bei nunmehr höheren Neuverschuldungsmöglichkeiten.

24 Beispielsweise beschloss in Schleswig-Holstein der Landtag einen ersten Nachtragshaushalt 2025 (vgl.: Landtag Schleswig-Holstein (2025)). Bisher plante das Land mit einem Notlagenkredit, auf den die Regierung nun verzichtet. Sie kündigte zudem für den Herbst einen zweiten Nachtragshaushalt an: Damit will sie eine Finanzierungslücke aus dem Haushalt 2024 insbesondere über die neue strukturelle Verschuldungsmöglichkeit ab 2025 schließen (vgl.: dpa (2025)). Die Lücke hatte sich nachträglich durch ein Urteil des Landesverfassungsgerichts geöffnet: Das Gericht hatte Teile des Landeshaushalts 2024 für nichtig erklärt (vgl.: Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht (2025)).

25 Werden Rücklagen im Kernhaushalt gebildet, beeinflusst dies nicht das für die EU-Regeln maßgebliche VGR-Defizit (den Finanzierungssaldo). Dies gilt auch, wenn die Länder Zuführungen an Extrahaushalte vornehmen und dort die Mittel zurücklegen: Bei der gesamtheitlichen Betrachtung der Kern- und Extrahaushalte wird dies konsolidiert.

Die Länder erhalten auch in den kommenden Jahren zusätzliche Haushaltsspielräume aus Zuschüssen des SV IK und höheren eigenen Verschuldungsmöglichkeiten (0,35 % des BIP). Bisher zeichnet sich nicht ab, dass sie damit maßgeblich ihre Investitionen stärken. Länder und Gemeinden sind rechtlich nicht verpflichtet, ihre Anteile am SV IK ausschließlich für zusätzliche Investitionen einzusetzen. Darauf haben einige Länder offenbar in den Verhandlungen zur Gesetzgebung explizit Wert gelegt. Insofern ist nicht auszuschließen, dass die Herausforderungen, die bei der Infrastruktur bestehen, nicht zügig und nachdrücklich angegangen werden. Es wäre daher wie auch für den Bund empfehlenswert, die Zusätzlichkeit der Mittel des SV IK im weiteren Verlauf besser abzusichern.

Mit der umfassenderen Verschuldungsmöglichkeit der Länder gehen wohl höhere Länderschulden einher, die künftige Fiskalspielräume einengen und die Wahrscheinlichkeit von Schieflagen erhöhen. Dies ist vor allem für Länder kritisch, die wie Bremen oder das Saarland ohnehin bereits eine überhöhte Verschuldung aufweisen. Insgesamt steigen mit dem eigenen neuen Verschuldungsspielraum Überlastungsgefahren in den Ländern. Um Schieflagen frühzeitig zu erkennen, ist eine effektive Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat noch wichtiger. Entsprechend dringlich sind transparente Länderfinanzen. [26)]

26 Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2024a), Kapitel „5 Ausblick auf 2024 und ausgewählte finanzpolitische Erwägungen“.

5 Rentenversicherung

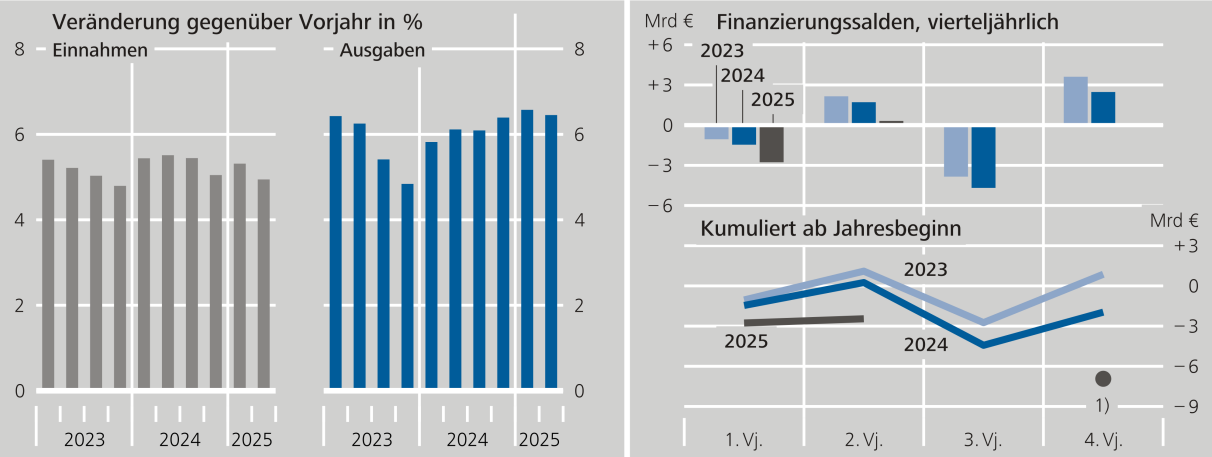
5.1 Ausblick auf 2025 und 2026

Die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) dürfte sich 2025 deutlich verschlechtern, und es ist mit einem erheblichen Defizit zu rechnen (2024: Defizit fast 1 Mrd €). Bereits im ersten Halbjahr 2025 verbuchte die GRV ein Defizit von 2½ Mrd €. Bis zum Ende des Jahres dürfte es noch deutlich ansteigen. Bezogen auf das Gesamtjahr dürften die Einnahmen im Vorjahrsvergleich zwar spürbar wachsen. Dabei unterstützt, dass teilweise beitragspflichtige Einkommen abgabenfreie Inflationsausgleichsprämien ersetzen (die insbesondere noch im ersten Halbjahr 2024 gezahlt wurden). Allerdings dürften die Ausgaben deutlich stärker zulegen: Zum einen steigen die Renten im Jahresdurchschnitt kräftig um gut 4 % (Anpassung zur Jahresmitte 2025 gut 3½ %). Zum zweiten nimmt die Rentenzahl merklich zu. Zum dritten kommen die stark gestiegenen Zusatzbeiträge [27)] der gesetzlichen Krankenkassen hinzu. [28)]

27 Die Rentenversicherung beteiligt sich paritätisch an den Beiträgen der Rentenbeziehenden zur gesetzlichen Krankenversicherung. Die durchschnittlichen Zusatzbeitragssätze liegen 2025 um gut 1 Prozentpunkt höher als im Vorjahr. Dies belastet die Rentenversicherung zusätzlich um 1½ Mrd €.

28 Die neuen Zuschläge für Erwerbsminderungsrenten schlagen sich in den unterjährigen Zuwachsraten der Ausgaben ungleichmäßig nieder, weil die GRV sie im Vorjahr erstmals ab der zweiten Jahreshälfte und teils rückwirkend auszahlte.

Finanzen der Deutschen Rentenversicherung*) Schaubild 5.8



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund. * Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Erwartetes Ergebnis gemäß Rentenversicherungsbericht 2024.

Deutsche Bundesbank

Im nächsten Jahr dürfte sich das Defizit weiter stark ausweiten: Die Ausgaben dürften weiterhin stärker wachsen als die Einnahmenbasis. Der Beitragssatz bleibt so lange unverändert, bis die Rentenversicherung ihre Nachhaltigkeitsrücklage auf das gesetzliche Minimum zurückgeführt hat. Zur Jahresmitte lag sie bei knapp 1,4 Monatsausgaben (41½ Mrd €). Die Bundesregierung plant, diese Untergrenze von 0,2 auf 0,3 Monatsausgaben anzuheben, um die unterjährige Liquidität der Rentenversicherung stärker abzusichern. Sie beträgt dann 9½ Mrd €. Aus heutiger Sicht könnte eine Beitragssatzerhöhung im Jahr 2027 erforderlich werden.

5.2 Rentenpolitische Vorhaben belasten Bundeshaushalt

Die Bundesregierung will die Haltelinie von 48 % für das Versorgungsniveau über das Jahresende hinaus bis 2031 verlängern und die „Mütterrente“ ausweiten. [29] **Die Mehrausgaben soll der Bund tragen und zusätzliche Zuweisungen leisten.** Bei der

29 Die rentenpolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung sind ausführlicher diskutiert in: Deutsche Bundesbank (2025a), Kapitel „3.1.2 Rentenpolitische Vorhaben der neuen Bundesregierung“ sowie Deutsche Bundesbank (2025d), Kapitel „2 Rentenpolitische Diskussion und Vorhaben der neuen Bundesregierung“.

Mütterrente[30] erscheint dies folgerichtig, da es sich um nicht-beitragsgedeckte Leistungen handelt. Bei der Haltelinie ist ein Bundeszuschuss dagegen eher unsystematisch. Hierbei handelt es sich um eine allgemeine Rentenerhöhung, die in einem äquivalenten Umlagesystem eigentlich nicht vom Bund zu finanzieren ist.

Insgesamt spricht einiges dafür, künftig einen klareren und besser nachvollziehbaren Rahmen für die Bundeszuschüsse zu schaffen. Es entsteht der Eindruck, dass Finanzierungslasten zwischen Bund und GRV nicht zuletzt nach Kassenlage und nicht nach sachlichen Kriterien verteilt werden. Um die Finanzbeziehungen künftig nachvollziehbarer zu ordnen, sollte der Bund darlegen, welche Leistungen der Rentenversicherung er aus welchem Grund als versicherungsfremd und damit nicht beitragsgedeckt einstuft. Diese Leistungen sollte er dann regelgebunden über Zuschüsse (aus seinen Steuermitteln) finanzieren.

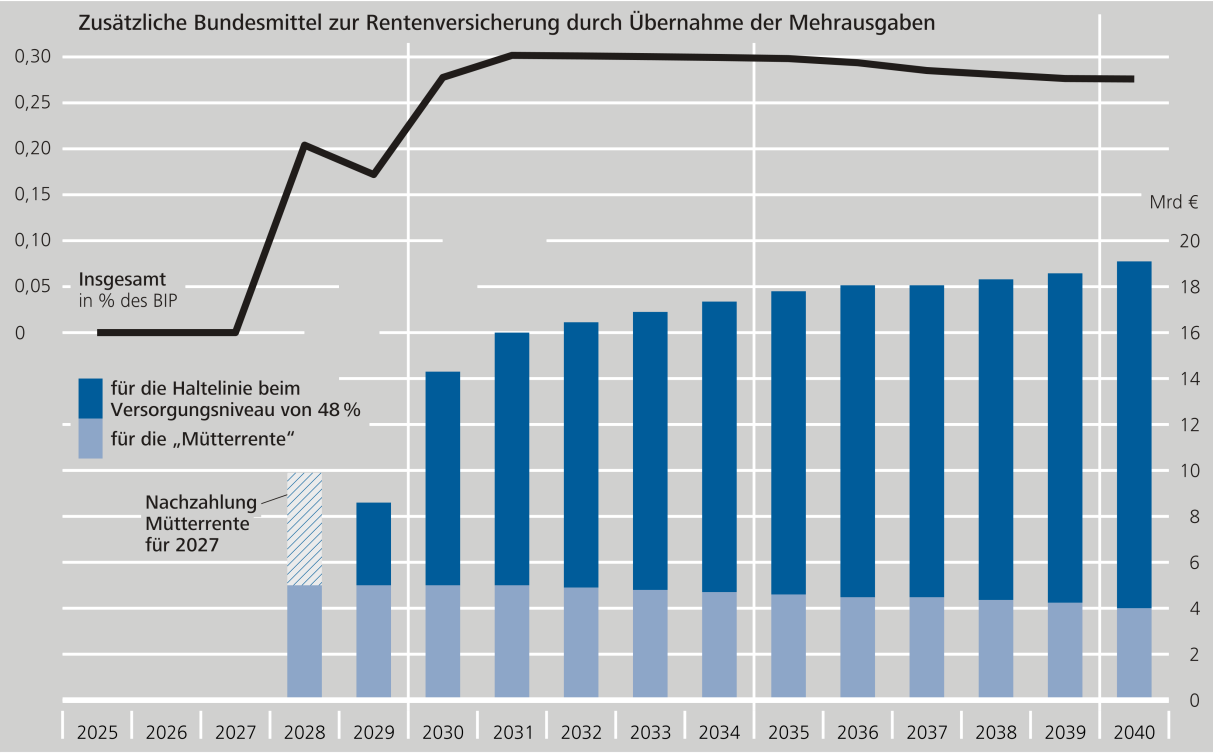
Die Zuschüsse für die verlängerte Haltelinie bedeuten für den Bundeshaushalt erhebliche dauerhafte Mehrbelastungen. Aktuell ist vorgesehen, dass die Haltelinie bis 2031 bei 48 % bleibt. Ohne diese Verlängerung läge das Versorgungsniveau 2031 bei knapp 47 %. Nach Auslaufen der Haltelinie dämpft der Nachhaltigkeitsfaktor die Rentenanpassungen zwar wieder.[31] Da das Ausgangsniveau aber höher ist, kommt es auch nach 2031 zu dauerhaften Mehrbelastungen beim Bund (siehe Schaubild 5.9).

30 Viele Begünstigte der „Mütterrente“ profitieren bereits von der Rente nach Mindestentgeltpunkten oder Mindesteinkommen, bei der eine Höherwertung niedriger Einkommen erfolgte. Diese Regelung wurde mit der Einführung von rentensteigernden Erziehungszeiten für nach 1991 geborene Kinder abgeschafft. Hier kann es daher zu Doppelbegünstigungen kommen.

31 Die Bundesregierung will 2029 einen Bericht vorlegen, der dargelegt, wie eine dauerhafte Haltelinie finanzierbar wäre. Im Laufe der Legislaturperiode soll zudem eine Reformkommission Vorschläge für die Zeit nach 2031 erarbeiten.

Auswirkung der verlängerten Haltelinie und der ausgeweiteten „Mütterrente“ auf den Bundeshaushalt

Schaubild 5.9



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Die Bundesregierung möchte das Arbeiten über das gesetzliche Rentenalter hinaus erleichtern. Dazu hebt sie das Vorbeschäftigungsverbot auf. Dies dürfte für sich genommen positive Impulse für den Arbeitsmarkt liefern. Die Aufhebung ermöglicht, eine befristete Beschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze an ein vorheriges Arbeitsverhältnis anzuschließen. Dies ist bislang nicht möglich. [32)]

32 Es soll eine Höchstdauer der befristeten Weiterbeschäftigung von acht Jahren oder eine Höchstzahl von zwölf befristeten Arbeitsverträgen gelten.

Die geplante Steuervergünstigung von Erwerbseinkünften nach dem gesetzlichen Rentenalter scheint demgegenüber weniger naheliegend. Finanzielle Überlegungen sind oft nicht ausschlaggebend dafür, dass Menschen nach Erreichen des Rentenalters arbeiten. Insofern ist mit Mitnahmeeffekten zu rechnen, die den ohnehin angespannten Bundeshaushalt belasten. Studien ermitteln je nach Ausgestaltung Ausfälle beim gesamtstaatlichen Steueraufkommen von 1½ Mrd € bis 3 Mrd € pro Jahr.[33)] Zudem eröffnen steuerliche Sonderregeln Möglichkeiten zur Steuergestaltung. Dies steht auch dem Ziel der Bundesregierung entgegen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Um die Erwerbstätigkeit über das gesetzliche Rentenalter hinaus finanziell attraktiver zu machen, wäre es überzeugender, für diese Lebensphase die Belastung durch Rentenbeiträge zu beenden. Bislang stellt hier der Arbeitgeberbeitrag eine Sonderabgabe dar, weil damit keine zusätzlichen Ansprüche in der GRV entstehen.[34)]

Um die Erwerbstätigkeit zu erhöhen und die Rentenfinanzen zu entlasten, scheint es naheliegend, an den Altersgrenzen anzusetzen. So lassen sich die Altersgrenze für den frühestmöglichen Rentenzugang und nach 2031 auch das gesetzliche Rentenalter an die Lebenserwartung anknüpfen.[35)] Zudem lässt sich die Sonderregel eines abschlagsfreien Rentenzugangs für besonders langjährig Beschäftigte beenden. Neben positiven Impulsen für die Erwerbsbeteiligung Älterer dämpfen solche Maßnahmen den demografischen Druck auf die Staatsfinanzen.

Abgesehen davon ist es empfehlenswert, die Ab- und Zuschläge in der Rentenversicherung zu überprüfen und an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen.[36)] Ziel wäre es, die Entscheidung vorgezogen oder aufgeschoben in Rente zu gehen, nicht durch finanzielle Anreize zu verzerren.

33 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025d), Kapitel „2 Rentenpolitische Diskussion und Vorhaben der neuen Bundesregierung“.

34 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024b), Kapitel „3.1.2 Reformoptionen zur Stärkung des Erwerbspersonenpotenzials“.

35 Die Bundesbank hat hierzu bereits in früheren Berichten umfassende Simulationen vorgelegt. Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2019, 2023b, S. 80 ff.).

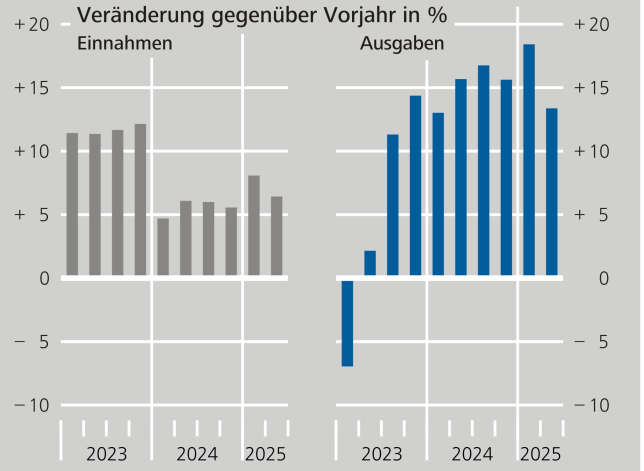
36 Vgl.: Bach et al. (2025), Beznoska et al. (2025) oder Brüll et al. (2024).

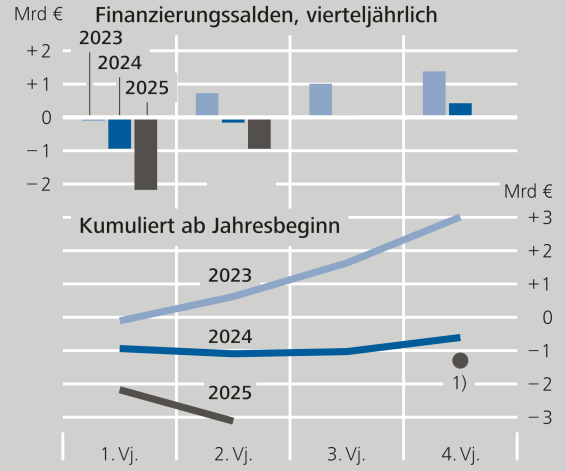
6 Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verbuchte im ersten Halbjahr 2025 ein Defizit von 3 Mrd € (Vorjahreshalbjahr: 1 Mrd €). Auch im Gesamtjahr dürfte ein deutliches Defizit anfallen, weil die Zahlungen für Arbeitslosengeld deutlich steigen. Das Defizit dürfte höher sein als geplant (1½ Mrd €), weil sich der Arbeitsmarkt ungünstiger entwickelt. Es könnte im laufenden Jahr die verfügbaren Mittel der freien Rücklage übersteigen (Ende 2024: 3 Mrd €). Im Bedarfsfall sieht der Bund in seinen Haushaltsplanungen für 2025 ein überjähriges Darlehen von bis zu 2½ Mrd € vor. Und für das kommende Jahr sieht der Haushaltsentwurf des Bundes ein Darlehen von fast 4 Mrd € vor. Die gesamten Darlehen soll die BA dann in den nächsten Jahren im Zuge der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Erholung aus Überschüssen zurückzahlen. Danach soll dann wieder ein Rücklagenaufbau erfolgen.

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit*)

Schaubild 5.10





Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschließlich der Zuführungen an den Versorgungsfonds und vor Zahlung von Bundeszuschüssen. 1 Erwartetes Ergebnis gemäß BA-Haushaltsplan.

Deutsche Bundesbank

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 20. August 2025, 11:00 Uhr berücksichtigt.

Literaturverzeichnis

Bach, S., H. Buslei, J. Geyer, P. Haan und J. Pieper (2025), Aktivrente entlastet vor allem besserverdienende Rentner*innen – mit unsicheren Beschäftigungseffekten, DIW-Wochenbericht, Nr. 25/2025, Juni 2025.

Beznoska, M., R. M. Schüler und S. Seele (2025), Aktivrente: 2,8 Mrd € steuerliche Mindereinnahmen, IW-Kurzbericht Nr. 69/2025, August 2025.

Bloom, N., J. V. Reenen und H. Williams (2019), A toolkit of policies to promote innovation, Journal of Economic Perspectives, Vol. 33(3), S. 163 – 184.

Brüll E., F. Pfeiffer und N. Ziebarth (2024), Analyse der Einkommens- und Beschäftigungswirkungen einer Einführung des CDU-Konzepts der „Aktiv-Rente“, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 25. Jg., Nr. 3-4, S. 227 – 232, November 2024.

Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2025), Deutscher mittelfristiger finanzpolitisch-struktureller Plan für den Zeitraum 2025 bis 2029, August 2025.

Deutsche Bundesbank (2025a), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Deutschland-Prognose: US-Zölle belasten zunächst, Fiskalpolitik sorgt verzögert für Auftrieb, Monatsbericht, Juni 2025.

Deutsche Bundesbank (2025c), Solide Staatsfinanzen, gestärkte Investitionen: ein Vorschlag zur Reform der Schuldenbremse, Monatsbericht, März 2025.

Deutsche Bundesbank (2025d), Früher, regulär, später: Wann Versicherte in Rente gehen und wie Ab- und Zuschläge ausgestaltet werden könnten, Monatsbericht, Juni 2025.

Deutsche Bundesbank (2024a), Länderfinanzen 2023: Lage verschlechtert sich, aber noch struktureller Überschuss, Monatsbericht, Oktober 2024.

Deutsche Bundesbank (2024b), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, August 2024.

Deutsche Bundesbank (2023a), Zur zunehmenden Bedeutung der Extrahaushalte des Bundes, Monatsbericht, Juni 2023, S. 63 – 82.

Deutsche Bundesbank (2023b), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, November 2023, S. 62 – 85.

Deutsche Bundesbank (2019), Langfristige Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung, Monatsbericht, Oktober 2019, S. 55 – 82.

Deutsche Bundesbank (2016), Wichtige Haushaltskennzahlen des Bundes im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, Monatsbericht, Februar 2016, S. 68 – 69.

dpa (2025), Angespannte Haushaltslage: Landtag beschließt ersten Nachtragshaushalt für 2025, Süddeutsche Zeitung, dpa:250723-930-831961/3, Juli 2025.

Landtag Schleswig-Holstein (2025), Land beschließt ersten Nachtragshaushalt, Plenum-Online: Newsticker, 23. Juli 2025.

Santoleri, P., A. Mina, A. Di Minin und I. Martelli (2024), The causal effects of R&D grants: Evidence from a regression discontinuity, Review of Economics and Statistics, Vol. 106(6), S. 1495 – 1510, November 2024.

Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht (2025), Urteil vom 14. Februar 2025 – LVerfG 1/24 – Verfassungsmäßigkeit von Notkrediten im Landeshaushalt 2024, Februar 2025.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze ..... 5•
2. Außenwirtschaft ..... 5•
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren ..... 6•

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ..... 8•
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) ..... 10•
3. Liquiditätsposition des Bankensystems ..... 14•

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva ..... 16•
2. Passiva ..... 18•

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland ..... 20•
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen .. 24•
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland ..... 26•
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland ..... 28•
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) ..... 30•
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche ..... 32•
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) ..... 34•
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck ..... 36•
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen ..... 36•
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland ..... 38•
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland ..... 38•
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland ..... 39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) . 40•

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum ... 42*
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland ... 42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze ... 43*
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) ... 43*
3. Geldmarktsätze nach Monaten ... 43*
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) ... 44*

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva ... 48*
2. Passiva ... 49*

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland ... 50*
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 51*
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 52*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten ... 52*
5. Renditen deutscher Wertpapiere ... 53*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland ... 53*

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften 54*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ... 55*
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte ... 56*
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte ... 57*

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung ... 58*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ... 58*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung ... 59*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden ... 59*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen ... 60*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten ... 60*

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern ... 61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen ... 61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ... 62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung ... 62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung ... 63*
12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern ... 63*
13. Maastricht-Verschuldung nach Arten ... 64*
14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten ... 65*

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens ... 66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 67*
3. Auftragseingang in der Industrie ... 68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 69*
5. Umsätze des Einzelhandels ... 69*
6. Arbeitsmarkt ... 70*
7. Preise ... 71*
8. Einkommen der privaten Haushalte ... 72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft ... 72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 74*

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum ... 75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ... 77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank ... 80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen ... 81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen ... 82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ... 82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ... 83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze	
			M3 3)						
	M1	M2		gleitender Dreimonatsdurchschnitt	MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 6)	Umlaufsrendite europäischer Staatsanleihen 7)
Zeit	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2023 Nov.	– 9,6	– 1,9	– 0,9	– 0,6	– 0,7	0,2	5,1	3,90	3,3
Dez.	– 8,6	– 1,0	0,0	– 0,3	– 0,4	0,4	4,7	3,90	2,7
2024 Jan.	– 8,6	– 1,1	0,1	0,2	– 0,4	0,4	5,3	3,90	2,8
Febr.	– 7,7	– 0,6	0,4	0,4	– 0,3	0,8	5,0	3,91	2,9
März	– 6,7	– 0,3	0,9	0,9	– 0,2	0,8	5,0	3,91	2,9
April	– 5,9	0,1	1,3	1,3	0,0	0,8	4,7	3,91	3,0
Mai	– 5,0	0,6	1,6	1,7	– 0,1	0,5	4,4	3,91	3,0
Juni	– 3,4	1,2	2,3	2,1	0,2	0,8	4,4	3,75	3,1
Juli	– 3,0	1,2	2,4	2,5	0,3	0,9	3,9	3,66	3,0
Aug.	– 2,0	1,7	2,9	2,8	0,6	1,2	3,8	3,66	2,8
Sept.	– 1,3	2,0	3,2	3,2	0,6	1,3	3,7	3,56	2,7
Okt.	0,2	2,4	3,4	3,5	0,7	1,4	3,5	3,34	2,8
Nov.	1,5	2,9	3,8	3,6	0,8	1,3	3,3	3,16	2,9
Dez.	1,8	2,6	3,6	3,7	1,0	1,7	3,7	3,06	2,7
2025 Jan.	2,7	2,9	3,8	3,8	1,5	2,0	3,1	2,92	3,0
Febr.	3,4	3,0	3,9	3,8	1,7	2,2	3,0	2,69	2,9
März	3,9	3,1	3,7	3,8	1,6	2,1	2,5	2,50	3,3
April	4,7	3,4	3,9	3,8	1,8	2,3	2,1	2,34	3,1
Mai	5,1	3,4	3,9	3,7	2,0	2,5	2,4	2,17	3,0
Juni	4,6	2,8	3,3	...	1,9	2,6	2,3	2,01	3,0
Juli	...	...	...	...	...	...	...	1,92	3,1

1 Quelle: EZB. **2** Saisonbereinigt. **3** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. **4** Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. **5** Euro Short-Term Rate. **6** Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.3, S.43•. **7** BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz							Effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven	gegenüber dem US-Dollar	nominal	real 4)
Zeit	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2023 Nov.	+ 37 379	+ 32 862	+ 61 055	+ 7 673	+ 25 007	+ 870	+ 25 984	+ 1 521	1,0808	98,7	94,6
Dez.	+ 52 946	+ 30 002	+ 34 891	+ 5 651	– 73 241	+ 181	+ 101 145	+ 1 155	1,0903	98,2	93,9
2024 Jan.	+ 27 524	+ 27 025	+ 12 283	+ 3 057	– 10 947	+ 13 747	+ 5 603	+ 822	1,0905	98,4	94,4
Febr.	+ 31 661	+ 35 672	+ 26 735	+ 43 790	– 9 580	+ 13 308	– 21 643	+ 861	1,0795	98,1	94,1
März	+ 37 298	+ 35 754	+ 66 612	+ 29 763	+ 7 390	– 10 750	+ 40 738	– 528	1,0872	98,8	94,8
April	+ 35 487	+ 28 735	+ 32 928	+ 42 168	– 16 332	+ 16 836	– 10 546	+ 802	1,0728	98,6	94,5
Mai	+ 7 347	+ 29 124	+ 5 838	+ 6 731	– 12 455	– 2 382	+ 12 309	+ 1 634	1,0812	98,9	94,8
Juni	+ 51 912	+ 35 161	+ 86 098	+ 41 664	– 64 523	+ 2 222	+ 105 434	+ 1 302	1,0759	98,5	94,6
Juli	+ 39 283	+ 35 324	+ 57 323	+ 20 965	+ 869	– 1 768	+ 40 388	– 3 131	1,0844	99,0	95,1
Aug.	+ 24 291	+ 17 901	+ 35 775	+ 2 823	– 26 820	– 7 407	+ 70 157	– 2 978	1,1012	99,0	95,0
Sept.	+ 42 126	+ 28 004	+ 58 752	– 11 042	– 469	+ 4 599	+ 63 510	+ 2 155	1,1106	98,8	94,8
Okt.	+ 29 188	+ 28 284	+ 33 410	+ 15 682	+ 38 963	+ 16 919	– 37 824	– 329	1,0904	98,2	94,3
Nov.	+ 26 313	+ 32 487	+ 15 643	– 7 820	+ 3 741	– 3 410	+ 21 804	+ 1 328	1,0630	97,5	93,6
Dez.	+ 45 557	+ 30 188	+ 38 138	– 28 448	+ 15 852	+ 5 432	+ 42 592	+ 2 711	1,0479	96,9	93,0
2025 Jan.	+ 1 965	+ 20 003	+ 9 218	+ 31 127	+ 37 880	+ 9 294	– 67 572	– 1 511	1,0354	96,7	92,9
Febr.	+ 20 601	+ 37 250	+ 17 474	+ 10 136	– 38 416	+ 2 506	+ 41 991	+ 1 257	1,0413	96,3	92,6
März	+ 42 193	+ 51 970	+ 28 744	– 16 982	+ 31 130	– 18 100	+ 33 254	– 557	1,0807	98,3	94,4
April	+ 18 047	+ 27 280	+ 35 916	– 12 828	+ 64 940	– 8 499	– 12 853	+ 5 156	1,1214	100,5	p) 96,5
Mai	+ 1 017	+ 30 945	+ 42 353	+ 29 392	– 49 163	+ 15 291	+ 44 561	+ 2 271	1,1278	100,1	p) 95,9
Juni	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1516	101,3	p) 97,1
Juli	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1677	102,3	p) 98,1

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII. 9 und 11, S. 82• / 83•. **2** Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. **3** Berechnung der Bundesbank. Gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises (fixe Zusammensetzung). **4** Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Kroatien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt [1]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	3,5	4,3	1,8	0,1	0,8	2,7	5,8	7,5	4,8	7,3	1,8
2023	0,6	1,2	– 0,9	– 3,0	– 0,9	1,4	2,3	– 2,5	0,7	3,3	2,9
2024	0,9	1,0	– 0,5	– 0,3	0,4	1,2	2,3	2,6	0,7	3,9	– 0,4
2024 1.Vj.	0,6	0,8	– 1,1	– 1,7	– 1,4	1,5	1,5	– 2,7	0,3	4,1	– 0,4
2.Vj.	0,6	1,0	– 0,3	– 0,3	– 0,5	0,8	2,4	– 2,3	0,7	3,7	0,0
3.Vj.	1,0	1,2	– 0,2	– 0,4	2,0	1,8	2,4	4,0	0,8	4,0	– 1,0
4.Vj.	1,3	1,1	– 0,4	1,2	1,5	0,7	2,7	11,6	1,0	3,9	– 0,3
2025 1.Vj.	1,5	1,1	0,0	– 0,3	0,6	0,3	1,8	20,0	0,3	2,9	– 0,4
2.Vj.	1,4	...	0,0	0,5	...	0,7	...	12,5	...	...	...
Industrieproduktion [2]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	1,8	– 0,5	– 0,2	– 2,1	4,0	0,6	2,5	12,3	0,3	1,7	0,8
2023	– 1,7	– 5,6	– 1,9	– 6,3	– 2,5	0,9	2,3	– 2,5	– 2,1	– 0,2	– 4,7
2024	– 3,0	– 4,3	– 4,6	– 3,8	– 0,9	0,0	5,3	– 5,1	– 3,9	– 2,4	– 2,3
2024 1.Vj.	– 4,7	– 7,1	– 5,5	– 6,4	– 3,8	0,9	3,7	– 18,7	– 3,5	– 3,9	0,2
2.Vj.	– 3,9	– 4,7	– 5,3	– 3,4	– 3,7	– 0,2	9,7	– 12,9	– 3,4	– 4,7	– 4,6
3.Vj.	– 1,7	0,1	– 4,3	– 4,2	2,6	0,1	5,7	5,2	– 4,5	0,3	0,2
4.Vj.	– 1,5	– 5,1	– 3,3	– 1,2	1,4	– 0,7	2,2	6,1	– 4,2	– 1,2	– 4,5
2025 1.Vj.	1,5	– 2,6	– 2,1	0,3	1,4	– 0,2	2,7	32,5	– 1,8	5,2	– 0,1
2.Vj.	1,2	– 1,1	p) – 1,9	2,5	4,1	– 0,4	– 2,0	p) 22,0	– 0,6	3,4	4,5
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3]											
in % der Vollauslastung											
2022	82,3	79,1	85,3	71,7	81,0	81,8	75,9	79,6	79,0	77,0	75,1
2023	80,4	75,7	83,4	67,3	76,6	81,2	75,1	76,5	77,5	77,2	72,9
2024	78,2	74,5	78,9	65,5	74,6	80,8	77,7	76,5	75,5	75,3	72,2
2024 2.Vj.	78,8	74,4	79,7	65,2	74,5	80,7	81,2	75,8	75,9	74,2	72,9
3.Vj.	77,6	74,4	77,9	66,2	76,4	81,6	78,3	75,5	75,5	73,7	72,2
4.Vj.	77,2	75,2	76,9	65,7	74,2	80,1	77,9	78,6	75,1	76,9	72,4
2025 1.Vj.	77,3	75,5	76,7	67,1	75,3	81,5	77,4	74,7	74,7	73,1	74,0
2.Vj.	77,8	77,0	76,9	67,3	76,5	82,2	79,5	77,2	75,3	75,1	74,9
3.Vj.	77,8	77,3	77,1	66,7	74,2	82,4	77,6	77,3	75,1	76,8	74,0
Standardisierte Erwerbslosenquote [4]											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2022	s) 6,8	s) 5,5	p) 3,1	s) 5,6	s) 6,8	s) 7,3	s) 12,5	s) 4,5	s) 8,1	s) 6,7	s) 6,9
2023	s) 6,6	s) 5,5	p) 3,1	s) 6,4	s) 7,2	s) 7,3	s) 11,1	s) 4,3	s) 7,7	s) 6,1	s) 6,5
2024	s) 6,4	s) 5,7	p) 3,4	s) 7,5	s) 8,4	s) 7,4	s) 10,1	s) 4,3	s) 6,5	s) 5,0	s) 6,9
2025 Febr.	6,3	6,2	3,6	8,2	9,2	7,4	9,2	4,5	6,1	4,7	7,2
März	6,4	6,3	3,6	8,0	9,5	7,4	9,5	4,5	6,3	4,6	7,0
April	6,2	6,4	3,7	7,8	9,1	7,1	8,3	4,6	6,1	4,5	6,9
Mai	6,2	6,5	3,7	7,7	8,8	7,0	7,9	4,6	6,5	4,5	6,9
Juni	6,2	6,5	3,7	7,7	9,9	7,0	...	4,6	6,3	4,4	6,9
Juli	...	...	...	...	...	...	...	4,9	...	...	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	8,4	10,3	8,7	19,4	7,2	5,9	9,3	8,1	8,7	10,7	17,2
2023	5) 5,4	2,3	6,0	9,1	4,3	5,7	4,2	5,2	5,9	8,4	9,1
2024	2,4	4,3	2,5	3,7	1,0	2,3	3,0	1,3	1,1	4,0	1,3
2025 Febr.	2,3	4,4	2,6	5,1	1,5	0,9	3,0	1,4	1,7	4,8	3,7
März	2,2	3,6	2,3	4,3	1,8	0,9	3,1	1,8	2,1	4,3	3,5
April	2,2	3,1	2,2	4,4	1,9	0,9	2,6	2,0	2,0	4,0	4,0
Mai	1,9	2,8	2,1	4,6	2,0	0,6	3,3	1,4	1,7	4,3	3,7
Juni	2,0	2,9	2,0	5,2	1,9	0,9	3,6	1,6	1,8	4,4	3,9
Juli	2,0	2,6	1,8	5,6	1,9	0,9	3,7	1,6	1,7	4,5	3,9
Staatlicher Finanzierungssaldo [6]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2022	– 3,5	– 3,6	p) – 2,1	– 1,1	– 0,2	– 4,7	– 2,5	1,7	– 8,1	0,1	– 4,9
2023	– 3,5	– 4,1	p) – 2,5	– 3,1	– 3,0	– 5,4	– 1,4	1,5	– 7,2	– 0,8	– 2,4
2024	– 3,1	– 4,5	p) – 2,7	– 1,5	– 4,4	– 5,8	1,3	4,3	– 3,4	– 2,4	– 1,8
Staatliche Verschuldung [6]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2022	89,5	102,7	65,0	19,1	74,0	111,4	177,0	43,1	138,3	68,5	44,4
2023	87,3	103,2	62,9	20,2	77,5	109,8	163,9	43,3	134,6	61,8	44,6
2024	87,4	104,7	p) 62,5	23,6	82,1	113,0	153,6	40,9	135,3	57,6	46,8

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig. **1** Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. **2** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt [1] Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,5	– 1,1	4,3	5,0	5,3	7,0	0,4	2,7	6,2	7,2	2022
0,3	– 0,7	6,8	– 0,6	– 1,0	2,6	2,2	2,1	2,7	2,8	2023
2,8	1,0	5,9	1,1	– 1,0	1,9	2,1	1,6	3,1	3,5	2024
2,9	0,8	7,9	– 0,3	– 1,8	1,4	3,3	2,4	2,7	3,7	2024 1.Vj.
1,7	1,6	7,9	0,9	– 1,3	1,6	2,1	0,9	3,4	3,7	2.Vj.
2,5	– 0,1	4,9	1,7	– 0,8	1,8	1,4	1,6	3,2	3,9	3.Vj.
4,0	1,9	3,1	2,0	– 0,1	2,8	1,7	1,5	3,2	2,6	4.Vj.
3,4	– 0,4	2,9	2,2	– 0,5	1,8	0,9	– 0,6	2,7	3,0	2025 1.Vj.
3,0	...	...	1,5	...	...	0,4	0,7	2,7	3,6	2.Vj.
Industrieproduktion [2] Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
5,5	– 3,6	1,5	2,6	6,9	0,6	– 4,1	2,0	2,9	3,5	2022
– 5,2	– 4,2	7,1	– 0,0	0,1	– 3,1	4,1	– 4,9	– 1,7	1,7	2023
4,1	– 1,7	3,8	– 2,3	– 4,9	0,6	0,1	– 1,2	0,5	2,3	2024
3,1	– 4,0	– 2,2	– 3,6	– 6,2	1,5	– 4,2	– 3,0	1,1	3,9	2024 1.Vj.
3,6	0,8	4,2	– 3,0	– 5,6	1,7	0,0	– 3,2	0,0	4,1	2.Vj.
5,6	– 3,2	1,7	– 1,8	– 3,1	– 0,3	3,7	0,9	– 0,5	1,5	3.Vj.
4,3	– 0,4	11,4	– 0,8	– 4,7	– 0,8	1,4	0,7	1,5	– 0,2	4.Vj.
8,4	– 0,2	10,0	1,1	1,3	– 2,5	– 0,9	– 0,5	– 0,7	5,3	2025 1.Vj.
2,2	p) – 1,8	p) 4,6	p) 1,1	p) 1,3	0,9	– 2,7	p) – 3,0	p) 1,5	p) 1,6	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3] in % der Vollauslastung										
77,8	80,7	64,7	83,7	87,8	81,9	83,3	84,9	78,7	58,2	2022
68,4	73,1	68,1	81,9	85,3	81,7	82,1	83,0	76,9	61,6	2023
71,0	76,4	78,7	78,3	82,8	81,2	79,8	81,1	77,6	63,5	2024
70,5	75,3	76,4	79,6	83,1	81,2	77,6	81,0	77,7	63,0	2024 2.Vj.
71,4	76,0	81,4	77,7	82,5	81,3	81,3	81,2	77,9	63,0	3.Vj.
71,5	79,5	81,4	77,0	82,0	81,3	80,3	81,0	77,5	63,0	4.Vj.
71,5	77,0	70,8	77,6	81,9	81,5	83,4	81,4	76,4	67,9	2025 1.Vj.
70,6	79,3	78,5	77,5	82,6	81,0	83,0	81,3	74,8	65,3	2.Vj.
70,8	79,1	68,0	77,4	83,0	81,1	81,1	81,6	78,3	64,3	3.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote [4] in % der zivilen Erwerbspersonen										
s) 5,9	s) 4,6	s) 3,5	s) 3,6	s) 4,8	s) 6,2	s) 6,2	s) 4,0	s) 13,0	s) 6,3	2022
s) 6,9	s) 5,3	s) 3,5	s) 3,5	s) 5,1	s) 6,5	s) 5,9	s) 3,7	s) 12,2	s) 5,9	2023
s) 7,1	s) 6,2	s) 3,1	s) 3,7	s) 5,2	s) 6,4	s) 5,4	s) 3,7	s) 11,4	s) 4,9	2024
6,4	6,7	2,7	3,8	5,3	6,4	5,2	3,9	10,8	4,4	2025 Febr.
6,3	6,6	2,7	3,9	5,6	6,4	5,3	4,0	10,8	4,1	März
6,3	6,6	2,6	3,8	5,5	6,3	5,3	4,0	10,7	3,7	April
6,5	6,7	2,6	3,8	5,4	6,1	5,3	3,9	10,6	3,7	Mai
6,4	6,6	2,5	3,8	5,8	6,0	5,3	3,7	10,4	3,8	Juni
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	Juli
Harmonisierter Verbraucherpreisindex Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
18,9	8,2	6,1	11,6	8,6	8,1	12,1	9,3	8,3	8,1	2022
8,7	2,9	5,6	4,1	7,7	5,3	11,0	7,2	3,4	3,9	2023
0,9	2,3	2,4	3,2	2,9	2,7	3,2	2,0	2,9	2,3	2024
3,2	1,9	2,0	3,5	3,4	2,5	4,1	1,9	2,9	2,3	2025 Febr.
3,7	1,5	2,1	3,4	3,1	1,9	4,2	2,2	2,2	2,1	März
3,6	1,7	2,6	4,1	3,3	2,1	3,9	2,3	2,2	1,4	April
3,0	2,1	2,7	2,9	3,0	1,7	4,3	1,9	2,0	0,4	Mai
3,2	2,4	2,5	2,8	3,2	2,1	4,6	2,5	2,3	0,5	Juni
3,4	2,6	2,5	2,5	3,7	2,5	4,6	2,9	2,7	0,1	Juli
Staatlicher Finanzierungssaldo [6] in % des Bruttoinlandsprodukts										
– 0,7	0,2	– 5,2	0,0	– 3,4	– 0,3	– 1,7	– 3,0	– 4,6	2,7	2022
– 0,7	– 0,8	– 4,7	– 0,4	– 2,6	1,2	– 5,2	– 2,6	– 3,5	1,7	2023
– 1,3	1,0	– 3,7	– 0,9	– 4,7	0,7	– 5,3	– 0,9	– 3,2	4,3	2024
Staatliche Verschuldung [6] in % des Bruttoinlandsprodukts										
38,1	24,9	49,5	48,4	78,4	111,2	57,7	72,7	109,5	81,1	2022
37,3	25,0	47,9	45,2	78,5	97,7	55,6	68,4	105,1	73,6	2023
38,2	26,3	47,4	43,3	81,8	94,9	59,3	67,0	101,8	65,0	2024

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. **4** Monatsangaben saisonbereinigt. **5** Ab 2023 einschließlich Kroatien. **6** Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Euroraum 1)

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2023 Nov.	36,1	45,2	– 2,7	– 9,1	– 5,1	58,3	51,5	– 6,8	16,2	– 4,8	5,6	22,5	– 7,1
Dez.	– 57,8	– 47,1	2,7	– 10,7	– 19,6	26,3	– 99,9	– 126,2	25,5	12,5	5,9	4,6	2,5
2024 Jan.	– 7,1	0,9	25,9	– 8,0	– 7,7	116,3	116,7	0,4	75,4	– 3,7	7,0	59,9	12,2
Febr.	38,0	37,5	6,8	0,5	10,9	– 15,7	91,6	107,3	4,6	0,8	4,8	15,8	– 16,8
März	56,3	48,6	3,8	7,7	8,0	64,0	98,3	34,3	34,6	5,7	3,0	34,3	– 8,4
April	33,0	24,2	1,3	8,9	4,8	47,6	11,0	– 36,6	– 3,4	– 8,1	2,5	19,3	– 17,2
Mai	– 25,5	– 7,7	– 1,6	– 17,8	– 15,0	41,2	67,4	26,2	4,6	2,2	1,7	– 1,0	1,6
Juni	69,7	50,6	– 5,2	19,1	15,2	57,4	– 21,6	– 79,0	33,4	3,8	1,1	2,9	25,7
Juli	– 17,0	14,3	– 5,9	– 31,3	– 26,5	63,8	45,3	– 18,5	0,9	– 8,5	1,1	4,6	3,8
Aug.	– 6,1	– 15,8	– 4,4	9,7	9,7	51,4	59,9	8,5	14,7	– 2,7	0,9	14,0	2,6
Sept.	44,6	47,3	1,7	– 2,8	– 0,5	55,0	140,0	85,0	38,3	12,1	1,8	11,1	13,3
Okt.	– 2,2	16,6	10,2	– 18,8	– 26,2	38,6	– 32,6	– 71,2	9,5	– 7,7	1,3	9,3	6,7
Nov.	37,9	39,8	17,1	– 1,9	– 3,6	12,5	136,4	123,9	5,8	5,6	0,3	8,0	– 8,0
Dez.	– 11,7	16,0	9,3	– 27,7	– 30,6	10,0	– 243,6	– 253,6	58,0	16,4	0,7	– 15,3	56,3
2025 Jan.	119,5	46,4	7,8	73,1	61,3	1,4	237,7	236,3	34,3	– 8,6	3,8	32,2	6,9
Febr.	64,8	59,2	6,2	5,6	8,8	30,1	144,5	114,4	– 8,5	2,1	1,4	5,2	– 17,1
März	52,2	38,2	– 5,5	14,0	15,9	2,7	29,7	26,9	4,1	– 0,8	2,1	– 3,3	6,2
April	72,0	63,2	3,4	8,9	3,2	38,5	83,2	44,7	– 36,3	– 6,4	2,1	– 7,4	– 24,5
Mai	8,6	20,7	5,0	– 12,1	– 22,8	51,7	48,1	– 3,6	28,0	3,4	2,3	24,9	– 2,6
Juni	56,7	66,7	12,8	– 9,9	– 8,4	38,2	105,7	67,5	29,6	7,1	3,4	10,5	8,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2023 Nov.	12,2	13,1	– 1,1	– 0,8	1,8	13,7	– 3,4	– 17,1	10,6	3,7	3,4	1,0	2,4
Dez.	– 18,0	– 11,1	2,5	– 6,9	– 5,1	– 17,4	– 10,6	6,8	8,8	3,2	2,5	1,7	1,4
2024 Jan.	11,1	2,0	– 0,5	9,1	6,7	74,5	20,7	– 53,7	– 1,8	– 0,1	2,5	12,7	– 17,0
Febr.	10,6	20,2	6,8	– 9,6	– 7,6	– 17,0	40,0	57,1	– 6,9	– 1,6	2,4	7,7	– 15,3
März	8,3	4,3	0,5	4,0	2,0	6,6	4,2	– 2,4	– 5,3	1,7	1,7	2,4	– 11,1
April	– 13,5	– 3,7	– 3,9	– 9,8	– 13,1	41,3	4,2	– 37,1	16,0	2,0	0,9	11,2	1,9
Mai	5,4	14,6	5,7	– 9,2	– 7,8	17,6	35,0	17,4	19,8	2,7	0,5	5,5	11,1
Juni	4,2	– 4,1	– 2,7	8,3	5,1	– 24,4	– 15,4	9,0	19,8	– 0,7	0,4	– 2,0	22,1
Juli	11,2	8,3	– 1,5	2,8	2,5	57,0	– 2,9	– 59,9	3,3	– 0,2	0,1	– 2,8	6,1
Aug.	– 1,6	7,5	– 1,6	– 9,1	– 7,9	10,9	16,8	5,9	10,0	– 0,4	0,1	2,1	8,3
Sept.	17,1	9,3	0,8	7,8	5,1	– 8,3	47,4	55,6	8,8	0,1	0,8	– 0,4	8,3
Okt.	– 11,4	4,1	1,0	– 15,5	– 18,3	28,4	– 5,0	– 33,4	4,4	– 0,4	0,7	4,3	– 0,3
Nov.	21,3	22,6	9,8	– 1,3	– 2,4	13,9	30,0	16,1	– 6,7	12,2	– 0,7	– 7,4	– 10,8
Dez.	5,1	8,3	8,1	– 3,2	– 1,4	– 6,7	– 25,1	– 18,5	28,3	9,9	– 0,1	– 7,6	26,1
2025 Jan.	31,2	11,6	0,7	19,6	13,7	– 8,0	24,7	32,7	25,1	– 0,1	– 0,3	13,5	11,9
Febr.	16,4	20,2	4,3	– 3,7	– 3,8	13,9	39,7	25,8	– 14,9	0,9	– 0,3	3,7	– 19,3
März	11,1	1,6	– 3,9	9,5	7,3	19,2	38,7	19,6	6,4	2,3	0,0	3,6	0,5
April	0,3	1,2	– 8,1	– 0,9	– 2,9	16,2	1,3	– 14,9	– 3,3	0,6	0,2	1,9	– 6,0
Mai	7,6	10,5	4,5	– 3,0	– 2,6	12,2	2,3	– 9,9	13,5	1,8	1,1	7,6	3,0
Juni	19,2	8,0	2,8	11,2	10,8	– 2,8	37,9	40,7	14,8	2,7	2,1	– 0,0	10,0

***** Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. **9** Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt [4]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2 zusammen	Geldmenge M1 zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen [5]	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren [5]	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [5] [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [2] [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.)(netto) [2] [7]	
– 48,4	43,8	0,0	76,4	54,6	18,5	– 2,7	21,3	48,8	– 12,7	21,4	16,9	– 10,1	2023 Nov.
14,4	–223,0	0,0	167,0	166,4	71,9	14,0	57,8	75,8	18,7	– 26,8	14,4	– 2,1	Dez.
18,9	138,6	0,0	– 134,6	– 184,7	– 238,3	– 17,1	– 221,2	61,0	– 7,4	28,4	30,9	1,8	2024 Jan.
9,1	5,9	0,0	0,4	15,1	– 31,0	– 0,9	– 30,1	55,7	– 9,6	4,4	– 11,1	– 5,7	Febr.
– 26,9	– 22,1	0,0	122,3	103,2	57,9	5,2	52,7	46,8	– 1,4	24,9	15,9	– 9,3	März
23,9	47,0	0,0	27,5	– 22,8	– 18,4	2,5	– 20,9	– 1,7	– 2,7	6,6	22,8	6,5	April
– 24,3	18,0	0,0	22,0	48,7	32,4	2,8	29,6	10,3	6,0	– 4,4	– 20,4	– 6,4	Mai
4,1	– 78,6	0,0	144,8	154,1	143,3	7,0	136,4	12,4	– 1,6	8,5	10,2	– 4,6	Juni
– 27,3	99,3	0,0	– 10,5	– 70,4	– 81,8	4,1	– 85,9	17,3	– 5,9	24,6	21,0	– 1,5	Juli
34,6	– 99,8	0,0	69,3	57,2	39,9	– 1,5	41,5	11,7	5,6	30,0	14,7	– 6,2	Aug.
– 3,6	25,7	0,0	47,5	53,4	27,5	– 1,4	28,9	35,9	– 10,0	– 23,9	0,0	9,7	Sept.
24,3	7,1	0,0	10,9	– 26,8	– 11,3	– 0,1	– 11,1	– 8,1	– 7,5	4,1	18,9	– 0,6	Okt.
– 42,3	– 94,4	0,0	174,1	169,1	187,0	3,9	183,1	– 21,0	3,2	5,4	20,9	– 14,2	Nov.
– 57,9	– 50,2	0,0	84,9	86,6	63,7	15,9	47,9	– 16,8	39,6	– 52,6	15,0	– 0,4	Dez.
42,3	105,7	0,0	– 84,0	– 132,9	– 137,5	– 12,5	– 125,0	– 6,2	10,8	58,9	17,3	– 4,4	2025 Jan.
33,0	11,8	0,0	25,3	26,8	45,7	1,5	44,2	– 23,5	4,6	38,9	5,2	– 12,5	Febr.
– 36,8	44,3	0,0	55,9	98,4	75,6	3,8	71,8	8,2	14,7	– 41,7	– 15,1	1,7	März
63,7	– 10,1	0,0	81,4	37,0	89,4	4,1	85,3	– 53,7	1,3	42,0	13,3	1,1	April
– 0,8	– 16,1	0,0	63,3	87,3	103,4	5,4	98,0	– 34,5	18,4	– 25,7	– 7,2	– 5,0	Mai
– 34,3	109,8	0,0	– 6,7	15,9	52,4	6,0	46,4	– 45,8	9,3	– 12,8	– 8,6	– 4,8	Juni

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) [10]								Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9] [11]	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge: täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) [7]		
– 9,5	13,9	1,1	– 0,4	11,1	9,4	11,7	– 10,5	1,1	0,1	– 0,8		2023 Nov.
7,7	– 62,1	2,4	2,8	10,2	– 6,6	25,1	– 5,0	– 1,2	0,1	– 2,2		Dez.
– 6,7	108,3	– 7,4	3,7	– 14,3	– 47,5	37,6	– 9,1	3,0	0,1	1,4		2024 Jan.
– 2,3	0,0	2,4	– 0,6	2,7	– 18,3	27,1	– 7,4	1,0	0,0	0,3		Febr.
2,0	– 2,1	2,9	0,7	20,3	2,8	24,9	– 5,8	– 1,5	0,2	– 0,3		März
– 2,9	23,7	1,8	1,5	– 9,1	– 4,4	6,1	– 5,5	– 0,3	0,2	– 5,2		April
3,5	– 26,8	2,4	0,4	26,5	27,6	5,0	– 4,1	– 0,3	0,1	– 1,8		Mai
– 4,3	– 39,8	1,6	1,7	4,1	1,3	2,3	– 4,5	0,8	0,1	4,2		Juni
– 6,1	75,8	2,9	1,7	– 4,8	– 7,3	9,0	– 4,2	0,7	0,2	– 3,3		Juli
6,8	– 40,3	4,2	– 1,1	32,8	22,9	9,3	– 2,9	1,7	0,4	1,5		Aug.
– 5,6	– 6,9	3,9	– 0,9	12,5	6,7	8,9	– 2,7	– 2,7	0,3	2,0		Sept.
3,3	15,1	3,0	– 0,3	– 5,8	4,8	– 3,5	– 2,5	– 0,4	0,1	– 4,3		Okt.
– 6,1	5,7	2,1	1,0	42,4	57,4	– 11,7	– 1,8	– 2,6	– 0,2	1,3		Nov.
– 4,1	– 22,7	3,8	3,8	– 3,0	15,3	– 16,6	1,0	– 0,7	0,0	– 2,0		Dez.
7,0	9,6	– 0,9	– 2,1	– 18,5	– 25,4	1,6	– 2,4	4,9	0,2	2,5		2025 Jan.
13,6	2,1	1,7	0,4	29,5	34,0	– 5,4	– 1,8	1,1	0,1	1,5		Febr.
– 21,2	32,4	1,9	0,9	12,6	– 0,3	3,5	– 2,4	– 1,9	0,2	13,5		März
– 2,2	0,9	1,6	1,3	21,0	41,3	– 15,3	– 1,6	4,5	0,5	– 8,3		April
3,8	3,6	2,2	0,8	– 1,2	22,5	– 13,3	– 1,3	– 0,5	0,1	– 8,6		Mai
– 4,5	10,0	1,9	2,0	– 3,9	– 2,2	– 4,7	– 1,5	– 0,8	0,0	5,2		Juni

DM-Banknoten. **10** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **11** Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva / Passiva insgesamt	Aktiva										
		Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte					
			zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)			
	Euroraum (Mrd €) 1)											
2023 Mai	34 126,4	21 919,7	15 651,1	13 186,0	1 595,7	869,4	6 268,7	995,4	5 273,2		7 150,9	5 055,7
Juni	34 036,0	21 915,5	15 637,3	13 182,3	1 584,5	870,5	6 278,2	988,5	5 289,7		7 066,1	5 054,4
Juli	34 170,8	21 867,2	15 642,3	13 180,8	1 586,4	875,1	6 224,9	988,2	5 236,7		7 153,4	5 150,2
Aug.	34 223,4	21 811,9	15 573,8	13 123,8	1 576,8	873,2	6 238,1	986,1	5 252,0		7 251,6	5 159,8
Sept.	34 368,6	21 796,9	15 601,8	13 156,3	1 574,7	870,9	6 195,0	987,3	5 207,8		7 195,8	5 375,9
Okt.	34 325,1	21 755,1	15 598,4	13 166,8	1 555,6	876,0	6 156,7	984,1	5 172,6		7 262,7	5 307,3
Nov.	34 120,6	21 850,7	15 659,3	13 220,5	1 557,7	881,0	6 191,5	980,8	5 210,6		7 252,3	5 017,6
Dez.	33 748,1	21 859,3	15 626,4	13 177,1	1 552,1	897,3	6 232,9	989,4	5 243,5		7 143,6	4 745,2
2024 Jan.	33 825,4	21 826,3	15 623,8	13 146,9	1 569,3	907,5	6 202,5	986,6	5 215,9		7 299,5	4 699,6
Febr.	33 990,9	21 839,1	15 653,8	13 168,3	1 569,3	916,2	6 185,2	976,5	5 208,8		7 382,3	4 769,5
März	34 204,2	21 914,0	15 705,1	13 209,7	1 566,7	928,6	6 208,9	976,0	5 232,9		7 547,3	4 742,9
April	34 385,1	21 919,1	15 723,3	13 232,9	1 562,2	928,3	6 195,8	979,4	5 216,4		7 602,8	4 863,2
Mai	34 346,3	21 895,6	15 721,8	13 232,5	1 559,5	929,8	6 173,8	976,7	5 197,1		7 639,6	4 811,1
Juni	34 354,0	21 978,4	15 780,1	13 299,1	1 562,7	918,4	6 198,2	980,7	5 217,5		7 673,4	4 702,2
Juli	34 367,4	21 997,8	15 795,4	13 314,2	1 557,5	923,6	6 202,4	975,8	5 226,6		7 732,8	4 636,7
Aug.	34 353,6	21 988,7	15 774,0	13 295,5	1 558,7	919,7	6 214,7	975,8	5 238,9		7 752,7	4 612,1
Sept.	34 645,7	22 056,7	15 818,7	13 336,1	1 559,9	922,6	6 238,0	973,7	5 264,3		7 907,4	4 681,6
Okt.	34 809,5	22 037,2	15 834,0	13 342,7	1 565,1	926,2	6 203,2	983,8	5 219,4		7 995,9	4 776,3
Nov.	35 389,9	22 124,3	15 886,1	13 372,6	1 572,5	941,0	6 238,2	984,6	5 253,6		8 243,4	5 022,2
Dez.	35 321,5	22 086,8	15 899,1	13 374,5	1 572,3	952,2	6 187,7	988,0	5 199,8		8 036,0	5 198,7
2025 Jan.	35 928,1	22 206,7	15 949,4	13 407,7	1 567,8	974,0	6 257,3	999,8	5 257,5		8 344,3	5 377,1
Febr.	35 623,6	22 277,6	16 005,9	13 458,7	1 565,8	981,3	6 271,7	996,6	5 275,2		8 520,5	4 825,5
März	35 482,4	22 279,5	16 021,4	13 487,4	1 559,3	974,7	6 258,1	995,1	5 263,0		8 450,4	4 752,5
April	35 794,6	22 366,9	16 072,6	13 536,4	1 570,2	966,0	6 294,3	1 001,1	5 293,2		8 368,6	5 059,1
Mai	35 700,1	22 380,3	16 096,9	13 551,7	1 570,9	974,2	6 283,4	1 011,7	5 271,7		8 450,0	4 869,8
Juni	35 622,6	22 418,6	16 148,8	13 593,2	1 582,5	973,2	6 269,8	1 010,0	5 259,8		8 379,7	4 824,3
	Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2023 Mai	8 614,3	5 389,9	4 217,4	3 685,4	252,1	279,9	1 172,6	286,1	886,4		1 468,3	1 756,1
Juni	8 647,9	5 387,4	4 215,9	3 679,0	255,5	281,4	1 171,5	284,2	887,4		1 433,5	1 826,9
Juli	8 779,6	5 390,2	4 222,0	3 685,7	255,6	280,6	1 168,3	287,2	881,1		1 439,0	1 950,5
Aug.	8 776,6	5 383,7	4 215,6	3 685,5	249,4	280,6	1 168,1	285,0	883,0		1 442,2	1 950,7
Sept.	8 834,2	5 362,1	4 216,4	3 686,3	248,5	281,5	1 145,8	288,4	857,4		1 446,5	2 025,5
Okt.	8 844,5	5 360,6	4 215,5	3 685,5	247,9	282,1	1 145,1	291,6	853,5		1 461,4	2 022,6
Nov.	8 661,3	5 385,7	4 228,0	3 697,3	248,4	282,3	1 157,8	289,7	868,1		1 446,0	1 829,6
Dez.	8 491,7	5 384,9	4 217,3	3 682,2	247,9	287,2	1 167,6	287,1	880,5		1 432,1	1 674,6
2024 Jan.	8 532,9	5 390,7	4 218,3	3 682,5	246,2	289,6	1 172,4	289,5	882,9		1 463,2	1 679,1
Febr.	8 600,8	5 391,4	4 236,7	3 694,8	250,2	291,7	1 154,7	287,7	867,0		1 502,2	1 707,2
März	8 586,9	5 404,4	4 241,0	3 697,7	246,0	297,3	1 163,4	289,8	873,7		1 524,9	1 657,5
April	8 673,8	5 380,1	4 235,7	3 697,3	244,1	294,3	1 144,4	293,1	851,3		1 544,0	1 749,8
Mai	8 644,6	5 383,0	4 248,9	3 704,9	246,6	297,4	1 134,1	291,8	842,3		1 573,2	1 688,4
Juni	8 574,0	5 393,1	4 244,9	3 703,4	247,7	293,7	1 148,2	295,0	853,2		1 566,2	1 614,8
Juli	8 449,2	5 410,8	4 252,2	3 711,1	244,7	296,3	1 158,6	295,1	863,5		1 563,6	1 474,8
Aug.	8 402,4	5 408,8	4 257,5	3 718,0	244,0	295,4	1 151,4	293,9	857,5		1 573,0	1 420,6
Sept.	8 536,6	5 431,5	4 266,3	3 725,5	244,7	296,1	1 165,2	296,6	868,7		1 625,2	1 479,9
Okt.	8 661,8	5 413,0	4 266,8	3 725,3	244,3	297,2	1 146,2	302,1	844,1		1 650,3	1 598,5
Nov.	8 831,0	5 445,2	4 291,4	3 739,4	253,6	298,4	1 153,8	302,2	851,6		1 691,8	1 694,1
Dez.	9 070,5	5 442,3	4 298,8	3 738,8	260,7	299,3	1 143,6	300,6	842,9		1 671,3	1 957,0
2025 Jan.	9 347,4	5 468,4	4 307,6	3 745,9	258,5	303,2	1 160,8	306,5	854,3		1 713,1	2 165,9
Febr.	8 863,1	5 487,3	4 327,6	3 760,5	257,9	309,2	1 159,7	306,6	853,1		1 757,5	1 618,3
März	8 853,0	5 484,6	4 324,2	3 762,1	257,6	304,4	1 160,4	308,7	851,6		1 787,1	1 581,3
April	9 052,4	5 490,4	4 322,6	3 768,4	256,6	297,7	1 167,7	310,7	857,0		1 759,4	1 802,6
Mai	8 878,7	5 495,8	4 333,2	3 774,0	258,1	301,1	1 162,6	310,4	852,2		1 766,3	1 616,6
Juni	8 856,2	5 510,2	4 338,8	3 776,7	262,0	300,1	1 171,4	310,8	860,7		1 775,4	1 570,6

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. **3** Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. **4** Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12•) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva										
	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
			Unternehmen und Privatpersonen							
					mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist [6]		
Bargeld-umlauf [4]	insgesamt	darunter: auf Euro [5]	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]										
1 539,7	15 718,0	14 618,0	14 756,7	8 840,4	1 383,3	199,5	1 767,3	2 511,0	55,2	2023 Mai
1 542,7	15 760,5	14 649,8	14 755,8	8 761,2	1 451,8	217,6	1 767,5	2 499,8	58,0	Juni
1 545,9	15 696,0	14 619,8	14 725,4	8 668,3	1 508,3	231,0	1 767,7	2 489,2	60,9	Juli
1 538,3	15 646,8	14 595,4	14 694,0	8 578,0	1 579,2	240,9	1 765,9	2 465,1	65,0	Aug.
1 535,2	15 756,0	14 654,7	14 766,5	8 569,2	1 647,6	255,2	1 782,7	2 441,7	70,1	Sept.
1 531,0	15 636,6	14 577,0	14 702,2	8 421,2	1 736,5	275,6	1 773,4	2 420,5	74,9	Okt.
1 528,3	15 648,2	14 645,5	14 759,2	8 426,3	1 776,0	286,2	1 782,0	2 408,0	80,6	Nov.
1 542,3	15 822,6	14 816,0	14 927,5	8 489,3	1 826,8	302,1	1 795,3	2 427,3	86,7	Dez.
1 524,6	15 684,1	14 665,6	14 798,4	8 293,7	1 880,4	317,5	1 793,7	2 420,4	92,8	2024 Jan.
1 523,7	15 706,4	14 686,7	14 789,0	8 239,3	1 925,2	325,8	1 790,2	2 410,8	97,8	Febr.
1 528,9	15 789,3	14 783,6	14 895,2	8 295,3	1 965,4	328,0	1 796,4	2 409,2	100,9	März
1 531,4	15 777,4	14 755,2	14 896,8	8 290,5	1 979,2	328,6	1 788,3	2 406,8	103,5	April
1 534,2	15 823,4	14 817,1	14 957,8	8 319,3	2 001,8	328,6	1 789,7	2 413,1	105,3	Mai
1 541,2	15 991,5	14 965,5	15 084,5	8 423,7	2 022,4	325,6	1 794,6	2 411,7	106,4	Juni
1 545,2	15 879,9	14 869,9	15 027,0	8 359,2	2 045,8	322,4	1 785,9	2 406,1	107,4	Juli
1 543,7	15 993,2	14 950,2	15 098,7	8 416,4	2 058,7	321,7	1 781,8	2 411,8	108,4	Aug.
1 542,2	16 053,7	15 001,4	15 137,3	8 421,3	2 083,9	326,0	1 793,6	2 402,3	110,2	Sept.
1 542,1	16 058,4	14 984,6	15 145,1	8 431,6	2 094,9	323,2	1 787,8	2 396,0	111,6	Okt.
1 546,0	16 197,1	15 156,4	15 294,6	8 587,5	2 080,0	320,1	1 795,6	2 399,4	111,9	Nov.
1 561,9	16 237,7	15 245,3	15 430,5	8 675,3	2 077,0	312,8	1 813,4	2 439,4	112,6	Dez.
1 549,4	16 151,2	15 116,6	15 319,7	8 557,7	2 084,4	306,0	1 805,4	2 451,3	114,9	2025 Jan.
1 550,9	16 219,4	15 148,8	15 342,3	8 598,0	2 063,7	300,7	1 808,1	2 455,6	116,4	Febr.
1 554,7	16 258,4	15 223,6	15 406,8	8 646,7	2 064,8	295,7	1 804,8	2 476,5	118,4	März
1 558,7	16 328,0	15 253,7	15 432,2	8 729,3	2 013,5	295,8	1 794,7	2 478,4	120,4	April
1 564,1	16 416,2	15 350,9	15 515,2	8 822,4	1 980,7	293,6	1 798,2	2 497,5	122,8	Mai
1 570,1	16 383,8	15 345,0	15 489,6	8 838,9	1 927,5	287,2	1 803,1	2 506,7	126,2	Juni
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
370,7	4 469,7	4 256,0	4 103,8	2 647,5	373,8	50,3	540,9	460,8	30,5	2023 Mai
371,7	4 460,3	4 259,3	4 096,2	2 616,5	400,5	54,1	541,0	450,9	33,2	Juni
373,1	4 455,4	4 259,2	4 106,1	2 603,8	426,9	57,6	540,8	440,7	36,2	Juli
371,2	4 460,4	4 259,8	4 101,7	2 577,8	455,8	61,5	538,1	429,6	38,9	Aug.
369,4	4 448,9	4 258,5	4 104,2	2 568,6	468,0	66,2	538,5	421,1	41,8	Sept.
369,0	4 447,4	4 259,3	4 129,3	2 553,2	507,9	73,1	538,5	411,7	44,8	Okt.
368,6	4 454,3	4 281,0	4 149,1	2 561,8	515,9	79,5	542,6	401,2	48,3	Nov.
371,4	4 470,1	4 290,9	4 150,5	2 539,8	532,4	84,0	547,3	396,2	50,8	Dez.
375,1	4 448,1	4 271,5	4 150,1	2 502,4	569,5	89,5	548,1	387,2	53,4	2024 Jan.
374,5	4 447,8	4 273,8	4 147,4	2 481,0	590,5	94,7	545,6	379,8	55,8	Febr.
375,2	4 475,1	4 300,5	4 166,8	2 483,2	607,5	97,0	547,6	374,1	57,4	März
376,6	4 471,9	4 300,6	4 182,7	2 486,3	620,9	98,9	549,6	368,6	58,4	April
377,0	4 506,4	4 331,5	4 204,0	2 501,4	626,2	100,7	552,3	364,5	58,9	Mai
378,6	4 503,4	4 332,6	4 196,1	2 501,6	619,0	102,5	553,7	360,1	59,2	Juni
380,3	4 494,3	4 327,9	4 212,7	2 507,6	632,9	103,3	553,6	355,9	59,4	Juli
379,3	4 560,5	4 387,5	4 265,1	2 551,7	643,3	104,6	553,0	353,0	59,5	Aug.
378,4	4 568,2	4 398,5	4 270,7	2 556,5	645,1	105,3	553,2	350,3	60,3	Sept.
378,1	4 572,0	4 401,7	4 288,6	2 567,4	653,4	105,8	553,1	347,9	61,0	Okt.
379,1	4 623,1	4 456,0	4 335,1	2 616,3	640,1	106,8	565,5	346,1	60,3	Nov.
382,9	4 629,3	4 471,4	4 351,7	2 632,9	630,4	105,5	575,7	347,1	60,2	Dez.
380,8	4 609,3	4 445,0	4 338,3	2 616,9	636,6	103,9	576,2	345,7	59,0	2025 Jan.
381,2	4 649,0	4 466,1	4 356,4	2 643,2	631,0	102,9	576,8	343,8	58,7	Febr.
382,2	4 627,9	4 467,4	4 346,5	2 639,9	626,6	100,6	579,3	341,6	58,6	März
383,5	4 648,0	4 489,5	4 386,2	2 686,6	621,2	99,8	579,7	340,0	58,9	April
384,3	4 662,2	4 501,0	4 391,9	2 703,8	608,7	99,4	581,4	338,6	60,0	Mai
386,3	4 652,1	4 494,2	4 371,3	2 695,3	593,4	99,1	584,3	337,2	62,1	Juni

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). **5** Ohne Einlagen von Zentralstaaten. **6** In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte	sonstige öffentliche Haushalte											
				mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)						
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarktfondsanteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
Euroraum (Mrd €) 1)													
2023 Mai	470,7	490,6	277,9	126,7	29,3	39,4	13,8	3,6	291,9	287,8	685,0	2 288,8	1 579,9
Juni	495,1	509,5	288,6	134,7	29,4	39,3	13,8	3,6	280,4	280,3	678,8	2 302,0	1 589,6
Juli	466,0	504,6	281,7	137,7	28,4	39,4	13,9	3,6	284,1	283,4	689,4	2 391,9	1 635,9
Aug.	446,0	506,9	283,2	138,6	28,0	39,6	13,8	3,5	288,9	288,9	698,0	2 409,5	1 645,9
Sept.	481,2	508,2	285,3	136,7	29,3	39,7	13,8	3,4	281,7	281,7	697,3	2 431,8	1 657,7
Okt.	452,7	481,7	266,6	131,0	28,5	39,2	13,1	3,3	304,5	304,3	716,2	2 491,2	1 694,4
Nov.	404,4	484,7	275,0	127,5	27,2	38,9	13,0	3,2	325,3	325,2	733,2	2 488,6	1 696,0
Dez.	418,8	476,3	265,6	128,4	28,4	38,6	12,4	3,1	317,6	317,6	746,5	2 482,2	1 698,0
2024 Jan.	437,3	448,4	238,6	127,8	28,4	37,5	12,2	4,0	344,1	342,2	777,6	2 525,1	1 727,3
Febr.	446,5	471,0	260,7	130,6	26,1	38,1	11,7	3,8	348,6	347,8	766,5	2 534,7	1 745,9
März	419,6	474,5	258,7	135,5	26,9	37,7	12,0	3,7	373,5	372,8	782,4	2 559,9	1 758,1
April	442,7	437,9	232,4	129,8	22,6	37,7	11,8	3,7	380,3	373,9	805,4	2 589,9	1 772,1
Mai	418,5	447,2	244,3	127,8	22,2	37,7	11,6	3,6	375,6	366,7	786,5	2 574,6	1 767,3
Juni	422,7	484,4	275,6	133,7	22,8	37,4	11,4	3,5	384,5	384,4	798,0	2 581,9	1 766,9
Juli	395,4	457,5	253,1	129,9	22,9	36,9	11,2	3,5	408,9	390,7	820,3	2 579,4	1 771,3
Aug.	430,1	464,4	263,3	126,9	22,7	36,9	11,1	3,5	438,2	417,3	836,3	2 575,9	1 780,1
Sept.	426,5	489,9	283,2	135,2	20,7	36,8	10,6	3,4	414,0	400,9	837,7	2 589,5	1 802,6
Okt.	450,8	462,5	269,4	123,1	20,2	36,9	9,6	3,4	419,1	397,8	857,7	2 612,7	1 798,8
Nov.	408,8	493,6	299,8	124,2	20,0	36,7	9,5	3,3	425,8	411,6	879,4	2 624,5	1 792,6
Dez.	351,0	456,1	270,7	119,0	17,3	36,4	9,4	3,2	368,8	347,6	895,7	2 624,0	1 795,0
2025 Jan.	393,4	438,2	255,3	116,3	17,7	35,7	9,4	3,8	427,9	405,4	914,2	2 649,8	1 809,6
Febr.	426,1	450,9	266,7	119,2	16,9	34,8	9,6	3,7	466,8	443,1	920,4	2 643,2	1 811,1
März	389,2	462,4	269,6	129,3	15,8	34,6	9,7	3,6	423,4	408,5	906,2	2 614,5	1 805,5
April	452,8	443,0	261,5	117,4	16,2	34,8	9,6	3,5	463,6	447,5	920,4	2 577,1	1 790,4
Mai	452,0	449,0	266,8	118,9	15,8	35,0	9,0	3,5	438,1	419,5	914,0	2 598,2	1 805,4
Juni	417,6	476,5	284,8	129,7	14,6	34,9	9,1	3,4	424,0	407,3	906,2	2 580,4	1 817,9
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2023 Mai	105,6	260,2	104,8	99,5	25,0	29,7	1,2	0,1	7,7	7,7	2,6	670,6	458,1
Juni	95,9	268,2	106,1	106,5	24,9	29,5	1,1	0,1	7,3	7,3	2,6	671,6	452,8
Juli	89,5	259,9	96,6	109,1	23,7	29,5	0,9	0,1	7,6	7,6	2,9	679,9	457,6
Aug.	96,8	261,9	100,9	107,1	23,3	29,6	0,9	0,1	8,7	8,7	3,0	688,8	469,0
Sept.	85,2	259,5	97,5	107,0	24,5	29,6	0,8	0,1	7,8	7,8	3,0	705,6	470,0
Okt.	82,8	235,3	81,6	99,3	24,1	29,4	0,7	0,1	8,5	8,5	2,9	713,0	476,3
Nov.	73,3	231,8	81,2	97,7	22,7	29,2	0,7	0,1	9,6	9,6	3,0	706,2	471,0
Dez.	81,1	238,6	84,9	100,3	23,9	28,6	0,7	0,1	8,4	8,4	3,2	699,9	476,8
2024 Jan.	74,4	223,6	75,5	95,6	24,0	27,8	0,7	0,1	11,4	11,4	3,3	717,4	486,5
Febr.	72,0	228,4	78,6	98,8	21,6	28,6	0,6	0,1	12,4	12,4	3,3	727,1	494,5
März	74,0	234,4	79,3	103,5	22,5	28,3	0,6	0,1	11,0	10,9	3,5	727,8	501,4
April	71,2	218,0	72,0	97,9	19,3	28,2	0,6	0,1	10,6	10,6	3,7	737,0	505,8
Mai	74,7	227,7	83,8	96,1	18,9	28,2	0,6	0,1	10,3	10,3	3,8	738,4	508,7
Juni	70,5	236,9	85,4	103,0	19,9	27,9	0,5	0,1	11,1	11,1	4,0	741,5	506,2
Juli	64,4	217,3	71,8	97,3	19,9	27,6	0,5	0,1	11,9	11,9	4,2	731,6	506,8
Aug.	71,1	224,3	81,5	94,7	19,7	27,7	0,5	0,1	13,5	13,5	4,6	731,6	506,9
Sept.	65,6	231,9	83,1	102,8	17,8	27,6	0,5	0,1	10,8	10,8	4,9	730,4	508,9
Okt.	68,3	215,1	77,8	91,7	17,3	27,8	0,5	0,1	10,5	10,5	4,9	735,5	506,3
Nov.	62,5	225,5	87,6	92,6	17,3	27,5	0,5	0,1	7,9	7,9	4,7	733,1	504,6
Dez.	58,4	219,2	86,9	89,8	14,8	27,2	0,4	0,1	7,2	7,2	4,8	726,8	503,3
2025 Jan.	65,4	205,6	76,9	86,3	15,3	26,6	0,4	0,1	12,1	12,1	5,0	741,9	519,8
Febr.	79,0	213,7	84,5	88,2	14,6	25,9	0,5	0,1	13,2	13,2	5,0	746,8	520,8
März	57,8	223,7	85,3	98,8	13,5	25,6	0,5	0,1	11,3	11,3	5,3	757,8	530,0
April	55,4	206,4	77,8	88,5	13,8	25,8	0,5	0,1	15,8	15,7	5,7	740,9	524,0
Mai	59,2	211,0	82,6	88,6	13,4	25,8	0,5	0,0	15,3	15,2	5,8	741,1	521,0
Juni	54,7	226,1	87,6	100,2	12,2	25,6	0,5	0,0	14,4	14,4	5,8	740,4	527,3

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** In Deutschland nur Spareinlagen. **3** Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. **4** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. **5** Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. **6** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **7** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **8** Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10•). **9** Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) [3]						sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich					
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet [5]	Kapital und Rücklagen [6]	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten			Geldmengenaggregate [7] (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr [4]	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt [8]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9]	M1 [10]	M2 [11]	M3 [12]	Geldkapitalbildung [13]	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) [14]	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]													
56,0	32,8	2 200,0	5 722,1	2 910,6	155,5	4 814,8	0,0	10 813,4	15 100,0	15 991,5	6 976,1	178,5	2023 Mai
49,8	33,0	2 219,2	5 584,4	2 881,2	147,2	4 858,7	0,0	10 747,9	15 117,6	15 990,6	6 968,9	178,0	Juni
47,0	34,0	2 311,0	5 594,1	2 900,4	102,5	4 966,4	0,0	10 653,6	15 084,7	15 985,1	7 083,0	180,5	Juli
50,1	33,4	2 326,0	5 656,5	2 919,6	122,1	4 943,6	0,0	10 553,8	15 042,0	15 946,1	7 119,7	176,9	Aug.
45,0	36,4	2 350,4	5 541,1	2 883,4	113,5	5 128,7	0,0	10 547,2	15 094,2	16 000,9	7 129,7	180,3	Sept.
54,4	36,6	2 400,2	5 511,9	2 908,5	124,9	5 100,3	0,0	10 376,1	15 003,7	15 954,6	7 199,6	179,6	Okt.
45,1	35,9	2 407,6	5 446,5	2 938,0	170,2	4 842,3	0,0	10 388,1	15 048,2	16 020,4	7 250,4	180,8	Nov.
45,8	34,8	2 401,6	5 299,6	3 008,0	60,7	4 468,6	0,0	10 446,6	15 199,9	16 192,6	7 333,2	177,4	Dez.
40,5	36,1	2 448,5	5 339,8	3 007,5	109,1	4 513,4	0,0	10 211,0	15 023,8	16 059,0	7 383,9	180,3	2024 Jan.
33,4	36,2	2 465,1	5 446,3	2 969,3	99,1	4 596,3	0,0	10 180,5	15 036,5	16 055,7	7 364,3	182,7	Febr.
22,1	40,0	2 497,8	5 483,3	3 030,9	106,7	4 549,5	0,0	10 238,3	15 139,8	16 179,8	7 467,3	179,9	März
28,0	39,5	2 522,4	5 464,5	3 025,4	107,7	4 703,2	0,0	10 221,5	15 120,4	16 210,0	7 480,9	187,4	April
17,8	42,4	2 514,4	5 461,4	3 025,0	103,9	4 661,8	0,0	10 250,8	15 176,0	16 239,1	7 475,6	173,0	Mai
13,8	43,4	2 524,7	5 418,8	3 063,0	68,1	4 507,0	0,0	10 396,5	15 345,0	16 402,2	7 529,6	176,8	Juni
13,3	43,0	2 523,0	5 379,9	3 121,6	99,5	4 532,7	0,0	10 312,7	15 272,0	16 390,7	7 578,4	176,1	Juli
– 1,1	51,2	2 525,8	5 337,4	3 143,4	35,3	4 450,4	0,0	10 379,1	15 352,7	16 484,0	7 599,7	176,5	Aug.
3,6	54,7	2 531,2	5 404,4	3 203,4	36,6	4 564,2	0,0	10 403,9	15 402,4	16 527,4	7 678,5	176,9	Sept.
2,6	54,9	2 555,2	5 386,7	3 256,9	42,2	4 633,8	0,0	10 398,4	15 385,0	16 549,7	7 751,7	175,0	Okt.
– 7,8	54,0	2 578,3	5 589,4	3 279,2	2,3	4 846,2	0,0	10 593,7	15 566,6	16 741,3	7 805,0	180,0	Nov.
– 0,9	49,8	2 575,1	5 370,8	3 301,5	6,6	4 954,4	0,0	10 661,4	15 659,3	16 832,3	7 842,4	176,4	Dez.
– 7,7	52,0	2 605,4	5 602,8	3 378,1	48,1	5 206,6	0,0	10 523,1	15 526,3	16 749,6	7 943,3	178,9	2025 Jan.
– 18,5	50,2	2 611,5	5 723,8	3 382,3	53,1	4 663,9	0,0	10 568,4	15 552,4	16 775,1	7 956,7	171,1	Febr.
– 14,6	45,9	2 583,2	5 644,9	3 404,3	64,1	4 611,8	0,0	10 626,6	15 634,6	16 812,0	7 948,8	172,0	März
– 10,5	43,5	2 544,2	5 555,7	3 403,4	67,9	4 919,7	0,0	10 702,0	15 651,5	16 873,1	7 901,1	171,1	April
– 17,5	44,1	2 571,6	5 569,1	3 410,9	85,5	4 704,1	0,0	10 805,8	15 739,9	16 937,2	7 942,0	171,1	Mai
– 21,9	42,2	2 560,1	5 542,1	3 380,7	89,4	4 745,9	0,0	10 848,9	15 742,2	16 914,8	7 908,4	173,5	Juni
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
41,2	19,5	609,9	1 122,5	715,6	– 1 036,9	2 662,4	529,0	2 752,3	3 762,8	3 833,9	1 926,7	0,0	2023 Mai
44,6	19,2	607,9	1 099,9	709,8	– 1 026,8	2 723,1	530,7	2 722,6	3 760,6	3 834,2	1 921,6	0,0	Juni
44,5	19,9	615,4	1 070,7	724,0	– 996,4	2 835,7	532,2	2 700,4	3 759,3	3 834,2	1 946,1	0,0	Juli
51,0	20,6	617,2	1 044,4	734,2	– 998,8	2 835,9	535,1	2 678,7	3 756,9	3 840,1	1 958,1	0,0	Aug.
48,5	22,6	634,5	1 048,4	722,8	– 1 000,9	2 898,6	538,7	2 666,2	3 753,7	3 835,5	1 967,4	0,0	Sept.
49,7	24,4	639,0	1 035,9	735,9	– 998,0	2 898,7	540,2	2 634,8	3 751,7	3 837,2	1 987,9	0,0	Okt.
49,6	23,6	633,1	1 012,0	753,5	– 983,0	2 705,7	541,3	2 643,0	3 760,7	3 846,5	2 006,8	0,0	Nov.
45,9	25,0	629,0	1 016,2	778,6	– 1 034,8	2 550,2	543,7	2 624,7	3 762,2	3 844,6	2 034,5	0,0	Dez.
46,9	25,6	645,0	967,8	758,4	– 959,8	2 586,3	536,2	2 577,9	3 744,3	3 831,5	2 032,8	0,0	2024 Jan.
46,4	26,4	654,4	1 024,7	731,1	– 992,0	2 646,3	538,6	2 559,6	3 745,7	3 834,2	2 015,6	0,0	Febr.
45,7	26,7	655,4	1 022,6	744,6	– 988,1	2 590,4	541,5	2 562,4	3 767,6	3 854,5	2 033,5	0,0	März
40,9	26,3	669,7	987,7	747,2	– 960,2	2 676,0	543,3	2 558,3	3 764,4	3 846,0	2 053,2	0,0	April
39,6	25,8	673,1	1 001,7	746,9	– 986,7	2 623,7	545,7	2 585,2	3 792,3	3 871,8	2 059,4	0,0	Mai
43,9	25,7	671,9	1 015,1	777,5	– 1 013,2	2 534,5	547,3	2 587,0	3 792,0	3 876,7	2 090,4	0,0	Juni
40,7	25,6	665,3	951,2	798,5	– 972,6	2 430,1	550,2	2 579,4	3 789,3	3 871,6	2 104,4	0,0	Juli
42,8	24,8	664,0	949,8	808,5	– 1 038,9	2 372,7	554,4	2 633,2	3 849,0	3 934,8	2 112,8	0,0	Aug.
45,8	23,9	660,7	1 003,0	830,4	– 1 045,3	2 434,4	558,3	2 639,6	3 861,4	3 946,7	2 132,3	0,0	Sept.
43,4	22,1	670,1	971,7	849,3	– 1 023,0	2 540,8	561,3	2 645,2	3 861,7	3 942,5	2 161,4	0,0	Okt.
45,7	21,3	666,1	997,5	847,8	– 1 020,3	2 637,3	563,4	2 703,9	3 907,1	3 986,7	2 167,3	0,0	Nov.
45,5	19,6	661,7	982,2	861,7	– 1 022,7	2 881,3	567,2	2 719,8	3 907,7	3 984,7	2 186,6	0,0	Dez.
48,8	18,8	674,4	1 014,4	889,6	– 1 011,8	3 086,9	566,3	2 693,9	3 882,0	3 966,6	2 225,8	0,0	2025 Jan.
50,5	18,6	677,7	1 040,9	877,9	– 1 028,7	2 558,8	568,0	2 727,7	3 908,6	3 996,0	2 217,1	0,0	Febr.
65,0	17,3	675,6	1 043,5	883,9	– 1 013,6	2 537,0	569,9	2 725,1	3 906,6	4 005,4	2 223,0	0,0	März
56,6	16,8	667,5	1 009,9	886,3	– 997,8	2 743,5	571,5	2 764,4	3 928,2	4 023,2	2 218,2	0,0	April
47,9	17,1	676,2	1 001,9	889,3	– 1 008,1	2 571,3	573,7	2 786,4	3 935,7	4 021,6	2 232,7	0,0	Mai
53,4	16,5	670,5	1 029,8	887,3	– 996,2	2 522,5	575,6	2 782,9	3 925,5	4 015,6	2 229,9	0,0	Juni

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren						
		Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems										
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)	Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknotenumlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
Eurosystem 2)												
2023 Juli	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Aug.	927,8	10,9	682,0	0,1	4 853,0	3 704,4	0,0	1 567,0	254,4	770,5	177,4	5 448,9
Sept.	924,3	5,6	601,0	0,1	4 811,2	3 647,4	0,0	1 564,2	222,5	733,8	174,3	5 386,0
Okt.	931,2	8,1	515,4	0,1	4 767,9	3 577,4	0,0	1 554,7	222,7	693,3	174,6	5 306,7
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	933,3	7,3	495,9	0,0	4 715,0	3 548,8	0,0	1 551,1	194,1	685,3	172,0	5 271,9
2024 Jan.	958,3	7,9	396,2	0,1	4 686,8	3 487,4	0,0	1 556,7	168,4	666,3	170,5	5 214,6
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	966,5	4,8	397,3	0,0	4 646,4	3 490,9	0,0	1 543,2	168,5	643,8	168,6	5 202,7
April	1 002,8	2,8	249,4	0,0	4 599,5	3 337,9	0,0	1 546,1	137,8	664,3	168,4	5 052,3
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	1 031,7	2,5	149,1	0,0	4 550,7	3 214,0	0,0	1 551,5	119,5	682,3	166,7	4 932,1
Juli	1 063,7	5,7	104,9	0,0	4 494,3	3 113,2	0,0	1 559,5	115,2	712,7	168,1	4 840,8
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	1 083,7	3,0	85,5	0,0	4 442,0	3 058,7	0,0	1 564,2	119,2	702,9	169,3	4 792,2
Okt.	1 123,9	7,8	49,2	0,0	4 396,1	2 989,1	0,0	1 560,2	117,4	741,1	169,0	4 718,4
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	1 145,7	9,1	40,7	0,0	4 334,0	2 927,9	0,0	1 563,1	114,2	756,2	168,1	4 659,2
2025 Jan.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	1 198,5	10,8	17,5	0,0	4 274,9	2 904,4	0,0	1 576,6	107,2	742,7	170,8	4 651,8
März	1 219,2	8,4	18,3	0,1	4 203,8	2 846,9	0,0	1 567,0	118,9	744,7	172,4	4 586,2
April	1 286,2	10,0	14,5	0,1	4 121,7	2 806,9	0,0	1 571,4	100,8	781,7	171,6	4 549,9
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	1 344,5	11,3	13,7	0,1	4 043,3	2 740,0	0,0	1 578,8	104,4	816,9	172,7	4 491,5
Juli	1 315,3	8,1	13,0	0,0	3 967,7	2 670,6	0,0	1 587,2	103,2	771,0	172,1	4 429,8
Deutsche Bundesbank												
2023 Juli	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Aug.	236,2	1,5	142,4	0,1	1 048,8	1 175,5	0,0	377,5	49,9	– 222,5	48,4	1 601,5
Sept.	234,5	0,8	131,2	0,1	1 041,3	1 177,8	0,0	377,3	40,1	– 235,4	48,0	1 603,1
Okt.	235,7	1,3	96,3	0,0	1 024,0	1 151,1	0,0	374,9	28,7	– 245,4	47,9	1 574,0
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	236,8	0,7	89,2	0,0	1 016,7	1 171,3	0,0	373,5	18,9	– 267,7	47,3	1 592,1
2024 Jan.	243,9	0,9	69,5	0,1	1 005,8	1 127,3	0,0	379,3	19,8	– 253,3	47,0	1 553,6
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	246,5	0,7	69,3	0,0	996,7	1 164,4	0,0	379,2	16,3	– 293,4	46,7	1 590,3
April	257,8	0,7	40,4	0,0	983,5	1 122,4	0,0	379,4	17,1	– 282,5	45,9	1 547,7
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	265,9	0,6	21,3	0,0	970,0	1 102,8	0,0	380,9	13,5	– 285,8	46,3	1 530,0
Juli	275,7	0,7	15,7	0,0	954,3	1 092,8	0,0	383,0	12,1	– 287,6	46,1	1 521,9
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	280,5	0,6	13,3	0,0	943,3	1 044,7	0,0	384,6	11,4	– 249,5	46,6	1 475,9
Okt.	292,6	1,0	8,8	0,0	929,0	1 031,5	0,0	384,1	11,7	– 241,7	45,7	1 461,3
Nov.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	299,0	2,0	8,4	0,0	917,7	1 017,3	0,0	383,9	11,4	– 231,6	46,1	1 447,3
2025 Jan.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	312,4	1,0	3,5	0,0	907,0	980,6	0,0	386,3	14,0	– 205,3	48,1	1 414,9
März	317,8	0,7	3,2	0,1	886,5	991,1	0,0	384,6	14,0	– 228,5	47,0	1 422,8
April	338,9	0,9	2,6	0,0	864,6	976,8	0,0	386,0	11,9	– 214,5	46,8	1 409,6
Mai	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Juni	357,3	1,1	2,6	0,0	847,3	973,8	0,0	387,6	10,4	– 211,1	47,6	1 409,0
Juli	350,0	1,2	2,4	0,0	836,7	918,9	0,0	390,2	10,4	– 176,6	47,5	1 356,6

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsoli dierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. **1** Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. **2** Quelle: EZB. **3** Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. **4** Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. **5** Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren								
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems												
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte [3]	Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte [4]	Banknotenumlauf [5]	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) [6]	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) [7]	Basisgeld [8]	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode [1]
Eurosystem [2]												
− 20,4	+ 9,3	− 418,5	± 0,0	− 31,1	− 422,0	± 0,0	+ 3,3	− 2,0	− 36,1	− 4,2	− 422,8	2023 Juli
− 3,5	− 5,3	− 81,0	± 0,0	− 41,8	− 57,0	± 0,0	− 2,8	− 31,9	− 36,7	− 3,1	− 62,9	Aug.
+ 6,9	+ 2,5	− 85,6	± 0,0	− 43,3	− 70,0	± 0,0	− 9,5	+ 0,2	− 40,5	+ 0,3	− 79,3	Sept.
+ 2,1	− 0,8	− 19,5	− 0,1	− 52,9	− 28,6	± 0,0	− 3,6	− 28,6	− 8,0	− 2,6	− 34,8	Okt.
+ 25,0	+ 0,6	− 99,7	+ 0,1	− 28,2	− 61,4	± 0,0	+ 5,6	− 25,7	− 19,0	− 1,5	− 57,3	Nov.
+ 8,2	− 3,1	+ 1,1	− 0,1	− 40,4	+ 3,5	± 0,0	− 13,5	+ 0,1	− 22,5	− 1,9	− 11,9	Dez.
+ 36,3	− 2,0	− 147,9	± 0,0	− 46,9	− 153,0	± 0,0	+ 2,9	− 30,7	+ 20,5	− 0,2	− 150,4	2024 Jan.
+ 28,9	− 0,3	− 100,3	± 0,0	− 48,8	− 123,9	± 0,0	+ 5,4	− 18,3	+ 18,0	− 1,7	− 120,2	Febr.
+ 32,0	+ 3,2	− 44,2	± 0,0	− 56,4	− 100,8	± 0,0	+ 8,0	− 4,3	+ 30,4	+ 1,4	− 91,3	März
+ 20,0	− 2,7	− 19,4	± 0,0	− 52,3	− 54,5	± 0,0	+ 4,7	+ 4,0	− 9,8	+ 1,2	− 48,6	April
+ 40,2	+ 4,8	− 36,3	± 0,0	− 45,9	− 69,6	± 0,0	− 4,0	− 1,8	+ 38,2	− 0,3	− 73,8	Mai
+ 21,8	+ 1,3	− 8,5	± 0,0	− 62,1	− 61,2	± 0,0	+ 2,9	− 3,2	+ 15,1	− 0,9	− 59,2	Juni
+ 52,8	+ 1,7	− 23,2	± 0,0	− 59,1	− 23,5	± 0,0	+ 13,5	− 7,0	− 13,5	+ 2,7	− 7,4	Juli
+ 20,7	− 2,4	+ 0,8	+ 0,1	− 71,1	− 57,5	± 0,0	− 9,6	+ 11,7	+ 2,0	+ 1,6	− 65,6	Aug.
+ 67,0	+ 1,6	− 3,8	± 0,0	− 82,1	− 40,0	± 0,0	+ 4,4	− 18,1	+ 37,0	− 0,8	− 36,3	Sept.
+ 58,3	+ 1,3	− 0,8	± 0,0	− 78,4	− 66,9	± 0,0	+ 7,4	+ 3,6	+ 35,2	+ 1,1	− 58,4	Okt.
− 29,2	− 3,2	− 0,7	− 0,1	− 75,6	− 69,4	± 0,0	+ 8,4	− 1,2	− 45,9	− 0,6	− 61,7	Nov.
Deutsche Bundesbank												
− 5,6	+ 0,8	− 56,5	− 0,0	− 8,0	− 80,8	± 0,0	+ 0,4	− 4,7	+ 19,3	− 3,5	− 83,9	2023 Juli
− 1,7	− 0,7	− 11,2	+ 0,0	− 7,5	+ 2,3	± 0,0	− 0,2	− 9,8	− 13,0	− 0,4	+ 1,6	Aug.
+ 1,2	+ 0,5	− 35,0	− 0,0	− 17,3	− 26,7	± 0,0	− 2,4	− 11,5	− 9,9	− 0,0	− 29,1	Sept.
+ 1,1	− 0,6	− 7,1	− 0,0	− 7,3	+ 20,1	± 0,0	− 1,4	− 9,8	− 22,3	− 0,7	+ 18,1	Okt.
+ 7,1	+ 0,2	− 19,7	+ 0,0	− 10,9	− 44,0	± 0,0	+ 5,8	+ 0,9	+ 14,3	− 0,3	− 38,5	Nov.
+ 2,6	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 9,0	+ 37,2	± 0,0	− 0,2	− 3,5	− 40,1	− 0,3	+ 36,7	Dez.
+ 11,3	+ 0,0	− 28,9	− 0,0	− 13,3	− 42,0	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 10,9	− 0,8	− 42,6	2024 Jan.
+ 8,1	− 0,1	− 19,2	− 0,0	− 13,4	− 19,6	± 0,0	+ 1,5	− 3,5	− 3,2	+ 0,4	− 17,7	Febr.
+ 9,7	+ 0,1	− 5,5	+ 0,0	− 15,7	− 10,0	± 0,0	+ 2,0	− 1,4	− 1,8	− 0,2	− 8,2	März
+ 4,9	− 0,1	− 2,4	− 0,0	− 11,0	− 48,1	± 0,0	+ 1,7	− 0,7	+ 38,0	+ 0,5	− 46,0	April
+ 12,0	+ 0,4	− 4,5	+ 0,0	− 14,2	− 13,2	± 0,0	− 0,5	+ 0,4	+ 7,9	− 0,8	− 14,6	Mai
+ 6,4	+ 1,0	− 0,4	+ 0,0	− 11,4	− 14,2	± 0,0	− 0,1	− 0,4	+ 10,0	+ 0,3	− 14,0	Juni
+ 13,4	− 1,0	− 4,9	+ 0,0	− 10,7	− 36,7	± 0,0	+ 2,3	+ 2,6	+ 26,3	+ 2,0	− 32,4	Juli
+ 5,3	− 0,3	− 0,3	+ 0,0	− 20,5	+ 10,5	± 0,0	− 1,6	+ 0,0	− 23,2	− 1,1	+ 7,8	Aug.
+ 21,2	+ 0,2	− 0,6	− 0,0	− 21,9	− 14,3	± 0,0	+ 1,4	− 2,0	+ 14,0	− 0,2	− 13,1	Sept.
+ 18,4	+ 0,2	− 0,1	− 0,0	− 17,3	− 3,0	± 0,0	+ 1,6	− 1,6	+ 3,4	+ 0,8	− 0,6	Okt.
− 7,3	+ 0,1	− 0,1	− 0,0	− 10,6	− 54,9	± 0,0	+ 2,6	− 0,0	+ 34,5	− 0,1	− 52,4	Nov.
												Dez.
												2025 Jan.
												Febr.
												März
												April
												Mai
												Juni
												Juli

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren" ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren" ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. **7** Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditäts zuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. **8** Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität", „Banknotenumlauf" und „Guthaben der Kredit institute auf Girokonten".

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem [1]									
2025 Jan. 17.	6 403,4	872,2	523,6	237,7	285,9	17,6	20,9	20,9	–
24.	6 408,1	872,2	524,3	238,1	286,3	17,3	21,7	21,7	–
31.	6 393,7	872,2	521,3	237,9	283,4	19,3	22,6	22,6	–
Febr. 7.	6 371,0	872,2	521,6	238,1	283,6	19,5	21,9	21,9	–
14.	6 368,9	872,2	520,6	237,8	282,7	20,9	22,4	22,4	–
21.	6 349,6	872,2	521,2	237,8	283,4	21,5	22,3	22,3	–
28.	6 319,5	872,2	522,5	237,8	284,7	19,1	22,7	22,7	–
März 7.	6 287,8	872,2	522,9	237,8	285,0	20,5	22,8	22,8	–
14.	6 274,5	872,2	522,3	236,4	285,8	20,3	23,2	23,2	–
21.	6 274,3	872,2	522,1	236,4	285,7	20,9	23,0	23,0	–
28.	6 247,0	872,2	521,4	236,0	285,4	19,9	23,0	23,0	–
April 4.	6 338,2	1 002,2	510,1	231,5	278,5	19,6	22,8	22,8	–
11.	6 329,8	1 002,2	510,7	231,5	279,2	19,3	23,0	23,0	–
18.	6 329,3	1 002,2	515,4	234,8	280,6	18,4	23,2	23,2	–
25.	6 329,9	1 002,2	514,0	234,7	279,3	19,4	23,1	23,1	–
Mai 2.	6 313,6	1 002,2	515,0	234,7	280,4	17,7	22,9	22,9	–
9.	6 301,2	1 002,2	515,5	234,7	280,7	19,2	23,5	23,5	–
16.	6 291,7	1 002,2	515,7	234,8	281,0	19,9	23,6	23,6	–
23.	6 294,0	1 002,1	516,9	234,7	282,1	19,1	23,7	23,7	–
30.	6 274,5	1 002,2	515,3	234,7	280,6	18,5	24,4	24,4	–
Juni 6.	6 243,2	1 002,1	517,2	234,8	282,4	18,1	24,7	24,7	–
13.	6 237,2	1 002,2	515,7	234,8	281,0	18,9	24,8	24,8	–
20.	6 241,5	1 002,2	516,9	234,6	282,3	17,3	25,7	25,7	–
27.	6 232,2	1 002,2	515,4	234,3	281,1	18,1	26,1	26,1	–
Juli 4.	6 141,3	972,4	489,1	223,6	265,4	17,9	26,0	26,0	–
11.	6 137,1	972,4	490,1	223,6	266,5	18,0	26,0	26,0	–
18.	6 118,9	972,4	488,7	223,5	265,2	19,3	26,1	26,1	–
25.	6 121,8	972,5	489,6	223,5	266,2	19,4	26,8	26,8	–
Aug. 1.	6 108,9	972,5	490,1	223,6	266,5	18,2	27,5	27,5	–
8.	6 100,5	972,5	490,1	224,4	265,7	20,5	27,5	27,5	–
Deutsche Bundesbank									
2025 Jan. 17.	2 406,0	270,6	95,8	59,2	36,6	0,0	0,1	0,1	–
24.	2 398,5	270,6	94,6	59,2	35,4	0,0	0,4	0,4	–
31.	2 408,1	270,6	94,3	59,1	35,2	0,0	1,2	1,2	–
Febr. 7.	2 412,6	270,6	94,4	59,2	35,2	0,0	0,2	0,2	–
14.	2 432,2	270,6	94,3	59,1	35,2	0,0	0,7	0,7	–
21.	2 389,3	270,6	94,2	59,1	35,2	0,0	0,4	0,4	–
28.	2 379,2	270,6	94,3	59,1	35,2	0,0	0,6	0,6	–
März 7.	2 373,9	270,6	94,6	59,1	35,6	0,0	0,3	0,3	–
14.	2 371,5	270,6	94,0	58,4	35,6	0,0	0,6	0,6	–
21.	2 353,5	270,6	94,1	58,4	35,6	0,0	0,3	0,3	–
28.	2 353,2	270,6	93,9	58,4	35,6	0,0	0,1	0,1	–
April 4.	2 399,0	310,9	91,7	57,1	34,6	0,0	0,2	0,2	–
11.	2 407,9	310,9	91,6	57,1	34,5	0,0	0,1	0,1	–
18.	2 374,5	310,9	92,8	57,9	34,8	0,0	0,2	0,2	–
25.	2 376,5	310,9	92,8	57,9	34,8	0,0	0,2	0,2	–
Mai 2.	2 395,4	310,9	92,4	57,9	34,4	0,0	0,2	0,2	–
9.	2 411,2	310,9	92,7	57,9	34,8	0,0	0,2	0,2	–
16.	2 422,8	310,9	93,0	57,9	35,1	0,0	0,2	0,2	–
23.	2 423,0	310,8	92,9	57,9	35,1	0,0	0,1	0,1	–
30.	2 370,4	310,8	92,9	57,9	35,1	0,0	0,2	0,2	–
Juni 6.	2 377,5	310,8	92,9	57,9	35,0	0,0	0,5	0,5	–
13.	2 347,8	310,8	93,0	57,9	35,1	0,0	0,2	0,2	–
20.	2 362,1	310,8	92,7	57,9	34,8	0,0	0,3	0,3	–
27.	2 348,7	310,8	92,7	57,8	34,8	0,0	0,1	0,1	–
Juli 4.	2 355,5	301,6	87,8	55,2	32,6	0,0	0,0	0,0	–
11.	2 340,8	301,6	88,1	55,2	32,8	0,0	0,0	0,0	–
18.	2 318,4	301,6	87,7	55,2	32,5	0,2	0,1	0,1	–
25.	2 348,8	301,6	87,8	55,2	32,7	0,0	0,1	0,1	–
Aug. 1.	2 342,2	301,6	87,3	55,3	32,1	0,4	0,0	0,0	–
8.	2 348,4	301,6	86,0	54,9	31,1	1,6	0,1	0,1	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/ Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem [1]													
25,3	8,0	17,2	–	–	0,1	–	31,7	4 524,2	4 268,1	256,1	20,4	367,5	2025 Jan. 17.
26,3	9,1	17,2	–	–	0,0	–	35,5	4 523,4	4 262,2	261,3	20,4	366,9	24.
31,0	11,9	19,1	–	–	–	–	31,3	4 510,6	4 248,1	262,5	20,4	364,9	31.
26,0	7,0	19,1	–	–	–	–	30,7	4 498,0	4 235,0	263,1	20,4	360,7	Febr. 7.
25,3	6,2	19,1	–	–	0,0	–	35,6	4 496,2	4 230,1	266,1	20,4	355,3	14.
27,9	8,7	19,1	–	–	0,1	–	46,0	4 470,1	4 201,9	268,2	20,4	348,0	21.
29,7	12,4	17,0	–	–	0,2	–	32,8	4 459,2	4 189,9	269,3	20,4	340,9	28.
25,0	7,9	17,0	–	–	0,0	–	28,3	4 444,2	4 173,3	270,9	20,4	331,5	März 7.
23,8	6,6	17,0	–	–	0,1	–	27,0	4 433,1	4 158,6	274,5	20,4	332,3	14.
25,6	8,4	17,0	–	–	0,1	–	31,5	4 431,1	4 154,5	276,6	20,4	327,7	21.
27,4	14,0	13,2	–	–	0,2	–	37,1	4 405,1	4 126,4	278,8	20,4	320,4	28.
23,2	10,0	13,2	–	–	–	–	33,5	4 390,7	4 111,1	279,6	20,3	315,8	April 4.
22,1	8,8	13,2	–	–	–	–	34,0	4 376,3	4 095,4	280,9	20,3	322,0	11.
25,2	11,9	13,2	–	–	0,0	–	39,5	4 366,9	4 086,2	280,7	20,3	318,2	18.
27,6	14,2	13,2	–	–	0,1	–	44,4	4 364,2	4 077,1	287,1	20,3	314,7	25.
29,5	15,6	13,9	–	–	0,0	–	42,0	4 350,5	4 061,8	288,7	20,3	313,4	Mai 2.
24,5	10,6	13,9	–	–	–	–	37,1	4 347,5	4 057,8	289,7	20,3	311,4	9.
23,7	9,9	13,9	–	–	–	–	37,5	4 336,4	4 047,4	289,0	20,3	312,3	16.
24,5	10,6	13,9	–	–	0,1	–	46,5	4 334,6	4 043,9	290,7	20,3	306,3	23.
24,5	10,7	13,6	–	–	0,2	–	51,3	4 310,6	4 019,7	290,9	20,3	307,5	30.
21,0	7,4	13,6	–	–	–	–	35,0	4 296,2	4 005,1	291,1	20,3	308,4	Juni 6.
19,8	6,2	13,6	–	–	–	–	24,8	4 290,6	3 999,5	291,1	20,3	320,1	13.
22,2	8,6	13,6	–	–	0,0	–	30,3	4 288,9	3 997,3	291,5	20,3	317,7	20.
26,0	13,1	12,7	–	–	0,2	–	29,9	4 275,5	3 984,7	290,8	20,3	318,7	27.
20,7	8,0	12,7	–	–	0,0	–	30,7	4 250,4	3 959,5	290,9	20,2	314,0	Juli 4.
19,3	6,6	12,7	–	–	–	–	31,2	4 247,4	3 956,4	291,0	20,2	312,5	11.
19,9	7,2	12,7	–	–	–	–	29,4	4 234,2	3 941,5	292,7	20,2	308,6	18.
19,7	6,8	12,7	–	–	0,1	–	29,7	4 235,4	3 940,9	294,6	20,2	308,5	25.
22,2	10,2	12,0	–	–	–	–	28,5	4 225,3	3 928,9	296,5	20,2	304,3	Aug. 1.
18,5	6,5	12,0	–	–	–	–	23,6	4 225,1	3 928,2	296,9	20,2	302,4	8.
Deutsche Bundesbank													
4,6	1,0	3,5	–	–	0,1	–	8,0	903,2	903,2	–	4,0	1 119,7	2025 Jan. 17.
4,5	1,0	3,5	–	–	0,0	–	9,3	900,7	900,7	–	4,0	1 114,5	24.
4,2	0,7	3,5	–	–	–	–	9,9	900,4	900,4	–	4,0	1 123,5	31.
4,0	0,5	3,5	–	–	–	–	8,8	899,2	899,2	–	4,0	1 131,4	Febr. 7.
4,0	0,5	3,5	–	–	0,0	–	9,2	897,8	897,8	–	4,0	1 151,6	14.
4,6	1,0	3,5	–	–	0,1	–	10,4	881,1	881,1	–	4,0	1 124,1	21.
4,0	0,9	2,8	–	–	0,2	–	10,0	879,9	879,9	–	4,0	1 116,0	28.
3,4	0,6	2,8	–	–	0,0	–	8,7	878,3	878,3	–	4,0	1 113,9	März 7.
3,6	0,6	2,8	–	–	0,1	–	9,1	872,7	872,7	–	4,0	1 117,0	14.
3,8	0,9	2,8	–	–	0,1	–	8,2	870,5	870,5	–	4,0	1 102,0	21.
3,7	1,0	2,5	–	–	0,1	–	10,4	870,3	870,3	–	4,0	1 100,3	28.
3,3	0,8	2,5	–	–	–	–	9,1	865,2	865,2	–	4,0	1 114,6	April 4.
3,3	0,7	2,5	–	–	–	–	9,2	854,8	854,8	–	4,0	1 134,1	11.
3,7	1,1	2,5	–	–	0,0	–	8,1	852,6	852,6	–	4,0	1 102,3	18.
4,0	1,3	2,5	–	–	0,1	–	9,4	849,8	849,8	–	4,0	1 105,5	25.
3,7	1,1	2,6	–	–	0,0	–	10,0	849,7	849,7	–	4,0	1 124,6	Mai 2.
3,4	0,8	2,6	–	–	–	–	8,8	848,1	848,1	–	4,0	1 143,1	9.
3,7	1,1	2,6	–	–	–	–	7,4	846,8	846,8	–	4,0	1 156,9	16.
3,8	1,2	2,6	–	–	–	–	7,2	846,5	846,5	–	4,0	1 157,7	23.
3,9	1,3	2,5	–	–	0,2	–	9,8	845,6	845,6	–	4,0	1 103,1	30.
3,3	0,9	2,5	–	–	–	–	10,1	845,3	845,3	–	4,0	1 110,6	Juni 6.
3,7	1,2	2,5	–	–	–	–	9,5	840,8	840,8	–	4,0	1 085,8	13.
4,1	1,6	2,5	–	–	0,0	–	9,6	839,8	839,8	–	4,0	1 100,6	20.
3,9	1,4	2,4	–	–	0,0	–	8,5	839,7	839,7	–	4,0	1 089,1	27.
3,7	1,3	2,4	–	–	0,0	–	11,4	835,4	835,4	–	4,0	1 111,5	Juli 4.
3,0	0,6	2,4	–	–	–	–	9,5	834,9	834,9	–	4,0	1 099,7	11.
3,5	1,1	2,4	–	–	–	–	8,9	833,4	833,4	–	4,0	1 079,1	18.
3,9	1,4	2,4	–	–	0,1	–	8,7	833,4	833,4	–	4,0	1 109,3	25.
3,9	1,2	2,7	–	–	–	–	5,9	833,4	833,4	–	4,0	1 105,6	Aug. 1.
3,6	0,9	2,7	–	–	–	–	4,7	833,3	833,3	–	4,0	1 113,6	8.

-preisen bewertet. **1** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreservegutha-ben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2025 Jan. 17.	6 403,4	1 570,5	3 107,1	171,9	2 935,3	–	–	–	20,2	–	179,8	100,9	78,9
24.	6 408,1	1 567,0	3 108,6	146,1	2 962,6	–	–	–	17,7	–	177,1	98,5	78,6
31.	6 393,7	1 567,0	3 033,2	197,3	2 835,9	–	–	–	15,1	–	211,2	130,8	80,4
Febr. 7.	6 371,0	1 566,8	3 062,5	168,9	2 893,6	–	–	–	12,7	–	196,3	115,2	81,1
14.	6 368,9	1 566,3	3 051,1	159,4	2 891,7	–	–	–	13,7	–	202,4	122,2	80,2
21.	6 349,6	1 565,6	3 018,7	158,6	2 860,1	–	–	–	14,7	–	194,5	116,0	78,5
28.	6 319,5	1 568,5	2 979,2	150,4	2 828,8	–	–	–	14,2	–	222,1	137,9	84,2
März 7.	6 287,8	1 568,4	2 998,2	188,3	2 809,9	–	–	–	13,4	–	192,7	109,3	83,5
14.	6 274,5	1 568,0	2 997,4	187,4	2 810,0	–	–	–	11,8	–	195,7	113,0	82,6
21.	6 274,3	1 567,4	3 013,9	157,9	2 856,0	–	–	–	12,8	–	181,1	96,4	84,7
28.	6 247,0	1 569,1	2 979,9	158,0	2 821,9	–	–	–	14,3	–	187,6	102,1	85,5
April 4.	6 338,2	1 571,1	2 980,7	162,5	2 818,2	–	–	–	13,2	–	185,7	100,4	85,2
11.	6 329,8	1 573,8	2 968,7	157,4	2 811,3	–	–	–	13,1	–	179,8	97,1	82,7
18.	6 329,3	1 579,9	2 930,4	199,7	2 730,7	–	–	–	12,9	–	195,7	97,6	98,2
25.	6 329,9	1 577,0	2 938,8	181,5	2 757,3	–	–	–	12,7	–	180,7	100,9	79,8
Mai 2.	6 313,6	1 578,8	2 934,3	166,4	2 767,9	–	–	–	11,8	–	183,0	102,0	80,9
9.	6 301,2	1 577,4	2 942,3	159,1	2 783,3	–	–	–	11,3	–	179,5	102,0	77,5
16.	6 291,7	1 576,9	2 925,8	158,2	2 767,6	–	–	–	10,9	–	178,4	99,9	78,5
23.	6 294,0	1 577,1	2 919,2	161,5	2 757,7	–	–	–	10,2	–	177,0	100,0	77,0
30.	6 274,5	1 581,5	2 870,0	165,6	2 704,4	–	–	–	9,9	–	199,2	118,8	80,4
Juni 6.	6 243,2	1 583,5	2 870,2	202,6	2 667,5	–	–	–	9,7	–	181,8	102,1	79,7
13.	6 237,2	1 583,3	2 870,3	184,6	2 685,7	–	–	–	8,3	–	185,0	100,5	84,5
20.	6 241,5	1 583,5	2 881,4	161,9	2 719,6	–	–	–	8,4	–	177,0	103,5	73,6
27.	6 232,2	1 585,7	2 844,4	163,8	2 680,6	–	–	–	7,8	–	198,4	127,4	71,0
Juli 4.	6 141,3	1 587,9	2 849,2	166,0	2 683,3	–	–	–	8,4	–	172,8	101,2	71,6
11.	6 137,1	1 589,4	2 838,7	162,5	2 676,3	–	–	–	8,2	–	164,1	95,4	68,7
18.	6 118,9	1 590,9	2 792,3	158,3	2 634,1	–	–	–	8,2	–	178,2	108,5	69,7
25.	6 121,8	1 590,8	2 819,3	194,8	2 624,5	–	–	–	7,7	–	158,9	96,9	61,9
Aug. 1.	6 108,9	1 593,2	2 786,4	190,1	2 596,3	–	–	–	7,7	–	162,3	99,9	62,4
8.	6 100,5	1 594,4	2 829,0	159,6	2 669,5	–	–	–	7,8	–	169,8	110,0	59,8
Deutsche Bundesbank													
2025 Jan. 17.	2 406,0	383,1	1 043,1	59,8	983,3	–	–	–	4,3	–	19,9	8,3	11,6
24.	2 398,5	382,2	1 039,9	36,3	1 003,6	–	–	–	4,1	–	19,2	8,2	11,1
31.	2 408,1	383,9	1 035,6	59,3	976,3	–	–	–	3,9	–	27,0	15,3	11,6
Febr. 7.	2 412,6	384,6	1 050,1	45,2	1 004,8	–	–	–	2,9	–	23,0	11,0	11,9
14.	2 432,2	384,7	1 060,6	41,2	1 019,3	–	–	–	2,9	–	26,4	14,7	11,8
21.	2 389,3	384,6	1 024,3	40,7	983,6	–	–	–	3,5	–	20,4	10,3	10,1
28.	2 379,2	384,4	1 020,9	36,4	984,5	–	–	–	3,3	–	33,2	22,0	11,2
März 7.	2 373,9	384,7	1 033,3	56,5	976,8	–	–	–	3,1	–	23,6	13,6	10,0
14.	2 371,5	384,9	1 033,8	45,1	988,8	–	–	–	2,4	–	19,9	10,1	9,7
21.	2 353,5	384,8	1 021,7	42,8	978,9	–	–	–	2,7	–	19,0	9,7	9,3
28.	2 353,2	386,0	1 013,9	40,3	973,6	–	–	–	2,9	–	22,3	12,5	9,8
April 4.	2 399,0	385,3	1 029,1	41,8	987,4	–	–	–	2,2	–	19,8	11,8	8,0
11.	2 407,9	386,6	1 032,1	39,0	993,1	–	–	–	2,2	–	22,3	14,7	7,6
18.	2 374,5	389,1	994,3	61,6	932,7	–	–	–	2,6	–	21,6	12,0	9,6
25.	2 376,5	387,4	994,3	44,4	949,8	–	–	–	3,2	–	21,8	12,9	8,9
Mai 2.	2 395,4	386,8	1 021,3	47,0	974,3	–	–	–	2,4	–	17,6	8,6	9,0
9.	2 411,2	387,0	1 039,7	40,9	998,9	–	–	–	2,2	–	17,4	9,4	8,0
16.	2 422,8	387,4	1 045,4	40,9	1 004,4	–	–	–	2,1	–	17,5	9,4	8,1
23.	2 423,0	387,7	1 045,5	41,2	1 004,3	–	–	–	2,1	–	19,3	10,6	8,7
30.	2 370,4	387,5	982,6	47,0	935,5	–	–	–	2,4	–	20,6	11,8	8,9
Juni 6.	2 377,5	388,8	993,6	60,2	933,4	–	–	–	2,5	–	20,6	9,3	11,3
13.	2 347,8	389,3	964,6	45,1	919,6	–	–	–	1,8	–	15,7	6,8	8,8
20.	2 362,1	389,6	976,1	41,4	934,6	–	–	–	2,1	–	20,2	10,7	9,5
27.	2 348,7	390,2	958,7	43,0	915,7	–	–	–	1,8	–	20,3	11,1	9,2
Juli 4.	2 355,5	389,4	974,9	42,5	932,3	–	–	–	2,3	–	24,5	14,9	9,6
11.	2 340,8	390,8	963,3	41,6	921,7	–	–	–	1,8	–	21,4	12,0	9,4
18.	2 318,4	391,2	937,9	41,6	896,4	–	–	–	2,1	–	16,7	7,8	8,9
25.	2 348,8	391,6	971,1	63,1	908,0	–	–	–	1,9	–	16,3	8,2	8,1
Aug. 1.	2 342,2	390,5	961,7	50,7	911,0	–	–	–	2,0	–	16,2	7,3	8,9
8.	2 348,4	391,5	974,4	41,0	933,3	–	–	–	1,9	–	16,1	8,1	8,0

***** Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. **1** Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva [2]	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten [1]	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklagen [4]		Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II					insgesamt	darunter: Verlustvortrag [5]	
Eurosystem [3]											
158,1	11,7	2,1	2,1	–	182,8	206,5	–	872,5	92,0	.	2025 Jan. 17.
167,4	12,3	0,7	0,7	–	182,8	209,8	–	872,5	92,0	.	24.
201,6	11,3	0,5	0,5	–	182,8	206,4	–	872,5	92,1	.	31.
171,0	11,7	0,4	0,4	–	182,8	202,4	–	872,4	91,9	.	Febr. 7.
174,9	11,8	0,5	0,5	–	182,8	201,1	–	872,4	91,9	.	14.
193,3	11,9	1,0	1,0	–	182,8	210,7	–	872,4	84,0	.	21.
196,2	10,6	1,0	1,0	–	182,8	208,4	–	872,4	64,2	.	28.
186,1	11,7	0,5	0,5	–	182,8	197,4	–	872,4	64,2	.	März 7.
173,1	11,7	0,8	0,8	–	182,8	206,7	–	872,4	54,1	.	14.
165,0	12,3	0,8	0,8	–	182,8	214,9	–	872,4	50,9	.	21.
170,8	11,4	0,8	0,8	–	182,8	212,9	–	872,4	45,1	.	28.
157,0	11,9	0,7	0,7	–	179,0	201,7	–	992,1	45,1	.	April 4.
160,9	12,1	0,7	0,7	–	179,0	204,7	–	992,1	45,0	.	11.
174,9	11,9	1,0	1,0	–	179,0	206,6	–	992,1	45,0	.	18.
178,8	11,7	0,9	0,9	–	179,0	213,2	–	992,1	45,1	.	25.
167,2	11,3	0,6	0,6	–	179,0	210,6	–	992,1	45,0	.	Mai 2.
152,4	12,7	0,6	0,6	–	179,0	208,8	–	992,1	45,0	.	9.
158,1	13,2	0,8	0,8	–	179,0	211,5	–	992,1	45,0	.	16.
165,1	13,4	0,8	0,8	–	179,0	215,2	–	992,1	45,0	.	23.
168,1	11,6	0,8	0,8	–	179,0	217,3	–	992,1	45,0	.	30.
162,4	12,8	0,7	0,7	–	179,0	206,2	–	992,1	44,9	.	Juni 6.
154,5	12,5	0,4	0,4	–	179,0	206,8	–	992,1	44,9	.	13.
151,2	12,5	0,2	0,2	–	179,0	211,3	–	992,1	44,9	.	20.
159,0	11,7	0,2	0,2	–	179,0	216,8	–	992,1	37,0	.	27.
152,4	11,8	0,3	0,3	–	170,8	203,2	–	947,5	37,0	.	Juli 4.
166,5	12,2	0,9	0,9	–	170,8	201,7	–	947,5	37,0	.	11.
184,8	12,2	0,9	0,9	–	170,8	196,0	–	947,5	37,0	.	18.
181,0	12,8	1,1	1,1	–	170,8	194,8	–	947,5	37,0	.	25.
195,3	12,2	1,0	1,0	–	170,8	195,4	–	947,5	37,0	.	Aug. 1.
136,5	14,6	1,1	1,1	–	170,8	191,8	–	947,5	37,0	.	8.
Deutsche Bundesbank											
49,7	0,0	1,5	1,5	–	47,1	19,6	567,2	267,3	3,2	.	2025 Jan. 17.
48,3	0,0	0,3	0,3	–	47,1	19,7	567,2	267,3	3,2	.	24.
54,3	0,0	0,0	0,0	–	47,1	19,6	566,3	267,3	3,2	.	31.
49,0	0,0	0,0	0,0	–	47,1	19,2	566,3	267,3	3,2	.	Febr. 7.
54,5	0,0	0,0	0,0	–	47,1	19,2	566,3	267,3	3,2	.	14.
52,5	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,1	566,3	267,3	3,2	.	21.
51,0	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,6	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	28.
43,2	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,3	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	März 7.
44,4	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,3	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	14.
39,3	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,2	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	21.
42,0	0,0	0,0	0,0	–	47,1	20,3	568,0	267,3	– 16,7	– 19,2	28.
38,4	0,0	–	–	–	46,2	18,7	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	April 4.
40,1	0,0	–	–	–	46,2	19,0	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	11.
42,0	0,0	0,3	0,3	–	46,2	19,0	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	18.
44,9	0,0	0,3	0,3	–	46,2	19,1	569,9	306,1	– 16,7	– 19,2	25.
41,7	0,0	0,0	0,0	–	46,2	18,5	571,5	306,1	– 16,7	– 19,2	Mai 2.
39,2	0,0	0,0	0,0	–	46,2	18,5	571,5	306,1	– 16,7	– 19,2	9.
44,5	0,0	0,2	0,2	–	46,2	18,6	571,5	306,1	– 16,7	– 19,2	16.
42,3	0,0	0,2	0,2	–	46,2	18,7	571,5	306,1	– 16,7	– 19,2	23.
49,1	0,0	0,2	0,2	–	46,2	18,6	573,7	306,1	– 16,7	– 19,2	30.
44,2	0,0	0,1	0,1	–	46,2	18,4	573,7	306,1	– 16,7	– 19,2	Juni 6.
48,5	0,0	0,2	0,2	–	46,2	18,4	573,7	306,1	– 16,7	– 19,2	13.
46,3	0,0	0,0	0,0	–	46,2	18,4	573,7	306,1	– 16,7	– 19,2	20.
49,9	0,0	0,0	0,0	–	46,2	18,5	573,7	306,1	– 16,7	– 19,2	27.
49,7	0,0	–	–	–	44,1	17,3	575,6	294,4	– 16,7	– 19,2	Juli 4.
48,0	0,0	0,3	0,3	–	44,1	17,9	575,6	294,4	– 16,7	– 19,2	11.
55,1	0,0	0,1	0,1	–	44,1	17,9	575,6	294,4	– 16,7	– 19,2	18.
52,5	0,0	0,1	0,1	–	44,1	17,9	575,6	294,4	– 16,7	– 19,2	25.
53,9	0,0	– 0,0	– 0,0	–	44,1	17,5	578,6	294,4	– 16,7	– 19,2	Aug. 1.
46,6	0,0	0,1	0,1	–	44,1	17,4	578,6	294,4	– 16,7	– 19,2	8.

zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. **2** Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. **3** Quelle: EZB. **4** Die Position "Grundkapital und Rücklagen" enthält mit negativen Vorzeichen in Vorjahren aufgelaufene Bilanzverluste, die auf künftige Jahre vorgetragen werden. Die Zentralbanken des Eurosystems können allerdings wirksam handeln und ihr vorrangieges Mandat - die Geährleistung von Preisstabilität - erfüllen, auch wenn sie finanzielle Verluste verzeichnen. **5** Ein separater Ausweis des Verlustvortrages erfolgt ausschließlich für die Bundesank.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im			
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen zusammen	Unternehmen und Privatpersonen Buchkredite
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4
2023	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7
2024	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2023 Sept.	10 737,5	18,0	2 916,4	2 371,6	2 106,3	265,3	544,8	382,8	162,0	4 649,8	4 113,1	3 735,7	3 401,7
Okt.	10 797,9	17,5	2 980,6	2 430,9	2 165,6	265,3	549,7	387,7	162,1	4 653,7	4 116,8	3 736,3	3 401,6
Nov.	10 610,8	16,9	2 987,1	2 438,4	2 168,4	270,0	548,7	386,5	162,2	4 666,3	4 123,1	3 740,9	3 406,9
Dez.	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7
2024 Jan.	10 454,3	16,3	2 979,1	2 420,8	2 144,5	276,3	558,2	394,5	163,7	4 665,4	4 113,3	3 729,2	3 393,3
Febr.	10 584,8	16,3	3 012,3	2 441,5	2 160,1	281,4	570,8	406,8	163,9	4 675,8	4 120,6	3 736,2	3 399,3
März	10 509,6	17,6	2 957,6	2 389,6	2 105,8	283,8	568,1	403,0	165,1	4 695,4	4 126,2	3 741,0	3 401,3
April	10 598,5	16,6	2 959,3	2 382,9	2 097,2	285,7	576,4	412,6	163,8	4 690,1	4 127,5	3 741,6	3 402,0
Mai	10 578,7	16,7	2 951,3	2 378,9	2 092,4	286,5	572,4	406,9	165,5	4 701,4	4 135,1	3 747,0	3 406,5
Juni	10 491,1	16,7	2 936,5	2 378,3	2 093,0	285,3	558,2	393,5	164,7	4 712,0	4 142,7	3 747,5	3 408,4
Juli	10 309,2	16,3	2 890,5	2 327,0	2 040,4	286,6	563,5	397,7	165,8	4 721,8	4 152,6	3 755,6	3 413,5
Aug.	10 269,1	17,0	2 889,6	2 327,5	2 039,7	287,8	562,1	394,7	167,5	4 729,7	4 158,4	3 758,2	3 415,9
Sept.	10 374,4	17,3	2 868,9	2 291,1	2 004,2	286,9	577,8	408,5	169,3	4 752,7	4 168,5	3 763,6	3 420,7
Okt.	10 490,7	18,1	2 864,5	2 283,4	1 994,9	288,5	581,1	409,1	172,0	4 749,4	4 168,9	3 762,0	3 419,0
Nov.	10 662,0	17,4	2 878,7	2 308,9	2 021,8	287,2	569,8	397,4	172,4	4 770,4	4 179,4	3 771,0	3 428,1
Dez.	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025 Jan.	11 172,1	16,3	2 871,4	2 285,0	1 992,6	292,4	586,4	412,7	173,6	4 815,1	4 204,3	3 783,6	3 429,5
Febr.	10 699,4	16,4	2 873,7	2 274,9	1 978,2	296,6	598,8	423,7	175,1	4 847,8	4 220,7	3 795,1	3 438,9
März	10 674,6	15,6	2 853,1	2 252,1	1 955,9	296,2	601,1	426,1	175,0	4 863,0	4 225,1	3 794,5	3 438,4
April	10 882,5	16,6	2 853,5	2 254,4	1 955,2	299,2	599,1	427,2	171,9	4 873,1	4 231,5	3 794,6	3 441,0
Mai	10 702,5	16,6	2 844,2	2 244,8	1 942,7	302,1	599,4	423,9	175,5	4 884,6	4 238,3	3 800,7	3 445,8
Juni	10 653,5	15,9	2 798,6	2 190,7	1 887,6	303,1	607,9	433,2	174,7	4 906,2	4 244,6	3 806,7	3 451,0
	Veränderungen 3)												
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	– 16,8	– 58,1	– 49,2	– 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	– 17,6	– 29,1	– 19,6	– 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	– 29,2	– 49,7	– 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	– 3,8	– 2,3	– 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	– 18,8	– 16,2	– 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	– 0,8	5,7	11,7	– 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2022	1 170,5	– 29,7	149,5	103,7	100,5	3,2	45,8	33,1	12,7	242,4	223,1	237,5	220,6
2023	– 133,8	– 1,3	– 41,5	– 76,2	– 86,2	10,0	34,7	17,2	17,5	84,5	44,6	40,5	41,3
2024	466,6	0,9	– 115,3	– 142,6	– 156,7	14,1	27,3	17,1	10,2	140,2	89,8	63,4	46,5
2023 Okt.	68,3	– 0,5	64,7	59,5	59,5	0,0	5,1	5,1	0,1	5,1	4,6	1,5	0,9
Nov.	– 174,8	– 0,6	8,2	7,9	3,2	4,7	0,3	0,3	0,0	13,7	7,3	6,4	7,2
Dez.	– 286,4	1,8	– 102,9	– 89,1	– 86,8	– 2,3	– 13,8	– 11,6	– 2,2	– 13,7	– 12,3	– 10,1	– 10,1
2024 Jan.	123,8	– 2,4	90,9	68,6	61,1	7,6	22,3	18,9	3,3	15,1	5,4	0,8	0,1
Febr.	132,1	0,0	33,5	20,9	15,7	5,3	12,5	12,3	0,2	11,2	7,4	7,3	6,3
März	– 75,2	1,3	– 55,0	– 52,0	– 54,3	2,4	– 3,0	– 3,9	0,9	20,1	6,2	5,5	2,8
April	86,9	– 1,1	1,5	– 6,7	– 8,6	1,9	8,2	9,2	– 1,1	– 3,8	1,9	1,4	1,2
Mai	– 11,7	0,2	– 7,0	– 3,7	– 4,6	0,9	– 3,3	– 5,0	1,7	12,5	8,4	6,3	5,5
Juni	– 95,0	– 0,0	– 16,0	– 1,1	1,0	– 2,1	– 14,9	– 14,2	– 0,6	11,0	7,9	0,8	2,1
Juli	– 177,5	– 0,4	– 43,7	– 49,9	– 51,0	1,1	6,1	5,6	0,6	12,1	11,6	9,7	6,5
Aug.	– 32,9	0,6	0,1	1,1	– 0,1	1,1	– 1,0	– 2,6	1,7	9,4	6,4	3,2	3,2
Sept.	108,9	0,4	– 20,0	– 36,1	– 35,3	– 0,7	16,0	14,3	1,7	23,9	11,6	7,0	6,4
Okt.	110,1	0,8	– 0,5	– 2,5	– 4,0	1,5	1,9	– 0,7	2,7	– 2,7	1,6	2,4	2,1
Nov.	157,6	– 0,7	11,4	24,7	26,2	– 1,6	– 13,2	– 13,6	0,4	20,8	10,7	8,0	8,3
Dez.	139,4	2,3	– 110,4	– 106,0	– 102,7	– 3,3	– 4,4	– 3,1	– 1,2	10,6	10,7	11,1	2,0
2025 Jan.	330,7	– 3,3	100,2	83,0	75,5	7,5	17,2	15,1	2,1	37,7	18,4	5,7	3,9
Febr.	– 453,0	0,1	2,2	– 10,2	– 14,4	4,2	12,4	10,9	1,5	33,2	17,5	12,6	10,9
März	1,2	– 0,8	– 16,4	– 21,7	– 21,5	– 0,2	5,3	5,6	– 0,3	19,9	6,3	1,1	1,3
April	241,2	1,0	6,4	4,6	1,4	3,2	1,8	4,7	– 2,9	13,4	8,3	2,1	4,5
Mai	– 182,5	0,0	– 9,9	– 9,8	– 12,6	2,8	– 0,1	– 3,6	3,5	11,7	7,2	6,4	5,2
Juni	– 47,6	– 0,7	– 45,5	– 54,0	– 55,1	1,1	8,5	9,3	– 0,8	23,0	7,4	7,0	6,2

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **2** Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern									
	öffentliche Haushalte				Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	2022
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	2023
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	2024
334,1	377,4	252,0	125,4	536,7	404,7	282,5	132,0	32,0	100,0	1 163,8	902,7	1 989,5	2023 Sept.
334,7	380,5	255,1	125,4	537,0	405,6	282,9	131,4	32,0	99,4	1 165,8	909,5	1 980,1	Okt.
334,0	382,2	254,4	127,8	543,2	412,1	288,2	131,1	30,9	100,2	1 153,0	895,0	1 787,6	Nov.
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	Dez.
335,9	384,2	256,3	127,9	552,0	414,9	287,1	137,1	28,8	108,3	1 167,8	911,4	1 625,8	2024 Jan.
336,9	384,5	254,8	129,6	555,2	420,3	293,8	134,9	28,5	106,4	1 205,6	942,8	1 674,7	Febr.
339,7	385,2	257,2	128,0	569,2	426,8	294,6	142,5	28,1	114,4	1 211,2	942,8	1 627,7	März
339,7	385,8	259,9	126,0	562,7	422,4	294,1	140,3	28,8	111,4	1 218,9	947,8	1 713,6	April
340,5	388,1	259,6	128,5	566,3	429,9	296,6	136,4	27,8	108,6	1 247,8	977,8	1 661,5	Mai
339,0	395,2	262,6	132,7	569,3	425,5	293,2	143,8	28,0	115,8	1 237,3	963,9	1 588,6	Juni
342,2	397,0	263,1	133,9	569,2	425,5	295,9	143,7	27,5	116,2	1 230,3	956,4	1 450,3	Juli
342,2	400,2	261,9	138,3	571,3	429,2	301,1	142,1	27,5	114,6	1 236,5	961,1	1 396,4	Aug.
342,9	404,9	264,2	140,7	584,2	433,0	304,0	151,2	27,9	123,3	1 279,6	996,9	1 455,9	Sept.
343,0	406,8	270,5	136,3	580,5	435,1	305,0	145,4	27,1	118,3	1 284,7	997,7	1 574,0	Okt.
342,8	408,5	270,8	137,7	591,0	450,1	309,8	140,9	26,9	113,9	1 325,5	1 037,9	1 669,9	Nov.
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	Dez.
354,1	420,6	277,5	143,1	610,8	456,5	315,5	154,3	25,0	129,3	1 326,5	1 032,7	2 142,8	2025 Jan.
356,2	425,6	278,0	147,5	627,1	465,8	320,5	161,3	24,6	136,7	1 366,1	1 058,9	1 595,4	Febr.
356,0	430,6	279,4	151,2	637,9	464,8	323,5	173,1	25,3	147,8	1 384,1	1 079,6	1 558,7	März
353,6	436,9	282,3	154,5	641,6	463,5	325,6	178,2	24,4	153,8	1 359,7	1 058,6	1 779,4	April
354,9	437,6	281,6	156,0	646,3	469,4	327,4	176,9	24,8	152,1	1 363,5	1 055,5	1 593,7	Mai
355,7	437,9	281,7	156,3	661,6	470,0	325,2	191,6	25,1	166,5	1 385,8	1 072,1	1 547,0	Juni
Veränderungen 3)													
7,8	– 35,4	– 12,1	– 23,3	– 4,0	– 8,2	14,6	– 4,2	– 0,9	– 3,3	51,4	55,0	– 51,4	2016
13,7	– 51,3	– 22,8	– 28,5	– 12,2	– 3,4	4,0	– 8,7	0,1	– 8,9	– 12,3	– 6,7	– 173,1	2017
– 9,8	– 46,2	– 19,1	– 27,0	6,8	18,2	18,6	– 11,4	– 1,5	– 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	– 17,7	– 8,6	– 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	– 32,1	– 33,3	330,3	2019
0,2	– 2,4	– 1,7	– 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	– 0,4	0,7	– 9,7	– 8,2	108,8	2020
17,8	– 19,1	– 6,1	– 13,1	21,1	35,5	22,6	– 14,3	– 1,1	– 13,2	71,7	84,9	– 203,7	2021
16,9	– 14,4	1,9	– 16,3	19,3	20,7	24,4	– 1,4	2,6	– 3,9	15,0	– 0,8	793,3	2022
– 0,9	4,1	6,4	– 2,3	39,9	28,3	15,1	11,7	– 2,4	14,1	42,6	34,1	– 218,1	2023
16,8	26,4	16,3	10,1	50,5	38,8	25,8	11,6	– 4,5	16,1	136,3	113,5	304,4	2024
0,7	3,0	3,1	– 0,0	0,5	1,1	0,5	– 0,5	0,0	– 0,6	3,9	8,3	– 5,0	2023 Okt.
– 0,8	0,9	– 1,5	2,4	6,4	6,7	5,8	– 0,3	– 1,2	0,9	– 3,0	– 5,3	– 193,1	Nov.
– 0,1	– 2,2	0,7	– 2,8	– 1,4	– 0,9	– 4,4	– 0,5	– 2,5	2,0	– 15,2	– 15,5	– 156,4	Dez.
0,7	4,6	2,0	2,6	9,7	3,5	3,4	6,2	0,4	5,8	25,3	27,8	– 5,1	2024 Jan.
1,0	0,1	– 1,7	1,8	3,9	6,0	7,4	– 2,1	– 0,3	– 1,8	38,2	31,8	49,2	Febr.
2,7	0,7	2,4	– 1,6	13,9	6,4	1,0	7,6	– 0,4	7,9	5,4	– 0,2	– 47,1	März
0,1	0,6	2,6	– 2,0	– 5,8	– 4,0	– 0,4	– 1,8	0,7	– 2,5	4,6	1,8	85,7	April
0,8	2,1	– 0,4	2,5	4,1	8,0	2,9	– 3,9	– 1,1	– 2,8	34,2	34,8	– 51,5	Mai
– 1,4	7,1	3,0	4,2	3,1	– 4,3	– 3,6	7,4	0,2	7,2	– 17,0	– 19,8	– 73,0	Juni
3,1	2,0	0,8	1,1	0,5	0,5	3,3	– 0,0	– 0,5	0,4	– 3,4	– 3,8	– 142,0	Juli
– 0,0	3,2	– 1,2	4,4	3,0	4,5	5,9	– 1,6	0,0	– 1,6	6,9	5,5	– 50,0	Aug.
0,6	4,5	2,3	2,2	12,4	3,3	2,3	9,1	0,4	8,7	46,1	39,1	58,6	Sept.
0,2	– 0,8	3,6	– 4,4	– 4,3	1,5	0,5	– 5,8	– 0,8	– 5,0	– 5,4	– 9,5	118,0	Okt.
– 0,2	2,7	1,3	1,4	10,1	14,7	4,3	– 4,6	– 0,2	– 4,4	27,1	27,7	98,9	Nov.
9,1	– 0,4	1,7	– 2,2	– 0,1	– 1,2	– 1,3	1,1	– 3,1	4,2	– 25,7	– 21,6	262,6	Dez.
1,7	12,7	5,0	7,7	19,3	7,1	7,0	12,3	0,9	11,4	21,1	11,4	175,0	2025 Jan.
1,8	4,9	0,5	4,4	15,7	8,6	4,9	7,0	– 0,4	7,5	38,9	25,7	– 527,4	Febr.
– 0,1	5,1	1,4	3,7	13,6	1,7	5,0	11,9	0,8	11,1	38,6	39,5	– 40,1	März
– 2,4	6,2	2,9	3,3	5,1	– 0,0	3,3	5,1	– 0,9	5,9	– 0,4	1,2	220,9	April
1,2	0,8	– 0,7	1,5	4,5	5,7	1,7	– 1,2	0,3	– 1,5	1,4	– 5,2	– 185,8	Mai
0,8	0,4	0,1	0,3	15,6	0,5	– 2,1	15,1	0,4	14,8	22,4	16,6	– 46,7	Juni

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
						Einlagen von Nichtbanken im Inland						Einlagen von Nicht-	
			von Banken					mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt	zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	täglich fällig
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022	10 517,9	1 618,6	1 231,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2023	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2023 Sept.	10 737,5	1 500,0	1 112,7	387,3	4 384,5	4 126,8	2 545,8	1 119,2	620,4	461,8	420,1	193,4	89,5
Okt.	10 797,9	1 530,0	1 132,1	398,0	4 398,0	4 135,1	2 528,3	1 151,4	653,5	455,4	410,8	198,1	88,2
Nov.	10 610,8	1 547,2	1 136,6	410,5	4 414,1	4 158,1	2 538,2	1 171,5	670,5	448,3	400,3	197,0	89,8
Dez.	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024 Jan.	10 454,3	1 538,7	1 125,8	412,8	4 411,2	4 162,0	2 484,1	1 238,6	733,2	439,4	386,3	189,6	81,6
Febr.	10 584,8	1 553,3	1 134,8	418,5	4 408,0	4 160,5	2 466,4	1 259,7	753,8	434,4	378,9	191,6	82,1
März	10 509,6	1 495,3	1 083,4	411,9	4 436,4	4 186,1	2 467,5	1 288,2	781,6	430,3	373,2	191,5	82,7
April	10 598,5	1 520,0	1 094,3	425,7	4 435,0	4 186,5	2 463,4	1 297,4	789,0	425,7	367,7	191,0	84,1
Mai	10 578,7	1 503,4	1 088,4	415,0	4 464,9	4 209,9	2 484,8	1 303,0	793,5	422,2	363,7	196,0	88,3
Juni	10 491,1	1 479,3	1 067,5	411,8	4 469,5	4 211,8	2 481,9	1 311,8	800,8	418,1	359,1	197,6	92,0
Juli	10 309,2	1 464,5	1 055,3	409,2	4 462,6	4 214,6	2 484,4	1 316,2	805,0	414,0	355,0	191,4	83,2
Aug.	10 269,1	1 426,3	1 025,0	401,3	4 522,7	4 269,7	2 535,4	1 323,2	812,1	411,2	352,1	194,8	85,4
Sept.	10 374,4	1 410,5	1 004,3	406,3	4 529,5	4 275,3	2 532,9	1 333,1	821,7	409,3	349,4	199,9	89,4
Okt.	10 490,7	1 427,9	1 001,9	426,0	4 539,0	4 281,9	2 542,8	1 331,5	819,0	407,6	346,9	197,6	88,6
Nov.	10 662,0	1 442,6	1 016,5	426,1	4 589,7	4 329,2	2 599,5	1 324,6	808,2	405,1	345,1	206,3	89,6
Dez.	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025 Jan.	11 172,1	1 456,8	1 013,8	443,1	4 573,3	4 318,1	2 591,6	1 323,1	795,4	403,3	344,8	204,1	90,3
Febr.	10 699,4	1 465,5	1 015,0	450,5	4 606,0	4 336,6	2 618,4	1 317,0	788,1	401,2	342,9	211,7	98,4
März	10 674,6	1 452,1	998,7	453,3	4 598,0	4 329,4	2 610,4	1 320,1	788,7	398,9	340,7	218,9	103,0
April	10 882,5	1 487,5	1 020,5	467,0	4 619,3	4 355,5	2 650,1	1 307,9	776,1	397,5	339,1	217,0	104,8
Mai	10 702,5	1 475,4	1 023,1	452,3	4 631,9	4 363,6	2 673,5	1 292,9	759,6	397,2	337,8	220,1	104,0
Juni	10 653,5	1 458,4	1 010,6	447,8	4 622,7	4 355,2	2 669,0	1 288,3	754,1	397,9	336,3	222,0	103,6
	Veränderungen 4)												
2016	184,3	– 31,6	– 2,2	– 29,4	105,7	105,2	124,3	– 11,1	1,4	– 8,0	2,4	2,7	1,9
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	– 32,5	– 15,3	– 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	– 20,1	– 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	– 18,8	– 6,5	– 4,3	1,2	– 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	– 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	– 30,6	– 6,6	– 3,4	– 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	– 74,7	– 34,9	– 14,5	– 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	– 45,8	– 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2022	1 170,5	– 15,6	– 105,9	90,3	208,9	165,9	60,6	132,8	148,1	– 27,5	– 26,3	18,4	12,8
2023	– 133,8	– 133,9	– 138,4	4,5	89,6	93,4	– 172,3	347,9	338,5	– 82,3	– 109,9	7,1	– 7,1
2024	466,6	– 51,5	– 71,6	20,1	128,4	140,3	58,9	121,4	101,4	– 40,0	– 49,2	6,8	5,9
2023 Okt.	68,3	30,9	19,9	11,0	13,8	8,5	– 17,4	32,3	33,1	– 6,4	– 9,4	4,7	– 1,2
Nov.	– 174,8	18,9	5,1	13,8	17,5	23,9	10,6	20,4	17,2	– 7,1	– 10,5	– 0,7	2,1
Dez.	– 286,4	– 67,4	– 47,2	– 20,3	16,0	27,3	3,4	26,4	23,1	– 2,5	– 5,0	– 10,5	– 13,8
2024 Jan.	123,8	48,2	25,6	22,5	– 8,9	– 13,2	– 46,4	39,8	39,6	– 6,5	– 9,1	3,0	5,5
Febr.	132,1	14,8	9,0	5,8	– 3,2	– 1,5	– 17,7	21,1	20,7	– 5,0	– 7,3	2,0	0,4
März	– 75,2	– 57,9	– 51,4	– 6,6	28,4	25,6	1,2	28,5	27,8	– 4,1	– 5,7	– 0,1	0,6
April	86,9	24,2	10,9	13,4	– 1,7	0,2	– 4,3	9,1	7,3	– 4,6	– 5,5	– 0,6	1,3
Mai	– 11,7	– 15,1	– 5,1	– 10,1	30,5	23,9	21,8	5,5	4,4	– 3,5	– 4,0	5,1	4,3
Juni	– 95,0	– 23,3	– 19,2	– 4,1	2,0	– 0,5	– 3,3	6,9	7,1	– 4,2	– 4,5	1,4	3,6
Juli	– 177,5	– 9,0	– 8,0	– 1,0	– 6,5	3,1	2,7	4,4	4,4	– 4,0	– 4,1	– 6,2	– 8,7
Aug.	– 32,9	– 5,9	1,7	– 7,7	28,5	23,1	19,0	7,0	7,0	– 2,9	– 2,9	3,8	2,5
Sept.	108,9	– 15,2	– 20,6	5,4	7,2	6,0	– 2,3	10,1	9,7	– 1,8	– 2,7	5,3	4,1
Okt.	110,1	15,5	– 2,9	18,4	8,2	5,1	9,3	– 2,6	– 3,1	– 1,7	– 2,5	– 2,7	– 1,0
Nov.	157,6	12,3	14,0	– 1,7	48,9	46,6	55,6	– 6,5	– 10,9	– 2,5	– 1,8	7,9	0,8
Dez.	139,4	– 39,9	– 25,7	– 14,2	– 5,0	21,9	23,0	– 2,0	– 12,7	0,9	1,0	– 12,1	– 7,5
2025 Jan.	330,7	49,9	22,4	27,6	– 11,8	– 28,3	– 26,1	0,4	– 0,2	– 2,7	– 2,4	4,9	3,3
Febr.	– 453,0	8,5	1,2	7,2	33,9	18,6	26,8	– 6,2	– 7,3	– 2,1	– 1,8	8,8	8,2
März	1,2	– 9,3	– 15,6	6,3	– 4,9	– 5,4	– 6,7	3,6	1,1	– 2,3	– 2,3	8,4	5,6
April	241,2	40,3	22,8	17,5	26,0	28,3	41,4	– 11,7	– 12,2	– 1,4	– 1,6	0,5	3,5
Mai	– 182,5	– 12,6	2,4	– 15,0	11,1	7,9	23,3	– 15,1	– 16,5	– 0,3	– 1,3	1,9	– 1,5
Juni	– 47,6	– 17,1	– 12,5	– 4,6	– 9,2	– 8,4	– 4,4	– 4,6	– 5,5	0,6	– 1,4	1,9	– 0,4

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern [2]				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile [3]	Begebene Schuldverschreibungen [3]		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen [1]	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist						insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren [3]				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	2022
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	2023
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	2024
102,0	32,6	2,0	1,7	64,3	60,0	4,9	3,0	1 280,7	82,6	825,8	765,1	1 973,5	2023 Sept.
107,9	37,8	2,0	1,6	64,8	59,7	6,2	2,9	1 288,5	84,7	843,9	755,9	1 972,3	Okt.
105,2	34,5	2,0	1,6	59,1	55,1	6,6	3,0	1 286,3	83,6	805,3	769,5	1 778,8	Nov.
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	Dez.
106,1	35,6	1,9	1,6	59,5	50,5	9,1	3,3	1 304,0	83,0	775,3	756,5	1 656,1	2024 Jan.
107,6	39,2	1,9	1,5	55,9	49,5	10,0	3,3	1 316,2	83,3	831,9	749,6	1 712,5	Febr.
106,8	37,5	1,9	1,5	58,8	49,9	9,1	3,5	1 320,0	82,7	834,2	756,2	1 655,0	März
105,0	35,6	1,9	1,5	57,4	49,2	9,5	3,7	1 324,9	77,3	821,9	746,5	1 736,9	April
105,8	34,8	1,9	1,5	59,0	49,5	8,7	3,8	1 327,0	75,7	832,8	756,7	1 681,4	Mai
103,8	33,3	1,9	1,4	60,1	49,5	9,3	4,0	1 327,0	79,4	825,3	786,7	1 590,0	Juni
106,3	36,2	1,9	1,4	56,6	49,1	10,1	4,2	1 316,5	76,0	780,4	790,0	1 480,9	Juli
107,5	37,9	1,9	1,4	58,3	49,1	12,7	4,6	1 320,2	77,6	772,8	789,8	1 420,1	Aug.
108,6	39,3	1,9	1,4	54,2	43,4	10,1	4,9	1 321,7	78,4	815,6	802,4	1 479,8	Sept.
107,2	38,8	1,9	1,4	59,6	43,6	9,4	4,9	1 326,0	73,8	783,1	817,2	1 583,2	Okt.
114,8	38,3	1,9	1,4	54,2	39,5	6,5	4,7	1 322,7	75,4	812,3	821,6	1 661,8	Nov.
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	Dez.
111,9	36,9	1,9	1,4	51,2	32,8	11,2	5,0	1 329,7	76,0	824,0	834,0	2 138,0	2025 Jan.
111,4	37,7	1,8	1,4	57,8	32,4	12,2	5,1	1 335,4	77,3	851,9	835,0	1 588,3	Febr.
114,0	40,5	1,8	1,4	49,8	32,5	11,2	5,3	1 341,2	90,0	865,6	835,1	1 566,0	März
110,4	36,7	1,8	1,3	46,8	30,9	14,2	5,8	1 325,4	80,9	840,0	822,2	1 768,2	April
114,2	40,2	1,8	1,3	48,2	31,1	14,6	5,8	1 331,0	73,3	817,0	834,7	1 592,2	Mai
116,6	40,8	1,8	1,3	45,5	32,0	14,1	5,8	1 328,1	78,7	841,7	841,3	1 541,4	Juni
Veränderungen [4]													
1,1	0,0	– 0,3	– 0,1	– 2,2	– 1,2	– 0,3	– 1,1	8,6	– 1,3	116,1	26,4	– 39,5	2016
10,8	4,2	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,0	1,1	– 0,3	– 3,3	– 8,5	– 16,1	34,1	– 162,3	2017
– 6,4	– 4,1	– 0,1	– 0,1	2,1	2,1	– 2,6	0,3	30,0	– 5,9	– 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	– 0,1	– 0,1	1,4	1,4	5,6	– 0,5	22,3	0,1	– 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	– 0,1	– 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	– 9,3	61,6	– 1,5	108,5	2020
3,1	– 8,0	– 0,2	– 0,1	– 5,5	– 5,0	– 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	– 207,9	2021
5,8	8,5	– 0,3	– 0,2	24,6	23,0	1,2	0,4	67,2	12,6	45,6	5,0	857,7	2022
14,4	6,7	– 0,2	– 0,4	– 10,9	– 14,8	1,8	0,5	110,6	43,1	– 55,7	43,3	– 189,9	2023
1,0	– 4,1	– 0,1	– 0,2	– 18,7	– 18,6	1,3	1,6	12,7	– 9,3	17,7	43,5	312,9	2024
5,9	5,2	– 0,0	– 0,0	0,6	– 0,3	1,4	– 0,1	8,3	2,2	19,1	– 4,6	– 0,4	2023 Okt.
– 2,8	– 3,2	– 0,0	– 0,0	– 5,7	– 4,6	0,4	0,1	2,0	– 1,0	– 32,8	14,8	– 195,8	Nov.
3,3	3,4	– 0,0	– 0,0	– 0,8	– 3,1	– 1,6	0,1	– 5,6	– 3,0	– 80,1	15,3	– 163,0	Dez.
– 2,5	– 2,3	– 0,0	– 0,0	1,2	– 1,5	4,1	0,1	21,1	2,4	48,0	– 29,3	40,5	2024 Jan.
1,5	3,6	– 0,0	– 0,0	– 3,6	– 1,0	0,8	0,0	12,5	0,2	56,7	– 6,4	57,0	Febr.
– 0,7	– 1,7	– 0,0	– 0,0	2,9	0,5	– 0,9	0,2	3,6	– 0,6	2,0	6,6	– 57,1	März
– 1,9	– 2,1	– 0,0	– 0,0	– 1,4	– 0,8	0,4	0,2	3,6	– 5,4	– 14,2	– 10,0	84,4	April
0,8	– 0,7	– 0,0	– 0,0	1,5	0,3	– 0,8	0,1	4,2	– 1,6	13,9	10,7	– 55,2	Mai
– 2,1	– 1,6	– 0,0	– 0,0	1,0	– 0,1	0,6	0,2	– 2,9	3,7	– 11,2	29,5	– 89,7	Juni
2,6	2,8	– 0,0	– 0,0	– 3,4	– 0,4	0,8	0,2	– 8,9	– 3,4	– 41,2	3,7	– 116,5	Juli
1,2	1,6	– 0,0	– 0,0	1,6	– 0,0	2,5	0,5	1,8	0,8	– 6,5	4,7	– 58,5	Aug.
1,2	1,5	– 0,0	– 0,0	– 4,0	– 5,6	– 2,5	0,3	2,8	0,8	44,9	15,4	56,0	Sept.
– 1,7	– 0,8	– 0,0	– 0,0	5,8	0,7	– 0,8	0,1	– 0,1	– 4,7	– 33,3	5,7	114,9	Okt.
7,1	– 0,7	– 0,0	– 0,0	– 5,7	– 4,4	– 2,8	– 0,2	– 8,9	1,3	21,0	2,9	84,5	Nov.
– 4,6	– 3,8	– 0,0	0,0	– 14,7	– 6,2	– 0,1	0,1	– 16,0	– 2,9	– 62,3	10,0	252,6	Dez.
1,6	2,3	– 0,0	– 0,0	11,7	– 0,6	4,8	0,2	20,6	3,3	72,0	2,3	192,6	2025 Jan.
0,6	0,8	– 0,0	– 0,0	6,6	– 0,3	0,9	0,1	5,3	1,3	27,5	0,8	– 530,0	Febr.
2,8	3,0	– 0,0	– 0,0	– 8,0	0,1	– 0,9	0,2	12,9	13,1	27,3	0,6	– 24,6	März
– 2,9	– 3,0	– 0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,4	3,0	0,5	– 6,7	– 8,6	– 11,1	– 10,2	199,4	April
3,4	3,0	0,0	– 0,0	1,4	0,1	0,4	0,0	4,5	– 7,6	– 24,4	12,3	– 173,8	Mai
2,4	0,6	0,0	– 0,0	– 2,7	1,0	– 0,4	0,0	– 4,8	3,5	24,7	8,6	– 49,4	Juni

rungen. **3** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geld marktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. **4** Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs) insgesamt	darunter: Guthaben und Buchkredite	darunter: Wertpapiere von Banken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	darunter: Buchkredite mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	Buchkredite mit Befristung über 1 Jahr	Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken	Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
Alle Bankengruppen													
2025 Jan.	1 290	11 270,4	77,1	3 530,3	3 005,2	522,0	5 242,1	537,8	3 880,3	0,1	807,8	102,8	2 318,2
Febr.	1 291	10 797,8	56,2	3 571,2	3 038,8	529,4	5 296,2	552,7	3 890,0	0,1	835,2	103,1	1 770,9
März	1 287	10 773,7	62,1	3 573,4	3 042,8	527,4	5 300,0	549,9	3 887,8	0,1	842,9	103,4	1 734,7
April	1 285	10 983,7	67,0	3 549,8	3 018,8	527,8	5 306,3	551,2	3 892,3	0,1	846,0	103,4	1 957,2
Mai	1 285	10 804,1	65,5	3 537,0	2 999,7	533,9	5 326,6	548,6	3 903,2	0,1	856,6	103,1	1 771,8
Juni	1 284	10 761,6	62,6	3 522,1	2 987,2	531,6	5 349,3	548,4	3 898,7	0,1	878,9	103,4	1 724,2
Kreditbanken 6)													
2025 Mai	228	5 043,9	25,9	1 698,1	1 586,0	111,3	1 825,4	382,7	1 077,8	0,1	356,3	34,4	1 460,1
Juni	227	5 013,8	22,1	1 701,0	1 591,3	109,2	1 843,4	378,3	1 076,9	0,1	377,1	34,5	1 412,8
Großbanken 7)													
2025 Mai	3	2 324,8	12,9	697,5	646,8	50,6	844,6	193,0	447,7	–	201,4	26,3	743,4
Juni	3	2 327,1	8,9	697,4	647,5	49,9	859,1	191,8	444,9	–	219,0	26,5	735,2
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2025 Mai	121	2 242,2	9,9	703,9	646,8	56,9	824,6	143,6	531,6	0,1	143,9	7,5	696,4
Juni	120	2 192,7	10,0	692,1	636,3	55,6	826,2	139,9	531,8	0,1	147,4	7,5	657,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2025 Mai	104	476,9	3,1	296,8	292,4	3,8	156,2	46,0	98,5	–	11,0	0,6	20,4
Juni	104	494,0	3,1	311,6	307,5	3,7	158,1	46,6	100,2	–	10,8	0,6	20,6
Landesbanken													
2025 Mai	6	896,8	2,9	325,4	266,0	59,3	448,6	50,3	344,7	0,0	49,2	10,1	109,8
Juni	6	907,5	3,6	334,8	276,0	58,8	450,4	51,7	342,8	0,0	49,3	10,1	108,6
Sparkassen													
2025 Mai	344	1 593,6	20,1	284,2	156,8	127,4	1 246,4	55,3	1 012,4	–	178,7	17,2	25,7
Juni	344	1 586,1	19,8	276,3	147,5	128,7	1 248,0	57,0	1 011,5	–	179,4	17,2	24,8
Kreditgenossenschaften													
2025 Mai	669	1 214,8	11,8	221,0	110,8	109,5	929,2	35,5	770,9	0,0	122,7	20,9	31,9
Juni	669	1 209,9	12,4	212,0	102,3	109,0	932,7	36,9	772,4	0,0	123,4	20,9	31,7
Realkreditinstitute													
2025 Mai	7	217,5	0,2	16,9	9,5	7,3	194,3	2,5	178,9	–	12,8	0,2	6,1
Juni	7	217,3	0,1	18,2	11,1	7,1	193,2	2,4	178,0	–	12,8	0,2	5,6
Bausparkassen													
2025 Mai	13	261,4	0,2	37,4	22,2	15,1	219,0	1,3	196,3	.	21,4	0,2	4,7
Juni	13	261,7	0,2	37,2	22,1	15,2	219,5	1,2	196,9	.	21,4	0,2	4,6
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2025 Mai	18	1 576,0	4,5	954,1	848,3	104,0	463,7	20,9	322,1	0,0	115,5	20,2	133,5
Juni	18	1 565,3	4,5	942,5	836,9	103,7	462,2	20,9	320,2	0,0	115,5	20,2	135,9
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2025 Mai	131	2 493,0	9,4	857,8	811,0	46,0	786,5	169,8	438,9	0,1	170,4	2,3	837,1
Juni	131	2 470,5	9,1	862,8	818,2	44,2	790,2	168,3	440,7	0,1	172,1	2,3	806,1
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2025 Mai	27	2 016,0	6,3	561,0	518,6	42,2	630,3	123,8	340,3	0,1	159,4	1,7	816,7
Juni	27	1 976,5	6,0	551,2	510,7	40,4	632,1	121,7	340,5	0,1	161,3	1,7	785,5

***** Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaber-schuld-verschrei-bungen im Umlauf [5]	Kapital einschl. offener Rück-lagen, Genuss-rechts-kapital, Fonds für allgemeine Bank-risiken	Sonstige Passiv-posi-tionen [1]	Stand am Monats-ende
	darunter:			darunter:										
					Termineinlagen mit Befristung [2]		Nach-richtlich: Verbind-lich-keiten aus Repos [3]	Spareinlagen [4]		Spar-briefe				
insgesamt	Sicht-einlagen	Termin-ein-lagen	insgesamt	Sicht-einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr [2]		insgesamt	darunter mit drei-monatiger Kündi-gungsfrist					
Alle Bankengruppen														
2 066,1	664,9	1 401,2	4 795,4	2 811,9	726,2	691,5	103,2	407,7	348,1	158,1	1 418,1	656,6	2 334,2	2025 Jan.
2 101,0	696,0	1 405,0	4 830,9	2 849,2	729,3	689,3	114,1	405,5	346,2	157,5	1 425,5	660,4	1 780,0	Febr.
2 088,5	686,9	1 401,6	4 834,2	2 847,8	737,1	689,1	102,3	403,2	344,0	157,0	1 431,4	669,3	1 750,3	März
2 112,6	713,7	1 398,8	4 844,2	2 886,1	712,4	688,3	107,8	401,8	342,3	155,8	1 403,7	669,3	1 953,9	April
2 077,6	660,4	1 417,1	4 857,6	2 913,3	699,2	689,1	110,7	401,5	341,0	154,5	1 420,9	672,5	1 775,5	Mai
2 082,7	685,4	1 397,3	4 855,7	2 907,7	702,9	688,8	110,3	402,1	339,5	154,1	1 419,1	679,0	1 725,1	Juni
Kreditbanken [6]														
1 115,8	508,7	607,1	2 048,1	1 299,9	368,3	267,1	107,7	83,1	47,4	29,6	239,5	236,0	1 404,5	2025 Mai
1 136,8	535,6	601,2	2 040,2	1 293,0	364,8	268,0	107,3	84,7	46,8	29,7	247,1	240,7	1 348,9	Juni
Großbanken [7]														
436,3	181,2	255,1	906,2	567,4	181,0	78,3	44,9	76,0	41,0	3,4	181,4	91,1	709,8	2025 Mai
440,1	190,4	249,7	912,0	568,3	184,7	78,0	48,4	77,6	40,4	3,4	186,6	95,0	693,4	Juni
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
477,9	235,5	242,4	908,0	570,7	138,7	165,5	62,8	7,0	6,3	26,1	56,5	125,5	674,4	2025 Mai
480,1	242,0	238,2	891,8	561,0	131,9	165,8	58,9	6,9	6,2	26,1	59,3	125,1	636,4	Juni
Zweigstellen ausländischer Banken														
201,6	92,0	109,6	233,9	161,8	48,5	23,3	0,0	0,2	0,2	0,1	1,7	19,4	20,3	2025 Mai
216,6	103,2	113,3	236,5	163,7	48,2	24,3	0,0	0,2	0,2	0,1	1,2	20,6	19,1	Juni
Landesbanken														
212,7	40,3	172,4	302,0	160,6	71,0	64,2	1,9	4,2	4,1	2,1	229,1	45,6	107,5	2025 Mai
213,5	44,6	168,9	308,6	170,4	68,3	63,6	2,0	4,1	4,1	2,1	230,2	45,6	109,6	Juni
Sparkassen														
142,3	3,1	139,2	1 211,4	808,9	96,1	23,2	–	186,9	170,9	96,3	24,8	159,0	56,1	2025 Mai
140,3	3,2	137,2	1 205,3	805,4	94,8	23,1	–	186,0	170,1	96,0	24,9	160,0	55,6	Juni
Kreditgenossenschaften														
153,1	1,4	151,7	898,7	563,0	138,5	44,3	–	126,9	118,1	26,0	7,7	117,4	37,8	2025 Mai
151,6	1,5	150,0	895,5	561,9	136,4	44,4	–	126,9	118,1	25,9	7,7	118,0	37,1	Juni
Realkreditinstitute														
40,3	2,5	37,7	52,6	2,4	4,8	45,5	0,1	–	–	.	108,0	9,5	7,1	2025 Mai
40,2	2,6	37,6	53,5	2,4	6,1	45,0	0,1	–	–	.	107,1	9,5	7,0	Juni
Bausparkassen														
38,2	2,4	35,8	193,2	6,9	2,8	183,1	–	0,4	0,4	0,1	8,7	13,6	7,7	2025 Mai
38,7	2,5	36,2	192,5	6,6	2,7	182,7	–	0,4	0,4	0,1	9,2	13,6	7,6	Juni
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben														
375,2	102,0	273,2	151,6	71,6	17,9	61,7	0,9	–	–	.	803,0	91,4	154,9	2025 Mai
361,6	95,3	266,3	160,0	68,0	29,8	62,0	0,9	–	–	.	792,9	91,4	159,3	Juni
Nachrichtlich: Auslandsbanken [8]														
657,0	324,1	332,8	857,9	564,5	156,4	114,5	67,0	6,1	5,9	16,4	53,1	109,3	815,8	2025 Mai
675,7	345,5	330,2	848,3	556,4	153,7	115,5	63,4	6,1	5,8	16,7	52,8	114,2	779,4	Juni
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken [9]														
455,4	232,2	223,2	623,9	402,6	107,9	91,2	67,0	6,0	5,7	16,3	51,4	89,8	795,5	2025 Mai
459,1	242,3	216,8	611,9	392,7	105,4	91,2	63,4	5,9	5,7	16,6	51,6	93,6	760,3	Juni

fähige Inhaberschuldverschreibungen. **6** Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". **7** Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle I.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken"). **8** Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". **9** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) insgesamt	Kredite an inländische Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite	Kredite an inländische Banken (MFIs) Wechsel	Kredite an inländische Banken (MFIs) börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Kredite an inländische Banken (MFIs) Wertpapiere von Banken	Kredite an inländische Banken (MFIs) Nachrichtlich: Treuhandkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Wechsel	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Wertpapiere von Nichtbanken 1)
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	–	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	–	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2023	18,5	52,0	2 280,7	2 029,3	–	0,8	250,6	24,2	4 044,1	3 649,9	0,1	0,9	393,3
2024	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2024 Jan.	16,1	73,1	2 330,7	2 070,9	–	0,8	259,0	28,1	4 048,3	3 649,5	0,0	1,4	397,4
Febr.	16,2	47,5	2 376,9	2 112,0	–	0,8	264,1	31,6	4 055,7	3 654,0	0,1	0,5	401,2
März	17,5	46,9	2 325,4	2 058,2	–	0,7	266,5	34,3	4 061,0	3 658,4	0,1	0,5	402,1
April	16,4	46,0	2 319,4	2 050,6	–	0,7	268,1	38,0	4 062,1	3 661,7	0,0	1,7	398,6
Mai	16,6	43,4	2 317,7	2 048,2	–	0,8	268,7	41,5	4 069,5	3 666,0	0,1	1,2	402,2
Juni	16,5	46,6	2 313,9	2 045,6	–	0,8	267,5	44,4	4 076,9	3 670,9	0,1	1,1	404,8
Juli	16,1	50,0	2 259,5	1 989,8	–	0,7	269,0	46,0	4 083,3	3 676,4	0,0	1,1	405,8
Aug.	16,8	46,0	2 263,7	1 992,9	–	0,8	269,9	47,3	4 088,6	3 677,6	0,1	1,4	409,5
Sept.	17,1	48,4	2 225,0	1 954,8	–	0,9	269,3	46,5	4 098,6	3 684,7	0,1	2,0	411,8
Okt.	17,9	50,5	2 215,2	1 943,4	–	0,9	270,9	44,8	4 099,7	3 689,4	0,0	3,1	407,2
Nov.	17,2	43,2	2 248,3	1 977,8	–	0,9	269,6	36,8	4 109,8	3 698,7	0,1	2,6	408,5
Dez.	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2025 Jan.	16,2	60,2	2 206,1	1 931,3	–	0,8	274,0	37,3	4 134,7	3 706,8	0,1	2,1	425,8
Febr.	16,3	39,4	2 216,9	1 937,8	–	1,0	278,1	36,7	4 150,7	3 716,8	0,1	2,5	431,3
März	15,5	46,0	2 187,7	1 909,0	–	0,9	277,8	37,0	4 154,8	3 717,7	0,1	2,7	434,3
April	16,5	49,9	2 185,8	1 904,1	–	0,9	280,7	36,9	4 161,0	3 723,2	0,0	2,0	435,8
Mai	16,5	48,4	2 178,0	1 893,4	–	1,0	283,5	36,9	4 168,2	3 727,2	0,0	2,5	438,4
Juni	15,7	46,2	2 132,7	1 847,2	–	0,9	284,6	36,3	4 174,4	3 732,4	0,0	3,3	438,7
	Veränderungen *)												
2016	+ 6,5	+ 129,1	+ 48,1	+ 66,9	–	– 0,9	– 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	– 0,1	– 0,1	– 18,9
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	– 63,0	– 61,1	– 0,0	– 0,2	– 1,6	– 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	– 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	– 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	– 0,0	– 0,2	– 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	– 2,2	+ 6,6
2022	– 29,6	– 836,6	+ 938,0	+ 938,1	–	+ 0,2	– 0,3	+ 1,7	+ 216,7	+ 220,1	– 0,1	+ 0,1	– 3,3
2023	– 1,3	– 15,3	– 65,5	– 71,2	–	– 0,2	+ 5,9	+ 1,9	+ 30,9	+ 39,0	– 0,1	– 1,8	– 6,2
2024	+ 0,9	+ 9,5	– 149,7	– 164,7	–	– 0,1	+ 15,0	+ 15,3	+ 76,9	+ 52,4	– 0,0	+ 1,0	+ 23,6
2024 Jan.	– 2,4	+ 21,1	+ 48,6	+ 40,3	–	– 0,0	+ 8,4	+ 3,9	+ 4,0	– 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 4,0
Febr.	+ 0,0	– 25,6	+ 46,3	+ 41,2	–	– 0,0	+ 5,1	+ 3,4	+ 6,7	+ 3,7	+ 0,0	– 0,9	+ 3,8
März	+ 1,3	– 0,6	– 51,5	– 53,8	–	– 0,1	+ 2,3	+ 2,8	+ 5,3	+ 4,4	+ 0,0	– 0,1	+ 0,9
April	– 1,1	– 0,8	– 5,9	– 7,5	–	+ 0,0	+ 1,6	+ 3,7	+ 1,1	+ 3,3	– 0,0	+ 1,3	– 3,5
Mai	+ 0,2	– 2,7	– 1,7	– 2,4	–	+ 0,1	+ 0,6	+ 3,5	+ 7,4	+ 4,3	+ 0,0	– 0,5	+ 3,6
Juni	– 0,0	+ 3,2	– 3,8	– 1,9	–	– 0,0	– 1,9	+ 2,9	+ 7,4	+ 4,9	– 0,0	– 0,1	+ 2,6
Juli	– 0,4	+ 3,4	– 53,0	– 54,4	–	– 0,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 7,1	+ 6,1	– 0,0	– 0,1	+ 1,0
Aug.	+ 0,6	– 3,8	+ 4,7	+ 3,6	–	+ 0,2	+ 0,9	+ 1,4	+ 5,3	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 3,7
Sept.	+ 0,4	+ 2,4	– 38,7	– 38,1	–	+ 0,1	– 0,7	+ 1,3	+ 10,8	+ 7,9	– 0,0	+ 0,6	+ 2,3
Okt.	+ 0,7	+ 2,1	– 4,0	– 5,6	–	– 0,0	+ 1,6	– 1,7	+ 1,2	+ 4,7	– 0,0	+ 1,1	– 4,6
Nov.	– 0,7	– 7,2	+ 33,2	+ 34,5	–	+ 0,0	– 1,3	– 8,0	+ 10,1	+ 9,4	+ 0,0	– 0,5	+ 1,3
Dez.	+ 2,3	+ 18,0	– 123,8	– 120,4	–	– 0,1	– 3,3	+ 0,6	+ 10,5	+ 2,8	– 0,0	– 0,7	+ 8,4
2025 Jan.	– 3,3	– 1,0	+ 83,8	+ 76,1	–	+ 0,1	+ 7,6	– 0,1	+ 14,5	+ 5,4	– 0,0	+ 0,2	+ 8,9
Febr.	+ 0,1	– 20,9	+ 10,8	+ 6,5	–	+ 0,1	+ 4,1	– 0,6	+ 17,1	+ 11,1	–	+ 0,5	+ 5,6
März	– 0,8	+ 6,6	– 29,1	– 28,7	–	– 0,1	– 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,0
April	+ 1,0	+ 3,9	– 0,9	– 3,9	–	+ 0,1	+ 2,9	– 0,1	+ 6,3	+ 5,5	– 0,0	– 0,6	+ 1,5
Mai	+ 0,0	– 1,5	– 7,8	– 10,7	–	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,6
Juni	– 0,7	– 2,2	– 45,2	– 46,2	–	– 0,1	+ 1,0	– 0,7	+ 6,2	+ 5,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichsforderungen [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) [3]: insgesamt	Sichteinlagen [4]	Termineinlagen [4]	weitergegebene Wechsel [5]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs): insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen [6]	Spareinlagen [7]	Sparbriefe [8]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
–	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
–	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
–	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
–	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
–	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
–	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
–	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
–	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	2022
–	23,8	80,3	1 099,9	137,9	962,0	0,0	13,5	4 229,0	2 540,8	1 100,1	445,9	142,2	50,1	2023
–	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	2024
–	23,7	80,3	1 125,8	155,3	970,5	0,0	13,4	4 216,3	2 496,8	1 128,7	439,4	151,4	54,5	2024 Jan.
–	23,7	80,1	1 134,8	161,4	973,4	0,0	13,3	4 213,6	2 478,3	1 143,5	434,4	157,3	57,5	Febr.
–	23,5	80,3	1 083,4	159,4	924,0	0,0	12,8	4 239,0	2 479,2	1 168,8	430,3	160,7	60,2	März
–	23,4	80,8	1 094,3	160,6	933,8	0,0	12,7	4 239,6	2 475,4	1 173,6	425,8	164,8	63,7	April
–	23,5	81,0	1 088,4	158,0	930,5	0,0	12,7	4 263,3	2 497,0	1 176,9	422,2	167,2	66,9	Mai
–	23,2	81,1	1 067,5	158,5	909,0	0,0	12,3	4 264,7	2 494,2	1 182,5	418,1	170,0	68,9	Juni
–	23,1	84,5	1 055,3	159,3	896,1	0,0	12,1	4 267,8	2 497,1	1 185,2	414,0	171,5	70,0	Juli
–	26,4	84,9	1 025,0	133,1	891,9	0,0	12,0	4 323,3	2 548,5	1 191,1	411,2	172,5	74,5	Aug.
–	26,1	84,6	1 004,3	135,4	868,8	0,0	11,6	4 322,6	2 544,1	1 193,8	409,3	175,4	75,3	Sept.
–	26,1	84,0	1 001,9	132,9	868,9	0,0	11,6	4 329,5	2 555,1	1 200,0	407,6	166,9	73,9	Okt.
–	26,2	84,3	1 016,5	139,5	877,0	0,0	11,5	4 371,9	2 608,4	1 197,6	405,1	160,8	66,5	Nov.
–	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	Dez.
–	26,2	85,0	1 013,8	137,7	876,1	0,0	11,0	4 355,9	2 600,4	1 195,2	403,4	157,0	66,4	2025 Jan.
–	26,2	85,4	1 015,0	143,0	872,0	0,0	11,0	4 374,9	2 627,8	1 189,4	401,2	156,4	65,2	Febr.
–	26,2	85,7	998,7	138,1	860,7	0,0	10,6	4 368,0	2 618,2	1 194,9	398,9	155,9	65,7	März
–	26,5	85,8	1 020,5	149,3	871,2	0,0	10,6	4 394,6	2 661,3	1 181,1	397,5	154,7	65,9	April
–	26,2	85,5	1 023,1	144,4	878,6	0,0	10,5	4 402,9	2 684,9	1 167,4	397,3	153,4	66,2	Mai
–	26,3	85,7	1 010,6	145,7	864,9	0,0	10,1	4 395,1	2 677,5	1 166,7	397,9	153,0	65,9	Juni
Veränderungen *)														
–	– 1,3	+ 1,5	– 1,7	+ 0,3	– 2,0	+ 0,0	– 0,5	+ 104,7	+ 124,5	– 6,9	– 7,9	– 5,0	– 0,5	2016
–	– 0,0	– 1,6	+ 11,0	– 18,4	+ 29,4	– 0,0	– 0,5	+ 103,1	+ 142,8	– 27,5	– 5,6	– 6,7	+ 0,4	2017
–	– 1,0	+ 3,1	– 25,0	– 3,1	– 21,9	+ 0,0	– 0,4	+ 117,7	+ 139,3	– 10,8	– 4,3	– 6,5	+ 3,9	2018
–	– 0,7	+ 0,1	– 8,6	+ 1,6	– 10,2	+ 0,0	– 0,3	+ 122,5	+ 155,8	– 25,7	– 3,4	– 4,1	– 1,4	2019
–	+ 5,7	– 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	– 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	– 32,7	– 14,5	– 4,9	+ 1,9	2020
–	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	– 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	– 46,2	+ 0,7	– 3,5	– 0,2	2021
–	– 0,1	+ 1,7	– 104,6	+ 8,8	– 113,4	– 0,0	– 0,6	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	– 27,5	+ 10,1	+ 1,7	2022
–	– 1,2	+ 0,6	– 139,9	– 8,9	– 131,0	± 0,0	– 2,3	+ 76,6	– 172,0	+ 226,4	– 82,3	+104,5	+ 3,5	2023
–	+ 2,3	+ 3,8	– 69,9	+ 23,0	– 92,9	+ 0,0	– 2,4	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	– 40,0	+ 23,1	+17,0	2024
–	– 0,1	– 0,1	+ 26,0	+ 17,4	+ 8,6	+ 0,0	– 0,1	– 12,7	– 44,1	+ 28,7	– 6,5	+ 9,2	+ 4,4	2024 Jan.
–	– 0,0	– 0,2	+ 8,9	+ 6,1	+ 2,9	– 0,0	– 0,1	– 2,8	– 18,4	+ 14,8	– 5,0	+ 5,9	+ 3,0	Febr.
–	– 0,2	+ 0,3	– 51,4	– 1,9	– 49,5	–	– 0,5	+ 25,5	+ 0,9	+ 25,3	– 4,1	+ 3,4	+ 2,6	März
–	– 0,1	+ 0,4	+ 11,0	+ 1,2	+ 9,8	–	– 0,1	+ 0,6	– 3,8	+ 4,8	– 4,6	+ 4,2	+ 3,5	April
–	+ 0,0	+ 0,2	– 5,3	– 2,6	– 2,7	–	– 0,1	+ 23,7	+ 21,7	+ 3,1	– 3,5	+ 2,4	+ 3,2	Mai
–	– 0,2	+ 0,1	– 18,9	+ 0,5	– 19,4	–	– 0,4	– 0,4	– 2,7	+ 3,7	– 4,2	+ 2,8	+ 2,0	Juni
–	– 0,1	+ 3,4	– 8,1	+ 4,8	– 13,0	+ 0,0	– 0,2	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	– 4,0	+ 1,5	+ 1,1	Juli
–	+ 3,2	+ 0,4	+ 1,7	+ 5,9	– 4,1	+ 0,0	– 0,1	+ 23,5	+ 19,5	+ 5,8	– 2,9	+ 1,0	+ 4,5	Aug.
–	– 0,3	+ 0,0	– 20,7	+ 2,4	– 23,1	+ 0,0	– 0,4	– 0,7	– 4,5	+ 2,7	– 1,8	+ 2,9	+ 0,9	Sept.
–	– 0,0	– 0,6	– 2,4	– 2,5	+ 0,1	– 0,0	– 0,1	+ 7,1	+ 11,6	– 1,8	– 1,7	– 1,0	– 1,5	Okt.
–	+ 0,1	+ 0,3	+ 14,7	+ 6,6	+ 8,1	– 0,0	– 0,0	+ 42,7	+ 52,8	– 1,6	– 2,5	– 6,1	– 7,4	Nov.
–	– 0,2	– 0,4	– 25,4	– 14,8	– 10,6	– 0,0	– 0,5	+ 16,6	+ 22,1	– 3,4	+ 0,9	– 3,0	+ 0,6	Dez.
–	+ 0,1	+ 1,1	+ 22,3	+ 14,5	+ 7,8	–	– 0,0	– 27,3	– 24,8	+ 1,0	– 2,7	– 0,7	– 0,2	2025 Jan.
–	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 5,4	– 4,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 19,0	+ 27,6	– 5,8	– 2,1	– 0,7	– 1,3	Febr.
–	– 0,3	+ 0,3	– 16,3	– 5,0	– 11,3	– 0,0	– 0,4	– 6,8	– 9,5	+ 5,5	– 2,3	– 0,5	+ 0,3	März
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 21,8	+ 11,2	+ 10,5	– 0,0	– 0,1	+ 26,8	+ 43,3	– 13,9	– 1,4	– 1,2	+ 0,3	April
–	+ 0,1	– 0,2	+ 2,6	– 4,9	+ 7,4	– 0,0	– 0,0	+ 8,3	+ 23,5	– 13,7	– 0,3	– 1,2	+ 0,6	Mai
–	+ 0,0	+ 0,1	– 12,5	+ 1,3	– 13,8	+ 0,0	– 0,4	– 7,8	– 7,4	– 0,7	+ 0,6	– 0,4	– 0,3	Juni

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2022	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6
2023	0,2	1 166,9	934,7	652,0	282,7	3,1	229,2	6,1	960,4	627,3	174,9	452,4	12,3	320,8
2024	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6
2024 Jan.	0,2	1 206,8	971,9	684,9	287,0	2,8	232,0	6,1	985,5	649,3	196,9	452,4	14,6	321,6
Febr.	0,2	1 245,8	1 010,7	724,3	286,4	3,0	232,2	6,9	1 000,4	660,7	204,4	456,3	14,2	325,4
März	0,2	1 255,0	1 016,4	732,9	283,5	2,7	236,0	7,0	1 007,9	651,5	191,9	459,6	15,3	341,2
April	0,2	1 255,8	1 018,0	729,5	288,5	2,2	235,6	7,4	1 016,3	664,8	206,3	458,5	16,5	335,0
Mai	0,2	1 282,2	1 041,2	755,0	286,2	2,5	238,5	7,5	1 018,6	667,3	207,9	459,4	16,1	335,2
Juni	0,2	1 253,4	1 012,8	723,8	289,0	2,3	238,3	7,2	1 025,1	665,2	207,3	457,9	16,5	343,4
Juli	0,2	1 251,7	1 007,8	719,6	288,2	2,6	241,3	7,0	1 025,1	669,1	208,7	460,4	15,8	340,2
Aug.	0,2	1 256,1	1 010,7	720,2	290,5	2,6	242,8	6,9	1 027,7	673,1	211,4	461,7	16,0	338,6
Sept.	0,2	1 291,1	1 042,8	755,5	287,3	2,4	245,9	8,9	1 062,7	693,5	230,3	463,2	16,7	352,6
Okt.	0,2	1 293,3	1 043,2	755,3	287,9	2,4	247,7	8,9	1 064,1	695,1	229,2	465,9	15,4	353,6
Nov.	0,2	1 321,2	1 071,1	781,1	290,0	2,2	247,9	8,1	1 075,7	700,4	232,2	468,2	13,3	362,0
Dez.	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6
2025 Jan.	0,1	1 324,2	1 074,0	770,6	303,4	2,1	248,1	7,9	1 107,4	711,3	240,9	470,5	14,0	382,0
Febr.	0,1	1 354,4	1 101,1	799,1	302,0	2,0	251,3	7,5	1 145,5	726,0	251,3	474,7	15,6	403,9
März	0,1	1 385,7	1 133,8	835,7	298,1	2,3	249,6	7,6	1 145,2	720,0	245,7	474,3	16,6	408,6
April	0,1	1 364,0	1 114,8	817,9	296,9	2,1	247,1	8,1	1 145,3	720,4	248,8	471,6	14,6	410,2
Mai	0,1	1 359,0	1 106,4	810,0	296,4	2,3	250,4	9,0	1 158,4	724,6	251,5	473,0	15,7	418,2
Juni	0,1	1 389,4	1 140,0	850,0	290,0	2,2	247,1	9,3	1 174,9	714,7	243,5	471,2	19,9	440,2
	Veränderungen *)													
2016	+ 0,0	− 25,5	− 14,5	− 38,2	+ 23,7	− 0,7	− 10,3	− 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	− 3,0	− 8,5
2017	+ 0,0	− 57,2	− 48,7	− 61,5	+ 12,8	+ 0,0	− 8,5	+ 0,6	− 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	− 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	− 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	− 0,4	− 9,7
2019	− 0,0	− 4,1	− 11,3	− 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8
2020	− 0,0	− 32,0	− 22,4	− 6,6	− 15,8	+ 0,9	− 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	− 2,5	− 15,8	− 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	− 3,2	+ 1,4
2022	− 0,1	+ 21,7	+ 20,4	+ 17,9	+ 2,6	+ 1,3	− 0,0	+ 0,2	+ 37,0	+ 37,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 6,7	− 6,7
2023	− 0,0	+ 32,6	+ 24,9	+ 10,2	+ 14,7	+ 1,4	+ 6,3	+ 0,5	+ 51,5	+ 14,8	+ 5,2	+ 9,6	− 2,6	+ 39,3
2024	+ 0,0	+ 121,0	+ 106,2	+ 97,2	+ 9,0	− 1,0	+ 15,9	− 0,2	+ 95,3	+ 55,1	+ 43,9	+ 11,2	+ 0,5	+ 39,7
2024 Jan.	+ 0,0	+ 34,0	+ 31,6	+ 29,7	+ 1,9	− 0,2	+ 2,7	− 0,0	+ 21,4	+ 19,0	+ 21,0	− 2,0	+ 2,2	+ 0,1
Febr.	− 0,0	+ 39,2	+ 38,9	+ 39,6	− 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,9	+ 15,8	+ 12,3	+ 7,5	+ 4,8	− 0,3	+ 3,8
März	− 0,0	+ 9,1	+ 5,6	+ 8,7	− 3,0	− 0,3	+ 3,8	+ 0,1	+ 7,7	− 9,1	− 12,5	+ 3,4	+ 1,0	+ 15,7
April	+ 0,0	− 1,5	− 0,8	− 4,7	+ 4,0	− 0,4	− 0,3	+ 0,4	+ 7,1	+ 12,3	+ 14,0	− 1,6	+ 1,2	− 6,4
Mai	− 0,0	+ 30,1	+ 26,8	+ 27,6	− 0,9	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,0	+ 4,4	+ 4,1	+ 2,3	+ 1,8	− 0,4	+ 0,7
Juni	+ 0,0	− 33,6	− 33,1	− 34,1	+ 1,0	− 0,2	− 0,3	− 0,2	+ 3,4	− 4,7	− 1,6	− 3,1	+ 0,4	+ 7,7
Juli	− 0,0	+ 2,5	− 0,8	− 1,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 3,0	− 0,2	+ 2,3	+ 5,8	+ 2,4	+ 3,4	− 0,7	− 2,9
Aug.	+ 0,0	+ 11,1	+ 9,5	+ 4,7	+ 4,8	− 0,0	+ 1,6	− 0,1	+ 7,8	+ 8,2	+ 4,6	+ 3,6	+ 0,3	− 0,7
Sept.	− 0,0	+ 37,6	+ 34,7	+ 36,9	− 2,2	− 0,2	+ 3,1	− 0,1	+ 35,7	+ 20,8	+ 19,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 14,2
Okt.	+ 0,0	− 5,7	− 7,3	− 4,8	− 2,5	+ 0,0	+ 1,6	− 0,0	− 3,4	− 2,2	− 2,9	+ 0,6	− 1,4	+ 0,2
Nov.	+ 0,0	+ 18,1	+ 18,3	+ 19,7	− 1,5	− 0,2	+ 0,0	− 0,8	+ 5,1	+ 0,0	+ 0,8	− 0,7	− 2,1	+ 7,2
Dez.	+ 0,0	− 19,9	− 17,2	− 24,7	+ 7,5	− 0,2	− 2,5	− 0,1	− 11,9	− 11,5	− 10,9	− 0,6	− 0,5	+ 0,1
2025 Jan.	− 0,1	+ 16,1	+ 13,5	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,0	+ 41,1	+ 20,5	+ 18,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 19,4
Febr.	+ 0,0	+ 30,2	+ 26,9	+ 28,3	− 1,4	− 0,0	+ 3,4	− 0,4	+ 37,2	+ 14,1	+ 10,3	+ 3,7	+ 1,6	+ 21,6
März	− 0,0	+ 45,9	+ 47,3	+ 46,5	+ 0,8	+ 0,2	− 1,7	+ 0,1	+ 9,5	+ 1,7	− 1,5	+ 3,3	+ 1,1	+ 6,6
April	− 0,0	− 3,3	− 0,9	− 5,6	+ 4,7	− 0,1	− 2,2	+ 0,5	+ 10,3	+ 8,4	+ 6,5	+ 1,9	− 1,9	+ 3,8
Mai	+ 0,0	− 6,5	− 9,9	− 8,9	− 1,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,9	+ 11,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 7,7
Juni	+ 0,0	+ 41,5	+ 44,7	+ 47,2	− 2,5	− 0,0	− 3,1	+ 0,3	+ 23,7	− 4,3	− 5,8	+ 1,5	+ 4,4	+ 23,6

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe) zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Spareinlagen und Sparbriefe) zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	–	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	–	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	–	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	2022
10,7	16,7	923,8	469,5	454,3	288,1	166,2	–	380,6	176,2	204,4	104,9	99,5	1,1	2023
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	2024
10,7	16,4	979,5	520,1	459,5	284,6	174,9	–	409,6	200,3	209,3	110,6	98,6	0,7	2024 Jan.
10,7	15,9	1 025,8	534,6	491,2	311,3	179,9	0,0	425,9	211,9	214,1	117,4	96,6	2,0	Febr.
10,7	15,9	1 041,0	502,1	538,9	370,9	168,1	0,0	408,7	192,8	215,9	118,1	97,7	2,6	März
10,8	16,1	1 029,6	524,9	504,8	329,8	175,0	0,0	419,4	207,2	212,3	114,6	97,7	3,2	April
10,8	16,0	1 034,0	554,2	479,7	315,8	163,9	0,0	420,7	212,0	208,7	109,3	99,4	4,0	Mai
10,6	16,0	1 033,2	549,6	483,6	315,3	168,3	0,0	414,4	204,4	210,1	111,0	99,0	4,5	Juni
10,5	16,0	987,8	505,4	482,4	311,4	170,9	0,0	402,9	191,4	211,5	112,3	99,3	4,8	Juli
10,6	16,0	974,5	469,5	505,0	330,4	174,6	0,0	408,3	196,3	212,0	112,7	99,3	5,1	Aug.
10,6	15,9	1 011,3	532,4	478,9	299,4	179,5	0,0	424,3	210,9	213,5	113,7	99,8	5,5	Sept.
10,7	16,2	1 012,4	528,4	484,0	303,5	180,6	0,0	412,5	197,7	214,9	116,2	98,7	5,4	Okt.
10,8	16,3	1 027,3	533,8	493,5	314,3	179,2	0,0	432,3	207,0	225,3	118,4	106,9	4,1	Nov.
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	Dez.
10,7	17,6	1 052,3	527,2	525,1	345,9	179,3	–	439,5	211,5	228,0	121,9	106,1	4,9	2025 Jan.
10,7	17,5	1 085,9	552,9	533,0	348,0	185,0	–	456,0	221,4	234,6	129,7	104,9	5,2	Febr.
10,7	17,5	1 089,8	548,8	541,0	357,8	183,2	–	466,2	229,6	236,7	128,7	108,0	5,6	März
10,7	17,4	1 092,0	564,4	527,6	351,7	176,0	–	449,6	224,7	224,9	117,6	107,4	5,9	April
10,7	17,4	1 054,5	516,0	538,5	357,2	181,3	–	454,7	228,4	226,3	118,3	108,1	6,3	Mai
10,5	17,5	1 072,1	539,7	532,4	351,9	180,5	–	460,6	230,2	230,4	121,0	109,4	6,5	Juni
Veränderungen *)														
– 0,1	– 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	– 0,0	+ 3,5	– 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	– 0,0	2016
– 1,0	– 4,1	– 15,5	+ 25,2	– 40,8	– 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	– 0,4	2017
– 0,2	– 2,2	– 23,9	– 23,4	– 0,4	+ 2,1	– 2,6	– 0,0	– 11,9	– 0,2	– 11,8	– 5,7	– 6,0	– 0,2	2018
– 0,3	– 0,9	– 9,5	– 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	– 0,0	– 0,8	+ 2,1	– 2,9	– 1,8	– 1,1	– 0,0	2019
– 0,2	– 3,9	+ 83,8	+ 87,8	– 4,1	– 34,7	+ 30,6	–	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020
– 0,2	– 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	– 0,0	2021
– 0,7	– 1,0	+ 85,8	+ 29,1	+ 56,7	+ 69,6	– 13,0	– 0,0	+ 68,2	+ 49,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 5,3	+ 0,0	2022
+ 0,2	+ 1,1	– 66,1	– 4,6	– 61,4	– 86,9	+ 25,4	± 0,0	+ 11,6	– 18,3	+ 29,9	+ 20,9	+ 9,0	+ 0,1	2023
+ 0,0	+ 0,3	+ 33,9	– 10,8	+ 44,6	+ 22,2	+ 22,4	± 0,0	+ 17,6	+ 12,7	+ 4,9	– 1,5	+ 6,4	+ 3,3	2024
+ 0,0	– 0,4	+ 51,4	+ 48,7	+ 2,8	– 5,2	+ 8,0	–	+ 27,8	+ 23,6	+ 4,3	+ 5,3	– 1,0	– 0,4	2024 Jan.
+ 0,0	– 0,4	+ 46,4	+ 14,5	+ 31,9	+ 26,7	+ 5,2	+ 0,0	+ 16,4	+ 11,5	+ 4,9	+ 6,8	– 1,9	+ 1,4	Febr.
+ 0,0	– 0,0	+ 15,1	– 32,4	+ 47,6	+ 59,5	– 11,9	–	– 17,3	– 19,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,5	März
+ 0,0	+ 0,1	– 13,1	+ 22,2	– 35,3	– 41,9	+ 6,6	–	+ 10,1	+ 14,1	– 4,0	– 4,3	+ 0,3	+ 0,7	April
– 0,0	– 0,0	+ 7,1	+ 30,5	– 23,5	– 12,9	– 10,6	–	+ 2,3	+ 5,3	– 3,0	– 4,8	+ 1,8	+ 0,8	Mai
– 0,2	+ 0,0	– 4,6	– 6,3	+ 1,8	– 1,9	+ 3,6	–	– 7,5	– 8,2	+ 0,7	+ 1,2	– 0,5	+ 0,5	Juni
– 0,1	– 0,0	– 40,6	– 40,6	+ 0,0	– 2,9	+ 3,0	–	– 10,7	– 12,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,3	Juli
+ 0,1	– 0,0	– 6,8	– 33,2	+ 26,3	+ 20,8	+ 5,5	–	+ 7,6	+ 6,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,2	Aug.
+ 0,0	– 0,1	+ 38,6	+ 63,6	– 24,9	– 30,1	+ 5,1	–	+ 16,7	+ 14,8	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	Sept.
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8	– 6,7	+ 7,5	+ 1,5	+ 6,0	–	– 14,1	– 14,1	– 0,0	+ 1,2	– 1,3	– 0,1	Okt.
+ 0,1	– 0,0	+ 6,8	+ 1,2	+ 5,6	+ 8,2	– 2,6	–	+ 16,8	+ 8,0	+ 8,8	+ 1,0	+ 7,8	– 1,2	Nov.
– 0,1	+ 0,8	– 67,3	– 72,1	+ 4,8	+ 0,4	+ 4,4	– 0,0	– 30,5	– 16,8	– 13,7	– 12,9	– 0,8	+ 0,2	Dez.
+ 0,0	+ 0,4	+ 87,5	+ 63,9	+ 23,6	+ 27,5	– 3,9	–	+ 31,6	+ 16,0	+ 15,6	+ 15,7	– 0,1	+ 0,2	2025 Jan.
+ 0,0	– 0,0	+ 32,9	+ 25,3	+ 7,7	+ 2,0	+ 5,7	–	+ 17,7	+ 9,9	+ 7,8	+ 7,9	– 0,1	+ 0,3	Febr.
+ 0,0	– 0,0	+ 17,4	+ 3,7	+ 13,7	+ 13,9	– 0,2	–	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,4	+ 0,3	März
– 0,1	– 0,0	+ 16,7	+ 22,7	– 6,0	– 0,5	– 5,5	–	– 11,9	– 2,7	– 9,1	– 9,3	+ 0,2	+ 0,4	April
– 0,0	– 0,0	– 39,7	– 49,9	+ 10,2	+ 6,8	+ 3,3	–	+ 5,3	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	Mai
– 0,2	+ 0,2	+ 26,9	+ 28,0	– 1,1	– 1,6	+ 0,5	–	+ 8,8	+ 3,2	+ 5,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 0,2	Juni

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
				an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte				an Unter-
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel	insgesamt	zusammen
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)										
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	– 0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6
2022	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9
2023	4 044,1	3 649,9	279,0	264,2	264,0	0,3	14,8	14,2	0,6	3 765,1	3 401,1
2024	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8
2024 Jan.	4 048,3	3 649,5	281,0	263,3	262,7	0,6	17,7	16,8	0,8	3 767,3	3 401,5
Febr.	4 055,7	3 654,0	281,5	267,3	266,8	0,5	14,2	14,1	0,0	3 774,3	3 404,7
März	4 061,0	3 658,5	289,2	273,3	272,6	0,7	15,9	16,1	– 0,2	3 771,8	3 403,2
April	4 062,1	3 661,8	289,3	270,4	269,6	0,8	18,9	18,0	0,9	3 772,8	3 406,5
Mai	4 069,5	3 666,1	288,4	271,4	270,5	0,9	17,0	16,7	0,3	3 781,1	3 410,7
Juni	4 076,9	3 670,9	294,3	273,8	273,0	0,7	20,5	20,1	0,4	3 782,6	3 408,6
Juli	4 083,3	3 676,5	290,5	270,8	270,1	0,7	19,7	19,3	0,4	3 792,8	3 416,3
Aug.	4 088,6	3 677,7	285,0	266,9	266,1	0,7	18,1	17,4	0,7	3 803,6	3 422,4
Sept.	4 098,6	3 684,8	295,2	275,2	274,3	0,9	20,0	18,9	1,1	3 803,4	3 419,6
Okt.	4 099,7	3 689,4	293,6	271,1	270,3	0,8	22,5	20,2	2,3	3 806,1	3 422,8
Nov.	4 109,8	3 698,8	293,7	272,6	272,0	0,7	21,1	19,2	1,9	3 816,1	3 429,8
Dez.	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8
2025 Jan.	4 134,7	3 706,9	299,1	275,3	274,7	0,6	23,8	22,4	1,4	3 835,6	3 440,0
Febr.	4 150,7	3 716,8	304,1	280,7	279,9	0,7	23,4	21,6	1,8	3 846,6	3 445,7
März	4 154,8	3 717,8	307,0	282,6	281,8	0,7	24,4	22,5	2,0	3 847,8	3 442,9
April	4 161,0	3 723,2	304,5	279,7	278,9	0,8	24,9	23,6	1,3	3 856,5	3 445,9
Mai	4 168,2	3 727,3	299,6	275,8	275,0	0,8	23,8	22,2	1,7	3 868,6	3 456,0
Juni	4 174,4	3 732,5	308,3	283,6	282,5	1,1	24,7	22,5	2,2	3 866,2	3 454,1
	Veränderungen *)										
2016	+ 43,7	+ 62,7	– 5,2	– 0,3	– 0,4	+ 0,1	– 4,9	– 4,8	– 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2017	+ 57,0	+ 70,2	– 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	– 12,1	– 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	– 9,2	– 8,6	– 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	– 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	– 19,6	– 19,8	– 19,8	– 0,0	+ 0,2	– 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	– 0,1	– 4,9	– 2,8	– 2,1	+ 143,4	+ 157,9
2022	+ 216,7	+ 220,0	+ 47,6	+ 48,5	+ 48,5	+ 0,0	– 0,9	– 0,9	+ 0,0	+ 169,1	+ 184,8
2023	+ 30,9	+ 38,9	– 15,3	– 14,5	– 14,4	– 0,1	– 0,8	+ 0,9	– 1,7	+ 46,2	+ 42,3
2024	+ 76,9	+ 52,3	+ 12,9	+ 8,3	+ 8,1	+ 0,2	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 64,0	+ 42,4
2024 Jan.	+ 4,0	– 0,5	+ 1,9	– 0,9	– 1,2	+ 0,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3
Febr.	+ 6,7	+ 3,7	+ 0,4	+ 3,9	+ 4,0	– 0,1	– 3,5	– 2,7	– 0,8	+ 6,3	+ 2,7
März	+ 5,3	+ 4,4	+ 6,6	+ 4,8	+ 4,7	+ 0,2	+ 1,7	+ 2,0	– 0,2	– 1,3	– 0,3
April	+ 1,1	+ 3,3	+ 0,1	– 2,8	– 3,0	+ 0,2	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,4
Mai	+ 7,4	+ 4,3	– 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,0	– 1,9	– 1,3	– 0,6	+ 8,3	+ 4,3
Juni	+ 7,4	+ 4,9	+ 5,9	+ 2,4	+ 2,5	– 0,1	+ 3,5	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,6	– 2,1
Juli	+ 7,1	+ 6,1	– 3,4	– 2,5	– 2,5	– 0,0	– 0,8	– 0,8	– 0,0	+ 10,4	+ 7,6
Aug.	+ 5,3	+ 1,3	– 5,5	– 4,0	– 4,0	+ 0,0	– 1,5	– 1,9	+ 0,3	+ 10,8	+ 6,2
Sept.	+ 10,8	+ 7,9	+ 10,5	+ 8,6	+ 8,4	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	– 2,3
Okt.	+ 1,2	+ 4,7	– 3,8	– 6,3	– 6,1	– 0,1	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 5,0	+ 8,2
Nov.	+ 10,1	+ 9,4	– 0,0	+ 1,4	+ 1,5	– 0,1	– 1,4	– 1,0	– 0,4	+ 10,2	+ 6,2
Dez.	+ 10,5	+ 2,8	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,9	– 0,2	– 1,6	– 1,1	– 0,5	+ 9,4	+ 8,2
2025 Jan.	+ 14,5	+ 5,4	+ 3,1	– 1,2	– 1,4	+ 0,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 0,1	+ 11,4	+ 3,2
Febr.	+ 17,1	+ 11,1	+ 4,5	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,4	+ 12,6	+ 7,3
März	+ 4,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,1	– 0,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,9	– 3,1
April	+ 6,3	+ 5,5	– 2,2	– 2,7	– 2,7	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,1	– 0,7	+ 8,6	+ 2,8
Mai	+ 7,2	+ 4,2	– 5,0	– 4,0	– 4,1	+ 0,1	– 1,0	– 1,4	+ 0,4	+ 12,2	+ 10,4
Juni	+ 6,2	+ 5,2	+ 8,7	+ 7,9	+ 7,6	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 2,5	– 2,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite						Buchkredite						
zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere 1)	Ausgleichsforderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	2022
3 131,7	361,0	2 770,7	269,4	22,8	364,0	240,0	14,1	225,9	124,0	–	1,0	2023
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	2024
3 130,5	359,5	2 771,0	271,0	22,7	365,8	239,4	13,8	225,6	126,4	–	1,0	2024 Jan.
3 132,4	357,0	2 775,4	272,3	22,7	369,6	240,7	14,1	226,6	128,9	–	1,0	Febr.
3 128,6	354,1	2 774,5	274,6	22,5	368,7	241,1	14,3	226,8	127,5	–	1,0	März
3 132,3	353,4	2 779,0	274,2	22,4	366,3	241,9	14,3	227,5	124,4	–	1,0	April
3 135,9	353,3	2 782,6	274,8	22,4	370,4	242,9	14,5	228,4	127,5	–	1,0	Mai
3 135,3	352,3	2 783,1	273,3	22,2	374,0	242,5	14,6	227,8	131,5	–	1,0	Juni
3 143,2	355,5	2 787,6	273,1	22,1	376,6	243,8	15,0	228,9	132,7	–	1,0	Juli
3 149,7	355,9	2 793,8	272,8	24,5	381,2	244,5	15,2	229,2	136,7	–	1,9	Aug.
3 146,3	356,1	2 790,3	273,3	24,2	383,8	245,3	15,2	230,1	138,5	–	1,9	Sept.
3 148,6	353,8	2 794,8	274,2	24,2	383,3	250,3	15,4	234,9	133,0	–	1,9	Okt.
3 156,0	352,9	2 803,1	273,8	24,3	386,3	251,6	15,7	235,9	134,7	–	1,9	Nov.
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	Dez.
3 154,7	349,9	2 804,8	285,3	24,2	395,6	255,1	15,8	239,3	140,5	–	2,0	2025 Jan.
3 158,9	349,3	2 809,6	286,8	24,2	400,9	256,4	16,2	240,2	144,5	–	2,0	Febr.
3 156,5	347,2	2 809,3	286,4	24,2	404,9	257,0	16,1	240,9	148,0	–	2,0	März
3 162,0	344,9	2 817,1	283,9	23,9	410,7	258,7	16,3	242,4	151,9	–	2,6	April
3 170,7	345,7	2 825,0	285,3	23,6	412,6	259,4	16,7	242,7	153,2	–	2,6	Mai
3 168,3	346,7	2 821,6	285,8	23,7	412,1	259,2	16,4	242,8	152,9	–	2,6	Juni
Veränderungen *)												
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	– 0,4	2016
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021
+ 169,9	+ 33,5	+ 136,4	+ 14,9	– 0,1	– 15,7	+ 2,5	– 0,7	+ 3,3	– 18,2	–	– 0,0	2022
+ 46,9	+ 11,0	+ 35,9	– 4,7	– 1,1	+ 3,9	+ 5,5	± 0,0	+ 5,5	– 1,5	–	– 0,0	2023
+ 27,9	– 6,5	+ 34,5	+ 14,5	+ 1,4	+ 21,6	+ 12,5	+ 1,6	+ 10,9	+ 9,1	–	+ 0,9	2024
– 1,3	– 1,4	+ 0,1	+ 1,6	– 0,1	+ 1,8	– 0,6	– 0,3	– 0,3	+ 2,4	–	+ 0,0	2024 Jan.
+ 1,4	– 2,5	+ 4,0	+ 1,3	–	+ 3,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 2,5	–	– 0,0	Febr.
– 2,6	– 2,5	– 0,1	+ 2,3	– 0,2	– 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	– 1,4	–	+ 0,0	März
+ 3,7	– 0,8	+ 4,5	– 0,4	– 0,1	– 2,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,7	– 3,1	–	+ 0,0	April
+ 3,8	– 0,1	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 3,1	–	+ 0,0	Mai
– 0,6	– 1,1	+ 0,5	– 1,4	– 0,2	+ 3,6	– 0,4	+ 0,2	– 0,6	+ 4,0	–	– 0,0	Juni
+ 7,8	+ 3,3	+ 4,5	– 0,2	– 0,1	+ 2,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,3	–	– 0,0	Juli
+ 6,5	+ 0,4	+ 6,2	– 0,3	+ 2,3	+ 4,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 4,0	–	+ 0,9	Aug.
– 2,8	+ 0,3	– 3,1	+ 0,5	– 0,3	+ 2,6	+ 0,9	– 0,0	+ 0,9	+ 1,8	–	+ 0,0	Sept.
+ 7,3	– 0,1	+ 7,4	+ 0,9	+ 0,1	– 3,2	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	– 5,5	–	– 0,1	Okt.
+ 6,6	– 0,7	+ 7,3	– 0,4	+ 0,1	+ 4,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,7	–	+ 0,0	Nov.
– 1,8	– 1,2	– 0,6	+ 10,1	– 0,2	+ 1,2	+ 2,8	– 0,0	+ 2,8	– 1,6	–	– 0,0	Dez.
+ 1,8	– 1,0	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,1	+ 8,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 7,5	–	+ 0,0	2025 Jan.
+ 5,8	– 0,7	+ 6,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 5,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 4,0	–	– 0,0	Febr.
– 2,7	– 1,8	– 0,9	– 0,5	– 0,3	+ 4,0	+ 0,5	– 0,1	+ 0,7	+ 3,5	–	+ 0,0	März
+ 5,3	– 2,5	+ 7,9	– 2,5	+ 0,2	+ 5,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 4,0	–	+ 0,1	April
+ 9,0	+ 1,0	+ 8,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,2	–	+ 0,0	Mai
– 2,5	+ 1,0	– 3,5	+ 0,5	+ 0,0	– 0,5	– 0,3	– 0,3	+ 0,1	– 0,3	–	– 0,0	Juni

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)													
		darunter:												
			Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														**Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)**
2023	3 395,7	1 740,5	1 801,7	1 512,0	289,7	1 872,8	525,7	154,6	136,1	113,3	160,2	56,0	61,5	218,1
2024 2.Vj.	3 408,4	1 762,5	1 808,4	1 531,5	276,9	1 884,0	529,6	155,7	143,8	114,1	159,0	56,4	52,0	219,2
3.Vj.	3 420,6	1 768,1	1 816,4	1 538,6	277,8	1 888,5	531,7	153,8	144,6	114,3	154,9	56,8	51,2	224,9
4.Vj.	3 428,8	1 773,5	1 823,0	1 544,5	278,6	1 892,1	534,7	147,9	146,9	113,7	154,4	56,5	51,1	227,8
2025 1.Vj.	3 438,3	1 773,3	1 829,1	1 545,8	283,3	1 899,7	537,4	150,2	149,2	113,1	154,9	55,2	51,3	228,1
2.Vj.	3 450,8	1 781,4	1 839,9	1 553,1	286,8	1 902,9	540,6	149,9	147,4	113,5	155,5	55,4	52,9	230,1
Kurzfristige Kredite														
2023	264,0	.	7,4	.	7,4	233,9	5,3	37,2	5,1	22,2	46,8	3,5	4,5	47,2
2024 2.Vj.	273,0	.	7,5	.	7,5	244,4	5,5	40,4	6,2	23,3	48,0	4,1	4,4	47,0
3.Vj.	274,3	.	7,7	.	7,7	244,2	5,5	39,2	5,3	23,5	46,7	4,2	4,0	49,7
4.Vj.	274,9	.	7,4	.	7,4	244,6	5,4	35,5	6,0	22,5	48,0	4,0	4,6	54,1
2025 1.Vj.	281,8	.	7,5	.	7,5	251,6	5,4	39,2	7,3	23,1	49,5	3,5	4,1	54,7
2.Vj.	282,5	.	7,4	.	7,4	251,6	5,3	40,1	6,6	22,8	50,1	3,5	4,1	55,4
Mittelfristige Kredite														
2023	361,0	.	41,9	.	41,9	291,2	24,3	34,0	6,0	23,1	28,2	4,2	18,6	61,3
2024 2.Vj.	352,3	.	40,0	.	40,0	284,1	23,8	33,2	11,0	22,1	27,5	4,2	9,4	61,4
3.Vj.	356,1	.	38,9	.	38,9	288,0	23,2	34,2	10,9	21,8	25,8	4,3	9,4	64,6
4.Vj.	351,4	.	38,3	.	38,3	283,6	22,9	31,9	10,3	21,8	25,2	4,3	10,3	62,5
2025 1.Vj.	347,2	.	37,4	.	37,4	280,5	22,5	32,3	9,6	20,9	24,6	4,1	10,3	62,7
2.Vj.	346,7	.	37,2	.	37,2	279,6	22,5	32,1	6,0	21,1	24,9	4,1	12,0	64,4
Langfristige Kredite														
2023	2 770,7	1 740,5	1 752,5	1 512,0	240,5	1 347,7	496,1	83,4	125,1	68,0	85,2	48,3	38,5	109,7
2024 2.Vj.	2 783,1	1 762,5	1 760,9	1 531,5	229,4	1 355,5	500,3	82,0	126,7	68,7	83,5	48,1	38,2	110,8
3.Vj.	2 790,3	1 768,1	1 769,8	1 538,6	231,2	1 356,3	503,0	80,4	128,5	69,1	82,4	48,2	37,8	110,7
4.Vj.	2 802,6	1 773,5	1 777,3	1 544,5	232,9	1 363,9	506,4	80,5	130,5	69,4	81,2	48,2	36,3	111,2
2025 1.Vj.	2 809,3	1 773,3	1 784,2	1 545,8	238,4	1 367,5	509,4	78,7	132,3	69,1	80,9	47,6	37,0	110,8
2.Vj.	2 821,6	1 781,4	1 795,3	1 553,1	242,2	1 371,7	512,8	77,7	134,8	69,7	80,5	47,8	36,7	110,4
Kredite insgesamt														**Veränderungen im Vierteljahr *)**
2024 2.Vj.	+ 7,3	+ 8,9	+ 5,6	+ 7,1	− 1,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	− 0,7	+ 0,1	− 1,6	− 0,4
3.Vj.	+ 13,4	+ 5,5	+ 8,0	+ 7,1	+ 0,9	+ 5,8	+ 2,1	− 1,9	+ 0,8	+ 0,2	− 4,0	+ 0,3	− 0,8	+ 6,8
4.Vj.	+ 10,3	+ 5,8	+ 8,0	+ 6,2	+ 1,8	+ 5,8	+ 3,4	− 5,8	+ 3,5	− 0,7	− 0,7	− 0,3	+ 0,7	+ 3,3
2025 1.Vj.	+ 10,5	+ 7,1	+ 6,8	+ 6,6	+ 0,2	+ 7,4	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,3	− 0,5	+ 0,6	− 1,3	+ 0,3	− 0,7
2.Vj.	+ 12,6	+ 6,3	+ 10,7	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	− 0,4	− 1,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,8
Kurzfristige Kredite														
2024 2.Vj.	+ 0,5	.	− 0,0	.	− 0,0	+ 1,0	− 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	− 0,1	− 1,3
3.Vj.	+ 1,9	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	− 1,2	− 0,9	+ 0,1	− 1,3	+ 0,1	− 0,4	+ 3,4
4.Vj.	− 1,8	.	− 0,2	.	− 0,2	− 2,0	− 0,1	− 3,8	+ 0,7	− 1,0	+ 0,4	− 0,2	+ 0,6	+ 3,0
2025 1.Vj.	+ 5,6	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 6,0	− 0,0	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,0	− 0,5	+ 0,1
2.Vj.	+ 0,8	.	− 0,1	.	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	+ 0,8	− 0,6	− 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9
Mittelfristige Kredite														
2024 2.Vj.	− 2,0	.	− 0,8	.	− 0,8	− 1,3	− 0,3	+ 0,4	− 0,0	− 0,4	+ 0,0	+ 0,0	− 1,0	− 0,3
3.Vj.	+ 3,9	.	− 1,1	.	− 1,1	+ 4,0	− 0,6	+ 1,0	− 0,1	− 0,3	− 1,6	+ 0,2	− 0,1	+ 3,4
4.Vj.	− 2,0	.	− 0,7	.	− 0,7	− 1,8	− 0,3	− 2,3	− 0,5	− 0,0	+ 0,1	−	+ 0,9	− 0,5
2025 1.Vj.	− 3,5	.	− 0,9	.	− 0,9	− 3,1	− 0,3	+ 0,5	− 0,7	− 0,6	− 0,5	− 0,7	+ 0,1	− 0,3
2.Vj.	− 0,6	.	− 0,2	.	− 0,2	− 0,9	− 0,1	− 0,2	− 3,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	+ 1,8	+ 1,5
Langfristige Kredite														
2024 2.Vj.	+ 8,9	+ 8,9	+ 6,4	+ 7,1	− 0,7	+ 4,7	+ 2,6	− 0,6	+ 0,3	+ 0,7	− 0,7	− 0,0	− 0,4	+ 1,1
3.Vj.	+ 7,6	+ 5,5	+ 9,0	+ 7,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,6	− 1,7	+ 1,7	+ 0,4	− 1,0	+ 0,1	− 0,4	+ 0,0
4.Vj.	+ 14,1	+ 5,8	+ 8,9	+ 6,2	+ 2,7	+ 9,5	+ 3,8	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,4	− 1,1	− 0,0	− 0,8	+ 0,7
2025 1.Vj.	+ 8,5	+ 7,1	+ 7,6	+ 6,6	+ 1,0	+ 4,5	+ 3,4	− 1,8	+ 1,7	− 0,3	− 0,1	− 0,5	+ 0,7	− 0,4
2.Vj.	+ 12,4	+ 6,3	+ 11,1	+ 7,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,4	− 1,0	+ 2,5	+ 0,5	− 0,4	+ 0,2	− 0,3	− 0,7

***** Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monats-

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
	darunter:							sonstige Kredite	darunter:				
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen	Kredite an Selbständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	Ratenkredite 3)	Debetsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)											**Kredite insgesamt**		
973,0	346,8	75,8	223,7	504,8	54,3	1 505,7	1 271,3	234,4	185,6	7,1	17,2	4,7	2023
983,7	351,7	77,1	222,5	506,4	55,0	1 507,5	1 274,2	233,3	186,4	7,0	16,9	4,7	2024 2.Vj.
987,8	353,6	78,5	223,2	507,7	54,4	1 515,3	1 280,1	235,2	187,1	7,8	16,8	4,6	3.Vj.
993,9	358,8	76,8	223,6	509,2	54,0	1 519,9	1 283,8	236,1	187,7	7,1	16,9	4,5	4.Vj.
997,5	362,0	77,4	224,3	512,2	53,8	1 521,8	1 287,3	234,5	186,9	7,7	16,9	4,5	2025 1.Vj.
998,1	365,6	75,7	224,3	514,1	54,1	1 531,0	1 294,9	236,1	187,9	7,6	16,9	4,4	2.Vj.
											Kurzfristige Kredite		
67,4	16,0	12,6	11,3	20,6	5,7	29,5	2,1	27,5	2,2	7,1	0,6	0,0	2023
70,9	15,3	14,1	11,3	20,7	7,2	28,1	2,1	26,1	2,0	7,0	0,5	0,0	2024 2.Vj.
71,6	15,0	14,9	11,6	21,0	6,9	29,6	2,1	27,5	2,5	7,8	0,5	0,0	3.Vj.
70,0	14,9	12,5	11,5	20,8	6,6	29,8	2,0	27,8	2,5	7,1	0,5	–	4.Vj.
70,3	14,8	13,8	11,4	21,4	7,1	29,6	2,1	27,5	2,3	7,7	0,5	–	2025 1.Vj.
69,0	14,9	13,3	11,3	21,4	7,3	30,3	2,1	28,2	2,3	7,6	0,6	–	2.Vj.
											Mittelfristige Kredite		
115,9	26,0	21,4	32,2	31,2	6,4	69,4	17,5	51,8	47,1	.	0,4	0,1	2023
115,3	25,4	21,1	31,9	31,0	6,1	67,7	16,2	51,6	46,6	.	0,4	0,1	2024 2.Vj.
117,0	25,1	22,1	32,7	30,9	6,0	67,6	15,7	51,9	47,0	.	0,5	0,0	3.Vj.
117,4	24,9	22,7	32,8	31,1	6,1	67,4	15,3	52,0	47,0	.	0,4	0,0	4.Vj.
116,1	24,2	21,8	33,6	31,0	6,0	66,3	14,8	51,6	46,5	.	0,4	0,0	2025 1.Vj.
114,9	23,9	21,2	34,1	30,9	6,1	66,7	14,6	52,0	46,9	.	0,4	0,0	2.Vj.
											Langfristige Kredite		
789,7	304,8	41,8	180,1	453,0	42,3	1 406,8	1 251,7	155,1	136,3	.	16,2	4,6	2023
797,5	311,0	41,9	179,2	454,7	41,7	1 411,6	1 255,9	155,7	137,8	.	16,0	4,6	2024 2.Vj.
799,2	313,6	41,6	178,9	455,8	41,5	1 418,1	1 262,3	155,8	137,6	.	15,9	4,6	3.Vj.
806,5	318,9	41,6	179,3	457,3	41,3	1 422,7	1 266,4	156,3	138,2	.	15,9	4,5	4.Vj.
811,1	323,0	41,8	179,2	459,8	40,7	1 425,8	1 270,4	155,4	138,1	.	16,0	4,4	2025 1.Vj.
814,1	326,8	41,3	178,9	461,9	40,7	1 434,0	1 278,2	155,9	138,7	.	15,9	4,4	2.Vj.
Veränderungen im Vierteljahr *)											**Kredite insgesamt**		
+ 5,5	+ 3,1	– 1,1	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,9	+ 3,4	– 0,5	+ 0,6	– 0,1	– 0,0	+ 0,0	2024 2.Vj.
+ 4,3	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,3	– 0,6	+ 7,7	+ 5,9	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,9	– 0,1	– 0,1	3.Vj.
+ 5,8	+ 5,0	– 1,8	+ 0,5	+ 1,5	– 0,4	+ 4,4	+ 4,8	– 0,4	– 0,7	– 0,7	+ 0,1	– 0,1	4.Vj.
+ 4,2	+ 3,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,3	+ 3,2	+ 3,8	– 0,6	+ 0,1	+ 0,5	– 0,1	– 0,1	2025 1.Vj.
+ 1,0	+ 3,8	– 1,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 9,2	+ 7,6	+ 1,6	+ 0,9	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	2.Vj.
											Kurzfristige Kredite		
+ 1,3	+ 0,2	– 0,4	– 0,1	– 0,2	+ 0,2	– 0,6	+ 0,1	– 0,7	+ 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	2024 2.Vj.
+ 0,7	– 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	– 0,3	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,9	– 0,0	– 0,0	3.Vj.
– 1,7	– 0,1	– 2,4	– 0,1	– 0,4	– 0,3	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	+ 0,0	– 0,7	+ 0,1	– 0,0	4.Vj.
– 0,2	– 0,5	+ 1,2	– 0,3	+ 0,7	+ 0,5	– 0,4	+ 0,1	– 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 0,0	–	2025 1.Vj.
– 1,2	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,0	+ 0,2	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 0,0	– 0,1	+ 0,1	–	2.Vj.
											Mittelfristige Kredite		
– 0,0	– 0,5	– 0,0	+ 0,2	– 0,0	– 0,0	– 0,7	– 0,5	– 0,2	– 0,2	.	+ 0,0	– 0,0	2024 2.Vj.
+ 1,6	– 0,4	+ 0,9	+ 0,8	– 0,1	– 0,1	– 0,2	– 0,5	+ 0,4	+ 0,4	.	+ 0,0	– 0,0	3.Vj.
+ 0,5	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	– 0,2	– 0,4	+ 0,1	+ 0,0	.	– 0,0	–	4.Vj.
– 0,8	– 0,7	– 0,9	+ 0,9	– 0,3	– 0,1	– 0,4	– 0,6	+ 0,1	+ 0,1	.	– 0,0	– 0,0	2025 1.Vj.
– 1,0	– 0,2	– 0,6	+ 0,5	– 0,2	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,5	+ 0,4	.	+ 0,0	– 0,0	2.Vj.
											Langfristige Kredite		
+ 4,3	+ 3,4	– 0,7	+ 1,6	+ 1,0	– 0,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 0,8	.	– 0,1	+ 0,0	2024 2.Vj.
+ 2,0	+ 2,8	– 0,3	– 0,4	+ 1,1	– 0,3	+ 6,4	+ 6,4	+ 0,0	– 0,3	.	– 0,1	– 0,1	3.Vj.
+ 6,9	+ 5,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,6	– 0,2	+ 4,4	+ 5,2	– 0,8	– 0,8	.	+ 0,1	– 0,1	4.Vj.
+ 5,2	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,7	– 0,2	+ 4,1	+ 4,2	– 0,1	+ 0,1	.	– 0,1	– 0,1	2025 1.Vj.
+ 3,3	+ 3,9	– 0,4	– 0,3	+ 2,1	+ 0,0	+ 8,2	+ 7,8	+ 0,5	+ 0,5	.	– 0,0	– 0,1	2.Vj.

bericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Treuhandkredite. **2** Einschl. Einzelkaufleute. **3** Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	mit Befristung von über 1 Jahr 2) bis 2 Jahre einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrichtlich: Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Nichtbanken insgesamt											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2022	4 162,0	2 720,6	873,5	314,8	558,7	50,5	508,2	533,2	34,6	35,9	18,5	3,9
2023	4 229,0	2 540,8	1 100,1	514,7	585,4	80,5	504,9	445,9	142,2	50,1	20,3	2,9
2024	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6
2024 Juli	4 267,8	2 497,1	1 185,2	594,6	590,6	86,4	504,3	414,0	171,5	70,0	20,4	5,1
Aug.	4 323,3	2 548,5	1 191,1	601,4	589,7	86,1	503,6	411,2	172,5	74,5	21,0	6,5
Sept.	4 322,6	2 544,1	1 193,8	611,4	582,4	83,6	498,8	409,3	175,4	75,3	21,0	4,3
Okt.	4 329,5	2 555,1	1 200,0	616,4	583,5	83,6	499,9	407,6	166,9	73,9	21,0	5,6
Nov.	4 371,9	2 608,4	1 197,6	610,6	587,0	83,8	503,1	405,1	160,8	66,5	21,1	3,3
Dez.	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6
2025 Jan.	4 355,9	2 600,4	1 195,2	608,2	587,0	79,4	507,6	403,4	157,0	66,4	21,0	5,2
Febr.	4 374,9	2 627,8	1 189,4	603,4	586,1	78,2	507,9	401,2	156,4	65,2	21,1	6,0
März	4 368,0	2 618,2	1 194,9	612,2	582,7	75,1	507,6	398,9	155,9	65,7	21,0	6,2
April	4 394,6	2 661,3	1 181,1	598,6	582,5	75,5	507,0	397,5	154,7	65,9	20,9	8,3
Mai	4 402,9	2 684,9	1 167,4	584,7	582,7	75,1	507,5	397,3	153,4	66,2	21,0	8,4
Juni	4 395,1	2 677,5	1 166,7	585,6	581,0	74,2	506,9	397,9	153,0	65,9	20,9	9,0
												Veränderungen *)
2023	+ 76,6	− 172,0	+ 226,4	+ 198,4	+ 28,0	+ 29,9	− 1,9	− 82,3	+ 104,5	+ 3,5	+ 1,8	− 1,0
2024	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	+ 85,7	− 0,8	− 0,5	− 0,3	− 40,0	+ 23,1	+ 17,0	+ 0,7	+ 0,6
2024 Juli	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,6	− 0,9	− 0,3	− 0,6	− 4,0	+ 1,5	+ 1,1	− 0,0	+ 0,6
Aug.	+ 23,5	+ 19,5	+ 5,8	+ 6,8	− 0,9	− 0,3	− 0,6	− 2,9	+ 1,0	+ 4,5	+ 0,5	+ 1,4
Sept.	− 0,7	− 4,5	+ 2,7	+ 10,0	− 7,3	− 2,5	− 4,8	− 1,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,0	− 2,3
Okt.	+ 7,1	+ 11,6	− 1,8	− 0,6	− 1,2	− 0,6	− 0,6	− 1,7	− 1,0	− 1,5	+ 0,1	+ 1,3
Nov.	+ 42,7	+ 52,8	− 1,6	− 5,8	+ 4,3	+ 0,6	+ 3,6	− 2,5	− 6,1	− 7,4	+ 0,1	− 2,3
Dez.	+ 16,6	+ 22,1	− 3,4	− 4,4	+ 1,0	− 3,6	+ 4,6	+ 0,9	− 3,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,2
2025 Jan.	− 27,3	− 24,8	+ 1,0	+ 2,0	− 1,0	− 0,9	− 0,1	− 2,7	− 0,7	− 0,2	− 0,1	+ 1,7
Febr.	+ 19,0	+ 27,6	− 5,8	− 4,9	− 0,9	− 1,2	+ 0,3	− 2,1	− 0,7	− 1,3	+ 0,1	+ 0,7
März	− 6,8	− 9,5	+ 5,5	+ 8,8	− 3,3	− 3,1	− 0,3	− 2,3	− 0,5	+ 0,3	− 0,0	+ 0,2
April	+ 26,8	+ 43,3	− 13,9	− 13,6	− 0,2	+ 0,4	− 0,6	− 1,4	− 1,2	+ 0,3	− 0,1	+ 2,1
Mai	+ 8,3	+ 23,5	− 13,7	− 13,9	+ 0,2	− 0,3	+ 0,5	− 0,3	− 1,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1
Juni	− 7,8	− 7,4	− 0,7	+ 0,9	− 1,6	− 1,0	− 0,7	+ 0,6	− 0,4	− 0,3	− 0,0	+ 0,6
	Inländische öffentliche Haushalte											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2022	279,8	82,5	191,6	106,8	84,9	23,1	61,7	2,0	3,7	27,3	1,9	2,4
2023	286,9	91,2	190,5	105,6	84,9	23,3	61,6	0,9	4,4	26,6	1,4	0,2
2024	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	–
2024 Juli	264,1	81,0	178,2	99,2	79,1	19,4	59,6	0,6	4,2	26,6	1,3	0,9
Aug.	271,6	90,7	176,2	97,2	78,9	19,2	59,7	0,6	4,1	29,8	1,8	1,9
Sept.	269,6	88,4	176,3	104,2	72,2	17,3	54,9	0,6	4,2	29,8	1,8	0,3
Okt.	256,7	86,2	165,6	94,0	71,6	16,7	54,8	0,6	4,4	29,9	1,8	1,4
Nov.	263,4	93,2	165,3	94,1	71,2	16,7	54,5	0,6	4,3	29,9	1,8	–
Dez.	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	–
2025 Jan.	236,8	81,5	150,5	87,8	62,7	14,7	48,0	0,5	4,3	30,3	1,8	0,1
Febr.	244,9	89,5	150,5	89,2	61,3	14,1	47,3	0,6	4,3	30,4	1,8	0,1
März	251,5	87,4	159,2	101,2	58,0	13,0	45,0	0,5	4,3	30,4	1,8	–
April	235,7	82,3	148,6	90,5	58,0	13,2	44,8	0,5	4,3	30,7	1,8	0,1
Mai	240,4	87,4	148,3	90,6	57,6	12,8	44,8	0,5	4,2	30,8	1,8	0,1
Juni	256,2	92,4	159,2	102,6	56,6	11,7	44,9	0,5	4,2	30,8	1,7	–
												Veränderungen *)
2023	+ 6,5	+ 8,7	− 1,7	− 1,7	− 0,1	+ 0,1	− 0,2	− 1,1	+ 0,6	+ 0,1	− 0,6	− 2,2
2024	− 37,7	+ 0,1	− 37,4	− 15,0	− 22,3	− 9,3	− 13,0	− 0,3	− 0,1	+ 3,5	+ 0,4	− 0,2
2024 Juli	− 20,4	− 14,3	− 5,9	− 5,7	− 0,2	+ 0,0	− 0,2	− 0,0	− 0,2	− 0,3	− 0,0	–
Aug.	+ 7,5	+ 9,7	− 2,1	− 1,9	− 0,1	− 0,2	+ 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 3,2	+ 0,5	+ 1,1
Sept.	− 2,5	− 2,3	− 0,3	+ 6,6	− 6,9	− 2,1	− 4,8	+ 0,0	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	− 1,6
Okt.	− 13,0	− 2,2	− 10,8	− 10,2	− 0,6	− 0,5	− 0,0	− 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 1,1
Nov.	+ 6,2	+ 6,6	− 0,2	+ 0,2	− 0,4	− 0,1	− 0,3	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	+ 0,0	− 1,4
Dez.	− 13,0	− 1,4	− 11,6	− 3,3	− 8,4	− 2,5	− 5,9	− 0,0	+ 0,0	+ 0,2	− 0,0	–
2025 Jan.	− 13,6	− 10,4	− 3,2	− 3,1	− 0,1	+ 0,5	− 0,6	− 0,0	− 0,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,1
Febr.	+ 8,2	+ 8,0	+ 0,1	+ 1,5	− 1,4	− 0,6	− 0,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	–
März	+ 6,5	− 2,1	+ 8,7	+ 12,1	− 3,3	− 1,1	− 2,3	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 0,1
April	− 15,8	− 5,1	− 10,8	− 10,7	− 0,0	+ 0,2	− 0,2	− 0,0	+ 0,0	+ 0,3	− 0,0	+ 0,1
Mai	+ 4,7	+ 5,1	− 0,3	+ 0,1	− 0,4	− 0,4	− 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 0,1	− 0,0	–
Juni	+ 15,8	+ 4,9	+ 10,9	+ 12,0	− 1,1	− 1,1	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 0,1

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Unternehmen und Privatpersonen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2022	3 882,2	2 638,1	681,9	208,0	473,9	27,4	446,5	531,2	31,0	8,6	16,6	1,5
2023	3 942,1	2 449,6	909,6	409,1	500,5	57,2	443,3	445,0	137,9	23,5	19,0	2,7
2024	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6
2024 Juli	4 003,7	2 416,1	1 007,0	495,4	511,6	66,9	444,6	413,4	167,2	43,4	19,2	4,3
Aug.	4 051,6	2 457,8	1 014,9	504,1	510,8	66,8	443,9	410,5	168,4	44,7	19,2	4,6
Sept.	4 053,0	2 455,7	1 017,5	507,2	510,2	66,3	443,9	408,7	171,2	45,6	19,2	4,0
Okt.	4 072,8	2 468,9	1 034,4	522,5	511,9	66,8	445,1	407,0	162,5	44,0	19,2	4,2
Nov.	4 108,4	2 515,2	1 032,2	516,5	515,8	67,2	448,6	404,5	156,5	36,6	19,3	3,3
Dez.	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6
2025 Jan.	4 119,1	2 518,9	1 044,7	520,4	524,2	64,7	459,6	402,8	152,7	36,2	19,2	5,2
Febr.	4 129,9	2 538,3	1 038,9	514,2	524,7	64,1	460,6	400,7	152,1	34,7	19,3	5,9
März	4 116,5	2 530,9	1 035,7	511,0	524,7	62,1	462,6	398,4	151,6	35,2	19,3	6,2
April	4 158,9	2 579,0	1 032,5	508,0	524,5	62,3	462,2	397,0	150,3	35,2	19,2	8,3
Mai	4 162,5	2 597,4	1 019,1	494,1	525,0	62,3	462,7	396,7	149,3	35,4	19,2	8,3
Juni	4 138,9	2 585,1	1 007,5	483,0	524,5	62,5	462,0	397,4	148,9	35,1	19,2	9,0
												Veränderungen *)
2023	+ 70,0	− 180,7	+ 228,1	+ 200,1	+ 28,1	+ 29,8	− 1,7	− 81,2	+ 103,8	+ 3,5	+ 2,4	+ 1,2
2024	+ 163,7	+ 57,8	+ 122,3	+ 100,8	+ 21,6	+ 8,8	+ 12,8	− 39,7	+ 23,3	+ 13,5	+ 0,3	+ 0,8
2024 Juli	+ 23,5	+ 17,2	+ 8,6	+ 9,3	− 0,7	− 0,3	− 0,4	− 4,0	+ 1,6	+ 1,4	− 0,0	+ 0,6
Aug.	+ 16,0	+ 9,8	+ 7,9	+ 8,7	− 0,8	− 0,1	− 0,7	− 2,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,4
Sept.	+ 1,8	− 2,1	+ 3,0	+ 3,4	− 0,4	− 0,4	+ 0,0	− 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,0	− 0,7
Okt.	+ 20,0	+ 13,8	+ 8,9	+ 9,5	− 0,6	− 0,1	− 0,5	− 1,7	− 1,0	− 1,6	+ 0,0	+ 0,2
Nov.	+ 36,5	+ 46,2	− 1,3	− 6,0	+ 4,7	+ 0,7	+ 4,0	− 2,5	− 6,0	− 7,4	+ 0,1	− 0,9
Dez.	+ 29,6	+ 23,5	+ 8,3	− 1,1	+ 9,4	− 1,1	+ 10,5	+ 0,9	− 3,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2
2025 Jan.	− 13,7	− 14,5	+ 4,2	+ 5,1	− 0,9	− 1,4	+ 0,5	− 2,6	− 0,7	− 0,3	− 0,1	+ 1,6
Febr.	+ 10,9	+ 19,5	− 5,8	− 6,3	+ 0,5	− 0,6	+ 1,1	− 2,1	− 0,7	− 1,4	+ 0,0	+ 0,7
März	− 13,3	− 7,4	− 3,2	− 3,2	+ 0,0	− 2,0	+ 2,0	− 2,3	− 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3
April	+ 42,6	+ 48,4	− 3,1	− 2,9	− 0,2	+ 0,2	− 0,4	− 1,4	− 1,2	− 0,0	− 0,1	+ 2,1
Mai	+ 3,6	+ 18,4	− 13,4	− 14,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	− 0,3	− 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1
Juni	− 23,6	− 12,3	− 11,6	− 11,1	− 0,6	+ 0,2	− 0,7	+ 0,7	− 0,4	− 0,3	− 0,0	+ 0,7
	darunter: inländische Unternehmen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2022	1 193,5	783,4	397,1	140,8	256,3	16,8	239,5	4,4	8,6	1,9	13,5	1,5
2023	1 194,6	723,0	453,9	204,3	249,6	19,0	230,6	3,3	14,4	2,5	15,5	2,7
2024	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6
2024 Juli	1 207,3	719,5	469,4	220,5	248,9	19,2	229,6	3,2	15,2	3,1	15,3	4,3
Aug.	1 216,5	724,4	473,6	225,8	247,9	19,1	228,8	3,2	15,3	3,3	15,3	4,6
Sept.	1 219,8	729,0	472,2	224,6	247,6	18,9	228,7	3,2	15,4	3,2	15,3	4,0
Okt.	1 230,0	735,0	476,3	229,6	246,8	18,8	228,0	3,2	15,5	3,3	15,3	4,2
Nov.	1 236,1	745,9	471,7	220,9	250,8	18,9	231,9	3,2	15,3	3,3	15,3	3,3
Dez.	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6
2025 Jan.	1 248,3	749,2	480,8	222,1	258,7	18,0	240,7	3,1	15,2	1,8	15,1	5,2
Febr.	1 241,1	744,6	478,0	218,4	259,7	18,4	241,2	3,2	15,3	1,8	15,1	5,9
März	1 235,2	738,7	478,1	218,3	259,8	16,6	243,2	3,1	15,3	2,0	15,1	6,2
April	1 260,7	762,9	479,5	220,0	259,5	16,8	242,7	3,2	15,1	2,0	14,9	8,3
Mai	1 253,2	765,4	469,4	210,2	259,2	16,6	242,6	3,2	15,1	1,7	15,0	8,3
Juni	1 236,9	754,4	464,2	206,8	257,5	16,1	241,4	3,2	15,1	1,7	14,9	9,0
												Veränderungen *)
2023	+ 11,1	− 48,0	+ 57,5	+ 63,0	− 5,5	+ 2,0	− 7,6	− 1,1	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,2
2024	+ 57,1	+ 34,5	+ 21,9	+ 13,5	+ 8,4	− 0,1	+ 8,5	− 0,3	+ 1,0	+ 0,9	− 0,2	+ 0,8
2024 Juli	+ 23,9	+ 22,3	+ 1,5	+ 2,0	− 0,5	− 0,3	− 0,2	− 0,0	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	+ 0,6
Aug.	+ 9,3	+ 5,0	+ 4,3	+ 5,3	− 1,0	− 0,1	− 0,9	−	+ 0,1	+ 0,1	−	+ 0,4
Sept.	+ 3,6	+ 4,5	− 1,0	− 0,9	− 0,1	− 0,0	− 0,1	− 0,0	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,7
Okt.	+ 10,3	+ 6,0	+ 4,1	+ 5,0	− 0,9	− 0,2	− 0,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	+ 0,2
Nov.	+ 6,9	+ 11,3	− 4,3	− 8,6	+ 4,4	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,0	− 0,2	+ 0,0	+ 0,0	− 0,9
Dez.	+ 15,9	+ 11,0	+ 5,1	− 3,3	+ 8,4	− 0,6	+ 9,0	− 0,2	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	+ 0,2
2025 Jan.	− 3,6	− 7,7	+ 4,0	+ 4,5	− 0,5	− 0,3	− 0,2	+ 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,2	+ 1,6
Febr.	− 7,2	− 4,5	− 2,8	− 3,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	+ 0,0	+ 0,7
März	− 5,8	− 5,8	+ 0,0	− 0,1	+ 0,1	− 1,8	+ 1,9	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	− 0,0	+ 0,3
April	+ 25,7	+ 24,3	+ 1,5	+ 1,7	− 0,2	+ 0,2	− 0,4	+ 0,1	− 0,2	− 0,0	− 0,1	+ 2,1
Mai	− 7,5	+ 2,5	− 10,0	− 9,8	− 0,2	− 0,2	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Juni	− 16,3	− 11,1	− 5,2	− 3,5	− 1,8	− 0,5	− 1,3	− 0,0	+ 0,0	+ 0,1	− 0,1	+ 0,7

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
			nach Gläubigergruppen						nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen				
		insgesamt	zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen		insgesamt	zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen	
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2022	2 688,7	1 854,7	1 809,9	307,3	1 342,5	160,1	44,8	284,8	268,7	31,2	200,5	37,1	
2023	2 747,5	1 726,6	1 685,2	270,9	1 271,0	143,4	41,3	455,7	434,0	67,6	317,3	49,2	
2024	2 886,1	1 781,8	1 739,1	276,5	1 321,2	141,3	42,7	563,7	541,6	80,8	405,4	55,5	
2025 Jan.	2 870,7	1 769,7	1 727,5	276,3	1 311,5	139,7	42,2	563,9	541,5	80,5	405,5	55,4	
Febr.	2 888,8	1 793,7	1 750,7	277,9	1 333,6	139,1	43,1	560,8	538,3	79,6	403,6	55,1	
März	2 881,3	1 792,1	1 748,6	273,2	1 337,1	138,3	43,5	557,6	535,1	78,2	402,2	54,6	
April	2 898,2	1 816,2	1 772,9	280,5	1 353,6	138,9	43,3	553,1	530,3	76,9	399,6	53,8	
Mai	2 909,3	1 832,0	1 788,0	282,5	1 365,8	139,6	44,0	549,7	526,5	76,0	397,0	53,5	
Juni	2 902,0	1 830,8	1 786,4	278,4	1 368,4	139,6	44,4	543,3	520,5	74,4	393,4	52,6	
	Veränderungen *)												
2023	+ 58,9	− 132,7	− 129,2	− 36,7	− 76,8	− 15,7	− 3,5	+ 170,6	+ 164,9	+ 36,1	+ 116,5	+ 12,2	
2024	+ 106,6	+ 23,3	+ 22,0	+ 0,2	+ 27,7	− 5,9	+ 1,3	+ 100,5	+ 100,0	+ 12,8	+ 79,2	+ 8,0	
2025 Jan.	− 10,0	− 6,8	− 6,3	+ 1,2	− 6,4	− 1,0	− 0,5	+ 0,1	− 0,2	− 0,2	+ 0,1	− 0,0	
Febr.	+ 18,1	+ 24,1	+ 23,2	+ 2,3	+ 21,2	− 0,3	+ 0,9	− 3,1	− 3,3	− 0,9	− 2,0	− 0,3	
März	− 7,5	− 1,6	− 2,1	− 4,7	+ 3,5	− 0,8	+ 0,5	− 3,2	− 3,1	− 1,4	− 1,3	− 0,5	
April	+ 16,9	+ 24,0	+ 24,3	+ 7,3	+ 16,4	+ 0,6	− 0,3	− 4,6	− 4,8	− 1,4	− 2,6	− 0,8	
Mai	+ 11,1	+ 15,8	+ 15,1	+ 2,0	+ 12,2	+ 0,8	+ 0,8	− 3,4	− 3,8	− 0,9	− 2,6	− 0,3	
Juni	− 7,3	− 1,2	− 1,6	− 4,1	+ 2,6	− 0,0	+ 0,4	− 6,4	− 6,0	− 1,5	− 3,6	− 0,8	

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2022	279,8	66,8	7,9	24,2	34,6	0,1	11,4	53,8	17,1	25,2	10,9	0,5	15,9
2023	286,9	52,0	9,8	6,7	35,5	0,0	11,6	51,9	19,7	21,9	9,9	0,4	15,1
2024	250,4	33,3	6,8	2,5	24,0	0,0	11,7	51,8	21,6	22,3	7,5	0,5	18,4
2025 Jan.	236,8	32,8	5,8	2,9	24,0	0,0	11,7	52,8	21,6	22,8	7,9	0,5	18,6
Febr.	244,9	32,4	5,9	2,5	24,0	0,0	11,7	57,3	23,0	26,8	6,9	0,5	18,7
März	251,5	32,5	5,8	4,7	22,0	0,0	11,7	67,0	23,7	36,0	6,9	0,5	18,7
April	235,7	30,9	5,9	3,6	21,5	0,0	11,7	56,7	20,4	28,9	7,0	0,5	19,0
Mai	240,4	31,1	6,1	3,5	21,4	0,0	11,7	51,6	18,8	25,5	6,9	0,5	19,1
Juni	256,2	32,0	6,3	4,0	21,7	0,0	11,5	64,4	22,1	34,8	7,1	0,4	19,3
	Veränderungen *)												
2023	+ 6,5	− 14,8	+ 1,9	− 17,6	+ 0,9	− 0,0	+ 0,2	− 2,0	+ 2,9	− 3,7	− 1,0	− 0,1	− 0,1
2024	− 37,7	− 18,6	− 3,0	− 4,1	− 11,5	− 0,0	+ 0,1	− 0,7	+ 1,5	+ 0,3	− 2,6	+ 0,1	+ 3,4
2025 Jan.	− 13,6	− 0,6	− 1,0	+ 0,5	− 0,0	−	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,5	− 0,0	+ 0,1
Febr.	+ 8,2	− 0,3	+ 0,1	− 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 4,5	+ 1,4	+ 4,1	− 1,0	+ 0,0	+ 0,1
März	+ 6,5	+ 0,1	− 0,1	+ 2,2	− 2,0	−	+ 0,0	+ 9,8	+ 0,7	+ 9,1	− 0,1	−	+ 0,0
April	− 15,8	− 1,4	+ 0,1	− 1,1	− 0,4	− 0,0	− 0,0	− 10,3	− 3,3	− 7,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3
Mai	+ 4,7	+ 0,1	+ 0,3	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	+ 0,0	− 5,1	− 1,6	− 3,5	− 0,1	− 0,0	+ 0,1
Juni	+ 15,8	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	− 0,0	− 0,2	+ 12,8	+ 3,3	+ 9,4	+ 0,2	− 0,0	+ 0,2

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

Spareinlagen [3]								Nachrichtlich:			
	nach Befristung										
		über 1 Jahr [2]									
			darunter:								
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe [4]	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) [5]	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
16,0	67,2	217,5	10,6	206,9	526,8	521,8	5,1	22,4	6,8	3,1	–	2022
21,6	204,7	251,0	38,2	212,7	441,8	438,4	3,4	123,5	21,0	3,5	–	2023
22,1	297,8	266,0	47,7	218,2	402,4	399,7	2,7	138,2	34,7	4,0	–	2024
22,4	298,4	265,5	46,6	218,8	399,7	397,0	2,7	137,5	34,3	4,1	–	2025 Jan.
22,6	295,8	265,1	45,6	219,4	397,5	394,8	2,7	136,8	32,9	4,1	–	Febr.
22,5	292,7	265,0	45,5	219,5	395,3	392,6	2,6	136,2	33,2	4,2	–	März
22,8	288,0	265,0	45,5	219,5	393,8	391,2	2,6	135,2	33,2	4,2	–	April
23,2	283,9	265,8	45,7	220,1	393,5	390,9	2,6	134,2	33,7	4,3	–	Mai
22,8	276,3	267,0	46,4	220,6	394,2	391,6	2,6	133,8	33,4	4,3	–	Juni
Veränderungen *)												
+ 5,7	+ 137,0	+ 33,6	+ 27,8	+ 5,8	– 80,1	– 78,4	– 1,7	+ 101,1	+ 2,9	+ 0,4	–	2023
+ 0,5	+ 87,3	+ 13,2	+ 8,9	+ 4,3	– 39,4	– 38,7	– 0,7	+ 22,3	+ 12,6	+ 0,5	–	2024
+ 0,3	+ 0,6	– 0,5	– 1,1	+ 0,6	– 2,7	– 2,7	– 0,0	– 0,7	– 0,4	+ 0,1	–	2025 Jan.
+ 0,2	– 2,6	– 0,4	– 1,0	+ 0,6	– 2,2	– 2,2	– 0,0	– 0,7	– 1,4	+ 0,0	–	Febr.
– 0,1	– 3,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	– 2,2	– 2,2	– 0,0	– 0,5	+ 0,3	+ 0,0	–	März
+ 0,2	– 4,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	– 1,5	– 1,5	– 0,0	– 1,0	+ 0,0	+ 0,0	–	April
+ 0,4	– 4,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	– 0,3	– 0,2	– 0,0	– 1,1	+ 0,5	+ 0,1	–	Mai
– 0,4	– 7,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	– 0,4	– 0,4	+ 0,0	–	Juni

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
		Termineinlagen [3]						Termineinlagen				
zusammen	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2] [4]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
80,0	49,2	12,5	13,8	4,4	0,0	79,2	8,3	44,9	25,5	0,6	–	2022
83,3	45,6	19,8	14,1	3,8	0,0	99,6	16,1	57,2	25,3	1,0	–	2023
80,1	45,3	18,0	13,2	3,5	0,0	85,3	18,2	48,1	18,1	0,8	–	2024
70,1	35,7	17,7	13,2	3,5	0,0	81,2	18,4	44,3	17,7	0,8	–	2025 Jan.
74,5	40,1	17,7	13,0	3,6	0,0	80,8	20,5	42,2	17,3	0,8	–	Febr.
70,2	36,3	17,2	13,1	3,5	0,0	81,7	21,5	43,3	16,1	0,8	–	März
70,6	36,9	16,7	13,4	3,6	0,0	77,5	19,1	41,4	16,2	0,8	–	April
76,4	41,6	17,7	13,5	3,6	0,0	81,4	21,0	43,9	15,8	0,7	–	Mai
73,7	38,5	18,2	13,4	3,6	0,0	86,1	25,5	45,6	14,4	0,6	–	Juni
Veränderungen *)												
+ 3,2	– 3,8	+ 7,3	+ 0,3	– 0,6	–	+ 20,2	+ 7,8	+ 12,4	– 0,3	+ 0,3	–	2023
– 3,5	– 0,5	– 1,8	– 0,9	– 0,3	–	– 14,9	+ 2,2	– 9,4	– 7,3	– 0,3	–	2024
– 9,9	– 9,6	– 0,3	– 0,1	– 0,0	–	– 4,1	+ 0,2	– 3,8	– 0,5	– 0,0	–	2025 Jan.
+ 4,4	+ 4,4	+ 0,0	– 0,1	+ 0,1	–	– 0,4	+ 2,1	– 2,2	– 0,3	– 0,0	–	Febr.
– 4,3	– 3,8	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	– 0,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	– 1,3	– 0,0	–	März
+ 0,2	+ 0,6	– 0,6	+ 0,1	+ 0,1	–	– 4,2	– 2,4	– 1,9	+ 0,1	– 0,0	–	April
+ 5,8	+ 4,6	+ 1,1	+ 0,1	– 0,1	–	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,5	– 0,4	– 0,1	–	Mai
– 2,7	– 3,0	+ 0,5	– 0,2	+ 0,0	–	+ 4,7	+ 4,5	+ 1,6	– 1,4	– 0,0	–	Juni

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit", Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
		von Inländern					von Ausländern				inländische Nichtbanken		
			mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten								
	insgesamt	zusammen	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist		Nichtbanken insgesamt	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	ausländische Nichtbanken
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2022	538,5	533,2	510,3	254,2	22,9	14,2	5,3	4,8	1,4	34,9	34,6	20,8	0,2
2023	450,5	445,9	395,3	187,1	50,6	43,0	4,6	3,8	2,6	143,2	142,2	35,5	1,0
2024	410,3	406,0	346,2	169,7	59,8	53,0	4,3	3,3	3,7	158,9	157,8	43,2	1,1
2025 Febr.	405,5	401,2	343,0	169,6	58,3	51,7	4,3	3,3	0,2	157,5	156,4	44,8	1,1
März	403,2	398,9	340,7	169,0	58,2	51,6	4,3	3,2	0,2	157,0	155,9	45,5	1,1
April	401,8	397,5	339,1	168,7	58,4	51,9	4,3	3,2	0,2	155,8	154,7	46,2	1,1
Mai	401,5	397,3	337,8	168,5	59,5	52,9	4,3	3,2	0,2	154,5	153,4	47,1	1,1
Juni	402,1	397,9	336,3	168,2	61,6	55,0	4,3	3,2	0,2	154,1	153,0	47,9	1,1
	Veränderungen *)												
2023	− 83,0	− 82,3	− 110,0	− 52,3	+ 27,7	+ 28,8	− 0,7	− 1,1	.	+ 105,2	+ 104,5	+ 12,2	+ 0,7
2024	− 40,2	− 40,0	− 49,2	− 17,1	+ 9,2	+ 10,0	− 0,2	− 0,5	.	+ 23,3	+ 23,1	+ 8,9	+ 0,2
2025 Febr.	− 2,1	− 2,1	− 1,8	− 0,4	− 0,3	− 0,2	− 0,0	− 0,0	.	− 0,7	− 0,7	+ 0,8	− 0,0
März	− 2,3	− 2,3	− 2,4	− 0,5	+ 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	.	− 0,5	− 0,5	+ 0,7	− 0,0
April	− 1,4	− 1,4	− 1,7	− 0,3	+ 0,2	+ 0,3	− 0,0	− 0,0	.	− 1,2	− 1,2	+ 0,7	− 0,0
Mai	− 0,3	− 0,3	− 1,3	− 0,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,0	− 0,0	.	− 1,2	− 1,2	+ 0,9	+ 0,0
Juni	+ 0,6	+ 0,6	− 1,4	− 0,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 0,0	− 0,0	.	− 0,4	− 0,4	+ 0,8	+ 0,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. **2** Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		darunter:				mit Laufzeit								
						bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
	insgesamt	variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	über 2 Jahre	insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2022	1 231,5	92,8	15,0	307,8	88,6	98,6	1,4	26,6	3,4	1 106,4	0,8	0,7	37,8	0,1
2023	1 327,5	85,8	15,7	312,6	101,2	122,9	1,3	43,7	3,4	1 160,9	0,0	0,0	37,5	0,1
2024	1 360,0	97,6	15,7	319,0	111,2	121,4	1,2	42,7	3,8	1 196,0	0,2	0,0	40,9	0,1
2025 Febr.	1 385,6	100,3	19,4	320,4	111,6	124,5	1,3	42,9	4,1	1 218,2	0,3	0,0	39,9	0,1
März	1 391,7	102,0	22,7	321,7	123,8	140,8	1,3	39,5	3,9	1 211,5	0,2	0,0	39,7	0,1
April	1 366,4	100,9	23,6	301,0	102,4	121,2	1,4	38,1	4,1	1 207,1	0,2	0,0	37,3	0,1
Mai	1 383,5	102,2	23,4	315,7	107,6	124,7	1,5	38,6	4,3	1 220,2	0,2	0,0	37,4	0,1
Juni	1 382,6	104,2	25,3	307,8	111,7	130,4	1,6	38,3	4,0	1 213,9	0,2	0,0	36,5	0,1
	Veränderungen *)													
2023	+ 97,0	− 6,3	+ 1,4	+ 4,4	+ 11,4	+ 24,5	− 0,0	+ 17,7	+ 0,6	+ 54,8	+ 0,0	+ 0,1	− 0,3	−
2024	+ 31,5	+ 11,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 8,7	− 2,1	− 0,1	− 0,5	+ 0,4	+ 34,0	+ 0,2	− 0,0	+ 3,4	− 0,0
2025 Febr.	+ 8,6	+ 0,1	+ 3,1	+ 5,0	+ 1,0	+ 3,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,2	+ 5,7	+ 0,1	−	− 1,3	−
März	+ 6,1	+ 1,7	+ 3,3	+ 1,4	+ 12,2	+ 16,2	+ 0,0	− 3,4	− 0,1	− 6,7	− 0,1	−	− 0,2	−
April	− 25,3	− 1,1	+ 0,9	− 20,7	− 21,3	− 19,6	+ 0,1	− 1,4	+ 0,2	− 4,4	− 0,0	−	− 2,4	−
Mai	+ 17,1	+ 1,2	− 0,5	+ 14,7	+ 5,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 13,1	+ 0,0	−	+ 0,1	−
Juni	− 0,9	+ 2,0	+ 1,8	− 7,9	+ 4,1	+ 5,8	+ 0,0	− 0,3	− 0,2	− 6,4	+ 0,0	−	− 0,9	−

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. **2** Emissionswert bei Auflegung. **3** Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. **4** Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. **5** Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. **6** Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)

Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bankschuldverschreibungen 4)	Baudarlehen			Wertpapiere (einschl. Schatzwechsel und U-Schätze) 5)	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder 7)			
						Bauspardarlehen	Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	sonstige Baudarlehen								
Alle Bausparkassen																
2024	13	260,5	23,5	0,2	15,3	21,0	133,4	42,0	20,8	0,8	36,8	180,0	14,5	7,5	13,2	78,8
2025 April	13	260,2	21,8	0,2	14,8	22,7	132,2	42,3	21,3	0,7	37,2	178,6	14,7	8,1	13,5	5,3
Mai	13	261,4	22,2	0,2	15,1	23,0	132,1	42,5	21,4	0,6	37,6	178,5	14,7	8,7	13,6	5,2
Juni	13	261,7	22,0	0,2	15,2	23,6	131,9	42,6	21,4	0,6	38,1	178,2	14,4	9,2	13,6	4,8
Private Bausparkassen																
2025 April	8	185,2	9,3	0,2	8,9	14,7	102,0	36,4	10,2	0,2	34,4	114,2	14,4	8,1	9,3	3,4
Mai	8	186,2	9,7	0,2	9,3	14,8	101,9	36,6	10,3	0,1	34,6	114,1	14,4	8,7	9,3	3,3
Juni	8	186,3	9,6	0,2	9,3	15,1	101,7	36,7	10,3	0,1	34,7	114,0	14,1	9,2	9,3	3,1
Öffentliche Bausparkassen																
2025 April	5	75,0	12,5	0,0	5,9	8,0	30,2	5,9	11,1	0,5	2,8	64,5	0,3	–	4,3	1,9
Mai	5	75,2	12,5	0,0	5,9	8,2	30,2	5,9	11,1	0,5	3,0	64,4	0,3	–	4,3	1,9
Juni	5	75,4	12,4	0,0	5,9	8,4	30,2	5,9	11,1	0,5	3,3	64,2	0,3	–	4,3	1,8

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 13)
							Zuteilungen				neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen					
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 10)							
	eingezahlte Bauspareinlagen 10)	Zinsgutschriften auf Bauspareinlagen	Rückzahlungen von Bauspareinlagen aus nicht zugeteilten Verträgen	insgesamt	darunter Nettozuteilungen 12)	insgesamt	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal	
Alle Bausparkassen																
2024	25,6	1,7	5,7	53,1	40,5	48,7	25,2	4,5	10,2	4,7	13,4	11,5	7,6	5,8	4,6	0,2
2025 April	2,0	0,0	0,5	5,1	3,6	4,3	2,2	0,4	1,0	0,5	1,1	12,5	7,8	0,6		0,0
Mai	2,3	0,0	0,4	4,7	3,3	4,1	2,0	0,4	0,9	0,4	1,2	12,7	7,9	0,6		0,0
Juni	2,0	0,0	0,5	4,4	3,2	4,1	1,9	0,4	1,0	0,4	1,2	12,7	7,9	0,6	...	0,0
Private Bausparkassen																
2025 April	1,3	0,0	0,3	3,6	2,4	3,0	1,5	0,4	0,6	0,4	0,9	8,0	4,2	0,4		0,0
Mai	1,4	0,0	0,2	3,2	2,1	2,7	1,3	0,3	0,5	0,3	0,9	8,2	4,3	0,4		0,0
Juni	1,3	0,0	0,2	3,0	2,0	2,8	1,2	0,3	0,6	0,3	0,9	8,1	4,3	0,4	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2025 April	0,7	0,0	0,2	1,5	1,2	1,3	0,7	0,1	0,3	0,1	0,3	4,5	3,6	0,2		0,0
Mai	0,8	0,0	0,2	1,5	1,2	1,4	0,7	0,1	0,4	0,1	0,3	4,5	3,6	0,2		0,0
Juni	0,7	0,0	0,2	1,5	1,2	1,3	0,7	0,1	0,4	0,1	0,3	4,5	3,6	0,2	...	0,0

***** Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Gut haben bei Zentralnotenbanken. **3** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **4** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **5** Einschl. Ausgleichsforderungen. **6** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **7** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **8** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. **9** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **10** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **11** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **12** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **13** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Anzahl der Auslandsfilialen 1) bzw. Auslandstöchter	Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs) insgesamt	Kredite an Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite zusammen	Kredite an Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite deutsche Banken	Kredite an Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite ausländische Banken	Kredite an Banken (MFIs) Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite zusammen	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite an deutsche Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite an ausländische Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	Sonstige Aktivpositionen 7) insgesamt	Sonstige Aktivpositionen 7) darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
	Auslandsfilialen 9)														**Stand am Jahres- bzw. Monatsende** *)
2022	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3
2023	47	200	1 544,2	457,5	437,7	304,4	133,3	19,8	507,9	421,0	5,4	415,6	86,9	578,8	417,0
2024	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
2024 März	47	199	1 634,7	506,6	483,8	327,2	156,6	22,8	523,9	431,4	5,1	426,3	92,6	604,1	428,8
April	47	199	1 668,0	499,4	474,9	325,7	149,3	24,4	520,3	432,4	4,8	427,5	88,0	648,2	477,1
Mai	47	199	1 647,4	504,5	482,0	330,9	151,1	22,4	528,0	440,3	4,9	435,5	87,7	614,9	439,2
Juni	47	198	1 612,4	498,6	478,8	329,8	148,9	19,9	538,5	449,1	4,9	444,2	89,3	575,3	421,0
Juli	47	198	1 596,9	505,8	485,8	328,1	157,7	19,9	539,9	450,4	5,2	445,2	89,5	551,3	384,7
Aug.	47	195	1 594,9	499,8	479,7	324,4	155,3	20,1	543,0	453,3	5,3	448,0	89,8	552,1	380,5
Sept.	47	195	1 598,5	499,1	478,8	322,5	156,3	20,4	568,4	477,9	5,1	472,8	90,5	530,9	372,4
Okt.	47	197	1 645,8	503,1	482,0	333,2	148,9	21,0	579,7	492,9	4,9	488,0	86,8	563,0	393,0
Nov.	47	197	1 708,6	528,3	507,5	357,3	150,2	20,8	591,7	500,9	4,6	496,3	90,8	588,6	412,9
Dez.	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
															Veränderungen *)
2023	± 0	− 2	− 83,7	− 2,7	− 8,1	− 12,1	+ 4,0	+ 5,4	− 1,4	− 20,2	− 4,4	− 15,8	+ 18,8	− 68,1	− 94,4
2024	± 0	− 3	+ 175,7	+ 64,6	+ 62,6	+ 56,3	+ 6,3	+ 2,0	+ 54,2	+ 49,1	− 0,5	+ 49,6	+ 5,1	+ 32,0	+ 37,6
2024 April	± 0	−	+ 32,9	− 7,5	− 9,2	− 1,5	− 7,7	+ 1,6	− 5,4	− 0,6	− 0,3	− 0,3	− 4,8	+ 43,7	+ 48,1
Mai	± 0	−	− 19,9	+ 6,2	+ 8,2	+ 5,2	+ 3,0	− 2,0	+ 10,8	+ 10,8	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	− 32,6	− 37,5
Juni	± 0	− 1	− 35,7	− 7,1	− 4,5	− 1,1	− 3,4	− 2,6	+ 6,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 1,2	− 40,3	− 18,8
Juli	± 0	−	− 15,0	+ 7,3	+ 7,2	− 1,7	+ 9,0	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,4	− 24,0	− 36,0
Aug.	± 0	− 3	− 0,8	− 4,4	− 4,5	− 3,7	− 0,8	+ 0,1	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,1	+ 7,8	+ 1,0	+ 0,8	− 3,0
Sept.	± 0	−	+ 4,1	− 0,0	− 0,3	− 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,5	− 0,2	+ 26,7	+ 1,0	− 21,2	− 7,8
Okt.	± 0	+ 2	+ 46,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,7	− 9,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 9,0	− 0,2	+ 9,2	− 4,5	+ 30,8	+ 19,5
Nov.	± 0	−	+ 61,2	+ 22,3	+ 22,5	+ 24,1	− 1,6	− 0,3	+ 2,7	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 3,0	+ 24,1	+ 18,9
Dez.	± 0	−	+ 13,3	− 2,3	− 3,3	+ 3,4	− 6,8	+ 1,1	− 15,8	− 18,6	+ 0,3	− 18,9	+ 2,8	+ 26,3	+ 43,5
	Auslandstöchter 8)														**Stand am Jahres- bzw. Monatsende** *)
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0
2022	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0
2023	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
2023 März	11	32	253,9	62,2	51,7	20,7	31,0	10,5	146,5	126,2	13,3	112,9	20,2	45,2	0,0
April	11	31	250,9	64,4	53,3	22,4	30,9	11,1	145,3	125,6	13,0	112,6	19,8	41,2	0,0
Mai	11	31	250,9	59,3	48,8	21,5	27,2	10,5	146,2	126,3	12,8	113,5	19,9	45,5	0,0
Juni	12	32	253,3	64,2	52,8	22,4	30,4	11,5	146,6	126,7	12,7	113,9	19,9	42,5	0,0
Juli	12	31	253,4	63,6	52,2	23,0	29,3	11,4	147,4	126,9	12,9	114,1	20,5	42,4	0,0
Aug.	12	31	252,8	62,8	52,2	21,9	30,3	10,6	146,0	125,6	12,7	112,9	20,4	44,1	0,0
Sept.	12	31	256,2	66,4	56,0	25,0	31,0	10,5	146,7	125,8	12,3	113,5	20,9	43,0	0,0
Okt.	12	31	257,4	65,8	56,0	24,5	31,5	9,8	146,8	126,2	12,0	114,2	20,6	44,8	0,0
Nov.	12	31	259,9	66,9	57,7	23,6	34,1	9,3	147,8	126,9	12,1	114,8	20,9	45,2	0,0
Dez.	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
															Veränderungen *)
2022	− 1	− 3	+ 6,5	+ 8,2	+ 5,2	− 0,2	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 6,9	+ 0,7	+ 6,3	− 1,9	− 6,5	± 0,0
2023	+ 1	− 1	+ 8,7	+ 13,5	+ 12,2	+ 5,2	+ 7,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	− 1,4	+ 3,1	− 0,2	− 6,3	± 0,0
2023 April	−	− 1	− 2,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	− 0,1	+ 0,6	− 0,8	− 0,4	− 0,3	− 0,1	− 0,5	− 4,1	± 0,0
Mai	−	−	− 1,5	− 5,7	− 4,9	− 0,8	− 4,1	− 0,7	− 0,1	− 0,3	− 0,2	− 0,0	+ 0,1	+ 4,3	± 0,0
Juni	+ 1	+ 1	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	− 0,0	+ 0,9	+ 0,0	− 3,0	± 0,0
Juli	−	− 1	+ 0,6	− 0,5	− 0,4	+ 0,6	− 1,0	− 0,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	− 0,1	± 0,0
Aug.	−	−	− 1,2	− 1,0	− 0,2	− 1,0	+ 0,8	− 0,9	− 1,8	− 1,7	− 0,2	− 1,5	− 0,1	+ 1,7	± 0,0
Sept.	−	−	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 0,5	− 0,2	− 0,0	− 0,5	− 0,4	− 0,1	+ 0,5	− 1,0	± 0,0
Okt.	−	−	+ 1,4	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	+ 0,5	− 0,7	+ 0,2	+ 0,5	− 0,3	+ 0,8	− 0,3	+ 1,8	± 0,0
Nov.	−	−	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,0	− 0,9	+ 2,9	− 0,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0
Dez.	−	−	+ 4,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 2,1	+ 4,2	+ 1,4	− 1,1	− 1,3	− 0,2	− 1,1	+ 0,3	− 2,0	± 0,0

***** „Ausland" umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldver-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite									Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									
					deutsche Nichtbanken 4)								
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	ausländische Nichtbanken			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											**Auslandsfilialen** 9)		
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	2022
943,5	554,5	422,6	131,9	389,0	10,6	9,5	1,2	378,4	64,1	66,1	470,5	418,3	2023
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	2024
997,2	587,3	442,4	144,9	409,9	11,3	10,3	1,0	398,6	86,3	69,4	481,8	431,6	2024 März
978,9	576,4	435,8	140,6	402,5	11,1	10,1	1,0	391,4	88,0	69,2	531,8	479,3	April
998,2	591,9	449,7	142,1	406,3	14,8	13,9	1,0	391,5	85,8	69,0	494,4	443,4	Mai
986,4	578,3	450,5	127,8	408,0	14,2	13,2	1,0	393,8	81,7	69,5	474,7	423,1	Juni
999,5	583,6	450,6	133,0	415,9	14,3	13,4	1,0	401,6	87,0	69,3	441,1	388,9	Juli
1 002,4	591,0	457,1	133,9	411,4	14,9	13,9	1,0	396,6	85,5	69,1	437,8	385,0	Aug.
1 014,0	602,5	466,1	136,4	411,5	13,4	12,5	0,9	398,0	84,7	70,1	429,7	377,0	Sept.
1 040,4	610,4	472,5	137,9	430,0	13,9	13,0	1,0	416,1	81,7	70,8	453,0	397,1	Okt.
1 075,0	638,7	501,0	137,8	436,3	15,0	14,0	1,0	421,3	88,0	71,3	474,2	417,6	Nov.
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	Dez.
Veränderungen *)													
+ 1,2	− 17,0	− 13,8	− 3,1	+ 18,1	+ 1,2	+ 1,5	− 0,3	+ 16,9	+ 3,9	+ 3,0	− 88,0	− 94,5	2023
+ 107,9	+ 76,0	+ 80,7	− 4,6	+ 31,9	+ 4,3	+ 4,4	− 0,1	+ 27,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 49,4	+ 42,9	2024
− 18,8	− 11,4	− 6,6	− 4,8	− 7,4	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 7,3	+ 1,3	− 0,2	+ 50,0	+ 47,7	2024 April
+ 20,5	+ 16,6	+ 13,9	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	− 0,0	+ 0,1	− 1,5	− 0,2	− 37,4	− 35,9	Mai
− 13,2	− 14,7	+ 0,7	− 15,5	+ 1,5	− 0,6	− 0,6	+ 0,0	+ 2,2	− 4,8	+ 0,5	− 19,7	− 20,3	Juni
+ 13,5	+ 5,5	+ 0,1	+ 5,4	+ 8,1	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	+ 7,9	+ 5,7	− 0,2	− 33,6	− 34,2	Juli
+ 4,9	+ 9,0	+ 6,5	+ 2,5	− 4,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	− 4,7	− 0,3	− 0,2	− 3,3	− 3,6	Aug.
+ 12,3	+ 12,1	+ 9,0	+ 3,1	+ 0,2	− 1,4	− 1,4	− 0,1	+ 1,6	− 0,4	+ 1,0	− 8,1	− 8,0	Sept.
+ 24,2	+ 6,1	+ 6,4	− 0,3	+ 18,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 17,6	− 4,4	+ 0,7	+ 23,3	+ 20,1	Okt.
+ 31,1	+ 25,3	+ 28,4	− 3,1	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 21,2	+ 20,5	Nov.
− 18,7	− 4,0	+ 2,4	− 6,4	− 14,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,1	− 14,6	− 16,4	+ 1,6	+ 45,7	+ 43,4	Dez.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											**Auslandstöchter** 8)		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	2022
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	2023
186,6	71,2	42,2	29,1	115,4	6,8	4,3	2,5	108,5	12,3	20,3	34,8	0,0	2023 März
183,5	71,0	44,0	27,0	112,5	6,9	4,5	2,5	105,6	12,2	20,2	35,0	0,0	April
183,9	71,2	43,6	27,6	112,8	6,9	4,4	2,5	105,9	12,1	20,6	34,3	0,0	Mai
185,6	71,9	45,4	26,5	113,7	6,6	4,2	2,4	107,1	10,6	20,5	36,6	0,0	Juni
187,9	72,3	47,0	25,3	115,6	6,8	4,4	2,4	108,8	10,5	20,5	34,4	0,0	Juli
185,5	70,6	46,0	24,7	114,8	6,6	4,2	2,4	108,2	10,3	20,6	36,4	0,0	Aug.
188,2	74,1	49,1	25,1	114,1	6,7	4,3	2,4	107,4	11,3	20,5	36,0	0,0	Sept.
189,3	73,1	48,3	24,8	116,2	6,5	4,1	2,4	109,7	11,6	20,8	35,8	0,0	Okt.
192,1	73,7	48,4	25,3	118,4	6,5	4,1	2,4	111,8	11,6	20,8	35,4	0,0	Nov.
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	Dez.
Veränderungen *)													
+ 7,7	+ 1,4	+ 5,6	− 4,2	+ 6,3	− 0,4	− 0,3	− 0,1	+ 6,7	− 2,9	− 0,2	+ 2,2	± 0,0	2022
+ 7,6	+ 8,9	+ 12,6	− 3,8	− 1,3	− 0,4	− 0,5	+ 0,1	− 0,8	− 1,4	+ 0,7	+ 1,8	± 0,0	2023
− 2,7	− 0,1	+ 1,8	− 1,9	− 2,6	+ 0,1	+ 0,2	− 0,0	− 2,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,2	± 0,0	2023 April
− 0,6	− 0,3	− 0,4	+ 0,2	− 0,4	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,2	± 0,0	Mai
+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	− 0,9	+ 1,3	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 1,6	− 1,6	− 0,1	+ 2,5	± 0,0	Juni
+ 2,7	+ 0,6	+ 1,6	− 1,1	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	− 0,0	+ 0,0	− 2,1	± 0,0	Juli
− 2,9	− 1,9	− 1,0	− 0,8	− 1,1	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 0,9	− 0,2	+ 0,1	+ 1,8	± 0,0	Aug.
+ 1,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	− 1,3	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	− 1,4	+ 1,0	− 0,1	− 0,7	± 0,0	Sept.
+ 1,2	− 1,0	− 0,8	− 0,2	+ 2,2	− 0,2	− 0,2	− 0,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,3	− 0,2	± 0,0	Okt.
+ 3,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,8	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	± 0,0	Nov.
+ 4,1	+ 2,4	+ 2,8	− 0,4	+ 1,7	− 0,1	− 0,1	− 0,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	Dez.

schreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **8** Die Zahlen der Auslandstöchter wurden letztmalig 12.23 erhoben. **9** Die Zahlen der Auslandsfilialen wurden letztmalig 12.24 erhoben.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Reservebasis [2]	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages [3]	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages [4]	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten [5]	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) [6]	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls [7]
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022	16 843,0	168,4	168,0	195,6	28,1	0,0
2023	16 261,6	162,6	162,3	170,5	8,2	0,0
2024	16 422,2	164,2	163,9	170,8	6,9	0,0
2025 Mai	.	.	.	.	.	.
Juni p)	16 735,1	167,4	167,0	172,1	5,0	0,0
Juli p)	16 827,0	168,3	168,0	...	...	...

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Reservebasis [2]	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages [3]	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages [4]	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten [5]	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) [6]	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls [7]
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022	4 664 630	27,7	46 646	46 512	54 848	8 337	5
2023	4 483 853	27,6	44 839	44 709	47 008	2 299	0
2024	4 517 828	27,5	45 178	45 052	48 069	3 016	1
2025 Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni p)	4 624 872	27,6	46 249	46 124	47 476	1 352	0
Juli p)	4 607 790	27,4	46 078	45 953	...	...	...

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kredit-genossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022	9 814	7 396	3 216	14 465	8 295	117	2 471
2023	9 282	7 417	3 170	14 061	8 178	148	2 118
2024	9 561	7 484	2 856	14 355	8 417	133	2 156
2025 Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	9 721	7 942	2 796	14 489	8 542	127	2 282
Juli	9 643	7 821	2 767	14 555	8 597	122	2 248

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat [1]	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservepflichtiger MFIs
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022	3 352 177	12 609	566 227	543 694	116 094
2023	3 447 513	968	420 839	455 493	125 531
2024	3 608 785	2 148	356 674	406 283	134 680
2025 Mai	.	.	.	.	.
Juni	3 681 755	5 399	383 089	396 651	135 405
Juli	3 690 873	4 965	356 718	396 372	138 853

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze										Basiszinssätze			
		Hauptrefinanzierungsgeschäfte				Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]
2024 12. Juni	3,75	4,25	–	4,50	2025 5. Feb.	2,75	2,90	–	3,15	2023 1. Jan.	1,62	2025 1. Jan.	2,27
18. Sept. [2]	3,50	3,65	–	3,90	12. Mär.	2,50	2,65	–	2,90	1. Juli	3,12	1. Juli	1,27
23. Okt.	3,25	3,40	–	3,65	23. April	2,25	2,40	–	2,65				
18. Dez.	3,00	3,15	–	3,40	11. Juni	2,00	2,15	–	2,40	2024 1. Jan.	3,62		
										1. Juli	3,37		

1 Gemäß § 247 BGB. **2** Mit Wirkung zum 18. September 2024 wird die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Einlagefazilität auf 15 Basispunkte reduziert. Die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 25 Basispunkten.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender	Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz [1]	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2025 9. Juli	6 578	6 578	2,15	–	–	–	7
16. Juli	7 164	7 164	2,15	–	–	–	7
23. Juli	6 814	6 814	2,15	–	–	–	7
30. Juli	10 199	10 199	2,15	–	–	–	7
6. Aug.	6 468	6 468	2,15	–	–	–	7
13. Aug.	6 520	6 520	2,15	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2025 26. Mär.	7 233	7 233	2,44	–	–	–	91
30. Apr.	4 398	4 398	2,27	–	–	–	91
28. Mai	1 955	1 955	[2] …	–	–	–	91
25. Juni	6 394	6 394	[2] …	–	–	–	98
30. Juli	3 690	3 690	[2] …	–	–	–	91

***** Quelle: EZB. **1** Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. **2** Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR [1]	EURIBOR ® [2] Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2024 Dez.	3,064	3,029	2,890	2,825	2,632	2,436
2025 Jan.	2,919	2,898	2,792	2,704	2,614	2,525
Febr.	2,691	2,663	2,606	2,525	2,460	2,407
März	2,499	2,472	2,401	2,442	2,385	2,398
April	2,341	2,316	2,243	2,249	2,202	2,143
Mai	2,169	2,158	2,094	2,087	2,116	2,081
Juni	2,007	1,994	1,929	1,984	2,050	2,081
Juli	1,922	1,907	1,892	1,986	2,055	2,079

***** Ein Anspruch auf Bereitstellung der Zinssätze wird durch die Veröffentlichung nicht begründet. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor die Informationen zukünftig nicht mehr auf der Webseite zu veröffentlichen. Alle Angaben ohne Gewähr. Es werden keine ausdrücklichen oder stillschweigenden Zusicherungen oder Garantien hinsichtlich der Aktualität, Genauigkeit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit, Marktgängigkeit oder Eignung der Informationen als Zins- bzw. Referenzzinssätze gemacht. Weder das European Money Markets Institute (EMMI), noch Euribor EBF, noch Euribor ACI, noch die Referenzbanken, noch das Euribor Steering Committee, noch die Europäische Zentralbank, noch Reuters, noch die Deutsche Bundesbank können bei Unstimmigkeiten, Unvollständigkeit oder verspäteter Bereitstellung der aufgeführten Geldmarktsätze haftbar gemacht werden. Siehe zum €STR auch folgenden Disclaimer der Europäischen Zentralbank, der auch für die Veröffentlichung durch die Deutsche Bundesbank gilt: https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/euro_short-term_rate/html/index.en.html

1 Euro Short-Term Rate: Seit 2. Oktober 2019 veröffentlicht die Europäische Zentralbank auf Basis von getätigten Einzeltransaktionen vom vorherigen Handelstag, die in Euro denominiert sind, den €STR. Diese werden von berichtspflichtigen Banken im Zuge der Geldmarktstatistik gemeldet. Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank. **2** Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf der Grundlage der vom European Money Markets Institute (EMMI) ermittelten Euribor ® Tageswerte. Bitte beachten Sie, dass eine kommerzielle Nutzung der Euribor®-Tageswerte eine Lizenzvereinbarung mit dem European Money Markets Institute (EMMI) voraussetzt. Informationen zu dessen Nutzungsbedingungen sind unter dem unten angeführten Link abrufbar.Werte ab November 2023 werden mit drei Nachkommastellen berechnet. Davor liegende Werte wurden mit zwei Nachkommastellen ermittelt. Aus technischen Gründen werden diese Werte ebenfalls mit drei Nachkommastellen dargestellt. Die dritte Nachkommastelle ist mit einer 0 aufgefüllt. Bis einschließlich Oktober 2023 wurden alle Werte mit zwei Nachkommastellen berechnet und veröffentlicht.
https://www.emmi-benchmarks.eu/terms-of-use
https://www.emmi-benchmarks.eu/benchmarks/euribor/

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände o)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 Juni	3,09	433 321	1,13	244 777	3,42	200 180	1,84	21 079
Juli	3,09	441 266	1,14	245 316	3,44	203 485	1,91	21 085
Aug.	3,07	445 355	1,14	246 009	3,40	209 286	1,96	21 125
Sept.	3,03	451 326	1,15	246 598	3,28	210 020	2,01	21 852
Okt.	2,95	453 875	1,16	248 069	3,14	216 899	2,04	21 601
Nov.	2,83	450 230	1,16	248 463	2,98	210 843	2,08	21 274
Dez.	2,74	448 377	1,16	250 541	2,84	204 250	2,09	21 188
2025 Jan.	2,64	446 474	1,17	251 939	2,72	209 780	2,12	20 824
Febr.	2,53	441 456	1,17	253 291	2,56	207 798	2,16	20 754
März	2,45	436 924	1,18	254 041	2,42	207 636	2,23	21 470
April	2,35	436 427	1,18	255 049	2,27	224 421	2,21	24 446
Mai	2,26	424 912	1,19	256 338	2,16	198 491	2,23	21 114
Juni	2,18	417 113	1,20	257 714	2,03	193 511	2,23	21 325

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 Juni	5,58	3 272	3,84	22 914	1,97	1 564 022	10,17	46 114	5,22	76 708	4,37	326 248
Juli	5,45	3 483	3,87	22 626	1,98	1 566 908	10,00	45 875	5,27	76 941	4,40	326 337
Aug.	5,43	3 344	3,90	22 463	2,00	1 570 363	9,97	45 873	5,30	77 210	4,43	326 755
Sept.	5,38	3 308	3,91	22 308	2,01	1 572 823	10,06	47 862	5,34	77 109	4,47	325 545
Okt.	5,19	3 325	3,94	22 206	2,02	1 574 221	9,86	46 477	5,37	77 277	4,47	327 532
Nov.	5,15	3 189	3,99	22 050	2,04	1 577 905	9,76	45 342	5,41	77 500	4,50	327 920
Dez.	5,10	3 162	3,99	21 842	2,05	1 579 090	9,63	47 945	5,43	77 359	4,52	325 763
2025 Jan.	4,80	3 394	3,93	21 506	2,06	1 579 472	9,56	46 518	5,63	77 540	4,48	326 211
Febr.	4,77	3 282	3,92	21 317	2,07	1 582 197	9,46	47 269	5,68	77 390	4,50	326 025
März	4,63	3 414	3,89	21 109	2,08	1 585 401	9,44	48 108	5,71	77 159	4,53	325 445
April	4,54	3 377	3,87	21 095	2,10	1 590 375	9,22	47 494	5,73	77 279	4,54	326 807
Mai	4,47	3 366	3,85	21 008	2,11	1 593 249	9,27	47 092	5,75	77 361	4,56	326 868
Juni	4,39	3 389	3,84	20 983	2,13	1 595 308	9,15	48 720	5,77	77 506	4,58	325 673

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 Juni	5,88	192 015	4,74	248 588	2,59	896 461
Juli	5,91	189 012	4,73	249 072	2,60	898 488
Aug.	5,88	186 347	4,71	249 434	2,62	901 170
Sept.	5,75	189 368	4,68	249 435	2,62	897 212
Okt.	5,59	185 531	4,59	249 770	2,61	898 316
Nov.	5,47	188 429	4,59	248 878	2,63	901 834
Dez.	5,30	185 938	4,50	247 499	2,60	903 159
2025 Jan.	5,13	188 603	4,36	247 166	2,57	904 717
Febr.	5,00	190 684	4,30	247 282	2,58	906 674
März	4,86	191 269	4,23	246 199	2,57	905 158
April	4,67	200 680	4,16	252 295	2,55	917 370
Mai	4,55	189 939	4,13	244 402	2,55	911 828
Juni	4,46	191 596	4,07	245 442	2,55	907 347

***** Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. **o** Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47•.).

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte

Erhebungszeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit: bis 1 Jahr		mit vereinbarter Laufzeit: von über 1 Jahr bis 2 Jahre		mit vereinbarter Laufzeit: von über 2 Jahren		mit vereinbarter Kündigungsfrist 8): bis 3 Monate		mit vereinbarter Kündigungsfrist 8): von über 3 Monaten	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 Juni	0,59	1 706 912	3,11	47 821	2,90	3 156	2,51	1 930	0,76	359 875	2,43	59 236
Juli	0,58	1 702 120	3,10	52 304	2,82	3 175	2,46	2 188	0,76	355 745	2,44	59 365
Aug.	0,58	1 738 837	3,04	54 951	2,74	3 013	2,31	1 824	0,77	352 793	2,44	59 448
Sept.	0,57	1 732 207	2,92	53 747	2,60	2 726	2,35	1 531	0,76	350 119	2,42	60 261
Okt.	0,56	1 739 552	2,76	52 529	2,51	3 955	2,22	1 881	0,73	347 649	2,39	61 015
Nov.	0,54	1 774 986	2,64	54 471	2,49	4 516	2,21	1 664	0,74	345 853	2,34	60 341
Dez.	0,56	1 787 584	2,48	52 894	2,27	3 014	2,11	1 710	0,73	346 876	2,27	60 226
2025 Jan.	0,56	1 780 715	2,36	61 538	2,23	4 411	2,23	2 573	0,74	345 517	2,23	58 967
Febr.	0,52	1 804 335	2,20	54 518	2,23	4 215	2,20	2 412	0,72	343 642	2,16	58 699
März	0,52	1 803 869	2,11	50 773	2,17	3 481	2,13	2 115	0,70	341 412	2,12	58 625
April	0,50	1 836 410	1,94	50 945	2,10	3 328	2,14	2 252	0,69	339 852	2,08	58 869
Mai	0,51	1 845 040	1,86	48 151	2,00	3 153	2,07	2 281	0,66	338 411	2,07	59 961
Juni	0,47	1 844 588	1,78	46 565	1,94	3 106	2,03	2 769	0,64	336 995	2,01	62 056

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften

Erhebungszeitraum	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit: bis 1 Jahr		mit vereinbarter Laufzeit: von über 1 Jahr bis 2 Jahre		mit vereinbarter Laufzeit: von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2024 Juni	1,00	530 169	3,56	104 386	3,46	1 187	3,60	1 248
Juli	1,02	544 474	3,51	102 515	3,51	1 347	3,46	842
Aug.	1,09	547 151	3,45	94 979	2,86	357	3,30	1 078
Sept.	1,07	553 465	3,34	116 890	2,99	813	3,35	648
Okt.	0,98	557 777	3,14	119 676	2,66	686	3,16	512
Nov.	1,01	565 279	2,99	109 103	2,66	387	2,66	472
Dez.	0,94	582 203	2,85	114 224	2,21	351	2,94	1 027
2025 Jan.	0,95	558 822	2,72	109 604	2,39	518	2,81	665
Febr.	0,90	558 073	2,54	119 955	2,27	500	2,61	619
März	0,84	552 856	2,36	103 430	2,30	524	2,69	831
April	0,73	585 912	2,16	98 637	2,13	429	2,66	545
Mai	0,74	568 569	2,04	90 164	2,01	466	2,60	614
Juni	0,67	557 659	1,91	87 185	2,13	758	2,55	667

Kredite an private Haushalte

Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2024 Juni	8,29	8,03	8 426	9,19	1 234	6,76	304	6,95	3 359	8,86	4 763
Juli	8,33	8,10	9 917	9,31	1 497	7,03	331	6,90	3 914	8,98	5 672
Aug.	8,42	8,06	8 287	9,24	1 329	6,99	315	6,87	3 069	8,87	4 902
Sept.	8,45	8,11	7 641	9,07	1 196	7,18	287	6,96	2 745	8,85	4 610
Okt.	8,46	8,08	7 760	9,08	1 239	7,02	293	6,77	2 758	8,90	4 709
Nov.	8,49	8,07	7 472	8,79	1 094	6,15	342	6,79	2 653	8,98	4 477
Dez.	8,41	7,82	6 152	8,65	841	6,73	293	6,87	2 585	8,66	3 274
2025 Jan.	8,54	8,15	7 695	9,08	1 429	7,23	270	7,14	2 529	8,73	4 896
Febr.	8,34	7,97	7 253	8,89	1 214	6,57	239	6,98	2 452	8,58	4 562
März	8,13	7,83	8 070	8,95	1 258	6,42	250	6,69	2 986	8,60	4 834
April	8,33	7,99	7 773	8,91	1 200	6,76	216	7,01	2 729	8,59	4 829
Mai	8,30	7,94	7 674	8,82	1 211	6,78	218	6,95	2 698	8,55	4 758
Juni	8,25	7,88	7 362	8,80	1 119	6,39	230	6,91	2 605	8,52	4 527

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkung x s. S. 47•. **+** Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. **7** Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. **8** Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. **9** Ohne Überziehungskredite. **10** Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte

Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)

Erhebungszeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2024 Juni	4,98	3 711	5,01	860	5,55	1 479	5,23	838	4,23	1 394
Juli	4,82	4 100	4,73	1 191	5,32	1 636	5,24	744	4,16	1 720
Aug.	4,82	3 109	4,91	778	5,49	1 063	5,22	621	4,15	1 425
Sept.	4,65	3 804	4,76	1 024	5,24	1 504	4,81	696	4,02	1 604
Okt.	4,37	4 543	4,47	1 226	4,86	1 598	4,44	1 073	3,91	1 872
Nov.	4,37	3 925	4,38	900	4,91	1 283	4,65	726	3,91	1 916
Dez.	4,22	5 673	4,38	1 433	4,72	1 993	4,32	1 385	3,72	2 295
2025 Jan.	4,36	4 448	4,25	1 365	4,66	1 834	4,65	781	3,95	1 833
Febr.	4,32	3 912	4,22	947	4,58	1 284	4,84	722	3,96	1 906
März	4,27	5 067	4,15	1 367	4,36	1 936	4,63	966	4,02	2 165
April	4,23	5 045	4,11	1 551	4,26	1 724	4,64	985	4,03	2 336
Mai	4,15	4 447	3,92	1 022	4,10	1 510	4,55	775	4,04	2 163
Juni	4,01	5 040	3,85	1 307	3,96	1 869	4,23	973	3,96	2 198
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2024 Juni	5,08	2 844	.	.	5,67	1 109	5,35	683	4,29	1 052
Juli	4,90	3 158	.	.	5,36	1 261	5,39	625	4,20	1 272
Aug.	4,88	2 317	.	.	5,53	758	5,33	532	4,16	1 027
Sept.	4,74	2 827	.	.	5,28	1 122	5,09	517	4,07	1 188
Okt.	4,44	3 430	.	.	4,93	1 226	4,77	785	3,83	1 419
Nov.	4,39	3 002	.	.	5,04	942	4,72	592	3,84	1 468
Dez.	4,31	4 053	.	.	4,77	1 482	4,75	851	3,69	1 720
2025 Jan.	4,36	3 338	.	.	4,66	1 360	4,80	632	3,85	1 346
Febr.	4,40	2 953	.	.	4,70	982	4,98	600	3,93	1 371
März	4,32	3 750	.	.	4,46	1 427	4,78	744	3,97	1 579
April	4,31	3 777	.	.	4,40	1 297	4,74	839	4,01	1 641
Mai	4,17	3 416	.	.	4,18	1 158	4,65	662	3,96	1 597
Juni	4,07	3 853	.	.	4,04	1 426	4,33	841	3,95	1 586

noch: Kredite an private Haushalte

Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)

Erhebungszeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	Effektivzinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2024 Juni	3,99	3,95	16 296	4,33	2 186	5,51	2 039	4,19	1 476	3,66	6 163	3,68	6 618
Juli	3,97	3,92	19 511	4,22	3 156	5,38	2 340	4,15	1 839	3,64	7 547	3,71	7 786
Aug.	3,87	3,83	16 811	4,14	2 526	5,37	1 816	4,01	1 658	3,60	6 122	3,60	7 216
Sept.	3,78	3,73	16 611	4,01	2 594	5,29	1 898	3,88	1 581	3,47	5 987	3,50	7 146
Okt.	3,69	3,65	17 878	3,89	3 123	4,99	1 991	3,81	1 802	3,42	6 232	3,45	7 853
Nov.	3,65	3,59	17 721	3,95	2 794	5,02	1 984	3,67	1 720	3,36	5 062	3,39	8 956
Dez.	3,59	3,56	16 989	3,86	3 100	4,78	2 088	3,70	1 876	3,32	4 961	3,34	8 065
2025 Jan.	3,56	3,52	19 743	3,70	3 755	4,60	2 276	3,50	1 944	3,30	6 090	3,41	9 433
Febr.	3,63	3,58	19 077	3,74	3 320	4,56	2 265	3,60	1 745	3,35	5 622	3,48	9 445
März	3,64	3,60	22 151	3,66	3 899	4,41	2 494	3,62	2 206	3,39	6 585	3,54	10 865
April	3,73	3,69	21 500	3,78	4 392	4,44	2 720	3,59	2 284	3,48	7 032	3,65	9 464
Mai	3,70	3,66	19 870	3,63	3 534	4,33	2 214	3,52	2 064	3,51	6 235	3,63	9 357
Juni	3,72	3,68	19 234	3,68	3 502	4,24	2 411	3,52	2 109	3,52	6 088	3,68	8 626
darunter: besicherte Kredite 11)													
2024 Juni	.	3,78	7 745	.	.	5,43	844	4,03	682	3,54	2 777	3,52	3 442
Juli	.	3,77	8 861	.	.	5,27	877	3,97	808	3,55	3 290	3,59	3 886
Aug.	.	3,69	7 548	.	.	5,29	745	3,85	710	3,51	2 614	3,45	3 479
Sept.	.	3,57	7 608	.	.	5,10	746	3,70	687	3,38	2 689	3,37	3 486
Okt.	.	3,50	8 012	.	.	4,79	843	3,56	787	3,32	2 635	3,32	3 747
Nov.	.	3,41	7 880	.	.	4,89	770	3,48	791	3,29	2 224	3,18	4 095
Dez.	.	3,40	7 399	.	.	4,71	802	3,44	764	3,25	2 167	3,20	3 666
2025 Jan.	.	3,41	8 728	.	.	4,44	936	3,35	902	3,22	2 629	3,32	4 261
Febr.	.	3,48	8 180	.	.	4,43	935	3,42	817	3,28	2 340	3,40	4 088
März	.	3,50	9 663	.	.	4,29	1 013	3,42	1 057	3,34	2 878	3,44	4 715
April	.	3,58	9 112	.	.	4,30	1 048	3,48	1 045	3,43	2 936	3,54	4 083
Mai	.	3,55	8 657	.	.	4,18	961	3,39	932	3,43	2 624	3,51	4 140
Juni	.	3,57	8 576	.	.	4,05	1 107	3,39	959	3,44	2 695	3,57	3 815

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•;
Anmerkung 11 s. S. 47•

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		darunter: Echte Kreditkartenkredite		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2024 Juni	10,96	38 787	11,09	27 550	18,67	6 425	6,32	98 856	6,35	98 366
Juli	10,76	38 598	11,05	26 764	18,61	6 442	6,34	96 983	6,37	96 494
Aug.	10,76	38 728	11,06	26 783	18,60	6 487	6,36	96 173	6,39	95 725
Sept.	10,95	40 475	11,10	28 680	18,66	6 695	6,27	97 568	6,30	97 065
Okt.	10,75	38 998	10,91	27 202	18,29	6 714	6,10	94 754	6,13	94 271
Nov.	10,69	37 775	10,75	26 131	18,26	6 731	6,00	95 914	6,04	95 415
Dez.	10,42	40 036	10,72	27 444	18,26	6 729	5,86	92 551	5,89	92 120
2025 Jan.	10,44	38 696	10,48	27 109	17,94	6 677	5,63	95 185	5,66	94 744
Febr.	10,30	39 062	10,30	27 079	17,75	6 962	5,51	97 053	5,54	96 579
März	10,31	39 990	10,27	28 704	17,66	6 661	5,40	97 972	5,43	97 488
April	9,98	39 566	9,91	27 373	17,65	6 996	5,15	97 670	5,18	97 232
Mai	9,87	39 321	9,79	27 146	17,43	7 026	5,06	97 029	5,09	96 562
Juni	9,79	40 764	9,75	28 352	17,43	7 042	5,03	99 561	5,06	99 119

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter: neu verhandelte Kredite 9)		Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2024 Juni	5,06	101 220	5,11	31 097	5,59	11 582	6,58	4 052	4,26	984	5,07	71 086	4,49	6 869	3,75	6 647
Juli	4,98	83 558	5,12	23 367	5,57	10 470	6,50	3 672	4,22	1 236	5,03	55 383	4,14	5 738	3,73	7 059
Aug.	5,02	75 678	4,98	19 585	5,48	9 906	6,52	2 515	3,98	1 115	5,10	52 170	3,95	4 129	3,76	5 843
Sept.	4,68	102 848	4,88	25 662	5,28	11 734	6,44	3 423	3,93	1 083	4,65	73 859	4,21	5 256	3,63	7 493
Okt.	4,68	95 792	4,82	24 634	5,12	12 241	6,23	3 587	3,89	1 042	4,68	67 518	4,16	4 689	3,60	6 715
Nov.	4,45	79 102	4,62	20 567	4,98	12 259	6,31	3 309	3,78	1 083	4,44	50 355	3,73	5 052	3,33	7 044
Dez.	4,27	108 179	4,34	32 239	4,88	12 994	6,15	3 586	3,70	1 367	4,26	73 362	3,77	6 644	3,27	10 226
2025 Jan.	4,24	77 873	4,24	25 014	4,64	11 896	5,66	2 321	3,88	1 111	4,20	51 774	3,79	4 680	3,65	6 091
Febr.	4,13	74 593	4,22	20 143	4,52	11 983	5,77	2 168	3,81	1 079	4,08	49 183	3,69	4 723	3,42	5 457
März	3,77	116 480	4,08	30 729	4,41	13 802	5,83	2 856	3,95	1 102	3,59	85 549	4,27	5 457	3,50	7 714
April	3,66	100 242	3,90	27 781	4,23	12 970	5,85	2 735	3,96	1 163	3,46	70 351	3,82	5 617	3,58	7 406
Mai	3,44	93 377	3,79	22 094	4,09	12 468	5,96	2 736	3,87	1 073	3,23	65 528	3,92	5 022	3,49	5 354
Juni	3,49	113 943	3,67	33 637	4,00	13 375	6,00	3 408	3,87	1 209	3,27	81 523	3,88	6 136	3,51	8 292
darunter: besicherte Kredite 11)																
2024 Juni	4,97	12 576	.	.	5,61	392	4,68	173	3,55	251	5,34	7 255	4,86	2 681	3,73	1 824
Juli	4,63	10 570	.	.	5,44	482	4,88	162	3,81	305	5,06	6 631	3,88	1 646	3,27	1 344
Aug.	4,61	8 058	.	.	5,40	360	4,51	161	3,60	285	5,03	4 614	4,64	1 033	3,37	1 605
Sept.	4,59	11 171	.	.	5,31	401	4,47	140	3,55	328	4,97	6 840	4,41	1 356	3,50	2 106
Okt.	4,63	19 382	.	.	5,04	472	4,03	179	3,41	282	4,79	15 034	5,02	1 453	3,31	1 962
Nov.	4,09	9 335	.	.	5,00	381	4,21	149	3,21	295	4,50	5 321	4,10	1 386	2,79	1 803
Dez.	4,09	14 563	.	.	4,71	537	4,24	172	3,23	368	4,38	8 580	4,33	2 131	2,98	2 775
2025 Jan.	3,87	9 796	.	.	4,70	460	4,08	186	3,35	298	3,97	5 675	3,83	1 564	3,40	1 613
Febr.	3,72	7 522	.	.	4,58	398	4,35	158	3,43	320	3,81	5 067	3,47	558	3,11	1 021
März	3,81	13 622	.	.	4,31	473	4,14	166	3,45	313	3,88	8 614	3,93	1 617	3,42	2 439
April	3,69	11 244	.	.	4,37	487	4,05	198	3,45	340	3,74	6 626	3,68	1 852	3,29	1 741
Mai	3,49	9 402	.	.	4,30	348	4,14	169	3,42	291	3,41	6 101	3,89	1 248	3,14	1 245
Juni	3,66	13 401	.	.	3,98	478	4,20	171	3,47	285	3,60	8 400	4,28	2 152	3,14	1 915

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•; **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Schuldverschreibungen	Kredite [2]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investmentfondsanteile	Finanzderivate	Technische Rückstellungen [3]	Nichtfinanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen										
2022 1.Vj.	2 547,3	243,7	440,2	333,2	468,7	870,5	2,7	87,5	41,0	59,8
2.Vj.	2 369,8	215,6	390,4	305,5	462,5	803,5	3,0	85,5	41,3	62,6
3.Vj.	2 296,3	202,1	369,9	289,1	461,3	776,7	4,0	84,3	41,4	67,6
4.Vj.	2 275,6	189,7	373,8	279,7	466,0	772,1	3,4	79,9	38,7	72,2
2023 1.Vj.	2 326,8	201,6	380,7	280,4	472,6	790,1	3,6	85,0	38,5	74,3
2.Vj.	2 332,1	194,8	383,4	280,4	475,6	799,2	3,6	83,9	38,1	73,0
3.Vj.	2 311,5	186,5	376,7	274,2	483,5	785,4	3,7	88,7	38,1	74,7
4.Vj.	2 408,9	190,8	405,7	290,5	499,8	822,7	3,3	79,0	34,2	83,0
2024 1.Vj.	2 477,8	193,6	412,8	289,1	503,2	848,1	3,7	96,9	35,1	95,2
2.Vj.	2 439,3	184,0	410,8	287,2	483,3	849,3	3,1	95,8	34,9	90,9
3.Vj.	2 490,6	184,1	432,9	290,0	493,7	872,5	2,9	96,6	34,8	83,1
4.Vj.	2 499,0	181,7	441,7	289,1	503,5	869,6	3,3	87,0	33,5	89,6
2025 1.Vj.	2 506,5	180,6	445,6	282,7	504,6	863,6	3,0	97,0	33,2	96,2
Lebensversicherung										
2022 1.Vj.	1 317,8	136,8	211,5	193,1	99,7	626,1	0,9	13,9	22,0	13,8
2.Vj.	1 202,1	120,5	180,3	173,1	104,2	569,4	0,9	13,6	22,1	17,9
3.Vj.	1 149,6	110,2	166,6	162,1	107,0	546,4	1,1	12,3	22,3	21,7
4.Vj.	1 130,1	103,6	170,5	155,6	111,5	540,0	1,1	11,5	19,5	16,8
2023 1.Vj.	1 147,9	105,1	170,3	155,6	113,3	553,5	1,0	12,1	19,4	17,4
2.Vj.	1 154,1	102,9	171,7	154,9	114,3	560,0	1,0	12,0	19,2	18,0
3.Vj.	1 123,6	97,9	163,2	149,4	115,7	547,2	1,5	11,7	19,1	17,9
4.Vj.	1 180,4	101,9	178,7	160,7	116,6	574,7	1,4	10,3	16,6	19,5
2024 1.Vj.	1 193,8	98,6	176,5	156,0	115,6	594,9	1,4	10,2	16,6	24,1
2.Vj.	1 182,3	95,5	172,6	153,5	115,1	596,2	1,2	7,2	16,5	24,6
3.Vj.	1 207,8	96,2	181,5	158,7	116,0	611,4	1,2	7,3	16,4	19,0
4.Vj.	1 207,5	94,1	181,4	158,1	121,1	608,6	1,0	6,9	15,3	20,9
2025 1.Vj.	1 178,8	89,9	178,7	150,3	116,3	599,0	1,2	6,9	15,1	21,4
Nicht-Lebensversicherung										
2022 1.Vj.	722,5	91,5	133,4	80,8	98,6	227,7	0,2	45,7	13,9	30,7
2.Vj.	681,7	81,9	122,0	74,9	98,6	216,5	0,1	44,1	14,1	29,5
3.Vj.	661,2	76,2	116,1	70,3	99,2	212,3	0,1	43,2	14,1	29,7
4.Vj.	659,9	72,9	115,3	69,0	100,0	215,5	0,2	42,8	14,2	30,1
2023 1.Vj.	687,2	81,2	121,1	69,7	103,0	219,5	0,1	45,1	14,2	33,2
2.Vj.	688,5	77,2	124,0	70,7	104,4	222,1	0,1	44,9	14,1	30,9
3.Vj.	683,0	73,7	122,7	69,2	107,1	221,0	0,1	45,4	14,3	29,5
4.Vj.	708,5	75,1	131,9	73,9	109,1	230,2	0,1	44,0	13,0	31,1
2024 1.Vj.	748,7	80,8	139,7	75,0	111,0	234,5	0,1	55,8	13,9	37,9
2.Vj.	744,0	75,3	141,6	74,7	112,2	234,0	0,1	56,7	13,9	35,4
3.Vj.	757,7	74,9	147,7	76,9	113,6	241,1	0,2	57,6	13,9	31,9
4.Vj.	760,5	73,8	149,8	75,4	117,0	241,1	0,2	55,2	13,7	34,4
2025 1.Vj.	782,1	76,5	153,7	75,3	117,3	245,2	0,1	59,2	13,6	41,2
Rückversicherung [4]										
2022 1.Vj.	507,1	15,5	95,3	59,3	270,4	16,7	1,6	27,9	5,0	15,3
2.Vj.	486,0	13,2	88,0	57,5	259,6	17,6	1,9	27,9	5,1	15,1
3.Vj.	485,5	15,6	87,3	56,7	255,1	18,1	2,7	28,8	5,1	16,2
4.Vj.	485,6	13,2	88,0	55,1	254,5	16,7	2,1	25,7	5,0	25,3
2023 1.Vj.	491,8	15,3	89,2	55,1	256,3	17,1	2,4	27,8	4,8	23,7
2.Vj.	489,5	14,7	87,6	54,8	256,9	17,2	2,5	26,9	4,8	24,0
3.Vj.	504,9	14,8	90,8	55,6	260,7	17,1	2,1	31,6	4,8	27,3
4.Vj.	520,0	13,7	95,0	55,9	274,1	17,8	1,8	24,7	4,6	32,4
2024 1.Vj.	535,2	14,2	96,6	58,1	276,6	18,7	2,2	31,0	4,6	33,2
2.Vj.	513,0	13,3	96,6	59,0	256,0	19,1	1,8	31,8	4,5	30,8
3.Vj.	525,1	13,1	103,8	54,4	264,0	19,9	1,6	31,7	4,5	32,2
4.Vj.	531,0	13,7	110,4	55,6	265,5	20,0	2,1	24,9	4,5	34,3
2025 1.Vj.	545,7	14,2	113,3	57,1	270,9	19,4	1,7	31,0	4,5	33,6
Pensionseinrichtungen [5]										
2022 1.Vj.	689,8	75,8	56,7	46,2	12,0	465,9	0,0	12,4	18,5	2,2
2.Vj.	665,9	70,3	52,9	43,3	12,4	453,5	0,0	12,3	18,6	2,5
3.Vj.	657,0	67,7	52,0	42,1	12,8	448,2	0,0	12,9	18,7	2,6
4.Vj.	664,0	67,3	54,6	41,9	13,5	451,4	0,0	13,1	18,8	3,5
2023 1.Vj.	671,5	66,4	56,9	42,3	13,5	458,1	0,0	12,9	18,7	2,7
2.Vj.	678,7	67,5	58,9	42,7	13,3	462,1	0,0	12,9	18,7	2,6
3.Vj.	675,9	67,1	60,3	42,3	13,4	458,4	0,1	12,9	18,7	2,8
4.Vj.	703,5	70,1	67,7	44,0	13,4	472,8	0,1	13,2	18,9	3,4
2024 1.Vj.	712,6	70,4	69,5	44,0	13,4	481,0	0,1	13,1	18,5	2,7
2.Vj.	716,0	70,7	71,4	44,2	13,1	481,9	0,0	13,0	18,8	2,8
3.Vj.	731,0	72,4	74,9	44,8	13,4	491,1	0,0	13,0	18,7	2,7
4.Vj.	739,6	72,6	77,6	44,2	13,1	496,6	0,0	13,4	18,6	3,4
2025 1.Vj.	734,2	71,9	78,7	43,6	13,2	492,0	0,0	12,4	18,6	3,7

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres-bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldverschreibungen	Kredite [1]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanzderivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen [6]
					Insgesamt [2]	Leben / Ansprüche an Pensionseinrichtungen [3]	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2022 1.Vj.	2 547,3	34,4	82,1	563,2	1 725,9	1 472,6	253,3	4,0	137,7	–
2.Vj.	2 369,8	33,6	78,7	541,7	1 574,4	1 326,8	247,6	6,0	135,3	–
3.Vj.	2 296,3	33,8	73,6	537,5	1 506,1	1 262,3	243,7	7,4	138,0	–
4.Vj.	2 275,6	32,3	70,1	544,0	1 487,0	1 248,7	238,3	5,6	136,7	–
2023 1.Vj.	2 326,8	33,1	71,2	544,7	1 539,1	1 277,3	261,8	4,3	134,3	–
2.Vj.	2 332,1	33,1	68,4	548,0	1 544,5	1 284,6	259,9	4,4	133,6	–
3.Vj.	2 311,5	35,3	76,9	552,2	1 508,3	1 248,1	260,2	4,6	134,2	–
4.Vj.	2 408,9	30,5	73,3	570,0	1 586,8	1 325,5	261,3	4,1	144,2	–
2024 1.Vj.	2 477,8	30,5	78,2	574,6	1 643,1	1 346,3	296,8	3,7	147,6	–
2.Vj.	2 439,3	32,1	76,9	511,3	1 687,1	1 389,5	297,6	3,6	128,3	–
3.Vj.	2 490,6	33,4	79,6	521,6	1 727,9	1 426,6	301,2	3,5	124,7	–
4.Vj.	2 499,0	33,5	73,8	534,4	1 719,3	1 425,3	294,0	3,5	134,5	–
2025 1.Vj.	2 506,5	33,2	79,7	542,7	1 712,7	1 395,5	317,2	3,2	134,9	–
Lebensversicherung										
2022 1.Vj.	1 317,8	3,2	19,9	142,9	1 101,6	1 101,6	–	1,4	48,8	–
2.Vj.	1 202,1	3,1	19,0	141,4	984,5	984,5	–	2,7	51,3	–
3.Vj.	1 149,6	3,0	17,0	138,0	936,9	936,9	–	3,1	51,8	–
4.Vj.	1 130,1	2,7	16,6	136,0	924,9	924,9	–	2,3	47,7	–
2023 1.Vj.	1 147,9	2,7	17,8	132,9	946,0	946,0	–	1,9	46,6	–
2.Vj.	1 154,1	2,7	17,6	133,6	951,7	951,7	–	1,7	46,8	–
3.Vj.	1 123,6	2,7	16,9	134,1	920,0	920,0	–	2,4	47,6	–
4.Vj.	1 180,4	0,8	17,8	133,3	977,7	977,7	–	2,0	48,8	–
2024 1.Vj.	1 193,8	0,8	17,5	128,5	995,1	995,1	–	1,7	50,2	–
2.Vj.	1 182,3	0,9	14,6	92,5	1 037,4	1 037,4	–	1,9	35,1	–
3.Vj.	1 207,8	0,5	14,8	93,7	1 066,1	1 066,1	–	1,7	31,0	–
4.Vj.	1 207,5	0,7	14,7	91,7	1 066,2	1 066,2	–	1,7	32,5	–
2025 1.Vj.	1 178,8	0,7	14,5	92,0	1 039,5	1 039,5	–	1,7	30,4	–
Nicht-Lebensversicherung										
2022 1.Vj.	722,5	1,3	11,7	173,1	483,0	347,1	136,0	0,3	53,0	–
2.Vj.	681,7	1,2	11,1	167,7	451,9	322,7	129,2	0,5	49,3	–
3.Vj.	661,2	1,2	10,5	168,0	430,5	307,4	123,1	0,5	50,5	–
4.Vj.	659,9	1,2	10,4	170,4	425,6	306,7	118,9	0,4	52,0	–
2023 1.Vj.	687,2	1,2	10,7	173,1	450,9	314,4	136,5	0,4	51,0	–
2.Vj.	688,5	1,2	10,7	176,1	451,2	317,1	134,0	0,3	49,1	–
3.Vj.	683,0	1,7	10,9	176,8	444,5	313,0	131,5	0,4	48,8	–
4.Vj.	708,5	0,6	12,5	180,3	461,4	333,6	127,8	0,3	53,3	–
2024 1.Vj.	748,7	0,6	13,4	184,6	494,4	337,1	157,3	0,3	55,5	–
2.Vj.	744,0	0,7	13,4	182,6	493,9	338,5	155,3	0,3	53,2	–
3.Vj.	757,7	1,2	12,9	185,1	506,3	351,2	155,1	0,3	52,0	–
4.Vj.	760,5	0,6	13,9	190,5	498,7	350,3	148,4	0,3	56,6	–
2025 1.Vj.	782,1	0,6	14,3	192,4	514,8	347,9	166,9	0,3	59,7	–
Rückversicherung [4]										
2022 1.Vj.	507,1	30,0	50,4	247,2	141,3	23,9	117,4	2,3	35,9	–
2.Vj.	486,0	29,3	48,6	232,6	138,0	19,6	118,4	2,8	34,7	–
3.Vj.	485,5	29,7	46,2	231,5	138,7	18,0	120,7	3,8	35,7	–
4.Vj.	485,6	28,4	43,1	237,5	136,5	17,1	119,4	2,9	37,1	–
2023 1.Vj.	491,8	29,2	42,8	238,8	142,2	16,9	125,3	2,1	36,8	–
2.Vj.	489,5	29,3	40,2	238,4	141,6	15,8	125,8	2,4	37,6	–
3.Vj.	504,9	31,0	49,2	241,3	143,9	15,2	128,7	1,9	37,7	–
4.Vj.	520,0	29,1	43,0	256,3	147,7	14,2	133,5	1,8	42,0	–
2024 1.Vj.	535,2	29,1	47,2	261,6	153,7	14,1	139,6	1,7	42,0	–
2.Vj.	513,0	30,5	48,9	236,3	155,9	13,6	142,3	1,4	40,0	–
3.Vj.	525,1	31,6	51,9	242,9	155,5	9,4	146,1	1,6	41,7	–
4.Vj.	531,0	32,2	45,3	252,1	154,4	8,7	145,7	1,6	45,4	–
2025 1.Vj.	545,7	32,0	50,9	258,3	158,4	8,1	150,3	1,2	44,8	–
Pensionseinrichtungen [5]										
2022 1.Vj.	689,8	–	2,0	33,5	559,7	556,9	–	0,1	9,5	85,1
2.Vj.	665,9	–	1,8	33,5	561,0	558,4	–	0,1	9,0	60,4
3.Vj.	657,0	–	1,9	34,7	563,1	560,6	–	0,1	9,7	47,5
4.Vj.	664,0	–	1,8	34,5	576,4	573,9	–	0,1	9,4	41,8
2023 1.Vj.	671,5	–	1,8	35,5	577,3	574,9	–	0,1	9,5	47,3
2.Vj.	678,7	–	1,8	35,8	582,0	579,6	–	0,1	9,6	49,4
3.Vj.	675,9	–	1,9	35,1	583,7	581,5	–	0,1	9,7	45,4
4.Vj.	703,5	–	1,9	35,1	597,1	594,9	–	0,1	9,9	59,3
2024 1.Vj.	712,6	–	1,7	36,6	600,1	598,4	–	0,1	10,4	63,6
2.Vj.	716,0	–	1,6	37,0	601,5	600,4	–	0,1	11,3	64,5
3.Vj.	731,0	–	1,5	38,2	605,7	605,2	–	0,0	12,3	73,3
4.Vj.	739,6	–	1,5	37,7	617,5	617,5	–	0,0	13,4	69,5
2025 1.Vj.	734,2	–	1,4	38,5	616,7	616,7	–	0,0	13,4	64,0

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben" unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen, die bei den meisten Versicherungsunternehmen ab Q2/2024 weggefallen sind. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung" sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **6** Das Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen" und „Aktien und sonstige Anteilsrechte".

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen											
		Absatz					Erwerb					
		inländische Schuldverschreibungen [1]					Inländer					
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen [2] (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	ausländische Schuldverschreibungen [3]	zusammen [4]	Kreditinstitute einschließlich Bausparkassen [5]	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren [6]	Ausländer [7]
2016	68 998	27 429	19 177	18 265	– 10 012	41 569	161 776	– 58 012	187 500	32 288	– 92 778
2017	51 034	11 563	1 096	7 112	3 356	39 471	134 192	– 71 454	161 012	44 634	– 83 158
2018	78 657	16 630	33 251	12 433	– 29 055	62 027	107 155	– 24 417	67 328	64 244	– 28 499
2019	139 611	68 536	29 254	32 505	6 778	71 075	60 195	8 059	2 408	49 728	79 416
2020	451 481	374 034	14 462	88 703	270 870	77 446	280 820	18 955	226 887	34 978	170 661
2021	231 129	221 648	31 941	19 754	169 953	9 481	245 892	– 41 852	245 198	42 546	– 14 763
2022	150 656	156 190	59 322	35 221	61 648	– 5 534	143 910	2 915	49 774	91 221	6 746
2023	288 235	158 228	88 018	– 11 899	82 109	130 007	120 324	32 163	– 59 817	147 978	167 911
2024	231 161	128 216	4 528	47 293	76 396	102 944	35 536	81 686	– 95 857	49 707	195 624
2024 Juli	6 888	– 1 185	– 17 832	– 1 018	17 665	8 073	188	1 835	– 5 220	3 573	6 699
Aug.	17 852	7 546	3 649	3 739	157	10 306	– 7 043	9 231	– 11 073	– 5 201	24 895
Sept.	27 433	6 564	9 543	– 1 018	– 1 962	20 869	9 224	16 898	– 7 504	– 170	18 209
Okt.	43 816	44 141	1 290	2 583	40 269	– 325	8 745	– 5 915	– 11 945	26 606	35 071
Nov.	15 912	13 419	– 7 535	2 072	18 882	2 493	– 10 120	7 339	– 1 731	– 15 727	26 031
Dez.	– 6 611	– 5 993	– 14 594	22 847	– 14 246	– 618	14 527	– 36	– 5 845	20 408	– 21 138
2025 Jan.	53 129	29 469	13 979	– 113	15 603	23 660	18 245	34 581	– 10 473	– 5 863	34 884
Febr.	11 645	– 8 131	5 608	604	– 14 344	19 777	5 409	23 836	– 20 702	2 275	6 236
März	49 958	24 120	13 016	3 235	7 869	25 839	26 552	14 057	– 11 912	24 407	23 407
April	– 7 376	– 18 606	– 16 556	4 066	– 6 116	11 230	– 2 106	12 529	– 16 800	2 165	– 5 270
Mai	58 816	35 694	12 748	– 5	22 951	23 122	29 778	10 958	– 4 123	22 943	29 038
Juni	84 051	53 744	6 273	46 534	936	30 307	68 255	24 064	– 9 475	53 666	15 795

Mio €

Zeit	Aktien							
		Absatz		Erwerb				
				Inländer				
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien [8]	ausländische Aktien [9]	zusammen [10]	Kreditinstitute [5]	übrige Sektoren [11]	Ausländer [12]	
2016	39 133	4 409	34 724	39 265	– 5 143	44 408	– 132	
2017	52 932	15 570	37 362	51 270	7 031	44 239	1 662	
2018	61 400	16 188	45 212	89 624	– 11 184	100 808	– 28 224	
2019	54 830	9 076	45 754	43 070	– 1 119	44 189	11 759	
2020	78 464	17 771	60 693	111 570	27	111 543	– 33 106	
2021	115 940	49 066	66 875	102 605	10 869	91 736	13 335	
2022	– 6 517	27 792	– 34 309	– 1 964	– 8 262	6 298	– 4 553	
2023	42 198	36 898	5 299	53 068	14 650	38 418	– 10 870	
2024	21 289	16 738	4 551	25 388	4 267	21 121	– 4 099	
2024 Juli	3 370	204	3 166	4 431	40	4 391	– 1 061	
Aug.	– 2 514	1 300	– 3 814	– 2 964	– 3 201	237	450	
Sept.	7 403	558	6 845	5 403	2 559	2 844	2 000	
Okt.	6 559	6 195	364	7 806	3 813	3 993	– 1 247	
Nov.	– 2 898	863	– 3 761	– 2 199	– 3 466	1 267	– 698	
Dez.	– 3 134	69	– 3 203	– 3 928	– 1 987	– 1 941	794	
2025 Jan.	7 644	577	7 067	6 788	4 455	2 333	856	
Febr.	6 871	52	6 818	3 024	12 658	– 9 634	3 847	
März	– 2 842	167	– 3 008	– 3 911	– 5 777	1 866	1 069	
April	– 4 892	150	– 5 043	2 357	– 9 370	11 727	– 7 249	
Mai	7 139	159	6 979	9 341	6 642	2 699	– 2 202	
Juni	9 207	5 084	4 123	10 583	2 033	8 550	– 1 376	

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. **4** In- und ausländische Schuldverschreibungen. **5** Buchwerte; statistisch bereinigt. **6** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. **7** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. **8** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. **9** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. **10** In- und ausländische Aktien. **11** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. **12** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1) zusammen	Hypothekenpfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
Brutto-Absatz								
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 371	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	184 206	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	139 775	722 958
2022	1 683 265	861 989	66 811	11 929	700 062	83 188	169 680	651 596
2023	1 705 524	937 757	45 073	12 633	782 969	97 082	153 128	614 639
2024	1 508 040	813 899	37 320	13 509	630 383	132 687	135 577	558 563
2024 Juli	119 604	65 562	3 280	1 522	49 131	11 630	9 338	44 704
Aug.	113 940	60 353	2 571	413	46 104	11 265	6 501	47 086
Sept.	125 924	71 525	1 754	1 112	57 743	10 916	12 918	41 482
Okt.	121 438	57 431	2 679	2 036	39 390	13 326	11 523	52 484
Nov.	108 313	56 866	709	0	40 750	15 407	10 119	41 328
Dez.	82 316	49 207	1 001	1 010	39 811	7 386	15 326	17 782
2025 Jan.	156 303	89 840	7 970	1 707	63 263	16 899	7 252	59 211
Febr.	137 648	91 122	6 871	3 137	62 491	18 623	6 890	39 636
März	139 119	80 749	1 533	66	60 029	19 121	10 288	48 082
April	116 212	61 406	2 289	88	47 025	12 004	9 219	45 587
Mai	136 810	88 032	2 783	3 245	71 255	10 748	10 947	37 830
Juni	144 121	67 898	2 781	833	45 501	18 783	40 786	35 438
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)								
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	47 818	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	77 439	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	64 234	250 303
2022	485 287	164 864	41 052	7 139	91 143	25 530	56 491	263 932
2023	482 193	155 790	28 294	4 664	101 059	21 772	44 272	282 132
2024	474 165	148 883	25 513	9 142	79 163	35 065	69 369	255 914
2024 Juli	34 914	11 612	2 034	1 522	4 939	3 118	2 582	20 720
Aug.	36 346	9 667	2 421	413	4 993	1 841	2 559	24 120
Sept.	32 314	7 584	1 681	370	2 851	2 681	8 945	15 785
Okt.	45 420	12 031	1 939	1 528	5 769	2 794	6 464	26 925
Nov.	26 773	6 132	38	0	2 651	3 443	5 461	15 180
Dez.	21 723	3 880	750	10	1 443	1 677	12 434	5 409
2025 Jan.	66 426	26 206	5 875	611	14 513	5 207	3 934	36 286
Febr.	47 568	21 402	5 431	1 791	10 155	4 024	2 525	23 641
März	47 242	10 609	1 488	66	4 302	4 753	5 598	31 035
April	36 786	11 453	2 278	0	7 078	2 096	1 593	23 740
Mai	50 003	21 877	1 533	3 245	14 531	2 568	4 976	23 150
Juni	65 491	14 021	1 829	520	5 529	6 144	35 551	15 919
Netto-Absatz 5)								
2016 3)	21 951	10 792	2 176	– 12 979	16 266	– 5 327	18 177	– 7 020
2017 3)	2 669	5 954	6 389	– 4 697	18 788	– 14 525	6 828	– 10 114
2018	2 758	26 648	19 814	– 6 564	18 850	– 5 453	9 738	– 33 630
2019	59 719	28 750	13 098	– 3 728	26 263	– 6 885	30 449	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	8 816	22 067	– 11 398	49 536	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	7 471	22 973	4 314	35 531	122 123
2022	135 853	36 883	23 894	– 9 399	15 944	6 444	30 671	68 299
2023	190 577	78 764	10 184	– 791	46 069	23 303	– 34	111 848
2024	76 658	6 557	– 3 554	1 212	– 17 104	26 002	28 634	41 468
2024 Juli	415	– 18 041	– 1 491	480	– 19 593	2 563	– 4 490	22 947
Aug.	6 815	3 317	1 758	– 237	1 338	459	1 793	1 705
Sept.	11 706	7 980	– 4 138	442	11 086	589	2 965	762
Okt.	12 141	2 585	556	– 117	– 3 340	5 485	2 212	7 344
Nov.	20 351	– 4 631	– 526	– 514	– 6 635	3 044	2 184	22 798
Dez.	– 22 147	– 11 767	– 1 472	258	– 3 613	– 6 941	7 227	– 17 607
2025 Jan.	37 615	13 998	1 464	1 234	3 269	8 031	– 2 195	25 811
Febr.	– 10 252	8 659	2 181	1 291	896	4 291	– 1 227	– 17 684
März	22 281	10 353	– 1 722	– 529	11 090	1 515	4 309	7 619
April	– 19 336	– 21 205	387	44	– 14 308	– 7 328	3 313	– 1 444
Mai	32 959	15 098	216	3 057	15 634	– 3 809	– 580	18 440
Juni	34 141	5 503	1 101	205	– 2 804	7 001	29 572	– 934

***** Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff. **1** Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **4** Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. **5** Brutto-Absatz minus Tilgung. **6** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen zusammen	Hypotheken-pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	2) 302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	1) 311 572	1) 2) 313 527	1 583 616
2019	2) 3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	2) 342 325	1 584 136
2020 4)	2) 3 545 200	2) 1 174 817	183 980	55 959	687 710	2) 247 169	2) 379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2023	4 131 592	1 384 958	237 099	54 312	806 808	286 739	441 742	2 304 892
2024	4 246 276	1 417 415	234 326	55 796	808 182	319 110	473 066	2 355 795
2024 Juli	4 193 225	1 403 611	237 606	55 897	798 532	311 576	455 405	2 334 209
Aug.	4 195 648	1 403 950	239 400	55 662	796 741	312 147	457 309	2 334 389
Sept.	4 204 230	1 407 618	233 380	56 090	807 073	311 075	459 445	2 337 167
Okt.	4 227 651	1 419 276	235 844	56 012	808 324	319 096	462 217	2 346 158
Nov.	4 260 127	1 423 703	235 605	55 518	808 773	323 807	465 103	2 371 321
Dez.	4 246 276	1 417 415	234 326	55 796	808 182	319 110	473 066	2 355 795
2025 Jan.	4 282 528	1 431 634	235 712	56 965	811 630	327 327	470 895	2 379 999
Febr.	4 273 180	1 440 869	237 784	58 234	812 940	331 911	470 019	2 362 292
März	4 287 720	1 443 126	235 901	57 705	816 319	333 202	473 331	2 371 262
April	4 256 144	1 409 858	236 007	57 707	791 785	324 359	475 873	2 370 414
Mai	4 293 286	1 426 818	236 243	60 778	809 427	320 370	475 114	2 391 354
Juni	4 319 825	1 424 252	237 336	60 965	799 635	326 316	503 990	2 391 583
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)							**Stand Ende:**	**Juni 2025**
bis unter 2	1 187 078	523 007	72 818	19 209	302 019	128 962	87 329	576 742
2 bis unter 4	877 422	363 970	69 761	14 668	208 788	70 753	91 786	421 666
4 bis unter 6	665 639	222 937	44 892	9 064	121 414	47 567	73 888	368 814
6 bis unter 8	384 403	125 633	22 276	7 751	71 608	23 998	45 910	212 860
8 bis unter 10	347 119	89 656	18 672	7 792	44 429	18 762	23 645	233 818
10 bis unter 15	221 425	52 794	6 814	1 773	35 164	9 043	27 314	141 317
15 bis unter 20	132 282	11 397	1 349	581	7 173	2 295	17 355	103 530
20 und darüber	504 456	34 857	754	127	9 040	24 936	136 763	332 836

***** Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. **1** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **2** Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. **3** Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfälligen Schuldverschreibungen. **4** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von: Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
2016	176 355	– 1 062	3 272	319	337	– 953	– 2 165	– 1 865	1 676 397
2017	178 828	2 471	3 894	776	533	– 457	– 661	– 1 615	1 933 733
2018	180 187	1 357	3 670	716	82	– 1 055	– 1 111	– 946	1 634 155
2019 3) 4)	183 461	1 673	2 411	2 419	542	– 858	– 65	– 2 775	1 950 224
2020 4)	181 881	– 2 872	1 877	219	178	– 2 051	– 460	– 2 635	1 963 588
2021	186 580	4 152	9 561	672	35	– 326	– 212	– 5 578	2 301 942
2022	199 789	12 272	14 950	224	371	– 29	– 293	– 2 952	1 858 963
2023	182 246	– 15 984	3 377	3	50	– 564	– 2 515	– 16 335	2 051 675
2024	181 022	– 1 387	2 415	27	0	– 147	– 679	– 3 004	2 213 188
2024 Juli	181 104	– 143	117	20	–	– 5	– 11	– 263	2 131 696
Aug.	181 117	7	316	–	–	– 76	– 55	– 177	2 162 378
Sept.	181 288	128	444	–	–	– 33	– 38	– 245	2 221 347
Okt.	181 470	179	565	–	–	– 5	– 3	– 377	2 175 920
Nov.	181 512	44	127	–	–	– 5	– 10	– 68	2 188 640
Dez.	181 022	– 521	67	–	–	–	– 10	– 578	2 213 188
2025 Jan.	180 887	– 147	158	–	–	–	– 99	– 207	2 391 497
Febr.	180 708	– 179	24	–	–	– 81	– 7	– 114	2 455 163
März	180 660	– 55	132	–	–	–	– 12	– 175	2 393 944
April	180 556	– 104	34	–	–	–	– 9	– 129	2 445 186
Mai	180 321	– 235	26	–	–	– 0	– 2	– 259	2 556 414
Juni	181 420	1 099	1 133	–	1	–	–	– 35	2 524 003

***** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. **1** Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. **2** Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. **3** Methodische Veränderungen ab Berichtsmonat Oktober 2019. **4** Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen deutscher Wertpapiere

Zeit	Emissionsrenditen				Umlaufsrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten [1]						
		Anleihen der öffentlichen Hand				Anleihen der öffentlichen Hand			Bankschuldverschreibungen		
							börsennotierte Bundeswertpapiere				
	insgesamt	zusammen	darunter börsennotierte Bundeswertpapiere	Bankschuldverschreibungen	insgesamt	zusammen	zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren [2]	zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)
	% p.a.										
2016	0,4	0,1	– 0,1	0,6	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1
2017	0,6	0,4	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7
2018	0,7	0,6	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5
2019	0,2	– 0,1	– 0,3	0,4	– 0,1	– 0,2	– 0,3	– 0,3	0,1	0,3	2,5
2020	0,1	– 0,3	– 0,5	0,1	– 0,2	– 0,4	– 0,5	– 0,5	– 0,0	0,1	1,7
2021	0,0	– 0,2	– 0,3	0,1	– 0,1	– 0,3	– 0,4	– 0,4	– 0,1	0,2	0,9
2022	1,6	1,3	1,2	1,9	1,5	1,2	1,1	1,1	1,9	1,9	3,3
2023	2,9	2,6	2,5	3,4	2,9	2,6	2,5	2,4	3,3	3,2	4,2
2024	2,8	2,5	2,4	3,0	2,6	2,4	2,3	2,3	2,9	3,1	3,7
2024 Juli	2,88	2,55	2,55	3,08	2,80	2,58	2,50	2,46	3,09	3,24	3,74
Aug.	2,44	2,31	2,31	2,69	2,53	2,31	2,23	2,21	2,81	3,04	3,58
Sept.	2,75	2,24	2,24	2,88	2,46	2,25	2,17	2,17	2,71	2,98	3,53
Okt.	2,81	2,42	2,42	2,74	2,48	2,29	2,21	2,23	2,71	2,97	3,49
Nov.	2,96	2,21	2,21	2,94	2,53	2,34	2,26	2,31	2,72	2,92	3,52
Dez.	2,84	2,42	2,42	2,73	2,41	2,23	2,14	2,18	2,61	2,83	3,40
2025 Jan.	2,78	2,63	2,63	2,93	2,70	2,52	2,44	2,48	2,87	3,14	3,67
Febr.	2,65	2,49	2,49	2,76	2,59	2,43	2,36	2,40	2,74	3,05	3,49
März	2,90	2,73	2,73	3,00	2,85	2,70	2,64	2,74	2,94	3,27	3,72
April	2,67	2,53	2,53	2,73	2,64	2,47	2,39	2,51	2,74	3,10	3,73
Mai	2,80	2,66	2,66	2,72	2,67	2,52	2,45	2,56	2,74	3,08	3,61
Juni	2,87	2,54	2,54	2,91	2,63	2,50	2,42	2,52	2,71	3,03	3,52

1 Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfälliger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. **2** Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €

Zeit	Absatz	Absatz							Erwerb	Erwerb				
		Offene inländische Fonds [1] (Mittelaufkommen)							Inländer					
			Publikumsfonds				Spezialfonds	ausländische Fonds [4]		Kreditinstitute [2] einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren [3]		Ausländer [5]
				darunter										
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	zusammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Immobilienfonds			zusammen	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile	
2016	149 288	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	29 919	156 236	2 877	– 3 172	153 359	33 091	– 6 948
2017	148 214	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	53 292	150 740	4 938	1 048	145 802	52 244	– 2 526
2018	108 293	103 694	15 279	377	4 166	6 168	88 415	4 599	114 973	2 979	– 2 306	111 994	6 905	– 6 680
2019	171 666	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	49 120	176 210	2 719	– 812	173 491	49 932	– 4 544
2020	157 349	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	41 321	156 421	336	– 1 656	156 085	42 977	928
2021	281 018	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	123 157	289 400	13 154	254	276 246	122 903	– 8 383
2022	111 321	79 022	6 057	482	444	5 071	72 991	32 299	114 603	3 170	– 1 459	111 433	33 758	– 3 281
2023	74 014	44 484	5 969	460	4 951	723	38 461	29 530	76 234	– 4 778	– 2 054	81 012	31 584	– 2 220
2024	152 206	40 124	– 1 659	1 692	1 992	– 5 890	41 784	112 082	153 803	8 704	2 614	145 099	109 468	– 1 598
2024 Juli	11 075	1 969	225	285	566	– 729	1 744	9 105	10 478	149	47	10 329	9 058	596
Aug.	7 802	– 767	723	407	804	– 725	– 1 491	8 569	7 181	235	– 289	6 946	8 858	620
Sept.	6 286	113	321	260	476	– 477	– 208	6 173	7 405	669	380	6 736	5 793	– 1 119
Okt.	18 134	5 565	559	56	1 129	– 688	5 006	12 569	19 087	634	199	18 453	12 370	– 953
Nov.	16 622	1 778	– 1 841	– 231	– 1 154	– 571	3 616	14 843	17 197	555	– 172	16 642	15 015	– 575
Dez.	27 208	12 681	– 438	46	– 160	– 611	13 119	14 527	27 756	3 296	2 368	24 460	12 159	– 548
2025 Jan.	25 562	5 441	– 1 332	184	734	– 499	6 773	20 120	25 361	1 010	32	24 351	20 088	201
Febr.	20 919	6 451	2 243	83	2 654	– 730	4 209	14 468	17 362	303	– 27	17 059	14 495	3 557
März	12 870	5 595	3 775	253	3 962	– 870	1 821	7 275	10 843	853	271	9 990	7 004	2 027
April	6 353	4 180	– 322	520	– 492	– 691	4 503	2 173	5 719	118	– 340	5 601	2 513	634
Mai	17 301	5 136	3 820	86	4 106	– 579	1 316	12 165	17 388	415	305	16 973	11 860	– 88
Juni	13 081	2 336	3 279	63	3 289	– 249	– 936	10 745	12 347	773	459	11 574	10 286	734

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. **2** Buchwerte. **3** Als Rest errechnet. **4** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. **5** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2022	2023	2024	2023	2024				2025
				4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	67,32	– 1,86	43,39	11,53	– 16,25	– 10,23	34,54	35,34	– 33,71
Schuldverschreibungen insgesamt	4,16	6,44	2,09	– 1,29	5,67	1,27	– 0,41	– 4,45	0,86
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,24	1,62	1,53	– 1,29	2,49	1,62	– 0,70	– 1,88	– 1,31
langfristige Schuldverschreibungen	2,92	4,83	0,56	0,00	3,18	– 0,35	0,29	– 2,57	2,17
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	3,40	6,67	– 0,43	– 0,32	2,93	1,28	– 1,45	– 3,19	0,26
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,86	– 0,03	– 1,39	0,03	0,64	0,09	– 1,24	– 0,87	0,13
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,79	3,19	0,97	0,05	0,84	1,54	0,09	– 1,51	0,17
Staat	0,74	3,51	– 0,01	– 0,40	1,45	– 0,35	– 0,31	– 0,81	– 0,04
Schuldverschreibungen des Auslands	0,76	– 0,23	2,52	– 0,96	2,74	– 0,01	1,05	– 1,26	0,60
Kredite insgesamt	197,54	89,21	78,30	49,10	28,58	5,39	25,82	18,51	12,55
kurzfristige Kredite	179,72	41,69	64,01	16,38	25,94	11,12	13,60	13,36	22,67
langfristige Kredite	17,82	47,52	14,28	32,73	2,64	– 5,72	12,22	5,15	– 10,12
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	178,63	70,65	58,04	27,43	20,23	4,53	11,14	22,14	6,63
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	174,80	31,66	46,99	– 1,10	15,26	4,80	3,26	23,67	4,74
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,78	6,86	12,10	– 2,00	7,67	0,62	3,96	– 0,14	2,74
Staat	2,05	32,13	– 1,05	30,52	– 2,70	– 0,88	3,92	– 1,40	– 0,85
Kredite an das Ausland	18,91	18,57	20,26	21,68	8,35	0,86	14,68	– 3,63	5,92
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	130,18	51,22	50,54	9,28	22,54	23,20	16,98	– 12,18	17,43
Anteilsrechte insgesamt	130,01	47,80	44,04	10,23	16,77	20,22	16,03	– 8,98	12,42
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	44,06	– 14,32	2,00	– 8,26	3,45	2,81	4,08	– 8,34	– 4,12
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	43,79	– 13,91	2,89	– 8,21	2,43	2,83	3,89	– 6,27	– 4,05
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,27	– 0,41	– 0,89	– 0,05	1,02	– 0,02	0,18	– 2,07	– 0,07
Börsennotierte Aktien des Auslands	0,61	– 39,39	– 4,35	– 1,64	0,17	– 1,94	– 1,15	– 1,43	– 0,38
Übrige Anteilsrechte [1]	85,35	101,52	46,39	20,13	13,15	19,34	13,11	0,79	16,92
Anteile an Investmentfonds	0,17	3,41	6,50	– 0,95	5,77	2,98	0,95	– 3,20	5,01
Geldmarktfonds	– 0,38	– 0,58	1,38	0,03	– 0,53	0,67	– 0,18	1,42	1,40
Sonstige Investmentfonds	0,55	4,00	5,12	– 0,98	6,30	2,31	1,13	– 4,62	3,61
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,96	8,45	5,43	1,72	4,63	0,05	– 0,19	0,94	7,90
Finanzderivate	12,94	10,13	9,85	2,84	2,19	4,58	3,80	– 0,72	– 1,12
Sonstige Forderungen	77,20	11,24	– 48,58	15,57	79,05	– 56,72	32,93	– 103,84	110,44
Insgesamt	491,31	174,85	141,02	88,76	126,41	– 32,46	113,48	– 66,40	114,35
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	14,16	0,35	13,32	– 5,04	6,82	7,07	– 0,29	– 0,27	2,89
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 0,36	– 4,68	0,26	– 2,99	1,01	2,49	– 1,22	– 2,02	0,65
langfristige Schuldverschreibungen	14,52	5,03	13,06	– 2,05	5,80	4,58	0,93	1,75	2,25
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	5,80	0,65	– 2,41	– 2,05	2,08	1,19	– 3,19	– 2,49	0,74
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,86	– 0,03	– 1,39	0,03	0,64	0,09	– 1,24	– 0,87	0,13
Finanzielle Kapitalgesellschaften	4,41	– 2,83	– 2,58	– 2,78	1,01	0,43	– 2,10	– 1,92	0,19
Staat	– 0,07	– 0,11	– 0,04	– 0,00	0,01	0,00	– 0,02	– 0,02	– 0,00
Private Haushalte	0,60	3,61	1,59	0,70	0,42	0,67	0,17	0,33	0,42
Schuldverschreibungen des Auslands	8,36	– 0,30	15,73	– 2,99	4,74	5,88	2,90	2,21	2,15
Kredite insgesamt	331,59	59,64	73,82	30,31	25,08	20,05	29,20	– 0,51	31,37
kurzfristige Kredite	230,71	– 5,84	45,61	– 3,61	23,26	20,63	13,51	– 11,79	30,47
langfristige Kredite	100,87	65,48	28,21	33,91	1,82	– 0,58	15,69	11,28	0,91
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	304,31	72,54	51,18	15,79	25,44	6,69	7,98	11,07	21,20
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	174,80	31,66	46,99	– 1,10	15,26	4,80	3,26	23,67	4,74
Finanzielle Kapitalgesellschaften	108,28	59,82	14,62	19,29	17,35	4,32	4,25	– 11,31	24,59
Staat	21,23	– 18,94	– 10,43	– 2,41	– 7,17	– 2,43	0,46	– 1,29	– 8,13
Kredite aus dem Ausland	27,28	– 12,90	22,64	14,52	– 0,36	13,36	21,23	– 11,59	10,18
Anteilsrechte insgesamt	36,17	5,46	37,98	– 2,59	10,71	10,84	9,04	7,38	10,32
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	57,05	– 27,72	– 16,94	– 10,71	– 2,24	– 4,14	– 0,95	– 9,62	– 5,86
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	43,79	– 13,91	2,89	– 8,21	2,43	2,83	3,89	– 6,27	– 4,05
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2,21	– 8,32	– 11,41	– 1,20	– 2,01	– 3,86	– 4,61	– 0,93	– 0,14
Staat	0,76	– 1,12	– 3,99	0,01	– 2,12	– 2,90	0,96	0,08	– 0,17
Private Haushalte	10,29	– 4,37	– 4,44	– 1,31	– 0,53	– 0,22	– 1,19	– 2,50	– 1,49
Börsennotierte Aktien des Auslands	– 9,52	13,70	23,65	2,51	5,21	7,88	2,13	8,43	5,98
Übrige Anteilsrechte [1]	– 11,36	19,48	31,27	5,60	7,74	7,10	7,86	8,57	10,19
Versicherungstechnische Rückstellungen	9,14	5,26	6,12	1,33	1,54	1,52	1,52	1,54	1,53
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	– 47,42	14,55	– 3,16	24,55	– 2,92	– 4,64	13,87	– 9,46	– 0,15
Sonstige Verbindlichkeiten	195,06	43,53	42,47	10,33	9,52	6,08	4,78	22,09	9,68
Insgesamt	538,70	128,79	170,55	58,88	50,75	40,92	58,12	20,76	55,65

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

				2023	2024				2025
Positionen	2022	2023	2024	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	852,1	846,7	887,5	846,7	830,2	819,9	854,2	887,5	852,7
Schuldverschreibungen insgesamt	53,9	62,1	66,1	62,1	68,1	69,5	70,0	66,1	66,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	8,4	9,8	11,9	9,8	12,7	14,4	13,8	11,9	10,6
langfristige Schuldverschreibungen	45,5	52,3	54,2	52,3	55,4	55,1	56,3	54,2	56,3
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	24,7	32,2	33,0	32,2	35,4	36,9	36,0	33,0	33,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	5,8	4,5	5,8	6,6	6,6	5,4	4,5	4,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	15,0	18,8	20,8	18,8	19,8	21,5	22,0	20,8	21,0
Staat	3,9	7,6	7,7	7,6	9,0	8,7	8,5	7,7	7,7
Schuldverschreibungen des Auslands	29,2	29,9	33,1	29,9	32,7	32,7	34,1	33,1	33,5
Kredite insgesamt	1 725,7	1 810,6	1 892,5	1 810,6	1 839,8	1 845,8	1 869,6	1 892,5	1 904,0
kurzfristige Kredite	1 447,6	1 486,1	1 552,8	1 486,1	1 512,4	1 524,0	1 536,3	1 552,8	1 573,6
langfristige Kredite	278,1	324,5	339,6	324,5	327,4	321,7	333,3	339,6	330,4
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	1 337,3	1 407,9	1 466,0	1 407,9	1 428,2	1 432,7	1 443,8	1 466,0	1 472,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 221,1	1 252,8	1 299,7	1 252,8	1 268,0	1 272,8	1 276,1	1 299,7	1 304,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	91,3	98,1	110,2	98,1	105,8	106,4	110,4	110,2	113,0
Staat	24,9	57,1	56,0	57,1	54,4	53,5	57,4	56,0	55,1
Kredite an das Ausland	388,4	402,7	426,5	402,7	411,7	413,1	425,8	426,5	431,4
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	3 837,8	4 005,3	4 101,7	4 005,3	4 078,2	4 070,0	4 109,0	4 101,7	4 106,7
Anteilsrechte insgesamt	3 625,2	3 769,7	3 838,9	3 769,7	3 829,2	3 816,0	3 850,0	3 838,9	3 850,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	331,8	334,5	327,3	334,5	359,7	333,0	338,3	327,3	327,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	324,5	326,7	320,8	326,7	351,0	324,5	331,5	320,8	320,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	7,4	7,8	6,5	7,8	8,6	8,5	6,8	6,5	7,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	64,7	45,9	51,7	45,9	48,6	49,5	52,3	51,7	50,4
Übrige Anteilsrechte [1]	3 228,6	3 389,3	3 459,8	3 389,3	3 420,9	3 433,5	3 459,3	3 459,8	3 472,9
Anteile an Investmentfonds	212,6	235,6	262,9	235,6	249,0	254,0	259,0	262,9	255,9
Geldmarktfonds	7,2	6,9	11,9	6,9	6,4	7,1	7,0	11,9	13,3
Sonstige Investmentfonds	205,4	228,7	251,0	228,7	242,6	246,9	252,0	251,0	242,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	38,3	48,7	52,0	48,7	52,1	52,3	50,8	52,0	56,3
Finanzderivate	92,2	33,3	35,5	33,3	35,0	35,1	27,3	35,5	30,1
Sonstige Forderungen	1 697,4	1 807,8	1 797,1	1 807,8	1 859,1	1 835,0	1 885,3	1 797,1	1 951,5
Insgesamt	8 297,2	8 614,4	8 832,4	8 614,4	8 762,4	8 727,6	8 866,3	8 832,4	8 968,3
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	228,7	239,7	260,2	239,7	247,0	254,7	259,1	260,2	264,5
kurzfristige Schuldverschreibungen	9,3	4,5	5,4	4,5	5,6	8,7	7,4	5,4	6,0
langfristige Schuldverschreibungen	219,4	235,2	254,8	235,2	241,4	246,0	251,7	254,8	258,5
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	90,9	96,3	99,4	96,3	102,3	103,4	102,1	99,4	99,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	5,8	4,5	5,8	6,6	6,6	5,4	4,5	4,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	73,4	74,8	77,5	74,8	79,2	79,5	79,5	77,5	77,5
Staat	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
Private Haushalte	11,4	15,5	17,1	15,5	16,3	16,9	16,9	17,1	17,5
Schuldverschreibungen des Auslands	137,8	143,4	160,9	143,4	144,7	151,3	157,0	160,9	164,6
Kredite insgesamt	3 467,5	3 515,8	3 592,9	3 515,8	3 537,2	3 558,0	3 584,8	3 592,9	3 622,1
kurzfristige Kredite	1 785,4	1 770,8	1 814,0	1 770,8	1 786,7	1 808,2	1 819,9	1 814,0	1 842,6
langfristige Kredite	1 682,2	1 745,0	1 778,9	1 745,0	1 750,5	1 749,8	1 765,0	1 778,9	1 779,4
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	2 495,1	2 567,7	2 621,4	2 567,7	2 594,7	2 601,5	2 610,4	2 621,4	2 641,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 221,1	1 252,8	1 299,7	1 252,8	1 268,0	1 272,8	1 276,1	1 299,7	1 304,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	1 148,0	1 207,2	1 222,8	1 207,2	1 225,7	1 230,2	1 233,9	1 222,8	1 246,0
Staat	126,0	107,8	98,9	107,8	100,9	98,4	100,4	98,9	91,2
Kredite aus dem Ausland	972,4	948,1	971,5	948,1	942,5	956,6	974,5	971,5	980,4
Anteilsrechte insgesamt	5 004,4	5 315,1	5 461,0	5 315,1	5 464,3	5 418,0	5 505,3	5 461,0	5 626,2
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	761,3	807,7	804,7	807,7	851,7	806,2	821,7	804,7	845,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	324,5	326,7	320,8	326,7	351,0	324,5	331,5	320,8	320,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	151,2	173,3	174,3	173,3	175,3	175,9	175,5	174,3	181,6
Staat	69,2	76,0	78,5	76,0	81,0	75,7	78,8	78,5	90,1
Private Haushalte	216,4	231,7	231,1	231,7	244,3	230,1	235,9	231,1	253,2
Börsennotierte Aktien des Auslands	823,2	951,0	1 059,7	951,0	1 029,4	1 000,8	1 046,7	1 059,7	1 133,0
Übrige Anteilsrechte [1]	3 419,9	3 556,4	3 596,5	3 556,4	3 583,2	3 611,1	3 636,8	3 596,5	3 648,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	333,0	338,2	344,3	338,2	339,8	341,3	342,8	344,3	345,9
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	74,5	34,3	29,4	34,3	31,7	23,2	30,4	29,4	26,4
Sonstige Verbindlichkeiten	1 787,2	1 836,8	1 908,9	1 836,8	1 832,2	1 850,5	1 896,9	1 908,9	1 895,0
Insgesamt	10 895,2	11 280,0	11 596,8	11 280,0	11 452,1	11 445,7	11 619,4	11 596,8	11 779,9

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2022	2023	2024	2023 4. Vj.	2024 1. Vj.	2024 2. Vj.	2024 3. Vj.	2024 4. Vj.	2025 1. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	110,35	90,34	142,71	62,21	31,74	45,77	17,47	47,72	2,54
Bargeld	44,19	14,04	20,73	5,41	1,19	3,66	5,55	10,33	2,44
Einlagen insgesamt	66,16	76,29	121,97	56,80	30,55	42,11	11,92	37,40	0,10
Sichteinlagen	47,63	−129,98	21,88	− 18,65	− 33,47	8,43	− 7,62	54,53	14,80
Termineinlagen	34,48	184,52	117,08	48,33	60,27	36,02	21,92	− 1,13	− 6,62
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	− 15,94	21,75	− 16,98	27,12	3,75	− 2,34	− 2,38	− 16,00	− 8,09
Schuldverschreibungen insgesamt	25,03	65,03	2,45	0,56	6,25	3,80	− 0,66	− 6,93	1,41
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,01	11,75	− 9,69	− 4,04	− 2,78	− 1,88	− 1,98	− 3,06	− 0,74
langfristige Schuldverschreibungen	23,02	53,28	12,14	4,60	9,03	5,68	1,31	− 3,87	2,15
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	20,32	53,94	− 2,83	− 0,37	4,78	1,06	− 0,92	− 7,76	− 0,27
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,50	3,41	1,53	0,68	0,39	0,62	0,21	0,30	0,40
finanzielle Kapitalgesellschaften	17,47	42,65	− 3,41	− 0,95	4,44	0,52	− 1,33	− 7,04	− 0,44
Staat	2,35	7,89	− 0,95	− 0,11	− 0,04	− 0,08	0,20	− 1,02	− 0,24
Schuldverschreibungen des Auslands	4,72	11,10	5,29	0,94	1,47	2,73	0,26	0,83	1,68
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	96,68	38,35	101,10	4,90	14,97	21,19	29,16	35,78	37,17
Anteilsrechte insgesamt	45,49	2,46	7,79	− 1,58	1,56	4,37	6,07	− 4,21	8,84
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	12,38	− 4,69	− 6,49	− 2,39	− 1,15	− 0,60	− 1,92	− 2,82	− 2,43
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,96	− 3,64	− 4,31	− 1,31	− 0,52	− 0,19	− 1,19	− 2,42	− 1,31
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,42	− 1,06	− 2,17	− 1,08	− 0,63	− 0,41	− 0,73	− 0,40	− 1,13
Börsennotierte Aktien des Auslands	8,39	2,73	6,49	0,77	1,72	2,43	2,02	0,32	4,11
Übrige Anteilsrechte [1]	24,72	4,43	7,79	0,04	0,99	2,53	5,96	− 1,70	7,17
Anteile an Investmentfonds	51,19	35,89	93,31	6,48	13,41	16,82	23,10	39,98	28,33
Geldmarktfonds	0,82	4,40	33,46	0,82	1,48	2,02	9,17	20,79	7,30
Sonstige Investmentfonds	50,36	31,50	59,85	5,66	11,93	14,80	13,92	19,19	21,02
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	− 0,41	1,18	2,53	− 2,22	10,12	− 2,06	− 1,56	− 3,98	7,99
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	10,86	− 12,89	34,14	− 11,08	8,01	11,08	8,61	6,44	3,47
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	34,33	26,02	11,21	15,10	− 1,06	− 4,05	2,30	14,01	1,25
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen [2]	0,20	49,42	12,02	− 4,05	14,15	− 6,47	17,60	− 13,27	36,28
Insgesamt	277,03	257,46	306,15	65,43	84,18	69,26	72,93	79,78	90,11
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	83,22	14,71	13,01	0,26	− 1,72	2,46	7,99	4,27	4,78
kurzfristige Kredite	2,59	− 0,90	− 0,96	− 0,86	− 0,80	− 1,18	1,22	− 0,20	0,30
langfristige Kredite	80,63	15,61	13,97	1,12	− 0,92	3,64	6,78	4,47	4,48
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	79,24	19,16	17,70	4,11	− 0,18	4,85	7,63	5,40	5,34
Konsumentenkredite	4,60	1,44	0,44	− 2,02	− 0,41	− 0,77	1,42	0,20	0,07
Gewerbliche Kredite	− 0,61	− 5,89	− 5,13	− 1,84	− 1,13	− 1,61	− 1,06	− 1,33	− 0,63
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	82,56	12,26	18,25	− 0,64	− 0,24	3,58	9,19	5,73	5,10
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	0,66	2,45	− 5,24	0,90	− 1,48	− 1,12	− 1,20	− 1,45	− 0,33
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	83,22	14,71	13,01	0,26	− 1,72	2,46	7,99	4,27	4,78

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2022	2023	2024	2023 4. Vj.	2024 1. Vj.	2024 2. Vj.	2024 3. Vj.	2024 4. Vj.	2025 1. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	3 120,1	3 219,5	3 400,6	3 219,5	3 252,9	3 299,4	3 345,3	3 400,6	3 394,6
Bargeld	431,4	445,4	466,1	445,4	446,6	450,2	455,8	466,1	468,6
Einlagen insgesamt	2 688,7	2 774,1	2 934,5	2 774,1	2 806,3	2 849,2	2 889,5	2 934,5	2 926,0
Sichteinlagen	1 811,7	1 686,3	1 740,0	1 686,3	1 652,9	1 661,2	1 685,5	1 740,0	1 749,5
Termineinlagen	334,8	528,7	660,0	528,7	590,6	627,5	645,9	660,0	650,2
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	542,3	559,1	534,5	559,1	562,8	560,5	558,1	534,5	526,4
Schuldverschreibungen insgesamt	125,0	198,2	210,1	198,2	206,9	213,3	215,6	210,1	212,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,9	12,5	11,3	12,5	18,4	16,9	15,0	11,3	11,1
langfristige Schuldverschreibungen	121,1	185,7	198,8	185,7	188,5	196,4	200,6	198,8	201,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	88,4	147,8	151,9	147,8	154,5	157,9	159,3	151,9	153,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	9,7	13,5	14,9	13,5	14,1	14,7	14,7	14,9	15,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	74,5	122,0	125,4	122,0	128,1	130,9	132,1	125,4	127,1
Staat	4,2	12,3	11,5	12,3	12,3	12,2	12,6	11,5	11,2
Schuldverschreibungen des Auslands	36,6	50,4	58,3	50,4	52,4	55,4	56,3	58,3	59,2
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 330,9	2 559,0	2 857,1	2 559,0	2 691,7	2 724,0	2 793,3	2 857,1	2 893,1
Anteilsrechte insgesamt	1 474,9	1 596,4	1 689,7	1 596,4	1 654,8	1 659,4	1 691,0	1 689,7	1 727,4
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	255,9	279,2	289,1	279,2	299,6	283,9	294,0	289,1	322,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	208,7	223,9	223,0	223,9	236,5	222,3	227,5	223,0	244,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	47,2	55,3	66,1	55,3	63,1	61,6	66,4	66,1	78,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	209,3	247,9	301,1	247,9	270,2	282,9	285,5	301,1	290,7
Übrige Anteilsrechte [1]	1 009,7	1 069,3	1 099,5	1 069,3	1 085,1	1 092,6	1 111,5	1 099,5	1 114,0
Anteile an Investmentfonds	856,0	962,6	1 167,5	962,6	1 036,9	1 064,6	1 102,2	1 167,5	1 165,7
Geldmarktfonds	3,3	7,9	41,6	7,9	9,3	11,4	20,7	41,6	48,8
Sonstige Investmentfonds	852,7	954,8	1 125,8	954,8	1 027,6	1 053,2	1 081,6	1 125,8	1 116,9
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	40,7	43,0	46,4	43,0	51,8	50,3	49,9	46,4	52,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 104,5	1 151,9	1 265,5	1 151,9	1 175,3	1 217,9	1 260,4	1 265,5	1 240,0
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	1 178,4	1 234,6	1 260,9	1 234,6	1 237,6	1 241,3	1 247,9	1 260,9	1 256,7
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen [2]	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
Insgesamt	7 903,3	8 410,1	9 044,5	8 410,1	8 619,9	8 749,9	8 916,2	9 044,5	9 053,1
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	2 100,8	2 117,8	2 131,4	2 117,8	2 116,4	2 118,5	2 126,9	2 131,4	2 135,2
kurzfristige Kredite	55,5	55,1	54,4	55,1	54,4	53,2	54,4	54,4	54,7
langfristige Kredite	2 045,2	2 062,7	2 077,0	2 062,7	2 061,9	2 065,3	2 072,4	2 077,0	2 080,5
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 621,3	1 643,6	1 660,5	1 643,6	1 643,6	1 648,5	1 656,5	1 660,5	1 665,6
Konsumentenkredite	228,9	230,0	225,0	230,0	229,6	228,5	229,5	225,0	223,1
Gewerbliche Kredite	250,6	244,2	245,9	244,2	243,2	241,5	240,9	245,9	246,5
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	2 004,0	2 016,3	2 034,6	2 016,3	2 016,2	2 019,4	2 028,7	2 034,6	2 039,4
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	96,7	101,5	96,8	101,5	100,2	99,2	98,2	96,8	95,9
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4,3	4,9	5,1	4,9	4,9	5,0	5,0	5,1	5,1
Insgesamt	2 105,1	2 122,7	2 136,4	2 122,7	2 121,3	2 123,5	2 131,9	2 136,4	2 140,3

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
	Finanzierungssaldo [1]									
2018	+ 64,7	+ 22,4	+ 10,7	+ 15,8	+ 15,7	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
2019	+ 47,0	+ 18,2	+ 12,9	+ 7,0	+ 8,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020	− 151,1	− 91,3	− 31,3	+ 6,3	− 34,9	− 4,4	− 2,6	− 0,9	+ 0,2	− 1,0
2021 p)	− 116,4	− 132,0	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,4	− 3,2	− 3,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2022 p)	− 84,9	− 115,2	+ 16,8	+ 4,8	+ 8,8	− 2,1	− 2,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2
2023 p)	− 103,8	− 92,8	− 9,0	− 11,0	+ 9,0	− 2,5	− 2,2	− 0,2	− 0,3	+ 0,2
2024 ts)	− 115,6	− 60,2	− 24,9	− 19,5	− 11,0	− 2,7	− 1,4	− 0,6	− 0,5	− 0,3
2023 1.Hj. p)	− 37,2	− 41,4	− 3,3	− 2,1	+ 9,6	− 1,8	− 2,0	− 0,2	− 0,1	+ 0,5
2.Hj. p)	− 66,6	− 51,4	− 5,7	− 8,9	− 0,6	− 3,1	− 2,4	− 0,3	− 0,4	− 0,0
2024 1.Hj. ts)	− 48,9	− 26,9	− 13,0	− 8,8	− 0,1	− 2,3	− 1,3	− 0,6	− 0,4	− 0,0
2.Hj. ts)	− 66,8	− 33,3	− 11,8	− 10,8	− 10,9	− 3,1	− 1,5	− 0,5	− 0,5	− 0,5
	Schuldenstand [2]									Stand am Jahres- bzw. Quartalsende
2018	2 086,4	1 337,2	603,4	162,4	0,7	60,8	39,0	17,6	4,7	0,0
2019	2 075,7	1 315,6	615,7	161,1	0,9	58,7	37,2	17,4	4,6	0,0
2020	2 347,8	1 530,4	667,8	163,0	7,6	68,1	44,4	19,4	4,7	0,2
2021 p)	2 503,7	1 683,4	669,0	165,4	0,9	68,1	45,8	18,2	4,5	0,0
2022 p)	2 570,8	1 780,2	639,0	172,1	3,2	65,0	45,0	16,2	4,4	0,1
2023 p)	2 632,1	1 856,6	623,1	180,2	3,2	62,9	44,4	14,9	4,3	0,1
2024 p)	2 688,9	1 892,8	638,0	194,0	3,0	62,5	44,0	14,8	4,5	0,1
2023 1.Vj. p)	2 597,7	1 803,8	637,1	173,4	3,5	64,6	44,8	15,8	4,3	0,1
2.Vj. p)	2 595,8	1 811,6	628,3	172,8	2,8	63,6	44,4	15,4	4,2	0,1
3.Vj. p)	2 638,0	1 855,0	626,2	175,4	3,8	63,8	44,9	15,1	4,2	0,1
4.Vj. p)	2 632,1	1 856,6	623,1	180,2	3,2	62,9	44,4	14,9	4,3	0,1
2024 1.Vj. p)	2 639,8	1 859,8	630,8	180,8	3,2	62,6	44,1	15,0	4,3	0,1
2.Vj. p)	2 635,8	1 851,6	631,5	183,3	3,5	62,0	43,5	14,8	4,3	0,1
3.Vj. p)	2 672,3	1 879,1	637,5	188,0	3,2	62,4	43,9	14,9	4,4	0,1
4.Vj. p)	2 688,9	1 892,8	638,0	194,0	3,0	62,5	44,0	14,8	4,5	0,1
2025 1.Vj. p)	2 698,8	1 890,9	646,2	200,1	2,9	62,3	43,7	14,9	4,6	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt [1]
	insgesamt	davon: Steuern	davon: Sozialbeiträge	davon: sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	davon: Arbeitnehmerentgelte	davon: Vorleistungen	davon: Bruttoinvestitionen	davon: Zinsen	davon: sonstige		
	Mrd €												
2018	1 598,0	832,9	572,6	192,5	1 533,3	803,9	270,7	188,2	89,8	31,8	149,0	+ 64,7	1 412,5
2019	1 657,6	859,3	598,2	200,1	1 610,6	844,6	285,1	199,5	96,1	28,1	157,3	+ 47,0	1 464,6
2020	1 612,7	808,9	608,1	195,7	1 763,8	900,3	296,7	226,9	105,7	22,4	211,7	− 151,1	1 424,0
2021 p)	1 747,9	907,4	632,2	208,3	1 864,3	937,2	307,2	243,7	106,2	21,7	248,3	− 116,4	1 547,4
2022 p)	1 852,6	970,0	667,1	215,5	1 937,5	968,5	320,7	252,2	112,2	27,9	256,0	− 84,9	1 647,2
2023 p)	1 921,2	970,6	709,9	240,7	2 025,0	1 019,1	337,6	264,0	117,1	36,6	250,7	− 103,8	1 688,8
2024 ts)	2 022,2	1 004,9	755,7	261,6	2 137,8	1 094,3	358,3	284,2	125,7	46,1	229,3	− 115,6	1 766,2
	in % des BIP												
2018	46,6	24,3	16,7	5,6	44,7	23,4	7,9	5,5	2,6	0,9	4,3	+ 1,9	41,2
2019	46,9	24,3	16,9	5,7	45,6	23,9	8,1	5,6	2,7	0,8	4,4	+ 1,3	41,4
2020	46,7	23,4	17,6	5,7	51,1	26,1	8,6	6,6	3,1	0,6	6,1	− 4,4	41,3
2021 p)	47,5	24,7	17,2	5,7	50,7	25,5	8,4	6,6	2,9	0,6	6,8	− 3,2	42,1
2022 p)	46,9	24,5	16,9	5,4	49,0	24,5	8,1	6,4	2,8	0,7	6,5	− 2,1	41,7
2023 p)	45,9	23,2	17,0	5,8	48,4	24,3	8,1	6,3	2,8	0,9	6,0	− 2,5	40,3
2024 ts)	47,0	23,3	17,6	6,1	49,7	25,4	8,3	6,6	2,9	1,1	5,3	− 2,7	41,0
	Zuwachsraten in %												
2018	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,2	+ 6,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,9	+ 10,0	− 7,8	+ 3,6	.	+ 4,2
2019	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 6,0	+ 7,1	− 11,8	+ 5,6	.	+ 3,7
2020	− 2,7	− 5,9	+ 1,6	− 2,2	+ 9,5	+ 6,6	+ 4,1	+ 13,7	+ 9,9	− 20,2	+ 34,6	.	− 2,8
2021 p)	+ 8,4	+ 12,2	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 4,1	+ 3,5	+ 7,4	+ 0,5	− 2,9	+ 17,3	.	+ 8,7
2022 p)	+ 6,0	+ 6,9	+ 5,5	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,5	+ 5,7	+ 28,2	+ 3,1	.	+ 6,5
2023 p)	+ 3,7	+ 0,1	+ 6,4	+ 11,7	+ 4,5	+ 5,2	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,4	+ 31,2	− 2,1	.	+ 2,5
2024 ts)	+ 5,3	+ 3,5	+ 6,5	+ 8,7	+ 5,6	+ 7,4	+ 6,1	+ 7,7	+ 7,3	+ 26,0	− 8,5	.	+ 4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften [1]										Sozialversicherungen [2]			Öffentliche Haushalte insgesamt		
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen [6]	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
		darunter:			darunter: [3]											
	insgesamt [4]	Steuern	Finanzielle Transaktionen [5]	insgesamt [4]	Personalausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen [5]							
2018	949,1	776,3	6,0	904,0	272,4	337,2	39,1	55,1	16,1	+ 45,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 488,1	1 429,3	+ 58,8
2019	1 007,6	799,4	11,0	973,9	285,9	348,9	33,5	62,2	16,8	+ 33,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 571,1	1 529,1	+ 42,0
2020	944,3	739,9	13,7	1 109,7	299,4	422,0	25,8	68,6	59,9	− 165,4	719,5	747,8	− 28,3	1 516,2	1 709,8	− 193,7
2021	1 105,6	833,3	25,3	1 240,1	310,7	531,0	21,0	69,3	26,1	− 134,5	769,2	777,1	− 7,9	1 701,8	1 844,2	− 142,4
2022	1 144,4	895,9	32,4	1 286,2	325,7	498,8	33,5	72,5	79,3	− 141,8	800,4	793,2	+ 7,2	1 772,1	1 906,7	− 134,6
2023 p)	1 217,3	915,9	36,2	1 311,2	346,6	479,7	64,2	81,9	31,5	− 93,9	820,3	814,4	+ 5,9	1 897,4	1 985,4	− 88,0
2024 p)	1 284,1	947,9	32,6	1 394,0	380,9	471,0	59,2	105,4	30,0	− 109,8	856,2	870,1	− 13,9	2 002,3	2 126,1	− 123,8
2022 1.Vj.	278,2	224,0	5,0	279,3	79,6	116,8	5,5	11,9	7,0	− 1,0	p) 193,8	p) 199,8	p) − 6,0	p) 430,7	p) 437,8	p) − 7,1
2.Vj.	287,9	224,6	5,1	294,2	77,8	126,4	10,6	15,3	5,9	− 6,2	p) 199,9	p) 196,7	p) + 3,2	p) 444,2	p) 447,2	p) − 3,1
3.Vj.	267,7	207,0	13,3	298,8	78,1	116,8	10,8	17,7	10,8	− 31,0	p) 194,0	p) 197,6	p) − 3,6	p) 419,2	p) 453,8	p) − 34,6
4.Vj.	318,5	244,5	9,0	413,5	89,7	138,5	6,5	27,5	55,6	− 95,0	p) 210,5	p) 198,1	p) + 12,4	p) 486,0	p) 568,5	p) − 82,5
2023 1.Vj.	281,9	215,4	9,3	331,8	81,3	130,7	20,1	13,6	17,8	− 49,9	p) 195,4	p) 200,8	p) − 5,4	p) 441,7	p) 497,0	p) − 55,3
2.Vj.	311,6	226,3	9,4	313,1	84,7	117,7	24,2	17,8	2,2	− 1,6	p) 199,3	p) 198,9	p) + 0,4	p) 476,2	p) 477,3	p) − 1,1
3.Vj.	290,5	229,6	7,2	303,1	86,5	103,2	12,6	21,0	4,5	− 12,6	p) 201,5	p) 205,0	p) − 3,6	p) 457,1	p) 473,3	p) − 16,1
4.Vj.	338,8	244,4	10,3	366,3	93,7	126,4	11,3	29,3	7,0	− 27,5	p) 218,4	p) 208,7	p) + 9,7	p) 522,1	p) 539,9	p) − 17,9
2024 1.Vj.	290,7	225,5	7,9	310,7	92,3	113,8	16,8	17,4	3,7	− 19,9	p) 204,0	p) 212,1	p) − 8,1	p) 460,0	p) 488,0	p) − 28,1
2.Vj.	311,9	230,7	6,3	329,1	92,1	110,7	13,7	22,8	8,1	− 17,2	p) 213,0	p) 214,7	p) − 1,7	p) 490,6	p) 509,5	p) − 18,9
3.Vj.	309,7	236,1	9,0	341,0	92,4	113,6	18,2	27,0	5,7	− 31,2	p) 210,8	p) 218,8	p) − 8,1	p) 485,9	p) 525,2	p) − 39,3
4.Vj.	391,8	256,1	9,3	412,4	104,0	130,9	10,5	38,2	12,5	− 20,5	p) 241,1	p) 236,7	p) + 4,5	p) 594,4	p) 610,5	p) − 16,1
2025 1.Vj.	307,0	242,1	8,3	321,1	94,3	115,6	16,3	15,1	13,0	− 14,1	p) 219,6	p) 227,1	p) − 7,5	p) 490,2	p) 511,9	p) − 21,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Jahresangaben gemäß den Vierteljahresangaben des Statistischen Bundesamtes, Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. **2** Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. **3** Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. **4** Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. **5** Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. **6** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder [2] [3]			Gemeinden [3]		
	Einnahmen [1]	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2018	374,4	363,5	+ 10,9	419,6	399,8	+ 19,9	270,0	260,1	+ 9,8
2019	382,5	369,2	+ 13,3	435,0	417,9	+ 17,0	282,4	276,7	+ 5,6
2020	341,4	472,1	− 130,7	454,2	487,7	− 33,5	295,2	293,2	+ 2,0
2021	370,3	511,9	− 141,6	507,9	507,3	+ 0,6	308,0	303,4	+ 4,6
2022	399,6	515,6	− 116,0	533,5	521,1	+ 12,4	328,4	325,8	+ 2,6
2023	425,3	490,2	− 64,9	529,5	530,2	− 0,7	349,4	356,0	− 6,6
2024	473,7	498,8	− 25,0	544,1	561,7	− 17,7	376,1	400,9	− 24,8
2022 1.Vj.	94,7	114,0	− 19,3	134,6	122,7	+ 11,9	68,4	73,8	− 5,4
2.Vj.	99,7	123,5	− 23,7	133,2	123,6	+ 9,6	81,0	77,3	+ 3,7
3.Vj.	89,0	127,8	− 38,7	126,1	121,4	+ 4,7	81,1	80,3	+ 0,8
4.Vj.	116,1	150,4	− 34,2	139,6	153,4	− 13,8	98,0	94,5	+ 3,5
2023 1.Vj.	96,2	116,9	− 20,7	121,0	122,3	− 1,3	73,3	81,0	− 7,7
2.Vj.	101,8	119,6	− 17,7	138,5	133,6	+ 4,9	87,0	86,6	+ 0,4
3.Vj.	106,1	115,9	− 9,8	123,1	120,0	+ 3,2	87,4	91,5	− 4,1
4.Vj.	121,2	137,8	− 16,6	146,9	154,4	− 7,5	101,7	96,9	+ 4,8
2024 1.Vj.	102,8	111,6	− 8,7	129,2	133,9	− 4,7	76,7	90,6	− 13,9
2.Vj.	109,9	115,1	− 5,2	134,4	133,1	+ 1,3	91,7	95,0	− 3,4
3.Vj.	114,1	123,1	− 9,0	134,1	134,2	− 0,2	92,3	100,9	− 8,6
4.Vj.	146,9	149,1	− 2,2	146,4	160,5	− 14,1	115,5	114,4	+ 1,1
2025 1.Vj.	114,0	120,8	− 6,8	136,9	136,4	+ 0,5	79,8	97,2	− 17,3

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. **2** Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. **3** Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden [3]	Saldo nicht verrechneter Steueranteile [4]	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge [5]
		zusammen	Bund [1]	Länder [1]	Europäische Union [2]			
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+ 1	26 775
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	– 274	30 266
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+ 1 359	29 321
2022	895 854	760 321	372 121	349 583	38 617	134 146	+ 1 387	34 911
2023	915 893	774 112	389 114	349 554	35 444	143 663	– 1 882	33 073
2024	947 904	801 796	408 036	361 749	32 011	145 700	+ 408	33 087
2023 1.Vj.	220 950	186 173	93 366	83 536	9 271	26 505	+ 8 271	7 665
2.Vj.	221 225	186 597	94 492	82 961	9 144	35 152	– 525	8 959
3.Vj.	230 151	195 334	98 626	87 824	8 884	34 958	– 141	8 678
4.Vj.	243 568	206 008	102 631	95 233	8 145	47 048	– 9 488	7 770
2024 1.Vj.	225 304	188 806	96 283	85 277	7 246	25 910	+ 10 588	7 999
2.Vj.	232 175	196 883	100 461	88 881	7 541	35 730	– 438	8 306
3.Vj.	234 085	197 514	100 548	89 000	7 965	36 267	+ 304	9 337
4.Vj.	256 341	218 593	110 744	98 591	9 258	47 793	– 10 045	7 445
2025 1.Vj.	243 304	206 776	106 268	92 221	8 287	25 205	+ 11 324	8 145
2.Vj.	...	210 175	105 034	96 572	8 568	...	...	8 489
2024 Juni	.	85 307	43 386	39 065	2 855	.	.	2 769
2025 Juni	.	91 579	47 231	41 646	2 702	.	.	2 830

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt [1]	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern [9]	Ländersteuern [9]	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern [2]					Steuern vom Umsatz [7]			Gewerbesteuerumlagen [8]				
		zusammen	Lohnsteuer [3]	Veranlagte Einkommensteuer [4]	Körperschaftsteuer [5]	Kapitalertragsteuer [6]	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
2022	814 886	390 111	227 205	77 411	46 334	39 161	284 850	198 201	86 649	6 347	96 652	30 097	6 829	54 565
2023	829 774	399 271	236 227	73 388	44 852	44 803	291 394	212 596	78 798	6 347	101 829	25 199	5 734	55 662
2024	861 103	416 813	248 920	74 845	39 758	53 290	302 143	228 651	73 493	6 647	103 528	26 509	5 463	59 307
2023 1.Vj.	199 764	94 453	55 669	19 728	10 700	8 357	73 522	52 197	21 325	370	23 110	6 815	1 494	13 591
2.Vj.	199 993	98 917	59 538	15 467	12 406	11 506	67 260	47 855	19 405	1 499	24 740	6 142	1 435	13 396
3.Vj.	208 722	98 832	56 370	17 010	9 902	15 550	76 093	56 986	19 106	1 583	24 665	6 160	1 389	13 388
4.Vj.	221 295	107 069	64 651	21 184	11 844	9 390	74 519	55 557	18 962	2 895	29 314	6 082	1 417	15 287
2024 1.Vj.	202 975	97 423	57 101	19 102	10 141	11 080	73 613	56 469	17 144	489	23 846	6 478	1 125	14 168
2.Vj.	211 033	105 931	62 650	14 831	10 361	18 089	71 247	52 496	18 751	1 604	24 634	6 257	1 360	14 150
3.Vj.	211 963	99 029	60 055	18 787	8 696	11 492	76 383	58 085	18 298	1 544	26 550	7 041	1 416	14 450
4.Vj.	235 132	114 429	69 115	22 125	10 560	12 629	80 901	61 600	19 300	3 010	28 498	6 732	1 562	16 539
2025 1.Vj.	222 259	106 560	61 306	20 068	10 640	14 547	79 018	61 110	17 908	322	27 473	7 529	1 357	15 483
2.Vj.	225 311	110 618	65 821	16 857	9 137	18 803	75 208	56 555	18 653	1 506	25 743	10 744	1 493	15 137
2024 Juni	91 724	56 436	21 767	15 500	9 851	9 318	24 163	18 027	6 136	5	8 741	1 931	449	6 418
2025 Juni	98 451	60 028	22 328	17 614	9 573	10 513	25 896	19 735	6 161	1	9 610	2 408	508	6 872

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. **5** Nach Abzug der Forschungszulage. **6** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **7** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2024: 48,1/49,1/2,8. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **8** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2024: 41,4/58,6. **9** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
														darunter:	
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Versicherungsteuer	Tabaksteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grunderwerbsteuer	Erbschaftsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2018	40 882	18 927	13 779	14 339	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 136	14 257	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 553	14 651	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 980	14 733	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2022	33 667	11 978	15 672	14 229	9 499	6 830	2 191	2 585	17 122	9 226	2 569	1 180	87 315	70 382	15 282
2023	36 658	12 239	16 851	14 672	9 514	6 832	2 159	2 904	12 203	9 286	2 477	1 233	92 466	75 265	15 493
2024	35 087	12 634	18 227	15 637	9 667	5 153	1 980	5 142	12 750	9 990	2 486	1 283	93 448	75 491	16 067
2023 1.Vj.	4 362	2 888	7 637	2 669	2 632	1 749	530	643	3 362	2 368	666	420	21 555	17 471	3 610
2.Vj.	8 796	3 649	3 091	3 830	2 475	1 669	517	712	2 937	2 323	615	267	22 731	18 117	4 192
3.Vj.	9 477	2 607	3 309	3 879	2 339	1 749	532	773	2 997	2 302	577	284	23 013	18 294	4 271
4.Vj.	14 023	3 095	2 813	4 294	2 068	1 665	580	776	2 907	2 292	620	263	25 168	21 383	3 421
2024 1.Vj.	4 488	3 028	8 255	2 672	2 661	1 540	520	681	2 986	2 388	651	453	22 819	18 587	3 718
2.Vj.	8 717	3 491	3 355	3 905	2 533	1 313	460	859	3 050	2 314	609	285	22 745	17 976	4 312
3.Vj.	9 299	2 872	3 546	3 884	2 373	1 362	503	2 711	3 410	2 751	592	288	23 666	18 705	4 455
4.Vj.	12 583	3 243	3 071	5 177	2 101	937	496	890	3 304	2 538	633	258	24 219	20 224	3 582
2025 1.Vj.	5 962	3 344	8 863	3 415	2 659	2 021	519	690	3 726	2 681	640	481	21 368	17 704	3 116
2.Vj.	8 742	3 558	3 595	4 572	2 485	1 409	444	938	3 746	6 102	623	273	...	...	...
2024 Juni	3 023	2 050	954	1 008	784	377	172	374	983	639	203	107	.	.	.
2025 Juni	3 079	2 218	1 023	1 432	808	512	162	376	1 216	867	214	111	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Zur Summe siehe Tabelle X. 6. **2** Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)			Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
		darunter:			darunter:						
	insgesamt	Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes	insgesamt	Renten	Krankenversicherung der Rentner		insgesamt	Einlagen 4)	Wertpapiere	
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	4 008
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	– 3 887	39 880	38 196	1 286	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	3 807
2022	363 871	258 269	104 876	360 436	308 168	23 792	+ 3 435	46 087	44 181	1 399	3 746
2023	382 540	271 852	108 836	381 073	325 369	25 346	+ 1 467	48 869	46 649	1 637	3 697
2024	403 481	287 193	113 432	404 257	344 683	27 339	– 775	48 747	45 592	2 454	3 722
2022 1.Vj.	86 684	60 599	25 937	86 841	74 568	5 734	– 157	41 784	39 952	1 367	3 783
2.Vj.	90 040	63 978	25 879	87 138	74 644	5 756	+ 2 903	44 425	42 441	1 513	3 761
3.Vj.	89 284	62 891	26 218	92 606	79 400	6 127	– 3 322	41 548	39 767	1 315	3 775
4.Vj.	96 931	70 750	25 995	93 444	79 944	6 170	+ 3 487	46 082	44 186	1 399	3 767
2023 1.Vj.	91 370	64 171	26 972	92 422	79 330	6 142	– 1 052	45 109	43 030	1 569	3 724
2.Vj.	94 735	67 459	26 942	92 585	79 177	6 165	+ 2 151	47 245	45 043	1 693	3 705
3.Vj.	93 776	66 300	26 950	97 619	83 549	6 513	– 3 843	44 354	42 208	1 632	3 703
4.Vj.	101 578	73 852	27 041	97 967	83 678	6 520	+ 3 611	48 825	46 660	1 637	3 697
2024 1.Vj.	96 340	67 378	28 344	97 801	83 894	6 560	– 1 461	46 926	44 166	2 179	3 758
2.Vj.	99 956	71 411	27 848	98 246	83 818	6 604	+ 1 710	48 873	46 253	2 024	3 748
3.Vj.	98 881	70 041	28 091	103 565	88 506	7 058	– 4 684	44 821	42 036	2 179	3 744
4.Vj.	106 704	77 833	28 143	104 229	88 864	7 113	+ 2 474	48 698	45 596	2 454	3 740
2025 1.Vj.	101 459	71 286	29 479	104 229	89 066	7 306	– 2 770	46 312	43 429	2 180	3 741
2.Vj.	104 898	74 788	29 423	104 584	88 842	7 575	+ 314	46 096	43 708	1 676	3 736

Quellen: Deutsche Rentenversicherung und eigene Berechnungen. * Ohne Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. **1** Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. **2** Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. **3** Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. **4** Einschl. Barmittel.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Nachrichtlich: Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter: Beiträge	darunter: Insolvenzgeldumlage	insgesamt	darunter: Arbeitslosengeld 2)	Kurzarbeitergeld 3)	berufliche Förderung 4)	Insolvenzgeld	Verwaltungsausgaben 5)		
2018	39 335	34 172	622	33 107	13 757	761	6 951	588	8 129	+ 6 228	–
2019	35 285	29 851	638	33 154	15 009	772	7 302	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	61 013	20 617	22 719	7 384	1 214	6 076	– 27 335	6 913
2021	35 830	29 571	1 302	57 570	19 460	21 003	7 475	493	6 080	– 21 739	16 935
2022	37 831	31 651	1 062	37 530	16 588	3 779	7 125	534	6 256	+ 300	423
2023	42 245	36 058	748	39 233	18 799	981	7 614	1 236	7 006	+ 3 012	– 423
2024	44 609	38 095	782	45 214	22 197	1 276	8 641	1 613	7 715	– 605	–
2022 1.Vj.	8 827	7 374	251	10 685	4 424	2 037	1 821	135	1 412	– 1 858	–
2.Vj.	9 327	7 857	262	9 457	4 091	1 180	1 794	147	1 450	– 130	–
3.Vj.	9 278	7 740	261	8 401	4 056	406	1 621	107	1 506	+ 877	–
4.Vj.	10 398	8 679	289	8 987	4 016	156	1 889	145	1 888	+ 1 411	423
2023 1.Vj.	9 836	8 442	178	9 942	4 727	408	1 858	376	1 550	– 106	–
2.Vj.	10 387	8 976	186	9 661	4 604	290	1 902	271	1 689	+ 726	–
3.Vj.	10 361	8 804	182	9 351	4 712	140	1 775	284	1 691	+ 1 010	–
4.Vj.	11 661	9 836	202	10 278	4 755	144	2 079	306	2 076	+ 1 382	– 423
2024 1.Vj.	10 298	8 903	183	11 237	5 511	465	2 074	380	1 729	– 939	–
2.Vj.	11 019	9 494	196	11 175	5 447	330	2 167	498	1 811	– 156	–
3.Vj.	10 982	9 291	193	10 918	5 609	227	2 027	365	1 897	+ 64	–
4.Vj.	12 309	10 407	210	11 884	5 631	255	2 373	370	2 278	+ 425	–
2025 1.Vj.	11 130	9 390	464	13 306	6 558	539	2 400	468	1 868	– 2 176	–
2.Vj.	11 727	9 903	510	12 669	6 529	436	2 468	436	1 883	– 942	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschüsse zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Integration, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter: Beiträge	darunter: Bundesmittel 2)	insgesamt	darunter: Krankenhausbehandlung	Arzneimittel	ärztliche Behandlung	zahnärztliche Behandlung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Krankengeld	Verwaltungsausgaben 4)	
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 058	16 335	20 163	16 612	11 727	– 5 332
2022	315 248	262 367	50 223	310 594	85 061	48 354	46 379	16 737	21 259	17 947	12 418	+ 4 654
2023	304 441	278 742	21 896	309 596	91 380	50 170	49 047	17 610	23 381	19 112	12 681	– 5 155
2024	318 440	298 186	15 497	327 822	99 451	55 162	52 246	18 216	25 175	20 547	12 687	– 9 382
2022 1.Vj.	79 253	62 142	17 049	81 493	20 550	11 891	11 847	4 286	5 216	4 574	3 510	– 2 240
2.Vj.	79 112	64 611	14 280	79 269	21 080	12 053	11 753	4 249	5 335	4 457	2 958	– 158
3.Vj.	75 516	65 242	9 804	75 011	21 164	12 221	11 384	3 956	5 352	4 441	2 996	+ 505
4.Vj.	81 512	70 384	9 091	74 894	21 659	12 242	11 566	4 310	5 442	4 486	3 148	+ 6 617
2023 1.Vj.	73 718	66 513	6 759	77 593	22 293	12 333	12 477	4 372	5 666	4 927	3 169	– 3 875
2.Vj.	73 722	68 792	4 495	76 031	22 531	12 414	12 234	4 481	5 806	4 682	3 166	– 2 309
3.Vj.	75 330	69 236	5 244	76 967	22 767	12 667	11 959	4 373	6 001	4 695	3 030	– 1 637
4.Vj.	81 548	74 199	5 399	78 860	23 364	12 870	12 415	4 440	5 845	4 809	3 452	+ 2 688
2024 1.Vj.	75 004	70 700	3 617	80 253	24 188	13 455	13 042	4 603	6 194	5 148	3 069	– 5 249
2.Vj.	79 051	73 540	4 609	82 224	24 187	13 777	12 945	4 591	6 337	5 118	3 190	– 3 174
3.Vj.	78 688	74 065	3 679	81 579	24 562	13 882	12 954	4 462	6 365	5 133	3 195	– 2 891
4.Vj.	85 481	79 881	3 592	84 127	25 998	14 132	13 175	4 580	6 294	5 147	3 290	+ 1 354
2025 1.Vj.	83 831	79 722	3 552	86 490	26 491	14 282	13 939	4 784	6 577	5 532	3 247	– 2 659

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **3** Einschl. Zahnersatz. **4** Netto, d.h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)						Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Pflegesachleistung	darunter: stationäre Pflege insgesamt 2)	darunter: Pflegegeld	darunter: Beiträge zur Rentenversicherung 3)	darunter: Verwaltungsausgaben	
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	– 3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	– 1 330
2022	57 944	52 604	60 100	10 405	20 542	14 872	3 223	2 166	– 2 156
2023	61 374	58 807	59 178	11 506	22 513	16 035	3 582	2 267	+ 2 196
2024 p)	66 661	65 372	68 204	12 771	24 794	18 642	4 043	2 442	– 1 543
2022 1.Vj.	12 912	12 412	14 739	2 564	4 974	3 572	775	529	– 1 827
2.Vj.	15 350	12 951	14 827	2 464	5 026	3 698	795	548	+ 523
3.Vj.	13 708	13 021	15 387	2 638	5 197	3 755	802	542	– 1 679
4.Vj.	15 813	14 067	15 078	2 581	5 281	3 892	837	528	+ 735
2023 1.Vj.	14 283	13 169	14 698	2 876	5 377	3 846	843	570	– 415
2.Vj.	14 227	13 668	14 392	2 745	5 539	3 940	869	561	– 165
3.Vj.	15 585	15 228	14 823	2 867	5 776	4 074	891	571	+ 762
4.Vj.	16 920	16 469	15 317	2 863	5 782	4 317	949	560	+ 1 603
2024 1.Vj.	15 896	15 525	16 546	3 207	6 038	4 387	950	645	– 651
2.Vj.	16 544	16 223	16 792	3 161	6 153	4 581	988	607	– 247
3.Vj.	16 468	16 200	17 162	3 211	6 308	4 697	1 026	600	– 694
4.Vj.	17 753	17 423	17 704	3 192	6 294	4 977	1 080	589	+ 49
2025 1.Vj.	17 556	17 347	17 643	3 521	6 388	4 996	1 104	664	– 88

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Einschl. Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege. 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bankensystem				Inländische Nichtbanken				Ausland	
		Bundesbank		inländische MFIs		sonstige inländische finanzielle Unternehmen		sonstige Inländer-Gläubiger			
		insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere
2018	2 086 432	364 731	350 487	508 832	167 506	186 346	89 794	54 594	8 725	971 929	892 221
2019	2 075 743	366 562	352 025	468 708	158 119	183 714	88 771	67 083	7 225	989 676	908 749
2020	2 347 758	522 392	507 534	508 339	157 828	190 566	99 175	57 394	8 373	1 069 067	997 077
2021	2 503 656	716 004	700 921	500 693	144 646	190 957	102 426	55 413	7 435	1 040 590	970 359
2022	2 570 847	742 514	727 298	511 776	128 893	210 227	125 381	63 002	10 782	1 043 327	976 691
2023	2 632 103	696 287	680 801	462 962	126 354	207 177	124 176	80 089	23 037	1 185 589	1 120 173
2024 p)	2 688 879	633 608	618 332	480 196	135 342	203 676	124 825	77 917	21 919	1 293 483	1 230 701
2022 1.Vj.	2 506 057	737 978	722 843	484 117	143 411	193 485	105 554	53 735	6 959	1 036 742	969 015
2.Vj.	2 543 944	759 385	744 213	487 804	133 999	202 225	115 121	55 996	8 086	1 038 533	971 491
3.Vj.	2 557 425	741 360	726 147	515 379	126 865	201 750	115 740	57 830	8 987	1 041 106	969 192
4.Vj.	2 570 847	742 514	727 298	511 776	128 893	210 227	125 381	63 002	10 782	1 043 327	976 691
2023 1.Vj.	2 597 693	741 587	726 326	487 938	129 372	208 206	124 049	65 348	16 123	1 094 614	1 030 874
2.Vj.	2 595 817	719 981	704 639	461 905	125 988	208 453	124 069	71 758	20 884	1 133 721	1 069 197
3.Vj.	2 637 950	706 113	690 704	457 746	126 627	207 370	123 410	76 407	23 354	1 190 316	1 124 068
4.Vj.	2 632 103	696 287	680 801	462 962	126 354	207 177	124 176	80 089	23 037	1 185 589	1 120 173
2024 1.Vj. p)	2 639 758	683 097	667 557	460 445	128 895	204 319	123 505	78 758	24 405	1 213 139	1 149 511
2.Vj. p)	2 635 750	661 349	645 746	464 015	132 539	202 039	122 056	77 629	24 160	1 230 718	1 167 838
3.Vj. p)	2 672 337	645 723	630 043	476 391	140 183	202 320	121 917	81 475	24 083	1 266 427	1 202 106
4.Vj. p)	2 688 879	633 608	618 332	480 196	135 342	203 676	124 825	77 917	21 919	1 293 483	1 230 701
2025 1.Vj. p)	2 698 814	605 060	589 744	491 701	152 351	205 733	126 882	76 801	21 653	1 319 518	1 257 296

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: [2]	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2018	2 086 432	14 680	52 572	1 456 159	79 487	483 533	.	.
2019	2 075 743	14 678	56 350	1 458 540	67 532	478 643	.	.
2020	2 347 758	14 757	173 851	1 596 136	88 865	474 149	.	.
2021	2 503 656	18 040	195 421	1 730 366	92 620	467 210	.	.
2022 1.Vj.	2 506 057	15 982	172 812	1 774 970	75 782	466 511	.	.
2.Vj.	2 543 944	18 108	161 848	1 811 062	81 385	471 541	.	.
3.Vj.	2 557 425	22 956	149 831	1 797 101	86 899	500 639	.	.
4.Vj.	2 570 847	17 319	150 371	1 818 674	116 353	468 130	.	.
2023 1.Vj.	2 597 693	15 337	145 250	1 881 494	88 982	466 629	.	.
2.Vj.	2 595 817	15 343	153 379	1 891 398	73 603	462 095	.	.
3.Vj.	2 637 950	18 123	164 481	1 923 681	67 200	464 466	.	.
4.Vj.	2 632 103	16 886	146 625	1 927 916	68 484	472 192	.	.
2024 1.Vj. p)	2 639 758	14 910	133 469	1 960 403	64 656	466 318	.	.
2.Vj. p)	2 635 750	15 822	118 653	1 973 685	58 936	468 652	.	.
3.Vj. p)	2 672 337	17 224	110 901	2 007 431	63 774	473 007	.	.
4.Vj. p)	2 688 879	14 816	114 292	2 016 828	67 731	475 213	.	.
2025 1.Vj. p)	2 698 814	14 611	94 587	2 053 339	58 878	477 398	.	.
Bund								
2018	1 337 194	14 680	42 246	1 107 522	43 086	129 660	933	10 358
2019	1 315 637	14 678	38 480	1 102 058	29 956	130 465	605	10 493
2020	1 530 351	14 757	154 498	1 180 873	48 416	131 808	609	14 716
2021	1 683 411	18 040	176 428	1 300 604	57 779	130 559	618	8 276
2022 1.Vj.	1 688 334	15 982	155 123	1 340 528	41 679	135 022	576	10 629
2.Vj.	1 727 566	18 108	147 681	1 373 804	47 195	140 779	623	10 691
3.Vj.	1 761 268	22 956	144 999	1 369 815	55 557	167 941	828	13 302
4.Vj.	1 780 235	17 319	146 989	1 391 825	93 225	130 878	8 815	9 213
2023 1.Vj.	1 803 793	15 337	140 238	1 456 522	60 414	131 281	3 574	10 710
2.Vj.	1 811 623	15 343	149 363	1 472 451	42 689	131 778	2 846	11 453
3.Vj.	1 854 967	18 123	159 932	1 504 643	40 273	131 996	6 427	10 081
4.Vj.	1 856 570	16 886	142 897	1 512 508	52 960	131 320	15 158	9 856
2024 1.Vj. p)	1 859 758	14 910	127 794	1 534 058	51 608	131 387	18 264	10 662
2.Vj. p)	1 851 557	15 822	112 601	1 548 050	45 204	129 879	17 663	10 495
3.Vj. p)	1 879 068	17 224	105 352	1 578 794	47 560	130 139	17 623	11 583
4.Vj. p)	1 892 819	14 816	108 286	1 587 971	54 377	127 370	21 649	11 805
2025 1.Vj. p)	1 890 924	14 611	88 649	1 613 446	46 730	127 487	23 319	11 408
Länder								
2018	603 409	–	10 332	351 994	19 506	221 578	14 396	1 891
2019	615 709	–	17 873	360 495	22 117	215 224	15 115	1 826
2020	667 836	–	19 354	419 862	22 932	205 687	12 108	1 410
2021	669 041	–	18 994	435 430	17 925	196 691	12 628	1 792
2022 1.Vj.	666 609	–	17 691	440 264	16 416	192 237	11 821	1 935
2.Vj.	662 770	–	14 169	443 117	16 320	189 164	11 581	1 762
3.Vj.	645 865	–	4 834	433 147	18 822	189 061	14 256	2 167
4.Vj.	639 046	–	3 384	432 686	14 083	188 893	11 776	1 791
2023 1.Vj.	637 096	–	5 112	430 715	14 922	186 347	12 111	2 424
2.Vj.	628 296	–	4 213	424 450	16 147	183 485	13 603	2 168
3.Vj.	626 217	–	4 843	424 601	13 298	183 475	11 193	2 847
4.Vj.	623 087	–	4 121	421 451	12 899	184 616	11 774	5 271
2024 1.Vj. p)	630 769	–	5 999	432 488	13 088	179 194	12 573	12 223
2.Vj. p)	631 459	–	6 256	432 753	12 369	180 081	12 525	9 563
3.Vj. p)	637 472	–	5 690	435 609	15 277	180 895	13 537	10 473
4.Vj. p)	638 003	–	6 112	436 138	16 152	179 602	13 791	7 676
2025 1.Vj. p)	646 175	–	6 120	447 791	15 382	176 882	13 566	13 496
Gemeinden								
2018	162 376	–	1	3 045	20 945	138 386	1 906	497
2019	161 101	–	–	2 996	19 633	138 472	1 867	532
2020	162 992	–	–	3 366	18 548	141 077	1 413	330
2021	165 380	–	–	3 241	17 918	144 221	1 844	313
2022 1.Vj.	164 684	–	–	3 052	18 413	143 218	1 915	349
2.Vj.	166 630	–	–	2 902	18 378	145 350	1 755	370
3.Vj.	166 378	–	–	2 856	16 265	147 257	2 130	392
4.Vj.	172 131	–	–	2 896	17 668	151 567	1 699	399
2023 1.Vj.	173 405	–	–	2 883	18 414	152 107	2 194	416
2.Vj.	172 780	–	–	2 988	19 477	150 315	1 776	741
3.Vj.	175 373	–	–	2 825	20 150	152 398	2 382	798
4.Vj.	180 208	–	–	2 781	18 006	159 421	2 528	463
2024 1.Vj. p)	180 838	–	–	2 723	19 007	159 108	2 405	848
2.Vj. p)	183 340	–	–	2 602	18 770	161 968	2 402	907
3.Vj. p)	187 955	–	–	2 917	19 685	165 353	2 681	853
4.Vj. p)	193 977	–	–	2 769	19 781	171 427	1 987	868
2025 1.Vj. p)	200 103	–	–	2 493	21 742	175 869	2 896	479

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2018	704	–	–	–	388	316	16	4 506
2019	899	–	–	–	375	524	16	4 753
2020	7 641	–	–	–	7 128	513	6 931	4 606
2021	933	–	–	–	511	422	19	4 729
2022 1.Vj.	3 481	–	–	–	2 990	491	2 739	4 140
2.Vj.	3 895	–	–	–	3 312	583	2 958	4 095
3.Vj.	4 458	–	–	–	3 780	678	3 330	4 683
4.Vj.	3 165	–	–	–	1 036	2 128	1 442	12 328
2023 1.Vj.	3 542	–	–	–	1 466	2 077	2 263	6 593
2.Vj.	2 785	–	–	–	703	2 082	1 442	5 306
3.Vj.	3 837	–	–	–	762	3 075	2 442	8 719
4.Vj.	3 199	–	–	–	417	2 782	1 500	15 370
2024 1.Vj. p)	3 153	–	–	–	412	2 741	1 519	11 027
2.Vj. p)	3 501	–	–	–	651	2 850	1 519	13 143
3.Vj. p)	3 202	–	–	–	515	2 687	1 519	12 451
4.Vj. p)	3 026	–	–	–	413	2 613	1 519	18 597
2025 1.Vj. p)	2 909	–	–	–	512	2 397	1 519	15 915

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH. **1** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **2** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt 1)	Bargeld und Einlagen 2)		Wertpapierverschuldung									Kreditverschuldung 1)
		insgesamt 1)	darunter: 3) Tagesanleihe	insgesamt 1)	darunter: 3) konventionelle Bundesanleihen	konventionelle Bundesobligationen	konventionelle Bundesschatzanweisungen 4)	Unverzinsliche Schatzanweisungen 5)	Bundesschatzbriefe	Grüne Bundeswertpapiere	inflationsindexierte Bundeswertpapiere 6)	Kapitalindexierung inflationsindexierter Wertpapiere	
2007	1 000 426	6 675	.	917 584	564 137	173 949	102 083	37 385	10 287	.	13 464	506	76 167
2008	1 031 948	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	105 684	40 795	9 649	.	19 540	1 336	90 728
2009	1 098 584	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	113 637	104 409	9 471	.	24 730	1 369	75 532
2010	1 349 563	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	126 220	85 867	8 704	.	35 906	2 396	254 654
2011	1 359 259	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	130 648	58 297	8 208	.	44 241	3 961	227 499
2012	1 402 753	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	117 719	56 222	6 818	.	52 119	5 374	215 843
2013	1 405 276	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	110 029	50 004	4 488	.	51 718	4 730	202 668
2014	1 411 880	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	103 445	27 951	2 375	.	63 245	5 368	193 531
2015	1 385 956	13 949	1 070	1 188 523	663 296	232 387	96 389	18 536	1 305	.	74 495	5 607	183 484
2016	1 380 165	15 491	1 010	1 179 464	670 245	221 551	95 727	23 609	737	.	66 464	3 602	185 209
2017	1 363 920	14 298	966	1 168 633	693 687	203 899	91 013	10 037	289	.	72 855	4 720	180 988
2018	1 337 194	14 680	921	1 149 768	710 513	182 847	86 009	12 949	48	.	64 647	5 139	172 746
2019	1 315 637	14 678	–	1 140 538	719 747	174 719	89 230	13 487	.	.	69 805	6 021	160 422
2020	1 530 351	14 757	.	1 335 371	801 910	179 560	98 543	113 141	.	9 876	58 279	3 692	180 223
2021	1 683 411	18 040	.	1 477 033	892 464	190 839	103 936	153 978	.	21 627	65 390	6 722	188 338
2022	1 780 235	17 319	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023	1 856 570	16 886	.	1 655 404	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 280
2024 p)	1 892 819	14 816	.	1 696 257	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 746
2022 1.Vj.	1 688 334	15 982	.	1 495 651	911 280	204 534	108 702	140 427	.	23 961	67 776	7 809	176 701
2.Vj.	1 727 566	18 108	.	1 521 485	937 949	198 472	111 343	138 495	.	29 425	70 217	11 209	187 973
3.Vj.	1 761 268	22 956	.	1 514 814	918 838	208 509	111 675	137 740	.	35 527	71 498	12 879	223 498
4.Vj.	1 780 235	17 319	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023 1.Vj.	1 803 793	15 337	.	1 596 760	987 363	213 514	120 904	127 143	.	39 459	73 591	15 497	191 695
2.Vj.	1 811 623	15 343	.	1 621 814	1 007 004	211 742	124 160	139 012	.	50 243	59 227	13 604	174 466
3.Vj.	1 854 967	18 123	.	1 664 575	1 021 675	226 340	125 255	148 407	.	52 763	59 923	13 863	172 270
4.Vj.	1 856 570	16 886	.	1 655 404	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 280
2024 1.Vj. p)	1 859 758	14 910	.	1 661 852	1 054 941	226 133	119 517	119 164	.	58 565	60 312	14 048	182 995
2.Vj. p)	1 851 557	15 822	.	1 660 652	1 066 616	217 406	124 243	106 105	.	65 074	59 968	15 386	175 083
3.Vj. p)	1 879 068	17 224	.	1 684 146	1 081 652	232 490	124 060	101 317	.	65 349	59 874	15 641	177 698
4.Vj. p)	1 892 819	14 816	.	1 696 257	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 746
2025 1.Vj. p)	1 890 924	14 611	.	1 702 096	1 110 516	236 891	120 819	87 279	.	70 287	59 730	15 669	174 217

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement" sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. **2** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **3** Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. **4** Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). **5** Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen). **6** Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2022	2023	2024	2022	2023	2024	2023 3.Vj.	2023 4.Vj.	2024 1.Vj.	2024 2.Vj.	2024 3.Vj.	2024 4.Vj.	2025 1.Vj.
	Index 2020=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	103,7	103,9	100,9	– 1,7	0,1	– 2,8	– 3,3	2,1	2,4	– 0,5	– 1,1	– 7,1	– 2,3
Baugewerbe	85,6	85,0	81,8	–11,2	– 0,8	– 3,8	0,4	– 0,1	– 2,4	– 3,5	– 4,0	– 4,1	– 3,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	107,0	105,0	105,2	5,5	– 1,8	0,2	– 2,3	– 1,4	– 1,1	0,7	0,3	– 0,1	– 0,0
Information und Kommunikation	109,3	113,0	115,4	0,7	3,3	2,1	2,3	2,9	4,5	3,1	1,9	0,8	0,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	100,0	99,0	98,4	– 7,3	– 1,0	– 0,5	1,1	– 1,6	– 3,5	0,2	– 0,6	– 2,0	– 3,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	104,3	105,3	106,3	1,9	0,9	0,9	1,0	0,9	1,0	1,8	0,5	– 0,2	– 0,6
Unternehmensdienstleister [1]	112,9	112,9	113,1	3,5	0,1	0,1	0,2	0,4	– 0,9	1,0	– 0,1	– 1,1	– 1,0
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	106,1	107,5	109,6	4,5	1,3	2,0	0,5	0,8	2,5	1,6	2,6	2,5	1,6
Sonstige Dienstleister	118,2	120,3	121,6	17,0	1,8	1,1	1,6	1,1	2,9	1,1	1,4	0,7	0,1
Bruttowertschöpfung	105,6	105,8	105,6	1,7	0,2	– 0,3	– 0,7	0,7	0,8	0,6	0,2	– 1,7	– 0,7
Bruttoinlandsprodukt [2]	105,1	104,8	104,6	1,4	– 0,3	– 0,2	– 0,7	– 0,4	0,6	0,1	0,1	– 0,4	– 0,2
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	108,0	107,6	107,8	5,6	– 0,4	0,2	– 1,1	– 0,2	0,1	– 0,3	0,2	0,4	0,5
Konsumausgaben des Staates	103,6	103,4	106,7	0,1	– 0,1	3,2	1,2	1,9	– 1,6	3,6	4,1	3,6	2,6
Ausrüstungen	108,2	107,3	101,5	4,5	– 0,8	– 5,4	– 2,9	– 3,7	4,3	– 4,8	– 6,0	– 5,9	– 3,8
Bauten	93,1	89,9	87,0	– 3,9	– 3,4	– 3,2	– 2,8	– 3,4	– 4,3	– 3,4	– 2,7	– 1,8	– 1,0
Sonstige Anlagen [4]	109,8	115,0	119,4	2,6	4,7	3,9	4,4	5,1	4,9	4,4	4,0	2,4	3,5
Vorratsveränderungen [5] [6]	.	.	.	– 0,1	0,1	0,1	– 0,3	– 0,9	1,0	– 0,8	0,4	1,5	0,6
Inländische Verwendung	105,9	105,4	105,7	2,8	– 0,4	0,3	– 0,9	– 1,2	0,7	– 0,7	0,8	2,1	1,2
Außenbeitrag [6]	.	.	.	– 1,3	0,1	– 0,5	0,2	0,8	– 0,2	0,7	– 0,7	– 2,4	– 1,4
Exporte	113,3	113,0	110,9	3,1	– 0,3	– 1,8	– 1,7	– 2,5	2,5	1,2	– 0,7	– 4,7	– 1,1
Importe	116,6	115,9	115,1	7,0	– 0,6	– 0,7	– 2,3	– 4,4	3,3	– 0,5	1,1	1,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt [2]	105,1	104,8	104,6	1,4	– 0,3	– 0,2	– 0,7	– 0,4	0,6	0,1	0,1	– 0,4	– 0,2
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	2 075,1	2 205,6	2 270,4	12,7	6,3	2,9	5,1	4,5	8,8	2,7	2,9	2,8	3,2
Konsumausgaben des Staates	869,8	905,2	960,2	6,1	4,1	6,1	5,4	5,3	2,3	7,1	6,5	4,8	5,4
Ausrüstungen	263,0	275,7	265,3	11,7	4,8	– 3,8	2,0	0,4	12,2	– 3,1	– 4,5	– 4,3	– 1,8
Bauten	446,5	466,1	464,8	10,5	4,4	– 0,3	3,0	0,7	9,5	– 0,8	0,5	1,4	2,1
Sonstige Anlagen [4]	148,8	158,0	168,4	6,5	6,2	6,6	5,9	6,6	6,4	7,5	7,1	5,4	7,1
Vorratsveränderungen [5]	52,0	7,2	7,2	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inländische Verwendung	3 855,1	4 017,9	4 136,3	10,6	4,2	2,9	2,9	2,9	6,8	2,5	3,3	4,3	4,1
Außenbeitrag	98,7	167,7	169,0	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	1 810,1	1 816,6	1 799,6	15,4	0,4	– 0,9	– 3,7	– 3,4	7,8	1,9	0,7	– 3,2	1,0
Importe	1 711,4	1 649,0	1 630,6	24,1	– 3,6	– 1,1	– 9,2	– 8,5	6,6	– 1,0	1,8	1,7	5,3
Bruttoinlandsprodukt [2]	3 953,9	4 185,6	4 305,3	7,5	5,9	2,9	5,4	5,0	7,3	3,6	2,8	2,1	2,4
IV. Preise (2020=100)													
Privater Konsum	109,9	117,2	120,4	6,8	6,7	2,7	6,3	4,7	8,6	3,0	2,7	2,4	2,7
Bruttoinlandsprodukt	109,1	115,8	119,4	6,1	6,1	3,1	6,1	5,4	6,7	3,5	2,7	2,5	2,6
Terms of Trade	94,0	97,6	98,8	– 3,5	3,8	1,3	5,5	3,5	1,8	1,1	0,7	0,8	– 0,6
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	2 087,0	2 229,0	2 355,9	6,0	6,8	5,7	7,2	6,4	6,7	6,0	5,8	4,6	4,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	850,8	903,7	832,8	3,8	6,2	– 7,8	4,6	– 0,7	11,6	– 5,8	–10,0	– 6,4	– 1,3
Volkseinkommen	2 937,8	3 132,7	3 188,7	5,4	6,6	1,8	6,4	4,5	8,2	2,7	1,0	1,8	2,9
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	4 097,1	4 332,2	4 462,8	7,8	5,7	3,0	5,4	4,5	7,2	3,7	2,5	3,1	3,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2025. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Produzierendes Gewerbe	davon: Baugewerbe	davon: Energie	Industrie zusammen	davon: nach Hauptgruppen: Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige: Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
	2021 = 100											
Gewicht in % **1)**	100	17,08	8,21	74,71	27,84	33,97	2,53	10,36	9,71	9,59	11,83	12,21
2021	99,3	99,1	99,9	99,3	99,4	99,2	99,2	99,4	99,4	99,3	99,3	98,9
2022	98,7	96,7	98,7	99,2	96,3	101,1	101,0	100,1	97,3	103,0	100,2	102,9
2023	97,0	95,6	84,8	98,6	90,7	106,4	93,5	95,6	93,5	103,7	99,3	116,1
2024	92,7	92,5	82,3	93,9	86,1	100,5	87,5	94,7	88,7	93,8	91,7	107,3
2024 2.Vj.	92,8	93,7	76,4	94,4	88,2	100,3	87,5	93,7	90,2	92,2	90,4	110,4
3.Vj.	91,5	95,6	74,5	92,4	85,2	98,2	84,9	94,7	87,2	92,1	89,6	103,4
4.Vj.	94,3	100,3	87,8	93,7	81,9	103,4	88,4	94,8	86,5	95,6	96,9	103,6
2025 1.Vj. **r)**	90,1	78,1	90,2	92,9	86,7	97,4	86,5	96,1	87,1	93,3	85,7	107,3
2.Vj. **x)p)**	90,9	91,8	79,4	92,0	85,0	97,9	84,4	93,7	86,4	91,0	85,7	107,8
2024 Juni	95,5	96,4	74,1	97,6	89,8	105,4	94,8	93,9	92,5	97,1	96,8	113,7
Juli **2)**	92,3	99,2	74,4	92,7	87,2	97,2	84,1	94,5	88,1	90,9	89,2	102,1
Aug. **2)**	86,5	90,7	73,7	86,9	82,2	89,9	76,8	92,5	82,7	88,2	81,6	91,7
Sept.	95,7	96,9	75,4	97,7	86,2	107,5	93,8	97,1	90,8	97,2	97,9	116,3
Okt.	94,5	98,1	79,1	95,3	87,4	101,4	89,2	97,7	90,7	95,1	90,3	111,3
Nov.	99,4	101,5	90,3	100,0	87,7	111,0	95,9	97,7	92,2	99,5	96,8	121,4
Dez.	89,1	101,2	93,9	85,8	70,7	97,7	80,2	88,9	76,5	92,2	103,6	78,0
2025 Jan. **r)**	82,2	64,7	96,3	84,6	81,7	84,6	78,2	93,6	79,9	85,1	74,4	91,8
Febr. **r)**	87,0	75,1	86,6	89,8	84,1	95,1	83,2	89,2	84,5	90,5	83,1	106,1
März **r)**	101,2	94,5	87,6	104,3	94,4	112,6	98,1	105,4	97,0	104,4	99,7	123,9
April **x)**	91,1	91,8	78,2	92,4	85,9	97,7	86,6	94,1	86,1	90,5	84,4	110,6
Mai **x)**	89,6	89,6	79,9	90,7	84,0	95,5	81,8	95,3	86,5	88,0	84,1	104,6
Juni **x)p)**	92,1	94,0	80,0	93,0	85,1	100,6	84,8	91,6	86,7	94,6	88,5	108,2
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2021	+ 3,5	− 2,3	+ 3,1	+ 4,7	+ 8,2	+ 2,6	+ 6,1	+ 1,9	+ 9,2	+ 10,3	+ 7,2	− 2,8
2022	− 0,6	− 2,4	− 1,2	− 0,1	− 3,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,7	− 2,1	+ 3,7	+ 0,9	+ 4,0
2023	− 1,7	− 1,1	− 14,1	− 0,6	− 5,8	+ 5,2	− 7,4	− 4,5	− 3,9	+ 0,7	− 0,9	+ 12,8
2024	− 4,4	− 3,2	− 2,9	− 4,8	− 5,1	− 5,5	− 6,4	− 0,9	− 5,1	− 9,5	− 7,7	− 7,6
2024 2.Vj.	− 5,2	− 4,8	− 1,5	− 5,6	− 4,9	− 7,1	− 5,4	− 1,6	− 6,0	− 11,2	− 9,1	− 9,1
3.Vj.	− 4,4	− 4,6	+ 2,4	− 4,9	− 6,1	− 4,8	− 7,9	− 2,0	− 6,6	− 11,8	− 9,3	− 3,5
4.Vj.	− 2,9	− 1,1	− 3,2	− 3,3	− 3,4	− 4,2	− 2,9	− 0,1	− 2,6	− 5,2	− 5,6	− 7,3
2025 1.Vj. **r)**	− 2,2	− 2,9	− 0,4	− 2,2	− 2,8	− 2,7	− 3,1	+ 0,7	− 4,0	− 2,2	− 4,7	− 4,1
2.Vj. **x)p)**	− 2,0	− 2,0	+ 3,8	− 2,5	− 3,6	− 2,4	− 3,6	− 0,1	− 4,2	− 1,3	− 5,3	− 2,4
2024 Juni	− 3,8	− 3,6	+ 2,3	− 4,4	− 3,9	− 5,0	+ 0,9	− 4,5	− 4,4	− 10,1	− 8,2	− 5,6
Juli **2)**	− 5,4	− 5,6	− 1,2	− 5,8	− 5,6	− 6,5	− 8,0	− 3,2	− 6,5	− 12,6	− 10,3	− 6,1
Aug. **2)**	− 3,5	− 3,8	+ 2,9	− 4,0	− 6,2	− 2,2	− 9,3	− 2,4	− 7,8	− 12,5	− 8,7	+ 1,6
Sept.	− 4,3	− 4,3	+ 5,6	− 5,0	− 6,4	− 5,2	− 6,5	− 0,3	− 5,7	− 10,3	− 8,9	− 4,9
Okt.	− 3,9	− 3,1	− 5,8	− 3,9	− 4,7	− 4,2	− 7,3	− 0,5	− 4,5	− 8,4	− 5,3	− 4,6
Nov.	− 2,6	− 1,8	− 0,9	− 2,9	− 3,8	− 3,1	− 1,3	− 1,0	− 3,2	− 5,2	− 6,1	− 5,5
Dez.	− 2,2	+ 1,6	− 3,0	− 3,1	− 1,1	− 5,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 0,7	− 1,6	− 5,5	− 13,2
2025 Jan. **r)**	− 1,7	+ 3,9	− 2,9	− 2,5	− 3,1	− 3,6	− 4,3	+ 2,2	− 6,0	− 5,3	− 7,1	− 4,4
Febr. **r)**	− 4,3	− 7,2	+ 0,9	− 4,3	− 4,2	− 4,4	− 7,3	− 3,5	− 5,2	− 2,5	− 5,6	− 7,4
März **r)**	− 0,7	− 3,7	+ 1,0	− 0,2	− 1,2	− 0,4	+ 2,0	+ 3,1	− 1,1	+ 0,8	− 2,2	− 0,8
April **x)**	− 2,1	− 1,1	− 2,1	− 2,4	− 2,9	− 3,2	− 1,3	+ 1,1	− 4,7	− 1,8	− 4,6	− 5,3
Mai **x)**	− 0,2	− 2,5	+ 6,1	− 0,3	− 2,7	+ 1,0	+ 2,1	+ 1,2	− 1,5	+ 0,8	− 2,2	+ 3,9
Juni **x)p)**	− 3,6	− 2,5	+ 8,0	− 4,7	− 5,2	− 4,6	− 10,5	− 2,4	− 6,3	− 2,6	− 8,6	− 4,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2021. **2** Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. **x** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Industrie		davon: Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon: Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2022	105,1	+ 5,7	110,3	+ 11,0	101,1	+ 1,7	109,6	+ 10,3	113,2	+ 13,9	108,0	+ 8,8
2023	101,2	− 3,7	100,0	− 9,3	101,6	+ 0,5	105,1	− 4,1	100,3	− 11,4	107,3	− 0,6
2024	98,1	− 3,1	93,7	− 6,3	100,3	− 1,3	103,2	− 1,8	94,8	− 5,5	107,0	− 0,3
2024 Juni	101,4	− 10,3	94,3	− 7,5	105,5	− 12,7	105,2	− 2,8	96,5	− 8,4	109,0	− 0,5
Juli	100,1	+ 4,6	97,3	+ 2,5	101,8	+ 7,0	100,9	− 3,8	90,8	+ 2,6	105,5	− 6,1
Aug.	86,5	− 3,7	86,7	− 4,4	85,0	− 2,1	97,7	− 9,6	81,0	− 22,9	105,2	− 3,9
Sept.	102,5	+ 4,0	90,7	− 6,1	110,6	+ 11,0	100,7	± 0,0	97,4	+ 1,8	102,3	− 0,7
Okt.	101,4	+ 5,4	92,5	− 4,7	106,5	+ 12,8	107,7	+ 1,7	106,6	+ 7,6	108,3	− 0,6
Nov.	98,9	− 0,7	95,4	− 1,0	101,0	+ 0,6	100,5	− 8,4	90,1	− 19,6	105,2	− 3,1
Dez.	101,8	− 6,6	84,7	− 8,3	113,8	− 6,3	95,9	− 0,6	88,3	+ 0,1	99,4	− 0,9
2025 Jan.	98,2	+ 1,4	100,2	+ 1,2	95,8	+ 0,7	107,2	+ 7,8	85,1	+ 0,9	117,2	+ 10,3
Febr.	96,6	+ 0,9	94,1	− 0,3	97,4	+ 2,1	103,1	− 2,7	84,9	− 4,6	111,3	− 2,2
März	111,2	+ 4,8	105,0	+ 2,5	114,3	+ 6,2	118,9	+ 4,5	96,1	− 8,7	129,3	+ 9,9
April	99,0	+ 6,5	93,0	− 0,7	102,5	+ 12,6	102,8	− 1,0	96,7	+ 2,3	105,5	− 2,3
Mai	98,9	+ 6,8	88,7	− 5,4	105,2	+ 17,0	102,6	− 3,7	87,2	− 23,0	109,6	+ 5,9
Juni **p)**	103,1	+ 1,7	96,1	+ 1,9	107,5	+ 1,9	105,5	+ 0,3	106,0	+ 9,8	105,3	− 3,4
aus dem Inland												
2022	105,6	+ 6,3	112,6	+ 13,3	98,7	− 0,5	109,7	+ 10,5	111,2	+ 12,1	109,1	+ 9,9
2023	100,9	− 4,5	103,1	− 8,4	99,1	+ 0,4	99,7	− 9,1	99,5	− 10,5	99,7	− 8,6
2024	95,8	− 5,1	93,6	− 9,2	97,8	− 1,3	96,5	− 3,2	90,3	− 9,2	99,0	− 0,7
2024 Juni	101,7	− 5,6	95,6	− 4,1	108,1	− 7,3	95,8	± 0,0	90,9	− 3,2	97,7	+ 1,2
Juli	104,2	+ 5,9	99,9	+ 2,5	109,2	+ 10,3	96,4	− 3,6	87,1	− 10,7	100,0	− 1,0
Aug.	84,5	− 7,0	88,0	− 7,3	79,7	− 7,5	96,3	− 2,7	84,6	− 18,4	100,9	+ 3,8
Sept.	95,7	+ 2,1	87,4	− 8,4	102,9	+ 12,7	97,4	− 1,7	100,6	− 2,6	96,2	− 1,3
Okt.	90,4	− 5,8	90,8	− 9,5	88,5	− 3,0	101,0	− 1,9	96,4	+ 2,9	102,8	− 3,6
Nov.	97,7	− 1,4	95,5	− 4,5	99,3	+ 1,2	99,9	+ 0,1	90,0	− 7,6	103,8	+ 3,1
Dez.	101,7	+ 3,4	80,5	− 17,0	122,9	+ 22,4	86,4	− 7,9	85,1	− 5,3	86,9	− 8,8
2025 Jan.	96,1	+ 1,4	97,4	− 3,5	94,8	+ 5,9	97,5	+ 4,2	81,8	− 2,2	103,7	+ 6,3
Febr.	94,3	− 0,4	92,6	− 3,4	95,2	+ 2,1	99,1	+ 1,3	84,5	− 1,2	104,8	+ 2,1
März	107,2	+ 4,7	105,8	+ 3,8	108,5	+ 6,0	106,3	+ 0,6	96,3	− 3,5	110,3	+ 2,1
April	97,5	+ 7,1	92,4	− 2,1	102,1	+ 17,2	97,3	+ 1,1	91,6	− 3,9	99,5	+ 3,1
Mai	90,5	− 0,9	88,2	− 4,6	91,7	+ 1,7	96,8	+ 5,6	86,4	+ 1,6	100,9	+ 6,9
Juni **p)**	93,7	− 7,9	89,6	− 6,3	97,4	− 9,9	93,7	− 2,2	85,9	− 5,5	96,8	− 0,9
aus dem Ausland												
2022	104,8	+ 5,3	108,1	+ 8,8	102,5	+ 3,0	109,6	+ 10,3	114,4	+ 15,0	107,2	+ 8,0
2023	101,5	− 3,1	96,8	− 10,5	103,0	+ 0,5	108,8	− 0,7	100,8	− 11,9	112,8	+ 5,2
2024	99,7	− 1,8	93,9	− 3,0	101,7	− 1,3	107,7	− 1,0	97,3	− 3,5	112,9	+ 0,1
2024 Juni	101,1	− 13,4	93,1	− 10,7	104,0	− 15,7	111,5	− 4,4	99,7	− 10,9	117,3	− 1,5
Juli	97,2	+ 3,6	94,8	+ 2,6	97,6	+ 5,2	104,0	− 3,9	93,0	+ 11,6	109,5	− 9,1
Aug.	87,9	− 1,2	85,4	− 1,3	88,0	+ 0,9	98,6	− 13,7	79,0	− 25,3	108,3	− 8,6
Sept.	107,4	+ 5,2	94,0	− 3,8	115,1	+ 10,2	103,0	+ 1,2	95,5	+ 4,5	106,7	− 0,3
Okt.	109,3	+ 13,4	94,2	+ 0,3	116,8	+ 21,3	112,3	+ 4,1	112,5	+ 10,1	112,3	+ 1,4
Nov.	99,8	− 0,2	95,4	+ 2,8	101,9	+ 0,1	100,9	− 13,3	90,2	− 25,1	106,2	− 7,1
Dez.	101,8	− 12,7	88,8	+ 1,0	108,5	− 18,8	102,4	+ 4,1	90,2	+ 3,4	108,5	+ 4,3
2025 Jan.	99,7	+ 1,4	102,9	+ 5,9	96,3	− 2,0	113,8	+ 10,1	87,0	+ 2,7	127,1	+ 12,8
Febr.	98,2	+ 1,8	95,5	+ 2,8	98,7	+ 2,2	105,8	− 5,2	85,2	− 6,4	116,1	− 4,8
März	114,1	+ 4,9	104,2	+ 1,3	117,7	+ 6,4	127,4	+ 6,8	96,0	− 11,5	143,1	+ 14,8
April	100,1	+ 6,0	93,5	+ 0,5	102,8	+ 10,2	106,5	− 2,3	99,7	+ 6,0	109,9	− 5,6
Mai	104,9	+ 12,2	89,2	− 6,1	112,9	+ 25,7	106,5	− 8,7	87,7	− 32,3	115,9	+ 5,3
Juni **p)**	109,9	+ 8,7	102,5	+ 10,1	113,3	+ 8,9	113,5	+ 1,8	117,6	+ 18,0	111,5	− 4,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt		Gliederung nach Bauarten								Gliederung nach Bauherren **1)**			
			Hochbau						Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber **2)**	
			zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau					
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2021	99,5	+ 9,2	99,4	+ 13,7	99,6	+ 8,4	99,4	+ 20,3	99,1	+ 12,1	99,6	+ 4,1	99,5	+ 15,8	99,5	+ 2,5
2022	104,4	+ 4,9	98,0	− 1,4	95,7	− 3,9	98,4	− 1,0	104,3	+ 5,2	112,4	+ 12,9	105,8	+ 6,3	108,8	+ 9,3
2023	108,3	+ 3,7	93,6	− 4,5	83,2	− 13,1	96,2	− 2,2	121,4	+ 16,4	126,6	+ 12,6	117,4	+ 11,0	114,8	+ 5,5
2024	109,6	+ 1,2	90,2	− 3,6	81,3	− 2,3	91,2	− 5,2	118,4	− 2,5	133,9	+ 5,8	117,5	+ 0,1	120,1	+ 4,6
2024 Mai	112,8	+ 2,3	97,7	+ 4,9	85,0	− 3,3	108,4	+ 15,7	104,2	− 4,8	131,6	− 0,1	119,3	+ 3,3	124,7	+ 4,2
Juni	119,5	+ 5,3	96,9	− 2,7	84,3	− 10,6	100,9	+ 16,8	127,8	− 23,5	147,7	+ 12,7	130,2	+ 18,0	131,4	− 0,1
Juli	110,9	− 8,4	87,7	− 15,1	80,8	− 12,2	83,4	− 20,4	128,1	− 7,4	140,0	− 2,2	112,0	− 4,0	131,3	− 11,0
Aug.	116,6	− 3,0	95,3	+ 2,1	80,6	+ 0,6	104,8	+ 5,0	113,0	− 3,1	143,3	− 6,8	134,2	− 9,9	120,5	+ 6,9
Sept.	108,9	− 9,6	93,1	− 16,6	85,3	+ 2,9	91,2	− 24,7	128,6	− 28,6	128,5	− 2,2	114,6	− 16,7	118,7	− 5,7
Okt.	108,1	+ 1,1	87,8	± 0,0	80,0	− 2,3	88,4	− 1,1	113,8	+ 10,5	133,5	+ 2,1	120,3	− 0,5	113,0	+ 5,5
Nov.	109,8	+ 19,2	87,4	+ 5,0	83,4	+ 17,6	87,0	− 2,6	103,6	− 1,4	137,6	+ 33,2	126,7	+ 20,9	107,4	+ 17,4
Dez.	112,9	+ 2,5	98,6	+ 0,8	90,8	− 0,9	94,2	+ 5,7	143,2	− 5,9	130,6	+ 3,9	115,1	− 2,0	125,9	+ 10,1
2025 Jan.	96,8	+ 13,0	79,5	+ 10,6	83,1	+ 37,6	74,6	− 4,2	84,8	− 7,0	118,3	+ 14,9	109,5	+ 13,1	90,6	+ 0,7
Febr.	98,5	+ 1,8	86,5	+ 11,0	78,8	+ 9,6	80,6	+ 11,6	136,0	+ 12,9	113,4	− 5,8	102,1	+ 0,3	108,1	− 0,4
März	149,7	+ 21,1	110,4	+ 8,0	97,7	+ 7,1	109,7	+ 6,5	158,5	+ 14,2	198,7	+ 32,1	171,5	+ 41,2	159,6	+ 6,7
April	118,9	+ 8,2	101,8	+ 18,8	90,6	+ 10,1	103,9	+ 25,3	134,9	+ 24,7	140,1	− 0,1	127,2	+ 8,3	128,7	+ 6,9
Mai	121,9	+ 8,1	89,9	− 8,0	89,4	+ 5,2	87,7	− 19,1	99,8	− 4,2	161,8	+ 22,9	141,1	+ 18,3	121,1	− 2,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Ohne Wohnungsbauaufträge. **2** Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt				darunter:									
					in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:								Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel **2)**	
					Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren **1)**		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln	
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2015		in jeweiligen Preisen									
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2021	124,7	+ 2,7	116,7	+ 0,7	121,7	+ 0,3	78,1	− 4,6	95,4	− 10,8	110,4	− 5,7	135,2	+ 7,8	190,1	+ 12,8
2022	134,4	+ 7,8	115,8	− 0,8	128,2	+ 5,3	102,9	+ 31,8	107,8	+ 13,0	122,8	+ 11,2	144,7	+ 7,0	188,9	− 0,6
2023	137,6	+ 2,4	112,2	− 3,1	136,0	+ 6,1	106,0	+ 3,0	108,0	+ 0,2	118,3	− 3,7	149,5	+ 3,3	186,7	− 1,2
2024 **3)**	141,0	+ 2,5	113,4	+ 1,1	139,9	+ 2,9	105,0	− 0,9	106,9	− 1,0	114,3	− 3,4	159,3	+ 6,6	195,7	+ 4,8
2024 Juni	137,4	− 0,4	110,3	− 1,8	141,0	+ 3,2	102,3	− 12,3	98,1	+ 3,2	112,9	− 6,2	154,0	+ 3,8	175,7	− 2,4
Juli	141,3	+ 1,2	114,0	± 0,0	141,6	+ 1,1	106,6	− 1,4	98,2	− 1,2	113,5	− 3,9	164,4	+ 7,5	184,8	+ 0,8
Aug.	136,7	+ 3,2	110,1	+ 2,1	139,2	+ 4,7	98,2	− 3,3	93,5	− 3,7	105,7	− 4,9	154,4	+ 6,0	183,1	+ 8,5
Sept.	138,9	+ 4,5	112,1	+ 4,4	134,1	+ 1,3	110,9	+ 6,5	102,4	− 1,3	109,9	− 2,0	162,4	+ 8,4	201,5	+ 18,9
Okt.	146,6	+ 3,5	117,7	+ 2,7	142,3	+ 3,8	116,6	− 3,5	111,3	+ 0,2	119,0	− 2,0	166,0	+ 6,1	212,8	+ 8,7
Nov.	154,4	+ 4,5	124,4	+ 3,6	143,9	+ 4,5	116,2	− 0,4	140,5	+ 2,3	121,9	− 0,4	168,5	+ 7,6	251,4	+ 8,6
Dez.	160,2	+ 3,9	128,4	+ 2,8	158,9	+ 2,5	113,7	− 2,5	143,9	+ 0,9	115,5	− 1,7	175,6	+ 5,1	246,9	+ 14,4
2025 Jan.	132,4	+ 4,3	106,4	+ 3,3	131,2	+ 2,9	84,4	− 2,7	106,9	− 1,7	98,6	+ 0,6	163,1	+ 8,2	195,2	+ 10,2
Febr.	130,0	+ 5,3	103,9	+ 4,3	131,5	+ 5,5	79,5	− 3,8	94,1	− 4,1	100,5	− 3,1	157,3	+ 7,6	184,0	+ 14,4
März	150,1	+ 4,5	119,4	+ 3,6	149,6	+ 4,0	110,2	+ 5,2	96,5	− 4,6	123,3	− 3,1	167,7	+ 6,1	210,4	+ 9,6
April	146,4	+ 4,1	116,1	+ 3,1	146,9	+ 4,8	106,7	− 2,8	89,7	− 5,2	122,7	− 0,8	165,0	+ 6,1	203,0	+ 13,3
Mai	146,7	+ 3,8	116,1	+ 2,6	147,4	+ 4,2	106,9	− 4,6	87,7	− 4,4	118,6	− 1,5	164,8	+ 6,1	199,8	+ 8,9
Juni	145,2	+ 5,7	115,4	+ 4,6	145,6	+ 3,3	104,8	+ 2,4	92,5	− 5,7	113,9	+ 0,9	166,8	+ 8,3	207,4	+ 18,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. **2** Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. **3** Angaben ab Januar 2024 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1) r)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)			
			insgesamt		darunter:					darunter:		darunter:		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	dem Rechtskreis SGB III zugeordnet	Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
					Tsd									
2020	44 965	− 0,7	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695	1 137	5,9	613
2021	45 041	+ 0,2	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613	999	5,7	706
2022	45 629	+ 1,3	34 507	+ 1,8	9 400	24 135	721	4 125	426	337	2 418	808	5,3	845
2023	45 935	+ 0,7	34 790	+ 0,8	9 425	24 430	687	4 198	241	147	2 609	875	5,7	761
2024	45 987	+ 0,1	34 934	+ 0,4	9 361	24 711	615	4 180	298	210	2 787	980	6,0	694
2022 2.Vj.	45 561	+ 1,5	34 401	+ 2,0	9 372	24 056	718	4 112	337	324	2 311	777	5,0	864
3.Vj.	45 725	+ 1,2	34 522	+ 1,7	9 405	24 133	724	4 159	103	92	2 501	804	5,5	880
4.Vj.	45 980	+ 1,1	34 864	+ 1,4	9 475	24 409	730	4 166	229	139	2 443	778	5,3	817
2023 1.Vj.	45 657	+ 0,9	34 614	+ 1,1	9 395	24 288	696	4 152	430	153	2 610	900	5,7	773
2.Vj.	45 915	+ 0,8	34 702	+ 0,9	9 410	24 352	687	4 209	152	146	2 561	839	5,6	770
3.Vj.	45 998	+ 0,6	34 762	+ 0,7	9 421	24 398	686	4 242	128	122	2 647	885	5,7	768
4.Vj.	46 169	+ 0,4	35 082	+ 0,6	9 471	24 682	680	4 189	253	166	2 617	874	5,7	732
2024 1.Vj.	45 752	+ 0,2	34 795	+ 0,5	9 366	24 563	630	4 154	468	200	2 796	1 000	6,1	704
2.Vj.	45 980	+ 0,1	34 858	+ 0,4	9 355	24 635	615	4 207	212	204	2 733	939	5,9	701
3.Vj.	46 020	+ 0,0	34 892	+ 0,4	9 348	24 678	610	4 214	201	192	2 829	998	6,0	699
4.Vj.	46 194	+ 0,1	35 193	+ 0,3	9 374	24 969	603	4 146	311	245	2 790	983	6,0	670
2025 1.Vj.	45 792	+ 0,1	7) 34 876	7) + 0,2	7) 9 248	7) 24 836	7) 558	7) 4 110	...	7) 271	2 983	1 120	6,4	638
2.Vj.	8) 45 990	8) + 0,0	...	...	...	...	...	...	...	...	2 922	1 067	9) 6,2	638
2022 März	45 332	+ 1,5	34 334	+ 2,1	9 369	23 999	719	4 061	888	727	2 362	835	5,1	839
April	45 448	+ 1,6	34 368	+ 2,0	9 366	24 037	713	4 091	453	439	2 309	800	5,0	852
Mai	45 577	+ 1,6	34 445	+ 2,1	9 376	24 089	719	4 131	318	305	2 260	771	4,9	865
Juni	45 658	+ 1,4	34 445	+ 1,9	9 376	24 084	724	4 164	241	228	2 363	761	5,2	877
Juli	45 614	+ 1,2	34 322	+ 1,8	9 361	23 988	718	4 176	115	102	2 470	801	5,4	881
Aug.	45 665	+ 1,2	34 571	+ 1,7	9 417	24 169	725	4 151	87	76	2 547	827	5,6	887
Sept.	45 896	+ 1,1	34 899	+ 1,7	9 499	24 401	733	4 136	108	97	2 486	782	5,4	873
Okt.	46 017	+ 1,2	34 893	+ 1,5	9 489	24 414	734	4 161	134	124	2 442	764	5,3	846
Nov.	46 023	+ 1,1	34 897	+ 1,3	9 478	24 435	738	4 179	156	147	2 434	770	5,3	823
Dez.	45 901	+ 1,0	34 705	+ 1,2	9 414	24 357	704	4 182	397	146	2 454	799	5,4	781
2023 Jan.	45 599	+ 0,9	34 550	+ 1,1	9 381	24 240	697	4 138	451	145	2 616	911	5,7	764
Febr.	45 642	+ 0,9	34 601	+ 1,0	9 392	24 279	692	4 148	441	157	2 620	910	5,7	778
März	45 731	+ 0,9	34 679	+ 1,0	9 412	24 332	692	4 157	398	159	2 594	878	5,7	777
April	45 825	+ 0,8	34 685	+ 0,9	9 410	24 342	684	4 188	146	139	2 586	855	5,7	773
Mai	45 928	+ 0,8	34 728	+ 0,8	9 413	24 371	687	4 228	149	142	2 544	829	5,5	767
Juni	45 992	+ 0,7	34 709	+ 0,8	9 404	24 357	690	4 266	162	156	2 555	833	5,5	769
Juli	45 955	+ 0,7	34 584	+ 0,8	9 382	24 261	687	4 279	113	107	2 617	878	5,7	772
Aug.	45 932	+ 0,6	34 804	+ 0,7	9 429	24 433	685	4 221	113	107	2 696	910	5,8	771
Sept.	46 108	+ 0,5	35 089	+ 0,5	9 500	24 641	684	4 186	158	152	2 627	869	5,7	761
Okt.	46 201	+ 0,4	35 117	+ 0,6	9 490	24 686	686	4 181	183	177	2 607	861	5,7	749
Nov.	46 218	+ 0,4	35 126	+ 0,7	9 473	24 719	688	4 195	181	174	2 606	865	5,6	733
Dez.	46 089	+ 0,4	34 915	+ 0,6	9 401	24 637	648	4 197	395	148	2 637	896	5,7	713
2024 Jan.	45 718	+ 0,3	34 754	+ 0,6	9 359	24 528	635	4 138	540	189	2 805	1 006	6,1	699
Febr.	45 732	+ 0,2	34 770	+ 0,5	9 359	24 548	625	4 141	485	201	2 814	1 015	6,1	706
März	45 807	+ 0,2	34 810	+ 0,4	9 360	24 591	615	4 169	379	210	2 769	977	6,0	707
April	45 903	+ 0,2	34 863	+ 0,5	9 362	24 633	618	4 190	224	215	2 750	949	6,0	701
Mai	46 007	+ 0,2	34 886	+ 0,5	9 354	24 661	615	4 222	200	191	2 723	930	5,8	702
Juni	46 029	+ 0,1	34 837	+ 0,4	9 336	24 635	611	4 250	213	204	2 727	937	5,8	701
Juli	45 988	+ 0,1	34 729	+ 0,4	9 313	24 551	613	4 253	203	194	2 809	989	6,0	703
Aug.	45 951	+ 0,0	34 918	+ 0,3	9 353	24 702	606	4 192	174	165	2 872	1 021	6,1	699
Sept.	46 122	+ 0,0	35 220	+ 0,4	9 418	24 929	612	4 145	226	217	2 806	985	6,0	696
Okt.	46 229	+ 0,1	35 237	+ 0,3	9 394	24 978	613	4 137	269	259	2 791	974	6,0	689
Nov.	46 243	+ 0,1	35 222	+ 0,3	9 369	25 004	606	4 152	275	266	2 774	973	5,9	668
Dez.	46 111	+ 0,0	35 018	+ 0,3	9 300	24 920	569	4 150	389	211	2 807	1 003	6,0	654
2025 Jan.	45 753	+ 0,1	34 822	+ 0,2	9 240	24 791	558	4 097	586	277	2 993	1 127	6,4	632
Febr.	45 782	+ 0,1	7) 34 849	7) + 0,2	7) 9 235	7) 24 825	7) 554	7) 4 100	...	7) 270	2 989	1 128	6,4	639
März	45 842	+ 0,1	7) 34 895	7) + 0,2	7) 9 236	7) 24 862	7) 556	7) 4 113	...	7) 265	2 967	1 104	6,4	643
April	45 941	+ 0,1	7) 34 912	7) + 0,1	7) 9 223	7) 24 885	7) 557	7) 4 142	...	7) 230	2 932	1 077	6,3	646
Mai	46 009	+ 0,0	7) 34 910	7) + 0,1	7) 9 208	7) 24 897	7) 552	7) 4 172	...	7) 218	2 919	1 062	9) 6,2	634
Juni	8) 46 020	8) − 0,0	...	...	...	...	...	...	...	...	2 914	1 062	6,2	632
Juli	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 979	1 117	6,3	628

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. **1** Inlandskonzept; Durchschnitte. **2** Monatswerte: Endstände. **3** Anzahl innerhalb eines Monats. **4** Stand zur Monatsmitte. **5** Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **6** Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **7** Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2023 und 2024 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,5 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 23,6 % von den endgültigen Angaben ab. **8** Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. **9** Ab Mai 2025 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucherpreisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz [3]	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte [3]	Indizes der Preise im Außenhandel	
		davon				darunter:						
	insgesamt [1]	Nahrungsmittel [1] [2]	Industrieerzeugnisse ohne Energie [1]	Energie [1]	Dienstleistungen [1]	Tatsächliche Mietzahlungen					Ausfuhr	Einfuhr
	2015 = 100						2020 = 100	2021 = 100		2020 = 100	2021=100	
	Indexstand											
2021	[4] 109,2	[4] 114,1	[4] 106,7	[4] 109,0	[4] 109,0	109,0	[4] 103,1	[4] 100,0	100,0	106,9	100,0	100,0
2022	118,7	126,2	112,7	146,8	112,2	110,8	110,2	116,6	129,8	141,0	113,5	121,8
2023	125,9	140,9	119,1	154,2	117,6	113,1	116,7	126,7	130,1	141,3	114,2	113,9
2024	129,0	144,8	120,8	149,3	122,6	115,5	119,3	130,8	127,7	[5] 139,1	114,5	112,5
2023 Sept.	127,4	141,5	120,1	157,6	119,3	113,6	117,8		129,3	137,0	114,0	113,3
Okt.	127,2	141,6	120,5	154,7	119,1	113,7	117,8		129,1	135,0	114,1	113,4
Nov.	126,3	142,4	120,5	151,6	117,6	113,9	117,3	127,7	128,3	135,4	113,8	112,8
Dez.	126,6	142,4	120,5	148,4	118,7	114,0	117,4		127,3	137,3	113,5	111,7
2024 Jan.	126,4	143,7	119,7	150,2	118,1	114,4	117,6		127,6	138,4	113,6	111,7
Febr.	127,2	143,6	120,3	150,9	119,3	114,6	118,1	129,5	127,1	139,9	113,8	111,5
März	128,0	143,5	120,9	150,5	120,7	114,9	118,6		127,3	141,2	113,9	111,9
April	128,8	144,3	121,1	154,0	121,3	115,1	119,2		127,5	142,1	114,4	112,7
Mai	129,1	144,0	120,9	152,1	122,4	115,3	119,3	130,4	127,5	144,0	114,4	112,7
Juni	129,3	144,4	120,8	150,3	123,3	115,5	119,4		127,7	146,5	114,7	113,1
Juli	130,0	144,6	120,1	150,7	124,9	115,7	119,8		127,9	145,5	114,6	112,6
Aug.	129,8	144,6	120,0	148,5	125,1	115,8	119,7	131,4	128,2	139,1	114,6	112,2
Sept.	129,7	145,2	120,9	145,8	124,6	116,0	119,7		127,5	136,8	114,5	111,8
Okt.	130,2	146,3	121,5	146,4	124,8	116,2	120,2		127,7	[5] 138,3	114,8	112,5
Nov.	129,3	146,6	121,7	146,1	122,9	116,3	119,9	132,0	128,4	140,4	115,2	113,5
Dez.	130,2	146,9	122,1	146,2	124,2	116,5	120,5		128,3	142,1	115,5	113,9
2025 Jan.	129,9	146,5	121,1	148,2	124,1	116,7	120,3		128,2	141,5	116,3	115,2
Febr.	130,5	147,8	121,0	148,9	124,9	117,0	120,8	133,8	128,0	143,7	116,7	115,5
März	131,0	148,2	121,9	146,6	125,6	117,1	121,2		127,1	143,4	116,2	114,3
April	131,6	148,8	122,1	145,8	126,8	117,5	121,7		126,3	146,7	115,6	112,3
Mai	131,8	148,9	122,1	145,2	127,0	117,7	121,8	134,9	126,0	147,4	115,6	111,5
Juni	131,9	148,4	121,9	145,1	127,6	117,9	121,8		126,1	144,9	115,5	111,5
Juli	132,4	148,7	121,6	145,6	128,6	118,1	122,2		126,0	...	...	...
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2021	[4] + 3,2	[4] + 2,9	[4] + 2,5	[4] + 10,1	[4] + 2,0	+ 1,3	[4] + 3,1	[4] + 8,8	+ 9,6	+ 6,9	+ 5,2	+ 11,4
2022	+ 8,7	+ 10,6	+ 5,7	+ 34,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 6,9	+ 16,6	+ 29,8	+ 31,9	+ 13,5	+ 21,8
2023	+ 6,0	+ 11,7	+ 5,6	+ 5,1	+ 4,8	+ 2,1	+ 5,9	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	− 6,5
2024	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,5	− 3,2	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,2	− 1,8	[5] − 1,6	+ 0,3	− 1,2
2023 Sept.	+ 4,3	+ 8,1	+ 4,9	− 0,8	+ 4,7	+ 2,2	+ 4,5		− 9,1	− 7,7	− 2,6	− 11,0
Okt.	+ 3,0	+ 7,1	+ 4,1	− 6,0	+ 4,2	+ 2,1	+ 3,8		− 7,3	− 10,7	− 1,1	− 9,5
Nov.	+ 2,3	+ 6,6	+ 3,6	− 7,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 3,2	+ 4,6	− 5,0	− 10,8	− 1,2	− 7,2
Dez.	+ 3,8	+ 5,8	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,4	+ 2,1	+ 3,7		− 5,1	− 9,7	− 1,4	− 7,0
2024 Jan.	+ 3,1	+ 5,1	+ 2,8	− 3,0	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,9		− 4,4	− 7,5	− 1,3	− 5,9
Febr.	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8	− 2,6	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,2	− 4,1	− 5,9	− 1,1	− 4,9
März	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,2	− 2,9	+ 4,0	+ 2,1	+ 2,2		− 2,9	− 2,4	− 1,0	− 3,6
April	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,8	− 1,3	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,2		− 3,3	+ 0,1	− 0,2	− 1,7
Mai	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,3	− 1,2	+ 4,7	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,0	− 2,2	+ 3,5	+ 0,2	− 0,4
Juni	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,1	− 2,2	+ 4,7	+ 2,2	+ 2,2		− 1,6	+ 3,6	+ 0,6	+ 0,7
Juli	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,1	− 1,9	+ 4,4	+ 2,2	+ 2,3		− 0,8	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,9
Aug.	+ 2,0	+ 2,6	+ 0,7	− 5,1	+ 4,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,4	− 0,8	− 2,4	+ 0,8	+ 0,2
Sept.	+ 1,8	+ 2,6	+ 0,7	− 7,5	+ 4,4	+ 2,1	+ 1,6		− 1,4	− 0,1	+ 0,4	− 1,3
Okt.	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,8	− 5,4	+ 4,8	+ 2,2	+ 2,0		− 1,1	[5] + 2,4	+ 0,6	− 0,8
Nov.	+ 2,4	+ 2,9	+ 1,0	− 3,6	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,4	+ 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,6
Dez.	+ 2,8	+ 3,2	+ 1,3	− 1,5	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,6		+ 0,8	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,0
2025 Jan.	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,2	− 1,3	+ 5,1	+ 2,0	+ 2,3		+ 0,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1
Febr.	+ 2,6	+ 2,9	+ 0,6	− 1,3	+ 4,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,6
März	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,8	− 2,6	+ 4,1	+ 1,9	+ 2,2		− 0,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1
April	+ 2,2	+ 3,1	+ 0,8	− 5,3	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,1		− 0,9	+ 3,2	+ 1,0	− 0,4
Mai	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,0	− 4,5	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,5	− 1,2	+ 2,4	+ 1,0	− 1,1
Juni	+ 2,0	+ 2,8	+ 0,9	− 3,5	+ 3,5	+ 2,1	+ 2,0		− 1,3	− 1,1	+ 0,7	− 1,4
Juli	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,2	− 3,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,0		− 1,5	...	...	...

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. **2** Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. **3** Ohne Umsatzsteuer. **4** Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. **5** Ab Oktober 2024 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2017	1 435,3	4,5	971,8	4,3	447,9	3,5	1 419,7	4,1	1 955,2	3,6	201,4	7,1	10,3
2018	1 506,6	5,0	1 019,6	4,9	461,5	3,0	1 481,2	4,3	2 028,8	3,8	220,3	9,4	10,9
2019	1 572,6	4,4	1 069,5	4,9	479,2	3,8	1 548,7	4,6	2 080,6	2,6	215,5	– 2,2	10,4
2020	1 561,7	– 0,7	1 066,1	– 0,3	521,5	8,8	1 587,6	2,5	2 080,7	0,0	331,9	54,0	16,0
2021	1 620,5	3,8	1 111,3	4,2	531,5	1,9	1 642,8	3,5	2 144,4	3,1	303,6	– 8,6	14,2
2022	1 718,7	6,1	1 174,8	5,7	539,6	1,5	1 714,4	4,4	2 312,6	7,8	237,5	– 21,8	10,3
2023	1 846,0	7,4	1 286,5	9,5	571,4	5,9	1 857,9	8,4	2 462,3	6,5	256,7	8,1	10,4
2024	1 953,3	5,8	1 364,1	6,0	607,7	6,4	1 971,8	6,1	2 559,4	3,9	289,0	12,6	11,3
2023 4.Vj.	511,7	6,9	357,9	9,2	143,5	6,0	501,3	8,2	630,2	4,8	62,4	7,5	9,9
2024 1.Vj.	461,9	6,9	324,5	7,7	151,7	6,1	476,2	7,2	632,5	4,9	85,9	15,8	13,6
2.Vj.	472,1	6,1	322,7	6,4	149,2	6,7	471,9	6,5	630,0	3,4	68,1	9,9	10,8
3.Vj.	484,0	5,9	343,8	6,1	154,5	6,5	498,3	6,3	645,0	4,0	67,0	15,3	10,4
4.Vj.	535,4	4,6	373,2	4,3	152,2	6,1	525,4	4,8	651,9	3,4	68,0	8,9	10,4
2025 1.Vj.	480,1	3,9	333,0	2,6	160,7	5,9	493,6	3,7	647,9	2,4	84,0	– 2,3	13,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2025. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr	2020=100	% gegen Vorjahr
2017	92,2	2,3	92,2	2,3	92,6	2,3	92,9	2,4	94,0	2,8
2018	94,9	3,0	95,0	3,0	95,2	2,8	95,5	2,8	97,2	3,3
2019	97,8	3,0	97,8	3,0	98,0	2,9	98,0	2,6	100,2	3,1
2020	100,0	2,3	100,0	2,2	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	– 0,2
2021	101,6	1,5	101,5	1,5	101,7	1,7	101,5	1,5	103,3	3,3
2022	104,2	2,6	104,2	2,6	103,9	2,2	103,6	2,0	107,8	4,3
2023	108,5	4,0	108,3	4,0	106,7	2,7	106,4	2,6	114,8	6,4
2024	115,1	6,1	114,9	6,1	112,0	5,0	111,6	4,9	121,0	5,5
2024 1.Vj.	108,2	6,4	108,0	6,3	102,0	3,1	108,5	3,1	115,0	6,3
2.Vj.	104,2	3,2	104,0	3,1	103,5	4,3	110,6	4,3	117,0	5,6
3.Vj.	121,8	8,9	121,6	8,9	116,5	5,5	113,0	5,7	119,9	5,6
4.Vj.	126,3	5,9	126,1	5,9	125,9	6,6	114,3	6,7	132,0	4,5
2025 1.Vj.	109,2	1,0	109,0	0,9	108,7	6,6	115,8	6,7	119,5	3,9
2.Vj.	110,2	5,8	110,0	5,7	110,4	6,7	118,1	6,7	.	.
2024 Dez.	109,1	6,3	108,9	6,2	108,6	6,7	114,7	6,9	.	.
2025 Jan.	107,1	3,2	106,9	3,2	107,3	6,6	115,1	6,7	.	.
Febr.	112,5	2,2	112,3	2,1	110,6	7,4	116,1	7,5	.	.
März	108,1	– 2,3	107,9	– 2,4	108,3	5,9	116,3	5,9	.	.
April	110,2	5,9	110,0	5,8	110,4	7,0	117,8	7,1	.	.
Mai	110,4	5,8	110,2	5,8	110,6	6,5	118,2	6,6	.	.
Juni	109,9	5,7	109,7	5,6	110,2	6,5	118,2	6,5	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2025.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahressende

Zeit	Aktiva									Passiva						
			darunter:				darunter:				Schulden					
												langfristig		kurzfristig		
															darunter:	
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)	Eigenkapital	insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
	Insgesamt (Mrd €)															
2021	3 292,0	1 971,6	680,1	773,8	384,8	1 320,4	272,1	261,5	261,5	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	321,4	236,7
2022	3 431,6	2 057,0	713,5	804,3	414,0	1 374,6	326,2	268,3	244,3	1 133,2	2 298,4	1 195,7	760,2	1 102,8	332,3	273,3
2023	3 320,5	2 038,7	699,2	823,2	385,5	1 281,8	325,2	259,9	251,4	1 145,3	2 175,1	1 146,3	763,3	1 028,8	334,1	261,7
2024 p)	3 446,1	2 161,5	732,4	891,6	398,6	1 284,6	335,3	256,1	263,8	1 202,1	2 244,0	1 196,3	826,1	1 047,7	348,3	256,9
2023 1.Hj.	3 322,4	2 009,5	699,5	799,0	377,0	1 312,9	343,9	263,7	235,2	1 134,0	2 188,3	1 130,8	748,9	1 057,5	329,7	259,9
2.Hj.	3 320,5	2 038,7	699,2	823,2	385,5	1 281,8	325,2	259,9	251,4	1 145,3	2 175,1	1 146,3	763,3	1 028,8	334,1	261,7
2024 1.Hj.	3 383,9	2 085,6	712,1	846,6	390,2	1 298,3	350,4	267,1	233,7	1 153,3	2 230,6	1 169,5	793,0	1 061,1	344,1	254,8
2.Hj. p)	3 446,1	2 161,5	732,4	891,6	398,6	1 284,6	335,3	256,1	263,8	1 202,1	2 244,0	1 196,3	826,1	1 047,7	348,3	256,9
	in % der Bilanzsumme															
2021	100,0	59,9	20,7	23,5	11,7	40,1	8,3	7,9	7,9	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	9,8	7,2
2022	100,0	59,9	20,8	23,4	12,1	40,1	9,5	7,8	7,1	33,0	67,0	34,8	22,2	32,1	9,7	8,0
2023	100,0	61,4	21,1	24,8	11,6	38,6	9,8	7,8	7,6	34,5	65,5	34,5	23,0	31,0	10,1	7,9
2024 p)	100,0	62,7	21,3	25,9	11,6	37,3	9,7	7,4	7,7	34,9	65,1	34,7	24,0	30,4	10,1	7,5
2023 1.Hj.	100,0	60,5	21,1	24,1	11,4	39,5	10,4	7,9	7,1	34,1	65,9	34,0	22,5	31,8	9,9	7,8
2.Hj.	100,0	61,4	21,1	24,8	11,6	38,6	9,8	7,8	7,6	34,5	65,5	34,5	23,0	31,0	10,1	7,9
2024 1.Hj.	100,0	61,6	21,0	25,0	11,5	38,4	10,4	7,9	6,9	34,1	65,9	34,6	23,4	31,4	10,2	7,5
2.Hj. p)	100,0	62,7	21,3	25,9	11,6	37,3	9,7	7,4	7,7	34,9	65,1	34,7	24,0	30,4	10,1	7,5
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)															
2021	2 625,7	1 478,8	441,3	573,9	363,5	1 146,9	254,4	206,2	204,1	764,4	1 861,3	918,2	548,2	943,1	285,9	184,0
2022	2 730,1	1 537,8	461,2	591,7	392,2	1 192,3	307,7	209,1	186,4	879,4	1 850,8	912,4	534,1	938,4	291,6	215,2
2023	2 619,5	1 512,4	446,2	604,5	363,1	1 107,1	305,2	202,1	203,3	888,5	1 731,1	859,5	536,6	871,6	294,9	206,6
2024 p)	2 701,7	1 602,1	459,9	662,7	371,2	1 099,6	313,4	195,4	207,7	931,9	1 769,8	893,9	584,2	875,9	306,3	200,3
2023 1.Hj.	2 650,2	1 503,6	459,9	588,8	352,3	1 146,7	326,4	210,8	184,4	892,2	1 758,0	854,3	528,6	903,7	285,1	210,0
2.Hj.	2 619,5	1 512,4	446,2	604,5	363,1	1 107,1	305,2	202,1	203,3	888,5	1 731,1	859,5	536,6	871,6	294,9	206,6
2024 1.Hj.	2 671,3	1 550,9	454,5	625,0	366,5	1 120,4	329,9	208,4	187,5	905,8	1 765,5	878,1	561,4	887,3	300,9	201,0
2.Hj. p)	2 701,7	1 602,1	459,9	662,7	371,2	1 099,6	313,4	195,4	207,7	931,9	1 769,8	893,9	584,2	875,9	306,3	200,3
	in % der Bilanzsumme															
2021	100,0	56,3	16,8	21,9	13,8	43,7	9,7	7,9	7,8	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	10,9	7,0
2022	100,0	56,3	16,9	21,7	14,4	43,7	11,3	7,7	6,8	32,2	67,8	33,4	19,6	34,4	10,7	7,9
2023	100,0	57,7	17,0	23,1	13,9	42,3	11,7	7,7	7,8	33,9	66,1	32,8	20,5	33,3	11,3	7,9
2024 p)	100,0	59,3	17,0	24,5	13,7	40,7	11,6	7,2	7,7	34,5	65,5	33,1	21,6	32,4	11,3	7,4
2023 1.Hj.	100,0	56,7	17,4	22,2	13,3	43,3	12,3	8,0	7,0	33,7	66,3	32,2	19,9	34,1	10,8	7,9
2.Hj.	100,0	57,7	17,0	23,1	13,9	42,3	11,7	7,7	7,8	33,9	66,1	32,8	20,5	33,3	11,3	7,9
2024 1.Hj.	100,0	58,1	17,0	23,4	13,7	41,9	12,4	7,8	7,0	33,9	66,1	32,9	21,0	33,2	11,3	7,5
2.Hj. p)	100,0	59,3	17,0	24,5	13,7	40,7	11,6	7,2	7,7	34,5	65,5	33,1	21,6	32,4	11,3	7,4
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)															
2021	666,3	492,7	238,9	200,0	21,3	173,6	17,8	55,3	57,3	230,0	436,3	288,7	223,9	147,6	35,5	52,6
2022	701,5	519,2	252,3	212,6	21,8	182,3	18,5	59,2	57,9	253,8	447,7	283,3	226,2	164,4	40,7	58,1
2023	700,9	526,3	253,0	218,8	22,3	174,6	20,0	57,7	48,0	256,9	444,0	286,8	226,7	157,2	39,2	55,2
2024 p)	744,4	559,5	272,5	228,9	27,4	185,0	21,8	60,7	56,1	270,2	474,2	302,3	242,0	171,9	41,9	56,6
2023 1.Hj.	672,1	505,9	239,5	210,2	24,7	166,2	17,5	52,9	50,8	241,8	430,3	276,5	220,4	153,9	44,6	49,9
2.Hj.	700,9	526,3	253,0	218,8	22,3	174,6	20,0	57,7	48,0	256,9	444,0	286,8	226,7	157,2	39,2	55,2
2024 1.Hj.	712,6	534,7	257,6	221,6	23,6	177,9	20,5	58,7	46,2	247,4	465,2	291,4	231,6	173,8	43,2	53,8
2.Hj. p)	744,4	559,5	272,5	228,9	27,4	185,0	21,8	60,7	56,1	270,2	474,2	302,3	242,0	171,9	41,9	56,6
	in % der Bilanzsumme															
2021	100,0	74,0	35,9	30,0	3,2	26,1	2,7	8,3	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	7,9
2022	100,0	74,0	36,0	30,3	3,1	26,0	2,6	8,4	8,3	36,2	63,8	40,4	32,2	23,4	5,8	8,3
2023	100,0	75,1	36,1	31,2	3,2	24,9	2,9	8,2	6,9	36,7	63,4	40,9	32,3	22,4	5,6	7,9
2024 p)	100,0	75,2	36,6	30,8	3,7	24,9	2,9	8,2	7,5	36,3	63,7	40,6	32,5	23,1	5,6	7,6
2023 1.Hj.	100,0	75,3	35,6	31,3	3,7	24,7	2,6	7,9	7,6	36,0	64,0	41,1	32,8	22,9	6,6	7,4
2.Hj.	100,0	75,1	36,1	31,2	3,2	24,9	2,9	8,2	6,9	36,7	63,4	40,9	32,3	22,4	5,6	7,9
2024 1.Hj.	100,0	75,0	36,2	31,1	3,3	25,0	2,9	8,2	6,5	34,7	65,3	40,9	32,5	24,4	6,1	7,6
2.Hj. p)	100,0	75,2	36,6	30,8	3,7	24,9	2,9	8,2	7,5	36,3	63,7	40,6	32,5	23,1	5,6	7,6

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		EBITDA 1)		EBITDA 1) in % des Umsatzes					EBIT 2)		EBIT 2) in % des Umsatzes				
					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)		
							1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil
	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%
Insgesamt																
2017	1 719,3	5,1	243,4	14,6	14,2	1,2	7,0	11,0	18,0	141,9	33,3	8,3	1,8	2,5	6,8	12,1
2018 6)	1 706,8	0,7	232,8	– 0,9	13,6	– 0,2	6,1	10,6	17,8	129,2	– 6,3	7,6	– 0,6	2,1	6,5	11,9
2019	1 764,6	2,6	233,6	0,4	13,2	– 0,3	6,9	12,2	19,2	105,5	– 17,9	6,0	– 1,5	1,6	5,8	11,8
2020	1 632,8	– 8,8	213,6	– 7,7	13,1	0,2	6,5	11,5	17,9	52,1	– 41,0	3,2	– 2,1	– 0,8	4,9	10,5
2021	1 994,7	20,4	297,7	37,7	14,9	1,9	7,8	13,4	19,9	161,5	212,6	8,1	5,0	2,9	8,2	12,2
2022	2 431,3	20,8	324,8	7,8	13,4	– 1,6	6,4	11,8	18,4	170,0	3,5	7,0	– 1,2	1,6	6,6	12,4
2023	2 238,3	– 7,7	323,6	0,4	14,5	1,2	6,1	12,2	17,9	170,0	0,9	7,6	0,7	1,8	6,6	11,5
2024 p)	2 199,6	– 2,0	326,7	1,3	14,9	0,5	5,7	11,7	18,5	170,0	– 0,6	7,7	0,1	1,2	5,9	12,0
2020 1.Hj.	744,5	– 14,4	78,2	– 34,1	10,5	– 3,0	4,8	9,9	16,7	7,9	– 88,0	1,1	– 5,3	– 2,1	3,5	8,8
2.Hj.	888,4	– 3,3	135,4	17,1	15,2	2,8	7,6	13,2	19,8	44,2	8,6	5,0	0,7	1,7	6,5	11,6
2021 1.Hj.	920,0	20,3	151,5	87,2	16,5	5,9	7,4	12,6	19,5	84,5	.	9,2	8,3	2,3	7,8	12,2
2.Hj.	1 075,6	20,4	146,4	8,1	13,6	– 1,6	7,9	13,2	20,8	77,0	73,1	7,2	2,2	2,9	7,7	13,4
2022 1.Hj.	1 149,7	23,5	161,0	4,8	14,0	– 2,5	6,1	11,5	18,4	84,9	– 1,6	7,4	– 1,9	1,6	6,4	11,8
2.Hj.	1 283,3	18,5	163,9	11,0	12,8	– 0,9	5,9	11,6	18,9	85,2	9,1	6,6	– 0,6	1,7	6,7	12,9
2023 1.Hj.	1 112,0	– 3,0	172,0	7,8	15,5	1,6	6,4	10,8	17,5	98,1	16,9	8,8	1,5	1,2	6,5	10,8
2.Hj.	1 127,6	– 12,0	151,7	– 6,8	13,5	0,8	6,3	12,5	19,8	71,9	– 15,0	6,4	– 0,2	1,2	7,0	13,0
2024 1.Hj.	1 075,5	– 3,3	160,7	– 5,9	14,9	– 0,4	6,1	11,0	16,7	89,7	– 8,4	8,3	– 0,5	1,6	5,9	10,3
2.Hj. p)	1 128,5	– 0,7	166,0	9,4	14,7	1,4	5,6	12,0	20,1	79,9	9,8	7,1	0,7	1,2	6,1	12,2
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 7)																
2017	1 396,0	5,5	187,5	16,6	13,4	1,3	7,1	11,0	15,8	112,6	40,6	8,1	2,0	3,2	6,8	10,4
2018 6)	1 367,7	1,0	175,7	– 1,5	12,9	– 0,3	6,9	10,7	15,8	100,7	– 7,1	7,4	– 0,6	2,9	7,0	11,3
2019	1 411,0	2,0	168,1	– 4,4	11,9	– 0,8	6,9	11,4	16,6	76,3	– 23,8	5,4	– 1,8	1,4	5,8	10,1
2020	1 285,2	– 9,4	143,6	– 8,6	11,2	0,1	5,4	10,6	16,4	29,1	– 48,1	2,3	– 2,3	– 0,8	4,3	9,8
2021	1 585,7	22,4	208,8	46,0	13,2	2,1	7,9	12,8	17,5	118,6	325,6	7,5	5,4	2,8	7,8	11,1
2022	1 957,3	21,7	222,9	4,7	11,4	– 1,8	6,9	11,3	16,2	116,2	– 4,7	5,9	– 1,6	1,8	6,5	10,7
2023	1 783,8	– 8,2	233,7	5,7	13,1	1,7	7,2	11,3	16,0	124,1	7,6	7,0	1,0	2,1	6,6	11,3
2024 p)	1 697,5	– 3,9	230,2	– 0,8	13,6	0,4	5,7	11,8	17,4	118,0	– 4,8	7,0	– 0,1	1,7	6,0	11,8
2020 1.Hj.	580,6	– 16,0	49,0	– 42,4	8,4	– 3,8	4,4	8,8	14,9	0,2	– 101,7	0,0	– 6,2	– 2,4	3,1	7,8
2.Hj.	704,6	– 3,0	94,6	25,4	13,4	3,4	6,4	11,9	18,4	28,9	19,6	4,1	1,1	0,3	6,0	10,4
2021 1.Hj.	731,9	24,0	111,2	126,9	15,2	6,9	8,2	12,6	18,6	66,7	.	9,1	9,3	3,0	8,1	12,1
2.Hj.	854,2	21,1	97,7	3,8	11,4	– 1,9	7,8	12,2	17,4	51,9	80,7	6,1	2,0	2,6	6,9	11,4
2022 1.Hj.	923,3	23,8	110,8	– 2,5	12,0	– 3,3	7,5	11,4	16,2	59,0	– 14,2	6,4	– 2,8	2,3	6,3	10,3
2.Hj.	1 035,7	19,9	112,2	13,1	10,8	– 0,7	5,9	10,8	16,7	57,4	7,7	5,5	– 0,6	1,3	6,4	11,4
2023 1.Hj.	894,9	– 2,9	128,9	16,7	14,4	2,4	7,0	11,7	16,2	76,7	30,5	8,6	2,2	2,1	6,6	10,7
2.Hj.	889,9	– 13,0	104,8	– 5,0	11,8	1,0	6,6	12,3	17,3	47,5	– 16,0	5,3	– 0,2	1,7	6,6	11,9
2024 1.Hj.	838,3	– 4,9	119,9	– 5,8	14,3	– 0,1	7,4	11,3	16,5	71,2	– 6,8	8,5	– 0,2	2,7	6,3	10,3
2.Hj. p)	863,4	– 2,8	110,2	5,4	12,8	1,0	5,6	11,3	17,0	46,5	– 1,7	5,4	0,1	0,0	6,0	11,3
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2017	323,3	3,5	55,8	8,3	17,3	0,8	6,8	11,1	23,0	29,4	11,4	9,1	0,6	2,1	6,9	15,1
2018 6)	339,1	– 0,6	57,1	1,3	16,8	0,3	5,5	10,5	24,7	28,5	– 3,5	8,4	– 0,3	1,4	5,7	16,6
2019	353,6	4,8	65,4	15,2	18,5	1,7	6,9	13,8	24,5	29,2	2,8	8,3	– 0,2	2,4	5,9	16,2
2020	347,6	– 6,1	70,0	– 5,4	20,1	0,1	7,2	13,5	22,1	23,0	– 22,1	6,6	– 1,4	– 0,6	6,5	12,2
2021	408,9	12,9	88,9	21,6	21,7	1,6	7,7	15,1	23,9	42,8	79,8	10,5	3,9	2,9	8,9	15,5
2022	474,0	17,4	101,9	15,3	21,5	– 0,4	5,2	13,4	22,8	53,8	26,4	11,4	0,8	1,0	7,3	14,5
2023	454,6	– 5,6	89,9	– 11,2	19,8	– 1,3	5,6	13,0	22,5	45,9	– 13,7	10,1	– 1,0	1,6	6,9	13,2
2024 p)	502,1	5,2	96,5	6,6	19,2	0,3	4,8	11,5	19,9	52,0	10,4	10,4	0,5	0,8	5,5	12,6
2020 1.Hj.	163,9	– 8,1	29,2	– 9,4	17,8	– 0,3	5,6	10,8	21,3	7,7	– 36,4	4,7	– 2,1	– 2,1	4,3	11,1
2.Hj.	183,8	– 4,2	40,8	– 2,2	22,2	0,4	9,2	14,7	23,3	15,3	– 12,8	8,3	– 0,9	2,6	7,5	13,3
2021 1.Hj.	188,1	7,6	40,3	26,1	21,4	3,1	6,6	12,4	24,5	17,8	120,0	9,5	4,8	0,8	6,7	13,6
2.Hj.	221,4	17,9	48,7	18,2	22,0	0,1	9,6	16,9	25,0	25,1	59,2	11,3	3,0	4,2	9,6	17,4
2022 1.Hj.	226,3	22,0	50,1	25,3	22,2	0,6	4,6	11,7	21,1	25,9	46,4	11,5	1,9	– 0,5	6,5	14,2
2.Hj.	247,6	13,4	51,8	7,0	20,9	– 1,3	5,2	14,7	24,2	27,9	12,1	11,3	– 0,1	2,2	7,7	16,6
2023 1.Hj.	217,1	– 3,6	43,1	– 11,8	19,9	– 1,9	4,7	9,9	19,5	21,5	– 14,4	9,9	– 1,3	– 2,2	4,6	12,7
2.Hj.	237,7	– 7,5	46,8	– 10,7	19,7	– 0,7	5,9	14,8	23,5	24,4	– 13,0	10,3	– 0,7	0,9	7,5	16,1
2024 1.Hj.	237,2	3,0	40,7	– 6,0	17,2	– 1,7	5,5	8,7	17,1	18,5	– 14,1	7,8	– 1,6	– 0,3	3,7	9,4
2.Hj. p)	265,1	7,2	55,8	18,2	21,0	1,9	5,6	13,5	24,9	33,5	31,4	12,6	2,3	2,2	7,4	15,8

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation - Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte (operatives Ergebnis vor Abschreibungen). **2** Earnings before interest and taxes - Ergebnis vor Zinsen und Steuern (operatives Ergebnis). **3** Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. **4** Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 3. **5** Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 6. **6** Ab 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken. **7** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2022	2023	2024	2024		2025			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April r)	Mai p)
I. Leistungsbilanz	− 19 291	+ 244 539	+ 397 986	+ 105 700	+ 101 058	+ 64 760	+ 42 193	+ 18 047	+ 1 017
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 875 131	2 814 975	2 819 192	696 636	718 301	740 053	271 882	238 917	237 400
Ausgaben	2 920 653	2 563 478	2 455 532	615 407	627 342	630 830	219 911	211 637	206 455
Saldo	− 45 522	+ 251 497	+ 363 661	+ 81 229	+ 90 959	+ 109 223	+ 51 970	+ 27 280	+ 30 945
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 346 067	1 391 726	1 520 165	391 693	393 712	366 481	126 302	122 327	126 268
Ausgaben	1 178 322	1 259 636	1 354 328	338 781	365 856	348 297	117 681	114 308	109 519
Saldo	+ 167 744	+ 132 091	+ 165 836	+ 52 912	+ 27 856	+ 18 184	+ 8 621	+ 8 018	+ 16 748
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	1 083 935	1 283 668	1 348 918	328 957	362 120	322 048	112 775	112 651	113 127
Ausgaben	1 051 109	1 253 937	1 308 900	315 564	327 014	336 423	115 183	115 590	147 922
Saldo	+ 32 826	+ 29 731	+ 40 018	+ 13 393	+ 35 106	− 14 375	− 2 408	− 2 939	− 34 795
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	170 461	182 729	190 545	44 387	51 728	47 663	17 705	15 626	17 639
Ausgaben	344 802	351 509	362 074	86 222	104 590	95 936	33 695	29 939	29 520
Saldo	− 174 340	− 168 780	− 171 529	− 41 835	− 52 862	− 48 272	− 15 990	− 14 312	− 11 881
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 148 797	+ 41 336	+ 4 864	+ 4 559	+ 12 085	+ 5 417	+ 3 386	+ 1 899	+ 1 888
III. Kapitalbilanz 1)	+ 58 256	+ 311 994	+ 469 536	+ 151 850	+ 87 192	+ 55 437	+ 28 744	+ 35 916	+ 42 353
1. Direktinvestitionen	+ 252 360	+ 47 426	+ 159 332	+ 12 746	− 20 586	+ 24 281	− 16 982	− 12 828	+ 29 392
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 142 024	− 306 703	+ 143 876	− 2 433	+ 57 742	+ 90 532	− 14 095	+ 45 435	+ 31 885
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	− 110 336	− 354 129	− 15 455	− 15 178	+ 78 328	+ 66 252	+ 2 886	+ 58 264	+ 2 493
2. Wertpapieranlagen	− 250 071	− 54 629	− 74 312	− 26 420	+ 58 556	+ 30 594	+ 31 130	+ 64 940	− 49 163
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	− 156 307	+ 482 627	+ 770 469	+ 195 524	+ 219 728	+ 206 146	+ 64 996	+ 19 693	+ 47 133
Aktien und Investmentfondsanteile	− 157 320	+ 93 507	+ 240 647	+ 61 463	+ 88 400	+ 18 109	− 9 271	− 2 858	+ 2 674
kurzfristige Schuldverschreibungen	− 105 508	+ 116 046	+ 113 672	+ 31 169	+ 59 464	+ 8 087	− 2 835	+ 20 408	− 6 539
langfristige Schuldverschreibungen	+ 106 521	+ 273 074	+ 416 151	+ 102 892	+ 71 864	+ 179 951	+ 77 102	+ 2 142	+ 50 998
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 93 764	+ 537 256	+ 844 781	+ 221 944	+ 161 172	+ 175 552	+ 33 867	− 45 248	+ 96 295
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 61 844	+ 172 029	+ 408 732	+ 129 626	+ 116 126	+ 111 777	+ 3 002	− 16 118	− 2 953
kurzfristige Schuldverschreibungen	− 73 996	− 16 539	− 17 850	+ 11 534	− 3 372	+ 8 983	+ 32 033	− 17 464	+ 2 249
langfristige Schuldverschreibungen	+ 105 916	+ 381 766	+ 453 899	+ 80 785	+ 48 418	+ 54 792	− 1 168	− 11 666	+ 96 999
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 107 079	+ 8 143	+ 47 347	− 4 576	+ 18 941	− 6 300	− 18 100	− 8 499	+ 15 291
4. Übriger Kapitalverkehr	− 69 012	+ 323 421	+ 332 521	+ 174 054	+ 26 571	+ 7 673	+ 33 254	− 12 853	+ 44 561
Eurosystem	+ 172 687	+ 317 994	+ 39 516	+ 30 524	− 47 701	+ 40 115	+ 19 812	+ 3 131	+ 10 464
Staat	− 51 208	− 7 594	− 23 241	− 27 099	+ 14 693	− 26 021	− 21 949	− 9 548	− 548
Monetäre Finanzinstitute 2)	− 305 856	+ 155 902	+ 360 510	+ 167 227	+ 46 386	− 432	− 10 804	− 1 182	+ 47 322
Unternehmen und Privatpersonen	+ 115 365	− 142 881	− 44 263	+ 3 402	+ 13 193	− 5 989	+ 46 194	− 5 254	− 12 676
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 17 900	− 12 368	+ 4 648	− 3 954	+ 3 709	− 811	− 557	+ 5 156	+ 2 271
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	− 71 249	+ 26 118	+ 66 686	+ 41 590	− 25 951	− 14 741	− 16 835	+ 15 969	+ 39 448

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Zunahme: + / Abnahme: -. **2** Ohne Eurosystem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensänderungsbilanz [2]	Kapitalbilanz [3]		Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [4]
	Insgesamt	Warenhandel: Insgesamt	Warenhandel: darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo [1]	Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen		Insgesamt	darunter: Währungsreserven	
2010	+ 150 210	+ 159 328	− 8 801	− 25 147	+ 52 346	− 36 317	+ 19	+ 73 036	+ 1 613	− 77 192
2011	+ 172 827	+ 164 171	− 8 902	− 30 158	+ 70 336	− 31 523	− 1 070	+ 101 101	+ 2 836	− 70 657
2012	+ 201 277	+ 200 916	− 10 420	− 31 425	+ 67 297	− 35 511	− 2 167	+ 131 252	+ 1 297	− 67 858
2013	+ 192 346	+ 199 951	− 17 770	− 34 257	+ 66 870	− 40 218	− 2 970	+ 200 883	+ 838	+ 11 507
2014	+ 215 932	+ 218 515	− 15 863	− 22 941	+ 61 801	− 41 443	+ 336	+ 231 400	− 2 564	+ 15 132
2015	+ 250 088	+ 245 054	− 18 813	− 16 236	+ 60 040	− 38 770	− 1 769	+ 227 420	− 2 213	− 20 899
2016	+ 284 662	+ 250 397	− 21 830	− 18 346	+ 90 869	− 38 259	− 1 345	+ 269 282	+ 1 686	− 14 034
2017	+ 268 729	+ 257 041	− 12 757	− 21 212	+ 83 864	− 50 964	− 6 479	+ 274 766	− 1 269	+ 12 515
2018	+ 289 187	+ 218 739	− 27 726	− 14 010	+ 134 180	− 49 722	− 3 602	+ 261 115	+ 392	− 24 470
2019	+ 278 477	+ 213 201	− 39 862	− 14 443	+ 130 094	− 50 375	− 4 907	+ 200 831	− 544	− 72 739
2020	+ 218 031	+ 177 742	− 21 461	+ 6 633	+ 87 061	− 53 406	− 10 520	+ 168 954	− 51	− 38 557
2021	+ 254 406	+ 187 660	− 5 281	+ 3 833	+ 122 860	− 59 947	− 3 480	+ 205 068	+ 31 892	− 45 858
2022	+ 152 037	+ 133 232	+ 19 937	− 32 035	+ 119 281	− 68 441	− 20 743	+ 150 721	+ 4 426	+ 19 427
2023	+ 232 793	+ 227 114	− 28 799	− 63 437	+ 136 787	− 67 671	− 26 771	+ 195 438	+ 884	− 10 584
2024	+ 243 782	+ 236 866	− 41 809	− 74 825	+ 150 268	− 68 528	− 22 856	+ 253 030	− 1 440	+ 32 104
2022 3.Vj.	+ 23 992	+ 31 087	+ 8 246	− 21 778	+ 32 105	− 17 423	− 6 581	− 21 278	+ 784	− 38 689
4.Vj.	+ 46 330	+ 32 455	− 3 162	− 5 879	+ 41 418	− 21 665	− 5 670	+ 60 460	+ 845	+ 19 801
2023 1.Vj.	+ 61 696	+ 54 420	− 6 386	− 9 381	+ 33 261	− 16 605	− 13 907	+ 59 707	+ 224	+ 11 918
2.Vj.	+ 39 737	+ 52 656	− 4 743	− 17 533	+ 14 724	− 10 110	− 3 996	+ 34 049	+ 1 096	− 1 692
3.Vj.	+ 59 434	+ 58 486	− 7 531	− 24 379	+ 41 173	− 15 846	− 3 887	+ 30 242	− 790	− 25 305
4.Vj.	+ 71 926	+ 61 552	− 10 139	− 12 145	+ 47 629	− 25 110	− 4 981	+ 71 440	+ 355	+ 4 495
2024 1.Vj.	+ 83 801	+ 69 035	− 9 191	− 9 646	+ 40 263	− 15 850	− 9 216	+ 47 670	+ 378	− 26 916
2.Vj.	+ 60 520	+ 66 772	− 10 392	− 19 506	+ 23 411	− 10 157	− 2 467	+ 29 038	+ 746	− 29 014
3.Vj.	+ 54 091	+ 56 166	− 9 241	− 26 960	+ 40 186	− 15 301	− 4 670	+ 88 089	− 890	+ 38 668
4.Vj.	+ 45 369	+ 44 892	− 12 985	− 18 712	+ 46 409	− 27 220	− 6 503	+ 88 232	− 1 674	+ 49 366
2025 1.Vj.	+ 74 457	+ 54 573	− 7 286	− 12 378	+ 48 213	− 15 951	− 6 310	+ 83 997	+ 796	+ 15 850
2.Vj. p)	+ 44 957	+ 45 713	− 9 583	− 18 442	+ 28 457	− 10 771	− 8 150	+ 100 017	+ 895	+ 63 210
2023 Jan.	+ 15 005	+ 11 041	− 1 208	− 2 230	+ 11 182	− 4 989	− 5 965	− 13 386	− 341	− 22 426
Febr.	+ 19 943	+ 18 856	− 1 904	− 3 052	+ 9 280	− 5 142	− 1 915	+ 23 790	+ 143	+ 5 763
März	+ 26 748	+ 24 523	− 3 274	− 4 099	+ 12 799	− 6 474	− 6 026	+ 49 303	+ 423	+ 28 581
April	+ 16 574	+ 14 851	− 1 226	− 4 192	+ 10 957	− 5 041	− 343	− 28 449	+ 88	− 44 680
Mai	+ 3 703	+ 15 916	− 261	− 6 228	− 5 840	− 145	− 2 364	+ 7 821	+ 45	+ 6 482
Juni	+ 19 460	+ 21 889	− 3 255	− 7 113	+ 9 608	− 4 924	− 1 289	+ 54 678	+ 962	+ 36 507
Juli	+ 16 515	+ 18 549	− 2 296	− 7 866	+ 11 692	− 5 860	− 4 672	− 4 861	− 118	− 16 704
Aug.	+ 19 516	+ 19 670	− 2 248	− 10 479	+ 15 412	− 5 087	− 683	+ 33 984	− 107	+ 15 150
Sept.	+ 23 403	+ 20 267	− 2 986	− 6 035	+ 14 070	− 4 898	+ 1 467	+ 1 119	− 566	− 23 751
Okt.	+ 18 061	+ 21 226	− 2 394	− 10 961	+ 14 061	− 6 265	− 3 426	+ 5 057	+ 858	− 9 578
Nov.	+ 29 176	+ 23 576	− 4 755	− 3 224	+ 14 992	− 6 169	− 3 838	+ 30 547	+ 65	+ 5 209
Dez.	+ 24 689	+ 16 749	− 2 991	+ 2 039	+ 18 576	− 12 675	+ 2 283	+ 35 836	− 569	+ 8 864
2024 Jan.	+ 27 850	+ 23 092	− 1 915	− 4 326	+ 13 658	− 4 574	− 6 188	+ 9 653	− 249	− 12 009
Febr.	+ 27 305	+ 23 391	− 3 698	− 2 005	+ 10 929	− 5 010	− 2 024	+ 14 651	+ 1 193	− 10 630
März	+ 28 646	+ 22 552	− 3 577	− 3 315	+ 15 676	− 6 267	− 1 003	+ 23 366	− 566	− 4 277
April	+ 24 627	+ 24 041	− 3 183	− 6 304	+ 10 564	− 3 673	− 2 876	− 3 068	− 317	− 24 819
Mai	+ 15 604	+ 22 392	− 2 667	− 7 251	+ 1 938	− 1 475	− 1 783	+ 22 060	+ 156	+ 8 239
Juni	+ 20 289	+ 20 340	− 4 542	− 5 951	+ 10 909	− 5 009	+ 2 192	+ 10 046	+ 908	− 12 434
Juli	+ 18 326	+ 20 860	− 2 053	− 9 487	+ 12 715	− 5 762	− 2 550	+ 43 838	− 1 194	+ 28 062
Aug.	+ 15 788	+ 17 198	− 3 872	− 10 347	+ 14 033	− 5 097	+ 450	+ 5 238	− 552	− 11 000
Sept.	+ 19 977	+ 18 108	− 3 317	− 7 126	+ 13 438	− 4 442	− 2 570	+ 39 012	+ 855	+ 21 606
Okt.	+ 12 492	+ 14 749	− 1 109	− 11 069	+ 14 781	− 5 970	− 2 618	+ 9 603	− 1 367	− 270
Nov.	+ 19 665	+ 18 795	− 5 387	− 6 311	+ 14 449	− 7 269	− 1 310	+ 32 605	+ 1 671	+ 14 250
Dez.	+ 13 213	+ 11 348	− 6 490	− 1 332	+ 17 178	− 13 981	− 2 574	+ 46 025	− 1 977	+ 35 386
2025 Jan.	+ 15 026	+ 13 755	− 671	− 6 042	+ 12 888	− 5 575	− 1 482	+ 14 016	+ 1 192	+ 472
Febr.	+ 26 505	+ 20 476	− 838	− 4 024	+ 15 294	− 5 241	− 2 913	+ 638	− 64	− 22 954
März	+ 32 926	+ 20 343	− 5 776	− 2 312	+ 20 031	− 5 135	− 1 915	+ 69 343	− 332	+ 38 332
April	+ 18 900	+ 15 355	− 1 545	− 6 321	+ 14 416	− 4 550	− 1 701	+ 18 560	+ 516	+ 1 361
Mai r)	+ 7 461	+ 14 956	− 5 228	− 5 001	− 1 187	− 1 308	− 2 863	+ 32 091	+ 640	+ 27 493
Juni p)	+ 18 596	+ 15 402	− 2 810	− 7 121	+ 15 228	− 4 913	− 3 586	+ 49 366	− 261	+ 34 356

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. **2** Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen. **3** Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -. **4** Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2022	2023	2024	2025 Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 594 342	1 575 209	1 548 758	125 133	129 944	140 260	131 732	130 280	128 668
	Einfuhr	1 506 254	1 357 465	1 307 598	112 077	111 124	117 532	115 703	112 450	113 166
	Saldo	+ 88 088	+ 217 744	+ 241 161	+ 13 056	+ 18 820	+ 22 728	+ 16 029	+ 17 830	+ 15 501
I. Europäische Länder	Ausfuhr	1 091 862	1 072 633	1 053 375	87 974	89 046	96 176	91 580	91 258	91 654
	Einfuhr	973 845	874 238	835 486	70 150	73 271	74 559	73 621	71 965	72 236
	Saldo	+ 118 016	+ 198 396	+ 217 890	+ 17 824	+ 15 775	+ 21 617	+ 17 959	+ 19 294	+ 19 418
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	878 946	859 537	838 756	70 013	70 146	76 907	73 005	72 376	73 018
	Einfuhr	738 272	712 019	679 220	54 853	58 426	60 212	59 898	58 598	59 388
	Saldo	+ 140 674	+ 147 518	+ 159 535	+ 15 159	+ 11 719	+ 16 695	+ 13 107	+ 13 777	+ 13 630
Euroraum (20)	Ausfuhr	617 386	603 547	583 869	48 902	48 752	53 568	50 882	49 921	50 726
	Einfuhr	507 264	474 607	449 369	36 119	38 798	39 507	39 230	38 703	39 370
	Saldo	+ 110 121	+ 128 940	+ 134 500	+ 12 783	+ 9 954	+ 14 061	+ 11 652	+ 11 218	+ 11 356
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	70 927	67 497	64 888	5 588	5 257	5 797	5 552	5 552	5 327
	Einfuhr	67 200	56 141	51 158	4 039	4 087	4 387	4 325	4 248	4 150
	Saldo	+ 3 726	+ 11 356	+ 13 730	+ 1 550	+ 1 170	+ 1 409	+ 1 227	+ 1 304	+ 1 177
Frankreich	Ausfuhr	118 225	119 825	115 378	9 272	9 649	10 186	10 071	9 502	10 495
	Einfuhr	69 980	69 872	67 035	5 056	5 351	5 851	5 551	5 591	6 025
	Saldo	+ 48 244	+ 49 953	+ 48 342	+ 4 216	+ 4 299	+ 4 335	+ 4 520	+ 3 911	+ 4 469
Italien	Ausfuhr	89 149	85 403	80 250	6 708	6 860	7 615	6 879	6 875	7 152
	Einfuhr	73 271	71 323	67 321	5 232	6 756	6 055	6 011	6 074	6 223
	Saldo	+ 15 878	+ 14 080	+ 12 928	+ 1 476	+ 104	+ 1 561	+ 868	+ 800	+ 929
Niederlande	Ausfuhr	112 496	111 835	109 415	9 158	9 021	9 951	9 401	8 970	9 117
	Einfuhr	115 117	102 911	93 664	8 042	8 055	8 409	8 415	8 186	8 147
	Saldo	− 2 621	+ 8 924	+ 15 752	+ 1 116	+ 967	+ 1 541	+ 986	+ 784	+ 970
Österreich	Ausfuhr	90 280	80 355	76 341	6 388	6 339	6 901	6 668	6 449	6 408
	Einfuhr	58 161	53 744	50 922	4 062	4 384	4 482	4 644	4 552	4 482
	Saldo	+ 32 119	+ 26 610	+ 25 419	+ 2 326	+ 1 955	+ 2 420	+ 2 024	+ 1 897	+ 1 926
Spanien	Ausfuhr	49 973	54 037	53 525	4 619	4 596	5 234	4 891	4 961	4 769
	Einfuhr	37 636	38 636	37 975	3 114	3 297	3 635	3 185	3 471	3 618
	Saldo	+ 12 337	+ 15 401	+ 15 550	+ 1 504	+ 1 299	+ 1 599	+ 1 706	+ 1 489	+ 1 151
Andere EU-Länder	Ausfuhr	261 561	255 990	254 887	21 110	21 394	23 339	22 123	22 454	22 292
	Einfuhr	231 008	237 412	229 851	18 734	19 628	20 705	20 669	19 895	20 018
	Saldo	+ 30 553	+ 18 578	+ 25 036	+ 2 376	+ 1 765	+ 2 634	+ 1 454	+ 2 559	+ 2 274
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	212 915	213 096	214 620	17 962	18 901	19 269	18 575	18 883	18 636
	Einfuhr	235 573	162 219	156 265	15 297	14 845	14 347	13 723	13 366	12 848
	Saldo	− 22 658	+ 50 878	+ 58 354	+ 2 664	+ 4 056	+ 4 922	+ 4 852	+ 5 516	+ 5 788
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	70 611	66 780	67 979	6 018	6 467	6 432	6 376	6 029	5 836
	Einfuhr	55 734	51 757	52 570	4 805	5 095	4 722	4 938	4 822	4 294
	Saldo	+ 14 877	+ 15 022	+ 15 409	+ 1 213	+ 1 372	+ 1 710	+ 1 438	+ 1 207	+ 1 542
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	73 767	78 427	80 325	6 625	6 611	6 848	6 065	7 153	7 098
	Einfuhr	40 452	36 770	36 163	3 641	3 506	3 491	3 033	3 098	2 947
	Saldo	+ 33 315	+ 41 657	+ 44 162	+ 2 985	+ 3 105	+ 3 357	+ 3 031	+ 4 055	+ 4 151
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	497 428	497 748	490 519	36 813	40 517	43 702	39 779	38 639	36 627
	Einfuhr	531 456	482 269	470 931	41 798	37 694	42 789	41 860	40 258	40 598
	Saldo	− 34 028	+ 15 480	+ 19 588	− 4 986	+ 2 823	+ 913	− 2 082	− 1 618	− 3 971
1. Afrika	Ausfuhr	26 462	28 742	26 282	2 343	2 289	2 468	2 427	2 345	2 160
	Einfuhr	34 242	32 477	32 115	2 933	2 413	2 965	2 853	2 774	3 017
	Saldo	− 7 781	− 3 735	− 5 833	− 590	− 124	− 497	− 426	− 429	− 857
2. Amerika	Ausfuhr	210 652	216 538	219 069	16 321	18 382	20 100	17 577	16 353	15 893
	Einfuhr	132 019	130 487	129 090	11 421	10 296	11 575	12 062	10 488	11 482
	Saldo	+ 78 632	+ 86 051	+ 89 979	+ 4 900	+ 8 087	+ 8 525	+ 5 515	+ 5 865	+ 4 411
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	156 208	157 930	161 386	11 973	13 965	15 241	13 069	11 778	11 544
	Einfuhr	93 346	94 634	91 529	7 914	7 045	8 440	8 561	7 234	8 186
	Saldo	+ 62 863	+ 63 296	+ 69 856	+ 4 059	+ 6 920	+ 6 801	+ 4 508	+ 4 544	+ 3 358
3. Asien	Ausfuhr	246 289	238 709	232 138	17 277	18 878	20 151	18 824	18 887	17 321
	Einfuhr	357 680	313 055	303 959	26 889	24 502	27 663	26 463	26 369	25 573
	Saldo	− 111 390	− 74 346	− 71 821	− 9 612	− 5 624	− 7 512	− 7 638	− 7 483	− 8 252
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	29 648	32 039	33 896	2 776	2 915	3 028	2 748	2 855	2 468
	Einfuhr	13 308	16 057	11 461	730	765	983	1 028	1 002	884
	Saldo	+ 16 341	+ 15 983	+ 22 436	+ 2 046	+ 2 150	+ 2 045	+ 1 720	+ 1 853	+ 1 584
Japan	Ausfuhr	20 511	20 238	21 562	1 784	2 483	1 760	1 757	2 577	1 598
	Einfuhr	25 420	25 568	22 618	1 784	1 833	1 913	1 900	1 915	1 902
	Saldo	− 4 909	− 5 330	− 1 056	+ 0	+ 650	− 154	− 143	+ 662	− 304
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	106 762	97 346	89 931	6 220	6 504	7 839	7 111	6 879	6 838
	Einfuhr	192 855	156 831	156 603	14 152	12 704	13 979	13 366	13 591	13 567
	Saldo	− 86 093	− 59 484	− 66 673	− 7 931	− 6 200	− 6 140	− 6 255	− 6 712	− 6 730
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	63 344	60 971	58 596	4 515	4 725	4 936	4 813	4 590	4 461
	Einfuhr	70 936	66 716	61 971	5 317	4 794	5 878	5 460	5 220	4 968
	Saldo	− 7 592	− 5 745	− 3 375	− 802	− 68	− 942	− 648	− 630	− 506
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	14 024	13 759	13 030	872	968	983	949	1 055	1 253
	Einfuhr	7 514	6 249	5 767	554	483	586	482	626	526
	Saldo	+ 6 510	+ 7 510	+ 7 263	+ 317	+ 484	+ 398	+ 467	+ 428	+ 727

***** Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. Euroraum einschl. Kroatien. **1** Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. **2** Ohne Hongkong. **3** Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen		
		darunter:										
	Insgesamt	Transportleistungen	Reiseverkehr [1]	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	Regierungsleistungen [2]	Arbeitnehmerentgelt	Vermögenseinkommen	Sonstiges Primäreinkommen [3]
2020	+ 6 633	− 5 392	− 14 678	+ 9 696	+ 18 149	− 7 941	− 4 483	+ 2 919	+ 5 434	+ 83 611	− 1 984
2021	+ 3 833	− 5 966	− 24 323	+ 8 648	+ 32 149	− 9 354	− 9 557	+ 3 295	+ 5 294	+ 120 632	− 3 065
2022	− 32 035	− 10 481	− 54 946	+ 9 115	+ 29 937	− 11 073	− 9 429	+ 3 865	+ 5 502	+ 119 168	− 5 390
2023	− 63 437	− 10 495	− 71 774	+ 9 412	+ 21 684	− 10 961	− 15 676	+ 3 402	+ 6 153	+ 134 966	− 4 332
2024	− 74 825	− 10 849	− 74 060	+ 11 129	+ 17 826	− 10 529	− 21 125	+ 3 493	+ 6 103	+ 143 900	+ 266
2023 4.Vj.	− 12 145	− 3 022	− 17 021	+ 2 245	+ 6 003	− 885	− 2 769	+ 668	+ 1 846	+ 43 367	+ 2 416
2024 1.Vj.	− 9 646	− 1 925	− 11 040	+ 2 890	+ 4 919	− 3 548	− 4 354	+ 976	+ 1 829	+ 38 712	− 279
2.Vj.	− 19 506	− 2 083	− 19 410	+ 2 890	+ 4 678	− 2 275	− 6 213	+ 748	+ 1 355	+ 22 999	− 943
3.Vj.	− 26 960	− 2 628	− 25 954	+ 2 623	+ 4 338	− 3 244	− 5 196	+ 868	+ 1 105	+ 40 422	− 1 341
4.Vj.	− 18 712	− 4 213	− 17 656	+ 2 726	+ 3 891	− 1 462	− 5 362	+ 901	+ 1 814	+ 41 767	+ 2 828
2025 1.Vj.	− 12 378	− 2 959	− 11 813	+ 2 829	+ 5 474	− 3 433	− 5 736	+ 921	+ 1 871	+ 47 696	− 1 354
2.Vj. p)	− 18 442	− 2 827	− 20 171	+ 2 839	+ 4 897	− 1 915	− 4 940	+ 751	+ 1 387	+ 28 424	− 1 354
2024 Aug.	− 10 347	− 810	− 9 756	+ 705	+ 802	− 853	− 1 507	+ 291	+ 368	+ 14 123	− 458
Sept.	− 7 126	− 1 131	− 8 838	+ 909	+ 2 320	− 315	− 1 298	+ 298	+ 369	+ 13 538	− 469
Okt.	− 11 069	− 1 371	− 10 914	+ 983	+ 2 319	− 1 509	− 1 729	+ 329	+ 546	+ 13 344	+ 892
Nov.	− 6 311	− 1 380	− 4 692	+ 888	+ 1 210	− 1 038	− 2 523	+ 458	+ 543	+ 12 959	+ 947
Dez.	− 1 332	− 1 462	− 2 050	+ 854	+ 362	+ 1 085	− 1 110	+ 114	+ 725	+ 15 464	+ 990
2025 Jan.	− 6 042	− 1 009	− 3 863	+ 853	+ 1 894	− 1 702	− 2 940	+ 316	+ 623	+ 12 742	− 477
Febr.	− 4 024	− 1 163	− 3 278	+ 897	+ 1 076	− 1 487	− 1 241	+ 307	+ 623	+ 15 101	− 430
März	− 2 312	− 788	− 4 671	+ 1 079	+ 2 505	− 244	− 1 555	+ 298	+ 625	+ 19 852	− 447
April	− 6 321	− 705	− 6 472	+ 840	+ 2 055	− 1 166	− 2 146	+ 301	+ 462	+ 14 416	− 463
Mai r)	− 5 001	− 815	− 5 809	+ 1 058	+ 1 603	− 779	− 1 431	+ 249	+ 462	− 1 228	− 421
Juni p)	− 7 121	− 1 306	− 7 890	+ 940	+ 1 239	+ 29	− 1 363	+ 201	+ 462	+ 15 237	− 470

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. **2** Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen ausländischer militärischer Dienststellen. **3** Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen							Vermögensänderungsbilanz		
		Staat			Alle Sektoren ohne Staat [2]					
			darunter:			darunter:				
	Insgesamt	Insgesamt	Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit [1]	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.	Insgesamt	Persönliche Übertragungen [3]	darunter: Heimatüberweisungen	Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2020	− 53 406	− 35 008	− 11 620	+ 10 959	− 18 398	− 5 920	− 5 908	− 10 520	− 3 547	− 6 973
2021	− 59 947	− 37 264	− 8 935	+ 11 840	− 22 683	− 6 178	− 6 170	− 3 480	− 582	− 2 899
2022	− 68 441	− 40 473	− 15 081	+ 14 036	− 27 968	− 8 029	− 7 149	− 20 743	− 16 009	− 4 733
2023	− 67 671	− 36 704	− 14 101	+ 14 605	− 30 967	− 7 420	− 6 805	− 26 771	− 19 265	− 7 507
2024	− 68 528	− 34 992	− 14 547	+ 14 881	− 33 536	− 8 345	− 7 734	− 22 856	− 15 793	− 7 063
2023 4.Vj.	− 25 110	− 13 029	− 6 062	+ 2 172	− 12 081	− 1 847	− 1 691	− 4 981	− 3 393	− 1 588
2024 1.Vj.	− 15 850	− 9 019	− 3 322	+ 2 787	− 6 831	− 2 085	− 1 933	− 9 216	− 6 173	− 3 043
2.Vj.	− 10 157	− 2 986	− 2 323	+ 7 705	− 7 171	− 2 086	− 1 933	− 2 467	− 2 124	− 344
3.Vj.	− 15 301	− 9 026	− 2 389	+ 2 114	− 6 275	− 2 087	− 1 933	− 4 670	− 3 003	− 1 668
4.Vj.	− 27 220	− 13 961	− 6 513	+ 2 276	− 13 259	− 2 087	− 1 933	− 6 503	− 4 493	− 2 009
2025 1.Vj.	− 15 951	− 8 582	− 1 942	+ 3 359	− 7 369	− 2 035	− 2 028	− 6 310	− 4 850	− 1 460
2.Vj. p)	− 10 771	− 4 350	− 1 861	+ 7 255	− 6 421	− 2 035	− 2 028	− 8 150	− 7 505	− 644
2024 Aug.	− 5 097	− 3 168	− 540	+ 520	− 1 929	− 695	− 644	+ 450	+ 790	− 340
Sept.	− 4 442	− 2 326	− 760	+ 1 191	− 2 116	− 696	− 644	− 2 570	− 1 907	− 663
Okt.	− 5 970	− 3 559	− 1 229	+ 510	− 2 411	− 693	− 641	− 2 618	− 2 231	− 388
Nov.	− 7 269	− 4 883	− 2 185	+ 458	− 2 386	− 692	− 641	− 1 310	− 564	− 746
Dez.	− 13 981	− 5 520	− 3 099	+ 1 307	− 8 462	− 702	− 652	− 2 574	− 1 699	− 876
2025 Jan.	− 5 575	− 3 380	− 698	+ 756	− 2 195	− 679	− 676	− 1 482	− 370	− 1 112
Febr.	− 5 241	− 3 037	− 685	+ 1 277	− 2 204	− 678	− 676	− 2 913	− 2 552	− 361
März	− 5 135	− 2 166	− 559	+ 1 326	− 2 969	− 678	− 676	− 1 915	− 1 928	+ 13
April	− 4 550	− 2 551	− 446	+ 1 024	− 1 999	− 678	− 676	− 1 701	− 1 559	− 142
Mai r)	− 1 308	+ 1 005	− 411	+ 5 033	− 2 314	− 679	− 676	− 2 863	− 2 597	− 266
Juni p)	− 4 913	− 2 804	− 1 004	+ 1 197	− 2 108	− 679	− 676	− 3 586	− 3 350	− 236

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. **2** Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). **3** Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2022	2023	2024	2024	2025				
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. p)	April	Mai r)	Juni p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 301 274	+ 289 509	+ 492 973	+ 25 927	+ 347 024	+ 230 960	+ 84 389	+ 40 778	+ 105 793
1. Direktinvestitionen	+ 142 394	+ 95 801	+ 73 750	+ 409	+ 36 993	+ 33 604	+ 14 695	− 4 439	+ 23 348
Beteiligungskapital	+ 77 311	+ 41 499	+ 60 401	+ 6 226	+ 21 744	+ 28 257	+ 9 282	+ 9 864	+ 9 110
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 42 816	+ 26 890	+ 46 610	+ 6 051	+ 18 629	+ 16 102	+ 7 656	+ 4 989	+ 3 457
Direktinvestitionskredite	+ 65 083	+ 54 301	+ 13 349	− 5 817	+ 15 248	+ 5 348	+ 5 414	− 14 303	+ 14 237
2. Wertpapieranlagen	+ 11 568	+ 154 690	+ 219 810	+ 37 636	+ 120 934	+ 95 989	+ 7 624	+ 43 094	+ 45 271
Aktien 2)	− 15 196	− 4 848	+ 4 784	− 5 852	+ 9 795	+ 6 248	− 5 778	+ 7 807	+ 4 219
Investmentfondsanteile 3)	+ 32 299	+ 29 530	+ 112 082	+ 41 939	+ 41 863	+ 25 082	+ 2 173	+ 12 165	+ 10 745
kurzfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 16 257	+ 6 516	+ 11 825	− 913	+ 1 513	+ 3 085	+ 190	+ 1 663	+ 1 232
langfristige Schuldverschreibungen 5)	− 21 791	+ 123 492	+ 91 119	+ 2 462	+ 67 762	+ 61 574	+ 11 040	+ 21 459	+ 29 075
3. Finanzderivate und Mitarbeiteroptionen 6)	+ 44 584	+ 35 751	+ 42 040	+ 6 191	+ 14 128	+ 19 030	+ 2 778	+ 8 181	+ 8 072
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 98 301	+ 2 383	+ 158 813	− 16 636	+ 174 173	+ 81 441	+ 58 776	− 6 698	+ 29 363
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 59 454	+ 42 146	+ 163 081	− 20 361	+ 124 920	+ 42 508	+ 7 990	− 6 917	+ 41 435
kurzfristig	+ 34 961	+ 16 508	+ 141 448	− 23 503	+ 111 449	+ 36 776	+ 1 063	− 6 565	+ 42 278
langfristig	+ 24 455	+ 25 571	+ 21 591	+ 3 098	+ 13 467	+ 5 721	+ 6 922	− 349	− 851
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 49 731	+ 124 975	+ 59 759	+ 32 960	+ 28 296	+ 58 797	+ 46 386	+ 8 184	+ 4 227
kurzfristig	+ 25 101	+ 106 012	+ 40 480	+ 28 721	+ 25 195	+ 56 194	+ 44 785	+ 8 085	+ 3 323
langfristig	− 7 699	+ 1 770	− 10 220	− 3 611	− 1 355	− 1 168	+ 170	− 687	− 651
Staat	− 25 051	+ 7 601	− 9 215	− 4 342	+ 359	− 1 341	− 1 927	+ 827	− 242
kurzfristig	− 23 462	+ 1 732	− 5 574	− 4 215	+ 864	− 793	− 1 810	+ 903	+ 114
langfristig	− 1 587	+ 5 854	− 3 701	− 188	− 505	− 621	− 192	− 74	− 356
Bundesbank	+ 14 167	− 172 339	− 54 813	− 24 893	+ 20 598	− 18 522	+ 6 327	− 8 792	− 16 057
5. Währungsreserven	+ 4 426	+ 884	− 1 440	− 1 674	+ 796	+ 895	+ 516	+ 640	− 261
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 150 553	+ 94 072	+ 239 943	− 62 305	+ 263 027	+ 130 942	+ 65 829	+ 8 687	+ 56 426
1. Direktinvestitionen	+ 81 451	+ 71 645	+ 43 438	− 19 994	+ 29 540	+ 26 855	+ 15 275	+ 2 499	+ 9 081
Beteiligungskapital	+ 41 127	+ 39 664	+ 38 938	+ 9 496	+ 8 035	+ 7 431	+ 8 258	− 435	− 392
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 20 572	+ 3 605	+ 8 390	+ 3 349	+ 7 085	− 3 127	− 941	− 1 598	− 588
Direktinvestitionskredite	+ 40 324	+ 31 980	+ 4 500	− 29 489	+ 21 505	+ 19 424	+ 7 017	+ 2 934	+ 9 473
2. Wertpapieranlagen	− 2 251	+ 152 519	+ 188 399	+ 36 549	+ 76 046	+ 34 556	− 7 350	+ 26 753	+ 15 153
Aktien 2)	− 5 717	− 13 172	− 5 628	− 1 337	+ 5 733	− 6 289	− 2 715	− 2 197	− 1 377
Investmentfondsanteile 3)	− 3 281	− 2 220	− 1 598	− 2 077	+ 5 785	+ 1 281	+ 634	− 88	+ 734
kurzfristige Schuldverschreibungen 4)	− 33 835	+ 8 689	− 14 682	+ 10 828	+ 7 712	− 3 800	− 13 230	+ 4 333	+ 5 097
langfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 40 581	+ 159 222	+ 210 306	+ 29 135	+ 56 815	+ 43 365	+ 7 960	+ 24 706	+ 10 699
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 71 354	− 130 092	+ 8 106	− 78 861	+ 157 441	+ 69 531	+ 57 904	− 20 566	+ 32 193
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 153 090	− 55 218	+ 55 688	− 87 373	+ 202 516	+ 7 407	+ 5 511	− 34 435	+ 36 330
kurzfristig	+ 160 861	− 88 243	+ 23 059	− 101 021	+ 197 731	+ 6 129	+ 10 501	− 38 540	+ 34 168
langfristig	− 7 773	+ 33 019	+ 32 636	+ 13 649	+ 4 784	+ 1 277	− 4 990	+ 4 105	+ 2 162
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 14 648	+ 64 406	+ 13 349	− 33 624	+ 8 611	+ 39 684	+ 45 367	+ 3 169	− 8 853
kurzfristig	− 8 243	+ 28 982	− 9 340	− 35 358	+ 1 773	+ 29 786	+ 40 563	− 661	− 10 117
langfristig	+ 10 364	+ 21 072	+ 7 698	− 1 662	+ 2 253	+ 4 896	+ 2 890	+ 2 254	− 248
Staat	− 5 668	− 1 032	− 2 876	− 4 887	+ 3 512	+ 3 949	+ 518	+ 2 075	+ 1 357
kurzfristig	− 3 253	− 963	− 2 938	− 5 608	+ 3 829	+ 4 244	+ 711	+ 2 186	+ 1 347
langfristig	− 2 413	+ 123	+ 69	+ 728	− 316	− 294	− 193	− 111	+ 9
Bundesbank	− 90 717	− 138 249	− 58 055	+ 47 023	− 57 198	+ 18 491	+ 6 508	+ 8 625	+ 3 358
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)	+ 150 721	+ 195 438	+ 253 030	+ 88 232	+ 83 997	+ 100 017	+ 18 560	+ 32 091	+ 49 366

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionsstatistiken). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslandspassiva 3) 4)	Netto-Auslandsposition 5)
		Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
	Insgesamt	Insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB 1)	Wertpapieranlagen 2)		
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2023	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2023 Febr.	1 455 724	276 016	183 755	48 582	9 480	34 199	1 130 353	1 114 888	49 356	743 006	712 718
März	1 522 539	288 131	196 405	48 039	9 373	34 314	1 184 604	1 170 620	49 804	791 478	731 061
April	1 431 180	285 667	194 679	47 642	9 297	34 049	1 096 324	1 081 284	49 189	726 986	704 194
Mai	1 435 049	290 368	197 915	48 658	9 379	34 416	1 095 750	1 081 900	48 931	701 467	733 582
Juni	1 416 292	280 820	188 991	48 618	9 292	33 919	1 087 034	1 068 747	48 438	718 324	697 969
Juli	1 399 374	282 438	191 458	48 368	9 184	33 429	1 068 875	1 052 218	48 061	689 447	709 927
Aug.	1 406 665	284 364	192 914	48 979	9 218	33 253	1 074 575	1 056 420	47 725	687 342	719 322
Sept.	1 393 337	282 490	190 232	49 647	9 278	33 333	1 064 193	1 048 059	46 654	713 662	679 675
Okt.	1 415 403	295 288	202 630	49 531	9 256	33 871	1 074 627	1 058 985	45 488	688 966	726 437
Nov.	1 414 241	292 718	201 195	48 939	8 958	33 627	1 076 415	1 060 074	45 107	691 309	722 932
Dez.	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024 Jan.	1 397 172	294 402	202 641	49 412	8 921	33 428	1 058 508	1 041 902	44 261	669 890	727 281
Febr.	1 431 638	295 014	202 181	49 313	8 777	34 744	1 093 262	1 075 510	43 361	679 579	752 058
März	1 436 723	312 728	220 571	49 281	8 563	34 314	1 083 242	1 065 759	40 754	666 365	770 359
April	1 428 136	324 404	232 438	49 368	8 591	34 007	1 063 804	1 047 932	39 928	653 953	774 183
Mai	1 441 362	324 156	232 717	49 501	8 399	33 538	1 077 447	1 061 110	39 758	663 179	778 183
Juni	1 474 113	328 214	234 891	49 858	8 355	35 109	1 106 429	1 090 444	39 470	667 250	806 863
Juli	1 435 795	332 651	240 587	49 622	8 401	34 041	1 064 405	1 048 438	38 739	655 396	780 399
Aug.	1 465 316	335 474	244 992	49 207	8 318	32 957	1 090 965	1 075 239	38 877	673 181	792 134
Sept.	1 472 197	345 338	254 267	49 081	8 395	33 595	1 088 058	1 073 512	38 802	674 582	797 615
Okt.	1 483 529	364 864	274 165	49 292	8 339	33 068	1 080 082	1 064 456	38 583	673 967	809 562
Nov.	1 486 323	366 023	271 468	50 617	8 221	35 717	1 082 106	1 066 511	38 197	670 005	816 318
Dez.	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025 Jan.	1 506 156	385 150	290 776	50 660	8 448	35 265	1 084 104	1 068 023	36 902	682 654	823 501
Febr.	1 522 873	390 627	295 956	50 869	8 328	35 475	1 096 061	1 080 833	36 185	682 507	840 367
März	1 522 244	402 671	310 903	49 085	8 044	34 639	1 083 763	1 069 172	35 810	665 048	857 196
April	1 523 635	399 435	310 207	47 647	8 540	33 041	1 090 090	1 075 272	34 110	670 200	853 435
Mai	1 517 685	402 515	312 447	47 891	8 493	33 684	1 081 299	1 066 843	33 872	678 976	838 709
Juni	1 488 429	389 303	301 591	46 914	8 296	32 502	1 065 242	1 051 250	33 885	681 413	807 016
Juli	1 491 466	399 393	311 036	47 342	8 374	32 641	1 058 086	1 043 876	33 986	687 030	804 435

***** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. **6** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
			Forderungen an ausländische Nichtbanken							Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
					aus Handelskrediten							aus Handelskrediten		
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	gewährte Zahlungsziele	geleistete Anzahlungen	insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2021	1 173 863	256 664	917 199	625 190	292 009	263 878	28 130	1 598 311	217 032	1 381 278	1 123 522	257 756	160 958	96 798
2022	1 249 914	250 819	999 094	677 867	321 227	291 702	29 525	1 647 261	178 781	1 468 480	1 175 223	293 257	192 732	100 525
2023	1 391 900	356 561	1 035 339	720 782	314 556	282 180	32 376	1 713 800	218 976	1 494 824	1 206 406	288 418	181 624	106 794
2024	1 429 321	341 379	1 087 942	781 336	306 606	271 655	34 950	1 723 245	244 614	1 478 632	1 186 440	292 192	177 631	114 561
2025 Jan.	1 495 633	408 716	1 086 918	786 266	300 651	265 943	34 708	1 782 255	280 585	1 501 671	1 217 307	284 364	168 696	115 668
Febr.	1 481 143	382 290	1 098 852	793 045	305 808	270 964	34 844	1 807 069	289 520	1 517 548	1 230 623	286 926	170 086	116 839
März	1 462 276	352 442	1 109 834	791 108	318 726	284 361	34 365	1 754 612	239 240	1 515 372	1 218 629	296 744	180 043	116 701
April	1 501 926	401 855	1 100 071	788 963	311 107	276 793	34 314	1 799 602	271 334	1 528 268	1 236 200	292 068	173 719	118 349
Mai r)	1 498 513	404 259	1 094 253	791 658	302 596	266 947	35 648	1 805 163	286 295	1 518 868	1 236 534	282 333	163 283	119 050
Juni p)	1 508 137	398 106	1 110 032	802 935	307 096	271 163	35 933	1 796 313	267 556	1 528 757	1 238 820	289 937	172 162	117 775
EU-Länder (27 ohne GB)														
2021	664 781	193 308	471 473	362 948	108 525	95 715	12 810	1 000 796	153 000	847 796	743 381	104 415	74 871	29 543
2022	715 319	190 825	524 494	400 165	124 329	110 892	13 436	1 020 635	128 411	892 225	777 106	115 118	84 134	30 985
2023	847 302	285 362	561 940	441 542	120 398	105 965	14 433	1 059 887	143 175	916 713	800 125	116 587	83 803	32 785
2024	836 409	275 135	561 275	440 892	120 382	104 694	15 688	1 078 474	176 005	902 469	785 791	116 678	81 252	35 427
2025 Jan.	900 476	337 642	562 834	444 439	118 395	102 727	15 668	1 116 431	196 100	920 331	804 715	115 616	79 587	36 030
Febr.	881 365	314 939	566 427	443 130	123 297	107 701	15 595	1 116 308	195 920	920 388	800 798	119 590	82 928	36 662
März	861 792	288 936	572 857	443 932	128 925	113 232	15 693	1 091 936	173 602	918 334	794 745	123 589	87 084	36 505
April	903 313	335 997	567 316	440 495	126 821	111 027	15 794	1 122 529	186 841	935 688	815 319	120 369	83 608	36 760
Mai r)	903 561	338 518	565 043	440 933	124 110	108 149	15 961	1 121 377	191 835	929 542	812 831	116 711	79 704	37 007
Juni p)	908 350	340 648	567 701	442 126	125 575	109 305	16 271	1 136 885	198 567	938 318	818 829	119 489	82 677	36 812
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2021	509 081	63 356	445 726	262 242	183 484	168 164	15 320	597 515	64 032	533 482	380 141	153 341	86 087	67 254
2022	534 595	59 995	474 600	277 702	196 898	180 809	16 089	626 626	50 370	576 256	398 117	178 139	108 598	69 540
2023	544 598	71 199	473 399	279 240	194 159	176 216	17 943	653 912	75 801	578 111	406 281	171 831	97 822	74 009
2024	592 911	66 244	526 667	340 444	186 224	166 961	19 263	644 772	68 609	576 162	400 649	175 513	96 379	79 134
2025 Jan.	595 157	71 074	524 083	341 827	182 256	163 216	19 040	665 825	84 485	581 339	412 592	168 748	89 109	79 638
Febr.	599 777	67 352	532 426	349 915	182 511	163 263	19 248	690 761	93 600	597 161	429 825	167 336	87 159	80 178
März	600 483	63 506	536 977	347 176	189 801	171 130	18 672	662 676	65 638	597 038	423 883	173 155	92 959	80 196
April	598 613	65 858	532 755	348 469	184 286	165 767	18 520	677 073	84 493	592 580	420 880	171 700	90 111	81 589
Mai r)	594 952	65 741	529 211	350 725	178 486	158 799	19 687	683 786	94 460	589 326	423 703	165 623	83 580	82 043
Juni p)	599 787	57 457	542 330	360 809	181 521	161 859	19 662	659 428	68 989	590 439	419 991	170 448	89 485	80 963
Euroraum (20)														
2021	558 322	171 246	387 076	301 672	85 403	73 756	11 648	915 484	131 168	784 316	702 011	82 306	58 889	23 416
2022	608 500	171 729	436 771	340 636	96 135	84 051	12 084	926 974	106 598	820 376	731 485	88 891	64 748	24 143
2023	743 472	267 370	476 102	382 981	93 121	80 105	13 016	961 323	122 072	839 251	749 573	89 678	65 199	24 479
2024	728 709	255 679	473 031	379 711	93 319	79 827	13 493	968 460	148 244	820 215	731 845	88 370	63 527	24 843
2025 Jan.	798 975	321 847	477 128	385 265	91 863	78 366	13 497	1 005 045	168 549	836 497	750 351	86 145	61 001	25 144
Febr.	779 861	300 189	479 672	384 885	94 787	81 361	13 426	1 000 813	166 680	834 133	746 419	87 714	62 238	25 476
März	757 251	272 106	485 144	385 971	99 173	85 695	13 478	975 239	145 300	829 939	739 443	90 496	65 411	25 085
April	800 141	319 502	480 639	382 748	97 891	84 304	13 587	998 991	156 036	842 954	754 151	88 803	63 389	25 414
Mai r)	801 417	323 318	478 099	383 226	94 872	81 178	13 694	998 565	161 494	837 071	751 750	85 322	59 795	25 527
Juni p)	798 072	318 024	480 048	384 371	95 677	81 798	13 879	1 015 357	169 961	845 396	757 353	88 044	62 435	25 609
Extra-Euroraum (20)														
2021	615 541	85 418	530 123	323 518	206 605	190 123	16 483	682 827	85 864	596 962	421 512	175 450	102 069	73 381
2022	641 414	.	.	.	225 092	207 651	17 441	720 287	.	.	.	204 366	127 984	76 382
2023	648 428	.	.	.	221 436	202 075	19 361	752 476	.	.	.	198 740	116 425	82 314
2024	700 611	.	.	.	213 286	191 828	21 458	754 786	.	.	.	203 821	114 104	89 718
2025 Jan.	696 659	.	.	.	208 788	187 577	21 211	777 210	.	.	.	198 219	107 695	90 524
Febr.	701 282	.	.	.	211 021	189 603	21 417	806 256	.	.	.	199 212	107 849	91 363
März	705 025	.	.	.	219 553	198 666	20 887	779 373	.	.	.	206 248	114 632	91 616
April	701 784	.	.	.	213 216	192 489	20 727	800 611	.	.	.	203 265	110 330	92 935
Mai r)	697 096	.	.	.	207 723	185 769	21 954	806 598	.	.	.	197 011	103 489	93 523
Juni p)	710 065	.	.	.	211 419	189 365	22 054	780 956	.	.	.	201 893	109 728	92 166

***** Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2022	1,5167	7,0788	7,4396	138,03	1,3695	10,1026	10,6296	1,0047	1,0530	0,85276
2023	1,6288	7,6600	7,4509	151,99	1,4595	11,4248	11,4788	0,9718	1,0813	0,86979
2024	1,6397	7,7875	7,4589	163,85	1,4821	11,6290	11,4325	0,9526	1,0824	0,84662
2024 März	1,6586	7,8297	7,4566	162,77	1,4726	11,5214	11,3054	0,9656	1,0872	0,85524
April	1,6469	7,7658	7,4596	165,03	1,4661	11,6828	11,5910	0,9761	1,0728	0,85658
Mai	1,6317	7,8206	7,4606	168,54	1,4780	11,5988	11,6186	0,9830	1,0812	0,85564
Juni	1,6206	7,8051	7,4592	169,81	1,4750	11,4178	11,2851	0,9616	1,0759	0,84643
Juli	1,6257	7,8750	7,4606	171,17	1,4868	11,7160	11,5324	0,9676	1,0844	0,84332
Aug.	1,6559	7,8736	7,4614	161,06	1,5049	11,7895	11,4557	0,9450	1,1012	0,85150
Sept.	1,6398	7,8611	7,4600	159,08	1,5037	11,7852	11,3577	0,9414	1,1106	0,84021
Okt.	1,6250	7,7276	7,4593	163,20	1,4993	11,7907	11,4048	0,9386	1,0904	0,83496
Nov.	1,6267	7,6617	7,4583	163,23	1,4855	11,7408	11,5828	0,9355	1,0630	0,83379
Dez.	1,6529	7,6298	7,4589	161,08	1,4915	11,7447	11,5040	0,9339	1,0479	0,82804
2025 Jan.	1,6626	7,5560	7,4609	161,92	1,4904	11,7456	11,4797	0,9414	1,0354	0,83908
Febr.	1,6528	7,5749	7,4592	158,09	1,4893	11,6574	11,2474	0,9413	1,0413	0,83071
März	1,7158	7,8353	7,4597	161,17	1,5518	11,5472	10,9675	0,9548	1,0807	0,83703
April	1,7844	8,1850	7,4648	161,67	1,5701	11,8380	10,9744	0,9370	1,1214	0,85379
Mai	1,7521	8,1348	7,4600	163,14	1,5646	11,5968	10,8812	0,9356	1,1278	0,84350
Juni	1,7723	8,2700	7,4597	166,52	1,5754	11,5841	11,0094	0,9380	1,1516	0,84981
Juli	1,7862	8,3754	7,4625	171,53	1,5982	11,8537	11,1985	0,9325	1,1677	0,86469

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280
2023 1. Januar	Kroatien	Kuna	HRK	7,53450

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen des						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft						
	Erweiterten EWK-Länderkreises 1)				Weiten EWK-Länderkreises 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3) gegenüber				auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber		
							27 ausgewählten Industrieländern 4)						
								davon:					
Zeit	nominal	real, auf Basis der Verbraucher-preisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Brutto-inlands-produkts 3)	real, auf Basis der Lohnstück-kosten in der Gesamt-wirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucher-preisindizes	insgesamt	Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder	37 Ländern 5)	27 ausge-wählten Industrie-ländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
1999	96,2	96,2	95,8	96,1	96,5	96,0	97,9	99,6	95,7	97,6	98,3	98,1	97,8
2000	87,0	86,8	85,9	85,5	88,0	86,1	92,0	97,5	85,5	91,2	93,1	92,3	91,2
2001	87,4	87,2	86,7	84,5	90,1	86,9	91,9	96,8	86,2	90,6	93,0	91,7	91,1
2002	89,7	90,3	89,9	88,2	94,4	90,6	92,7	96,1	88,7	91,4	93,5	92,2	91,9
2003	100,5	101,7	101,3	99,5	106,5	101,8	96,3	95,2	97,9	95,7	97,0	96,8	96,9
2004	104,3	105,6	104,4	102,8	111,0	105,7	96,8	94,2	100,6	96,2	98,5	98,2	98,5
2005	102,9	104,3	102,4	100,9	109,1	103,2	95,3	92,6	99,4	93,8	98,5	97,2	96,8
2006	102,9	104,3	101,9	99,9	109,3	102,6	94,1	90,9	98,8	92,1	98,6	96,8	96,1
2007	106,5	107,4	104,2	101,6	112,9	104,8	95,2	90,2	102,8	92,6	100,9	98,3	97,4
2008	110,4	110,3	106,3	105,6	117,8	107,3	95,6	88,9	106,0	92,0	102,4	98,5	97,6
2009	111,9	111,1	107,6	109,0	120,8	108,3	96,2	90,1	105,8	93,0	101,9	98,6	97,9
2010	104,6	103,3	99,2	101,7	112,1	99,3	93,3	89,5	99,2	88,9	98,8	94,3	92,5
2011	104,4	102,4	97,4	100,0	112,9	98,8	93,0	89,2	98,6	88,1	98,2	93,5	91,9
2012	98,6	97,1	91,7	94,2	107,6	94,0	90,8	89,0	93,4	85,4	95,9	90,5	88,9
2013	102,2	100,2	94,8	97,2	112,4	97,1	93,3	89,6	98,6	87,5	98,1	92,3	90,9
2014	102,4	99,5	94,7	97,4	114,7	97,4	94,0	90,5	99,0	88,3	98,2	92,5	91,5
2015	92,5	89,6	85,9	86,6	106,1	88,7	90,7	91,1	90,0	84,4	94,3	87,8	86,9
2016	95,2	91,6	88,2	p) 88,1	110,1	90,7	91,6	91,5	91,6	85,7	95,0	88,8	88,1
2017	97,5	93,6	89,4	p) 89,0	112,5	92,0	92,8	91,6	94,5	86,4	96,3	89,9	88,9
2018	100,0	95,8	90,9	p) 90,9	117,3	95,2	94,0	91,6	97,6	87,4	97,7	91,1	90,8
2019	98,1	93,3	89,2	p) 88,5	115,5	92,5	93,0	91,8	94,7	86,5	96,4	89,9	89,4
2020	99,7	93,7	90,5	p) 89,7	119,2	93,9	93,3	92,1	94,8	87,2	96,4	90,1	90,1
2021	99,6	93,7	89,1	p) 87,6	120,5	94,3	94,1	92,3	96,7	87,2	97,4	90,7	90,9
2022	95,3	90,8	84,3	p) 82,7	116,1	90,9	92,3	91,7	93,0	85,3	95,9	89,1	89,0
2023	98,1	94,0	88,7	p) 86,2	121,8	94,7	93,7	91,9	96,4	87,3	98,0	91,3	91,6
2024	98,4	94,4	89,4	p) 87,3	124,1	95,0	93,8	92,1	96,3	87,8	98,0	91,6	91,9
2023 Febr.	97,0	93,1	87,2	p) 85,0	119,3	93,4	93,3	91,6	95,7	86,4	97,7	90,5	90,6
März	97,3	93,2			119,7	93,6					98,1	91,0	91,1
April	98,4	94,2			121,5	94,8					98,5	91,6	91,9
Mai	98,0	93,6	88,6	p) 85,8	120,9	94,2	93,7	91,8	96,6	87,1	98,1	91,1	91,4
Juni	98,2	93,8			121,8	94,7					98,2	91,3	91,8
Juli	99,2	95,0			123,7	96,1					98,4	91,9	92,5
Aug.	99,0	95,1	89,7	p) 86,9	123,7	96,1	93,6	91,7	96,4	87,7	98,3	91,9	92,4
Sept.	98,5	94,7			123,0	95,5					98,0	91,7	92,1
Okt.	98,0	94,0			122,5	94,9					97,7	91,3	91,7
Nov.	98,7	94,6	89,5	p) 87,0	123,4	95,2	94,3	92,4	97,0	88,1	98,1	91,5	91,9
Dez.	98,2	93,9			123,2	94,8					97,6	91,1	91,5
2024 Jan.	98,4	94,4			123,6	95,2					97,8	91,4	91,8
Febr.	98,1	94,1	89,4	p) 87,3	123,3	94,8	93,9	92,2	96,4	87,8	97,6	91,3	91,6
März	98,8	94,8			124,2	95,4					98,1	91,7	92,1
April	98,6	94,5			124,0	95,1					98,2	91,7	92,1
Mai	98,9	94,8	89,6	p) 87,5	124,4	95,3	94,0	92,1	96,9	87,9	98,6	92,0	92,2
Juni	98,5	94,6			124,0	95,0					98,1	91,8	92,0
Juli	99,0	95,1			124,8	95,5					98,4	92,0	92,2
Aug.	99,0	95,0	89,9	p) 87,8	125,2	95,7	93,9	92,0	96,7	87,9	98,2	91,8	92,2
Sept.	98,8	94,8			125,2	95,5					98,2	91,8	92,2
Okt.	98,2	94,3			124,4	94,9					98,1	91,7	92,0
Nov.	97,5	93,6	88,9	p) 86,5	123,5	94,1	93,5	92,3	95,2	87,6	97,4	91,2	91,4
Dez.	96,9	93,0			122,7	93,5					97,2	91,0	91,1
2025 Jan.	96,7	92,9			122,3	93,1					96,9	90,6	90,7
Febr.	96,3	92,6	88,1	p) 85,9	121,8	92,7	93,4	92,7	94,4	87,5	96,8	90,5	90,5
März	98,3	94,4			124,5	94,7					97,6	91,5	91,7
April	100,5	p) 96,5			127,7	p) 96,9					98,2	p) 92,7	p) 93,1
Mai	100,1	p) 95,9	...	...	127,0	p) 96,1	...	...	...	...	98,4	p) 92,6	p) 92,8
Juni	101,3	p) 97,1			128,5	p) 97,3					98,6	p) 93,0	p) 93,2
Juli	102,3	p) 98,1			129,9	p) 98,4					p) 99,1	p) 93,5	p) 93,8

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/content/774128). **1** Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender 18 Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Umfasst die Länder des Erweiterten EWK-Länderkreises zzgl. folgender 23 Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB hat die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikativkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen, ab 2023 einschl. Kroatien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **5** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Erweiterten EWK-Länderkreises. **6** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Weiten EWK-Länderkreises.